# Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik über die Wohnungsfrage und die Handelspolitik





**Duncker & Humblot reprints** 

Berhandlungen von 1901.

# Schriften

Des

## Vereins für Socialpolitik.

#### XCVIII.

Verhandlungen der Generalversammlung in München, 23., 24. und 25. September 1901.

Auf Grund der ftenographischen Riederschrift hreg. vom Ständigen Ausschuß.



**Leipzig,** Verlag von Dunder & Humblot. 1902.

# Verhandlungen

des

# Vereins für Socialpolitik

über die

## Wohnungsfrage und die Handelspolitik.

#### Mit Referaten von

Prof. Dr. C. J. Juchs,

Brof. Dr. E. von Philippovich,

Landesrat M. Brandis,

Prof. Dr. 28. Lot,

Prof. Dr. B. Schumacher,

Prof. Dr. 2. Bohle.

#### und einem Anhang:

S. Lindemann, Die Wohnungsstatistik von Wien und Budapest. — F. Zizek, Die Wohnungsfrage in Frankreich. — R. Wuttke, Der deutsch-österreich-ungarische Handelsvertrag vom 6. Dezember 1891.



### Leipzig,

Verlag von Dunder & Humblot.
1902.

Alle Recte für das Ganze wie für die einzelnen Teile find vorbehalten. Die Berlagshanblung.

Bierer'iche Hofbuchbruderei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

## Inhaltsverzeichnis.

	Seit
Erster Berhandlungstag, Montag, 23. September 1901.	
Zur Gröffnung	
Die Bohnungsfrage.	
I. Referat von Professor Dr. C. J. Fuchs	18
II. Referat von Professor Dr. E. v. Philippovich	43
III. Referat von Landesrat M. Brandts	57
Debatte	<b>7</b> 8
Zweiter Berhandlungstag, Dienstag, 24. September 1901.	
Birfung ber gegenwärtigen und Ziele ber fünftigen Sandelspolitif, ins- besondere in socialpolitischer Beziehung.	
I. Referat von Professor Dr. 20. Log	121
II. Referat von Professor Dr. S. Schumacher	158
III. Referat von Professor Dr. L. Pohle	189
Debatte	223
Dritter Berhandlungstag, Mittwoch, 25. September 1901.	
Debatte	237
Berzeichnis der Redner	364
Verzeichnis der Teilnehmer an der Generalversammlung	365
Anhang.	
I. Die Wohnungsstatistit von Wien und Budapest. Bon S. Linde:	960
mann	369
II. Die Wohnungsfrage in Frankreich. Bon Franz Zižek	393
III. Der beutsch-öfterreich-ungarische Handelsbertrag vom 6. Dezember	409

## Erster Verhandlungstag.

Montag, den 23. September 1901.

(Beginn vormittags 9 Uhr.)

Prosessor Dr. Schmoller (Berlin): Ich bitte die Herren, Platz zu nehmen. Meine Herren! Als Vorsitzender des Ausschusses des Vereins sur Socialpolitik liegt mir ob, die diesjährige Generalversammlung zu eröffnen. Ihr erstes Geschäft ist, Ihr Bureau zu konstituieren. Nach unseren Statuten wählt die Generalversammlung ihren Vorsitzenden und der so gewählte Vorsitzende bestimmt die Vicepräsidenten und die Schristsührer. Wir haben die Geptsogenheit, daß diese Fragen im Ausschuß vorbesprochen werden, und ich din so frei, im Namen des Ausschusses vorzuschlagen, den Herrn Prosessor Dr. Brentano zum 1. Vorsitzenden sür diese Generalversammlung zu wählen. Ich frage, ob Sie das durch Acclamation bestätigen wollen. (Justimmung.) Wenn also kein Widerspuch ersolgt, bitte ich den Herrn Prosessor Verentano, den Vorsitz zu übernehmen und die Vicepräsidenten zu bestellen.

Prosessor Dr. Brentano (München): Meine Herren! Ich danke Ihnen für das Bertrauen, das Sie mir entgegenbringen. Ich werde bemüht sein, mit Hilse der übrigen Vorsitzenden, deren Mitwirkung ich mir erbitte, die Geschäfte so gut wie möglich zu leiten.

Herr Prosessor Schmoller hat Ihnen soeben mitgeteilt, daß nach unseren Statuten der erste Borsitzende seine Kollegen im Borsitze zu bestimmen hat. Ich bitte, daß mich die solgenden Herren im Borsitz unterstützen: Herr Sektionsches v. Inama-Sternegg und Se. Excellenz Herr Minister Freiherr v. Berlepsch. Ich darf wohl das Einverständnis sowohl der Bersammlung als auch der genannten Herren annehmen. Ferner habe ich zu bitten, daß der zweite Schristsührer des Vereins sür Socialpolitik, Herr Spriften XCVIII. — Verhandlungen 1901.

Professor Dr. Francke, und serner Herr Dr. Andreas Boigt und Herr Busching das Schristschreramt übernehmen wollen.

Meine Herren! Ehe ich nun den Vertretern der königlichen bahrischen Staatsregierung und der Stadt München, welche uns die Ehre erweisen wollen, uns zu begrüßen, das Wort erteile, bitte ich, mir einige Worte der Einleitung gestatten zu wollen. Ich werde Sie nicht lange aufhalten.

Bor allem ist es mir ein Bedürsnis, meine Freude darüber zum Ausbruck zu bringen, daß es mir heute vergönnt ist, den Berein sür Socialspolitik, zu dessen Gründern ich gehört und an dessen Arbeiten ich seit seinen Ansängen im Jahre 1872 bis heute lebhasten Anteil genommen habe, endlich auch einmal in meinem engeren Baterlande, Bahern, und in der Stadt meines Wirkens tagen zu sehen. Es ist wohl natürlich, daß ich bei einem solchen Anlasse zurückdenke an die Zeit unseres ersten Zusammentretens in Halle und Eisenach, an das, was wir damals gewollt haben, an das, was wir geleistet haben, und an die weiteren Ausgaben, welche uns Gegenwart und Zukunst selben, und ebenso natürlich ist es, daß ich meine diesbezüglichen Gedanken dabei zum Ausdruck bringe.

Die Männer, aus beren Zusammenkunst im Frühsommer 1872 in Halle der spätere Berein für Socialpolitik hervorgehen sollte, waren sämtzlich Männer der Wissenschaft. Diese Thatsache war notwendigerweise entscheidend sowohl für ihr Urteil über die damaligen wirtschaftlichen Strömungen in Politik und Leben, als auch für ihre Ziele und für die Art und Weise, wie sie sich diesen Zielen zu nähern suchten.

Bis dahin waren nur zwei Gesichtspunkte in der Betrachtung der Güterwelt zur Geltung gekommen, Gesichtspunkte der Technit und Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit. Das Ziel der ersteren ist bekanntlich, einen Gedanken in möglichster Bollkommenheit in Stoff zu verwirklichen, das oberste Ziel der zweiten ist, möglichst große Überschüsse über die aufsgewendeten Kosten zu erzielen. Der im Wirtschaftsleben thätige Mensch wurde zwar nicht ganz vernachlässigt, aber nur so nebenbei berücksichtigt. Dabei sah die damals herrschende Meinung im Staate nicht eine selbständige Persönlichseit mit eigenem Leben, sondern nur eine Summe von einzelnen, und sein Zweck erschöpste sich nach der Auffassung der meisten in der Aufsgabe, die Bedingungen zu schaffen, unter denen die einzelnen den größts möglichen Gewinn zu realisieren im stande wären.

Diese Auffassung war weit verbreitet in der Theorie und führte hier zur Ableitung eines vollständigen volkswirtschaftlichen Lehrgebäudes aus dem Streben der einzelnen nach dem größtmöglichen Gewinn. Sie beherrschte die Presse, sie beherrschte die Parlamente. Jener Sat in der berühmten Petition der Handelskammer von Manchester, der das Interesse Ganzen schlechtweg mit dem Interesse der großen Betriebsunternehmer, möglichst großen Gewinn zu erzielen, identifizierte, jener Sat, der zur Entstehung des Schlagwortes Manchestertum Anlaß gab, kennzeichnete auch den in der öffentlichen Meinung Deutschlands Ausschlag gebenden Gesichtspunkt.

Wir wären schlechte Professoren gewesen, wenn wir gegen diese Auffaffung nicht protestiert hätten. Die ganze geiftige Tradition Deutschlands ftand mit ihr im Widerspruch. Es hatte soviel wie die Abdankung der Universitäten bedeutet, wenn wir geschwiegen hatten. Gine Theorie, die einseitig ben Erwerbsegoismus ber Menschen zum Ausgangspunkte nahm, mußte notwendig zu Lehren führen, die mit der Wirklichkeit fich nur un= volltommen bedten. Gine Politit, die ben größtmöglichen Bewinn und nicht das Wohlbefinden der im Wirtschaftsleben thätigen Menschen ins Auge faßte, verkannte, daß der Reichtum nicht Selbstzweck ift, fondern nur die Aufgabe hat, die Vorbedingungen für die Erreichung der fittlichen Zwecke der Menschen zu schaffen. Ihnen gegenüber war unser Ruf in der Theorie: unmittelbare Beobachtung der Erscheinungen des Lebens und aller in diesem thätigen Kräfte, und in der Politik nicht der größtmögliche Gewinn der Betriebe, sondern das größtmögliche leibliche und fittliche Wohlbefinden der Menschen als Ziel. Und eben deshalb, weil wir die Lage des wirtschaftenden Menschen, nicht die Erzielung des größtmöglichen Gewinnes jum Mittelpunkt unferer Betrachtungen und Beftrebungen machten, eben beshalb nannten wir unferen Berein Berein für Socialpolitik. Nicht als ob wir die Zunahme des nationalen Reichtums damit hatten vernachläffigen wollen. Wir nahmen die Rudficht auf die größtmögliche Bunahme desfelben vielmehr als etwas Selbstverftändliches in unfere Betrachtungen auf. Der materielle Wohlftand Deutschlands mar uns ebenso wie der bisherigen Auffassung die notwendige Voraussehung des leiblichen und fittlichen Wohlbefindens bes deutschen Volkes und insbesondere auch der Machtstellung des Deutschen Reiches und feiner Gliedstaaten. Allein diefer Gefichtspunkt rudte fur uns doch infofern an die zweite Stelle. als uns das Wohlbefinden der Menichen und die Machtstellung unferes Baterlandes als das oberfte Ziel im Bordergrunde ftanden und im Falle des Konfliktes zwischen diefem und der Bunahme des Reichtums diefe dem ihm übergeordneten Biele zu weichen habe. Es war aber felbstverftandlich, daß bei folcher Betrachtung auch bem Staate eine ganz andere Rolle im Wirtschaftsleben zufiel, als ihm die damals herrschende Auffaffung zu teil werden laffen wollte. Richt als ob wir etwa da, wo bisher die Staats= einmischung in das Wirtschaftsleben abgelehnt wurde, fie aus principiellen Gründen überall befürwortet hätten. Gerade unsere ethischen Gesichtspunkte mußten uns die Staatseinmischung in vielen Fällen ebenso unerwünscht ersicheinen lassen, als sie denen erschien, die wir damals bekämpsten. Allein nicht nur unsere Aussassischen vom Staate als einer selbständigen Persönlichkeit über und neben den einzelnen, die ihm angehören, sondern nicht minder unsere Überordnung der ethischen und politischen Gesichtspunkte über die wirtschaftlichen, machte uns in allen Fällen zur Besürworterin der Staatseinmischung, wo ohne dieselbe rein wirtschaftliche Interessen über wichtigere ethische und politische triumphiert hätten.

Meine Herren! Ich febe unter Ihnen viele jugendliche Gesichter und es ist benen, welche unsere damaligen Rämpje nicht mitgemacht haben, wohl nicht leicht, fich heute zu vergegenwärtigen, welch' schweren Stand wir, als wir zuerst auftraten, gegenüber den die öffentliche Meinung beherrschen= den entgegenstehenden Anschauungen hatten. Zuerst wurden wir, wie das üblich ift, verhöhnt und mit Mitteln nichts weniger als wissenschaftlicher Natur vielfach bekämpft. Aber bald zeigten fich doch die Wirkungen unseres Auftretens. Zunächst machten fie fich mehr negativ als positiv geltend. Die herrschende Unschauung trat, im Bewuftsein, daß im Sintergrunde ein ihr jeindlicher Kritifer lauere, nicht mehr mit ber früheren Anmagung auf. Dann dauerte es nicht lange, bis die Bahl berer wuchs, die fich zu uns bekannten. Schlieflich zeigte fich die ganze Gefellschaft von unseren Brundanschauungen beherrscht. Ja es zeigte fich bie bekannte Begleiterscheinung aller triumphierenden Richtungen: unsere Unschauungen spiegelten sich in einer Menge mehr ober minder dunkler und schiefer Spiegel; felbst bie= jenigen, gegen deren Grundtendenz wir aufgetreten find, haben unfere Anschauungen sich vielsach dienstbar zu machen gesucht, und in dem Zerrbild berfelben, mit dem fie uns heute vielfach bekampfen, wo wir nach wie vor ihren Sonderintereffen entgegentreten, läßt fich bas, wovon wir ausgingen und mas wir erstrebten, vielfach gar nicht mehr erkennen.

Das gilt besonders da, wo diejenigen, die ehemals in ihrem Sonderinteresse jedwede Staatseinmischung ablehnten, heute Staatseinmischung in
ihrem Sonderinteresse verlangen, und jeden, der dem im Interesse des
Ganzen entgegentritt, als Manchestermann zu brandmarken suchen. Als ob
das Wesen des Manchestertums in der Ablehnung der Staatseinmischung
bestände und nicht in dem Geiste, in dem die Staatseinmischung, sei es abgelehnt,
sei es verlangt wird! Dieselbe Handelskammer von Manchester, deren Petition
seinerzeit wegen der Überhebung ihrer wirtschaftlichen Sonderinteressen über
das Interesse der Gesantheit die Bezeichnung Manchestertum ins Leben ries,
hat seitdem ebenso manchesterlich gehandelt, als sie im Interesse der Aus-

fuhr ihrer Baumwollprodukte den Staat aufforderte, den Bimetallismus einzuführen, und Sie können sicher sein, wenn es je ihrem Sonderinteresse dienlich wäre, würden wir sie auch als Besürworterin der Wiedereinsührung von Schutzöllen auftreten sehen. Dies wäre aber nicht ein Widerspruch gegen ihre alte manchesterliche Gesinnung, sondern gerade eine neue Bethätigung derselben. Nicht wer Schutzölle sordert, zeigt dadurch, daß er kein Manchestermann ist, noch auch beweist derzenige, der sie ablehnt, damit sein Manchestertum. Die Gesinnung ist es, die den sittlichen Wert der Hand-lungen bestimmt, nicht die negative oder positive Handlung, in der sich je nach den konkreten Verhältnissen diese Gesinnung bethätigt. Derzenige, der eine Staatseinmischung zu seinen Gunsten sordert, kann eben deshalb ebenso manchesterlich sein wie die Handelskammer von Manchester, als sie damals jede Staatseinmischung ablehnte, und derzenige, der eine Staatseinmischung ablehnte, kann gerade dadurch zeigen, daß er kein Manchestermann ist.

Aber nicht nur in ihren Ausartungen hat unsere Auffassung das Schicksal aller triumphierenden Richtungen ersahren. Solange es gilt, einen gemeinsamen Gegner aus seiner beherrschenden Stellung zu verdrängen, bringt es die Natur der Dinge mit sich, daß Richtungen, die untereinander nichts anderes als die Gegnerschaft gegen den Herrschenden gemein haben, gemeinsam marschieren und oft ist ihnen, angesichts des gemeinsamen Kampses, das, wodurch sie sich selbst untereinander unterscheiden, gar nicht oder höchstens unartifuliert zum Bewußtsein gekommen. Ist dann der Sieg erreicht, so macht das sie selbst Trennende naturgemäß sich mehr und mehr fühlbar.

Ich habe vorhin gesagt, daß die Socialpolitik in erster Linie die Lage des wirtschaftenden Menschen ins Auge saßt und die größtmögliche Zu-nahme des Reichtums nur soweit, als sie die Vorbedingung für das leib-liche und sittliche Wohlbefinden der Menschen ist. Dies läßt zweierlei socialpolitische Richtungen zu.

Die eine geht aus von den zur Zeit maßgebenden Klassen und sieht ihre Aufgabe vor allem in der Sicherung und Steigerung des Wohlbefindens der ihnen Angehörigen, denn mit dem Wohlbefinden dieser sieht sie das Wohlbefinden des Ganzen verquickt. Daher ist sie für technische und wirtschaftliche Fortschritte nur da, wo die führende Stellung dieser Klassen durch sie nicht gesährdet wird. Alle übrigen such sie zu verhindern oder wenigstens auszuhalten und in ihrer Wirkung zu neutralisieren.

Die andere Richtung sieht die Blüte des Ganzen nicht an das dauernde Übergewicht der derzeit herrschenden Klassen gefnüpst. Sie sieht in dem Ganzen etwas Lebendiges, das sich durch das Aufsteigen neuer Klassen und Kräfte sortwährend verjüngt und nur Aussicht auf dauernde

Blüte hat, insoweit ein solches fortwährendes Zuwachsen neuer Kräfte und die Assimilierung derselben mit dem Vaterland stattsindet. Sie begrüßt daher alle technischen und wirtschaftlichen Fortschritte und sucht innerhalb des durch sie geschaffenen Zustandes das größtmögliche Wohlbesinden der Menschen und die Blüte des Ganzen zu verwirklichen. Nicht als ob sie stumps wäre gegen die für die bisher maßgebenden Klassen micht als ob sie stumps werbundenen Leiden. Aber sie sucht diese zu mildern und zu heben, nicht indem sie unhaltbar gewordene Zustände künstlich zu erhalten sucht, sondern indem sie den Leidenden den Übergang in neue, gesunde Zustände erleichtert, und sie begrüßt die neu Auskommenden als die Träger des zukünstigen Wohles der Nation.

Beide Richtungen find innerhalb unseres Bereines vertreten; denn der Berein sür Socialpolitik ist kein politischer Berein, der, auf ein bestimmtes Programm eingeschworen, Andersdenkende ausschließen oder unterdrücken möchte. Alle Schattierungen unter denen, welche die Ausgabe der Socialpolitik in der Förderung des Wohlbesindens der Menschen und der Sicherung der größtmöglichen Blüte des Ganzen sehen, sind in unserer Mitte vertreten. Unser Berein ist ein wissenschaftlicher Berein und was er anstrebt, ist nicht der Triumph irgend einer Parteimeinung, sondern der Wahrheit. Den sprechenden Beweis sür dieses unser Streben liesern unsere Schristen und unsere Berhandlungen.

Unser Berein hat bis jett 97 Bände Schriften herausgegeben und um der Erörterung der Fragen, denen er sein Augenmerk zuwandte, eine gesticherte Grundlage zu geben, war er stets bemüht, unparteisisch gerade die kompetentesten Vertreter jedweder socialpolitischer Richtung zur Mitarbeit heranzuziehen. Wir haben über die Fragen, die uns in dieser Tagung beschäftigen werden, wieder vier Bände über die Wohnungsfrage und vier über die Handelspolitik veröffentlicht. Ein Blick in das Inhaltsverzeichnis allein genügt, um zu zeigen, daß wir bemüht waren, jedwede Richtung zum Worte kommen zu lassen, und ebenso sind wir von jeher bemüht gewesen, zur Teilnahme an unseren mündlichen Verhandlungen die Vertreter jedweder socialpolitischen Schattierung zu bewegen. Die Gegensäße der Unschauungen, welche voraussichtlich in den diesmaligen Verhandlungen auseinander plazen werden, dürsten zeigen, daß wir wenigstens in dieser Besziehung ersolgreich gewesen sind.

Allein so groß auch die Gegensätze sind, die unter uns herrschen, eines doch ist uns allen gemein. Wie groß auch unsere Meinungsverschiedenheiten darüber sein mögen, welches die Politit ist, welche das Interesse des Ganzen erheischt, das Interesse des Vaterlandes ist es, das ein jeder von uns vor

Augen hat. Mögen unfere diesjährigen Berhandlungen dem Deutschen Reiche und allen seinen Bewohnern jum Segen gereichen!

Ich möchte jest den Herren, die uns begrüßen wollen, das Wort dazu erteilen; zunächst bitte ich Se. Excellenz Herrn Staatsminister Freiherrn von Feilissch, das Wort ergreisen zu wollen.

Staatsminister Ercelleng von Feilitsich (München): Hochverehrte Versammlung! Seit nahezu drei Decennien unterzieht fich der Berein für Socialpolitik der ebenjo schwierigen als eminent wichtigen und dankbaren Aufgabe, gur Förderung des Volkswohles durch eingehende Erhebungen und motivierte Vorschläge mitzuwirken. In etwa 100 Banden find inamischen auf den gewichtigsten Gebieten der focialen Reformen umfaffende wiffenschaftliche Arbeiten veröffentlicht worden, welche ein Bild der bestehen= den Verhältniffe sowie Anregungen zur Anderung und Befferung enthalten. Nehmen die von dem Berein bisher erfolgten Publikationen an fich das allgemeine Interesse in hohem Maße in Anspruch, so bilden sie gleichsam cin wertvolles Material für die auf dem Gebiete der Socialpolitik ins Werk gesetzten umfaffenden Gesetzgebungen. Ebensowenig wie diese gesetzgeberische Thätigkeit abgeschlossen ist, kann auch die mitwirkende Arbeit Ihres Bereins als beendet oder minder nötig erachtet werden. Die sociale Frage und deren Lösung werden die Gesamtheit der Bevölkerung sowie die Regierung fortbauernd beschäftigen, solange die Entwicklung ber Bölker und mit ihr die Kultur fortschreiten. Dankbar wird deshalb ftets Ihre Mitarbeit anerkannt werden. Beffernd, verfohnend und ausgleichend zu wirken, die Gegenfate der Anschauungen der verschiedenen Erwerbsklaffen und Erwerbsftande zu mildern und allmählich zu beseitigen - bas muß bas gleichmäßige Bestreben der Regierungen und Ihres Bereins sein. 3wei wichtige Fragen stehen heute auf der Tagesordnung Ihrer Generalversammlung, die Wohnungsfrage und die Wirkung ber gegenwärtigen und die Ziele der kunftigen handelspolitik. Die erstere Frage beschäftigt zur Zeit die Regierungen in eingehendster Weise und alles ift an der Arbeit, Migftande auf diesem Gebiete thunlichst zu beseitigen. Über die lettere Frage sind lebhafte Meinungsverschiedenheiten zu Tage getreten. Mögen dieselben zu einem Ausgleiche führen, zum Wohle unferes Vaterlandes. Indem ich Sie alle namens ber koniglichen Staatsregierung berglich begruße, wunsche ich Ihren Verhandlungen den besten Erfolg.

(Beifall.)

Borfigender Dr. Brentano: 3ch danke Em. Ercelleng namens bes Bereins für Socialpolitik für die überaus freundlichen Begrugungs= worte, die Sie ihm foeben gewidmet haben. 3ch darf wohl fagen, daß unfer Verein mit gang befonderer Freude auch einmal nach Bapern gekommen ist. Es ist uns wohl bekannt, wie die Socialpolitik von jeher eine ber hauptfürsorgen ber baprischen Regierung gewesen ift. Diese Für= forge trat schon in früher Zeit hervor, im 18. Jahrhundert, zur Zeit als es sich noch um die Bauernbefreiung handelte. Schon damals hat sich das socialpolitische Interesse der baprischen Regierung auf das regste bethätigt; ich kann hier nicht alle die staatlichen Magnahmen berühren, in denen fich diese Fürsorge im einzelnen gezeigt hat; ich will nur eines fagen: es dürfte kaum einen deutschen Staat geben, in dem die Ablösung ber bäuerlichen Laften in fo hervorragendem Mage zu Gunften ber Bauern ftattgefunden hat wie gerade hier in Bayern. Und feitdem fich auch in Bapern der Gewerbebetrieb in größerem Mage entwickelt hat, hat fich in dem Maße, in dem dies geschah die socialpolitische Fürsorge der baprischen Regierung auch dem Gewerbebetriebe zugewandt, namentlich in der neueren Zeit. Ich erinnere bloß an die Berdienste meines hochgeehrten herrn Nachbarn um die Fabrikinspektion, namentlich die weibliche Fabrikinspektion. Und in neuerer Zeit hat Bagern als erster Staat auf dem schwierigen Gebiete der Bauinspektion eine höchst wertvolle Neuerung getroffen, durch Beranziehung bei Bauten beschäftigter Arbeiter gur Teil= nahme an der Baukontrolle. Sie feben, in welchem Mage wir bier auf einem Boden ftehen, der eigentlich für unfere Arbeit vorbereitet ift und ich tann nur wiederholen : ich hoffe, daß auch unfere Berhandlungen auf die Beiterentwicklung der Socialpolitit in Bayern befruchtend wirken werden. Ich danke nochmals Ew. Excellenz für deren freundliche Worte. — Ich möchte nunmehr herrn Bürgermeister von Brunner bitten, das Wort zu ergreifen.

Bürgermeister von Brunner (München): Hochverehrte Versammlung! Gestatten Sie mir, Sie im Namen der Stadt und ihrer Vertretung herzlich willsommen zu heißen. Möge Ihnen der Umstand, daß Sie im Hause der Stadt tagen, ein kleiner äußerer Beweiß, ein Zeichen dafür sein, mit welchen Gesühlen Ihnen die Vertretung dieser Stadt entgegensommt und Ihren Beratungen Interesse zuwendet. In der Vertretung der Stadt München sind die verschiedensten politischen Richtungen vertreten. Sie waren alle einstimmig darin, daß Ihnen ein jedes von Ihnen selbst ja in so bescheidenem Maße nur gewünschte Entgegenkommen gezeigt werde.

Auch im Ortsausschuffe, der Ihnen die Wege für Ihren hiefigen Aufenthalt ebnen wollte, find die verschiedenen Richtungen vertreten und von diesem Gesichtspunkte aus möchte ich daran anbinden, an das, was in den ein= leitenden Worten der Begrugung der Berr Borfigende Professor Brentano, hervorgehoben hat. Ich habe hierin mit besonderem Interesse, mit Genug= thung und Freude die Charakteriftik der Bestrebungen des Bereins gehört. Die Betonung bes Umftandes, daß Sie fein Berein von Männern find, die in eine einseitige Richtung eingeschworen find, daß Sie über alles das Streben nach Wahrheit und Erforschung des Besten setzen. Gesichtspunkte, unter deren Kahne und unter deren Devise alle ehrliche Forschung und alles ehrliche Streben sich einigen kann und soll. einem folchen Streben, aus dem Widerstreit der Meinungen, aus der Summe der Erfahrungen, die die Arbeit in diefem Sinne produziert, daraus muffen sich zweifellos auch für die Praxis und für das Leben die wichtigsten und fegensreichsten Folgen ergeben, und mit an diesen praktischen Folgen hervorragend interessiert sind ja die großen Städte. Die beiden Fragen, die Sie heute auf Ihrer Tagesordnung haben, find folche, welche vitalfte Intereffen der Großstädte berühren. Und wenn auch München noch keine Großstadt im vollsten Sinne des Wortes ift, so ift es doch eine große Stadt und ift in einer fo rafchen Entwicklung begriffen. daß die äußeren Formen nur schwer den Aufgaben nachkommen können, die mit diefer Ent= wicklung verbunden find, und die Verwaltung außerordentlich schwer den rasch sich entwickelnden Verhältnissen zu folgen vermag Dies gilt besonders in socialpolitischer Sinsicht. Auf Diesem Gebiete werden Ihre Beratungen bon großem praktischen Nugen fein. Wir feben beshalb mit größtem Interesse Ihren Beratungen entgegen — und es wird feiten der Gemeindeverwaltung dafür geforgt, daß Ihren Berhandlungen durch Mitglieder und Vertreter der Stadtverwaltung die größte Aufmerksamkeit zugewendet werde. Ich kann dabei auch noch den weiteren Wunsch aussprechen, daß Sie auf dem Gebiete, bas Gegenstande Ihrer Untersuchungen gemacht haben, und das Sie unter anderem in ber Befichtigung verschiedener, auch ftädtischer Unftalten verjolgen wollen, in unserer Stadt so manches sehen mögen, was Ihnen den Beweis liefert, daß die Stadtverwaltung auch auf Ihrem Gebiete ein ernstes pflichtgemäßes Streben an den Tag legt. Ich wünsche Ihnen nach allen Richtungen — nach dem wiffenschaftlichen Erfolge Ihrer Beratungen, nach dem praktischen Nugen, der sich daraus ergeben möge für unser liebes Baterland, für uns alle befriedigende Ergebnisse, — ich wünsche Ihnen, daß Sie in unferer Stadt fo manches Sie Befriedigende feben mögen,

außerdem aber, daß Sie sich in unserer Stadt heimisch sühlen mögen und die Tage, die Sie hier zubringen, Ihnen neben der Arbeit auch in Bezug auf Lebensannehmlichkeit eine angenehme Erinnerung bieten mögen, wenn Sie von uns geschieden sein werden.

(Beifall.)

Borfigender: 3ch dante dem Beren Burgermeifter für feine freundlichen Begrugungsworte. Ich barf wohl fagen, daß alle die Ginrichtungen ber Stadt, beren Pflege ihm anvertraut ift, ein gang befonderer Beweggrund waren, gerade hierher ju tommen. Abgesehen von allen Unnehm= lichkeiten und Reizen, welche, wie ja bekannt, Munchen bietet, hat unferen Berein aber diesmal noch ein besonderer Grund hierher geführt, nämlich bas große Entgegenkommen, bas ihm die Stadtverwaltung entgegengebracht hat. Der herrliche Raum, in dem wir heute tagen, ebenfo der Raum, in dem die Beratungen unferes Ausschuffes ftattfanden, alle diefe Räume find uns von den Berren Bürgermeiftern in liebenswürdigster Weife gur Berfügung geftellt worden. Der Ausflug, ber ftattfinden foll gur Besichtigung der großartigen Wafferwerke der Stadt München, ift auf Anregung der Stadt felbft unternommen, um uns ein Bild zu geben bon einer Beranstaltung, wie sie kaum sonst wo in Deutschland statthaben dürfte. Dafür find wir unserer Stadtverwaltung jum größten Danke verpflichtet. Überall hat fie uns die Wege geebnet. Ich hoffe, daß dafür auch aus unferen Berhandlungen unserer lieben Stadt München der größtmögliche Segen er= wachsen möge. — Ich erteile nun herrn Projeffor Schmoller bas Wort.

Dr. Schmoller (Berlin): Meine Herren: Es ift eine Gepflogenheit unseres Bereins, daß wir bei Eröffnung einer neuen Generalversammlung der Toten gedenken, die seit der letzten Tagung aus dem Kreise unserer engeren Mitarbeiterschaft uns entrissen worden sind, und ich habe da dies=mal zweier Männer zu gedenken, die in allem die denkbar größten Gegenstäte waren; der eine ein großer Staatsmann und Minister und der andere ein bescheidener Bürger, die aber beide hier in unserem Vereine jahrelang thätig, auf das eisrigste mitgearbeitet haben.

Staatsminister von Miquel ist Ihnen Allen wie den weitesten Kreisen bekannt. Das Bild seiner Persönlichkeit steht im Lichte der Geschichte und der Öffentlichkeit im großen und ganzen ja klar vorgezeichnet, und doch werden nur diejenigen ihn richtig beurteilen, die ihn näher, die ihn im intimeren Umgange gekannt haben.

Jedenfalls, er war und ift einer der größten Finanzminifter, die der

preußische Staat je gehabt hat. Ich möchte nur etwa die großen Finanzminister aus dem ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts, Mot und
Maßen, ihm an die Seite stellen an Kenntnis, an großem idealistischem
Schwunge, an allgemeiner wissenschaftlicher Bildung und an praktischer
Gestaltungskrast. Er war ein Mann von einer außerordentlichen Kenntnis
und von einer außerordentlichen Fähigkeit, sich bis in das höchste Alter
zu belehren. Ich will nur an eines erinnern: noch in den letzten Monaten
las er bis in die Rächte in der neuen französischen Geschichte von Vandalle.

Er war ein Mann der historischen Schule und doch zum praktischen Handeln ganz besonders besähigt. Es cirkulierte in ihm eine glückliche Mischung von französischem und niedersächsischem Blut. Er war ein Mann ganz großer Ideale und schwungvollen Geistes und daneben so kühl und so nüchtern und so praktisch und so findig in der Auswahl der Mittel, in der Benutzung der Situationen, daß man oft nicht begriff, wie diese versichiedenen Dinge in einer Seele wohnen können.

Ich mochte als ben wesentlichsten Bug feines Beistes, als ben, ber nach meiner Erfahrung den Schlüffel zu feinem Wefen bildete, die unglaubliche Feinfühligkeit und Beweglichkeit, die grenzenlofe Aufnahmefähigkeit hinstellen. Diese Gigenschaft machte ihn von Jugend auf fähig, fehr viel au lernen, au lefen, aber ebenfo fo fehr die Menschen und die realen Dinge zu beobachten; er fah nicht bloß die Oberfläche, fondern bis in die Tiefe der Menschen und der Berhältniffe; er tannte nicht bloß die großen Beerftragen, sondern auch alle geheimen und kleinen Wege. Bis ins hochste Alter war er befähigt, jede Richtung unferes öffentlichen Lebens von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken zu verstehen, fo dag er bei jeder Unterhaltung jeden Standpunkt zu begreifen und zu würdigen wußte, und daß deswegen jeder, ber fich mit ihm unterhielt, den Gindruck bekam : Der Minister ist ja gang beiner Deinung (Heiterkeit), auch wenn bas nicht der Fall war, und nur die Feinfühligkeit feiner Seele Berftandnis herbeiführte. Mit diefer Beweglichkeit und reichen Aufnahme= fähigkeit seines Beistes bing nun auch die wesentliche Eigenschaft zusammen, daß er in der praktischen Politik fähig und nüchtern genug war, um zeitweilig einen Teil feiner Ideale und Freunde auf die Seite in eine Ece zu stellen. Er glaubte aber niemals, sie damit zu verleugnen, fondern er glaubte nur, im praktischen Sandeln jest von diefer Überzeugung und von jenem Ideale nicht fo Gebrauch machen zu können, wie zu anderen Zeiten.

Mit all' dem hing es zusammen, daß Dr. von Miquel einer der glänzenbsten Redner aller Zeiten war. Außer bei Bismark, war es niemals

so still im Reichstage und in den anderen parlamentarischen Körperschaften, als wenn Miquel sprach. Um ihn herum drängten sich sörmelich die Hörer, um kein Wort von ihm zu verlieren, und diese unwiderstehliche Fähigkeit, zu reden, zeigte sich noch glänzender im kleinsten Kreise. Da war er ein Causeur ohne gleichen, und er sprach gern, er wußte es, daß er gut sprach; er hat es immer wieder betont, an ihm sei ein Prosessor verloren gegangen. Noch vor einigen Jahren sagte er mir einmal, wenn er von seinem Amte zurückträte, dann möchte er wünschen, auf einem Berliner Katheder zu stehen und mit uns zu konkurrieren.

Er hatte zwei große Ibeale, das nationalstaatliche und das sociale. Das nationalstaatliche war das stärkere, das wichtigere, ihm war der größte Teil seines Lebens gewidmet. Er war Mitbegründer des Nationalwereins, dann war er unter den parlamentarischen Mitbegründern des neuen Deutschlands einer der sähigsten Gehilsen des Fürsten Bismarck. Er hatte eine unendlich hohe Meinung vom Staate, von seiner Fähigkeit, Großes zu leisten, und er hat das ja auch in seiner großen Finanzresorm gezeigt, wie in seinen agrarischen und socialen Maßnahmen.

Die Urfache aber, daß wir heute einen Kranz auf fein Grab legen wollen, das ift ja fein sociales Gefühl, feine ftarke Teilnahme an den großen socialen Aufgaben der Gegenwart. 3ch darf Sie nur daran erinnern, daß er als Jüngling begeisterter Anhänger von Karl Marx war, und daß er, als der Berein für Socialpolitik gegründet wurde, freudiger, energischer, ich möchte sagen leidenschaftlicher als irgend ein anderer angesehener Politiker uns beigetreten ift. Ich hatte damals die Korrespondenz mit all' ben möglichen Perfonlichkeiten, die für uns zu gewinnen waren, Ich kann Sie verfichern, ich habe keinen herzerfrischenderen Brief bekommen als von ihm, und ich bedaure, daß ich, als ich von Saufe abreifte, nicht wußte, daß ich diese Worte sprechen wurde, fonft hatte ich ben Brief mitgenommen und heute hier vorgelefen, und Sie hatten mir Recht gegeben: wir haben niemals eine freudigere Zustimmung gefunden als in Miquels Brief. Er hat dann in feiner Thatigkeit für Gewerbewefen und Uhnliches immer zugleich den socialen Standpunkt vertreten, vor allem aber hat er als Bürgermeister in Frankfurt am Main die sociale Seite hervorgekehrt; wie hat er es g. B. verstanden, auch die Socialdemotraten zu gesunder socialer Mitarbeit heranzuziehen, in schroffem Gegensat ju der fpateren Regierungstendenz, jeden Socialdemokraten aus den Selbft= verwaltungsämtern hinauszudrängen.

Als wir damals häufig in Franksurt unsere Generalversammlungen und Ausschußsigungen hielten, da hat er nahezu den Mittelpunkt unseres

Bereins gebildet. Er hat an allen Debatten teilgenommen, an den Agrarfragen — die Erhaltung des Bauernstandes war ein Haupt = 3deal von ihm —, an den Fragen über Kolonifation und an den Fragen über Wohnungsreform, die ihn immer beschäftigte, die ihm auch als Finangminister noch fehr nahe lag. Und in ben Staatsratssikungen, Die ich 1890 in Berlin mit ihm durchmachte, war er ber fühn vorwärtsdrängende Referent über die Arbeiterfrage. Er hat da manch fraftig Wörtlein über eine möglichst freie Gestaltung des Arbeitervereing= und des Arbeiter= Roalitionswesens gesprochen, und auch als Minister hat er in jenen glücklichen gahren eines Aufschwunges der deutschen Socialpolitik, 1890/1895, an allen socialen Reformen thätig und freudig Anteil genommen, welche damals angebahnt wurden. Bor allem aber glaube ich, seines wichtigsten Werkes, der preugischen Finangreform, derer haben wir hier zu gedenken. Sie ift ja nicht ausschließlich ein Werk focialer Gerechtigkeit, fie hat manche Beftandteile, die man vom socialen Standpunkte vielleicht angreifen kann, die jedoch notwendig waren, um das Schiff schwimmen zu machen und durch die Parlamente zu bringen; aber der Grundzug war doch ein social= politischer: größere Gerechtigfeit, größere Beranziehung des Bermögens, Entlastung der unteren Rlaffen, das waren feine Sauptzuge. Gerade in jenen Jahren bin ich ihm perfonlich am nächsten gekommen. Er hat mir gestattet, oftmals abends, es war meift schon gegen Mitternacht, noch ein ober zwei Stundchen mit ihm zu plaudern, und diefe Erinnerungen werden mir ein Schat fürs gange Leben bleiben.

Und wenn die große Wendung der Politik es ihm dann später nicht möglich machte, noch weiter eben fo energisch socialpolitisch zu wirken, jo hat er doch nicht aufgehört, eine gewiffe socialpolitische Wirkung zu üben. Ich erinnere an die Centralgenoffenschaftskaffe, an die Fortführung und Berftarkung ber inneren Rolonisation, die wir ihm danken. Jedenjalls aber hat er bei jeder Belegenheit mir perfonlich angedeutet und zu zeigen gesucht, daß er socialpolitisch ber Alte fei. Bor brei Jahren noch, als ich Rettor war, tam er zu mir in eine Gesellschaft. Er trifft im Vorzimmer einen andern Minifter und fagt lachend: Aba, Sie kommen auch zum Kathedersocialisten! und er fügt bei: Ich kann ja nach außen nicht viel Gebrauch davon machen, aber feien Sie überzeugt, daß ich für diese Richtung dieselbe Empfindung habe, wie zur Zeit, da ich im Berein für Socialpolitik aktiv mitwirkte. Und noch in einer spätern Unterhaltung - er mochte wohl spuren, daß wir in socialpolitischen Dingen weiter auß= einandergerückt feien —, da reichte er mir jum Schluffe die hand und fagte: Lieber Schmoller, zwischen uns bleibt's doch hoffentlich immer beim Alten.

Der andere, bon dem ich zu fprechen habe, ift der Bankier Bittelshöfer Wie Miquel eine komplizierte, war Wittelshöfer eine einfache Der Minister hat fich voll entfalten können in einem langen erfolgreichen Leben, und Wittelshofer ift als junger Mann einer tückischen Rrankheit erlegen. Er war vom praktischen Leben und nationalökonomischen Studien ausgegangen, hat dann einflufreiche Stellungen im Bankwesen bekleidet, aber feine Seele gehörte voll und gang der Sache der Arbeiter. Er, der fich alle Genüffe der Rultur verschaffen konnte, glaubte, daß diese wertlos bleibe, wenn es nicht möglich fei, den unteren Rlaffen einen ent= iprechenden gerechten Anteil daran zu verschaffen. Sein scharfer Berftand und die nationalökonomische Schule, die er durchlaufen hat, wiesen ihn auf eine Bahn halb socialistischer Spekulation; er kam mit feinen Gedanken Karl Mary fehr nahe. Ich felbst habe mich deshalb fast ftets in scharfem theoretischen Gegensatz zu ihm befunden. Er hatte, mare er nicht zu praktisch und nüchtern gewesen, vielleicht ganz ins socialistische Lager übergeben konnen. Er ftand den Ruhrern der Socialbemokratie perfonlich fehr nabe; aber in unseren Rreifen, in unserem Berein gab er fich voll und gang bin. Er bildete ben linken Flügel in unferem Ausschuß, aber fehr häufig auch das eigentlich treibende Rad, und deswegen find wir ihm zu großem Dank verpflichtet. Er war immer gang bei ber Sache. Immer unabhängig und unerschrocken, lebte er gang ben Reform= planen praktischer Art, ben socialwissenschaftlichen Untersuchungen, die wir verfolgen. Er war uns ftets durch feinen Charakter, durch feine Liebens= würdigkeit und Bergensgute, burch feinen Scharffinn und feine Entschloffenheit ein guter Ramerad und ein treuer Freund, ein wackerer Rampigenoffe, ben wir niemals vergeffen werben. 3ch mochte Sie bitten, jum Andenken an diefe zwei Toten fich von Ihren Sigen zu erheben.

(Gefchieht.)

Vorsitzender: Wir treten jett in den ersten Gegenstand unserer Tagesordnung ein, und ich ersuche Herrn Prosessor Dr. Fuchs, mit seinem Reserat zu beginnen.

## Die Wohnungsfrage.

I.

### Referat

nod

Projeffor Dr. C. I. Luchs (Freiburg i. Br.).

Berehrte Unwesende! Die Wohnungsfrage hat in dem Berein für Socialpolitit, wie die Alteren unter Ihnen wiffen, icon eine Geschichte, fo alt wie der Berein felbst. Schon auf der Gründungsversammlung des Bereins, zu Gifenach, ift fie durch ein Referat Engels und besonders eine Rede Adolf Wagners zum Worte gekommen, und dann ist fie 1886 in zwei Banden der Schriften des Bereins wie in der Generalversammlung jum erftenmal eingehend erörtert worden, unter Führung des Mannes, ju beffen Gedächtnis wir uns foeben erhoben haben, Johannes Miquel. beiden damals veröffentlichten Bande hatten die Aufgabe, zunächst bas Vorhandensein einer Wohnungsfrage, ja Wohnungsnot in Deutschland für weitere Kreise überhaupt einmal zu beweisen und die Wege zur Abhilse erstmals abzusteden. Infolgedeffen enthalten fie neben den allgemeinen Arbeiten von Reefe über "die hauptergebniffe der Wohnungsstatistik deutscher Grofftabte" und von Leuthold "Bon welchen gefetlichen Beftimmungen kann Minderung der Wohnungsnot in unseren Großstädten erwartet werden?" vor allem eine Anzahl monographischer Darstellungen der Verhältniffe in den wichtigften deutschen Großstädten, sowie zwei Arbeiten über Frantreich und England. Miguel hatte die Einleitung geschrieben und er= stattete das Reserat. Er hat damals an beiden Stellen ein Programm der Wohnungereform entwickelt, über das wir, von Ginzelheiten abgefeben, bis jest noch nicht erheblich hinausgekommen sind, und so ist es auch eine Art Gedachtnisseier, wenn wir diese Frage heute wieder in seinem

Sinne behandeln. Im folgenden Jahre 1887 erscholl bann ber beredte "Mahnruf" des Vorfigenden unseres Bereins. Spater ift die Frage mehr nach ihrer technischen und hygienischen Seite bin behandelt worden, fo namentlich vom Berein für öffentliche Gefundheitspflege, und die wirtichaft= liche Seite fing dabei manchmal etwas an vernachläffigt zu werden, und das lette Nahrzehnt brachte dann auch die ersten wirklichen Reform= versuche der Gesetzgebung und Berwaltung. Als nun der Berein für Social= politit vor zwei Jahren beschloß, wiederum die Wohnungsfrage in Schriften und auf der Generalversammlung zu behandeln, da war feine Aufgabe von Anfang an offenbar eine gang andere, als bas lette Mal. Es galt nun nicht mehr, die Existenz einer Wohnungsfrage und einer weit verbreiteten Wohnungenot überhaupt erft zu beweisen - benn fie wird heute nur noch von einigen Sausbesitzerorganen bestritten -, sondern es galt, in einem jusammenhängenden Bilbe ju zeigen, mas feit 1886 auf diesem Gebiete geleistet worden ist, wie die Wohnungsverhaltnisse sich seitdem entwickelt haben, ob die Hoffnungen fich erfüllt haben, die damals auf der General= versammlung von 1886 so laut ausgesprochen wurden, jestzustellen, was die geseklichen und Bermaltungsmaknahmen der letten Beit leiften und leiften können, und zugleich alle wichtigeren fremden Länder zum Bergleich heranaugieben. Der Zeitpunkt für eine folche fritische Zusammenfassung scheint aut gewählt, weil die Gefetgebungsmafchine in einigen Staaten schon zu arbeiten angefangen hat, in anderen eben erft angeheizt wird, aber noch nirgends ganz gut funktioniert. Infolgebeffen wurde von monographischen Schilberungen einzelner typischer Wohnungsverhältniffe biesmal gang abgefeben und nur in einer "Ginleitung" aus Grunden, die wir gleich erkennen werben, die Entwicklung der Grundrente für Berlin, Wien und Prag hiftorisch unterfucht und die allgemeine Wohnungsstatistik fortgesett - in Berhinderung Neefes durch eine dem Berein fertig angebotene, fehr eindringende Arbeit von Dr. Sugo Lindemann -, der Schwerpunkt aber gelegt auf eine ein= gebende Darftellung und Prufung der einzelnen Abhilfsmagregeln, die in ber Zwischenzeit schon zur Anwendung gebracht oder vorgeschlagen worden find, und zwar nach der auten neuerlichen Gepflogenheit des Bereins für Socialpolitik für Deutschland und Öfterreich zusammen. Und endlich wurde versucht, auch für das übrige Ausland eine kurze, zusammenfaffende Darftellung ber Entwicklung zu bekommen. Das Ergebnis diefer Arbeiten liegt in den 4 Banden vor, die in Ihren Sanden find, und ich darf wohl behaupten, daß fie eine Fulle von Belehrung und von für weitere Kreise neuen Gefichtspunkten enthalten, eine handliche Zusammensassung ber bisher nur dem Fachmann bekannten und zur Berfügung stehenden Materialien

und Ibeen. Über sie einen kurzen Überblick zu geben, ist meine heutige Ausgabe, und ich beginne sie mit einem Worte des herzlichsten Dankes an alle unsere Mitarbeiter, zum großen Teil Männer im öffentlichen Leben, viel beschäftigt und in Anspruch genommen, und ganz besonders an Herrn Prosessor Albrecht, den tresslichen Kenner der Wohnungsfrage, der nicht nur beim Entwurf des Programms und bei der Auswahl der Mitarbeiter hersvorragend mitgewirkt hat, sondern auch in nachher eingetretene Lücken einsgesprungen ist.

Wenn wir nun damit beginnen, die Stellung ber einzelnen Länder in Bezug auf die Lösung der Wohnungsfrage zu betrachten, so zeigt es sich, daß Deutschland heute eine mittlere Stellung einnimmt. In einer Bruppe von Staaten ift so gut wie gar nichts ober boch weniger als in Deutschland geschehen, in einer andern erheblich mehr. Bur erfteren Gruppe dürfen wir das in unferen Schriften gar nicht behandelte Italien, Ruß= land und, wie Sie sehen werden, auch Frankreich rechnen, und wohl im gangen auch Öfterreich. Bur letteren Gruppe gehören England. die Bereinigten Staaten, Belgien und die deutsche Schweiz. mährend Schweden, Norwegen, Danemark und die frangösische Schweiz gleich Deutschland auf mittlerer Linie stehen. Wir wollen bon lekteren Ländern und von den zurückstehenden hier im allgemeinen nicht handeln und höchstens bei einzelnen Bunkten darauf zu sprechen kommen, fondern Deutschland vergleichen mit den Ländern, die ihm voranfteben. Da zeigt fich uns nun ein großer Unterschied: in Deutschland ift feit 1886 die Wohnungsfrage hundertmal "gelöft" worden — auf dem Papier und auf dem Ratheber; nicht Tausende, sondern hunderttausende von mufter= haften und billigen Arbeiterwohnungen find gebaut worden - auf dem Bapier; von allen Seiten ist durch Arzte, Techniker, Nationalökonomen hineingeleuchtet worden — nicht in die Wohnungen, aber in die Wohnungs= frage, daß tein Edchen darin duntel geblieben ift - furg, theoretisch haben wir in Deutschland die Wohnungsfrage in diefer Zeit bemeiftert. Aber prattifch ift, wenn wir ehrlich fein wollen, trot vieler ichoner Unjäge und hoffnungsvoller Reime der jungften Zeit, alles in allem genommen und alles gemeffen an der Größe der Aufgabe, doch noch recht wenig geschehen: ju einer Wohnungsreform großen Stils, wie fie 1886 Miquel ge= fordert und vorgezeichnet hat, find wir bis heute noch nicht gefommen.

Infolgedessen haben fich die Wohnungsverhältniffe in Deutschsland, wie aus der Lindemannschen Arbeit über die Wohnungsstatistik im 94. Bande der Schriften hervorgeht, in diesem Zwischenraume jedenfalls im allgemeinen nicht verbeffert, sondern entweder, dem Wachstum der Bevölke-

Schriften XCVIII. - Berhandlungen 1901.

rung entsprechend, auf dem gleichen Niveau erhalten oder verschlechtert. Noch lebten in Berlin 1890 über 8000, 1895 über 10000 Menschen in Wohnungen ohne alle Beizgelegenheit, und in Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer 1890: 676 000, 1895: 710 000; die Zahl ber letteren Wohnungen war 1885: 152 000, 1895: 203 000. In Breslau waren 1895 von 88 000 untersuchten Wohnungen 3000 (b. h. 3,4 %) "übervölkert": sie hatten im Durchschnitt 6,9 Bewohner und 164 Schläfer auf je 100 Betten! Besonders hervortretend ist die machsende Ausdehnung des Ctagenhauses, der vier- und mehrstödigen Mietskaserne, hauptsächlich in Berlin, aber nach feinem Beispiel auch in ben andern großen und mitt= leren, ja selbst kleinen Städten Deutschlands. In Berlin hatten von 1000 bewohnten Gebäuden 1880: 336, 1890: 466, 1895: 671 vier und mehr Stodwerke; im Durchschnitt kamen auf ein Grundstück in Berlin 1882: 14,9, 1897: 19,8 Wohnungen. Die "Behaufungsziffer" (Bahl ber Bewohner pro bewohntes Grundstud) ist überall gestiegen, nur in Berlin in der allerjungften Zeit, wohl infolge dagegen ergriffener Magnahmen, etwas gefunken; fie war in Berlin 61 im Jahre 1880, 73 im Jahre 1890, 72 im Jahre 1895; in Leipzig bezw. 39, 34, 35, in Frankfurt a./M. 19, 20, in Breslau 45, 50, 51. Dies find aber nur die groben Sauptziffern: wenn Sie den zahlenmäßigen Umfang der Wohnungsmifere im einzelnen und ihre Differenzierung tennen lernen wollen, fo tann ich Sie nur auf die außerordentlich verdienstvolle Arbeit Lindemanns hinweisen. Nur einen von ihm festgestellten neuen Zug der Entwicklung hebe ich noch hervor: besonders in Leipzig, Frankfurt und Hamburg finden wir eine Abnahme ber einzimmerigen Wohnungen und eine Zunahme ber zweizimmerigen : das bedeutet, daß die Abneigung der Unternehmer, kleine Wohnungen zu schaffen, im Wachsen ift, und daß fich zwischen Mieter und hausbesiger eine Zwischenperfon, der Zimmervermieter, einschiebt, auf die der Hausbesiger das Rifiko abwälzt, und die daher wiederum zur Steigerung der Mietpreise beiträgt. Entsprechend diefer Zunahme ber zweizimmerigen Wohnungen steigt baber die Bahl der Aftermieter und Schlafganger. Die Bahl der letteren in Berlin war 1880: 59 000, 1890: 95 000; es hatten 1890 in Leipzig 17.5% aller Wohnungen Schlafburschen, in Frankfurt a. M. 6,2, in Breglau 12,5, in Berlin 15,8; Schlafgänger und Zimmermieter, also überhaupt familienfremde Elemente aber hatten in Leipzig 30 %o. in Berlin 23, in München 31, in Breglau 20,7 % aller Wohnungen. Des weiteren hat die jungste Zeit - davon giebt zwar die Statistik keine Austunft, aber das ist durch Einzelbeobachtungen festgestellt — an vielen Orten die aktueuste Form der Wohnungsnot gefehen, daß nämlich überhaupt gar keine kleinen Wohnungen auch für zahlungsfähige Familien vorhanden find, so daß die Stadtverwaltung solche in Armenhäusern und Baracken unterbringen mußte.

Gegenüber den theoretischen Fortschritten haben sich die thatsächlichen Wohnungsverhältniffe also nicht entsprechend verbeffert; fie bieten noch dasselbe, ja zum Teil ein noch trüberes Bild als 1886. Aber wir wollen darum jene theoretischen Fortschritte und die darauf verwendete Mühe nicht verachten und gering schätzen; ist es doch eine Eigentümlichkeit aller deutschen wirtschaftspolitischen wie politischen Entwidlung überhaupt, daß eine solche gründliche theoretische Vorarbeit die unerläßliche Voraussetzung für das Sandeln ift. So mar es bei ber Arbeiterversicherung, bei allen großen Wandlungen der Sandelspolitik u. f. w. - das find eben die Gierschalen bes Bolkes ber Dichter und Denker, Die wir noch nicht abgeftreift haben. Und so giebt der theoretische Sohepunkt, den wir erreicht haben, uns die hoffnung, daß nun auch für uns überall die Zeit des handelns gekommen ist, und thatsächlich können wir ja auch schon über eine Anzahl von praktischen Bersuchen auf diesem Gebiete in der jungften Beit berichten. Ausland bagegen, das wir mit Deutschland hier kontraftieren, in ben Ländern also, die Deutschland voranstehen, wird in der Regel zuerst gehandelt und dann — fehr viel weniger darüber geschrieben und geredet. Und so ist seit 1886 in diesen Ländern erheblich mehr zur Lösung der Wohnungsfrage geschehen als bei uns. Aber wir muffen auch — wollen wir nicht ungerecht sein — berücksichtigen, daß es diefen fremden Ländern auch erheblich leichter gemacht war. Denn nirgends, selbst nicht in Ofter= reich, das hier wie fonft die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands vielfach nachmacht, hat die Wohnungsfrage eine folche Ausdehnung und Schwierigkeit gewonnen wie in Deutschland in den letten fünfzehn Jahren. Dazu find einige principielle Grörterungen unerläßlich.

Wir muffen eine allgemeine und eine besondere Wohnungsfrage unterscheiden. Die allgemeine Wohnungsfrage besteht darin, daß allgemein die Mieten wachsen, wesentlich insolge des Wachsens der Grunderente, also hauptsächlich insolge des Wachstums der Städte selbst. Sie erstaßt beinahe alle Klassen in der Weise, daß die Mieten rascher steigen als das Einkommen; aber sie erfaßt die verschiedenen Klassen in sehr verschiedenem Maße, und da nach dem bekannten Schwabeschen Gesetz die Mieten um so mehr betragen, je niedriger das Einkommen ist, so ersaßt sie am schärssten die unteren Klassen. Aber für diese besteht noch eine besondere Wohnungsfrage, die man der Einsachseit wegen wohl "Arbeiters wohnungsfrage, die man der Einsachseit wegen wohl "Arbeiters wohnungsfrage, die man der Einsachseit wegen wohl "Arbeiters wohnungsfrage, die man der Einsachseit wegen wohl "

2\*

unteren arbeitenden Klassen müssen nämlich nicht bloß auch einen immer fteigenden Brogentsat ihres Gintommens für bie Miete ausgeben, sondern die Wohnungen, die fie erhalten, find in der Regel in großem Umfange noch dazu gefundheitlich und fittlich ungenügend, und schließlich kommt es in fraffen Fallen dagu, daß die Arbeiter überhaupt feine Wohnung mehr finden, auch wenn fie im Verhältnis ihres Einkommens zahlungsfähig find. Diefe besondere Wohnungsfrage besteht also einerseits in dem Mangel an Wohnungen und andererseits in der Mangelhaftigkeit der vorhandenen Bohnungen. Sie ift durchaus nicht nur auf die Städte beschränkt, fondern erstreckt fich auch auf die arbeitenden Rlaffen auf dem Lande, mahrend die allgemeine Wohnungsfrage eine wesentlich ftädtische Erscheinung ift, ja bie Stadtfrage der wachsenden Städte  $\varkappa\alpha\tau'$  έξοχήν. Und nun haben wir den bemerkenswerten Unterschied zwischen Deutschland und bis zu einem gemiffen Mage Ofterreich einerseits und bem übrigen Auslande, Belgien, England, den Bereinigten Staaten andererjeits, daß wir aus letteren immer nur von der speciellen Wohnungsfrage hören, daß die Arbeiterwohnungs= frage uns hier als das Sauptbroblem entgegentritt; die allgemeine Wohnungsfrage ift entweder gar nicht vorhanden oder doch nicht fo ent= wickelt und ausgebildet, daß fie in den Bordergrund trate gegenüber der speciellen Wohnungsfrage. In Deutschland bagegen und in febr viel ge= ringerem Make in Öfterreich und zum kleineren Teil auch in der deutschen Schweiz steht die allgemeine Wohnungsfrage im Bordergrunde, die Arbeiterwohnungsfrage ift nur ein Bestandteil derfelben, wenn auch ein fehr wichtiger. Und zwar hat diese Entwicklung fich hier gerade in der letten Zeit vollzogen, da bis 1886 auch hier im wesentlichen nur eine Arbeiter= wohnungsfrage vorhanden war. Woher dieser Unterschied? Das brinat uns auf die Urfachen der Wohnungsfrage.

Die all gemeine Wohnungsfrage hat, wie schon angedeutet, ihre Hauptursache in der Bodenfrage, dem Steigen der städtischen Grundrente, der
Grundstückspreise, und zulet im Wachsen der Städte selbst, und da gerade
in Deutschland in den letzten Jahrzehnten die städtische Entwicklung eine
ganz besonders rapide gewesen ist, so erklärt sich schon daraus, warum die
allgemeine Wohnungsfrage sich hier so entwickelt hat. Auf diese Frage der
städtischen Grundrente kann ich nur kurz eingehen, da sie im zweiten Reserate aussührlich behandelt werden wird. Die Steigerung der Grundrente
ist zunächst in gewissem Maße eine natürliche und notwendige Erscheinung,
hervorgerusen durch das Wachsen der Städte: sie ist begründet im Mangel
an Bauplätzen, Wohn= und Geschäftsräumen in centraler Lage, dem hier
durch die Natur beschränkten Angebot gegenüber einer wachsenden Nach=

frage. Neben diefer natürlichen Urfache fteben aber auch fünstliche, und babin gehört jum Teil die Beschränkung des Angebots, wie fie einer= feits durch Großgrundbefit in unmittelbarer Rabe der Stadt, andererfeits durch Berfplitterung des Grundbefiges und "Gemengelage" der Grundftude in der Nahe der Städte entsteht, und dann tommt andererfeits das größere Bebiet der fünstlichen Beeinfluffung hinzu: die Bodenspekulation. Diese bat zwar, wie Andreas Boigt im 94. Bande unserer Schriften betont, auch hier wie fonst ihre Notwendigkeit und ihre Berechtigung; aber es ift kein Ameifel, daß zu den Auswüchsen, zu denen jede Spekulation führt, gerade hier besonders reichlich Gelegenheit gegeben ift, indem die Bodenspekulation unbebaute oder niedrig bebaute Grundstücke gurudhalt und fo das Angebot fünstlich einschränkt, andererseits fehr oft das Tempo der Entwicklung über= schätzt und infolgedeffen eine zu hobe Steigerung vornimmt, indem fie jedenfalls den ganzen Gewinn der aus natürlichen Gründen erfolgenden Steigerung für fich in Anspruch nimmt. Aber wie gesagt, ich überlaffe diefe Frage dem zweiten Referenten; nur einen Bunkt gestatten Sie mir, hier noch zu berühren. Dieses Eingreisen der Spekulation in die Bewegung der Bodenwerte erklärt nach meiner Anficht bor allem das enorme Wachsen der Bodenwerte auch in den Außenbezirken, und da hat nun bekanntlich zuerst Cherstadt die Bemerkung gemacht, daß dies in Deutschland ermög= licht, ja hervorgerufen sei durch die Mietskaferne, d. h. die Ausdehnung der Mietskaferne durch verkehrte Bebauungsplane auch auf die Augenbezirke und Vororte hinaus, und nach ihm hat Vaul Voigt in feinem ausgezeich= neten, von Andreas Boigt herausgegebenen Buch über Berlin in ahnlicher Weise vor allem die Bauordnung als Ursache hingestellt. Und so fällt der Unterschied zwischen Deutschland und den ihm voranstehenden fremden Ländern auch in der That mit einem anderen zum größten Teil zusammen: Deutschland ift das Land bes Ctagenhauses, der Mietskaferne, nicht nur im Innern der Städte, fondern auch in den Augenbegirken und Vororten, und nicht nur in den Großstädten, sondern auch in mittleren und kleinen Städten: und England und Belgien, auch die Bereinigten Staaten find die Länder der geräumigen oder offenen Bauweise, des Ginfamilien = haufes als wirklichen Ginzelhauses ober als Reihenhauses, und nicht nur bei den wohlhabenden, sondern auch bei den arbeitenden Klassen.

Dieser Unterschied der Wohnsitten ist allerdings schon alt. Ginem von Beta ausgegrabenen alten englischen Gesetz zu Gunsten des Einzelhauses steht die von Paul Woigt uns geschilderte Politik der preußischen Könige im 18. Jahr-hundert gegenüber, die darauf hinauslies, das Etagenhaus künstlich zu sördern. Einmal bauten die Könige auf ihre Kosten in Berlin und Potsdam den

Bürgern zahlreiche Häuser, aus Sparsamkeit als Etagenhäuser, dann aber verbietet Friedrich II. den wohlhabenden Leuten direkt das Alleinbewohnen eines Hauses, indem er verordnet, daß diejenigen "christlichen Partikuliers, auch Juden, so die besten und größten Baufer an sich zu bringen Gelegenheit gefunden" und an der Steigerung der Mieten guten Teils dadurch schuld feien, daß fie, ohne wegen ihrer Bedienung, nombreufer Familien oder ftarken Berkehrs dazu gezwungen zu fein, sie allein bewohnten, solches aus Übermut und zur Üppigkeit nicht ferner thun, sondern so viele Familien wie nach Beschaffenheit der Säuser möglich, mietweise darin aufnehmen follten. Wenn fie fich dazu nicht gutwillig verständen, follten fie dazu durch rechtlichen Zwang angehalten werden. Allein der große Gegenfat, wie er heute zwischen Deutschland und den andern Ländern besteht und am deutlichsten in den Behaufungsziffern zum Ausdruck kommt (London 7, Glasgow 5-7 gegen 72 in Berlin!), ift doch erst ein Produkt der neuesten Entwicklung in Deutschland und insbesondere in Berlin, und hier wird nun eben die Ausdehnung der Mietskafernen durch jehlerhafte Bauordnungen und Stadtbaupläne dafür verantwortlich gemacht, indem diefe die Anforderungen, die an den eigentlichen Berkehrsftragen notwendig find, unbedacht ausgebehnt haben auf das ganze Stadtgebiet und dadurch die riefigen geraden Baublode mit ihren großen Tiefen und damit not= wendig die hofwohnungen zc. geschaffen haben.

Gegen diese herrschende Anschauung von der Bedeutung des Bebauungs= planes und der Bauordnung für die Berbreitung der Mietskafernen und die daraus namentlich von Architekten und Spgienikern abgeleitete Forderung, durch entsprechende Gestaltung der beiden die "geräumige Bauweise" auch in Deutschland allgemein in Anwendung zu bringen, hat fich zuerft in jungster Zeit ein vereinzelter Widerspruch in der Schrift von Abele in Stuttgart "Weiträumiger Städtebau und Wohnungefrage" erhoben, und wie Sie wiffen, tritt ihm nun im 94. Bande unserer Schriften Dr. Anbreas Boigt, der herausgeber jenes hinterlaffenen Werkes von Paul Boigt, zur Seite. Er tritt ebenfalls, wie Abele, für die Mietskaferne bezw. den Hochbau ein, als die Form des baugewerblichen Grokbetriebes, die allein die Möglichkeit geboten habe, in turger Zeit fo große Maffen zu behaufen, und die vielleicht eine Steigerung des Bodenpreifes, aber feineswegs eine Steigerung der Mietspreise gebracht habe, ja die an und für sich einen niedrigeren Stand der Mieten ermögliche. Dag trotdem die Mieten geftiegen find, wird von ihm gurudgeführt auf die Steigerung der Bautoften durch Erhöhung der Materialpreise und der Löhne, vor allem aber durch die Erhöhung ber Luxuriofitat des Bauens. "Die Wohnungsfrage - eine

Bautostenfrage!" ist die Quintessenz seiner Ausstührungen. Diese Ergebnisse seiner Untersuchungen sind wohl niemand überraschender gekommen als ihm selbst, ist er doch erst auf dem Wege zu ihrer Ausarbeitung aus einem Paulus zu einem Saulus geworden. Ich habe sie als Herausgeber mit einer gewissen Freude begrüßt, weil die Wiedergabe dieser Aussassehen in unserer Publikation uns jedenfalls gegen den Borwurf der Parteilichkeit seitens der Hausbesitzer, welche die gleiche Argumentation zu machen pslegen, sicherstellt. Aber für richtig kann ich sie in der Hauptsache nicht halten.

Meines Erachtens ist diese Darstellung von Boigt zweifellos eine wert= volle Korrektur der Einseitigkeit der herrschenden Auffassung, aber auch nicht mehr. Der Satz "die Wohnungsfrage eine Baukostenfrage" ist eine ebenfolche Ubertreibung wie die Behauptung, daß ausschlieflich die Bodenspekulation zusammen mit dem Mietshause die Wohnungsfrage verschuldet Dag die Mietstaferne allein große Bevolkerungsmaffen unterzubringen vermag, ift wohl nur für Städte mit beschränkter Ausdehnungs= möglichkeit richtig, wie beispielsweise Stuttgart, weshalb wir es verstehen. daß gerade von dort her der erste Widerspruch erscholl, nicht aber für Städte in der Cbene. Die wirtschaftliche Überlegenheit des Sochbaues aber und die Ermöglichung billiger Mieten durch ihn besteht doch nur in der ersten Beit, nur bann, wenn in einem bigber niedrig bebauten Gebiete die ersten Hochbauten entstehen: wenn aber diese Methode allgemein wird, bann wird die größere Ausnutung des Bodens in den Grundstückspreisen vorweg genommen. So erklärt es sich auch, daß der Londoner Braffchafts= rat und manche Baugenoffenschaften bei uns billiger bauen können baburch, daß fie bort, wo, wie etwa in London, nur niedrige Baufer bisher waren, jett Hochbauten aufführen. Immerhin find diese Ausführungen A. Boigts wertvoll zur Korrektur der entgegengesetten Auffaffung, indem fie mit der nötigen Deutlichkeit flar machen, daß wir die Mietskaferne jedenfalls im Stadt= innern nicht entbehren können, und indem fie gegenüber den Bodenreformern nachweisen, daß die Bodenspekulation und bas Privateigentum am Boden nicht allein schuld find an dem Steigen der Mieten und der darin bestehenden allgemeinen Wohnungsfrage. Der Wohnungsluxus aber, den Boigt dafür verantwortlich macht, indem er fagt, daß die kleinen Säufer wegen ihrer größeren Ginfachheit in Belgien langer fonkurrengfähig bleiben fönnen, ift ja, wie er felbst zugiebt, gerade durch die Mietskaferne hervor= gerufen worden. Mit Unrecht scheint mir also Boigt die Rolle, welche das Mietshaus in Deutschland fpielt, gang ju beftreiten.

Eberstadt hat diese nun soeben in seinem neuesten Buche "Der deutsche Rapitalmarkt" von einer neuen Seite her beleuchtet. Er lenkt darin

nämlich die Aufmerksamkeit — wie schon früher in wenig wissenschaftlicher Weife Ottomar Beta - auf die enorme Berichuldung bes Grund und Bodens, die ungeheure Bunahme des Realfredits in Deutschland, ber nach seiner Schätzung im Jahre 1900 die unheimliche Summe von 42 Milliarden Mark erreicht hat, und zwar hauptfächlich durch Runahme der städtischen Verschuldung. Diese war in Preußen von 1886—97 31/2 mal fo groß als die der ländlichen, in Bayern 1895-97 41/2 mal fo Das "Berliner Shiftem der neueren Bodenverschuldung — Bodenspekulation, Mietskaserne, Spoothekenverschuldung mit ihren schlimmen Begleiterscheinungen -", fagt er, hat sich in den letten 10-12 Jahren im übrigen Deutschland ausgebreitet und ist rasch in die übrigen Städte porgedrungen; München nimmt heute eine ahnliche Stelle in Babern ein wie Berlin in Preußen. Gine folche Bodenverschuldung findet fich in keinem anderen Lande, wie schon die Bergleichung des Pfandbriefumlaufs ber europäischen Bodenkreditanftalten — alfo gang abgesehen von den Privat= hppotheken - zeigt; er betrug nämlich im Jahre 1898 von insgefamt 25,7 Milliarden in Deutschland allein 11,5 Milliarden gegen 5,8 in Rugland, 2,8 in Öfterreich, 2,1 in Frankreich, 0,87 in Belgien. Die Berginfung jener enormen Bodenverschuldung und ihre Zunahme - Die "Rabitalifierung des Grund und Bodens" — beansprucht nach Gberftadt jährlich etwa 3,7 Milliarden, mahrend der "Kapitalreinanspruch" der Börfenemissionen auf allen übrigen Gebieten der Bolkswirtschaft nur 1,8 Milliarden ift. Die Folgerungen, die er, wie ebenfalls ichon früher Beta, daraus für die "dauernde Schwäche des deutschen Rapitalmarktes" zieht, beschäftigen uns hier nicht, fondern nur der Bufammenhang diefer Berschuldung mit der Boden- und Wohnungsfrage. In diefer Beziehung bebt nun Cberftadt hervor, daß die ftädtische Berfchuldung im Gegenfat gur ländlichen nicht mit finkender, fondern mit wachsender Grundrente fteigt, also eine "Mehrwertsverschuldung" ist, sowie daß die Werterhöhung des Bobens entweder auf nütlicher Aufwendung, Melioration, beruht, oder nur durch Preistreiberei, Spekulation erjolgt ("materielle" bezw. "immaterielle" Berschuldung), und daß nun jene enorme Schuldenlast des städtischen Bobeng sowohl bei der materiellen wie bei der immateriellen Berschuldung festgehalten, d. h. gar nicht getilgt wird. Wie hat nun - so fragt Gber= stadt weiter — eine Schuldenlaft von folch schwindelnder Sohe überhaupt kontrabiert werden konnen, und warum wird fie unausgesett gesteigert und feftgehalten? Er antwortet darauf: nur "ein Spftem besonderer Gin= richtungen, das fo beschaffen ift, daß die Last der Berschuldung nicht auf dem Bodenbesitzer ruht, fondern unmittelbar auf andere Schultern über-

tragen wird", kann das eigentumliche Berhaltnis bewirken, daß hochste Berichuldung dem Schuldner höchsten Gewinn bringt, und er findet dieses Shiftem nun in ber "allgemeinen Schablone bes neueren (beutschen) Städtebaus, bem Maffenmietshaus", bas nach feiner Auffaffung ja keineswegs nur eine Schöpfung des Architekten, sondern in erster Linie der Berwaltung ift. Das Wesentliche bei diesem Maffenmietshaus sei nämlich die Thatsache der unmittelbaren Abmalzung der Laften des Grundbefigers auf ben Mieter. "Das in den letten Jahrzehnten in Deutschland ausgebildete Spftem der Mietskaferne hat, wo immer es durchgeführt ift. den effektiven Grundbesitzer ganglich beseitigt: es kennt nur eine geringe Bahl nomineller Sausbefiger und andererfeits die Maffe der Mieter". 3ch verlaffe diefe Ausführungen, weil herr Dr. Eberftadt felber fich noch darüber aussprechen wird. Ift seine Argumentation richtig, dann hätten wir darin den Hauptschlüffel für das Berhältnis, daß Deutschland heute gegenüber den andern Ländern an der allgemeinen Wohnungsfrage leidet, und damit zugleich die Erklärung, warum es in jenen Ländern fo viel leichter mar, in diefer Zeit etwas zu leiften.

Denn auch die specielle Wohnungsfrage hat sich dadurch bei uns besonders verschärft, indem gerade die Mißstände des nur zum Verkause gebauten Massenmietshauses bei den sür die arbeitenden Klassen bestimmten besonders sühlbar werden mußten, und gerade bei uns sich eine besonders starke Abneigung des privaten Bauunternehmers gegen den Bau kleiner Wohnungen bemerkdar macht, weil die Verwaltung eines Hauses mit Kleinewhnungen nicht als eine Annehmlichseit angesehen wird, und dieses daher schwer verkäuslich ist. Andererseits liegt auch bei uns ein großer Fehler auf Seite der Arbeiter in der mangelnden Erkenntnis der Notwendigkeit einer guten Wohnung. Diese und die andern besonderen Ursachen der speciellen Wohnungsfrage brauche ich aber kaum zu erwähnen, denn sie sind dieselben in allen Ländern.

Lassen Sie mich nun kurz schilbern, was in diesen anderen Ländern, die Deutschland voranstehen, geschehen ist, und damit das vergleichen, was bei uns gethan worden ist. Da müssen wir unsere Blicke zuerst auf Eng-land lenken, auf die Heimat des vorhin von dem Herrn Borsigenden gekennzeichneten Manchestertums, das höchst charakteristischerweise bekanntlich auf diesem Gebiet zuerst in der anderen Richtung vorangegangen ist. Wir haben da außer der Darstellung in unseren eigenen Schriften jetzt auch ein Werk von Oppenheimer "Wohnungsfrage und Wohnungsresorm in England" und werden in Bälde auch noch in einer kleinen Schrift von Dr. Sinzheimer "Die Arbeiterwohnungsfrage", deren Aushängebogen mir

der Berjaffer in liebenswürdiger Beife in den letten Tagen noch gur Berfügung gestellt hat, eine neue Darstellung eines Renners der englischen Berhältniffe bekommen. Bekanntlich hat schon 1886 in England eine große Gefetgebung vorgelegen, welche hier von Anfang an das doppelte Biel verfolgte: Befeitigung der ungefunden Wohnungen und Förderung des Wohnungsbaues, und über diefe Gefetzebung ist man gar nicht so sehr viel hinausgegangen; aber es ist die Hauptsache in der Zwischenzeit geschehen: es ift diefe Gesetzgebung praktisch gehandhabt und zur Anwendung gebracht worden. Wie in den älteren Schriften des Bereins für Socialpolitit von Afchrott nachgewiesen ift, war es vor allem die Un= geeignetheit der Behörden, denen die Durchführung der Gesetzgebung oblag, welche sie sehr wenig praktisch durchsühren ließ. Es waren die bekannten Lokalbehörden der Kirchspiele u. f. w., die selbst zum großen Teile aus Hausbesitzern refp. "Hausfarmern", also aus Interessierten fich zusammensegen und daber nicht gern bereit waren, die jum Teil fehr einschneidenden Gefete durchzuführen. Und fo mar eine Bermaltungereform die notwendige Borausjegung der Wohnungsreform, und diese ift nun 1888 hauptfächlich durch die Schaffung des Londoner Grafschaftsrates (County Council) durchgeführt worden, der aus diretten Wahlen hervorgeht, gleich den andern Grafichafts= raten seinerseits Beamte für die Wohnungspflege anstellt, die Beamten der Lokalbehörden kontrolliert und ganz außerordentliche Bollmachten da hat, wo die Lokalbehörde es unterläßt, das Gefet auszuführen: er greift hier ein, indem er die nötigen Magregeln felbst trifft und tann dabei nötigen= falls jogar Anleihen aujnehmen, die jamt Zinsen zu Schulden der Lokal= behörde an den Grafschaftsrat werden. Diese Verwaltungsresorm war der erste Hauptschritt; dann wurden aber auch die Bestimmungen der bisherigen Gefete über Enteignung, Sanierung u. f. w. erweitert und zusammengefaßt in dem Arbeiterwohnungsgesetz von 1890. Dieses zerfällt in drei Teile, deren erster Bestimmungen trifft über die Sanierung ganzer Quartiere und deren Wiederbebauung, deren zweiter Bestimmungen über den Umbau ge= gefundheitsschädlicher Bäuser und Sanierung von Bäusergruppen enthält, während der dritte Magregeln zur Beforderung der Errichtung von Miets= häusern für die Arbeiter umfaßt. Der dritte ist noch nicht zur Ausführung gekommen, wohl aber die beiden anderen. Namentlich ift es der Londoner Graffchafterat, der Erhebliches in diefer Beziehung geleistet hat. Berner hat der Small Dwellings Acquisition Act von 1899 die Ortsbehörden ermächtigt, an Eingeseffene Geld zur Erwerbung von kleinen Säufern aus= zuleihen, und im Jahre 1900 erhielten die Gemeindebehörden auch das Recht, außerhalb ihres Weichbildes Land zur Errichtung von Arbeiter= wohnungen zu kaufen, wobon der Londoner Grafschaftsrat auch schon in

großem Magitab jum Zwed ber Schaffung großer Arbeitertolonien Gebrauch gemacht hat. Auch die ichon jum Teil weitreichenden Bestimmungen der Gefetgebung über öffentliche Gefundheitspflege (Wohnungsinfpektion) von 1875 - 1890 in einem besonderen Gesetz auf London ausgedehnt - werden jest in weiterem Umfange durchgeführt, und die Thatigkeit der Wohnungs= inspektoren wird von den Berichterstattern gang besonders gerühmt. die erwähnten Sanierungen anlangt, so haben folche in einigen Städten schon früher begonnen, so in Birmingham schon 1878, wobei 4000 Säuser niedergelegt wurden und für 16 500 Menschen anderweit Wohnungen beforgt werden mußten. In Liverpool find in den letten 10 Jahren 1200 Häuser abgebrochen worden; in London find von 1875 bis 1882 von der jrüheren Centralbaubehörde (Metropolitan Board of Works) in 16 Sanierungen 32 000 Personen vertrieben worden, von benen 27 000 wieder untergebracht worden find. Der Grafichaftsrat felbst hat dann über 4000 Wohnungen mit 15000 Bewohnern und 16 Logierhäuser mit 1000, also zusammen über 16000 Bewohner beseitigt und nahezu ebensoviel (16224 von 16278) durch eigenen Bau von Mietshäufern wieder untergebracht. Der bei diefer Gelegenheit zur Anwendung gekommene Gigenbau ist bann von ihm auch auf Grund des dritten Abschnitts des Gesetzes angewendet worben, nämlich nicht bloß da, wo Sanierungen vorliegen, sondern auch zur Bermehrung der Wohnungen, und fo find bereits auf Grund biefes Teils des Gefetes für rund 6000 Berfonen Wohnungen gebaut oder im Bau und für weitere 12 000 projektiert. Am 3. März 1900 hob Lord Wilby bei Einweihung einer Baufergruppe in London hervor, daß die Gemeindebehörde mit einem Aufwand von 2 Mill. & schon der Hauswirt von 42 000 Perfonen geworden fei und man dies nur als einen schwachen Anjang betrachte. Dabei verzinst fich bei diesen Bauten des Grafschaftsrates das Rapital nach Abzug aller Unkosten durchschnittlich mit 3,77 %. Hier muß ferner noch auf eine Eigentumlichkeit Englands hingewiesen werden: die Ent= wicklung der öffentlichen Logierhäufer. Rachdem durch die von Lord Rowton begründeten "Rowton Houses" in London bewiesen war, daß folche Logier= häuser fehr wohl in einer allen Anforderungen entsprechenden Weise gang aut verzinslich hergestellt werden fonnen, find viele Städte auf ihre Roften damit vorgegangen. Alle diefe Unternehmungen werfen einen kleinen Überichuk ab oder verzinsen fich wenigstens aut. Auch die gemeinnützigen Baugefellschaften, die in England, wie 1886 schon festgestellt wurde, hervor= ragendes geleistet haben, waren in der Zwischenzeit nicht mußig; durch fie find heute für 107 000 Personen, allerdings meift aus den höheren Schichten des Arbeiterstandes, gute Wohnungen geschaffen worden.

Auch in Belgien, dem zweiten Lande, das wir hier ermähnen wollen,

hat die Arbeiterwohnungsgesetzgebung von Anfang an die beiden Seiten im Auge gehabt: die Berbefferung der bestehenden Zustände durch Beseitigung mangelhafter Wohnungen einerseits und die Erleichterung zur Schaffung von Wohnungen für die fo obdachlos Gewordenen und darüber hinaus anderer= feits. In Belgien ift es ein Gefet von 1889, das eine giemlich umfaffende Wohnungsgesetzung darftellt, indem dadurch "Wohnungs- und Wohlsahrtskommiffionen" geschaffen worden find. Diefe haben die Wohnungsinspektion. allerdings nicht mit der nötigen Gewalt gegenüber den Gemeinden, aber nach unserem Bericht hatten fie tropbem schon bedeutende Erfolge erzielt. Andererseits fieht das Gesetz die Erleichterung der Schaffung von kleinen Wohnungen dadurch vor, daß die staatliche Centralsparkaffe die nötigen Gelder dazu durch Bau= und Rreditgenoffenschaften den einzelnen Arbeitern auf Brund eines Certifitats der Wohnungs= und Wohlsahrtstommiffion gur Berfügung ftellt. Es haben fich von 1890 bis 1899 auf Grund des Ge= sehes 138 Bau= resp. Kreditgenossenschaften gebildet, durch deren Vermitt= lung nahezu 14 000 Arbeiterhäuser hergestellt wurden; die Sparkaffe hat dazu 35,5 Mill. Fres. zur Berfügung gestellt. Auch die Frage der Ent= eignung, der expropriation par zones, ist schon 1867 angegriffen und dann 1889 in bestimmter Weise geregelt worden. Dieses Gesetz hat nun bekanntlich das Mufter für das frangöfische von 1894 gebildet, das nur darin darüber hinausgeht, daß es fich nicht, wie jenes, auf Arbeiter beschränkt, sondern auf kleine billige Wohnungen überhaupt. Rommiffionen find hier nur fakultativ, und auch die Kreditbeschaffung ift nicht fo zwedmäßig geregelt, und thatfachlich ift es bis jest ohne befriedi= genden Erfolg geblieben; darum habe ich das Land in die erfte Gruppe gerechnet: Frankreich, nicht England ift heute das Manchesterland.

In den Vereinigten Staaten waren es bekanntlich zunächst private "Gesellschaften zur Berbesserung des Wohnungswesens", die Großes geleistet haben, und dann hier auch die von England übernommenen Building Societies, d. h. Darlehensgenossenschaften, welche dem einzelnen Arbeiter Geld zum Bau eines Hauses darleihen, und gerade die letzteren haben sich jetzt außervordentlich ausgedehnt. Es gab 1893 5838 solche building and loan associations, von denen 5796 1700 000 Anteilseigner hatten, darunter rund 450 000 oder 26,25 % Darlehensnehmer d. h. Erbauer von Häusern; durch Bermittlung von 4512 dieser Gesellschaften waren bis 1893 rund 315 000 Häuser erworden bezw. gebaut worden, überwiegend von der arbeitenden Klasse, natürlich nur von besser bezahlten Arbeitern. Über 2/5 dieser Gesellschaften haben 1893 erst 5 Jahre bestanden. Dann aber sind die Bereinigten Staaten andererseits auch ein Land, in dem die Wohnungs-

inspektion zu einer vorzüglichen Ausbildung gekommen ist, wenn wir den amerikanischen Berichterstattern Glauben schenken dürsen. Allerdings sind auch erst in den 90er Jahren die srüheren Bestimmungen verschärft worden, und jetzt versügen die großen Städte von New York, Philadelphia, Boston, Chicago — aber auch nur diese — über eine solche Inspektion von einer Schärse, wie wir sie in Europa nicht kennen.

Endlich ein Wort über die deutsche Schweiz. "Wohl in wenigen Ländern," sagt unser Bearbeiter, "hat man in dem Jahrzehnt von 1890 bis 1900 der Wohnungsfrage im weitesten Sinne und der Wohnungsfrage der unteren Klassen der Arbeiter so viele Aufmerksamkeit geschenkt wie in der beutschen Schweiz, speciell in ihren deutschen Kantonen." Die Entwicklung in der Schweiz ist besonders vorbildlich in der Untersuchung der Verhältenisse, der Schaffung außerordentlich guter Enqueten. Dann ist es in Basel zu einem sehr guten Hochbaugeseh und zu einem Geseh über Enteignung gekommen. Das allgemeine Wohnungsgeseh, das insbesondere die Wohnungssinspektion regeln sollte und sonstige Bestimmungen enthielt, ist dagegen bestanntlich auf dem Wege des Reserendums abgelehnt worden.

Fragen wir uns nun, was ist gegenüber diesen Ländern bei uns ge= ichehen, dann muffen wir wiederum allgemeine und specielle Wohnungsfrage außeinanderhalten. Die allgemeine Wohnungsfrage tann überhaupt nur durch die öffentlichen Gewalten gelöft werden. Die specielle hat, wie ichon gefagt, zwei Seiten: ben Mangel an Wohnungen und bie Wohnungs= mängel. Auch die lettere Seite kann nur durch die Mitwirkung der öffentlichen Gewalt gelöft werden, bagegen an ber Löfung ber andern Seite haben die verschiedenen Faktoren, private, gemeinnützige und öffentliche Thätigkeit erganzend zusammenzuwirken und auch thatsachlich schon erheblich zusammengewirkt. Nun haben wir, wie schon gesagt, im Deutschen Reiche die von Miquel 1886 geforderte umfaffende Wohnungspolitik bis heute nicht erhalten, dagegen find feit 1893 einige Einzelstaaten bezw. Polizei= und Berwaltungsbehörden mit Magregeln vorgegangen, welche fich junächft auf die specielle Wohnungsfrage und zwar auf Befeitigung ber mangelhaften Wohnungen beziehen. Diese Mangelhaftigkeit der Wohnungen hat ihren Grund entweder in Mängeln der baulichen Anlage der Säufer und ift dann zu be= fämpfen durch die Bauordnungen, oder in der Art und Weise der Benutung und ift bann zu bekämpfen durch Wohnungsinspektion und Sanierung.

Die Wohnungsinspektion sollte nach dem Berlangen Miquels, das dann vom Berein für öffentliche Gesundheitspflege aufgenommen worden ist, reichsgesetlich geregelt werden. Als Borläuser dazu erschienen in einigen Staaten Berordnungen über das Kost-, Quartiergänger- und Schlasstellen-

wefen, welche die dafür aufgestellten Forderungen in der hauptsache erfüllten, aber keine regelmäßige Aufsicht herbeiführten. Eine richtige all= gemeine ftandige Wohnungsinfpektion ift bis jest nur in einigen Staaten bezw. Regierungsbezirken und Städten geschaffen worden, in Breußen durch Polizeiverordnung in Vojen, durch Regierungsverordnungen in einigen Regierungsbezirken. In Baben hat eine entsprechende Berordnung 1896 Gingang gefunden, wird aber m. B. nicht angewendet. In Bapern ift das Polizei= ftrafgesethuch entsprechend erweitert worden und auf Grund besselben in diesem Jahre eine Berordnung ergangen, durch welche für die größeren Städte eigene Wohnungstommiffionen und Wohnungsinfpektoren eingeführt werden follen. Uhnlich in Württemberg. In Sachsen ist besonders bie Wohnungsordnung der Stadt Dresden hervorzuheben. Den Weg eines Landesgesehes haben Seffen 1893 und Samburg 1898 eingeschlagen. In Straßburg endlich ift burch den Beigeordneten v. d. Golg das alte jrangöfische Gefet über Wohnungsinspettion von 1850 nachträglich zum Leben erwedt worden durch Ginrichtung einer Wohnungstommiffion. Diefe gange Gefetgebung ftellt verdienstliche Unläuse bar, aber auch nicht mehr. Insbesondere finden wir von Miquels Forderung, daß durch eine folche Gefetgebung dafür ge= forgt werden muffe, daß die ursprüngliche Zweckbeftimmung der Wohnungen inne gehalten werde bei der Bewohnung, nirgends etwas. Die auch von Miquel und bom Berein für öffentliche Gefundheitspflege aufgeftellte Forderung eines Mindeftluftraumes von 10 cbm für Erwachsene, 5 für jedes Rind ift in den meisten Gesetzen enthalten, in der Dregdener Forderung überschritten; aber was das bedeutet, ist damit gesagt, daß, wie schon 1886 hervorgehoben, nach diefer Forderung in einem Zimmer von 5 m Länge, 5 m Tiefe und 3 m bobe eine Familie von 10 Bersonen, 2 Eltern, 2 Kinder über 10 Jahre und 6 Kinder unter 10 Jahren schlafen burfen! Im Vordergrunde bei dieser ganzen Gesetzgebung steht aber doch die Über= füllung. Was nun die Organisation betrifft, so ist es gang natürlich, daß entsprechend ber Mannigfaltigkeit der Berordnungen auch die Organisation fehr manniafach ift. Wir haben da Bolizeibehörden und da wieder einen eigenen, bafür geschaffenen Beamten ber Polizei, einen "Wohnungsinspektor", wie in der Stadt Effen; oder es ift der Schutmann, der die Inspettion ausubt: oder es find ehrenamtliche Rommiffionen, wie in Strafburg und Samburg. hamburg ift zu diesem 3mede in 9 Rreise geteilt, jeder Rreis in 9 Begirke, in deren jedem es einen Pfleger giebt und einen Stellvertreter. Sämtliche Pfleger bilden eine Rreisversammlung, und darüber fteht eine besondere "Behorde für Wohnungspflege". An den Sitzungen der Kreisversammlungen nimmt u. a. auch ein Vertreter der Medizinalbehörde teil. Run ift aber da die ehren=

amtliche Organisation zweisellos überspannt worden. Man hat ihr Aufgaben jugemutet, die fie wohl vorübergebend lofen tann, g. B. in Zeiten einer Epidemie, aber nicht immerfort, und fo wird wohl die Entwicklung dahin aehen, daß für jeden Kreis ein Affistent geschaffen wird. Dagegen hat sich in Strafburg die großenteils ehrenamtliche Organisation nach v. d. Golk aut bewährt. Was den Umjang der Wohnungeinsvektion betrifft, so ist Die Frage zu berühren: foll fie fich nur auf die Städte beschränken, oder auch auf das Land? In Beffen ift fie auf die größeren Städte beichrankt. in anderen Staaten ist fie für das Land möglich, aber noch nicht zur Anwendung gebracht worden, und doch muß fie fich auch auf das Land erftrecken, wenn wir in der Stadt beffern wollen; denn die ländliche Arbeiter= wohnungsfrage ift, wie hervorgehoben, mit eine Urfache für die ftädtische, und ihre Beseitigung eine Voraussetzung der Beseitigung der anderen. Über die thatsächlichen Erfolge aller dieser Bestimmungen liegt noch wenig Material por, und das wenige ift nicht fehr befriedigend und tröftlich. wird uns von einem scharfen Borgehen berichtet; hier find 300 Wohnungen geschloffen worden. Auch für Strafburg werden die Erfolge gerühmt, namentlich herbeigeführt durch die Öffentlichkeit der Verhandlungen. Dagegen aus den anderen Gebieten haben wir bis jest wenig Erfreuliches vernommen. Oberbürger= meister Gakner aus Maing bat ausdrücklich gesagt, bak man binter bem. was man erreichen wollte, zurudgeblieben ift, zurudbleiben mußte, weil für die zu schließenden Wohnungen fein Erfat vorhanden mar. Dasfelbe wird aus hamburg berichtet. Da erftredt fich die Thätigkeit der Kommission meistens nur auf fekundare Momente, wie Feuchtigkeit u. f. w.; nur fünf Wohnungen find wegen Überfüllung geschloffen worden, weil es an Erfat fehlt. So sehen wir bei uns in Deutschland, wie in anderen Ländern schon früher, daß die gange Thätigkeit auf dem Gebiete der Wohnungs= inspektion, die negative Wohnungspolitik, immer begleitet fein muß von einer positiven, der Schaffung von Wohnungen mindestens jum Ersat für zu beseitigende Wohnungen.

Wendet sich die Wohnungsinspektion gegen das ungesunde Wohnen, so wendet sich die Bauordnung gegen das gesundheitswidrige Bauen. Daß man eine solche haben und einen großen allgemeinen Bebauungsplan für unsere rasch wachsenden Städte machen muß, davon ist man längst durchstrungen, aber erst in neuerer Zeit ist man dahinter gekommen, daß das auch eine sociale Gesahr birgt: daß, wenn die Ansorderungen, die an große Häuser, insbesondere Mietskasernen, gestellt werden müssen, verallgemeinert werden, dadurch der Bau der kleinen Wohnungen verhindert oder weiter erschwert wird. Und so ist man zur Forderung der "abgestuften" Bebauung und Bau-

ordnung gekommen, wodurch breite "Berkehrsstraßen" und schmale "Wohnstraßen" unterschieden, und bei kleinen Arbeiterhäusern die technischen Anssorberungen ermäßigt werden sollen, um dem kleinen Wohnhaus, insbesonsdere dem Eigenhause wieder Eingang, wenigstens in die Außenbezirke der Städte, zu verschaffen. "Man kann" — sagen Stübben und Schilling — "niedrige Einzelhäuser nicht erzwingen, wo der Preis der Grundstücke schon so hoch ist, daß er eine dichte bauliche Ausnutzung verlangt, aber man braucht Gelände, das noch mäßig im Preis ist, nicht jener dichten Ausnutzung preiszugeben." Solche abgestusten Bauordnungen sind nun in den letzten Jahren schon vielsach zur Einsührung gekommen, so in Altona, Berlin, Bochum, Hildesheim, Franksurt, Wiesbaden, Magdeburg, Köln, Düsseldorf, Elberseld, Dortmund, Stuttgart.

Mehr als in der Bekämpfung der Wohnungsmängel ist bis jett in Deutschland in der Bekämpfung des Wohnungsmangels geschehen, und zwar haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer, kapitaliftische Gesellschaften, gemein= nutgige Bauthätigkeit und öffentliche Gewalten zusammengewirkt. Die Fürforge der Arbeitgeber ift auch in Deutschland nicht zurückgeblieben. Rach einer für die Parifer Ausstellung gemachten Erhebung war die Gesamtzahl der von industriellen Arbeitgebern erbauten Wohnungen 1898 143 000, b. h. wenn wir von den Betrieben mit weniger als 5 Berfonen absehen, rund 18 pro 1000 Arbeiter: in einigen Gegenden steht die Bahl noch über diesem Durchschnitt, so im Regierungsbezirk Oppeln (106), Arnsberg (60), Lothringen (57), Trier (50), Oberbfalz (47), Osnabrud, Hannover, Aurich und Stade (40), Duffelborf (36). Auf die Bahlen kommt es jedoch weniger an, als auf die Qualität der Wohnungen, und wir können es voll anerkennen, daß wir in Deutschland eine ziemliche Anzahl von Arbeitgebern aufzuführen haben, durch die nicht nur technisch mustergültige, sondern auch ästhetisch schöne Häufer gebaut worden find. Ich nenne nur Krupp, die Badische Anilin= und Sodafabrik, die Höchster Farbwerke, die Vereinigten Maschinensabriken Augsburg und Nürnberg und andere. Wir wollen biefe Leiftungen ge= wiß dankbar anerkennen und froh fein, daß wir uns in diefer Begiehung hinsichtlich des Gemeinfinns unserer hervorragenden Arbeitgeber vor dem Ausland nicht zu schämen brauchen; aber das wollen wir uns doch auch klar machen, daß wir hier fo wenig wie im Auslande überschätzen durfen, was da geleistet ist. Wenn wir die Möglichkeit der Erwerbung eines eigenen Sauses und den Bau von Mietswohnungen unterscheiden, so ist die erstere Form nur für wenige Arbeiterkategorien mit besonders stabilen Berhaltniffen möglich, wie beifpielsweise bei Bergarbeitern. Die zweite Form aber erwedt große principielle Bedenken, benn badurch wird die Abhangig=

feit der Arbeiter vom Arbeitgeber noch gewaltig gesteigert, wenn er mit der Beschäftigung zugleich auch das Obdach für fich und die Seinigen verliert: und aus diesem Grunde muß mit aller Entschiedenheit dagegen protestiert werden, daß privaten Arbeitgebern öffentliche Gelder zum Bau von Arbeiter= wohnungen gewährt werden, da diefe Arbeiterwohnungen in der Saubtsache doch in letter Linie den Arbeitgebern felbst nüten. (Sehr richtig.) Rur bei den Arbeitern öffentlicher Berbande, des Staates, der Gemeinde u. f. w. läkt sich etwas anderes annehmen, da hier die dauernde Thätiakeit und die halbe Beamtenqualität darüber hinweghilft, und gerade auf diefem Gebiete ift auch Erhebliches zu berichten. In machsendem Dage werden vom Staate und von Rommunen Wohnungen für ihre Angestellte und Arbeiter gebaut: dem Beispiele des preußischen Bergfistus find die Gifenbahnvermaltungen und die Reichspoft gefolgt und auch einige Gemeinden haben diefen Weg betreten; und diese Fürforge der öffentlichen Arbeitgeber für ihre Angestellten muß be= grußt werden, und hier ift eine weitere Ausdehnung zu munichen, denn die Unabhängigkeit der Arbeiter wie bei privaten Unternehmungen besteht ja bier doch nicht. Die Beschaffung von Wohnungen durch private Unternehmer tann dagegen nur dann begrußt werden, wenn fie die einzig mögliche Form ift, bei Riefenbetrieben oder bei isolierten Fabriten: fonft ift fie die am wenigsten munichenswerte Form der Lösung der Wohnungsfrage. Die allgemeine Lösung kann fie schon deshalb nicht fein, weil die "Arbeiterwohnungs= frage" eben nicht nur eine Frage der Arbeiter, sondern der unteren Rlaffen im allgemeinen ift, für die die Arbeitgeber allein nicht forgen konnen.

Darum sind notwendig auch andere Wege eingeschlagen worden. Form der kapitaliftischen Gefellschaften auf spekulativer Grundlage ift bisher in Deutschland nur zu geringer Anwendung gekommen. Wohl aber hat fich die gemeinnütige Bauthätigkeit recht hubsch entwickelt, in Form der Aktiengesellschaften mit beschränkter Dividende, in Form der Gesell= schaften mit beschränkter haftung und besonders der Baugenoffenschaften; und zwar muffen wir hier die deutschen Genoffenschaften von den im Auslande bestehenden, den sog. building societies, unterscheiden, die nicht selbst bauen, sondern nur ihren Mitaliedern Darlehen dazu gewähren. Die deutichen Baugenoffenschaften dagegen, die fich vor allem nach einem bänischen Borbilde, dem des Arbeiterbauvereins in Kopenhagen, entwickelt haben, bauen selbst; und zwar haben wir wiederum zwei Formen bei ihnen: Bau von Wohnungen, die ins Gigentum der Bewohner übergeben, und Bau von Mietswohnungen, und die bekannten Mängel der ersteren Form, für die Mühlhausen ein klassisches Beispiel bildet, haben bewirkt, daß die zweite Form neuerdings in den Vordergrund getreten ift: der Bau von Miets-Schriften XCVIII. - Berhandlungen 1901.

wohnungen, die nie veräußert werden durfen, in denen die Genoffen aber unkundbar wohnen und ficher vor Bertreibung find, auch wenn ihre Rinderzahl fich vermehrt. Den Gefamtumfang diefer ganzen gemeinnützigen Bauthätigkeit giebt Albrecht in unseren Untersuchungen dahin an, daß 384 berartige Organisationen bis jest zur Entstehung gekommen find, die 24 000 Wohnungen geschaffen haben, und zwar ist unter ihnen durchaus die Form der Genoffenschaften, wie vorhin gesagt, die wichtigste Form (289 gegen 47 Aftiengesellschaften, 34 Bereine und Stiftungen, 14 Gefellschaften mit beschränkter Haftung), und es sind von ihnen etwa 10000 Wohnungen gegenüber 9000 durch Aftiengesellschaften erbaut worden. Die Baugenoffenschaft ift alfo die Form, die in der gemeinnütigen Bauthatigfeit in den Bordergrund getreten ift und der wohl die Zukunft gehört. Und diese Baugenoffenschaft in der Form des Bauens von Mietswohnungen hat große Vorzüge gegenüber der sonstigen gemeinnützigen Bauthätigkeit: fo den. daß fie nicht den Charafter der Wohlthätigfeit hat, wie die Aftiengesellschaften mit beschränkter Dividende und noch mehr die Bereine und Stiftungen, sondern daß der Arbeiter hier felbst an der Berwaltung teilnimmt, wenn auch unter weitgehender Mitwirkung von Angehörigen der reicheren Rlaffen. Aber gerade diefes Zusammenwirken von Angehörigen der verschiedenen Klaffen ift ja in neuerer Zeit ein Faktor von außerordentlicher Bedeutung für die fociale Berföhnung geworden. Allein, wir dürfen auch nicht vertennen, daß auch diese Baugenoffenschaften, felbst wenn fie billigen Rredit haben, doch principiell nur beschränkt angewendet werden konnen. Sie fegen voraus Arbeiter höheren Niveaus, einer gewiffen gesicherten Lebenshaltung, alfo wenn auch nicht ausschließlich, so doch vorwiegend gelernte Arbeiter, Arbeiter, die nicht immerfort wechseln, und darum eignet fich diese Form besonders für Arbeiter von öffentlichen Verwaltungen, Gifenbahnarbeiter und dergleichen. Sie leiftet hier fehr viel, fie ift überhaupt zweisellos die idealste Form ber Beschaffung von kleinen Wohnungen, aber für die große Maffe gerade der am weniasten Besikenden, gerade berer, für die die Wohnungsnot am größten ift, vermag auch fie nicht zu helfen oder doch höchstens indirekt, insofern als das Angebot durch fie vermehrt wird.

Nun hat man neuerdings gesorbert, daß für diese große Masse die öffentlichen Gewalten selbst, Staat und Gemeinde, vor allem die Gemeinde,
eintreten müßten, und dieser Eigenbau von Wohnungen durch die Gemeinde
selbst, der in England so ausgedehnt ist, hat auch in Deutschland begonnen.
Dies ist heute eine der umstrittensten Fragen in der Wohnungsfrage: hier steht
kommunales Manchestertum gegen "Municipalsocialismus". Es ist Freiburg
gewesen, wo 1885 zuerst in Deutschland in eigener Regie gebaut worden ist:

hier find bis 1899 81 Säuser mit 267 Wohnungen gebaut worden, die die Untoften durch die Dieten aufbringen. Andere Städte find Freiburg gefolgt, und durch diesen Berfuch, wie durch die in England gemachten, ift das finanzielle Bedenken, daß die Städte nicht ebenso billig bauen konnten, wie der private Unternehmer, widerlegt. Die Frage: Können die öffentlichen Gewalten ebenso billig bauen wie Private? muß mit B. Lindemann gang entschieden bejaht werden. Aber es ergeben fich Bedenken anderer Art, die es nun doch nicht munichenswert erscheinen laffen, daß die öffentliche Bewalt das thut, wo es nicht unbedingt nötig ift. Zuerst besteht die Bejahr, daß eine Konkurrenz zwischen den Verwaltungen und den Baugenoffen= schaften eintritt, daß, wenn die Stadt für die beffer bezahlten Arbeiter felbst baut, die Baugenoffenschaften nicht auftommen können, und ihre Befriedi= gung des Wohnungsbedürfniffes ift doch noch eine beffere, als die durch die Stadtgemeinde felbst. Wenn aber eine Arbeitsteilung eintritt - die Stadt baut nur für die unterften Rlaffen, - dann besteht die Gefahr, daß dadurch die ungelernten Arbeiter noch viel mehr in die Stadt hinein= gezogen werden, und diefe Gefahr ift groß und wir wollen ihr nicht mit einer Befchränkung der Freizugigkeit begegnen. Dagegen giebt es ein Bebiet, wo die Bemeinden felbst eingreifen konnen und muffen, das ift der Bau von kommunalen Logierhäufern. Solche können von den Ge= meinden gebaut werden, ohne daß dadurch der privaten Unternehmung Konkurrenz gemacht wird, weil diese fie bei uns gar nicht herstellt. Solche Logierhäuser verzinsen sich, wie gezeigt, in England vollständig, ja fie werfen Überschüffe ab, und fie find das beste Mittel, um das fürchterliche Schlafftellenwefen zu beseitigen. Davon abgesehen aber wird man fagen muffen, daß die öffentlichen Gewalten, insbesondere die Gemeinden, nur subsidiar als verpflichtet zum Eigenbau von Wohnungen zu bezeichnen find, daß fie es wenn möglich nicht thun follen, sondern daß fie fich möglichst beschränken sollen auf eine Unterftugung der privaten, wie der gemeinnutigen Bauthatigkeit.

Und diese Förderung zunächst der gemeinnützigen Bauthätigkeit ist das Gebiet, auf das wir mit der meisten Bestriedigung in Deutschland bliden können, das Gebiet, auf dem wirklich schon etwas Ersreuliches geleistet worden ist. Ich kann nicht alle Maßregeln in dieser Beziehung aufführen, namentlich auf die Förderung des gemeinnützigen Bauens durch die Gemeinden nicht näher hier eingehen, ich verweise Sie dafür auf unsere Zusammenstellung, die herr Oberbürgermeister Beck in Mannheim gegeben hat. Diese Förderung des gemeinnützigen Bauens durch die Gemeinden hat allerbings gerade in neuerer Zeit großen Widerstand seitens der Hausbessitzer und ihrer Organisationen gesunden, und nicht ganz mit Unrecht, wenigstens so

3\*

weit dirette finanzielle Aufwendungen der Gemeinden in Betracht kommen. Redenfalls ift Borficht dabei nötig, und nur ein wirkliches öffentliches Intereffe kann folche Forderungen, die unter Umftanden Anderen schaben, rechtfertigen. Die Hauptform aber ift die Gemährung billigen Rredits, und bier hat ja auch das Reich etwas gethan, indem es bei der Alters= und Invalidi= tätsversicherung die Gelder der Berficherungsanftalten wenigstens jum Teil dafür flüffig gemacht hat, so daß diese Gelder bis zu 1/4 bezw. 1/2 dazu an= gewendet werden können. Ramentlich ist davon in der Rheinprovinz Gebrauch gemacht worden, wo infolge der verdienstlichen Thätigkeit des herrn Landesrats Brandts eine gang besonders weitgebende Forderung der gemeinnütigen Bauthatigfeit durch die Berficherungsanftalten Plat gegriffen hat. 3m gangen find bis jest auf diesem Wege etwa 35 Mill. Mt. für Arbeiterwohnungszwecke zur Berfügung geftellt worden, davon jedoch nur 14 Millionen nicht mundel= ficher und nur 7 Millionen unter 31/2 %. Wenn fich aber diese gemeinnützige Bauthätigkeit in größerem Umfange entwickeln foll, fo ift nötig, daß viel mehr Geld zur Verfügung gestellt wird, daß besondere Organe dafür geschaffen werden, und daß für größere Gebiete eine Bereinigung aller Intereffenten fich bildet. Solche Centralvereine find in neuerer Zeit entstanden, zuerst im Rhein= lande der "Rheinische Berein zur Förderung des Arbeiterwohnungswesens" zu Duffeldorf, dann in heffen der "Biktoria Melitta-Berein" in Darmstadt und der "Berein zur Förderung des Arbeiterwohnungswefens zc." in Frantfurt a. M. Die Sauptsache ist offenbar die Geldbeschaffung, und hier ift in Deutschland noch lange nicht genug geschehen, und so bezeichnet es Brandts in feiner Abhandlung als die communis opinio, daß hier eine gang eingreifende Magregel not thue: es fei nötig, eine öffentliche Bant für diefen Zwed ins Leben zu rufen als Mittelpuntt für den gemeinnützigen Wohnungsbau, welche fich durch Ausgabe von Obligationen oder Bfandbriefen das Geld beschaffen foll. Diefe Organisation foll nach Brandts in der Hauptsache nur an Baugenoffenschaften Rredit geben. Liebrecht ftellte die Forderung auf, daß die Berwendung der Gelder der Invalidenversicherung viel umfangreicher werde und die Berficherungs= anstalten felbst zu folchen Baubanken ausgestattet werden follen. Auch die bekannten Vorschläge einer "nationalen Wohnungsreform" von Schäffle und Lechler gehören hierher. Rach dem, mas wir über die Unentbehrlichkeit der privaten Bauthätigkeit gefagt haben, muffen wir aber mit Abickes fordern. daß auch für die privaten Bauunternehmer durch öffentliche Banken Gelder flüssig gemacht werden, etwa in der Weise, daß gegen gewisse Vorrechte, Erbbaurecht und Richterhöhung der Mieten Gelder, insbesondere zweite und dritte Spotheken, gegeben werden. Wenn folche ftädtische Raffen von anberer Seite als bebenklich bezeichnet werden, so bestehen diese Bedenken gegen staatliche Einrichtungen wohl nicht. Aber über diese Fragen wird herr Landesrat Brandts selbst aussührlicher sprechen. Ich möchte nur noch bemerken, daß die Entwicklung offenbar dahin zielt, daß wir zu einer auch aus anderen Gründen nötigen öffentlichen Regelung des Hypothekarwesenskommen müssen.

Sanz furz kann ich auch nur auf das Mietsrecht eingehen. Die hier insbesondere von Flesch seit längerer Zeit gestellten Forderungen sind zum Teil durch das Bürgerliche Gesetzbuch erfüllt worden, zum Teil sind sie in seiner Abhandlung in unseren Schriften wiederholt. Erfüllt ist, daß dem Retentionsrecht die der Psändung entzogenen eingebrachten Sachen des Mieters entzogen sind, serner ist durch die Novelle zur Civilprozesordnung kürzlich auch der Kreis dieser Sachen erweitert worden. Auch die von Miquel nur schüchtern gesorderte Bekämpsung des Wohnungswuchers ist gewissermaßen erfüllt, indem die Bestimmungen über den Wucher im allzgemeinen (§ 138 des B.G.B.) und den Sachwucher (Gesetz von 1884, § 302 e des Keichsstrasgesetzbuches) Handhaben dazu bieten würden. Dazgegen ist die Forderung, daß gewisse Bestimmungen über das Mietseverhältnis zwingendes öffentliches Recht werden, noch nicht erfüllt.

Die bisherigen Abhilfsmagregeln haben fich im wesentlichen nur auf die specielle Arbeiterwohnungsfrage bezogen. Run ift diese aber nur ein Teil der allgemeinen Wohnungsfrage, und fie ift daher auch nur mit dieser endaultig zu losen. Diese allgemeine hat, wie wir saben, ihre lette Urfache in dem Wachsen der Städte, und darum fucht man fie vielfach burch eine Decentralifation zu befämpfen, also durch systematische Ausbildung billiger Berkehrsmittel, und in diefer Beziehung konnen wir wiederum fehr viel von England lernen. Aber wir konnen uns wohl nicht viel davon versprechen, durch eine Politik der Berkehrsmittel eine Ruckbildung der schon vorhandenen Centralisation zu bewirken. Wenn die Verkehrsmittel auch noch so entwickelt sind, so konnen wir doch nur anstreben, daß die Centralisation in Zukunft nicht mehr so weiter geht, daß, wie Miguel schon 1886 fagte, die Arbeiter, die jest noch draußen wohnen, auch mög= lichst draußen bleiben. Aber A. Boigt hat mit Recht betont, daß eine Berkehrsmittelpolitik ichlieglich auch wieder in die Bodenfrage einmundet, daß fie eskomptiert wird von der Bodenspekulation, und so bin ich wiederum bei der Bodenfrage angelangt, bei dem Gebiete, das der zweite herr Referent behandeln foll und auf das ich daher hier nicht näher einzugehen brauche. Rur zu erwähnen habe ich das wenige, was hier schon geschehen ift, und das liegt vor allem auf dem Gebiete der Befteuerung.

Das erste Mittel gegen die Auswüchse der Spekulation ist die Befteuerung, und da bietet fich einmal eine hohe Umfatfteuer bar, um die rein fpekulativen Berkaufe gu vermindern, ferner eine richtige Befteue= rung bes unbebauten Gelandes und eine Wertzumachsfteuer. Die Wirkung der Umfatfteuer ift beftritten; Brandts fieht in ihrer Sobe in Belgien die Hauptursache, warum hier fo wenig Bodenspekulation und so niedrige Bobenpreise find. Auf bem Gebiete ber Befteuerung unbebauter Grundstücke ift ein wichtiger Schritt vorwärts geschehen durch die Miqueliche Steuerreform. Diefe hat ja mit ber Reform bes preußischen Kommunalsteuerwesens den Ge= meinden die Möglichkeit einer Besteuerung des Grund und Bodens nach dem gemeinen laufenden Wert (ftatt nach dem Ertrag) gegeben. In einer Reihe von Gemeinden ift davon ichon Gebrauch gemacht worden. Damaichke hat vor turgem auf die Beispiele aus Duffeldorf und Breglau hingewiefen: in Duffeldorf wuchs die Steuer des unbebauten Bodens um das 9 fache (von 24 000 auf 202 000), in Breglau um das 30 fache (von 10 800 auf 316 000 Mt.); da= durch konnten hier die hausbefiger um 105 800 Mk. erleichtert werden, und bennoch ift ber Stadt eine Mehreinnahme von über 200 000 Mt. ermachien. Bur Bekambiung ber Bobensvekulation bienen ferner noch die Magregeln der Umlegung und Enteignung: der Umlegung, um eine Burudhaltung des Baulandes infolge Berfplitterung des Grundbefitics ju verhindern, der Enteignung - abgesehen von der im Berlauf der Wohnungs= pflege und Sanierung erfolgenden -, um - als "Zonenenteignung" -Die Stadt in den Befit genügend großer Teile des Bodens zu fegen. diefer Richtung find auch in der jungsten Zeit eine Reihe gesetzegeberischer Magregeln erfolgt. So ift ein folches Enteignungsrecht in einzelnen Staaten geschaffen worden, am weitestgehenden in Baden, wo überhaupt jedes un= bebaute Brundftud enteignet werden tann, wenn es im öffentlichen Intereffe gur Befriedigung des Wohnungsbedürfniffes geschieht. In Preugen regelt diefe Fragen zunächst für Frankfurt a. M. die "Lex Adickes". In der letten Beit ift dann endlich der Berfuch mit dem Erbbaurecht gemacht und damit eine Reform des Grundeigentums angebahnt worden, welche die Forderungen der "Bodenreformer" wenigstens teilweife erfüllen murde; doch darüber wird der folgende Herr Referent sprechen.

Fragen wir nun zum Schluß, was sich aus diesen bisherigen, in Deutschland gemachten Ersahrungen, verglichen mit denen des Auslandes, für die in Zukunft in Deutschland einzuschlagenden Wege der Wohnungs-politik ergiebt, so muß ich mich hier auch auf ein paar kurze andeutende Bemerkungen beschränken, da nach unserer verabredeten Arbeitsteilung meine Ausgabe wesenklich war, de lege lata zu berichten, während der zweite Reserent

die Bodenfrage, der dritte die anderen Maßregeln — ich möchte sagen: die "kleinen Mittel" — hauptfächlich de lege ferenda behandeln wird.

Not thut uns nach meiner Überzeugung — und zwar "bitter not" — eine instematische Wohnungspolitit und Wohnungsreform großen Stils für bas gange Deutsche Reich, wie Miquel fie 1886 forberte, und wie fie heute der Berein "Reichswohnungsgeset" in feiner Agitation betreibt. Die Ausfichten dafür find freilich augenblidlich gering, nachdem Bofadowsth erklärt hat, daß die Wohnungsreform Sache ber Ginzelstaaten fei und nicht Sache bes Reiches. Aber mas Miquel für die Reichsgefetgebung geltend gemacht hat, daß die Verhältniffe ja in gang Deutschland so ähnlich find. und daß die Grengen der einzelnen Staaten fo ineinander laufen, daß eine einzelftaatliche Regelung unbefriedigend fein wurde, das gilt auch heute noch, und die allgemeine Kompetenz des Reiches kann, wie Miguel damals ichon gezeigt, nicht bezweifelt werden: die Reichsverfaffung weift mit dem Gefundheitswesen auch die Wohnungsfrage dem Reiche gu. Reichsgesetzung braucht auch nicht gehindert zu werden durch das, was einige Einzelstaaten in der letten Zeit gethan haben, denn felbstverftandlich fann bas Reich nur allgemeine Direttiven geben, die Ausgeftaltung im einzelnen muß den Ginzelftaaten und in diesen wieder vielfach den Bemeinden überlaffen werden; mas diefe bereits gethan haben, das ift weiter nichts als eine wertvolle Ginleitung dazu. Gine folche reichsgesekliche Regelung wurde nun vor allem die Wohnungsinspektion zu umfaffen haben. Wer burgt uns dafür, daß die vielen beutschen Staaten, die da noch nichts gethan haben, den anderen bald nachfolgen werden? Die Wohnungsinfpet= tion ware also reichsaeseklich zu regeln; allerdings nicht so, daß die fanitaren Mindestanforderungen für das gange Reich jestgelegt werden - bafür find die Berhältnisse wirklich zu verschieden -, aber es konnte doch an fich die Vornahme der Inspektion angeordnet werden; ich benke da an die Analogie der Gewerbeinspektion - kurg, es ließe fich da fehr wohl eine Form finden. Gine jolche Reichswohnungsgesetzgebung hatte aber auch den Grund= fat auszusprechen — das wäre wohl eine Überschreitung der Kompetenz, die sich aber das Reich leiften kann -, daß keine Wohnung geschloffen werden darf, ohne daß die betreffende öffentliche Gewalt verpflichtet ift, einen Erfat dafür zu ichaffen. Ebenfo mare womöglich reichsgesetlich all= gemein einzuführen — was wohl auch eine Überschreitung der jekigen Kompetenz darstellt — das Recht auf Umlegung und Zonenenteignung. Ob eine Reichsbauordnung möglich und nötig fein wird, möchte ich dabingestellt fein laffen : allgemeine Gesichtsbunkte konnten auch dafür gegeben werden. Vor allem aber sollte ein "Reichswohnungsamt" da sein, das durchaus

nicht zur Thatenlofigkeit verurteilt zu fein braucht. Wie dann die anderen Organisationen unter biefem ju schaffen waren, auf biefe Fragen de lege ferenda will ich nicht eingehen. Wohl aber tann die Förderung der gemeinnütigen und privaten Bauthätigkeit auf dem Gebiet des Rrebitmefens durch das Reich organisiert werden. Ferner können wir auch daran benten. daß die Erhöhung der Umfatsfteuer, die uns jur Bekampfung der Spekulation nötig erscheint, als Zuschlag zu den schon bestehenden Umsatsteuern eine Reichssteuer wird. Dann ift das Gebiet des Mietsrechts zu berückfichtigen, und endlich würde es fich darum handeln, die ganze heutige Organisation des städtischen Spoothekarkredits umzugestalten, etwa in der Richtung der Cherstadtschen Forderung einer Unterscheidung der Sphotheken als Ameliorationshypotheken und als Spekulationshypotheken. kann ich mich nicht mit der Forderung Bingners auf Ginschränkung der Freizügigkeit befreunden, felbst wenn ein allgemeiner Arbeitsnachweis damit verbunden mare. Das einzige mare nach meiner Anficht die von Flesch verlangte Beichräntung der Erwerbung des Unterstützungswohnfiges durch die Berpflichtung, eine Wohnung in der betreffenden Stadt nachzuweisen. Sicher ift endlich, daß eine folche Wohnungsreform großen Stiles fich auch ausdehnen muß auf bas Land.

Berehrte Anwesende! 3ch habe in meinen Ausführungen, wie Sie gefeben haben, gang barauf verzichtet, für bas Bedürfnis der Dringlichkeit einer folchen Wohnungsreform die alten bekannten Argumente bon der Bedeutung des Wohnens für Gefundheit und Sittlichkeit, für die körperliche und geistige Entwicklung des Boltes anzuführen. Ich habe darauf vergichtet, an das Berg zu appellieren, fondern mich nur an den Berftand gewandt, und ich habe damit wohl Recht gehabt, benn abgefehen von einigen Sausbesitzerorganisationen giebt es wohl heute in Deutschland niemand mehr, der das Vorhandensein einer Wohnungsfrage und im gewiffen Umfange einer Bohnungsnot zu leugnen magt. Aber auf einen Bunkt muß ich Ihre Aufmertfamkeit boch noch lenken, auf das Berhaltnis der Wohnungs= frage zur Frage des morgigen und des dritten Tages, und da möchte ich nun behaupten, daß die Wohnungsfrage für die arbeitenden Rlaffen von noch größerer Bedeutung ift, als die Frage der Sandelspolitit. Wohnungsfrage besteht bei guter wie bei schlechter Konjunktur. Ist doch gerade in der letten Beriode des Aufschwunges die Wohnungsfrage fo brennend geworden, die Wohnungsnot überall hervorgetreten. In der Zeit des Niederganges, der finkenden Konjunktur, mögen vielleicht auch die Mieten etwas jurudgehen, aber ficher nicht in dem Mage, um den Arbeitern die Lohnherabsetzungen und Entlassungen weniger fühlbar zu machen.

also eine denkbar gunftigfte Sandelspolitik an industriellem Aufschwunge bringen kann, wem kommt es in erster Linie ju gute? Richt bem Ur= beiter und nicht bem Unternehmer, auch nicht immer bem Sausbesiger, fondern bor allem dem im ftadtischen Grund und Boden inbestierten Rapital, den Aftionären der be= treffenden Terraingefellichaften und Spothetenbanten. Wenn aber die Verhandlung der nächsten Tage vermutlich als Resultat ergeben wird, daß die Entwicklung Deutschlands zum Induftrieftaate eine Notwendigkeit gewesen ift und weiter fein wird, und die Meinungsverschiedenheit nur die ist, ob sie weiter in demselben Tempo stattfinden soll, dann ist offenbar die wichtigste Ausgabe der Socialpolitik in Deutschland in Zufunft, der numerisch immer größer werdenden industriellen Arbeiterschaft eine steigende Lebenshaltung zu ermöglichen, — das ist ja bekanntlich das ABC ber Socialpolitik. Aber nicht immer macht man fich dabei genügend flar, daß die Wohnung der wichtigste Faktor unter den Lebensbedingungen ber Arbeiter, daß die Wohnungspreisgestaltung wichtiger ift felbst als die des Brotes: denn hier ift der elastische Bunkt, wo der Arbeiter jeder Brot= verteurung ausweicht, indem er eine schlechtere Wohnung nimmt ober einen Schlafganger ober einen mehr aufnimmt, also eine Berabsehung ber Lebenghaltung eintreten läßt. Und so ist eine einigermaßen genügende Lösung ber Wohnungsfrage auch die unerläßliche Boraussetzung für die Erreichung jenes Zieles der modernen Socialpolitik. Wie können wir den Arbeitern, die zu einer heute noch nicht nationalen Partei gehören, Baterlandslofigkeit vocwerfen, wie konnen wir von ihnen Liebe für das Baterland und die Beimat verlangen, für das Baterland, in dem fie nicht einmal eine menfchenwürdige Wohnung finden können! Meine Herren! Die Frucht der Kenntnis und Erkenntnis der Wohnungsfrage, wie fie durch die theoretischen Erörterungen in Deutschland in den letten 15 Jahren gereift ift, ift voll und schwer. hoffen wir, daß der Schnitter bald kommt und daß es in Deutschland doch das Reich ist.

### (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Ich habe dem verehrten Herrn Reserenten für sein überaus lichtvolles Reserat — wie Ihr Beisall zeigt — in Ihrer aller Namen zu danken. Ich glaube nicht, daß in Kürze eine gedrängtere und durchsichtigere Übersicht gegeben werden konnte über unsere vier Bände über die Wohnungsfrage und über das, was außerhalb unserer Vereinsschriften darüber geschrieben ist. — Ich erteile das Wort Herrn Prosessor von Philippovich.

#### II.

# Aorreferat

bon

Projeffor Dr. E. von Philippovich (Wien).

Ich habe aus dem großen Gebiete, das der Herr Vorredner vor Ihnen gezeichnet hat, einen einzigen Punkt herauszugreisen und zu besprechen, das ist das Verhältnis der Bodenfrage zur Wohnungsfrage. Sie haben schon vom Vorredner gehört, welch großes Gewicht er selbst auf die Bodenfrage legt, und Sie alle wissen, daß es nicht wenig Leute giebt, die der Meinung sind, daß dies der Kardinalpunkt ist für die ganze Wohnungsfrage. Ja es scheint mir, daß auch der Vorredner dieser Meinung ist. Wir hatten deshalb auch zuerst in Aussicht genommen, daß diese Frage von einem Bodenresormer oder doch von einer Persönlichkeit besprochen werde, die dieser Kichtung nahesteht.

Es sollte der volle Gegensat zwischen einer privatkapitalistischen Aufsaffung und jener hervortreten, welche den Gemeinbesitz wenigstens am städtisichen Boden sordert. Wenn ich heute einen Reserenten dieser Richtung substituiere, so muß ich zunächst das Bekenntnis ablegen, daß ich mich ihr in theoretischer Beziehung nicht anschließen kann. Ihr Gedankengang ist etwa der, daß dem Privateigentum am Boden in den Städten eine Monopolsitellung zukomme, welche die eigentlichste Ursache der Wohnungsteuerung und der übrigen Wohnungsmißstände bilde. Denn durch das Privateigenstum werde eine Bodenspekulation ermöglicht und zwar eine sortgesetzte Haussespekulation, da uns die Ersahrung lehrt, daß der Bodenpreis sortgesetzt im Steigen begriffen ist. Das, was wir Bodenwert nennen, sei — in welchem Grade, wird nicht immer mit wünschenswerter Deutlichkeit ausgesprochen — direkt ein Gebilde der Spekulation, ein siktives Kapital, das wir in unseren Wohnungszinsen ausbringen müßten. Sehr angesehene, sehr

einsichtige Gelehrte, scharsfichtige Männer und Persönlichkeiten in verantwortlichen Stellen haben diesem Gedanken sich angeschlossen. Ich erinnere an Abolf Wagner, der sich in einem in Berlin und Wien gehaltenen, inzwischen ja auch im Druck erschienenen Bortrag bei Besprechung der Entwicklung des Bodenwertes in Berlin, wie solgt, aussprach:

"Denn bei diesen 50 Millionen handelt es sich nicht um hineinsgewandtes Kapital, sondern es handelt sich in der That nur darum, daß hier im Grunde zunächst fiktive Werte durch alle möglichen Spekulationen emporgetrieben und kapitalisiert worden sind" und an anderer Stelle: "es müssen 2 Millionen dasur gezahlt werden, daß dieser Grund und Boden Gegenstand der Spekulation war und so im Werte gestiegen ist."

Ühnlich drückt sich Abickes in dem Artikel Stadterweiterungen im Handwörterbuch auß: "Da die Spekulation in Grundeigentum der hauptsfächlichste Grund der ungesunden Steigerung der Grundwerte ist", so solle Gemeinde Boden erwerben. Und der preußische Regierungserlaß vom 4. April d. J. spricht auß: "die heute herrschenden Mißstände haben ihre Hauptursache in der ungesunden Bodenspekulation." Das ist die herrschende Meinung und, wie Sie sehen, eine sehr gut durch Autoritäten sundierte Meinung, daß die Bodenspekulation die Werte in die Höhe getrieben habe und daß hier die Hauptquelle aller Mißstände gelegen sei. Die Frage ist zunächst eine theoretische, aber eine theoretische, welche sür die Richtung der praktischen Thätigkeit, sür die ganze Stimmung, die in solchen Fragen gemacht werden muß, entscheidend ist. Darum dars ich wohl hier verweilen und fragen: od es thatsächlich so ist. Ich zögere nicht, zu erklären und glaube dabei im Widerspruch mit dem Vorredner zu stehen, nein, es ist nicht so.

Die Entwicklung des Bodenwertes ist keineswegs eine einsache Sache und man begeht immer einen Fehler, wenn man zur Erklärung komplizierter Borgänge eine einsache Regel aufstellt. Ich werde es dennoch thun, um den Gegensatz zwischen der, wie ich glaube, herrschenden Ansicht und jenem Gesichtspunkt scharf hervortreten zu lassen, der meines Erachtens der richtige ist. Ich will einmal meine Meinung auf die Spize treiben, und sie etwas übertrieben dahin aussprechen, daß nicht der Bodenwert den Mietzins bestimmt, daß der Vorgang gerade der umgekehrte ist, daß der Mietwert den Bodenwert bestimmt. Der Bodenwert wird bestimmt durch den Wertserzeugungsprozeß des städtischen Verkehrs, der Bodenpreis ist eine Funktion des Mietpreises und nicht umgekehrt. Ich stimme in diesem wesentlichen Punkte durchaus Herrn Dr. Andreas Voigt zu.

Ich will die Dinge nehmen, so wie sie sich im täglichen Leben abspielen. Der Borgang ist einsach und meines Erachtens vollkommen zutreffend

von Dr. Schwarz, der als Praktiker in der Berwaltung der I. Wiener Spartaffe genügend Erfahrung befigt, folgendermaßen gekennzeichnet: "Der Grundwert wird bestimmt einerseits durch die Bobe des Erträgniffes eines Bebäudes, welches auf dem betreffenden Grund bei entsprechender Ausnützung desfelben, errichtet werden fann, andererseits durch den jeweils geltenden Binsfuß, welcher der Kapitalifierung diefes Erträgniffes zu Grunde gelegt werden muß." Das heißt: der Boden erhalt feinen Wert durch Verbauung und die Verbauung ist ein geschäftlicher Vorgang der Rapitalverwertung. bei welchem der Kapitalist, hier der Bauunternehmer, stets bereit sein wird, einzutreten, wenn ihm ein genügender Profit in Aussicht fteht. Profit hangt - die Bautoften als gegeben vorausgesett - ab, einerseits von den Mieten, die sich erzielen laffen, andererfeits von dem Preife, der für den Boden gezahlt werden muß. Bon diefen beiden Faktoren ift der erftere aber hiftorisch bedingt. Die gegebenen Ginkommensverhältniffe und die Lebensgewohnheiten bestimmen die Summe, die man für die Miete auszugeben bereit sein wird. In jedem Augenblicke haben wir mit einem solchen bestimmten Maße zu rechnen und nach ihm talkuliert der Bauunternehmer feine Gewinftchancen und den Bodenpreis, den er bezahlen kann. Wenn wir zu einer gegebenen Zeit, fagen wir 25 % unferes Ginkommens, für das Wohnen ausgeben, und dabei, normale Verzinfung und Amorti= sation des Bankenkapitals vorausgesett, ein Bodenpreis von x resultiert, fo tann diefer nicht beliebig auf x + x1 erhöht werden, benn die infolge beffen notwendige Steigerung ber Mietzinse fande in den gegebenen Ginkommen eine schwer zu überwindende Grenze. Wahrscheinlich werden sich aber schon lange früher, bevor die Mieten diese Grenze erreicht haben, Bodenbesiger finden, die ihren Boden unter dem Preise von x herzugeben bereit waren, denn der zur Berbauung heranzuziehende Boden liegt an der Beripherie, ift Acter= boben, der schon lange früher eine - im Berhältnis jum bisherigen Werte — gewaltige Wertsteigerung erfährt und baburch aus ber hand gegeben wird, bevor er auf die Sohe des Mietzinfes einen erheblichen Ginfluß gewinnen tonnte.

Ühnliches scheint doch auch Abolf Wagner vorzuschweben, indem er an einer Stelle seines Bortrages sagt: "Im allgemeinen haben die Baustellen und städtischen Grundstücke in einem bestimmten Zeitpunkte unter den gegenswärtigen Verhältnissen schon einen Maximalwert. So beliebig höher treiben kann man den Wert der Grundstücke keineswegs." Das ist eine sehr wesentliche Bemerkung, ohne daß aber Wagner weitere Konsequenzen daraus gezogen hätte.

Einen Einwand werden Sie machen. Freiwillig bezahlen wir ja doch

nicht soviel von unserem Ginkommen für die Diete, als wir jest gablen muffen: es ist kein Naturgeset, daß wir 10, 15 ober gar 20 % dafür ausgeben. Wir muffen bas thun, weil uns die Wohnungen nicht billiger angeboten werden. Das ift die praktische Frage, die zu beantworten ware: ift es möglich, durch irgend welche Magregeln es zu bewirken, daß das Angebot an Wohnungen zu einem geringeren Breise vermehrt werden kann als der heute übliche? Und damit im Busammenhang fteht die zweite Frage, die ich allein zu behandeln habe: Ift ein hemmnis für eine folche Bermehrung der Wohnungen gelegen in der Entwicklung des Bodenwertes? Wenn ich darauf eingehe, fo muß ich vor allem betonen, daß wir nicht zu untersuchen haben, wie der Bodenwert fich bildet, sondern welche Berande= rungen an dem hiftorisch gebildeten Bodenwert vor fich gehen. Man vergift ju oft, daß unfer ganges Wirtschaftsleben aus lauter Busammenhangen befteht, die bewirken, daß eine Preisbildung abhängt von der anderen. Also ich spreche nicht von der Entstehung des Bodenwertes, sondern von einer Bewegung bes Bobenwertes von einem gegebenen Zeitpunkte an. Was uns dabei erschreckt und was uns überrascht durch die Ungeheuerlichkeit der Riffern, das ist die Thatsache des fortgesetzen Steigens dieser Werte. haben darüber ein reiches Material vorliegen. Es ist kein Zweifel, der Bobenpreis steigt fortwährend. Um welche Summen es fich handelt, will ich an Wien illustrieren. Der heute bebaute Boden von Wien mag als Ausgangspunkt dienen. Für die Jahre 1860/1865 habe ich seinen Wert auf 317 Millionen Gulden berechnet, jest aber hat er sich auf 1113 Millionen Gulben erhöht. Der Bodenwert ift also um rund 800 Millionen gestiegen. Wie groß auch der bei einer folchen Schätzung gemachte Kehler fein mag, es handelt fich jedenfalls um fehr hohe Ziffern. Selbst wenn wir in Abzug bringen die Rudficht auf den inzwischen gefuntenen Bingfuß, bleibt doch eine Steigerung von etwa 600 Millionen anzunehmen. in Abzug bringe ich das Sinken des Geldwertes, weil ich glaube, daß eine der wesentlichsten Ursachen der sinkenden Geldwerte eben gelegen ift in dem steigenden Bodenpreis. Die Thatsache steht fest: um mehrere hundert Millionen Gulden ift der heutige Wert des Bodens in Wien größer als vor 35 Jahren. Wie verteilt sich aber die Wertsteigerung auf die verschiedenen Stadtteile? Wir können das genau verfolgen. Ich gebe nur grobe Ziffern, um die Sauptfachen zu markieren. In den alteren 10 Begirken, welche vor 35 Jahren im wesentlichen bebaut waren, wo also die Bodenspekulation nicht mehr einsehen konnte, weil kein freier Boden mehr da war, da ift diese Wertsteigerung absolut die bedeutendere, relativ die geringere. In den alten 10 Begirken stieg der Wert um 235 %, in den äußeren Bezirken ist er gestiegen um 523 %. Absolut betrachtet aber stieg er im Innern von 300 auf 1006, in den äußeren Bezirken von 17 auf 107 Millionen. In den inneren Bezirken ist die Masse des Wertzuwachses gewesen 700 Millionen, in den äußeren Bezirken, wo die Spekulation am verderblichsten wirken konnte, ist sie nur gewesen nicht ganz 100 Millionen Gulden. Ist das nicht aussallend? Wir operieren zu häusig mit dem Prozentausdruck und werden dadurch überrascht über die Größe der Wertsteigerung. Das genügt aber nicht. Wenn am Stesansplatz in Wien der Quadratmeter von 330 fl. auf 950 fl. im Preise gestiegen ist, so ist das eine Ershöhung um nicht 200 %, aber absolut sällt sie viel bedeutender ins Gewicht, als die Beränderung irgendwo an der Peripherie von 2 auf 24 fl., die eine Steigerung um 1100 % ausweist, absolut aber nur 22 fl. pro Quadratmeter beträgt.

Für die uns beschäftigende Frage ist das von entscheidender Wichtigkeit. Wenn dort, wo bereits alles verbaut ist, wo daher eine Bodenspekulation den Preis nicht mehr treiben kann, die größte Wertsteigerung
vor sich geht, dann kann diese Bewegung ihren Ausgang nicht von
den Bodenbesitzern genommen haben, sondern sie muß auf die Mieter
zurückzusühren sein, welche sich in ihrem Wettbewerb um den günstigsten
Platz, den das Stadtverkehrs-Centrum für tausenderlei Arten des Erwerbes
bietet, in die Höhe gesteigert haben.

Allerdings finden sich Meinungen, die auch diese Erscheinung den Spekulanten zur Last legen.

Ein Münchener Schriftsteller schreibt: "Das Spekulantentum hat seit Jahrzehnten alle für die weitere Entwicklung der Stadt in Betracht kommenden Baugelände mit Beschlag belegt, ihnen einen siktiven Wert versliehen und die städtische Grundrente konzentrisch von den Außenbezirken nach innen zu in die Höhe getrieben."

Es ist aber doch schwer, sich diese Treibjagd vorzustellen, denn man wird doch nicht glauben, daß die Besitzer der Häuser im Centrum der Stadt allen Boden um die Stadt herum aufgekaust haben, um ihn zurückzuhalten und die in die Stadt strömende Bevölkerung zu zwingen, sich dort im Innern den Boden streitig zu machen. Selbst in einer viel wahrscheinzlicheren Konstruktion hält derselbe Schriststeller an einer anderen Stelle mit Recht ein solches Zurückalten von Boden seitens der Spekulanten sür einkossschaft einkossen, sondern auch das Kapital riskiert.

Die Bodenspekulation spielt gewiß ihre Rolle, aber fie hat nicht den niaßgebenden Ginfluß, den man annimmt. Die Bodenspekulation treibt

nicht den Breis in die Sobe, fondern fie antigipiert den Wert, der thatfächlich schon im Boden vorhanden ift. Mein Gedankengang ift also ber entgegengesette von der üblichen Auffaffung. Meiner Meinung nach liegt die Quelle des steigenden Bodenwertes im Centrum der Stadt. Dort bewirkt das Zusammendrängen der kaufmännischen und industriellen Betriebe, die hiftorisch gewordene Bewöhnung, dort fein Geschäft zu haben, daß eine Ronturreng um den Boden ftattfindet, die dem Sausbefiger die Möglichkeit giebt, steigende Mieten zu erzielen, und erft wenn dort die Breife un= erträglich find, wandert die Bevölkerung in die Außenbezirke. Ich erblice alfo die Quelle des Bodenwertes in den inneren Begirken, und die Bodenwertsteigerung dort, wo die Bodenspekulation angeblich die Ursache der Preisfteigerung ift, ift erft die Ronfequeng der Bewegung im Innern. Dazu tommt die Bedeutung des Bautapitals. Es ift ein besonderes Berdienst von Andreas Boigt, diefen Punkt berührt zu haben, der allzustark vernachläffigt war, und die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung gelenkt zu haben, welche die Berbindung des Baukapitals mit dem Bodenwerte für den Gefamtwert 3ch habe aus dem fehr reichhaltigen Material über die Bodenwertsentwicklung in Wien einen Begirk herausgenommen, der fehr reich ge= gliedert ift, die Leopoldstadt mit neun Bodenkategorien, und habe für jede Rategorie berechnet, um wieviel bei als gleich geblieben angenommenem Bauwert das Mietserträgnis geftiegen fein muß, damit der Sausbefiger fein Rapital (Bauwert + Bodenwert) normal verzinft. Die nähere Detaillierung der Rechnung ift im Vortrage nicht möglich, ich muß Sie bitten, mir zu glauben, daß die Rechnung in allen Fällen forrett durchgeführt worden ift 1. Ich greife als Beispiel die erfte und die lette Rategorie heraus. Die erfte hat den größten Bodenpreis aufzuweisen; fie umfaßt die geschäftlich ftark besetzten Teile des Bezirkes; der Bodenpreis mar hier vor 10 Jahren 100 fl. und ift jest 200 fl. pro Quadratmeter. hier mar die Gefamtsteigerung bes Bodenpreifes 100 %. Unter Annahme gleichgebliebener Baufoften ift der Gesamtwert von Gebäude und Boden um 44 % gestiegen und das Miet&=

¹ Die Annahme ift die, daß jeweils ein Bauplat in der Ausdehnung von 500 Quadratmeter verdaut wird, daß die Berbauung im vollen gesetzlich gestatteten Ausmaß — 85 % — geschieht, daß ein dreistöckiges Gebäude mit 150 Gulden Baukosten den überbauten Quadratmeter errichtet wird. Als notwendige, d. h. als eine solche für Berzinsung, ohne welche an eine fortgesetzte Bauthätigkeit nicht zu denken ist, sind 4 % des ausgewendeten Kapitales angenommen, welche nach Deckung aller Kosten einer Amortisationsquote und einer Rücklage für Leerstehungen erübrigen müssen. Die Höhe dieser Abzugsposten wurde, da die Steuern allein 36,5 % des Bruttozinses ausmachen, sür das Jahr 1888 mit 50 % des Bruttozinses, für das Jahr 1899 etwas geringer angesetzt, da ja der Gesamtertrag höher, das Gebäude aber gleich groß angenommen ist.

erträgnis müßte heute 34 % größer sein, um das Kapital bei einem Reubau normal zu verzinfen. Dem ftellen wir nun gegenüber den Boden der letten Rategorie, der an der Beripherie gelegen ist und reiche Gelegenheit zu Neubauten giebt, wo also die Spekulation ihre verderblichen Wirkungen ausüben konnte. Dieser Boden hatte vor 10 Jahren 11/2 fl. erbracht, er kostet heute 61/2 fl. pro Quadratmeter, also um 333 % mehr. Und der Effett der Berbindung des Bodens mit dem Bautapital ift, daß der Gejamtwert heute um 3.8 % höher ift als vor 10 Rahren und daß eine Er= höhung der Mietpreise um 3 % nötig war. Das heißt, es genügt eine Erhöhung der Mietzinse um 3 % an der Peripherie, um 333 % Bodenpreiserhöhung jum Ausdruck zu bringen. Es burften biejenigen, die ibn zu 11/2 fl. gekauft haben, froh gewesen sein, ihn zu 61/2 fl. wieder zu verfaufen. Wo also die Spekulation vornehmlich einsett, ist die Steigerung minimal und die Mieten haben sich fast gar nicht erhöht, während sie im Innern um 34 % in die Bobe gegangen find. Wir feben, wie gur felben Beit die zur normalen Berginfung nötige Mietzinsbewegung - und bas ift hier Mietzinsfteigerung - gang berichiedene Grade nötig hat, daß fich alfo die verschiedenen hier betrachteten Boden nur in geringem Grade Konkurreng machen. Der billige Außenboden, auf dem eine geringe Mietsteige= rung ausreicht, um eine relativ bedeutende Wertsteigerung des Bodens berbeizuführen, genügt nicht, um den Mietzins bezw. den Bodenwert im weiter central gelegenen Gebiet zu bruden. Wieder scheint mir dies eine Befrafti= gung meiner Auffaffung, daß billiger Boden an der Beripherie nicht den Bodenpreis im Innern herabzieht, daß vielmehr das Steigen des letteren den erfteren in die Bobe reißt.

Daß es nicht die Bodenpreise allein sind, welche ein Hindernis für die Verbauung der Peripherie und dadurch sür die Herstellung billiger Wohnungen bilden, das haben wir in Wien bei einem Versuche ersahren, den wir mit einer großen Wohnungsstiftung gemacht haben. Wir waren in der Lage, ein sehr großes Gelände um den Preis von 3 fl. 68 kr. pro Quadratmeter zu erwerben und haben recht umfangreiche Gebäude mit kleinen Wohnungen darauf errichtet.

Die Baukosten des einen Kompleyes, bei dem 1843 qm mit einem dreistöckigen Gebäude verbaut sind, betrugen 156 fl. 58 kr. pro Quadratmeter, die gesamten Kosten also 160 fl. 25 kr. Der Bodenwert machte demnach nur 2,6 % des Gesamtkapitales aus, oder, wenn wir auch den Bodenwert des sehr großen Gartens hinzurechnen,  $4^{1/2}$ %. Wir brauchen also nicht einmal 5 % des Erträgnisses zur Berzinsung des Bodenwertes; wir genießen noch die zeitliche Steuerbesreiung, die in Österreich allen Neubauten Schriften XCVIII. — Berhandlungen 1901.

zukommt, wir sind für die Gemeinde= und Landesumlagen sehr mäßig eingeschätzt und erzielen doch nur eine 3,8% ooige Verzinsung des angelegten Kapitales. Allerdings dürsen wir behaupten, daß wir mit aller Sorgsalt gebaut haben, und Bessers in der Wohnungssürsorge und Verwaltung bieten, als gewöhnliche Miethäuser, aber wir sind nicht billiger als diese, wir wollen vielmehr die Vorteile in der Darbietung besser gebauter Wohnungen gewähren.

Wir bekommen für Zimmer und Küche 10-13 fl. monatlich, also im Durchschnitte 245 Mk. im Jahre. Wenn wir den Boden geschenkt erhalten hätten, könnten wir um  $4^{1/2}$ % billiger sein, also sür eine solche Wohnung uns mit 234 Mk. im Jahr begnügen. Man wird nicht sinden, daß der Unterschied ein bedeutender ist.

Wir feben an diefem Beispiele die Grenze, welche der Konkurreng= fähigkeit bes Außenbodens mit dem Boden im Innern der Stadt gezogen Sie wird nicht so fehr durch deffen Preis als durch andere Umstände bestimmt. Der kleine Vorteil. den wir bei vollständiger Außerachtlassung ber Berginfung bes Bodenpreifes in unferen Stiftungehäufern gemähren könnten, muß einer Reihe von fehr ftark ins Gewicht fallenden psychologischen und wirtschaftlichen Ginfluffen das Gegengewicht halten. Wir haben es mit dem am schwersten zu überwindenden Fattor im menschlichen Leben. mit der Gewohnheit und Bequemlichkeit in erster Linie zu thun. Bublikum schätt die Unnehmlichkeit des Wohnens in dichter besiedelten Gegenden auffallend hoch ein, benn ber Berkehr wird badurch erleichtert, bie Erwerbsftätten find rafcher aufgesucht, Paufen konnen benüt werben, um nach hause zu kommen, der Unterricht der Rinder, die Berforgung der Rüche, die Erledigung der Einkaufe für den Haushalt gehen glatter und. was auch nicht unterschätzt werden darf, billiger vor sich als bei entfernterem Wohnen.

Darum drängen sich die Mieter in den centralen Lagen mehr zussammen. Ich bin der Überzeugung, daß eine Untersuchung der Zahl leersstehender Wohnungen in konzentrischen Kingen um den Stadtmittelpunkt eine Zunahme der Leerstehung in dem Maße der Entsernung von diesem Mittelpunkte ergebe.

Rur wenn gute und billige Verkehrsgelegenheiten vorhanden find, wenn die Neigungen und Sewohnheiten der Mieter, in entfernteren Außenlagen zu wohnen, schon entwickelt find, wenn die Versorgung von Küche und Hauß-halt, und die Erziehung der Kinder nicht zu schwer vor sich geht, wenn die Straßen, deren Beleuchtung, Wasser- und Kanalisationsverhältnisse einigermaßen gut durch die Stadtverwaltung geregelt sind, kann der Außenboden

einen bestimmenden Einfluß auf die Mietwerte der inneren Stadtteile, wenigstens in einem beschränkten Maße ausüben. Der Mietzins, der auf ihm mit Rücksicht auf den zur Zeit vorhandenen Bodenpreis plus den Baukosten von dem Bauunternehmer verlangt werden muß, plus den Auswendungen für die Verkehrsmittel seitens der Mieter plus jener Summe, welche der Einzelne für die Bequemlichkeit des Wohnens in der Nähe seiner Arbeitsgelegenheit und der Marktplätze auszuwenden bereit ist, bildet dann das Maximum, das für gleiche Wohnungen im Innern verlangt werden kann.

Run find aber felten jene allgemeinen Wohnbedingungen in den Aufenlagen befriedigende, weil die Berkehrsmittel nicht nach allen Richtungen hin gleichmäßig gut entwickelt werben, weil ber Stragen=, Beleuchtungsund Kanalisationsauswand seitens der Stadtverwaltungen möglichst ein= geschränkt wird. Die Folge davon ift, daß die hemmende Wirkung der von den Außenböden ausgehenden Konkurrenz nicht rasch und nicht ftark genug eintreten kann. Sind aber diese Bedingungen befriedigt worden, dann haben die Innengrunde immer noch ben Borteil voraus, daß die Mieter daselbst an Vertehrstoften ersparen und den Wert der Rabe jum Arbeitsplatz veranschlagen. Für das geschäftliche Leben endlich ist der Außenboden nur in fehr geringem Mage eine Konturreng, nämlich nur dort, wo fich bereits geschäftliche Centren ausgebildet haben, wie dies in Wien mit einigen von der ganzen Stadt aus besuchten Strafenzugen der Fall ift. Im übrigen aber hilft es einem Geschäftsmann nicht, wenn er an der Beripherie für ein Lokal nur 200 fl. Jahresgins bezahlen muß, für welches er im Innern der Stadt 1000 fl. bezahlen müßte, denn es liegen hier vollständig getrennte Märkte vor.

Soweit aber die Konkurrenz des Außenbodens und der darauf errichteten Gebäude für die Bedeutung im Innern der Stadt wirksam ist, wird sie wesentlich und zwar in einer sür die Wirksamkeit ihrer Verhältnisse nicht günstigen Weise durch die allgemeinen Verwaltungskosten der Eröffnung neuer Baugelände, durch die Kosten des Transportes nach und von den inneren Bezirken und durch die Baukosten bestimmt.

Diesen drei Faktoren gegenüber spielt der Bodenpreis eine geringe Rolle. Unter ihnen aber ist der bedeutendste der Auswand, der durch die Baukosten verursacht wird. Dieses ist in den bisherigen Erörterungen in seiner Bedeutung meist ganz übersehen, jedensalls aber unterschätzt worden. Neuerdings wurde durch Brandts, Dr. Schwarz, durch Hugo Lindemann darauf ausmerksam gemacht, daß insbesondere Gebäude mit kleinen Wohnungen relativ teurer zu bauen sind und daß die Verwaltung dieser Häuser nicht nur sehr viel Mühe, sondern auch sehr viel höhere Kosten verursacht

4\*

als bei Häufern mit größeren Wohnungen. Insbesondere aber die Untersuchung von Andreas Boigt hat uns hier ganz neuen Aufschluß gebracht und gezeigt, daß die Möglichkeit der Herstellung billiger Wohnungen in entschiedener Weise von der Möglichkeit abhängt, billiger bauen zu können.

Es ift nach dem, was ich bisher über die Konkurrenzmöglichkeit der Außenbezirke angeführt habe, klar, daß der Borgug, den der billige Boden daselbst gemährt, nur dann von Bedeutung werden kann, wenn ein geringer Bauausmand hinzutritt, weil ja bas Wohnen auf diesem billigen Boben durch die Rosten der Verkehrsmittel und durch die übrigen erwähnten Un= beguemlichkeiten verteuert und lästig wird. Gerade diese Berbilligung des Bauens aber tritt im Laufe ber Zeit und mit bem wachsenden Bedürfniffe nach Wohngelegenheiten nicht ein. Die Bautoften find im Laufe ber Zeit nicht unwesentlich gestiegen, einesteils wird teurer gebaut, andernteils wird beffer gebaut, immer aber wird das Baukapital größer - in welchem Berhältniffe, tann ich nicht mit Sicherheit angeben; nach den Tarifen, welche die Stadt Wien aufstellt gur Anwendung bei gewerblichen Arbeiten und Lieferungen für Rechnung der Gemeindeverwaltung, find vom Jahre 1865 bis jum Jahre 1895 — der Tarif des letteren Jahres ist noch heute gültig — alle Arbeits= toften, biefe fpielen beim Baue ja eine große Rolle, um etwa 50 % geftiegen. Eine Übersicht über die Rosten von Schulbauten ergiebt, daß bei 5 Schul= bauten, welche im Jahre 1877/78 gebaut wurden, der Quadratmeter verbauten Raumes durchschnittlich auf 7 fl. 6 fr., 15 Jahre fpater bei einer gleichen Ungahl von Schulen im Jahre 1893/94 auf 9 fl. 77 fr. zu stehen kam. Die Bautoften find also, auf die Raumeinheit berechnet, im Laufe von 15 Jahren um 38 % gestiegen. Welche Bedeutung diese Thatsache gerade für Bauten auf dem Augenboden hat, ift flar. Wenn der Bodenpreis von 1 fl. pro Quadratmeter auf 6 fl. steigt, so ist das eine Erhöhung um 500 %, aber die notwendige Mehrverzinsung macht nur 20 fr. pro Quadrat= meter aus: wenn bagegen das Baukapital pro Quadratmeter bon 100 fl. auf 138 fl. steigt, so beträgt die Erhöhung zwar nur 38 %, aber die not= wendige Mehrberginsung und Amortisation macht 1 fl. 61 fr. pro Quadrat= meter aus.

Nun muffen wir aber auch auf die Rückwirkung erhöhter Baukoften auf die bereits bestehenden Gebäude achten. Diese profitieren davon, da ja die hohen gegenwärtigen Baukosten erst ausgewendet werden können, wenn die Mietzinse gestiegen sind. Das ist gewiß richtig und hier liegt eine Quelle des Gewinnes, der von den Haus- und Bodenbesitzern nicht verdient, sondern nur eingezogen wird. Aber so ganz einsach liegen die Dinge auch hier nicht, die Besitzer alter häuser erleiden vielmehr nicht selten durch

die Konkurrenz der besser gebauten neuen Häuser einen Nachteil, sie verlieren Mieter, sie werden genötigt den Mietzins in der früheren Höhe sestzuhalten, ja sogar mit ihren Zinsen herab zu gehen. Dr. Schwarz hat eine Reihe von Beispielen dafür in seinem Reserate gegeben. Wenn dennoch in vielen alten Häusern der Gesamtertrag sich auf der alten Höhe erhalten hat oder sogar gestiegen ist, so ist das ausschließlich den Geschäftslokalen zuzuschreiben.

Ich habe einige Daten, welche Herr Dr. Schwarz in seinen Unterfuchungen angegeben hat, mit feiner gutigen Beihilfe betailliert. Es find Gebäude herausgegriffen, deren Administration Dr. Schwarz kontrollieren tonnte, Gebäude, die in Wien in den 70 er Jahren gebaut worden find. Ich habe bei fechs diefer Säufer die Mietzinsentwicklung von 1880—1899 verfolgt nach den Stockwerken. Das Ergebnis war, daß die gefamte Steigerung des Zinses 1,7 % betrug, davon entfielen auf das Parterre 8.5 %, auf den erften Stock aber eine Senkung um 15 %, auf den zweiten eine Senkung um 13 %, auf ben britten eine folche um 6 %, auf ben vierten eine Senfung um 12 %. Eine Bergleichung des Ertrages von fieben Säufern in den Jahren 1885—1899 ergab eine Gesamtsteigerung des Ertrages von 13 %, die fich so verteilt, daß das Parterre eine 25 % o'age Steigerung aufwies: der erste Stock eine folche um 11/2 %. der zweite um 3 %, der dritte um 5 %, der vierte dagegen eine Abnahme um 5%. Rach diesem Beispiel, das ich nicht zu ftark generalisieren will, das aber eine Tendenz charakterisiert, hat sich der Gesamtmietzins nur gefteigert ober erhalten, weil die Geschäftslokalitäten gunftiger vermietet merden fonnten.

Ich komme daher zu dem solgenden Ergebnis: Die Bodenwertsteigerung an der Peripherie, wodurch Neubauten für die Mieter, denen die innere Stadt zu teuer ist, geschaffen werden, ist nicht so bedeutend in ihrem Berhältnis zu dem Gesamtkapital, nicht so groß, daß in ihr ein Hindernis sür die bauliche Ausdehnung der Stadt erblickt werden könnte. Sine Herabdrückung der Bodenwerte würde keine wesentliche Erleichterung bieten. Der dadurch gebotene Borteil wird durch sonstige, den Lebensunterhalt beeinflussende Momente start beeinträchtigt; insbesondere die Thatsache des Wegsallens einer Benutzung von Berkehrsgelegenheiten bildet immer einen Borzug der inneren Lage, der start genug ist, um daselbst eine Konkurrenz der Mieter zu schaffen. Die Konkurrenz zwischen den Außengründen und den Innengründen besteht heute schon, aber sie kann das Anwachsen des Wertes im Innern nicht aushalten. Das Ansteigen der Mieterträgnisse ist nur zum Teil eine Folge der Konkurrenz der Mieter, zum anderen Teile

auch eine Konkurrenz der Geschäftsinhaber. Ein noch so billiges Bauland an der Peripherie hebt diese Konkurrenz nicht auf, sie bleibt bestehen, solange die Bevölkerung wächst. Für absehbare Zeiten wird vom Innern aus sich die Bewegung auf die Außengebiete ausdreiten und eine Steigerung der Mietpreise und des Bodenwertes ist nach wie vor in allen Stadtteilen zu erwarten.

Ich bin also nicht der Ansicht, daß die von uns zu beobachtende Bewegung des Bodenwertes von dem Privateigentum am Boden abhängig fei, daß fie von dem monopolistischen Gigentumer gemacht ober auch nur entscheidender Weise beeinflußt werden konnte. Spekulative Über= treibungen und Schädigungen bon Saustäufern und Mietern nach ben verschiedenen Richtungen gebe ich bereitwillig zu, aber fie beherrschen nicht den Bodenmarkt. Die Entwicklung des Bodenwertes wurde vor fich gehen, auch wenn wir die socialistische Gesellschaft hatten; dann wurde die Wert= erhöhung als Gunft denen zufallen, die den Boden benuten, dem, der nach ber bestehenden Ordnung in ber Lage ware, feinen Laben bort zu haben. Vorhanden wäre der Wert, nur wäre er anders verteilt. Es kann sich daher nur um diefe Fragen handeln 1. ist es möglich, diefen wachsenden Wert für die Gesamtheit nugbar zu machen? 2. ist es möglich, Gigen= tums= und Bermaltungsformen ju finden, welche es ermöglichen, daß, wie ım Eigenhaus, der wirtschaftliche, im Berkehr mögliche Wert nicht zum Ausdruck tommt, daß wir ihn binden. Was nun die erste Frage anbelangt, fo erkläre ich ohne weiteres: Gewiß ift das möglich und es foll angeftrebt werden. Es ware allerdings unrecht, wenn man die städtischen Boden= besitzer als eine Ausnahmeerscheinung hinstellen wollte, welche allein in der bevorzugten Stellung fich befinden, Renteneinkommen zu erzielen und Bludgewinne zu machen, für welche fie ber Gesamtheit kein Aquivalent geboten haben. Die Thatsache des Renteneinkommens als Vorzugseinkommens ift nicht auf den Bodenbesit beschränkt, fie spielt im Rapitalverkehr, bei der Unternehmerthätigkeit, aber auch im Arbeitseinkommen eine Rolle und gerade in den Städten bezieht fo mancher ein sichereres und größeres Einkommen nur durch die Thatsache des Zusammenfluffes von Menschen und Geschäften, der einem Gleichen auf dem Lande weder an Leiftungs= fähigkeit noch an thatfächlichen Leiftungen überlegen ist. Es geschieht baber nicht aus einem befonderen Übelwollen gegen ben städtischen Grundbefit, wenn wir feine Wertsteigerung für die Gesamtheit einfordern, sondern aus dem allgemeinen Grunde, daß wir immer berechtigt find, es zu thun, wenn es technisch möglich ist und nicht andere Interessen dagegen sprechen. Bezug ftädtischer Renten hat heute nur eine allgemeine volkswirtschaftliche

Funktion, die der privatwirtschaftlichen Bermögensbildung. Ich nenne dies eine volkswirtschaftliche Funktion, weil wir bei der heutigen Organisation der Bolkswirtschaft die privaten Bermögen brauchen und ihre Vermehrung wünschen müssen. Die Art dieses Vermögens, der Hausbesitz, ist gewiß nicht an und sür sich zu bekämpsen. Außerordentlich viel kleine und mittlere Vermögensbesitzer wählen diese Anlage und das Aussteigen aus der Besitzlosigkeit wird durch sie in vielen Fällen erleichtert. Überall da namentlich, wo der Bodenbesitz zum Eigenhause führt, ist er eine Quelle wirtschaftlicher Sicherheit und Behagens, die wir nicht nur nicht vermissen, sondern sördern wollen. Allein dies gilt von der überwiegenden Mehrheit des großstädtischen Hausbesitzes nicht. Gerade in den großen Städten ist die Trennung von Hausdermögen und Bodenbesitz durchsührbar. Principiell habe ich hier gegen das Programm der Bodenresormer, wie es in jüngster Zeit entwickelt wurde, keine Einwendung zu machen.

Diefes Brogramm im einzelnen durchzusprechen, erlaffen Sie mir. Die Zeit reicht dazu nicht mehr. Ich bin dafür, daß die Gemeinden ihren Besit an Land behalten und vermehren. Ich bin für die Anwendung des Erbbaurechtes, wie man es in Frankfurt, Halle, Leipzig versucht. Meinung von Schmoller, Lindemann, Schäffle, daß man Mietergenoffenichaften, Wohnungsvereine zum Zweck genoffenschaftlicher Verwaltung bes Bohnungswefens bilde oder ihre Bildung fördere. Ich bin für Besteuerungs= formen, welche den Wertzuwachs des Bodens erfaffen, wenn auch gerade in diesem Puntte größere Schwierigkeiten bestehen, als man in der Agitation glaubt. Aber ich bin durch meine Studien bagu gekommen, ju warnen, bon diefen Dingen viel zu erhoffen. Das bringt uns Nütliches für die Zukunft, bringt uns aber wenig für die Gegenwart. Man spricht zuviel von billigen Wohnungen, welche man der großen Maffe beschaffen tann, man führt auch große Ziffern an, wiebiel schon in anderen Staaten gebaut Ich laffe mich auch durch die großen Ziffern aus England und den Bereinigten Staaten nicht täuschen. Je weiter man nach dem Often geht, desto mehr sieht man in den westlich liegenden Staaten und Städten die Fortschritte der Entwicklung, die Deutschen sehen fie in England, die Englander in Amerika, die Ofterreicher in Deutschland. Es wird babei viel übertrieben und man darf in der Diskuffion das fremde Beispiel nicht zu ftark betonen, weil wir es nicht kontrollieren können. Skepsis ist uns notwendig, eine Stepfis, welche uns nicht abhalten foll, prattisch zu arbeiten, aber hindern foll, falschen Idealen nachzujagen. Und ferner werden wir erklären muffen, daß eben doch die Steigerung des Ginkommens der unteren Klaffen der Bevölkerung das Wichtigere ift, wichtiger als die Berbilligung ihrer Ausgaben. Wir werden in dieser letzteren Beziehung von unserem gegebenen historischen Standpunkte aus nicht viel erreichen, unterstützen wir daher die Bestrebungen zur Steigerung der Einkommen und thun wir im übrigen alles, was wir thun können, mit dem sesten Willen, das, was möglich ist, zu erreichen!

(Lebhafter Beifall.)

Borsitsender: Ihr Beisall enthebt mich schon all' der Worte des Dankes, die ich unserem Herrn Reserenten im Austrage des Bereins zu sagen hätte. Er hat die Frage auf das theoretische Gebiet zurückgesührt und ich glaube, daß uns seine geistwollen Aussührungen sür den Rest unserer Erörterung wesentlich beschäftigen werden. Wir sollten aber unsere Erörterung jetzt nicht sortsetzen; ich möchte dem dritten Reserenten die Zuhörerschaft nicht durch den nagenden Hunger verkürzen. Wir schließen jetzt und sahren um 2 Uhr in der Verhandlung sort.

(Schluß 12 Uhr 53 Minuten mittags.)

#### III.

# Referat

nad

Landesrat Brandts (Duffeldorf).

(23. September 1901, 2 Uhr nachmittags.)

Meine sehr geehrten Herren! Der Ausschuß hat mir die Aufgabe gestellt, de lege ferenda zu sprechen über Aufgaben der Berwaltung und Gesekgebung in der Frage, die die beiden Vorreserenten theoretisch erörtert haben. Mit herrn Professor Fuchs muß auch ich fragen: Rönnen wir denn eigentlich nachweisen, ob es in den Wohnungsverhältniffen beffer oder schlechter geworden ift? Ich glaube, wir muffen darauf fagen, hiftorisch betrachtet: ignoramus. Die Wohnungsbewegung ist noch fo jung und die Statistifen und Enqueten find so jung, so unvollständig und nach so verschiedenartigen Fragebogen behandelt, daß in der That ein historischer Bergleich nicht möglich ift, daß wir nicht nachweisen können, ob es im Laufe der letten 50 Jahre beffer oder schlechter geworden ift. Wenn wir nach unserer eigenen Anschauung reben dürfen, möchten wir sagen: qualitativ haben fich die Wohnungen gebeffert, in Stadt und Land, in großen und tleinen Städten. Un Stelle ber kleinen Fenfter find große getreten, an Stelle schlechter, enger Treppen find breite, helle, luftige getreten, dazu verbefferte Waffer= und Abortverhaltniffe u. f. w. Infofern ware also mit der Steigerung des Wohlstandes und aller anderen Verhältniffe auch die Wohnung verbessert worden, aber wie fieht es quantitativ aus? Und da läßt uns alle Statistik im Stiche. Ja es ist die Frage wohl berechtigt: haben wir einen Fortschritt zu konftatieren gehabt im Quantum, ober giebt es, wie man ein ehernes Lohngesetz angenommen hat, so eine Art von ehernem Wohngeset, in dem Sinne, daß nur gegeben wird an Wohnung, was absolut notwendig ift? Es scheint allerdings für einzelne Städte auch

quantitativ ein Fortschritt zu verzeichnen zu fein. Lindemann S. 316, 317, 340, 360, 364 weist barauf bin, bag bie große Belegung ber ein= zimmrigen Wohnungen im Laufe ber Jahre abgenommen, und daß die Bahl ber haushaltungen, die keine Schlafganger haben, zugenommen hat. Freilich in diesen wenn auch noch so geringen Fortschritt wird ein Tropsen Wermut hineingegoffen durch die Thatsache, daß die unterfte Schicht soviel schlechter geworden ift, die Wohnungsverhältniffe der Familien, die noch Schlafganger halten, haben fich verschlechtert. Alfo: zwar Berminderung der Rahl der untersten Schicht, aber qualitativ bedeutende Berschlechterung der= Endlich muffen wir hinzufügen, daß die Statistik Lindemanns mit 1895 oder gar 1892 abschließt, und wir wiffen ja alle, gerade mit 1895 ift wieder eine aufsteigende Belle der Wohnungenot eingetreten, sodaß die Bahlen für heute nicht mehr ganz zutreffen. Allein für hamburg, das bei Lindemann noch gut fteht, wiffen wir aus Reinkes Mitteilungen, daß in ben Jahren 1896/99 sich ein Deficit an ein= bis zweizimmrigen Wohnungen ergab von 3367.

Aus diesem Richtwiffen und Nichtklarwiffen über unfere Wohnungs= verhältniffe ziehe ich die erfte Forderung an Gefetgebung und Bermaltung: bak jede Stadt, nicht nur die großen, sondern auch mittlere und kleine, fratistische Umter besitzen sollen. Wir bedürfen jährlicher Erforschungen unserer Wohnungsverhältniffe in Stadt und Land. Gerade so gut wie Personenstand und Steuer aufgenommen wird, so muß es mit ben Wohnungsverhältniffen fein. Manche Städte haben ja damit ichon angefangen, aber lange noch nicht find alle bazu übergegangen. Borausfetung ift allerdings Einheitlichkeit der Statistif, damit auch eine Bergleichung nicht nur hiftorisch berfelben Stadt, sondern auch ber verschiedenen Städte untereinander möglich wird. So wird allmählich das statistische Amt, das übrigens felbstredend nicht nur für die Wohnungsverhaltniffe, sondern für viele andere wirtschaftliche und sociale Berhältniffe (Armensachen, Gefundheit, Lohn= entwicklung 2c.) nugbar gemacht werden foll, ein außerordentlich wichtiger Zweig der Verwaltung und damit komme ich jum zweiten Punkte: Wenn das statistische Amt nugbringend sein foll, so bedarf es eines ftandigen Organs, bas für es fieht und bort, bas ift die Wohnungsbeauffichti= gung. Sätten wir eine Wohnungsbeauffichtigung schon feit längeren Jahren, so wäre ein Leugnen oder ein Bezweifeln des Wohnungsmangels und der Wohnungsfehler, wie wir es noch heute oft hören muffen, einfach unmöglich. Es ift eine eigentümliche Beobachtung, daß felbst Burgermeifter und Stadtverordnete mittlerer und fleiner Städte haben Entdedungereifen machen muffen, um zu erfahren, wie es benn eigentlich in ihren Städten

ausfieht, um die überfliegenden oder undichten Abortgruben, die Dreckhaufen in den kleinen, engen Bojen, die schreckliche Überfüllung - bis zu 2 cbm Luft pro Ropf - ju finden. Entweder man bildete fich ein, es ware alles in ichonfter Ordnung ober aber, wenn man es wußte, wie es ausfah. dann hielt man die Abelftande für hergebracht und damit für unabander= lich und unvermeidlich. Bei geordneter Aufficht mare der Beamte, der die Aufficht führt, gemiffermagen ber Bibliothekar, die Baufer ber Stadt find seine Bande und Bucher, mit denen er arbeitet; von jedem Sause hat er einen Zettel im Katalog. Wenn Sie nun die Berichte von Zweigert und Reinte lefen, dann werden Sie, glaube ich, ebenfo wie der Bericht= erstatter sagen muffen, wir stecken in der That noch in den Kinderschuhen bezüglich der Wohnungsaufsicht. Überall find erst schüchterne Anfänge und es ift fast eine gewisse Angst, an die Sache heranzugehen, weil man die Wirkungen nicht übersehen kann. Dabei ist noch auf eine widerspruchsvolle Thatsache hinzuweisen. In England, angeblich das Land größter indi= vidueller Freiheit, ist eine so eingehende Wohnungsbeaufsichtigung, wie wir sie nicht wagen vorzuschlagen, und wir, denen man vorwirst, wir wären ein Bolizeistaat, wir verstecken uns hinter den Schutz persönlicher Freiheit und der Unverleglichkeit des Hauses, um eine Wohnungsaufsicht für einen rechtswidrigen Gingriff in das Eigentumsrecht zu erklären. Und ferner: der Neubau eines Hauses ist polizeilich bis in die kleinsten Details geregelt und beaufsichtigt; ist das Haus aber bewohnt, dann kummert sich kein Mensch mehr darum. Es ift nun ferner ein Jrrtum, wenn man meint, die Wohnungsbeauffichtigung fei nur ein Bedürfnis für große ober schnell wachsende Städte: in den mittleren und kleinen und kleinften Städten ift fie ebenfo Bedürfnis. Wenn Sie namentlich unfere gahlreichen kleinen alten, früher befestigten Orte aus ben früheren Jahrhunderten befehen, in beren alten Bauschen an engen Gaffen ein großer Teil der Bevölkerung lebt, fo muffen Sie zugeben, daß auch dafür eine Wohnungsbeauffichtigung nötig ift.

Dabei tritt nun die Frage auf: Wer soll die Minimalvorschriften bezäuglich des baulichen Zuftandes und der inneren Einrichtung des Hauses sowie der zulässigen Belegung erlassen? Ich meine nicht, daß das Reich das machen soll, sondern diejenige Stelle, die den Verhältnissen am nächsten liegt; die Ortspolizeibehörde soll es sein, die diese Bestimmungen erläßt, denn die Dinge sind so außerordentlich verschieden, nach großen Städten, nach kleinen Städten, nach Orten mit Wasserleitungen, mit Kanälen, nach Orten ohne Kanäle u. s. w., daß ich meine, daß nuß von einer nahe dabei besindlichen Behörde ausgehen. Die Verordnungen freilich knüpse ich an die Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde und serner daran,

daß nun die Ortspolizei oder die Auffichtsbehörde allmählich die Borfchriften verschärft. Die beste Berordnung aber nütt nichts, wenn nicht Specialorgane die Ausführung kontrollieren. Das beweift die Fabrit- und die Schulaufficht. Wer foll nun die Organe ftellen? Das ift die wichtiafte Frage. Die ganzen Gesetze find keinen Pfifferling wert, wenn die Ausführung nicht richtig geschieht. Auch hier neige ich dazu, daß die Wohnungs= aufsichtsorgane im Anschluß an die örtliche Verwaltung eingerichtet werden follen. Diefelben Grunde, welche viele von uns gegen die Rentenstellen der Invalidenversicherung hatten, gelten auch hier; man soll nicht ein einzelnes, an sich Motales Geschäft von der allgemeinen Lokalverwaltung trennen. Taugt aber die Gemeindeversaffung und sverwaltung für einen bestimmten Zweig lokaler Geschäfte nicht, so taugt fie auch für die andern nicht, und bann foll man bie Gemeinde = Berjaffung andern. Roch aus anderen Gründen dürfte diese Berbindung fich rechtfertigen. Wir verlangen in der Regel, und das darf man wohl als communis opinio ansehen, daß gerade die Kommunalverwaltung positiv in der Wohnungsfrage thatig sein foll. Wenn nun eine andere Behörde die Feststellung der Übelftande macht, als die Behörde, welche nachher die positiven Schritte thun foll, dann wird das Drängen nach positiven Schritten längst nicht so groß fein. Kenntnis von den Übelständen führt von selbst zu positiven Schritten. Das beweist die Ersahrung im Bezirke Duffeldorf. In keinem Bezirk waren die Bürgermeifter genötigt, die Übelftande aufzudeden, als hier, und in keinem Begirke find infolge beffen unter Mitwirtung ber Burgermeifter und Bemeinden so viele Bauvereine erstanden wie hier. Ferner: schon die not= wendige Berbindung zwischen Wohnungspolizei einerseits, Baupolizei und Berfonenstandsaufnahme und Meldeamt andererseits weist auf die Angliederung an die Ortspolizei bezw. Lokalverwaltung hin. Endlich: es wird die ganze Wohnungsbeauffichtigung zweifellos wirkfamer und populärer fein, wenn sie von der Lokalverwaltung geführt wird; namentlich dann, wenn fie, wie die ganze Lokalverwaltung, nicht von einem Beamten allein, sondern bon dem Wohnungsinfpektor, der im hauptamte diefe Dinge zu machen hat, im Zusammenhang mit gewählten Bürgern; Arbeitern, Dietern, Sausbefitzern, Armenarzten u. bergl. geführt wird. Hierbei muß, da es fich um eine specialifierte Arbeit handelt, selbstverftandlich für jeden Stadtteil eine folche Kommission eingesetzt werden, wie bei der Armenverwaltung nach Elberfelder Spftem. In diefem Sinne wird der Wohnungsinfpektor gu einem wichtigen hygienischen und socialen Amte werden. Er wird auch die schmutigen Mieter ausfinden und zu befferen Wohnsitten bringen. Er foll ein Silfsorgan für gute und ein Schreden für schlechte Sausbesitzer fein.

Er kann ein mächtiger Bundesgenoffe werden im Rampfe gegen die Tuber-Er wird auf richtige Berteilung ber Betten, auf richtige Benutung der Wohnungen hindrängen können und endlich ferner, er kann der Wohl= thätigkeit die richtigen Wege zeigen. Wenn reiche Leute Stiftungen machen. die geben manchmal sonderbare Wege und ftiften Anstalten, deren Ginrichtung eigentlich Sache ber Rommunalberwaltung mare. Gine ichone Aufgabe für den Wohnungsinspektor ift, der lokalen Wohlthatigkeit die Wege zu weisen, sie zu Wohnungestiftungen zu veranlaffen, wie fie der Wohlthätigkeitsfinn vergangener Jahrhunderte fo zahlreich ins Leben gerufen hat in Lübeck, Augsburg, Röln, Brugge, Gent u. f. w. Wenn ich nun fo die ganze Wohnungsbeaufsichtigung der Kommunal= bezw. Ortspolizeibehörde übertrage, so geschieht das mit der Beschränkung, daß hier eine kräftige staatliche Beauffichtigung stattfindet. Aus vielen Grunden wird die örtliche Beauffichtigung ftellenweise gut, ftellenweise aber auch mangelhaft fein. Eine starte staatliche Aufsicht ift also notwendig, aller= binas eine fachgemäße, specialistisch vorgebildete. Wir muffen specialistisch vorgebildete Wohnungsräte bei den Regierungen haben, namentlich dürfen es keine Bureaukraten sein. Diefer Aufsichtsbeamte muß mit warmem Herzen und mit dem Willen, nicht nur zu beauffichtigen, sondern zu helfen, bei der Sache sein. So soll neben dem Medizinalrat, dem Schulrat und dem Gewerberat auch der Wohnungsrat dem Regierungspräfidenten gur Seite fteben.

Nun habe ich entsprechend meiner Aufgabe die Frage zu ftellen: Bedürfen wir zu all' diefen Einrichtungen bes Gefetes oder können wir das innerhalb ber heutigen Gesetzgebung machen? Ich meine, auch bei uns in Preußen ift ein Gesetz nötig und zwar mußte gesetzlich die Kommunalverwaltung verpflichtet werden, die Minimalvorschriften zu erlaffen, zweitens mußte durch Gefet festgestellt werden, daß die erforderlichen Organe, Wohnungs= inspektor und Wohnungstommiffion, geschaffen werden. 3ch glaube, man wird da nicht, wie bei der Armenverwaltung, den Gemeinden die Organifation frei laffen, fondern wenigstens gewiffe Direktiven geben muffen, junächst vielleicht einen freien Beschluß der Gemeinden herbeiführen, bann aber wieder die staatliche Genehmigung eintreten laffen. Sodann wäre ein Besetz nötig, damit die Laienmitglieder der Wohnungskommission bas Recht haben, die Säuser zu betreten, ein Recht, das der beamtete Wohnungsinspektor in seiner Eigenschaft als Polizeibeamter bereits hat. Endlich wäre durch Gesetz festzulegen die Anzeigepflicht bezüglich der zu vermietenden und der leerstehenden Wohnungen, sowie die Ginrichtung der staatlichen Bezirks=Wohnungs=Auffichtsbeamten.

Ist nun eine solche Wohnungsaufsicht ausjührbar und welche wirt= schaftlichen Folgen wird fie haben? Die baulichen Ansprüche, die zu ftellen find, werden verhältnismäßig leicht zu erfüllen fein, das beweift die Erfahrung in Effen, Roln, Duffelborf, wo bie Unftande burchweg von den Eigentümern erledigt wurden. Es wird aber diefe Art der Berbefferung der Wohnungen wohl hauptfächlich in alten Städten Schwierigkeiten machen und ich wurde nicht anstehen, in alten Städten, wenn wesentliche Reparaturen zu machen find und der Eigentümer fann es nicht, wenigstens nicht ohne befondere Störung feiner Berhältniffe, die Gemeinden zu einer Beihilfe gefetlich zu verpflichten. Bur Erhaltung historisch schöner Fassaden wiffen Sie alle, daß 3. B. in Hilbesheim, in kleinen Städten am Rhein u. f. w., den kleinen hauseigentumern besondere Beihilfen gegeben werden. Es ift ferner in dem Buche von Boigt und mehr noch in bem Werke von Benne in feiner Beschichte des Wohnungswefens bewiefen, daß es gang und gabe mar in den früheren Jahrhunderten, daß zur Berbefferung der Wohnungen, nament= lich in der Zeit, als man die Holzhäufer in Steinhäufer umbaute, die Strohbächer in Ziegeldächer, daß man da nicht lediglich Bolizeiverordnungen machte, und die Niederlegung älterer Bäufer verlangte, fondern daß man auch Beihilfen gab, fei es nun, daß diefe in der Gebäudesteuerbefreiung bestanden, für 5 oder 10 Jahre, oder daß bares Geld gegeben murde. Belgien wurde noch 1707 durch tonigliche Ordonnang verordnet, daß die Städte Namurs und Mons verpflichtet seien, 1000 fl. jährlich in den Etat einzusegen, um den Umbau von jährlich 10 Holzhäufern in Steinhäufer gu erleichtern 1. Das System der Bauprämien für Berlin war ein ziemlich allgemeines. Aus Göttingen habe ich eine erft im Jahre 1833 erlaffene Bauordnung ermittelt, in der heißt es noch in § 31:

"Wer ein altes Haus gänzlich ausbaut und demfelben eine senkrechte Vorderseite giebt, erhält eine zweijährige, wer eine Baustelle neu
bebaut, eine vierjährige, wer eine wüste Baustelle bebaut, sowie wer
einen Massibau mit wenigstens zwei Stockwerken aussührt, eine sünfjährige Freiheit von allen auf dem Hause ruhenden bürgerlichen Abgaben. Diese Freiheit wird gegen einen Schein der Baukommission, "daß
das Haus der Bauordnung gemäß eingerichtet und berappt oder mit einer
genehmigten Farbe angestrichen sei" vom Magistrate erteilt." — Ühnlich
wie der Neubau von Häusern besördert wurde durch Prämien, so auch
die Verbesserung bestehender Häuser. Die mittelalterlichen Städte und

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Lois et documents relatifs aux habitations ouvrières. Bruxelles 1890. rue de Prèves 72, Seite 29.

Die Stadtverwaltungen der fpateren Beit bis jum Ende bes 18. Jahrhunderts nehmen — wie auch unten bei der Geldmittelbeschaffung konstatiert werden wird — gegenüber der Wohnungsproduktion überhaupt eine andere Stellung ein, als unfere heutigen Rommunalverwaltungen, die fich, abgesehen von der Wasserlieferung, Kanalisation und Absuhr auf die Konzessionierung der Neubauten beschränken. Jene unterftütten das Bauen in jeder Beife. Benne berichtet Seite 211, 161, 162, 163, 213, 170 von Beihilfen des Rates in Bern von 1375—1384 für Umwandlung von Strohdächern in Biegelbächer, von ftabtischen Biegeleien in Sildesheim, von unentgeltlicher Lieferung des Bauholzes im 15. und 16. Jahrhundert im Schwarzwald und anderswo, der Dachziegel in den Städten. Ja S. 182 wird von einer vollständig organisierten Wohnungsbeaufsichtigung berichtet: "Im 15. Jahrhundert besichtigt die Baupolizei alle baufälligen Bäufer der Ge= meinde und befiehlt bei Strafe Ersetzung derselben." Die Unterhaltung des Haufes galt als öffentlichrechtliche Pflicht des Eigentümers und namentlich die mangelhafte Unterhaltung des Daches wurde mit schwerer Geldstrafe Das gange System ber Prämiierung von Neu- und Berbefferungsbauten weift für die Berliner Baugeschichte in ausgezeichneter Weise B. Boigt nach. Ahnlich und gang charakteriftisch schildert der Rurnberger Stadt= baumeister Ernst Tucher (1487—1495) im Baumeisterbuch das Gingreifen ber Stadt Nürnberg in die Wohnungsproduktion durch Lieferung von Ralk und Steinen. Ich habe darüber früher in den Schriften der Centralftelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen, Rr. 17, Berlin 1900, berichtet.

Kehre ich nach diesem historischen Exkurs zurud zur Aussührbarkeit der Wohnungsbeaufsichtigung und ihren wirtschaftlichen Folgen. Das Resparieren alter Häuser, unter Umständen das Abbrechen in den alten Städten, kann also Schwierigkeiten bereiten finanzieller Natur. Rechtlich steht aber der Schließung gesundheitsschädlicher Wohnungen kein hindernis entgegen.

Schlimmer ist es mit der Überfüllung und ihrer Abstellung. Steht man nun angesichts der Thatsache, daß z. B. in Berlin noch die Hälfte aller Familien in einzimmrigen Wohnungen haust, und daß von den Einzimmerwohnungen noch die Hälfte überfüllt ist, vor einer Shsiphusarbeit? Da ergeben sich zwei Fragen. Die eine ist: Kann die Arbeitersamilie das Mehrquantum an Wohnung, das polizeilich verlangt wird, bezahlen? Ost ja, ost nein. Zedensalls sind bei Anwendung der Düsseldorser und Kölner Berordnung hierüber keine Schwierigkeiten entstanden. Es giebt Arbeiter, die könnten mehr Miete zahlen. Denn auch bei billigen Mieten in kleineren Städten, pro Zimmer 50—60 Mt., und bei guten Löhnen wohnen die Arbeiter ost nicht so, wie es sein sollte. In manchen Fällen wird allerdings

event. Die Armenverwaltung Mietszuschüffe zahlen muffen. Die zweite Frage ift: Sind soviele Wohnungen da, daß auf jede Familie das erforderliche Raum= quantum entfällt? Ift nicht Obdachlofigfeit zu befürchten? Gewiß ift diese zu fürchten, wenn nicht vorher für genügend Erfahwohnungen gesorgt ist und hier liegt der springende Bunkt, der Beginn des Kreislaufes, in dem man sich bewegt, und bei dem schlieklich überhaupt nichts geschieht: Man scheut die Durchführung der Wohnungsbeauffichtigung, weil noch teine Ersatwohnungen da find: Ersakwohnungen aber werden nicht geschaffen, solange die alten und überfüllten Wohnungen geduldet werden. Also man scheue die Folgen der Wohnungsaufficht nicht; es schadet nichts, wenn eines Tages dem Burger= meister 50 obdachlose Familien aufs Bureau ruden, dann ist die Wohnungs= not ad oculos demonstriert und erfolgt der Reubau von felbst; Bicot be= zeugt die gute Wirkung der Wohnungsaufsicht für Paris, wo eine solche allerdings nur gehandhabt wird für die möblierten Wohnungen der under= beirateten Arbeiter. Die Furcht vor der Revision hat an dem baulichen Buftande Wunder gewirkt. Jedenfalls halt die ftandige Wohnungsaufficht die Bohnungsfrage und die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Befferung. die noch lange nicht Gemeingut aller ift, stetig in Rluß.

hiermit verlaffe ich die Wohnungsaufficht und wende mich zum dritten Bunkt, jum Reubau ber Wohnungen, jum Ginflug von Bauordnung und Stadtbauplan. hierfür thut die Wohnungsaufsicht nichts, im Gegenteil, fie verschärft zunächst die Wohnungsnot. Wie entsteht nun heute die Stadt? Stubben hat auf ber erften Generalberfammlung des Rheinischen Bereins gur Förderung des Arbeiterwohnungswesens dies mit berechtigtem Sarkasmus also geschildert: "Ein Bebauungsplan entsteht auf die einsachste Weise, wenn man auf einem Bogen Papier zuerft in der einen, und dann in der darauf fenkrechten Richtung in gewiffen Abständen parallele Linienpaare zieht. Die Linienpaare begrenzen als Muchtlinien die Straffen und diese umgrenzen die rechtedigen Baublode. In der That find manche Stadtteile in der Mitte unseres Jahrhunderts auf folche Weise geplant und festgestellt worden." Zweifellos ift nun allerdings heute nach der ästhetischen, technischen, nach ber gefundheitlichen und verkehrspolitischen Seite ein großer Fortschritt zu tonstatieren im Entwersen der Blane und in der Behandlung der Bauordnung, dagegen die sociale Seite, die Zweckbestimmung der einzelnen Stadtteile, diefe vollständig forrett zu lofen, das ift unferem Jahrhundert vorbehalten geblieben. Bildet boch der Stadterweiterungsplan und die Bauordnung die Unterlage der ganzen Anfiedlung. Wie Bauplan und Bauordnung es vorschreiben, so bildet fich die Stadt. Daher foll in benfelben allen Schichten der Bevölkerung und allen entstehenden Aufgaben Rechnung

getragen werden. Deshalb verlangt man heute eine Abstufung in den Baublocanlagen, in den Säufergrößen und in den technischen Vorschriften der Bauordnung. Der Stadtplan foll enthalten große breite Berkehrsftraßen und schmale Wohnstraßen bis zu 7 m. es sollen die Stadtviertel felbft ein= geteilt werden in Fabritviertel, Geschäftsviertel, Wohnviertel, lettere für verschiedene Ansprüche. Wie es in einem Saufe fleine und große Zimmer giebt, Reben= und Saupträume, fo muß auch der Stadterweiterungsplan verschiedene Straffen und Baublode für die verschiedenen Ansprüche der Bewohner enthalten. Er foll individuell fein, er foll Raum haben für Miethäuser und für kleine Gigenhäuser aller Stände. Er foll auch Strafen und Baublode enthalten - eine Art von "Refervationen" für das kleine Saus des Arbeiters. Wir find im Rheinischen Berein gur Förderung des Arbeiterwohnungswefens augenblidlich dabei, zu prüfen, welche Erleichterungen können in den Bauordnungen gemacht werden, damit das kleine haus billiger wird? Bauinspektor Schilling, unser Referent, hat leider konstatiert, daß nirgendwo diese doch ganz natur= gemäße Abstufung und Einteilung nach großen, mittleren und kleinen Häusern in den Bauordnungen vorkommt. Es kommen zwar hier und da die Ausdrücke vor: Etagenhaus, Miethaus, Eigenhaus, aber eine organische Gliederung der Bauordnung nach diesen Gesichtsbunkten ist noch nicht zu verzeichnen. Verschiedenartige bauliche Ansprüche für tleine und große Rrankenhäuser haben wir, für große und kleine Theater, noch nicht aber für Wohnhäuser dieser Art und das liegt doch so nabe. Mit Recht werden ja fur das große Saus eine ganze Menge Vorschriften verlangt, die für das kleine Saus überfluffig find. Schilling hat feft= geftellt, daß ein nach den Vorschriften der Rolner Bauordnung von der Baugenoffenschaft Koln=Sud für 7500 Mt. gebautes Zweifamilienhaus schon um 420 Mt. billiger — gleich 51/2 0/0 ber Baukosten — wäre, wenn lediglich die Vorschriften der Bauordnung bezüglich der Mauerstärken, die für große Säuser erforderlich, für kleine Säuser aber gradezu unver= nünftig find, korrigiert würden. Genau dasselbe Haus würde durch die Barmener Bauordnung sogar 456 Mt., gleich 6,08 %, durch die Roblenzer Bezirksordnung 640, gleich 81/2 %, ber Baukosten unnötig verteuert. So wird einmal dem kleinen Saus wirklich der Rampf ums Dafein fehr erschwert, andererseits werden in Deutschland jährlich viele Millionen Mark unnut, lediglich der Schablone wegen, in die Erde gesteckt. Das ift in England und Belgien, den Ländern der fleinen Säufer, gang anders.

Ich möchte diese sociale Art der Betrachtung der Bauordnung mit zwei Punkten schließen, die bisher noch nicht beachtet worden sind. Der eine betrifft Schriften XCVIII. — Verhandlungen 1901.

die großen Miethäufer. Richt eine einzige von den von Schilling durch= gesehenen 120 Bauordnungen enthält die von socialen Gesichtspunkten aus eigentlich selbstverständliche Bestimmung, daß bei dem Bautonzeffionsgesuch angegeben werden muß, für wie viele Familienwohnungen das Saus beftimmt ift. Und doch hangt bavon hauptfächlich die Einteilung des Saufes ab (Art und Zahl ber Nebenräume, Aborte 2c.) und ferner bilbet eine folche Angabe die naturgemäße Unterlage der späteren Wohnungskontrolle. Der zweite Buntt betrifft die Ermöglichung, ja Erzwingung bes Baues kleiner Säuser. Seute schreibt man zu biesem Zwecke vor die zuläffige Bobe des Hauses und die zuläffige Tiefe (hintere Baulinie). Warum nun nicht auch die dritte Dimenfion, die julaffige Breite? 3. B. fur bas Arbeiterhaus 6-7 m? Das befindet fich auch in Bauordnungen früherer Jahrhunderte; wir finden dort die Breite und die Tiefe des Saufes und der Bauftelle genau vorgeschrieben. So in Sildesheim, Freiburg, Bafel, Bgl. Henne S. 203/204; Arnold, Geschichte des Eigentums in beutschen Städten, S. 183. Das wird begründet von einigen Geschichts= forschern, allerdings junächst mit der Enge des Raumes in der durch Wälle und Mauern eingeengten Stadt. Nach anderen ift es gurudzuführen auf eine Art von republikanischer Gleichheit. Sollte nicht aber auch der sociale Gedanke der Erzwingung des kleinen Gigenhauses mitgewirkt haben?

In obigem Sinne und mit diesem hohen Ziele im Auge werden Sie mir zugeben, daß das Entwersen des Stadterweiterungsplanes und der Bauordnung hohe Ansprüche an den Bersasser stellt. Sie müssen ein sociales Kunstwerk sein, ja ich möchte sagen, die Entwerser müssen etwas haben einmal von einem hellschauenden Propheten, der die Entwicklung der Stadt vorausahnt, andererseits aber auch von einem intelligenten Diktator, der der Stadt die Entwicklung weist, die sür sie nütlich ist.

Bedürsen wir nun wiederum zur Erreichung vorstehender Ziese der Gesetzgebung oder geht das auch so? Gewiß wird mit der fortschreitenden Erkenntnis, von der allerdings bis zur Aussührung in der Praxis noch ein weiter Weg ist, manches allmählich besser werden. Aber ich meine, daß auch hier ein schnelleres Tempo eingeschlagen würde, wenn wiederum der Staat einträte. Einmal nämlich erscheint es wünschenswert, daß der Staat als Kommunalauischtsbehörde Stadtbauplan und Bauordnung genehnigt. Dazu bedarser, wie bei der Wohnungsaufsicht, eines hochgebildeten Beamten. Sodann muß durch Gesetz klar bestimmt werden die rechtliche Wirkung der Feststellung von Bauplan und Bauordnung und die Möglichkeit der Abänderung. Sodann bedürsen wir besserer Bestimmungen sür die Enteignung alter schlechter Häuser, für die Umlegung und Zusammenlegung von Bau=

gelände. Endlich mare gesetzlich festzulegen, daß bei Rleinstragen und Klein= häufern, sowie bei großen Miethäufern mit Kleinwohnungen eine anderweitige Berteilung bezw. teilweise Übernahme der Straßenkosten auf städtische Fonds erfolge, und daß die ftädtischen Steuern und Gebühren nach diesen Richtungen bin abgeftuft erhoben werden. Die Ausfälle der Stadt maren zweckmäßigerweise zu decken nach dem sehr einleuchtenden Vorschlage von Beck aus einem besonderen Zwecksonds, der gebildet wird aus den erhöhten Landsteuern und Umsaksteuern. So tame in die Berechnung der Wafferkosten und sonstigen jährlichen Abgaben ein Moment der Verteilung nach der Leiftungsfähigkeit. In einer folchen richtigen Abstujung der Gebäudefteuer und Gebühren liegt ein Anreiz zum Bauen kleiner häufer. So greifen alle diefe Magnahmen ineinander und bevorzugen einmal das Miethaus mit gut eingeteilten Rleinwohnungen vor den häusern mit herrschaftlichen Wohnungen, insbefondere aber das Rleinhaus mit 1-2 Wohnungen. Die hygienischen, socialen, moralischen und afthetischen Vorzüge des Rleinhaufes vor dem großen Saufe will ich übergeben und nur die wirtschaft= lichen Borzüge hervorheben: Es ift beffer für den Bauunternehmer, weil es fich leicht vertauft und den Unternehmer daher vom hausbesit und von ber Sausverwaltung befreit: es ift beffer für den Bewohner, weil die Berwaltungskosten gespart werden, weil die Unterhaltung — da der Eigentumsbewohner fie felbst zahlen muß - durchweg beffer und billiger ift, weil, als im Auftrag gebaut, es durchweg solide gebaut wird. Endlich wird Die Bahl der Gigentumer größer, das Gigentum felbst wird - da es nicht zum Berkauf, sondern zum Bewohnen beseffen wird — ständiger, die Bahl ber Mieter kleiner; die Bahl ber Leute, Die alfo von Mietsteigerungen, Ronjunkturen und Umzügen unabhängig werden, wird größer. Mit der größeren Ständigkeit des Eigentums aber fallt auch das preiß= treibende Element, welches in ben öfteren Spekulationsverkaufen ber großen Miethäuser liegt, fort, namentlich wenn durch hohe Umsatsteuer der Berkauf erschwert wird. Nun hat allerdings Boigt in seinem Bericht das kleine Saus wegen der unverhaltnismäßig hohen Bautoften für tonturrenzunfähig gegenüber dem großen hause erklärt, er frischt die Theorie von der Billigteit des Hochbaues auf und unterschätzt den Ginfluß der Grundstücksspeku= lation auf die Bodenpreise. Hierzu nur wenige praktische Gegenbemerkungen.

- 1. Der Ausgangspunkt von Voigt ist unrichtig; die Erzwingung des kleinen Hauses durch die Bauordnung hat nicht billigeres Wohnen zum Ziel, sondern lediglich eine bessere, höherstehende Wohnsorm.
- 2. Die aus allerlei hypothetischen Zahlen gewonnene Behauptung, das Kleinhaus sei so viel teuerer als das große Haus, entspricht nicht der

5\*

Wirklichkeit. Jedenjalls ist in unseren rheinischen Bauvereinen das Kleinshaus noch bei weitem vorherrschend — von 2437 häusern sind 1827 solche mit Parterre und einem Stockwerk. Außerdem ist zu bemerken, daß ebensowenig wie unsere Bauordnungen geschult sind auf Kleinhäuser, ebensowenig unsere Architekten. Es kann da noch viel vereinsacht und verbilligt werden.

- 3. Daß der öftere Verkauf von Grundstücken und Häusern eine preisiteigernde Wirkung hat, liegt doch auf der Hand. Jeder will doch verbienen. Ebenso das Aufkausen von Bauland behuss späteren Verkauss. Es wird eben für das Erundstück mehr Geld bezahlt als es heute und die nächsten Jahre effektiv einbringt. Mindestens die Zinsen müssen also zugeschlagen werden. Das Erundstück verdient wirtschaftlich nichts und soll doch Zinsen einbringen.
- 4. Wenn Voigt sagt, je höher das Haus, besto billiger die Miete, so ist dagegen zu sagen, das könnte so sein, es ist aber nicht so. Schon Stübben hat im Deutschen Verein sur öffentliche Gesundheitspslege, 1900, S. 149 und 163/165, darauf hingewiesen, daß in den Städten mit den höchsten Häusern die Mieten am höchsten stehen.

Jedenfalls aber, fürchte ich, die pessimistische Aussassung von Boigt und von Philippovich, es könne gegen die hohen Grundstückspreise nichts geschehen, sie seine Naturnotwendigkeit, wird in unseren mittleren und kleinen Städten und in den wachsenden Industriegemeinden von recht üblen Folgen sein. Die Grundstücksinteressenten werden aus diesen Aussiührungen ihre guten Gründe gegen die Maßregeln auf dem Gediete der Bauordnung und des Steuerwesens zur Verhinderung von großen Häusern und hohen Bodenpreisen hernehmen. In den großen Städten, wo die hohen Häuser zulässig und notwendig sind, ist es allerdings gleichgültig, ob der Quadratmeter Land 1½ Gulden oder 5 Gulden kostet; in den mittleren Städten und sür Kleinhäuser ist dieser Preisunterschied von ausschlaggebender Bedeutung. Man ermögliche nur die kleinen Häuser und beleihe sie, dann entstehen sie auch.

Damit gehe ich über zum letten Teile meiner Aufgabe, nämlich zur Hopothekengelbbeschaffung und Kreditorganisation.

Wie geht heute die Geldbeschaffung vor sich? Wer sind die Bausherren der Häuser, der Straßen, also schließlich der Stadt? Ferner wer sind die Hausbesitzer? sind es die Bewohner, die Konsumenten, sind es Kapitalisten, die den Hausbesitz als Kapitalanlage behandeln oder sind es Hausbesitzer, die dieses Geschäft als Gewerbe betreiben? Abgesehen von den Bauten sur Rechnung und auf Bestellung der Arbeitgeber und der sür sich bauenden Privatpersonen, vollzieht sich die Bauthätigkeit in zwei

Kormen: dem gewerbsmäßigen Wohnungsbau und dem gemeinnützigen Wohnungsbau. Was insbesondere den Bau kleinerer und mittlerer Wohnungen anlangt, fo erfolgt diefer im wefentlichen burch die gewerbsmäßige Bauthätigkeit — jedenfalls in den größeren Städten — in den mittleren und kleineren Städten giebt es auf Spekulation bauende Bauunternehmer vielfach überhaupt nicht. Der gemeinnützige Wohnungsbau wird von den gemeinnützigen Baubereinen betrieben und ift erft in den Anfangen begriffen. Die öffentlichen Gewalten, Gemeinde und Staat, sehen durchweg heute bas Beschaffen der ersorderlichen Wohnungen lediglich als eine Privatangelegen= heit der Bürger an. Gine Kolonisationspolitik, eine Erleichterung des Erbauens von Häusern, eine Nachhilfe hierzu, eine "Subvention" wird nicht gewährt. Die Gemeinde, deren Borftand meift auch Ortg= und damit Baupolizeibehörde ift, bekummert sich meist nur in letterer Eigenschaft um den Wohnungsbau: fie konzessioniert und beaufsichtigt den Neubau. letten Nahren allerdings beginnt, der Not und der befferen Ginficht folgend. eine andere Auffassung sich geltend zu machen, man nähert sich damit wieder der Anschauung früherer Jahrhunderte 1, in welchen mit den verschiedensten Mitteln: "Erlaß der Haussteuer auf viele Jahre, Überlassung von Bauterrain, Konfiskation von unbebaut liegendem Terrain behufs Bebauung, unentgeltliche oder billige Lieferung von Holz, Steinen und Kalf aus den ftädtischen Kalk- und Steinbrüchen und Wäldern, bare Zuschüsse zur Berwandlung von Lehm= und Holzhäufern in Steinhäufer, von Stroh= dächern in Ziegeldächer", Reubauten und Berbefferungsbauten prämiiert murben.

Wer sind nun heute in den größeren Städten die Bauherren bei der gewerdsmäßigen Bauthätigkeit? Meistens nicht, wie es naturgemäß wäre, die Grundstücksbesißer und die Kapitalisten, vielmehr kleine Leute, Bau-handwerker, Maurer, Schreiner, Anstreicher, welche Beschäftigung suchen, die aber oft nicht so viel bares Geld haben, um die Umsatsteuer zu bezahlen. Sie nehmen daher vom Grundstücksbesißer noch soviel hinzu, um die Attstosten bezahlen und den Bau beginnen zu können. Das ist das Verkausen von Grundstücken mit Baukapital. Sie rechnen ihre eigene Arbeit nicht, bauen ohne Architekten möglichst billig und oft recht unsolide. Diese Bau-herren, also eigentlich vorgeschobene Personen der Grundstücksbesißer und Kapitalisten sind manchmal brave Leute, die aber nichts haben, ost schlechte Kerle, die die Handwerker nicht bezahlen. Auf Grund geschickter Taxen

<sup>1</sup> Henne, Das beutsche Wohnungswefen. Leipzig 1899. P. Boigt, Grundrente und Wohnungsfrage in Berlin. Jena 1901.

ad hoc gefertigt - werden nahezu die gangen Bau- und Grundstückgunkoften als erfte Spothet gegeben, - folche Tagen find bann die Unterlage ber Bildung der imaginären hoben Grundftudspreise -, oft auch ist noch eine zweite Spothet erforderlich, die manchmal von kleinen Geschäftsleuten. Wirten u. dergl. oft auch von wucherisch angelegten Eriftenzen gegeben wird, manchmal bleibt auch der Grundstücksverkäufer felbst als zweiter Spbo-Gehts gut, so bleibt der kleine Sandwerker thekengläubiger fteben. Eigentümer bes hoch verschuldeten Saufes, oft aber auch muß mährend bes Baues oder einige Zeit nachher der zweite Sypothekenglaubiger das Saus übernehmen. hiermit in Zusammenhang steht auch die Bezahlung der Bauhandwerker statt in bar in Naturalien: Schreinerarbeit gegen Maurerarbeit, Maurerarbeit gegen Bauftelle, Bauftelle gegen Saus u. f. w. So entstehen großenteils die "Sausbesitzer". Diese Form der hausproduktion ift fo üblich, daß ein glattes Berkaufen von Bauftellen an den Bauluftigen fast nie möglich ist. Zu beachten ist, daß der Bauhandwerker nicht aus Liebhaberei Sausbesitzer wird, sondern aus Notwendigkeit. Er würde viel lieber für Rechnung anderer das Baus bauen, feinen Lohn nehmen und mit dem Sausbesik und der Sausverwaltung nichts zu thun haben. Fände er nur jemanden, der ihm folche Auftrage gabe. Es geht aber den Bauhandwerkern, wie es neuerdings vielen Glektricitätsgesellschaften geht - ju ihrem Schaden. Auch lettere bauen lieber elektrische Bahnen für fremde Rechnung, mannigfache Verhältniffe führten fie aber neuerdings dazu, diefe Bahnen nun auch für ihre Rechnung zu betreiben. Gin hauptpunkt also foll fein, zu verhüten, daß der Sausbesit in diese schwachen Sande komme. Hausbau und Hausbesit muffen getrennte Dinge werden. An Stelle des Sausbefikes durch das Baugewerbe muß treten der Sausbefit entweder der Ronfumenten oder der Hausbesitz fapitalfräftiger Personen, die denselben als Rapitalanlage betrachten.

Unter den mancherlei Mitteln 1, dieses Ziel zu erreichen, steht nicht an letzter Stelle Errichtung staatlicher oder kommunaler Baubanken zur Be-

¹ Ein Hauptmittel, dieses Ziel zu erreichen, also an Stelle des gewerbsmäßigen Hausbesitzes den Bewohnerbesitz zu setzen, ist die Erzwingung des Baues kleiner zum Berkauf an die Konsumenten geeigneter Häuser. Dies ist erreichdar durch die Bausordnung in Berbindung mit dem Stadterweiterungsplan. Ein großes Miethaus kaust niemand zum Bewohnen, wohl ein Haus für 1—2 Familien. Die heute vielsach vorshandene Unmöglichkeit der Schaffung besserr Zuskände für die Bewohner und für die Bauhandwerker liegt nicht zulet in der Hausform — großes Miethaus — und dem dadurch bedingten gewerdsmäßigen Hausbesitz im Gegensatz zum Konsumentenhausbesitz. Je verkäuslicher die Häuser sind wegen ihrer zweckentsprechenden Kleinheit,

leihung des Hausdaues. Der Weg zur Errichtung solcher öffentlicher Baubanken ist geebnet durch die Thätigkeit der Invalidenanstalten, welche seit mehreren Jahren den finanziellen Mittelpunkt des gemeinnühigen Wohnungsbaues, insbesondere des gemeinnühig betriebenen Arbeiterwohnungsbaues bilden, also bereits Baubanken im Nebenamte sind. Sie beschränken ihre Thätigkeit sast allenthalben auf den "gemeinnühigen" Wohnungsbau, d. h. auf den durch Baubereine betriebenen Wohnungsbau, welche nach § 5 des Preußischen Stempelgesehes dom 31. Juli 1895 und nach Art. 86 § 1 Jiff. VI des preußischen Aussührungsgesehes zum Bürgerlichen Gesehbuch Stempel= und Gerichtskostensreiheit genießen; hier und da dehnen sie die Besesihung noch aus auf kleine im Eigentum der Arbeiter stehende Häuser mit 2—3 Wohnungen.

Der Vorschlag, die Invalidenanstalten ganz als Banken für den Wohnungsbau auszugestalten, ist nicht zweckmäßig und nicht durchsührbar. Denn einmal sind die Invalidenanstalten in erster Linie Versicherungs-anstalten, ihre Thätigkeit als Wohnungsbank ersolgt gewissermaßen im Nebenamt, sodann können sie naturgemäß nur für Versicherte thätig sein, müssen also alle kleine Gewerbetreibende, Beamte u. dgl. ausschließen, und endlich reicht auch ihr Vermögen nicht hin zur Befriedigung der Ansprüche, die an eine Wohnungsbank zu stellen sind. Die Invalidenanstalten haben allerdings wertvolle Pionierdienste geleistet, sie haben namentlich gezeigt, welchen Einsluß der Hypothekengläubiger auf die Art des Baues, der Einteilung des Hauses und auf die Art der Verwaltung und Bewohnung eines Hauses nehmen kann und soll, wie neben den sinanziellen Bedingungen auch wirtschaftliche und sociale Bedingungen zu stellen sind.

Es müssen also schon besondere Bankinstitute geschaffen werden zur Beleihung des Neubaues von Wohnungen des Mittels und Arbeiterstandes. Die Beleihung von herrschaftlichen Häusern, von Hotels, Restaurants u. dgl. joll man den Privatgeldinstituten überlassen.

Diese Banken wären einzurichten für räumlich nicht zu große Bezirke. In kleinen Staaten, wie Hessen, kann der Staat eine solche Bank einrichten. In den größeren Bundesstaaten dagegen würde es Aufgabe der weiteren Kommunalverbände sein, die durch Gesetz dazu anzuhalten wären. Die Leistung des Staates — der doch auch ein Interesse an guter Kolonisation

defto besser für den Bauherrn. Das polizeiliche Erzwingen kleiner häuser liegt also im eigenen Interesse der Bauhandwerker und Bauunternehmer, denn dann brauchen sie nicht Bauherr und Hausbesitzer zu sein. Je mehr Konsumenteneigentum möglich, desto weniger gewerbsmäßiger Hausbesitz ist erforderlich.

hat — würde dann zu bestehen haben in einer Dotierung der neuen Provinzialwohnungsbanken mit einem mäßigen und gering zu verzinsenden (2 %) Reservesonds. Entweder würde dieser sest und nicht erhöhdar mit etwa 1 Mk. pro Kopf der Bevölkerung, also für Preußen heute etwa mit 35 Millionen Mark zu bemessen sein, oder was sachlich richtiger wäre, all-mählich steigend mit den ausstehenden Hypothekensummen sestzustellen sein, und etwa 5 % der Darlehenssummen betragen. Ein Borbild sür solche Staatsleistung an Provinzialinstitute liegt vor in der Schaffung der Provinzialsilsstassen durch Allerhöchste Berordnung vom 7. April 1847, nur mit dem Unterschied, daß damals das ganze Betriebskapital von 2½ Mil-lionen Thaler sogar zinslos den Provinzialsilsstassen wurde.

Diese Banken beschaffen sich das für Darlehen notwendige Geld durch Ausgabe von Obligationen. Um ihnen den Berkauf zu erleichtern, stände nichts im Wege, den öffentlichen Sparkassen, den Krankenkassen, den Berufsgenossenschaften und Invaliditätsanstalten die gesehliche Pflicht aufzuerlegen, eine Quote ihres Bermögens in diesen Obligationen anzulegen. Ansähe zu solchen gesehlichen Verpflichtungen sind gegeben im § 164 Abs. 1 des Invalidenversicherungsgesehres vom 13. Juli 1899; in Frankreich und England sind bekanntlich heute schon die Sparkassen — in allerdings überztriebener Weise — gesehlich verpflichtet, ihre ganzen Bestände in Staatszente anzulegen. Eventuell könnte man auch die Darlehen statt in bar in solchen börsengängigen Obligationen auszahlen.

Die Hauptfrage ist nun die, welchen Darlehensnehmern sollen diese staatlichen oder kommunalen Wohnungsbanken zugänglich sein? Jeder solide Bauherr wäre zuzulassen. Hiermit gehe ich über die srüher gemachten Vorschläge hinaus und zwar deshalb, weil mit der Einrichtung solcher Banken mehrere Zwecke gleichzeitig erreicht werden sollen:

1. In erster Linie eine Gesundung des Bauunternehmer= bezw. Bauherrnstandes, Ausscheidung des unsoliden, nichts besitzenden Bauherrn und Hausbesitzertums, die wie oben gezeigt, vielsach doch nur vorgeschobene Perssonen des Grundstücksbesitzers oder Kapitalisten sind, Heranziehung von solventen Bauherren und damit Beseitigung all der Schäden, die sich an das unsolide Bauunternehmertum knüpsen. Nicht nur das "Objekt" soll geprüst werden, auch die Person des Darlehensschuldners auf ihre sinanzielle Tüchtigkeit und aus ihre Qualisikation als Hauserbauer und Hausverwalter. Bei landwirtschaftlichen Hypothekendarlehen prüst man doch auch die wirtschaftliche Tüchtigkeit des Schuldners. Es muß erreicht werden, daß als Bausherren auftreten in erster Linie die Bewohner selbst und zwar entweder der einzelne Konsument, der sür sich ein Haus baut, oder die organisierte Kons

fumentengenoffenschaft, die zu gemeinsamem Gigentum Wohnungen bauen (Baugenoffenschaften) oder daß in zweiter Linie die Grundstücksbefiger und Rapitalisten selbst als Anlage oder auf Verkauf bauen, statt nichtsbesitzende handwerker vorzuschieben. Die Macht des Spothekengeldes wird dies auch erreichen. Gine folche öffentliche Bank wird nämlich nicht unerheblich billiger das Hypothekengeld abgeben können, als die Brivatbanken. Sie braucht keinen Gewinn zu machen, sondern nur ihre Geschäftsunkosten zu decken. Man offeriere also dieses etwas billigere Geld nur den foliden Sauserbauern, fo werden diese schon diejenigen Bedingungen eingehen, die die Bank ftellt. Grade wie durch das Geldangebot der Invalidenanstalten gemeinnützige Baubereine entstanden sind mit den Bedingungen und statutarischen Beschränkungen, welche den Charakter der Gemeinnützigkeit gewährleiften, fo werben auch diejenigen Darlehensschuldner fich melben und als Hauserbauer auftreten, welche die öffentliche Wohnungsbant haben will. Das ift die Macht und die schöpferische Rraft des Geldes. Es soll so nicht nur mög= lichst viel gebaut werben, sondern auch möglichst solider Sausbesit geschaffen werden.

- 2. Verbefferte Bauweise, und zwar in erster Linie Begünstigung des Baues kleiner häuser durch vorzugsweise Berücksichtigung derselben bei der Beleihung; in zweiter Linie Beleihung von großen Miethäusern nur dann, wenn die einzelnen Wohnungen gut eingeteilt, voneinander abgeschlossen sind und jede Wohnung mit den nötigen Nebenräumen (Abort, Spülraum, Speisekammer u. s. w.) versehen ist. Die Geldbeschaffung geht so Hand in Hand mit den neueren Bestrebungen bezüglich der Bauordnung und der Wohnungspolizei.
- 3. Vermehrung des Bauens und damit Verhütung zu ftarken Steigens der Mieten. Es soll namentlich auch größere Ständigkeit in der Hypothekensbewilligung eintreten gegenüber dem heutigen ruckweisen Borhandensein von Hypothekengelbern je nach Lage des Geldmarktes. Die öffentliche Bank wird ihre Obligationen leichter und ständiger unterbringen können als die Hypothekenbanken.
- 4. Allmähliche Entschuldung durch Amortisationszwang. Bei einem Zinssuß von 4 % und einer Amortisation von 1 % unter Hinzurechnung der ersparten Zinsen ist die Schuld in 42 Jahren abgetragen.

Alle die öffentlichrechtlichen Gesichtspunkte, die vorstehend angedeutet sind, kann die öffentliche Wohnungsbank als Darlehensbedingung stellen; das sind: Nur solvente Leute sind als Schuldner zuzulassen, die kleinen nichts besitzenden Handwerker sind auszuschließen, damit sie wieder aus der satalen Lage des erzwungenen Hausbesitzers und Darlehensschuldners in die

richtige Position des bar bezahlten Sandwerkers tommen. Im übrigen ift als Schuldner zuzulaffen jeder folide folbente Sauserbauer, fei es, daß jemand für feinen perfonlichen Gebrauch ein Saus baut, ober bag der Grundstücksbesitzer auf Berkauf baut, oder daß der Rapitalist baut als Rapitalanlage. Rleine Gigentumshäufer haben vor großen Miethäufern den Borzug. Die Bäufer muffen unter Leitung eines Architekten gebaut und im Grundriß aut eingeteilt fein. Bor der Ausgahlung des Spootheken= geldes muß der Bauberr und Schuldner bescheinigen, daß die Lieferanten und Unternehmer bezahlt find; eine falsche Bescheinigung mag unter Strafe gestellt werden. Baugesellschaften mit statutarisch begrenzter Dividende oder nicht steigerbarer Diete haben den Vorzug vor reinen Erwerbsgesellschaften u. f. w. Es muffen also zu den finanziellen Bedingungen des Darlehens= vertrages öffentlich=rechtliche Bedingungen hinzutreten. Die Macht des Geldes wirkt mehr als alle Polizeibestimmungen und Gesethe zum Schute bes Bauhandwerks. Im übrigen muffen die Darlehensbedingungen verschieden sein für Stadt und Land, Großstadt und Kleinstadt, für kleine und große Säufer. Die Beleihungsgrenze fann gezogen werden bis zu 70 % ber Selbstkoften, wobei für die Werte der Grundstude ein guter Anhalt gegeben ift in der Besteuerung nach dem gemeinen Werte. Wenn es erforderlich ist, in einzelnen Gemeinden höher zu beleihen, so mag die betreffende Gemeinde oder der Kreis eine Spoothekenbank zur Bewilligung zweiter Spootheken einrichten, wie das Abides jest für Frankfurt gethan hat. Diese Bank mußte natürlich mit der ftaatlichen oder provinzialen Wohnungsbank Sand in Sand arbeiten. Solche ftädtischen Banken waren nichts neues. Die große Städteentwicklung des XIII. und XIV. Jahrhunderts brachte folche ftädtische Banken und Leihhäuser, und mehr noch das XVI. und XVII. Jahrhundert, in welchen großartige ftädtische Banken entstanden in hamburg, Nürnberg, Benedig, Amfterdam u. f. w.

Die heutige Zeit scheint der Gründung solcher öffentlichen Special-Kreditanstalten für ganz bestimmte wirtschaftliche und sociale Zwecke günstig zu sein. Es sei erinnert an die Centralgenossenschaftskasse, an die Kentenbanken für die Kentengutsbildung, an die Landesbanken in manchen preußischen Provinzen, an die landwirtschaftliche Bank in Bahern, an den Antrag Hehl, betreffend Wohnungsbank in Hessen und an die jüngsten Berhandlungen in Korwegen, betreffend Gründung einer staatlichen Wohnungsbank mit 25 Millionen Mark Grundkapital.

Bei uns in Deutschland scheint namentlich jetzt der geeignete Moment zu sein. Ginmal hat das Vertrauen in die Geschäftsführung der Privathppothekenbanken eine Erschütterung ersahren. Ferner beginnt von selbst seit einiger Zeit die oben geschilderte unsolide Art der Wohnungsproduktion mit Baukapital durch nichtsbesißende Bauhandwerker geringer zu werden. Es sind Anzeichen dasür vorhanden, daß die Grundstücksbesißer und Kapitalisten es vorziehen, auf eigene Rechnung zu bauen, statt durch vorzeschobene schwache Hände. Man hat an den gut verwalteten Häusern der gemeinnüßigen Baubereine gesehen, daß die Vermietung und Verwaltung von Arbeiterhäusern, wenn die Verwaltung gut organisiert ist, einsach und die Kapitalanlage in denselben eine sichere ist. Endlich ist die Beobachtung zu konstatieren, daß die mit der unsoliden Wohnungsproduktion in engstem Jusammenhang stehenden Tauschgeschäste: Haus gegen Baustelle, Bauarbeit gegen Haus oder Bauarbeit u. s. w. beginnt geringer zu werden. Man gewähre also diesen Gesundungsbestrebungen eine kräftige Nachhilse durch den staatlich organisierten Hypothekenkredit, so wird Bau- und Wohnungsstrage sicher einer Besserung entgegengesührt.

Hand in Hand mit Organisation des öffentlichen Sphothekengeschäfts muß gehen bessere Organisation der Konsumenten, der Bewohner. Da, wo Bodenpreise kleine Häuser zulassen und die Bauordnungen dieselben erzwingen, ist das Naturgemäße das Privateigentum des Bewohners. Da, wo das nicht möglich ist, ist das Naturgemäße das gemeinsame Eigentum. Heute ist — wenigstens sür Arbeiter und kleine Angestellte — die Genossenschaft die übliche und wegen der allein bei dieser Form möglichen, beliebig niedrigen Anteilssumme die einzig mögliche Rechtsform.

Jeder im Genoffenschaftswesen thätige Praktiker wird indes wissen, daß diese Gesellschaftssorm sür Immobiliargeschäfte, in denen die kündbaren Genossenschaftsanteile sestgelegt sind, wegen der Kündbarkeit und aus and deren Gründen vielsache Übelstände hat. Die Aktiengesellschaft andererseits eignet sich wegen des hohen Betrages der Aktie in ihrer heutigen Form nicht sür Arbeiter und kleine Angestellte. Beiden Übelständen wäre abzuhelsen, wenn man dem Aktiengeset einen Zusatz gebe, wonach Gesellschaften, welche den Bestimmungen des § 5g des Preußischen Stempelgeses vom 31. Juli 1895 entsprechen, Aktien von 20 Mark ausgeben dürsen. Zweckmäßiger würde ja allerdings die Bestimmung des Stempelgesess noch lauten, wenn statt Wohnungen sür "Unbemittelte" gesagt würde "Wohnungen sür Arbeiter und diesen social gleichstehende Personen" oder "Wohnungen mit nicht mehr als vier Käumen".

Ist nun eine folche Bank ausführbar?

Gin Beispiel soll die Sache klar machen. Den stärksten Bevölkerungs= zuwachs haben die westlichen Provinzen. Zunächst sehe man von der not= wendigen Verbesserung der bestehenden Wohnungen ab und besriedige ledig= lich das Bedürfnis für die jährlich zuwachsende Bevölkerung. Die Rheinsprovinz z. B. nahm zu 1890/95 jährlich durchschnittlich um 80 000; 1895/1900 jährlich durchschnittlich um 120 000 Einwohner.

Legt man die Summe von  $100\,000$  Personen Zuwachs zu Grunde — die Vermehrung 1895/1900 war eine abnorm große und umsaßte nament-lich infolge Zuwanderung viele unverheiratete Arbeiter — so ergiebt dies unter Annahme von 5 Personen pro Familie einen jährlichen Zuwachs von  $20\,000$  Familienwohnungen. Hiervon würden etwa  $70\,^{\circ}/_{\circ} = 14\,000$  Wohnungen als Wohnungen kleiner Leute gelten können. Jede Wohnung zu 4000 Mk. gerechnet, ergiebt bei Beleihung bis zu  $70\,^{\circ}/_{\circ}$  eine Jahreß-bedarssjumme von  $\frac{14\,000 \times 4000}{70} = 39$  Millionen Mark. Von dieser

Summe würden wie bisher als durch den "gemeinnütigen Wohnungsbau" verbraucht etwa 6-7 Millionen burch die Invalidenanstalt zu leihen sein. Auf Wohnungen ber Arbeitgeber, ber Gemeinden und des Staates wird nach wie vor ein großer Teil entfallen, ebenso werden die Sparkaffen Beleihungen beibehalten. Unter Berückfichtigung der terminlichen und außerterminlichen Abzahlungen, sowie der Kündigungen wird mit etwa jährlich 20 Millionen ichon ein fehr großer Teil des erforderlichen Sypotheken= tapitals gedect fein. Es ftande nichts im Wege, daß bie Wohnungsbank alle Hypotheken, wenn 20-25% derfelben amortifiert find — was bei 4 % Zinfen und 1 % Amortisation in 15—16 Jahren der Fall ist kundigte. So machen es die gemeinnützigen Baugesellschaften in Barmen und Gladbach mit den von ihnen erbauten, verkauften und zu ein Drittel abbezahlten Häufern. Wenn nämlich die Hypothek nur noch 50 % des ursprünglichen Berftellungswertes beträgt, ift überall leicht eine erste Sppothek zu haben. Die Entschuldung ift genügend eingetreten und die Schuldner wollen dann auch vielfach die Amortisationsverpflichtung ablösen. eine solche Kündigung würde natürlich die Summe der ausstehenden Dar= lehen nicht in stetem Wachsen bleiben. Nach bem 16. Jahr würden jedes Jahr 20 Millionen rudgahlbar, fodaß fich bann die Summe der ausstehenben Darleben kaum noch vermehren wird. Es ware nichts Erschreckendes. wenn eine Proving von 5,7 Millionen Einwohnern 16 Jahre lang jedes Jahr 20 Millionen Darleben auf Wohnungen als Darleben ausgabe. Entwidelten fich doch die größeren öffentlichen Rreditinstitute der westlichen Provingen in folgender Beife:

	м	18	м	ر پر	8
Der Darlehnsbestand betrug:	<b>E</b> nde 1889		<b>Ende</b> 1899		
1. bei ber Landestrebitanstalt in Hannover	80 172 917	_	123 228	917 -	_
2. bei ber Landestredittaffe in Raffel	85 651 865		98524	086   -	_
3. bei ber Naffauischen Landesbant in Wiesbaben	52 335 200		83 462	544 -	_
4. bei der Landesbank d. Proving Westfalen in Münster	_		<b>64</b> 888	970 -	
5. bei der Landesbant der Rheinproving in Duffeldorf	43 619 036	54	205 157	155 8	<b>30</b>
Zusammen	261 779 018	54	575 261	672 8	<b>-</b> 30

Mit den öffentlichen Wohnungsbanken würde nun allerdings ein weiteres öffentlichrechtliches Moment in die Wohnungsfrage hineingetragen. Die Wohnungsbank schließt die Kette gesetzeberischer Maßnahmen öffentlicherechtlicher Natur behufs Besserung der Wohnungsverhältnisse. Die Wohnungsbank tritt hinzu zu dem städtischen statistischen Amt, welches den Wohnungsmarkt beobachtet, zu der in der Lokalinskanz wie in der Aussichtsinstanz organisierten Wohnungsbeaussichtigung, zu der staatlichen Genehmigung der Bauordnungen und der Stadterweiterungspläne und der öffentlichrechtlichen Regelung gewisser Verhältnisse zwischen Vermieter und Mieter und zwischen den Mietern desselben Hauses, wie sie Flesch vorsichlägt.

Mag nun die Gesetzebung nur mit dem einen oder anderen Punkte beginnen, oder gleicherzeit alle Fragen regeln wollen, der jetzige Zeitpunkt rückgehender geschäftlicher Konjunkturen ist der geeignete für die Regelung der Wohnungsfrage.

Vorsitzender: Ich danke dem Herrn Landesrat für seine ungemein lehrreichen Ausführungen.

Bevor ich nun die Diskussion eröffne, möchte ich eine Mitteilung machen: Mit Rücksicht daraus, daß morgen höchstwahrscheinlich der Besuch der Bersammlung ein größerer sein wird und es heute schon am Morgen schwer war, für alle Anwesenden Sityblätze zu finden, werden unsere morgigen Berhandlungen, statt in diesem Lokale, im Mathildensaale, Mathildenstraße, stattsinden.

Es haben sich bis jetzt 14 Redner zum Worte gemeldet. Zunächst hat sich gemeldet Herr Stübben aus Köln — er scheint nicht anwesend zu sein —; da gebe ich das Wort Herrn Dr. Eberstadt aus Berlin.

Dr. R. Cberftadt (Berlin): Meine Berren! Geftatten Sie mir, bei Eröffnung der Diskuffion junachft die Frage ju ftellen: kämpfen wir in der Wohnungsfrage? Welche Anschauungen stehen sich gegenüber? Wir konnen zwei Betrachtungsweisen unterscheiden. Die eine ist die rein volkswirtschaftliche; fie sieht die Entwicklung unserer Bodenverhältniffe als eine naturgemäße an, die beherrscht wird durch einsache Gesetze, wie das Gesetz von Angebot und Nachfrage, die Standortsrente u. ahnl. Die entgegenstehende Betrachtungsweise konnen wir die admini= ftrative nennen. Diefe ift der Unficht, daß die gegenwärtige Entwicklung ber Bodenverhältniffe in Deutschland in keiner Weise eine natürliche, sondern in hohem Mage eine fünftliche ift, herbeigeführt durch bestimmte, im ein= zelnen nachweisbare Magnahmen der Verwaltung. Die Vertreter der administrativen Schule — wenn ich fie so nennen darf — scheiden fich dann wieder in drei Gruppen, die abgegrenzt werden durch die Stellungnahme gegenüber dem Städtebau. Wir haben Bertreter der weiträumigen und offenen Bauweise, Bertreter der weiträumigen und geschlossenen Eine dritte Gruppe endlich, der ich felber angehöre, legt den Hauptwert auf den Bebauungsplan. Wir erkennen in dem Bebauungsplan die Grundlage des Städtebaus und wollen durch ihn auf die Geftaltung der Bobenentwicklung einwirken. Dagegen find wir jeder Schablonifierung, jeder Zwangsschablone auf das entschiedenfte entgegengesetzt und wollen auch jeden polizeilichen Gingriff auf das unbedingt er= forderliche Mindestmaß herabgesett wissen. Es ift für unsere administrative Auffaffung felbstverständlich, daß wir unfere Untersuchungen anfangen mit bem Städtebau. Es bildet dies immer den Beginn und giebt unferer Litteratur das Gepräge. Es ift nun in diesen Untersuchungen uns begegnet, daß wir überall eine Zwangsschablone fanden, von den unheil= vollsten, von den verderblichsten Wirkungen zuerst in Berlin, die vielberufene Mietskaferne. Unfere Litteratur zeigt als hervorstechenden Bug ben Rampf gegen die Mietstaferne; mas berfteben wir nun unter diesem Schlagwort? Es find, wie mir scheint, zwei Momente, die den Charakter des Maffenmiethaufes bestimmen. Es ift junächst ein Wohngebaude, bei dem ganglich fortfällt die Absicht des Eigentumers, es als Eigenwohnhaus oder als Eigenwohnung zu benuten. Dem Saufe wird mit Absicht jeder Charakter des Eigenwohnhaufes genommen. Der Eigentümer erwirbt es, um aus dem Vermieten der Wohnungen und aus dem Weiterverkauf des Saufes. das ein reines handelsobjekt ift, ein Geschäft zu machen. Mit diesem ersten Grundzug find ichon die weittragenoften Ronfequenzen gegeben. Die politischen, die socialen, die polkswirtschaftlichen Konsequenzen, deren ver-

wickelte Einzelheiten hier gar nicht besprochen werden können, die aber die gesamten ftädtischen Berhältniffe berühren, find hierin schon enthalten. Aber damit wiffen wir noch nicht, wie das Bauwerk felber aussieht. Dies ergiebt sich erst aus der thatsächlichen Ausgestaltung nach dem Berliner Typus: nur ein kleiner Teil der Wohnungen liegt nach der Straße, während die Hauptmaffe der Wohnungen nach dem Hofe abgeschoben ift, von der Strafe durch turmbobe Mauern abgesperrt und regelmäßig an das Nachbarhauß Mauer an Mauer angebaut. Diesem Spftem mit feinen Konsequengen find wir entgegen. Wir bekampfen nicht die gedrängte Bauweise an fich, b. h. nicht da, wo sie notwendig oder zweckentsprechend ift. Aber wir wollen nicht, daß der hier geschilderte Typus jum Zwangsmodell des Städtebaus erhoben wird; wir wollen auch nicht, daß er fünftlich zu Spekulationszwecken in Reubaubegirke verpflanzt wird, in die er nicht hineingehört, mit den schäblichen Wirkungen, die ja im einzelnen genau untersucht find. Das ift aber auch alles, was wir bekampfen. Rehmen Sie eines der Momente weg, so ift es nicht mahr, daß wir jemals ein Wort gegen die Mietskaferne geschrieben haben. Ich im besondern kann es nur als Unterstellung bezeichnen, daß ich jemals ein Wort gegen die Mietwohnung felber geichrieben haben foll.

Es wird behauptet, daß die Mietskaferne ein geschichtsmaterialiftisches Produkt ift, d. h. sie habe sich als gebotene Form aus dem modernen Bedurinis der Wohnungsproduktion entwickelt. Geftatten Sie mir, Ihnen kurg die thatfachliche Entstehung zu schildern. Das Schema der jungeren kontinentalen Städte ist das Schachbrett, die Baublocks find in Rechtecke oder Quadrate abgeteilt. Die Städte nach diefer Anlage kann ich als Fürstengründungen des 18. Jahrhunderts bezeichnen. Ich nenne als Beifpiel Mannheim, die Altstadt, nicht die unter Becks energischer Leitung emporwachsende Großstadt. Das alte Mannheim besteht also aus Quadraten. Jeder Baublock ift 60-80 m groß. Im einzelnen Quadrate find die Grundstücke für große und kleine Wohnungen eingeteilt. Das gleiche Schema finden Sie wieder in Berlin in der Friedrichstadt, nur daß hier die Blode wefentlich größer find. Die Blöcke der Friedrichstadt haben eine Frontlänge von 160 m und eine Tiefe von 80 m. Das war also jur Berlin das historische Schema. Man behielt es bei, als die Stadt fich nach dem Lügowplat ausdehnte, nur vergrößerte man jest die Blode auf etwa 400 m Lange und 200 m Breite. Die Absicht war hier, daß die Blöcke nur außen, d. i. an den Straßenfronten bebaut werden follten, mahrend das Innere für Garten frei bleiben follte. Bei einem Teil der Blöcke erhielt sich diese Bauweise bis in die 70 er Jahre, dann wurden auch fie zugebaut. Aber man wandte fich doch von Anfang an

balb dazu, das Innere der tiefen Blocks mit Hofgebäuden zu besetzen, so daß sich hier die Form der Mietskaserne ausbildete. Bei der späteren Ausdehnung Berlins ging man in bewußter Absicht und systematisch vor. Die Blöcke wurden von vornherein zur Anlage von Hoswohnungen bestimmt. Die Abmessungen der neueren Blöcke sind 450 m Länge bei 350 m Tiese. Was das besagen will, geht daraus hervor, daß dies genau das 7 sache bessen ist, was als das Normale sür Grundstücke von den Architekten bezeichnet wird. Diese unsörmigen, abnorm tiesen Grundstücke können nur zu Massenmiethäusern verwendet werden. Sine andere Bebauung ist auszeschlossen. So, meine Herren, ist die Mietskaserne entstanden; eine ganze Reihe von Berwaltungsmaßregeln mußte dann geschassen werden, um das System zu vervollständigen.

Der Kampf gegen diefes Modell der Bebauung ift älter als man gemeinhin benkt. Schon 1868 fand fich ber Schöpfer bes Berliner Bebauungsplanes, Hobrecht, veranlaßt, zur Berteidigung des Maffenmiethauses als Shiftem das Wort zu nehmen. Sie finden da ichon gang diefelbe Beweisführung, die heute beliebt wird. Über den geraden, offenen Charafter Sobrechts braucht fein Wort gefagt zu werden; er glaubte eben an eine fociale Mischung der Bevölkerung im Borderhause und in der Hofwohnung: er glaubte an eine vermehrte und erleichterte Arbeitsgelegenheit für die bichter zusammengedrängte Bevölkerung. Die politischen, volkswirt= schaftlichen, socialen Folgen wurden nicht beachtet. Im Jahre 1870 er= schien dann eine Abhandlung von Bruch über Berling bauliche Zufunft, worin - meines Wiffens jum erstenmal - ber Zusammenhang von Bebauungsplan und Wohnungswesen dargelegt wird. Die weitere Litteratur ift bekannt; jeder, der fich um öffentliche Angelegenheiten bekummerte, ift eingetreten in diesen Rampf. Es find ethische, politische, fanitare Ge= fahren, die da geschildert werden.

Auf alle Kesormvorschläge wurde aber geantwortet: die hohen Bodenpreise erzwingen die Mietskaserne. Das war das Axiom, das bis in die
90 er Jahre Geltung hatte. Es gelang mir, den Beweis zu sühren, daß
dieser Sat salsch ist; das Richtige ist umgekehrt: lediglich das Recht und
der Zwang, überall Mietskasernen zu bauen, hat die Bodenpreise zu der
heutigen Höhe hinausgetrieben. Neuerdings wird nun das Massenmiethaus
wieder besurwortet; es geschieht dies von denen — dies wurde schon von
anderer Seite ausgesührt — die die Ersahrungen und die Untersuchungen der
letzten Jahre nicht beachten. Ich muß deshalb die wieder vorgebrachten Argumente besprechen. Es kommt noch hinzu, daß herr Prosessor von Philippovich vielsach daraus eingegangen ist und erklärt hat, daß der Kamps aus-

fichtslos ift, weil die historische Entwicklung auf diese Bahn gedrängt Daß die Mietskaferne nicht historisch-materialistisch entstanden ift. hat. habe ich schon gezeigt. Auch eine Bauordnung ist nicht daran schuld. (3ch muß hier noch einen Irrtum berichtigen, der fich in den letten Schriften des Bereins findet. Auf S. 210 (Bb. 94) werde ich als Gewährsmann genannt für eine Meinung über die Wirkung der Bauordnungen. Ich habe indes stets das Gegenteil der mir dort zugeschriebenen Meinung vertreten.) Run beißt es weiter nach herrn Dr. A. Boigt, die Notwendigkeit des Großbetriebes hat die Mietskaserne geschaffen, der Bau kleiner Säuser ift keine dem Großbetrieb adaquate Aufgabe. Wie kann man eine folche Anficht aussprechen! Die moderne Entwicklung hat ja im Auslande, in England und in Belgien, gerade zum kleinen Hause geführt; dort finden Sie Unternehmer, die jährlich ganze Stragen fertig ftellen, die mit eigenen Werkstätten in richtigem Großbetrieb nichts als kleine Baufer bauen. Doch das Befte ift, daß umgekehrt die Mietskaferne felbst gar nicht den Gegenstand des Großbetriebs bildet, sondern gerade kleinere Unternehmer find es hauptsächlich, die sie Wenn ich meiner obigen Definition des Maffenmiethaufes noch einen dritten Grundzug hinzufügen wollte, fo mare es der: Die Miets= faserne ift ein Bau, der von Unternehmern hergestellt wird, die kein Rapital baben. Ein großer Unternehmer mit Rapital fann mit diefen Unternehmern aus hier nicht zu erörternden Gründen gar nicht konkurrieren. die Maffenproduktion mit Großindustrie verwechselt. Ein Maffenprodukt ift die Mietstaferne allerdings; aber gang gewiß tein Objekt des Großbetriebs. Diefer merkwürdige Großbetrieb foll fich nun weiter auch die Bauordnung geschaffen haben, die feinen Zweden entspricht; davon fann aber keine Rede fein. Wir wiffen genau, wie die Bauordnungen entstanden find; es ist darüber kein Zweisel, wir konnen diese Bauordnungen versolgen; ich glaube biefen Jrrtum nicht zurudweisen zu brauchen. Weiter ift bann eingewendet worden - man freut fich ordentlich, diesen alten Befannten wiederzufinden —: Mangel an Plat hat die Mietskaferne hervorgerufen. Es war meine erfte Aufgabe, ju zeigen, daß die Mietstaferne da fteht, wo das Land am reichlichsten ist, in Außenbezirken und Vororten, da gerade hat die Mietskaferne begonnen, und keineswegs in der Innenstadt; nirgends ist es aus Mangel an Platz gewesen. Weiter wird gesagt: die Zusammen= drängung der Bevölkerung ist eine natürliche, die Leute wollen nahe bei ber Stadt wohnen. Ich habe nun gezeigt, daß die Busammendrängung am ftärksten ist in den Außenbezirken und das ist ja auch das Ratürliche für die Bodenspekulation; denn je schlechter die Lage ist, umsomehr muß sie erst durch Zusammenpserchung gebessert werden, damit die Bodenspekulation ver-Schriften XCVIII. - Berhandlungen 1901.

Die allmählich entstehende Differenzialrente, darauf kann sie nicht Doch weiter. Das Maffenmiethaus ift zwar ein vertikal ge= drängtes, aber durchaus kein sparsames Shstem, es zwingt vielmehr zu einem außerordentlichen Aufwande, zur Berschwendung des Baulandes und des Straffenlandes, die teuerste Pflafterung ift nötig; es ift alfo wohl ein vertital gedrangtes, aber tein svarsames Baufnstem. Nun ift noch eine ber natürlichen Ursachen für das Zusammendrängen der Bevölkerung angeführt worden, nämlich die Zunahme der Bevölkerung. Das ist eine Berwechs= lung von conditio und causa, von Bedingung und Urfache. Um ein Bei= ibiel zu nehmen: Damit fich ein Gifenbahnzug fortbewegt, find die Schienen die Bedingung, aber nicht die Ursache. Daß also Mietskasernen gebaut werden, dafür ift die Zunahme der Städte Bedingung, aber nicht Urfache. Die gleiche und eine viel größere Bunahme ber Bevolkerung wird in England und in Belgien im Flachbau untergebracht. Herr Projeffor Fuchs hat fich zu meiner Freude auf meinen Standpunkt gestellt, im Gegensat zum Beren Professor Dr. Philippovich. Bon dem, was herr Professor Philippovich gesagt hat, läßt fich aber tein einziger Sat aufrecht erhalten. (Beiterkeit.)

Ich will nicht fagen, daß herr Projeffor Philippovich mir recht geben wird, aber ich hoffe doch in ftringentefter Weise zu zeigen, daß er Unrecht hat. Bunachft die Grundanschauung des Bortrages. Es ift dies eine Theorie von Dr. Schwarz aus den letten Schriften des Bereins für Socialpolitik, die Professor Philippovich zur Grundlage genommen hat, und diefe Theorie lautet: Der Preis eines Grundstückes wird bestimmt durch den Ertrag, den man aus dem Grundstück herauswirtschaften kann und durch die jeweilige Sohe des Zinsfußes. Diefer Sat ift nun gang unzutreffend. Das ift die Anschauung, die Rodbertus f. 3. für landwirtschaftliche Grundstude vertreten hat, die aber für das städtische Wohnungswesen durch die Praxis umgeworfen ist. Ich fann Ihnen vielleicht kein befferes Beispiel geben, wie die thatsachliche Entwicklung ein logisches oder sog, natürliches Gesek in sein Gegenteil verkehrt Mit dem Momente, wo der Zinsfuß steigt, geht nämlich nicht etwa der Grundstückswert herunter, wie das citierte Gefet besagt - sondern die Mieten werden erhöht. Ich verweife auf die abnormen Mietssteigerungen der letten Zeit. Den Anftog bildete die Erhöhung des Bingfufies, Die ja nach dem natürlichen Gesetz ein Herabgehen des Grundstückswertes bewirken mußte, ftatt deffen aber bewirkte fie fofort ein Beraufgeben der Mieten. Wir haben ja hier eine viva vox juris unter uns, Herrn Geh. Hofrat Felix Becht, der uns diefen Bergang bestätigen tann. Alfo der Grundsak

in den Ausführungen des Herrn Vortragenden beruht für Deutschland auf einer Boraussetzung, die nicht zutrifft. Wir wissen gang genau, daß mit dem Heraufgehen des Zinsfußes die Mieten steigen, die städtischen Grundftuckpreise aber unverändert bleiben oder nicht heruntergehen. Der Grundstudspreis wird hier nicht durch den jeweiligen Zinsfuß bestimmt, sondern er steht fest und das variabele Element bildet die Miete. Nun hat Professor Philippovich uns an einem einzelnen Beispiel gezeigt, wie, wenn in auswärtigen Bezirken der Preis des unbebauten Bodens um das 5 jache fteigt, gleichwohl an der Miete nichts geandert wird. Der Zusammenhang zeigte sich, als er uns die Grundstückspreise nannte. 3ch habe mich dann während der Paufe an den Herrn Professor um Auskunft gewendet und ihm gesagt, worauf es ankommt. Ich fragte zuerst: Wie hoch ist denn das Haus? Drei Stock. Stehen denn in der Nähe noch folche Häufer, was stehen benn für welche da? Einstöckige, hieß es, oder das Gelände ift landwirtschaftlich benutt.

(Projeffor Philippovich: Nein, das habe ich nicht gefagt.)

Ja, ich glaube so verstanden zn haben. Ich glaube, es soll nicht umgeben sein von Mietskasernen, also nicht spekulativ getrieben.

(Prosessor Philippovich: Sie haben mich migverstanden, es paßt von Ansang bis zu Ende nicht, was Sie sagen!)

Das also, was mir im Privatgespräch nach meiner Annahme mitgeteilt worden ist, ist genau das, was wir behaupten, daß da, wo die Mietskaserne eingesührt ist, ein Bodenpreis entsteht, der unabhängig ist von allem, was man als natürliche Grundrente oder Differenzialrente bezeichnen kann.

(Der Redner wendet sich zu Prosessor Philippovich und spricht halblaut zu diesem weiter. Zuruse: Lauter, lauter!)

Vorsitzender: Ich bitte den Herrn Redner, zu der Versammlung zu sprechen.

Eberstadt: Also das ist ja dasselbe, was wir sagen, helsen Sie uns die Herrschaft der Mietstaserne brechen, dann ist uns ja geholsen. Alsdann ist noch ein zweiter Punkt zu erwähnen. Das Beispiel, das Prosisson Philippovich gegeben, lautet: 1,5 Gulden pro qm — das ist für Deutschland ungesähr 35 Mt. die Quadratrute — hat das Land gekostet, heute kostet es 6 Gulden oder 10,20 Mt. pro qm oder 144 Mt. pro Quadratrute. Hätte er nur von einer einzigen Großstadt die Preise nachsgeschen, so hätte er gesunden, daß er damit meine Stellung stückt, denn wenn wir nur einen solchen Preis haben, dann spielt der allerdings keine solche Kolle, dann können wir bauen, was wir wollen, dann können wir

6\*

Miethäuser bauen oder kleine Häuser. Bauland zu diesem Preise ist, wo das System des Massenmiethauses herrscht, nirgends mehr zu sinden, sodaß mit diesem Beispiel sür uns bewiesen ist, daß wir mit einem solchen Preise bauen können, wie wir wollen und daß wir nicht Mietskasernen bauen müssen. Ich will noch einen weiteren Punkt berühren. Herr Prosessor Philippovich meinte, ein Grundbesitzer, der einen Acker hat, der ihn 50 Pf. kostet, der wird 100 Mk. nehmen, er wird aber auch 20 Mk. nehmen oder er wird schließlich auch mit 6 Mk. zusrieden sein. Wenn wir so etwas annehmen sür unsere Verhältnisse, das ist dasselbe als wenn ich sage, wenn einer einen 100 Mk. Schein zu sordern hat, dann wird er auch 50 Mk. nehmen oder 10 Mk. Wenn wirklich jemand so denkt, so bleibt der Wert doch derselbe; wenn er auch wirklich damit zusrieden ist, so nimmt der nächste doch ganz gewiß mehr. Die gedrängte Überbauung hat doch einen objektiven, nicht bloß subjektiven Wert.

Das ift, was ich gegen die Grundanschauung einzuwenden habe. Bas nun die Einzelheiten betrifft, so ift doch noch fehr viel mehr zu widerlegen. Ich wende mich zunächst gegen jene Anschauung, die da glaubt, Die Wohnungfrage sei eine Frage der Baukosten, oder ich will meine Position freiwillig ungunftiger stellen: Dr. Andreas Boigt, auf den Professor Philippovich sich bezog, hat eigentlich gesagt, der Zusammenhang amischen Bodenpreis und Mietpreis und Mietsteigerung ift nicht erwiesen, fo will ich alfo diese beiden Dinge zusammennehmen. Nehmen wir zuerst die Frage, daß der Zusammenhang zwischen Maffenmiethaus und Steigerung der Mieten nicht erwiesen sei. Der Beweis ware schwer zu führen, wenn wir nicht gemischte Begirke hatten an der Beripherie und in den Bororten. Ich habe folche Bezirke untersucht und es zeigte fich überall, daß mit dem Augenblicke, wo die Mietstafernen eindrangen, die Mieten in die Sobe geben; diefer Vorgang hat fich allgemein bestätigt. Wie kommt es nun, daß die theoretische Konftruktion nicht auf dasselbe Ergebnis kam? Oder wie konnte man überhaupt auf das Schlagwort kommen, daß die Wohnungsfrage in den Baukoften liegt? Ich febe davon ab, daß das verwendete Zahlenmaterial nicht beweißfähig ift. Es ift da der 18 fache Mietbetrag des Grundstückes angewendet, eine Bahl, die vom statistischen Amte in Berlin gurudgewiesen wird. Auch einige andere Bahlen, wie aus dem Baukalender, durfen nicht in diefer Beife verwendet werden. Ich tann hier nicht naher darauf eingehen, ich werde das in einer späteren Burudweifung thun. Ich will hier nur mit zwei Worten die Sache felbft widerlegen.

Wenn es sich hier handelte um eine res extra commercium,

wenn es fich etwa um ein Denkmal handelte oder um einen Rirchenbau. dann könnte man mit einem Scheine von Recht sagen, ihre Errichtung ist eine Frage der Baukosten, obwohl fich die Urheber diefer Werke gewiß gegen eine folche Auffaffung vermahren wurden. Die Mietstaferne aber ift ja eine res in commercio; das ist eine ihrer charakteristischsten Eigenschaften. Die herren glauben, mit dem hausbau fei die Wohnungsfrage fertig, aber dann fängt sie ja erst recht an. Das fertige Haus ist nicht das Ende, sondern in vielfacher hinficht erft ber Beginn ber Wohnungefrage; bann tommt der Häuferhandel, die Mietsteigerungen, die Überfüllung, neue Abschiebung bes Objekts zu erhöhtem Preise, furz die Summe der bekannten Mifftande : fie alle liegen hinter der Bollendung des hausbaues - ja ich kann beinahe sagen, es ist gleichgültig, was das Haus ursprünglich gekostet hat, die Frage ift: wie steht es im Sandel? und da haben wir bewiesen, daß die Mietstaserne bestimmte Folgen hat, die unabhängig find von den Baukosten. Mit den Kosten entsteht bloß ein Haus, das jest in den Verkehr tritt. Wie ist es nun eigentlich möglich, daß ein großer Teil der Wertbewegung mit dem hausbau als foldem gar nicht zusammenhängt, daß die wichtigfte Wertberänderung des Bodens mit den Baukosten nichts zu thun hat? Das führt uns auf das Problem, das noch wenig untersucht ist, das Projessor Fuchs aber in ausgezeichneter Beife behandelt hat, die Frage der Bodenwertanderung durch Bodenverschuldung. Ich will nur in aller Rurze fagen, wie die Sache zusammenhängt, wie es mit den Argumenten von Professor Philippovich zusammenhängt. Mehr als eine ganz kurze Andeutung kann ich ja hier nicht geben. Ich konnte schon 1893 nachweisen, daß ein großer Teil des gestiegenen Bodenwertes in nichts anderem besteht als in einer Berschuldung und daß ein großer Teil der Spotheten nichts ift als realifierter Bewinn. Die Belaftung der Grundstücke ift das Mittel, durch das die 3ch habe dann in Spekulation Gewinne erzielt, realisiert und festhält. einer neueren Arbeit das Problem untersucht und das Ergebnis mar, daß wir in Deutschland im Jahre 1900 eine Berschuldung des Bodens von 42 Milliarden hatten. Der Bedarf für die Berginfung der ftehenden Berichuldung ift rund 2 Milliarden und für die Bunahme der Berschuldung find pro Jahr rund 1750 Millionen aufzubringen; da feben wir doch fofort, daß es uns nicht an Rapital fehlt, fondern daß eine Ablenkung des Rapitals eingetreten ift. Doch suchen wir uns über die hauptsumme von 42 Milliarden flar zu werden. Es ist uns gesagt worden, die Boden= rente, fo wie fie entsteht, ist eigentlich ein Glud, die bildet fich gang bon felbst mit der Besiedlung der Städte. Rehmen wir nun einmal an — was ja in teiner Beise zutrifft, die Bodenpreise fteigen in rein naturlicher

Weise, ja wo ist dann eigentlich der Wert? Der steckt in der Verschuldung, er ist überhaupt nur vorhanden durch die Verschuldung. Die heutige Verschuldung ist in der Hauptsache eine Verschuldung bei steigendem Bodenwert, und gerade die Zunahme der immateriellen, der rein spekulativen Verschuldung ist eine wahrhaft beängstigende, die Zissern kann ich hier nicht mehr geben. An dieser Stelle nun muß das Grundrentenproblem untersucht werden; hier ist einer der entscheidenden Punkte sowohl sür die Wohsnungsproduktion, wie sür die gesamte Wohnungsfrage. Solange hier die heutigen Verhältnisse bestehen bleiben, ist eine Abänderung der Mißstände nicht möglich.

## (Beifall.)

Vorsitzender: Bevor ich weiter das Wort erteile, mache ich darauf aufmerksam, daß es vier Uhr ist. Es sind noch 13 Redner vorgemerkt. Ich glaube, wir müssen jeht bereits zu der verhängnisvollen Zeitbeschränkung der Redner schreiten. Ich möchte aber nicht autokratisch vorgehen und erst fragen, ob Sie damit einverstanden sind, daß jeder 10 Minuten spricht.

## (Zustimmung.)

Wenn kein Widerspruch ersolgt, nehme ich das als Ihre Meinung an und ersuche nunmehr Herrn Dr. Andreas Voigt, das Wort zu ergreisen.

Dr. Andreas Boigt (Franksurt a. M.): Es ist mir recht bedauerlich, daß diese Beschränkung der Redezeit gerade jest eintritt, wo ich mich zu einer längeren Darlegung meiner Aufsassung anschickte. Doch ich tröste mich damit, daß die strittigen Fragen auch bei längerer Redezeit hier kaum zum Austrag gebracht werden könnten und begnüge mich daher sur heute damit, einige der Hauptsragen herauszugreisen.

Was meine Kritik besonders heraussorderte, war die populäre Theorie, die übrigens auch in wissenschaftlichen Werken verbreitet wird, die jede Wertsteigerung des Bodens, jede Mietsteigerung kurz und bündig auf "die Spekulation" zurückjührt. Der Gedankengang der Bodenresorm, der uns überall wieder entgegentritt, ist etwa der solgende: Der Boden kann nicht produziert werden, also ist sein Wert kein Kostenwert; da aber jeder reelle Wert ein Kostenwert sein muß, so ist der Bodenwert an sich übershaupt nicht als reell anzuerkennen; er ist siktiv und erhält höchstens nachsträglich eine gewisse Kealität, insosern als, wenn einmal ein Preis sür den Boden bezahlt ist, er für die zukünstigen Besitzer zu einem Kostenbestandeteil wird.

Ich gestehe, daß diese Theorie mir fo, wie fie vorgetragen wird, ein= fach unverständlich, mit meinen wirtschaftlichen Begriffen unvereinbar ift. Wie fann "bie Spekulation", die doch junachst nur in dem Wunsch bes Eigentümers des Bodens besteht, durch Verfauf einen möglichft hohen Preis zu erzielen. Werte erzeugen, überhaupt unmittelbar auf den Preis einwirken. So einfach kann die Sache unmöglich sein. Die fog. Spekulation bedarf offenbar reeller wirtschaftlicher Grundlagen für die Breisbestimmung. mit, daß man die Spekulation als Urfache der Wertsteigerung bezeichnet. ift noch nichts erklärt. — Nun werden mit dem Wort Spekulation zwei ganz verschiedene Vorgange bezeichnet, nämlich 1. die kaufmännische Ausnutung berjenigen natürlichen Wertsteigerung, die eine Folge der gestiegenen Bodenausnugung durch höheres Bauen und größeres Ausnugen ber Baufläche, sowie durch rentablere Benutung der Gebäude ist, und 2. die Ausnutung und eventl. auch Beforderung der Preisfteigerung des Bodens in= jolge übertriebener Rachfrage, wie sie in Zeiten des wirtschaftlichen Aufichwunges fast regelmäßig sich zeigt. Nur folche, lediglich auf subjettivem Urteil beruhende Preisbildungen möchte ich als spekulative bezeichnen, und ich glaube mich damit im Ginklang nicht bloß mit dem auf anderen Wirtschaftsgebieten herrschenden Sprachgebrauch, sondern auch mit der wissen= schaftlichen Terminologie. Die wirklich spekulative Breissteigerung des Bobens ift leicht daran ju erkennen, daß ihr immer ein entsprechender Preisfall jolgt, mahrend die wirklichen Gebrauchswertsteigerungen dauernd find, folange die Ausnutungsverhältniffe diefelben bleiben.

In diesem Sinne behauptete ich in meiner Abhandlung, daß es nur ausnahmsweise die Spekulation sei, die den Bodenpreis in die höhe treibe; zur Hauptsache seien es die realen Benutzungsverhältnisse des Bodens, an denen keine Spekulation etwas ändern könne, und das erhalte ich in vollem Umsange ausrecht.

Es geht das u. a. auch daraus hervor, daß es vielsach gar nicht die Besitzer, sondern die Mieter sind, welche die Mieten und damit die Bodenpreise in die Höhe treiben. Das tritt besonders deutlich hervor bei den Geschäftslokalen. Als vor nicht langer Zeit das Bahnhossrestaurant in Franksurt a. M. neu verpachtet wurde, trieben die konkurrierenden Pachteliebhaber die Pacht mit einem Schlage von etwa 40000 Mk. auf nahe 100000 Mk. in die Höhe. Da stand kein Bodene oder Häuserspekulant dahinter. Es waren lediglich die wettbewerbenden Restaurateure, welche offenbar den höheren Pachtpreis den Kentabilitätsverhältnissen der Wirtsschaft angemessen sanden. Dergleichen ist aber auch bei privatem Grundebesit möglich und kommt täglich vor. Jede Sonderung in der Kentabilität

ber auf dem Boden errichteten oder zu errichtenden Gebäude projigiert fich, fozusagen, mit Notwendigkeit auf den Boden felbit, fodaß fein Wert ein Bild der auf ihm fich abspielenden wirtschaftlichen Borgange barbietet. Das wird auch von Berlin fehr deutlich illustriert. Es giebt eine Gegend im Centrum von Berlin, in der die Bodenpreife in neuester Zeit, trog des sonst allgemeinen Steigens, gesunken sind, das ist die Schlokireiheit. Früher war fie eine Geschäftsgegend, als dort, wo jest das Raifer Wilhelm=Denkmal sich erhebt, noch eine Häuserreihe stand, die eine Verbindung mit dem übrigen geschäftlichen Boden herstellte. Seitdem diese gesallen ist, und auch andere Umstände den Verkehr hier verringert haben, find die Mietpreise der Läben heruntergegangen und damit natürlich auch die Bodenpreife. geht aus diesem Beispiel beutlich hervor, daß es nicht in der hand der Befiger liegt, die Preise bes Bodens zu bestimmen. Nicht einmal festhalten können sie die Preise, viel weniger sie willkürlich steigern, sondern es sind objektive Berhältnisse, welche im letten Grunde die Breise machen. Rentabilität der Grundstucke ift für die Preise derfelben maggebend. ist so selbstverständlich, daß es fast wie eine Tautologie klingt, und doch ist es der Spekulationstheorie gegenüber notwendig, es immer wieder zu betonen. — Dag daneben unter Umständen auch die Spekulation im oben definierten engeren Sinne die Preise beeinflußt, soll gar nicht geleugnet werben.

Daß bas Wort Spekulation nicht jur Erklärung der Bodenpreis= steigerungen genüge, hat man auch wohl empfunden, wo man tiefer auf die Urfachen einging. So hat herr Dr. Cberftadt speciell die Miets= taferne für den geftiegenen Bodenpreis verantwortlich gemacht. Die Wertsteigerung, die mit dem Übergang des Bodens vom Ackerland jum städti= schen Baugrund verbunden fei, erklärt er für eine burchaus legitime. Erft mit dem weiteren Fortschreiten jum städtischen Sochbau entstehe die eigent= lich verwerfliche und verderbliche Spekulation. — Wie ein Kenner der Berliner Berhältniffe diefe Behauptung aufftellen konnte, ift mir völlig unverständlich, denn gerade die Berliner Baugeschichte widerlegt fie aufs bündigste. Sie alle wiffen, und auch Baul Boigt hat es in seinem Werke fehr richtig hervorgehoben, daß die Bodenspekulation der fiebziger Jahre, die größte, die wir in Berlin und überhaupt in Deutschland erlebt haben, mit der Mietskaferne in gar keinem Zusammenhang ftand, vielmehr aus= drucklich und ausschließlich unter der Parole des kleinen Landhauses von ftatten ging. Die damalige Spekulation rechnete nur mit der Wertsteige= rung des Aderlandes bei feinem Ubergang ju Bauland für ein= und zwei= stödige Villen und Landhäuser, und daraus zog fie ihre enormen Gewinne.

Ich hätte noch mancherlei ähnliche Behauptungen zu bekämpfen, doch wird es bei dem Mangel an Zeit notwendig fein, mich später schriftlich mit meinem Begner auseinanderzuseten. Jest will ich mich begnügen, noch ein paar falsche Auffassungen meiner in den beiden gedruckten Abhandlungen niedergelegten Ansichten zu korrigieren. Am Schluß der zweiten, die übrigens von der ersten ziemlich unabhängig ist und keineswegs die Quinteffeng des Gangen geben wollte, habe ich mich verleiten laffen, die Thatfache, daß die Bautoften in der Wohnungsfrage eine weit größere Rolle fpielen, als man im allgemeinen annimmt, mit bem Schlagwort auszufprechen: Die Wohnungsfrage ift eine Baukoftenfrage. 3ch liebe felber Schlagworte nicht, und es thut mir leid, daß ich dieses in die Welt ge= fest habe (Beiterkeit), nicht weil ich es für absolut falsch halte, sondern weil ich dadurch meinen Kritikern die Widerlegung gar zu leicht gemacht habe. Ich habe ihnen selber eine Waffe in die Hand gegeben. In dieser einseitigen Form, in der ich übrigens selbst es gar nicht ausgesprochen habe - ich habe vielniehr felbst ausdrücklich hinzugefügt, daß ich auch andere Ursachen der Mietsteigerungen anerkenne — ist das Wort natürlich jo falsch, wie alle anderen Schlagworte, die die Wohnungsfrage auf eine Urfache zurüchführen wollen.

Man hat ferner aus meinen schriftlichen Ausführungen einen gewiffen Ruchfall ins Manchestertum herausgelesen, und baraus, daß ich allerdings manche der vorgeschlagenen Beilmittel für unwirksam, ja für den wirtschaft= lichen Gesetzen widersprechend halte, in übertriebener Weise gefolgert, daß ich jede Wohnungs- und Bodenpolitif nun für unwirksam halte. Das ift teineswegs meine Meinung und es liegt mir durchaus fern, jest wieder zu ber Einseitigkeit des laisser faire, laisser aller gurudzukehren. Rur bas eine möchte ich betonen, daß ich diefes Princip noch für viel weniger ge= fährlich halte, wie das von herrn Dr. Eberftadt hier foeben proklamierte, wonach das Wohnungselend all ein durch administrative Magnahmen entftanden fei und daher durch folche auch beseitigt werden könnte. Es ift ein geradezu verhängnisvoller grrtum, zu glauben, daß man bier durch bloß administratives Vorgehen etwas erreichen könne. (Zuruf: Etwas?) Etwas tann man wohl erreichen, aber man würde nicht den Rern der Sache Wirtschaftliche Realitäten kann man nicht ohne weiteres durch administrative Magregeln beseitigen. Denken wir uns, man wolle die Mietskaserne durch die Einführung einer idealen Bauordnung, die nur kleine Baufer jum Alleinbewohnen tennt, befeitigen. Die Folge diefes admini= strativen Eingreifens würde eine weit größere Wohnungsnot als die fein, welche durch die Mietstafernen hervorgerufen worden ift. Dann erft murde

man deffen inne werden, daß schließlich doch wirtschaftliche Ursachen alles bedingen. Ich habe einmal den modernen großstädtischen Baubetrieb mit feinen auf Spekulation erbauten Mietskafernen als Großbetrieb bezeichnet. Rur Dr. Cherstadt hat diesen Ausdruck beanstandet. dabei auch nicht an den Großbetrieb nach Analogie der industriellen gedacht, sondern an einen guasi-Großbetrieb in Anführungszeichen. wollte damit nur auf den Busammenhang dieses Baubetriebes mit dem Großkapital, den großen Banken, hinweisen, die hinter ihm fteben und ohne die er unmöglich mare. Dem Kleinbau fehlt diese ftugende Kreditorgani= fation durchaus; er ware auf das kleine Leihkapital privater hypotheken= gläubiger angewiesen, soweit das kleine Sparkapital ber Bauherren nicht reicht. Diefe kleinen Bauherren, welche die oben erwähnte ideale Bauordnung voraussett, würden daher nicht entfernt so leiftungsfähig sein wie die heutigen Bauunternehmer und deren hintermanner. Wollte man alfo den Rleinbau administrativ erzwingen, fo wurde eine Stockung der Bauthätigkeit die nächste unausbleibliche Folge fein, und damit natürlich ein Mangel an Wohnungen und eine Sauffe der Mieten. Man wurde alfo das Gegenteil von dem erreichen, was man erstrebte. Damit will ich natürlich nicht jede administrative Bau- oder Bodenpolitik perhorrescieren, aber das Ziel derfelben mußte eine Förderung, nicht eine hemmung der Bauthätigkeit fein; benn schließlich giebt es doch nur ein Mittel, die Mieten herabzuschrauben, nämlich die Vermehrung der Wohnungen, also das Befördern der Bauthätigkeit mit allen Mitteln.

(Beifall.)

G. de Liagre (Leipzig): Nur wenige Worte aus der Praxis heraus möchte ich sagen bezüglich der direkten Rückwirkung des Bodenpreises auf die Mietpreise.

Vor 19 Jahren kaufte ich mit Unterstügung einiger Freunde zwei große vierstödige "Mietskafernen" zu dem Zweck, sie in kleinen Wohnungen abgeteilt an die ärmsten Klassen gegen wöchentliche Zahlung zu vermieten.

Ich erstand sie von einer in Liquidation begriffenen Baubank etwa zu beren Herstellungspreise, dem ein Preis des Areals von 20—30 Mt. pro Quadratmeter zu Grunde lag.

Einige Jahre nachher mußte das Nachbarhaus, weil baufällig, niedergerissen werden und der Bauplatz fam zum Verkaus. Geleitet von dem Wunsch, Bessers zu bauen, als ich sertig gekaust hatte, dachte ich an den Ankaus des Terrains, ersuhr aber dabei, daß der Preis wesentlich gestiegen sei, es wurden 60 Mk. pro Quadratmeter gesordert. Genaue

Berechnungen, mit dem Architekten der Meyerschen Arbeiterhäuser gemeinsschaftlich vorgenommen, ergaben, daß bei einem Arealpreise von 60 Mk. ohne wesentliche Mietpreissteigerung eine Kapitalverzinsung von  $4\,^{\rm o/o}$ , die ich in den Nachbargrundstücken leicht erzielte, nicht zu erreichen war. Ich mußte den Plan ausgeben.

Im zweiten Fall kann ich mit ganz genauen Zahlen dienen. Ich bin Vorsihender der Leipziger gemeinnühigen Baugesellschaft, welcher unsere Stadt 120 000 Quadratmeter Bauland auf 100 Jahre in Erbpacht gegeben hat. Die Stadt übernimmt die Herstellung der Straßen (gegen Berzinsung des Auswands hierstür) und erhält für das bebaubare Areal einen Pachtzins von 12 Pf. pro Quadratmeter.

Rach Fertigstellung bes Vertrags trat ber Bürgermeister an mich heran mit dem Ersuchen, den Pachtpreis nach 20—25 Jahren auf etwa 15 Pf. zu erhöhen, die Vorlage sei bei den Stadtverordneten gegen starken Widerstand der Hausbesitzer mit kleinster Majorität durchgegangen, ohne solche Konzession unsererseits sei zu besürchten, daß die Stadt bei künstigen ähnlichen Verträgen bei der Hausbesitzerpartei auf unüberwindlichen Widerstand stoßen werde.

Wir haben hieraufhin wiederum genaue Berechnungen angestellt, dahingehend, um wie viel diese Differenz von 3 Pf. auf die einzelne Wohnung ausmachen würde und gesunden, daß sie eine Mietsteigerung für die kleinste Wohnung (Stube, Kammer, Küche) um 5 Mt., für die Wohnung von Stube, zwei Kammern und Küche von 6 Mt. bedingen würde.

Mir scheint, und ich stehe hierin allerdings den Aussühlungen des Herrn Professor von Philippovich direkt gegenüber, als erwiesen, daß die Höhe des Preises von Erund und Boden die Mietpreise direkt beeinflußt, ja bedingt, während man sagen könnte, die Baukosten sind der "elastische" Punkt. Diese kann man herabmindern durch einsaches Bauen, auch dadurch, daß man viele Häuser nach demselben Grundplan baut, daß man die Baumaterialien gegen Barzahlung günstig einkauft u. s. w. Der unverrücksbare Punkt aber ist der Preis des Bauareales.

## (Beifall.

Oberbürgermeister Beck (Mannheim): Erwarten Sie nicht von mir ein Destillat gelehrter Forschungen, oder ein Spinngewebe statistischer Zusammenstellungen, sondern nur die nüchternen Anschauungen eines Praktifers. Zunächst möchte ich eine Bemerkung im Referate des Herrn Prosessor Fuchs richtig stellen. Er sührte darin aus, daß die badischen gesehlichen Bestimmungen über die Wohnungsinspektion so gut wie gar

keinen Erfolg gehabt haben. Diefe Anführung trifft, abgesehen von anderen badischen Städten, jedenfalls auf die größte Stadt des Landes, auf Mannheim, nicht zu: denn in diefer Stadt ift ichon vor einem Jahrzehnt eine forgfältige Inspektion aller Wohnräume vorgenommen worden und gerade jest ift wiederum eine Untersuchung fämtlicher Wohngebäude im Bange, welche die Abstellung bauordnungswidriger, gesundheitsschädlicher und fittenwidriger Buftande in den Gigentumerwohnungen, Mietwohnungen, Mietschlafftellen und Werkstätten bezweckt. Und ich glaube, daß die hoben Anforderungen, welche Landesrat Brandts foeben an eine Wohnungs= inspektion gestellt hat, an Sand der badifchen Gesetzesbestimmungen erfüllt Die Untersuchung zerfällt bei uns in eine Vorerhebung werden fonnen. durch bautechnisch vorgebildete Beamte, bei welcher die zu beanstandenden Räume verzeichnet werden und in die Besichtigung der letteren durch besondere, aus einem Staatsarzte, einem Armenarzte, je einem Mitglied des Bezirksrates, des Stadtrates und dem zuständigen Armenbezirksvorsteher bestehende Untersuchungstommissionen, deren Antrage sodann die Grundlage für die Auflagen des zugleich die Baupolizei besorgenden Staats= polizeibeamten an die Sauseigentumer bilden. Die bei der erwähnten Borerhebung in tabellarischer Form gemachten Aufzeichnungen werden als= dann zum Ratafter der einer polizeilichen Kontrolle unterliegenden Räume jufammengefaßt, welches an Sanden der beim Bollzug der Auflagen fowie bei späteren Befichtigungen gemachten Wahrnehmungen der Kontrollbeamten, der Baupolizeibeamten, der Organe der Armenverwaltung und Schutmann= schaft auf dem laufenden erhalten wird. Sowohl die erste Wohnungs= inspektion, als auch die jezige ungefähr zu einem Sechsteil durchgeführte haben ergeben, daß nur wenige, ganz verwahrloste zumeist kleinere Gebäude sich überhaupt nicht mehr zu Wohnungen eigneten, daß aber die im übrigen gemachten Auflagen durchgeführt werden konnten ohne erheblichen Anstand und ohne daß die anderwärts bemerkten Schwierigkeiten hinfichtlich der anderweiten Unterbringung der aus den beanstandeten Wohnungen vertriebenen Mieter zu Tage traten.

Im Brennpunkte der heutigen Diskussion stehen die Erörterungen der Herren Prosessor von Philippovich und Andreas Boigt über den Einfluß der Bodenpreise auf die Wohnungsnot. So interessant auch diese Außeinandersetzungen sind, so können wir Praktiker doch damit nicht viel anfangen; für uns liegt die nüchterne Frage vor: was sollen wir thun, wenn wir Bauordnungen zu erlassen haben? können wir einwirken auf die Riederhaltung der Preise? und wie geschieht dies am zweckmäßigsten? Und in dieser Richtung scheint mir der Hinweis darauf unbestreitbar, daß

bei Zulassung hoher Mietskasernen von vier oder füns Geschossen auch hohe Bodenpreise die Erstellungskosten eines Hauses in geringerem Maße beeinflussen bezw. erhöhen als zehn= und zwanzigsach niederere Bodenpreise bei ein= oder zweigeschossigen Häusern. Weniger beweiskräftig ist wohl die Behauptung, daß auch troß der stärkeren Fundamente und Umsassunaurn und der Mehrkosten sür das Dach, die Baukosten bei mehrgeschossigen Häusern erheblich niedriger sür den einzelnen Wohnraum sich stellen, und zu wenig berücksichtigt scheint mir die doch nicht bestreitbare Forderung, daß, je höher die Häuser erstellt werden, desto breiter die Straße und geräumiger die Höße sein müssen, daß also desto mehr kostspieliges Baugelände hiersür ersorderlich ist und zwar sür Höße, die im Sinne des Nußbaumschen Gutachtens sür Stuttgart teils als Schmuck-, nicht als Gerümpelhöse, teils als Hausgärten anzulegen und zu verwenden sind.

Immerhin bleibt die Thatsache, daß durch weiträumige Bebauung — sei es durch offene Bauweise, sei es durch Herabdrückung der Geschoßzahl — die Hauserstellungskosten und die Mietpreise, wenn nicht erhöht, jedensalls nicht vermindert werden.

Wenn ich gleichwohl für eine Zonenbauordnung und weiträumige Bebauung in den hierzu geeigneten Stadtbezirken eintrete, und hierfür auch durch die neue Mannheimer Bauordnung ein thatsächlicher Beleg geschaffen wurde, so liegt der Grund darin, daß ich die unzweiselhaft hierdurch zu erzielende Riederhaltung der Bauplatzreise und eine gewisse Beschränkung der Spekulation schon sür sich allein als einen großen Gewinn ansehe und daß ich auch die Thatsache, die Gebäudeerstellungskosten und damit die Mietpreise nicht herabdrücken zu können, angesichts der unzweiselhaften hygienischen, sittlichen und socialpolitischen Borteile, die sich aus der weitzäumigen Bebauung ergeben, in Kauf nehme.

Der Einwand, daß hierdurch mehr Baugelände ersorderlich, die Stadtgemarkung also stüher zu Wohnzwecken aufgebraucht und eine geringere Einwohnerzahl auf derselben Fläche untergebracht werden kann, wird dadurch entkräftet, daß — abgesehen von besonderen, ungünstigen topographischen Verhältnissen, die vielleicht in Stuttgart zutreffen mögen — die Ausdehnung einer Stadt doch nicht an die historisch überkommenen Grenzen des Weichbildes gebunden ist, sondern eben der Stadtverwaltung daraus nur die Pflicht erwächst, rechtzeitig durch Vergrößerung der Gemarkung mit Hisse von Eingemeindungen, sei es ganzer Gemeinden oder einzelner Gemarkungsteile, die zum Bewohnen, zu Handels= und industriellen Betrieben ersorderlichen Flächen zu beschaffen.

Wenn daher Herr A. Boigt seine interessanten Erörterungen schließt mit dem verblüssenden Sate, "die Wohnungsfrage ist eine Baukostenfrage", so scheint mir hierin eine gewisse übertreibende Hervorhebung eines für den Herstellungspreis der Wohnungen im hohen Grade maßgebenden Faktors, aber doch eine Unterschätzung anderer gleichwertiger Faktoren, nämlich des Bauplatzreises und des Baukapitals zu liegen. In der Praxis wird die Behauptung vielleicht auch ebensogut dahin umgekehrt werden können: Stünde das erforderliche Baukapital zu angemessenn Zinsen und ein geeigneter, nicht zu teuerer Bauplatz zur Verzügung, so würde Korporationen und Privaten in vielen Fällen die Höhe der Baukosten die geringere Sorge bereiten.

Wenn ich für weiträumige Bebauung energisch eintrete und die Mietskaferne mit ihren Hintergebäuden und schlecht ventilierten, für Unrat und schmuzigen Kleinbetrieb migbrauchten Sofen bekämpfe, so mochte ich aber doch warnen vor einer Übertreibung der Agitation hiergegen. Mietskaferne kann nicht mehr unterdrückt werden im Rerne der Stadt fowohl zur Schonung berechtigter Bermögensintereffen der Befiger von wertvollen Bauftellen, als auch im Intereffe zahlreicher Stadtbewohner, die nach der Art ihres Geschäftsbetriebes notwendig im Stadtinnern wohnen müffen und nicht an die Beribherie verwiesen werden können. entsprechend strenge bauliche Anforderungen bei Umbauten und durch dauernde, forgfältige Überwachung laffen fich viele Übelftände der Miets= kasernen und Mehrsamilienhäuser, mit deren Fortbestand man sich wohl oder übel in den dichtest bevölkerten Stodtgegenden abfinden muß, erheblich verringern. Das einen gewiffen Umfang nicht überschreitende Mehrfamilienhaus mit Arbeiterwohnungen stellt auch nichts anderes dar, als ein kompliziertes Etagenhaus, und auf Etagenhäuser sind mehr als 90 % der Stadthewohner angewiesen. Die der Mietskaferne zum Vorwurf gemachte "Loslösung der Menschen von eigener Behaufung" hat fich bereits bis in die oberften Zehntausend hinein längst vollzogen. Die meiften boberen Beamten, Offiziere, Kaufleute und Industrielle wohnen in fremder Behaufung. Auch die Etagenhäufer, in denen diese Wohlhabenden wohnen. bilden regelmäßig einen Spekulationsbesit und die Mietsteigerung in denfelben wird ebenso prompt und nachhaltig besorgt wie bei den Armeren. Bekampfen wir deshalb die Mietskaferne zu eifrig auch in den Begirken, in denen fie nach der Sohe der Bodenpreise kaum mehr unterbrudt werden kann, so werden wir es der Brivatbauthätigkeit noch mehr erschweren, der Nachfrage nach Kleinwohnungen nachzukommen und noch weniger werden wir die Wohnungen verbilligen konnen.

Im übrigen scheint es mir in ber Wohnungsfrage allenthalben ju tagen und febe ich voll hoffnung eine verheißungevolle Morgenröte berauf-Quantitativ ift mit Ausnahme einzelner Gegenden, wie gerade in der Rheinbroving, dank der Energie des herrn Landegrats Brandts. gur Bebung der Wohnungsnot nicht viel geschehen; aber umsomehr qualitativ. Weite Kreise unserer Bevölkerung sind wachgerüttelt; fie erkennen die Wichtig= keit dieses Teiles der socialen Frage, aber auch die Schwierigkeit der Abhilje und die gewaltigen hierzu erforderlichen Opfer. Wer hätte noch vor zwei Jahren eine fo entscheidende Stellungnahme der preukischen Regierung und ihr nachfolgend ber Regierungen anderer Bundesftaaten erhoffen burjen. Noch wichtiger scheint mir folgendes: Die gange, etwa 30 Rahre alte Bewegung war bisher doch nur eine Aftion von Philanthropen, Socialpolitikern, einer kleinen Schar von Offizieren, die keine Armee hinter fich hatten, die nur Pionierarbeit verrichteten; es war und blieb eine Bewegung von oben nach unten. In den bon der Wohnungsnot betroffenen Maffen regte fich keinerlei Gegenreaktion; alles blieb ftumm und ftill. Nahrung, Rleidung, felbst Luxusbedurfniffe, wie Trinken, Rauchen, ja Bug und Flitter rangierten in der Wertschätzung vielfach höher als die Wohnung, in der man fich mit dem schlechtesten zufrieden gab, obgleich man nicht felten unter Bergicht auf entbehrliche Lebensgenuffe fich eine beffere hatte beschaffen konnen. Aber gerade hier tagt es; auch die Wohnungsfrage ist Gegenstand der Agitation, nament= lich der Kommunal=Wahlprogramme der focialdemokratischen Bartei geworden. Schriftstellerisch, in der Tagespreffe, in Parlamenten, in Bersammlungen wird dieser Agitationsstoff eifrig verwendet. Durch das Vorrücken dieser Frage in den Brennpunkt der Debatten der unter der Wohnungsnot leidenden Kreise wird eine Bewegung von unten nach oben entsacht, die naturgemäß viel wirksamer fein und bei der Babigkeit und Energie in der Agitation sicherlich ihren Eindruck nicht verjehlen wird.

Ich kann nun allerdings einer Ausstührung in einem der Referate nicht vollkommen beitreten, daß, wenn die organisierte Arbeiterschaft mit der vollen Wucht und Rücksichtslosigkeit eintrete und dadurch die Frage ihrer Lösung vielleicht einen Schritt näher gebracht werde, doch nach den heutigen Bershältnissen und der Art, wie diese Partei den Kampf zu sühren pflegt, ein Zusammenarbeiten mit ihr völlig ausgeschlossen sei. Mögen auch die socialsdemokratischen Schriftsteller bisher uns, die wir uns um die Wohnungsstrage — jeder in seinem Kreise — in Wort und That bemüht haben, "socialpolitische Quacksalber" nennen und uns mit anderen Schmähungen überhäusen, obgleich sie spät, sehr spät auf dem Schlachtselbe erscheinen und bisher auch nur einige Federn Tinte vergossen haben, so sage ich, ich nehme

die Bundesgenoffen in einer so wichtigen humanitären Frage, in der soviel für die Gesundung unseres Bolkes an einer schweren Erkrankung auf dem Spiele steht, überall, wo ich sie erhalten kann; wer energisch mitsicht in diesem Kampse und zur Lösung der Frage beiträgt, dem reiche ich die Hand als Mitkämpser.

(Lebhafter Beifall.)

Oberbürgermeister 3 weigert (Effen): Der Sünder, der einen leisen Zweifel ausgesprochen hat, ob es möglich fein wird, mit der organisierten Arbeiter= schaft unter Leitung der Socialdemokratie zusammenzuarbeiten, der bin ich gewesen und ich muß meine Bedenken auch noch heute aufrecht erhalten. Ich nehme für meine Person gar keinen Anstand, die Schlagworte meines verehrten Herrn Kollegen aus Mannheim auch meinerseits zu unterschreiben. Auch mir ift jeder Bundesgenoffe lieb und wert, mag er fommen, woher er will, aber es muß auch ein Bundesgenoffe fein und es muß nicht jemand fein, der, wie die Socialdemokratie es gethan hat, unter dem Mantel der Bundes= genoffenschaft, nichts thut, als Angriffe auf die Beftrebungen zu häufen, die unsereiner schon seit 10 oder 20 Jahren im Schweiße seines Angesichts versolgt. Ich gebe zu, daß die Herren von dieser Partei bisher auch nichts weiter gethan haben wie Tinte vergießen; ich möchte aber, daß fie die Tinte dazu benutten, gute Gedanken zu Papier zu bringen, nicht aber, mich zu beschmuten. Solange sie das thun, werde ich mich dagegen wehren. dann möchte ich mich wenden zu den Aussührungen von Prosessor Fuchs, ob ein Reichsgesetz nötig ist oder ein Landesgesetz. Ich selbst habe mich in meiner tleinen Abhandlung mit großer Entschiedenheit gegen die ewig wieder= kehrende Forderung eines Reichsgesetzes ausgesprochen, und zwar aus doppelten Gründen: Der erfte Grund ift, daß ich glaube, daß ein Reichsgesetz überhaupt nicht zuständig ist. Die materielle Zuständigkeit an sich kann man zwar nicht bestreiten, aber mit einem Gesetzentwurf, in dem nichts weiter fteht als "es foll eine Wohnungsinspettion eingeführt werden", mit einem solchen Reichsgesetz mache ich so aut wie nichts. Wenn nicht die materiellen Anforderungen, die an eine Wohnung zu ftellen find, und die ganze Behördenorganisation geordnet find, hilft mir das Gefek nicht und zur Ordnung ber Behördenorganisation ift das Reich nicht zuständig. Und wenn wir aber warten wollen, bis die Reichsverfaffung geandert ift, bann werden wir noch lange warten. Ich möchte aber bald etwas feben von den Erfolgen unferer Arbeit. Wir, die wir mehr von hygienischen Gesichtspunkten aus diefe Frage behandeln, wir vom Berein für Gefundheitspflege, find der Meinung, daß wir auch ohne Reichsgesetz Erfolge erzielen können. Seitdem

wir gesagt haben, wir wollen sehen, ob wir mit den bestehenden Geseken nichts anfangen können, seitdem haben wir praktische Erfolge zu verzeichnen. Früher sagte jeder, wir wollen erst abwarten, was im Reichsgeses stehen wird, und es geschah nichts. Jest, nachdem der Bedanke des Wartens auf das Reichsgeset in den hintergrund gedrängt ift, fühlt fich jeder verpflichtet, fich zu fragen, mas benn anzufangen ift mit ben bestehenden Gesetzen und genügen die nicht auch zu einem erheblichen Fortschritte? Ich glaube bewiesen zu haben, daß in der That überall die bestehende Gesekgebung außreicht. Weder Projeffor Fuchs noch irgend ein anderer hat mir gefagt, was Reues fteben foll in dem Reichsgefetz. Ich habe fodann noch eine Bemerkung zu machen. Professor Juchs hat mit wenig Freundlichkeit sich über die Bauthätigkeit ausgesprochen, welche von den Arbeitgebern vorgenommen worden ift. Ich bedauere das. Es ift mir mehr als zweifel= haft, ob die Bauthätigkeit der gemeinnützigen Bereine allein die Frage wird löfen fönnen, ohne die Mitarbeit der Arbeitgeber. Aber ich will hierauf nicht eingehen. Nur drei Zahlen werde ich Ihnen noch mitteilen. habe eine Wohnungsuntersuchung in unserer Stadt veranlaßt. Danach kostete ein Wohnraum in den Wohnungen der Unternehmer 100 Mk., die Eigentümer=, Dienst= oder Freiwohnung 90 Mt., in den Säufern, die die Firma Krupp und andere Arbeitgeber gebaut haben, 57 Mf. Das find richtig ermittelte Zahlen. Nun mag zugegeben werden, daß sociale Nach= teile durch die Erbauung seitens der Arbeitgeber herbeigeführt werden, aber wirtschaftliche Nachteile hat diese Einrichtung für die Arbeiter nicht. Unfere Arbeiter nehmen auch gern die socialen Nachteile in den Kauf, denn nach den letten Aufstellungen standen von den durch Arbeitgeber gebauten Wohnungen von 1000 nur 3 leer, von den Unternehmerwohnungen dagegen von 1000 Wohnungen 15. Auch diese Bahlen sprechen dafür, daß die Erbauung von Wohnungen durch die Arbeitgeber bei den Arbeitern wegen der ihnen erwachsenden wirtschaftlichen Borteile nicht unbeliebt ift.

Rechtsanwalt a. Kammergericht Eschenbach (Berlin): Herr Prosessor v. Philippovich hat einen grundlegenden Jrrtum begangen; er hat gemeint, dem Boden sei der Wert zu Grunde zu legen, den er als Ackerland hat. In der Umgegend der großen Städte ist nun aber der Grund und Boden sast überall in den Händen von Gesenschaften, die ihn monopolartig sesthalten und erst dann sortgeben, wenn er 20 mal mehr bringt. Wenn Herr Prosessor von Philippovich das berücksichtigt, wird er auch zu anderen Ergebnissen kommen. Dann habe ich es mit großer Genugthuung begrüßt, daß er der Bodenresorm gedacht hat. Der Verein sür Bodenresorm ist zurücksschriften XCVIII. — Verhanblungen 1901.

zuführen auf das Sinüberschlagen von Benry Georgeschen Ideen. Berein ift feinerzeit begründet worden von Berliner Sandwerkern unter Rührung des bekannten Fabritanten Freese. Diese Leute fühlten inftinktiv. daß darin ihre eigene Eristenz wurzele. Es lage für mich fehr nahe, unter ben bier zu Tage tretenden Gefichtspunkten mich naber mit bem Erbbau= recht zu beschäftigen, doch will ich angesichts der vorgeschrittenen Zeit biegbezüglich nur auf meine Arbeiten hinweisen in Conrads Jahrbuchern. III. Folge Bd. 20, Beft 5 ber Zeitschrift für Polizei und Berwaltungsbeamte, Jahrgang IX Rr. 14 und 15 und heft 11 der "Socialen Streitfragen" im Anschluß an den Vortrag von Adolf Wagner. Ich bin der Unficht, daß das Erbbaurecht in der hand weitblickender Magistrate berufen sein wird, eine außerordentliche Rolle zu spielen, namentlich auch unter dem Gefichtspunkte, daß die Rommunen felbst fördernd eingreifen können und dann wird auch weiter eine Ginrichtung mehr Rleisch und Blut gewinnen, die wir bisher vermißt haben, nämlich die Amortisations= hnvothek.

Es ist mir aufgefallen, daß man sich allerdings in außerordentlich erschöpfender Weise damit beschäftigt hat, wie denn die schon bestehenden Mifftande beseitigt werden konnten, aber ich habe nach meinem Dafürhalten zu wenig darüber gehört, wie man vorbeugend einwirken konnte. Nach meiner Ansicht ist die städtische Wohnungsfrage, soweit fie besonders dringlich ift, d. h. unter dem Gefichtspunkte der Arbeiterwohnungen felbst, vielfach eine völlige Parallelerscheinung der Landflucht der ungelernten Handarbeiter, welch' lettere ja auch der Reserent Prosessor Dr. Fuchs so außerordentlich bedauert hat. Es ist deshalb die Frage, ob nicht, wie auf die eigentliche Abhilfe der Rot, noch mehr Gewicht darauf zu legen ist, inwiefern diefer fo beklagenswerten Erscheinung vorgebeugt werden kann. kann keinem Zweisel unterliegen, daß hier, wie bei richtiger Betrachtung auch auf fo vielen anderen Gebieten, nicht ein Antagonismus, sondern eine völlige Intereffengemeinschaft zwischen Stadt und Land vorliegt. So oft man Gelegenheit nimmt, mit den Leitern von großen Kommunen sich ein= schlägig zu unterhalten, tont die Rlage laut wieder über die Anhäufung von Arbeitermaffen ohne das Fundament einer dauernden wirtschaftlichen Existeng, der damit ferner verknüpften, fast unerschwinglichen Schullaften und Armenpflege, mahrend das flache Land eben durch den Fortzug diefer felben Bevölkerungskreise auf bas schwerfte geschädigt wird.

Damit ist die Frage in gewisser Beziehung eine solche der Bebölkerungspolitik und erheischt bemgemäß auch eine Betrachtung unter diesem weitergreisenden Gesichtspunkte. Sie ist die Folge der Eigenartigkeit unserer industriellen Verhältnisse und der verwandten in der großindustriellen Entwicklung, von der alle einsichtsvollen Volkswirte so außerordentlich beklagen, daß sie nicht ständig und regelmäßig, sondern in Sprüngen sich vorwärts bewegt, welche dann entsprechende Rückschäge und Krisen zur Folge haben. Dazu kommt weiter, daß gerade das moderne industrielle Leben und zwar im Gegensatz zu noch weiten Gegenden der vaterländischen Landwirtschaft so gut wie jede Fühlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, namentlich durch das Aktienwesen, verloren hat, eine Erscheinung, die schon von Oechelhäuser vor mehr wie 20 Jahren tief beklagt ist.

Vorsitzender: Ich mache darauf aufmerksam, daß dieses Thema morgen erörtert wird; heute müssen wir uns strikte an unsere Tagesordnung halten.

Efchenbach (fortsahrend): Die städtische Arbeiterwohnungsfrage hängt aber doch zweisellos auf das engste mit der Landflucht zusammen. Es ift aber auch weiter zu beachten, daß die Entvolkerung des platten Landes derartig fortichreitet, daß dagfelbe feiner Sauptaufgabe, Jungbrunnen für alle anderen Erwerbs= freise und Stände zu fein, in wenigen Generationen faum noch gerecht werden fann. Ich habe im verfloffenen Winter mehr= fach Gelegenheit gehabt, durch Reserate in wissenschaftlichen und praktischen Rreisen die Debatten über die Landarbeiterfrage einzuleiten, und ift das Ergebnis der Debatten in erfter Linie mit ftets das gewesen, daß ber Buzug in die Städte fich vielfach als ein völlig unbebachter darftellt, hervorgerufen durch die glanzende Schil= berung einer borübergehenden Ronjunktur mit eben folchen vorübergehenden Barlöhnen, mährend die Arbeiter wegen Mangel an Ginficht die Ständigkeit der ländlichen Beschäftigung und die Bedeutung der Naturallöhne absolut nicht würdigen; namentlich gilt dies auch von den jugend = lichen Arbeitern, welche oft in geradezu frivoler Weise sich aus dem Elternhaufe entfernen.

Es ist beshalb die Frage, ob nicht gegen derartige Hyper-Industriealisationen, die Prosessor Dr. Fuchs ebensalls beklagt hat, und allzuweitgehende Centralisation in den großen Hauptstädten Front gemacht werden soll. Es läßt sich zwar nicht verkennen, daß minder weitblickende städtische Berwaltungen kaum derartige Schritte werden ergreisen können, da die in den Verwaltungen vielsach nur allzu ausschlaggebenden Industriellen auf

7\*

bie ihnen so auf Kosten bes slachen Landes erwachsenben Reserve-Armeen an Arbeitern, noch die städtischen Hausbesitzer auf die sich drängende Nachstrage nach Wohnungen werden verzichten wollen. Trozdem werden die Magistrate und auch die Staatsbehörden eine Prüsung der Frage unter dem entwickelten Gesichtspunkte auf die Dauer nicht umgehen können.

Um den gewollten Zweck zu erreichen, stehen zwei Möglichkeiten offen, — einmal die Gesetzgebung und sodann Maßnahmen der Berwaltung. Was die erstere anlangt, so ist selbstverständlich eine Aushebung der Freizügigkeit absolut ausgeschlossen. In dieser Beziehung kann vielmehr einzig und allein nur erwogen werden, ob vielleicht den Kommunen das Recht gegeben werden kann, ihrerseits in Umkehrung der Beweislast des § 4 des Freizügigkeitsgesetzs von dem neuen Ankömmling gewisse Nachweise dasür zu verlangen, daß er nicht sosort in diesenigen Kreise des Proletariats herzabsinkt, welche nicht einmal in sanitärer und sittlicher Beziehung genügendes Unterkommen für einen gewissen Zeitraum nachweisen können.

## (Widerspruch.)

Rebenhergehend ist eine starke Besteuerung der Grundrente und der Baustellen-Spekulation ins Auge zu fassen. Was aber die Anhäufung von existenzlosen, ungesernten Arbeitermassen in den Städten anlangt, so ist in dieser Beziehung wohl zu beachten, daß auch selbst große, sonst durchaus nur Stadtinteressen vertretende Preßorgane speciell bei die allgemeine Ausmerksamkeit auf sich ziehenden Verbrechen, sosen diese in den subsistenzlosen Proletariermassen ihre Wurzeln haben, ihrerseits die Frage auswürsen, ob nicht etwa den Arbeitgebern weitergehende Verpslichstungen sür die von ihnen beschäftigten Arbeiter aufzuerslegen sind, was die Dauer der Beschäftigung, Wohnung, Unterkunst u. s. w. anlangt, als wie es bisher unter dem Gesichtspunkt einer völlig schrankenlosen Freiheit, richtiger Unsreiheit der Fall gewesen ist.

Wenn Magistrate, wozu zweisellos sich die direkten Handhaben schaffen laffen würden, namentlich unter den letzteren Gesichtspunkten vorgehen werden, so wird damit zweisellos auch dem unbedachten Zuzuge in die Stadt ein wirksamer Riegel vorgeschoben und gleichzeitig auch der sernere Zweck erreicht, daß die Schaffung von industriellen Reusanlagen, oder die Erweiterung von solchen ungleich stänsbiger und ruhiger vor sich gehen wird, als wie es jetzt der Fall ist. Mit anderen Worten: Unsere gesamte wirtschaftliche Entwickslung in Stadt und Land wird in ständigere und ruhigere Bahnen eins

Tenken, und die einschlägigen Gegensätze zwischen Stadt und Land, wie ich im Eingang erwähnt habe, werden sich im großen Umsange vereinigen lassen. Es kommt hier nur auf den guten Willen und die wirtschaftliche und socialpolitische Einsicht der Magistrate an, auf welche umsomehr zu hoffen ist, als auch unter allgemein wirtschaftlichen Gesichtspunkten die Anhäusung von beschäftigungs- und sogar wohnungslosen Massen in den Städten die bedenklichsten Folgen nach den verschiedensten Richtungen hin haben muß. Sier nicht sowohl unmittelbar abzuhelsen, son- dern vielmehr weitblickend vorzubeugen, ist ebensalls eine wesentliche Ausgabe wahrhaft segensreicher Wohnungspolitik.

(Widerspruch und Zustimmung.)

Vorsitzender: Im Interesse des Bereins für Socialpolitik muß ich eine kleine Ungenauigkeit des Borredners richtig stellen. Er sprach von der Bewegung für Bodenresorm, die auch in unseren Kreisen Anhänger gesunden habe. Er sprach davon, als ob diese Anhängerschaft von einer Bewegung herrühre, die unter dem Einfluß von Henry Georges Buch in den 80 er Jahren unter Berliner Handwerkern entstanden sei und dann die Prosessoren insiziert habe. Ich möchte demgegenüber konstatieren, daß auf unserer ersten Tagesordnung, als wir in Eisenach 1872 zusammenkamen, die Wohnungsfrage stand, und daß damals schon der heute leider abwesende Prosessor Adolph Wagner nach dem Vorgang von Julius Faucher sür dieselben Anschauungen eingetreten ist, die er heute vertritt. Im Interesse des Abwesenden möchte ich dies sessssen

Dr. Max Birich (Berlin): Ich will ber Bersuchung widerstehen, die der lette Redner erregt hat, indem er eine Reihe von Parteiansichten fundgab, deren Widerlegung fehr weit führen wurde. Ich mochte nur bemerten, daß der Bunich einer Underung des Freizugigfeitsgesetes ichon wiederholt von agrarischer Seite geltend gemacht ift, daß aber Aussicht auf eine folche Berichlechterung des Gefetes, die den größten Schaden des Volltes bedingen würde, nicht vorhanden ift. Ich wende mich zu dem Puntte, der mir am nächsten liegt, auf die Stellung der Arbeiter, welchen zwar nicht allein, aber doch in erster Reihe unsere Bestrebungen Da ift es benn von Intereffe, wenn die verehrte Berfammlung von einem Beteiligten erfährt, wie die nicht socialdemokratischen Arbeiter felbst sich dazu verhalten. Die Deutschen Gewerkvereine mit ca. 100 000 Mitgliedern fteben der Wohnungsfrage in Geftalt einer weit= gehenden, aber auf dem Boden unferer Gefellschaftsordnung ftehenden Reform

freundlich gegenüber. Wir haben im Frühjahre in Koln einen Berbands= tag gehabt, die höchste Repräsentatiton der Gewerkvereine, und dort ist die Wohnungsfrage in eingehendster Weise besprochen worden. Gine Resolution gelangte zur Annahme, worin vor allem die genoffenschaftliche Selbsthilfe empjohlen wurde, allein mit der Betonung, daß Staat und Gemeinde die Aufgabe haben, subsidiär einzutreten, und daß in der Gesetgebung alle Sinderniffe hinweggeräumt werden, welche der Wohnungsreform noch ent= gegenstehen. Aber das, mas das Wefentliche ift, wovon wir erwarten, daß. wenn erst die Bewegung richtig im Gang ist, wirklich eine Abhife im großen erfolgen wird, das ift, daß die Arbeiter, mindestens die beffer ge= stellten, sich entschließen, zu hunderttaufenden für dieses hochwichtige Bedürfnis einzutreten. Das ift mir unzweifelhaft geworden; wo es berfucht worden ift, da hat fich die Möglichkeit herausgestellt. Im Schofe der Deutschen Gewerkvereine ift schon jest eine große Bahl von Baubereinen porzugsweise durch Arbeiter errrichtet worden, die sowohl pekuniär wie auch bezüglich der Berwaltung hervorragend beteiligt find. herr Professor Kuchs hat das erziehliche Moment hervorgehoben, das in diesen Genoffen= schaften liegt, und ich kann aus meiner Erfahrung bestätigen, daß dem fo Die Mitglieder der Gewerkvereine, die fich den Baugenoffenschaften gewidmet haben, nehmen fich der Angelegenheit mit größtem Berftandnis Sie find beshalb auch feineswegs den anderen Aufgaben der Arbeiterbewegung feindlich geworden, im Gegenteil, fie gehören zu ben eifrigften Rämpfern auch in anderen Fragen, fodaß ich glaube, daß diefer Weg der Beteiligung der Arbeiter an den Genoffenschaften der richtige ist. Zett ist die Sache ja noch in den Anfängen, aber es ist schon erheblich beffer als früher geworden. Das Zutrauen hat fich schon gefestigt, man begiebt sich in das Fahrwaffer und sucht darin vorwärts zu kommen. Ich kann auch darin herrn Professor Buche nur beiftimmen, wenn er die herstellung von Arbeiterwohnungen seitens der Arbeitgeber nur als im Notsall berechtigt Berr Oberbürgermeifter Zweigert hat gefagt, daß gerade die Wohnungen der Unternehmer die gesuchtesten seien. Ja das mag bei den angeführten Preisbifferengen gutreffen; daß diefe Differengen anderswo bestehen, möchte ich bezweiseln. Jedenfalls kann ich von den Kreisen, die mir nahe fteben, bezeugen, daß nicht einer unter ihnen ift, der wünscht, daß seitens der Arbeitgeber ohne dringende Not in die Wohnungsfrage ein= gegriffen werde, benn die socialen Nachteile find so klar, daß darüber gar fein Zweifel besteht.

Meine Herren! Ich hatte Gelegenheit, als Abgeordneter den Bestrebungen der preußischen Staatsregierung für ihre Beamten und Arbeiter näher

zu treten. Was da für die Staatsarbeiter veranstaltet wird, geschieht ja boch für das Bange, denn dadurch wird auf die Bahl und die Preise der fleinen Wohnungen gewirkt. Diese Bestrebungen sind gewiß zu billigen, fie könnten noch weiter gehen. Sie mögen daraus ersehen, daß von Manchestertum bei uns nicht die Rede ist, nicht einer im Abgeordneten= hause ist dagegen gewesen, die Wohnungstreditgesetze wurden von allen Seiten mit Freude begruft. Es mare nur ju munichen, daß feitens ber Gesetgebung und Berwaltung alles aufgeboten würde, um ihrerseits die focialschädlichen Einwirkungen folcher Wohnungen auf die Arbeiter zu ver-Das ware dadurch zu erreichen, daß durch Genoffenschaften gebaut würde, und ferner dadurch, daß in den Kontratten alles vermieden würde. was die Abhängigkeit der Arbeiter auf das Rauf = und Mietsverhältnis übertragen könnte. Es find mir in diefer Sinficht die beften Buficherungen gemacht worden. Wir wollen hoffen, daß vor allen Dingen die Arbeiter felber mit Sand anlegen und daß fic dadurch in die Lage kommen, gefunde menschenwürdige und preiswerte Wohnungen zu haben, nicht blog in den Städten, sondern auch auf dem Lande.

(Beifall.)

Dr. von Mangoldt (Dresden): Ich habe den Gindruck gewonnen, daß die Bodenbreise von Philippovich und Boigt zu ftark in den Sintergrund geschoben worden find. Ich meine, wir könnten mal die schwierige Frage, die fich zur mundlichen Erörterung wenig eignet, wie der Bodenpreis auf die Bewegung der Mietpreise eingewirkt hat, weglaffen und uns an die festen Thatsachen halten. Da scheint mir unbestreitbar, daß die Grundrente als wesentlicher Bestandteil in den Mieten erscheint. Das beweist auch ein einfaches Erempel. Wenn der qm 100 Mt. kostet für Wohnungsboden, dann ift ein Grundftud, das 250 gm umfaßt, mit 1000 Mt. zu verzinsen. Nimmt man in fünf Geschoffen gehn Wohnungen - und zwar recht kleine Wohnungen! — an, dann würde auf jede Wohnung ein Aufschlag von 100 Mf. entfallen und der beweift doch, daß die Grundrente nicht zu vernachläffigen ift. Dann mochte ich auch fagen, daß das Miets= kasernensystem an sich schädlich ist. Nun ist die große Frage, ob die Baukosten einer Wohnung bei den hohen Gebäuden sich geringer stellen als bei den kleinen. Ich glaube, man geht da bisher von der jett üblichen Bauweife aus. Da es fich aber um eine Reform handelt, mußte man die Baukosten der Wohnungen in kleinen Häusern nach dem Gesichtspunkt betrachten, wie sie sich stellen, wenn man alles das bei ihrer Erbauung wegläßt, was zwar jett nach dem Mufter der großen Häuser bei ihnen

gebaut wird, mas aber bei fleinen Bäufern weggelaffen werden fann. Dann ist es wohl billiger. Aber die Bedeutung der ganzen Frage erschöpft fich nicht mit der Belaftung durch die Grundrente und dem Ginfluß der Bautoften. Die Mietskaferne fverrt uns von der Natur ab und diefes Miets= kajernenshstem ist jett gerade im Anzuge jür die kleinen Orte dadurch, daß bort die Bodenpreise so fehr fteigen. Und weiter: die Bedeutung der Bodenfrage ist auch eine moralische. Gesetzt auch, daß die Lasten noch getragen werben konnen, fo ift es doch in moralischer Beziehung nicht gleichgültig, daß Jahr für Jahr gewiffen engen Kreisen Milliarden unverdienten Wertzuwachses in den Schof fallen. Das wirft alle gute alte Sitte, sozusagen die gute alte preußische Tradition, daß das Stud Brot, das man ist, auch verdient sein foll, über den haufen. Ferner wächst die giftige Pflanze des Baufchwindels direkt aus der Bodenspekulation heraus. Endlich ift eine ungeheure Laft vorhanden, auch abgesehen von der Bewiß ift die ungeheuere Steigerung der eigentlichen Wohnungsnot. Bodenwerte zum großen Teile auf eine Steigerung der Werte und Preise gerade der Geschäftslokalitäten zurückzuführen, aber irgendwie und von irgendwem muß das doch schließlich getragen werden, das zeigt sich doch in einem Aufschlag auf die Warenpreise. Andreas Boigt felber fagt, daß für 1898 der Berliner Bodenwert auf rund 2100 Millionen anzuschlagen Das giebt rund 85 Millionen Mark Binfen, das muß von der in Berlin lebenden oder kaufenden Bevölkerung getragen werden in Form von Wohnungsmieten oder erhöhten Warenpreisen. Ich wende mich nun zu der Frage, ob Reichs = oder Landesgesetz. Wir durfen hierbei nicht ver= geffen das allgemeine Anerkenntnis beffen, daß eine große, durchgreifende und allgemeine Wohnungsreform notwendig ift, gerade deshalb, weil das, was bisher geschehen ist, nur einen Tropsen auf einem heißen Stein dar-Wir muffen den Gefichtspunkt im Auge behalten, daß eine fteΩt. Wohnungsresorm großen Stiles notwendig ist und welcher Stelle trauen Sie das ju? Das ift bei uns das Reich. Und eine folche Reichsregelung ist auch durchaus durchführbar. Gerade ein Punkt, von dem man wirklich denken könnte, daß eine reichsaesekliche Regelung schwierig sein sollte, der Bunkt der Bauordnungen, gerade von dem haben kurglich zwei der besten Renner gefagt, daß fie eine Reichsregelung für wünschenswert halten: Stubben und Baumeifter. Ich begnüge mich, das zu erwähnen, ich kann im einzelnen nicht ausführen, welche Bründe der praktischen Zweckmäßigkeit thatsächlich für das Reich sprechen. Ich muß mich damit begnügen, Ihnen meine aus zahlreichen Studien geschöpfte Meinung auszusprechen. Wenn Sie auch alles dem Einzelstaat zuschieben, was er thun kann, dann bleibt

noch genug zu thun für das Reich. Es ift gesagt worden von Herrn Oberbürgermeister Zweigert, sie seien praktisch in der Wohnungsresorm erst vorwärts gekommen, als sie mit dem ewigen Schreien nach Reichshilse aufgehört hätten. Herr Oberbürgermeister Zweigert hat da wohl die verschiedenen Eingaben des Deutschen Vereins sür öffentliche Gesundheitspslege im Sinn gehabt. Da ist aber nach meiner Meinung Schreien doch etwas anderes, da ist nach meiner Meinung doch ersorderlich, daß die große Masse mit Intensität auf das gewollte Ziel zustrebt. Wir sollten alles ausdieten, daß die Sache der Wohnungsresorm eine volkstümliche wird und das werden wir auch erreichen und wir sind im besten Begriffe, es zu erreichen und deshalb meine ich nochmals: Geben Sie dem Einzelstaate, was des Einzelstaates ist, aber auch dem Reiche, was des Keiches ist!

Reg. = Rat Dr. Bingner (Berlin): Ich habe schon im Berliner Polizeipräfidium das Wohnungselend der Beamten tennen gelernt. habe schon damals für Berlin eine Polizeiverordnung über das Schlafftellenwesen entworfen. Diese Polizeiverordnung ift allerdings im Schreibtische liegen geblieben, weil der damalige Polizeipräsident sich nicht dafür erwärmen fonnte. Dann war ich bei ber Regierung in Botsbam, wo die berühmte Bauberordnung für die Vororte im Rreife Teltow ergangen ift. Ich glaube also einigermaßen für die Beurteilung der Wohnungsfrage qualifiziert zu erscheinen, zumal ich später auch noch bei der Steuerveranlagung. namentlich zur Erganzungesteuer, gesehen habe, in wie unglaublicher Weise die Bodenpreife und Sauferpreife in Berlin hochgetrieben worden find. Ich habe nun in einer Schrift über die Lösung der Wohnungsfrage der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß diefelbe vollständig nur im Wege der Befetgebung erfolgen könne. Der Staat ift zu allmächtig, auch in focial= politischer Beziehung, als daß ohne ihn die Frage gelöst werden kann. Da erhebt sich nun die praktisch politische Frage: Reichs- oder Landesgefet ? Und da muß ich fagen, ein Reichsgeset ift zur Zeit aussichtslos und ein preußisches Wohnungsgesetz fteht in naber Aussicht und zwar wurde es besonders von dem bisherigen Minister des Innern, Rheinbaben, betrieben, der in diefer Frage fich als würdiger Schüler unferes einstigen Vereinsgenoffen von Miquel erwies. Gelingt es, ein folches Geset zu stande zu bringen, welches alle billigen Anforderungen erfüllt, so ist alles erreicht, was zunächst zu erreichen ist; benn die anderen Bundes= staaten werden nicht umhin können, sich dem Vorgehen Vreußens anzuschließen. Welchen Inhalt follte nun ein Wohnungsgesetz haben? Ich muß wegen

der knappen Zeit auf meine Borfchlage in meiner Schrift hinweisen. Ich schlage vor, für alle wachsenden Gemeinden besondere auch die Umgegend bis zu 15 km umfaffende Wohnungsamter zu bilden, weil ich die Kommunalorgane insolge ihrer jezigen Zusammensezung, namentlich des Vorwiegens der Saus- und Grundbefiger darin, nicht für eine Thätigkeit in der Wohnungspolitit für geeignet halte; dazu gehört eine besondere Selbit= verwaltungsbehörde. Ich habe im einzelnen dargelegt, wie diefe Wohnungs= ämter aufammengesett sein follen: aus Bertretern aller Berufsstände, soweit fie im Bezirke des Amts in Frage tommen. Burde man gunachst für diefen Zweck Beruisgenoffenschaften schaffen, fo konnten auf Grund direkten allgemeinen Wahlrechts in diefen, Arbeitgeber und =nehmer in die Wohnungs= ämter zu gemeinsamer praktischer Thätigkeit eingefügt werden. Die Thätig= feit mare eine ehrenamtliche, aber es mare gut, den Mitgliedern Anwesenheitsgelder zu bewilligen. Diesen Umtern möchte ich die Gesamtlösung der Wohnungsfrage übertragen, nach allen Seiten hin, sowohl durch Bearbeitung der Stadterweiterungsplane, wie auch durch direkte Ginwirkung auf den Bau neuer Wohnungen und durch Beaufsichtigung der bestehenden. Dafür mußten Wohnungsinspektoren angestellt werden, denen die üblichen polizei= lichen Zwangsbefugniffe zu übertragen waren. Ich habe Wohnungsamter auch beshalb vorgesehen, weil ich meine, daß es unmöglich ist, bei ber heutigen Lage der fonftigen preußischen Gesetzgebung, insbesondere der Schwierigkeit jeder Eingemeindung, durch die Gemeindebehörden die Frage zum Austrag zu bringen, sobald es sich um eine sich vergrößernde Stadt handelt, die dadurch an andere Orte anstößt, und ich glaube, es würde dabei, wenn die Frage der Bodenpreiserhöhung praktisch wird, stets zu spät fein, der Spekulation entgegen zu treten. Es follte ein gemeinsamer Stadt= erweiterungsplan entworfen werden, welcher allen Rlaffen Rechnung trägt. Endlich habe ich eine Underung des Spothekenrechts dahin angeregt, daß, wer fremde Gelder zum Bau bon Mietwohnungen benuten will, die Bauftelle vorher hppothekenfrei zu ftellen hat; daß ferner diese Baugelber nicht ausbezahlt werden follen außer gegen Quittung der handwerker, die an dem Bau beschäftigt find: bann mare die Spothet in der vollen Sohe ber Baugelber mundelficher. Dann könnten auch Baugefellschaften gebilbet werden, die mit öffentlich garantierten Mitteln den Wohnungsbau planmäßig betrieben und dazu müßten auch die Alters = und Invaliditäts= verficherungsanftalten verpflichtet werden, ihre Gelder zu einem großen Teile herzuleihen.

Ministerialdirektor Dr. Thiel (Berlin): Bu der Differeng zwischen den herren v. Philippovich und Eberstadt möchte ich als unbeteiligter Zuhörer bemerken, daß vielleicht beide Herren recht haben, aber daß beide von verichiedenen Voraussekungen ausgehen. Es scheint mir, daß Philippopich fich an die bestehenden großen Städte gehalten hat und Cberstadt geht mehr davon aus, wie es fich hätte entwickeln können, wenn man bor 50 Jahren schon diefe Frage richtig angefaßt hatte. In Berlin hat 3. B. ber königl. Forstfistus im Jahre 1848 das große Terrain an ber Seeftrafe, wo jest eins der größten Rrankenhäuser gebaut wird, für 10 Thaler pro Moraen verkauft. Bürde man damals einen Eberstadtschen Bauplan und entsprechende Baubeschränkungen gehabt haben, bann hatten fich die jetigen Bauwerte nicht entwickelt und es ware ber Bau kleinerer Baufer möglich geblieben. Das aber glaube ich nicht, daß die Leute dann billiger wohnen würden und da möchte ich noch einen Punkt erwähnen, der heute noch nicht zur Sprache gekommen ift: wenn man das ganze heutige Berlin in freiliegende Gin= bis Zweifamilienhäufer zerlegen wollte, wurde die Stadt eine folche Ausdehnung gewinnen, mit Ansprüchen an Gas, Wafferleitung, Pflasterung u. f. w., und doch mit einer fo geringen Steuerfraft pro am, daß die kommunalen Abgaben entweder riefig hoch fein mußten oder die Bewohner der einzelnen Säufer mußten auf viele Vorteile verzichten, die ihnen jest billig geboten werden. Sie murden alfo wohl beffer wohnen, als jett, fie hatten einen kleinen Barten, in welchem die Frau eine Beschäftigung hätte, es würden sich vielfach beffere fociale Berhältniffe ent= wickeln, die mir das Einzel= und Eigenhaus fo wertvoll machen, ich will nur daran erinnern, daß in folchen Städten wie Berlin mit ben großen Miethäusern und dem ewigen Umziehen sich ein Gemeinde= und Nachbarschaftsgefühl nur ichwer entwickelt. Das tann auch ber Bezirksverein Man weiß ja in Berlin faum, mit wem man felbft in nicht erfeken. bemfelben Saufe zusammen wohnt. Aber billiger wurde es gewiß nicht Wie aber auch diese Principienfrage entschieden werden moge, barin find alle wohl einig, daß wir eine fcharfere Wohnungspolizei, eine beffere Beauifichtigung ber Wohnungen haben muffen. Ob das auf dem Wege des Reichsgesetes oder des Landesgesetes oder auch durch Polizei= verordnungen zu erreichen ift, laffe ich dahingestellt. Es ift bann gefagt worden, daß eine folche beffere Wohnungspolizei für Stadt und Land nötig fei. Ich acceptiere das, aber ich verwahre mich dagegen, daß bei der beliebten Gleichmacherei in solchen Dingen die Anforderungen an ftädtische und ländliche Wohnungen über einen Ramm geschoren werden. Sogar die moralischen Anforderungen find ja da nicht dieselben.

Nachteile des Schlafstellenwesens, wo treten sie am schärfsten hervor? der Einlieger mit dem Chemann nicht diefelbe Arbeitsgelegenheit und die= felbe Arbeitsstelle hat, wo er also viel leichter das Feld frei findet, wenn 3. B. der Mann die Rachtschicht und er die Tagesschicht hat. Das findet auf dem Lande nicht ftatt. Der Bermieter arbeitet da mit dem Schlaf-Andere moralische Anforderungen an die burichen meist zusammen. Wohnung bleiben natürlich dieselben 3. B. betreffend das Zusammenschlafen von Eltern und Kindern, aber sehr verschieden ist es in hygienischer Be-Warum ftellen wir an die Wohnungen in Städten für gewerb= liche Arbeiter so strenge Anforderungen? Weil wir dem Menschen, der tagsüber in einem heißen, ftaubigen und mehr oder minder ungefunden Raume arbeitet, wenigstens nachts die Gelegenheit geben follen, eine reinere Luft einzuatmen, seine Lungen und fein Blut zu erfrischen. Beim land= wirtschaftlichen Arbeiter ift es umgekehrt, der kann fich jur Not ohne Schaden für seine Gesundheit mit einem kleineren Rubikraum pro Nacht begnügen, denn er hat am Tage Gelegenheit genug frische Luft einzuatmen und überhaupt viel gesundere Arbeitsbedingungen als meift in der Fabrik. Es ließen fich noch mehrere solcher Unterschiede aufführen, es genügt aber für unsere Berhandlungen, nur darauf aufmerksam zu machen, daß überhaupt solche Unterschiede bestehen und dagegen Bermahrung einzulegen, daß städtische und ländliche Wohnungsverhältniffe in jeder Beziehung gleichartig zu behandeln feien, womit ich natürlich nicht leugnen will, daß in diefer Beziehung auch auf dem Lande noch vieles zu beffern ift und wir von Jbealwohnungen auch hier noch weit entfernt find.

Dr. Scheben (Dresden): Eines der fruchtbarsten Gebiete der Wohnungsresorm scheint augenblicklich die Wohnungsinspektion zu sein. Wir haben in einer ganzen Reihe von Staaten staatliche oder Gemeindeverordnungen erlassen seihen, um das Zusammenwohnen von zu vielen Leuten zu betämpsen. Ein Punkt im Programm des Vereins Reichswohnungsgesetz spricht ja auch von der Forderung einer Reichswohnungsinspektion. Nun wird das wohl noch seine guten Wege haben, immerhin ist es wohl denktar, daß gewisse Gebiete herausgegriffen werden. Wie könnte man ihnen gegenüber die Wohnungsinspektion praktisch werden lassen? Die Frage der Reichskompetenz spielt da keine Rolle mehr, denn es ist, Gott sei Dank, eine Thatsache, daß das Gebiet des Arbeiterschutzes unter die Reichsgesetzgebung sällt. Mir scheint in der Arbeitersürsorge ein Punkt vergessen worden zu sein. Um solche Arbeiter, die bei ihren Arbeitzgebern wohnen, sollte sich die Arbeiterschutzgesebung besonders kümmern. Ich erinnere da an die Bäcker,

Rellner und Rellnerinnen. Was in den diese beschäftigenden Betrieben oft für Wohnungsverhältniffe herrichen, davon haben die letten Untersuchungen Zeugnis gegeben. Ich will Sie nicht mit Details langweilen; soviel hat fich herausgestellt, daß oft in lichtlofen Altoven oder unverschalten Dachwohnungen diese jungen Leute untergebracht werden, vielsach mehrere Leute zusammen in einem Raume mit minimalem Kubikinhalt von Luft. Daß das auf den Gefundheitszuftand der Arbeiter nachteilig einwirkt, ift klar. Gefunde und Kranke haben oft zusammen schlafen muffen, Bruftkranke und Sphilitische mit Gefunden. Daß auf diese Beise zwar teine "Reinkultur", wohl aber eine "Schmut"-Rultur von Bazillen der verschiedenften Seuchen gepflegt wird, ift eine unbestreitbare Thatsache. Ich will nicht fagen, daß es überall gleich schlimm ift, aber die Gefahr ift vorhanden, daß bei den hoben Mietpreisen und bei der miglichen Lage der handwerker viel Schaden verursacht wird, der durch eine Rovelle zur Gewerbeordnung abgestellt werden fonnte. Diese Rovelle hatte zu bestimmen, daß man diejenigen Gelaffe ber Arbeitgeber, welche von Arbeitnehmern bewohnt werden, unter eine Wohnungs= inspektion stellt, allerdings unter eine folche, die mit Strafandrohungen berfeben ift und die eine regelmäßige Wiederkehr der Inspektion ins Auge faßt.

Borfigender: Die Rednerlifte ift erschöpft. Ich frage herrn Landesrat Brandts, ob er noch das Wort zu ergreifen wünscht.

Brandts (Duffeldorf): Ich bedauere fehr, daß über die rein theoretischen, allerdings höchst interessanten Auseinandersetzungen die prattischen Fragen nicht zur Geltung gekommen find. Darüber kann doch kein Zweifel fein, daß hygienisch, afthetisch, auch wirtschaftlich das kleine Saus nach allen Richtungen vorzuziehen ift. Das kleine haus kann wohl auf dem Wege erzwungen werden, den ich angedeutet habe, wenn nicht schon die Grundstückspreife fo boch find, daß alle diefe Beftrebungen zu fpat tommen. Und in dem Stadium befinden fich allerdings unfere großen Städte, und ich beklage es, daß immer nur von Berlin die Rede ift, mahrend doch die Mehrzahl der Menschen in kleinen Städten wohnt; und nun liegt die große Befahr vor, wenn hier ständig das Maffenmiethaus als etwas Selbst= verständliches und Notwendiges, Unvermeidliches hingestellt wird, daß fich die Meinung festfett, das Miethaus fei auch für die kleinen und mittleren Städte eine Notwendigkeit. (Zustimmung.) Das kleine Haus ist auch für den Mittel= stand ein hohes, erstrebenswertes Ziel, also in den Städten von 5, 10, 15 000 Einwohnern, und da follte man doch die Zustände verhüten, die in Berlin, Wien nicht mehr zu vermeiden find. Daß dadurch das Wohnen

nicht billiger wird, das ift klar; aber heute wohnen doch die Leute in kleinen Städten effektiv noch in kleinen Häusern. Um all das zu erreichen, um eine Gesundung des Bauunternehmertums selbst herbeizusühren, um die allgemeine Bauthätigkeit mit anzuregen, haben wir unbedingt notwendig die Verstaatlichung oder Kommunalisierung des Hypothekarkrediks. Bezunten wir doch die Macht des Geldes, die darin steckt, machen wir mit dem ungerechten Mammon uns bessere Bauordnungen und bessere Häuser, das ist in kleineren und mittleren Städten noch möglich. Die Hauptsrage ist daher die: Ist diese Einrichtung öffentlicher Wohnungsbanken sür die Herstellung kleiner und mittlerer Wohnungen möglich? Davon hängt die ganze Entwicklung ab, da, wo die Dinge überhaupt noch verbessert werden können.

## (Beifall.)

Dr. v. Philippovich (Wien): So fcharf meine Erörterungen waren, und fo unangenehm es ift, eine Musion zu zerstören, und ich denke, daß ich fie zerstört habe, so kann ich doch nicht verstehen, warum man immer wieder auf jene Frage zurückgekommen ist. Ich habe ja etwas behauptet, was eigentlich etwas Selbstverftandliches ift: daß der Bodenwert abhängig ift von dem Ertrage, den der Boden abwirft. Wenn Berr Cberftadt jemals ein Saus taufen wird, fann er benn dabei anders vorgeben, als daß er den Ertrag des Hauses kapitalifiert, nach dem Zinsfuß, der zur Zeit herrscht? Wie soll ich das verstehen, wenn er sagt, das sei unrichtig; benn wenn ber Bingfuß fteigt, finkt nicht ber Rapitalwert bes Saufes, sondern die Mieten werden gesteigert? Ich habe es allerdings bis jetzt nicht gewußt, daß die Sausbesitzer wie Börsenbesucher die Bewegungen des Diskonts verjolgen, und nach deffen Steigen und Fallen ihre Mietjorde= rungen einrichten, ich glaube es auch nicht. Es kann ja sein, daß beim Steigen des Zinsfußes die Bauthätigkeit stockt, und daß daher die Hausbesitzer glauben, die Mieten in die Sohe setzen zu dürfen. Aber das wäre doch kein Beweis gegen meine These? An was denkt er sonst? Mir ist der Zusammenhang zwischen seinen Ausführungen und meinen Ausführungen absolut nicht klar, und ich sehe von dem Netz, in das ich ihm angeblich gegangen bin, nur das große Loch, durch das ich, wie ich glaube, recht unversehrt herausgehe.

Herr de Liagre hat sehr interessante Mitteilungen gemacht, die ich gern vermehrt gesehen hätte: widerlegt hat er mich nicht, weil er nur behauptete, was niemand bestreitet, daß, wenn der Boden teuer ist, man auch hohe Mieten verlangen wird. Das ist ja ganz klar. Aber deswegen ist doch die Bodenpreissteigerung nicht das gewaltige Hemmis für die Entwicklung der Städte, als das man sie bisher hingestellt hat. Ich habe absichtlich Männer, wie Ab. Wagner, Adickes, denen ich die größte personliche Berehrung zolle, oder die Autorität der preußischen Regierung in den Bordergrund gestellt, und daraus hingewiesen, daß bei ihnen die Meinung herrscht, die Bodenspekulation sei schuld daran, daß keine Wohnungen vorhanden sind. Das sällt ins Gewicht, wenn diese Persönlichkeiten es aussprechen; es ist aber doch salsch, wenn wir diese Ansicht behielten, würden wir die Ausmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf einen unrichtigen Punkt hinlenken.

Berr Eschenbach meinte, daß es Leute giebt, die ihren Boden feft= halten, bis der Preis steigt, das kommt ganz gewiß einmal vor. (Zwischen= ruf: Das kommt alle Tage in Berlin vor.) Gewiß kommt es vor. gebe es Ihnen ju, wie ich Ihnen noch viel mehr zugegeben hatte, wenn Sie mir fehr naheliegende Thatfachen vorgehalten hätten. Sehen Sie fich aber die Rudichlage an, die fich an folche Spekulationen, die den Bedurfnissen vorangeeilt find, anschließen. Seben Sie die Tabellen von Dr. Schwarz über die Bodenwertbewegung in Wien an, wie da nach 1873 der Abjall eintritt, und wie es 10 Jahre braucht, bis die Werte wieder die alte Sobe erreicht haben. Da kann man in der That nicht bloß die Rinfen. sondern auch das Kapital verlieren. Es wird ja überall spekuliert, aber darum dreht es fich nicht. Ich bin ber Meinung, daß diefe Spekulation außerordentlich übertrieben geschildert wird. Wir haben hier doch von den thpischen, von den auf die Dauer die Wertbewegung des Bodens beein= fluffenden Elementen zu sprechen und nicht einzelne, zeitweilige, wenn auch sehr störende und unangenehme Thatsachen zu erörtern. In der Agitation in der Wohnungsfrage follte ein einheitlicher Beift herrschen und eine ein= heitliche Vorstellung von dem, was erreicht werden kann, und da scheint mir herr Dr. Thiel das Ziel richtig gekennzeichnet zu haben. Wir können es erreichen, daß die Leute beffer wohnen, wenn auch nicht immer, daß fie billiger wohnen. In der Agitation wird zu viel von dem billigen Wohnen gesprochen. Ich habe ja früher felbst den hindernden Ginfluß des Boden= preises überschätt. Dann habe ich aber das, was ich ausgeführt habe, praftisch erlebt, und durch die Ausführungen von Dr. Andreas Boigt bin ich bestärkt worden in der Ansicht, daß wir bisher zu einseitig geurteilt Ich habe Ihnen ja das Beispiel unserer Stiftung ergählt, in der wir eine Million verbaut haben und trot gunstiger Bedingungen nicht fo billig sein können, wie die kleinen Leute — und wie auch wir — es wollten. Wohl aber können wir Befferes bieten, wenn auf dem ganzen

Gebiete von allen Faktoren zusammengearbeitet wird unter einer einheitlichen Direktive. Auch dann wird es nicht rasch gehen. Was in Hunderten von Jahren gebaut ist, wird man nicht in 10 Jahren umkrempeln. Auch hier arbeiten wir mehr der künstigen Entwicklung vor. Die großen Städte in Deutschland und Österreich umzubauen, das können wir auch mit dem Auswand der heute citierten Engländer nicht, die jetzt in 30 oder 40 Jahren endlich einige hunderttausend Leute in eine bessere Wohnung gebracht haben. Lesen Sie doch nach, was Bernstein in Brauns Archiv darüber geschrieben hat. Das sind ungeheure Ausgaben, die man nicht mit Schlagworten absinden darf, und ein Schlagwort zu zerstören — ich hoffe, daß es mir bei einem Teile der Zuhörer gelungen ist.

(Lebhafter Beijall.)

Kuchs: Meine Herren! Ich bin zwar nicht in der günstigen Lage. wie 1886 Miquel als erfter Referent, daß ich wie er am Anfang feines Schlufwortes fagen könnte: ich bin in ber ganzen Diskuffion eigentlich nicht angegriffen worden. Es war das allerdings damals auch nur ein Rechterkunststücken, denn er war in Wirklichkeit auch angegriffen worden: es war ein Redner aufgetreten, der im Sinne der hausbesitzer Widerspruch gegen Miquel's Ausführungen einlegte. In der heutigen Diskuffion ift — und das möchte ich doch als ein erfreuliches Zeichen der Zeit hervorheben — eine solche Stimme überhaupt nicht laut geworden. Aber ich bin jedenfalls nur in einem Punkte wirklich widerlegt worden, und das gebe ich gern zu, nämlich durch das, was der verehrte herr Oberburgermeifter von Mannheim fagte über die Ausführung der Wohnungsinspektion in Mannheim. Jedenfalls ift aber ein Vorgehen im ganzen Lande nicht er= folgt; in Freiburg ift neuerdings nichts geschehen, und anderswo auch nicht. Ein Brrtum ist es von dem britten herrn Reserenten, wenn er feiner Meinung nach im Begenfage zu mir fagte, daß die Forderung der gemeinnütigen Bauthätigkeit auch auf die private Bauthätigkeit ausgebehnt werden folle; das hatte auch ich ausdrücklich verlangt. Endlich muß ich es als Britum bezeichnen, wenn der herr Oberburgermeister Zweigert sagte, ich hätte die Arbeiterwohnungen der Unternehmer unfreundlich besprochen. Ich habe das nicht gethan. Ich habe den Gemeinfinn der Unternehmer viel= mehr ausdrücklich anerkannt, aber ich sehe barin nach wie vor boch die mindest wünschenswerte Form; denn es ift tein 3meifel, daß in vielen Fällen dadurch am meisten der Vorteil des Arbeitgebers gewährleistet wird, und darum spreche ich mich dagegen aus, daß dazu öffentliche Gelder gegeben werden. Darin sehe ich nichts Unfreundliches; die focialen Nachteile sind so wichtig, daß ich dagegen sein muß. Gerade die intelligentesten und tüchtigsten Arbeiter suchen ja, wie hier gesagt worden ist, lieber eine schlechtere Wohnung, um nicht die socialen Nachteile der Unternehmerswohnungen in den Kauf nehmen zu müssen.

Die Ausführungen von Philippovich und Boigt haben mich eigent= lich nicht getroffen. — wie vielmehr die Bodenreformer —, denn ich habe nicht behauptet, daß die Bodenspekulation allein der Grund fei für die Kalamität der Wohnungsfrage, wenn ich ihr auch einen größeren Anteil daran einräume als fie. Aber ein Beispiel, das Boigt angeführt hat, kann ich doch nicht unerwähnt laffen, da es m. E. gegen ihn beweift, das ist das mit dem Eisenbahnhofrestaurant. Nehmen Sie den Fall, daß auf den Zügen, die diesen Bahnhof paffieren, überwiegend D-Züge eingeführt werben, so bag bas hineinreichen von Eftorben nicht mehr ftattfindet, oder daß die Reftauration in Bezug auf die Getrante durch Borfchriften über deren Temperatur beschränkt wird, so daß weniger getrunken wird, so wird doch die Bacht dadurch beeinflußt, und da können wir also gerade an biefem Beispiel die Wirtung administrativer Ginmischungen verfolgen und feben, daß folche Bestimmungen berartig wirken konnen. Wenn Dr. Boigt fagt, durch administrative Magregeln könne nichts erreicht werden, so kann boch m. E. minbeftens fehr viel geschadet werden, und barauf kommt es an bei der zufünftigen Entwicklung, daß eben diese Fehler der bisherigen vermieden werden. Wir können nicht die bestehenden Buftande umfrempeln, wir wollen auch nicht, wie herr Ministerialdirektor Thiel auch nur im Scherz gemeint hat, Berlin wieder in ein= ober zweistödige Saufer auflösen — niemand bestreitet die Notwendigkeit des hohen Sauses im Stadtinnern -, aber es fommt auf die jest noch ländlichen oder niedrig bebauten Außengebiete an. Und da wollen wir auch nicht verkennen, daß, wenn wir heute in folchen Augenbezirken diefe hoben Gebäude verbieten, wir das auch da nicht in alle Ewigkeit werden aufrecht erhalten können; mit dem Wachstum der Städte wird von Zeit zu Zeit ein Stodwert zugegeben werden muffen. Rur das bekampfen wir, daß nach Berliner Vorbild jest überall aus dem Kartoffelacker mit einem Male ein fünistödiges Stagenhaus emporwächst, und nur dieser Kampf liegt im Reiche der Möglichkeit. In diefen Außenbezirken scheint mir aber die Bedeutung der Spekulation doch vorhanden zu fein, da kann ich nicht zugeben, daß mir Berr Professor v. Philippovich "Illufionen" zerftort habe. Eberftadt hat dem gegenüber m. E. überzeugend betont, daß es nicht beim Bauen des Haufes bleibt, sondern daß es weiter verkauft wird, und daß dies auf die Mieten wirkt. Die gegenteiligen Aussuhrungen von Professor v. Philippovich beruhen Schriften XCVIII. — Berhanblungen 1901.

auf einem großen Fehler: der generellen Identifizierung des Hausbefigers mit dem Bodenspekulanten. Die beiden find aber jedenfalls bei uns in Deutschland keineswegs identisch. Wenn das in Österreich noch nicht der Fall ist, dann haben wir darin eben nur den Beweis, daß die österreichische Entwicklung der deutschen noch nicht gleich ist. Diese Unterscheidung zwischen Hausbeschen und Bodenspekulant muß schärfer betont werden, und in dieser Beziehung sind auch die theoretischen Ausführungen des heutigen Tages nicht unnötig und nutzlos gewesen, indem sie die Ausmerksamkeit auf die sundamentale Bedeutung des städtischen Hypothekenwesens sür die Wohnungsstrage gelenkt haben.

Nun noch ein Punkt, in dem ich, wie ich erwartet hatte, die meiften Angriffe erfahren habe: die Forderung der Regelung des Wohnungs= wefens durch das Reich. Diese Forderung hat besonders von herrn Zweigert Widerspruch erfahren, und ich verkenne auch nicht die Schwierigkeiten und will auch gern zugestehen, daß, wenn es wirklich in Preußen zu einem fo weitgehenden Wohnungsgesetz kommt, wie es hier angekündigt worden ift, bann die Notwendigkeit einer Reichsgesetzgebung geringer ift. ich glaube vielmehr im Gegenteil, daß es in Preußen nicht fo bald bagu tommen wird, benn gerade in den jungsten ministeriellen Erlassen ber preußischen Regierung, auf die ich aus Mangel an Zeit heute Morgen nicht eingegangen bin, ift zu viel ber freiwilligen Thätigkeit, insbesondere ber Gemeinden, überlaffen. Allein felbst wenn wir ein folches preußisches Wohnungsgesetz bekommen, fo möchte ich doch ein Fragezeichen hinter die Bemerkung bes herrn Regierungsrat Bingner machen, daß dann not= gedrungen die andern Staaten rasch nachfolgen mußten. Das scheint mir gar nicht fo ficher zu fein. Gerade wenn ein folches Wohnungsgefek au ftande kommt und weitgebende Bestimmungen enthält, dann ift es nicht undenkbar, daß die andern deutschen Staaten babon profitieren, daß fie es nicht nachmachen, indem Leute, benen es gleich ift, wo fie wohnen, in diese anderen Staaten ziehen. Ich möchte da doch an die Erjahrungen der Bereinigten Staaten in Sachen bes Arbeiterschutzes erinnern, wo es nicht moglich war, die Bekämpfung des sweating system in einem Staate durchzuführen, weil die andern Staaten nicht mitmachten. Ich glaube, daß hier in der Arbeiterschutgesetzgebung und in der Fabrifinspektion eine wichtige Analogie liegt, die uns eine Reichsgesetzgebung als Rotwendigkeit erscheinen läßt. Denken Sie doch an die Art und Beife, wie unfere Landesgrenzen verlaufen, da ift es doch gang undenkbar und wäre ein gang unhaltbarer Buftand, daß hier eine scharfe, wirklich erfolgreiche Wohnungsinspektion befteht und eine halbe Stunde davon im Nachbarstaat nicht! Und darum

möchte ich doch bei der Forderung bleiben, daß über die Einzelgesetzung eine Reichsgesetzung gefügt werden möge, wie die Reichsversaffung über die der einzelnen Staaten gesügt worden ift.

Mit dieser Forderung möchte ich schließen und mit der im Anschluß an den dritten Reserventen gerade durch die heutige Berhandlung gewonnenen Überzeugung, daß die Wohnungsfrage eine bestriedigende Lösung nicht sinden wird, wenn wir nicht der ganzen Frage der Organisation des städtischen Realkredits näher treten.

Borfigender: Das Wort hat herr Dr. Eberstadt zu einer perfonlichen Bemerkung.

Dr. Eberstadt (Berlin): Das Wesentliche, was ich sagen wollte, hat Herr Pros. Fuchs vorweggenommen. Herrn Pros. v. Philippovich gegenüber muß ich betonen, daß wir gesagt haben, die Mietskaserne erzwingt allgemein ein gewisses Baushstem mit bestimmten Folgen. Niemals haben wir gesagt, sie sei ein Hemmnis; wir haben gesagt, sie ist eine Zwangsschablone. Auch ist von unserer Seite nie versprochen worden, billiger zu wohnen. Bezüglich der Kapitalisierung habe ich gesagt: wenn der Zinssuß steigt, und da der Zinssuß von Einsluß ist — wie Herr Pros. v. Philippovich selber als seine Meinung ausgesührt hat —, so müßten mit dem Steigen des Zinssußes die Grundstückswerte entsprechend sallen. Dies tritt aber im städtischen Wohnungswesen nicht ein, sondern die Mieten werden entsprechend gesteigert, und die Grundstückspreise bleiben unverändert; also keine Kapitalisierung nach dem Zinssuß, sondern Änderung der Mieten. Ich hosse, daß damit die Sache vollständig klargestellt ist.

Borsitzender Dr. Brentano: Wir sind am Schluß unserer heutigen Tagesordnung. Ich glaube, wir können mit Bestriedigung auf eine inhaltereiche und belehrende Diskussion zurücklicken. Unsere Referenten haben sich überboten im Beibringen und in durchsichtiger Darstellung von Material, wie in der Darlegung der sich daraus ergebenden Probleme. Wenn ich auf das Gehörte zurücklicke, so ist es zunächst meine Ausgabe, das hervorzuheben, worin die heutigen Redner übereinstimmten, und dann, worin sie auseinandergingen. Ich bin so glücklich, mehr Übereinstimmen als Auseinandergehen konstatieren zu können. Bor allem — und es ist wichtig, dies zu konstatieren — ist von keiner Seite bestritten worden, daß eine Wohnungsstage, nämlich der Wohnungsmangel der unteren Klassen und der mangelhafte

8 \*

Buftand ihrer Behaufungen. Daß folche Wohnungsfrage befteht, ift von keiner Seite verneint worden; im Gegenteil, es find noch weitere Belege für ihr Bestehen beigebracht worden. Worin man außeinanderging, das war die theoretische Bearundung der Wohnungsteuerung und des Wohnungs= mangels. Sier hat Berr Prof. v. Philippovich einen Apfel der Zwietracht in die Reihen der Redner geworfen, indem er eine weit verbreitete Un= schauung bestritten hat. Philippovich geht von der Anschauung aus, daß die Mietsteigerung ihre Ursachen hat im Innern der Stadt, und daß diefe Mietsteigerung im Innern, wie fie hervorgerufen wird durch die Zunahme der fich um die Wohnungen Bewerbenden, die Urfache des Steigens der Preise an der Peripherie ift. Dieses führe zur Spekulation; nicht also die Spekulation sei die Urfache der Preissteigerungen, sondern umgekehrt bie Mietsteigerungen im Innern feien die Urfache ber Spekulation. Darin ftedt viel Wahres. Hinfichtlich des hiftorischen Vorgangs hat er wohl Die Mietsteigerungen im Innern der Städte find das erfte, und fie rufen dann die Spekulation an der Veripherie hervor; aber es geht nicht an, dabei ftehen zu bleiben und nicht zu fragen, wie die fo hervorgerufene Spekulation an der Peripherie wieder gurudwirkt auf die Mieten im Innern der Stadt. Man blicke nur auf die Wirkung der Bilbung großer Terraingesellschaften, in denen alle möglichen Spekulanten fich zusammenthun, um alles Land im Umkreis großer Städte aufzukaufen. Sie bieten das Aufgekaufte dann wieder zu fehr gesteigerten Preisen an, und die Form der Attiengesellschaft ermöglicht ihnen, fehr lange zuzuwarten, bis fie, durch Binsverluft genötigt, fich entschließen, mit den Preifen herunterzugehen. Nun hat herr v. Philippovich felbst hervorgehoben, daß der Mann, ber im Innern der Stadt wohnt, fich nur fehr ungern entschließt, an die Peripherie zu ziehen, weil es fich in fehr vielen Beziehungen draußen viel unbequemer wohnt als im Innern. Es muß der Mietpreis im Innern also fehr hoch fteigen, bis er fich jum hinausziehen entschließt. Steigert aber die Spekulation durch Aufkaufen des Landes an der Peripherie den Preis auch der an der Beripherie gelegenen Wohnungen, so kommt zu den mannigfachen Beschwerlichkeiten des Draukenwohnens noch die Verteuerung der an der Peripherie gelegenen Wohnung hinzu, und der Preis der im Innern der Stadt gelegenen Wohnung kann viel höher fteigen, bis man fich jum hinausziehen an die Beripherie entschließt. Die Spekulation hat also die Wirkung, durch Berteuerung des Preises der an ber Peripherie liegenden Grundstude und Wohnungen den Bunkt hinaus= zuschieben, bei dem der Stadtbewohner sagt, lieber nehme ich die Un= annehmlichkeiten des Draugenwohnens auf mich, als weiter höhere Mieten

ju gablen, und auf diese Weise trägt fie, die burch die Mietsteigerung im Innern hervorgerufen ift, dann gur weiteren Mietsteigerung im Innern bei. Wir haben es also mit Wirkung und Gegenwirkung zu thun. Es ift aber fehr verdienstvoll, daß Prof. v. Philippovich hervorgehoben hat, daß die prima causa der Mietsteigerung nicht, wie so häufig gesagt wird, in der Spekulation zu suchen ift, daß die Spekulation es vielmehr ift, die umgekehrt durch die Mietsteigerung im Innern der Stadt hervorgerufen wird, wenn auch die Rudwirkung ber fo hervorgerufenen Spekulation auf die abermalige Mietsteigerung im Innern nicht übersehen werden darf. Über diefer Meinungsverschiedenheit bezüglich der Rolle, welche die Spekulation in der Berurjachung der Wohnungsverteuerungen spielt, find wir nun vollständig um die Diskuffion des wichtigen Problems gekommen, mas für Mittel zu ergreifen waren, wo die Spekulation bei der Mietsteigerung mitwirft. Das ift fehr zu bedauern. Andererseits mindert fich wieder dieses Bedauern, wenn wir erwägen, daß Projeffor Ruchs, der fo lebhaft den dem ameiten Referenten entgegenstehenden Standpunkt vertreten hat, von den gegen die Spekulation gerichteten Magnahmen nicht allzuviel zu halten schien. Wenigftens habe ich feinen Ausführungen entnommen, daß er von den gegen die Spekulation gerichteten Steuermagregeln fich nicht zu viel Erjolg verspricht (Brof. Ruchs: Doch etwas mehr!), und insofern kame er alsdann auch mit dem zweiten Reserenten wieder praktisch zusammen, der diesen Beilmitteln gleich= falls kein Gewicht beilegt, weil er ja eben die Spekulation als stark wirkende Urfache der Wohnungsnot leugnet. Somit scheint mir die Differenz zwischen bem erften und zweiten Referenten nicht von allzugroßer praktischer Bedeutung hinsichtlich der sonstigen Magnahmen, welche zur Steuerung der Wohnungsnot in Angriff zu nehmen find, war eine erfreuliche Übereinstimmung vorhanden. Da ift eigentlich taum ein Diffens hervorgetreten. Binfichtlich aller der Magnahmen, die Brof. Fuchs vorgetragen und Landesrat Brandts dann erganzt hat, ift blog von einer Seite ein Widerspruch er= folgt, infofern einer ber Redner meinte, daß ein Reichsaeset weder möglich noch notwendig fei, da man mit den beftehenden Gefegen schon vollständig auskommen könne: alle anderen Redner vertraten die Forderung weitgehender geseklicher Magnahmen. Gine Meinungsverschiedenheit bestand noch binfichtlich des Wertes der Mietskaferne und des Einzelhauses; aber auch in diefer Beziehung läßt fich wohl eine Berföhnung der verschiedenen Mei= nungen finden, insofern als die Berteidiger des Einzelhauses nicht bestritten haben, daß die Mietskaferne unentbehrlich ift, wo in der Stadt ober im nächsten Umtreise derselben gebaut wird, und infofern auch von den Berteidigern der Mietstaferne nicht die großen Borzuge des Ginzelhaufes be-

stritten wurden. Ich glaube, die Meinungsverschiedenheit beruht wesentlich daraus, daß die Vertreter der verschiedenen Anschauungen Ortschaften von verschiedener Größe bei ihrer Erörterung im Auge hatten, und so glaube ich in der angenehmen Lage zu sein, im großen und ganzen eine ganz erstaunliche und ersreuliche Übereinstimmung der Anschauungen sesssschause zu können (Heiterkeit), denn wo Differenzpunkte waren, handelte es sich mehr um theoretische Meinungsverschiedenheiten, als um solche von praktischer Bedeutung, und somit glaube ich die Hoffnung aussprechen zu dürsen, daß aus diesen Verhandlungen allen Städten und auch dem platten Lande großer Rugen erwachsen möge, ganz speciell auch unserer Stadt München, und ich hoffe insbesondere, daß auch die Gesetzgebung in den verschiedenen deutschen Staaten sruchtbringende Anregung ersahren wird durch daß, was wir hier verhandelt haben.

Bevor ich Sie nun entlasse, muß ich noch eines hervorheben: daß unsere morgige Verhandlung stattfinden wird im Mathildensaal, Mathildenstraße 4/5. Wir werden morgen um 9 Uhr unsere Verhandlungen über Handelspolitik in dem eben genannten Lokale sortsetzen.

(Schluß 6 Uhr 19 Minuten abends.)

## Iweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 24. September 1901.

(Beginn vormittags 9 Uhr.)

Borsitzender Sektionschef Prof. Dr. v. Inama=Sternegg (Wien): Bei Beginn der heutigen Sitzung gestatten Sie mir vor allem einige sormelle Bemerkungen. Wir haben die Absicht, den ganzen Bormittag so zu verwenden, daß wir die drei Referenten zu Worte kommen lassen. Nach dem ersten Reserate wird Herr Prof. Schmoller Ihnen eine kurze Mitteilung in Bezug auf die Wahlen machen. Nach dem zweiten Reserate sollen die Stimmzettel eingesammelt und das Skrutinium gemacht werden. Die Mittagspause wird zwischen 1 und 2 Uhr sein, und dann treten wir in die Diskussion ein.

## Wirkung der gegenwärtigen und Ziele der künftigen Handelspolitik, insbesondere in social= politischer Beziehung.

I.

## Referat

bon

Projeffor Dr. Walther Lot (München).

Das neue Jahrhundert hat Deutschland vor eine Entscheidung gestellt, von der nicht mehr und nicht weniger als Deutschlands zukünftige Weltsstellung, vielleicht auch das wirtschaftliche und politische Gleichgewicht zwischen den Völkern des europäischen Festlandes und Nordamerikas abhängt.

Der Gang der Wirtschaftsgeschichte zeigt, daß die führende Rolle hinfichtlich Macht und Wohlstand gewechselt hat. Beränderungen der Welthandels= wege, Eroberungen und Zusammenschluß kleinerer zu größeren Wirtschafts= gebieten scheinen zunächst allein den Ausschlag zu geben, welche Bölker emporkommen und welche zu Grunde gehen follen. Und doch, fobald wir genauer nachforschen, sehen wir, daß die Bölker selbst — im Augenblick, da sie im Höhepunkte stehen — durch eigene Verblendung das ihrige zur Beschleunigung des Riederganges beitragen: teils durch Unter= lassungen, also durch die Politik der versäumten Gelegen= heiten, teils durch positive Maßnahmen, die von einflußreichen, aber furzsichtigen Sonderintereffenten jum Schaden ber Gesamtheit burchgesetzt werden. Es ift, als ob ein Verhängnis walte, welches die Völker zwingt, wenn der Gipfel erklommen ift, felbst die Ursachen zu setzen, die den Niedergang beschleunigen. Stehen wir Deutsche wirklich jest an folchem Wendepunkte?

Es schien bis vor kurzem, als ob unser deutsches Vaterland sich in einer jortwährend aufstrebenden Entwicklung befinde. Drei Länder ringen

vor allem heute um die führende Stellung in Ausdehnung des wirtsschaftlichen und politischen Einflusses; sie wetteisern in finanzieller Macht, in Hebung des Kulturniveaus der unteren Klassen, serner in Fortschritten auf den Gebieten des Seehandels und der Landtransportmittel, endlich in der wohlseilsten Hersellung industrieller Massenartikel: es sind dies Groß-britannien, Deutschland und die Bereinigten Staaten.

Deutschland hatte zwischen 1894 und 1900 sich zum wirtschaftlichen Mittelpunkt des sestländischen Europa entwickelt. Berlin war bis Ende 1896 der Stapelplat für die Getreidesendungen und Getreidebezüge wichtiger Gebiete der Welt, Magdeburg und Hamburg waren bis dahin die Centren und Preisbestimmungsplätze des internationalen Zuckerhandels. Die deutschen Banken begannen den Zahlungsverkehr zwischen Rußland und Asien einersseits und Amerika andrerseits zu vermitteln. Über Deutschlands Häsen suchte der Verkehr zwischen überseeischen Gebieten und Rußland, Schweden, Österreich ungarn seinen Weg.

Deutschland durste hoffen, — durch Handelsverträge mit Außland, Österreich = Ungarn, Italien, den Balkanstaaten und der Türkei innig verbunden —, in der Zukunst sür den Berkehr nach dem Orient, zu dessen Ausschlessung durch Sisenbahnen auch die deutschen Kapitalisten beitrugen, eine der Haupthandelsmächte zu werden. Der Deutsche begann der Kausmann Centraleuropas zu werden, so wie einst der Holländer der Kausmann Deutschlands gewesen war. Und zur Blüte des Berkehrs und Handels kam zweierlei hinzu: der Besitz einer achtunggebietenden Militär= macht und eine Industrie, die nicht nur das Inland versorgte, sondern steigende Aussuhrzissern auswies. Für unsere Industrie = Aussuhr tauschten wir in steigendem Maße Güter der verschiedensten Jonen und Bölkerzgebiete ein.

Die Lage der industriellen und der ländlichen Arbeiter besserte sich, und zwar so augenscheinlich, daß die principiellen Gegner der heutigen Wirtschaftsordnung ansingen, ihr Dogma von der Verelendung der Massen preiszugeben. Die Spareinlagen und die Steuererträgnisse wuchsen; und nicht bloß in den oberen Zehntausenden, sondern speciell in den Einkommenstusen zwischen 900 und 3000 Mk. zeigte sich erfreuliche Zunahme.

Die Zahl der auf Gisenbahnen und Wasserstraßen 1894 bis 1900 besörderten Güter nahm zu; keineswegs aber kehrte Dankbarkeit und Zufriedenheit überall ein.

Die große Sorge, welche die Gemüter bewegte, galt der deutschen Landwirtschaft. Bielsach schien es, als ob dieser wirtschaftlich, social und politisch so bedeutsame Erwerbszweig keineswegs am Ausschwunge und

der Blüte des übrigen deutschen Wirtschaftslebens teilnehme. In den Jahren 1893/94 kamen die Nachwirkungen von Viehseuchen, sowie der Futternot — mit niedrigen Getreidepreisen zusammensallend — einer agrarischen Bewegung zu Gute, die immer mehr an Macht gewann.

Viele glaubten, der Untergang der gesamten deutschen Landwirtschaft stehe geradezu bevor. Jedenfalls stieg von Jahr zu Jahr die Unzusriedensheit der landwirtschaftlichen Bevölkerung, obwohl die Preise Ende der 90er Jahre sich besserten. Die Führer der Landwirte verlangten eine veränderte Handelspolitik. Vornehmlich durch erhöhte Jölle auf landwirtschaftliche Produkte, erklären sie, müsse schleunigst ihrer Notlage abgeholsen werden.

In der That beobachten wir, daß keineswegs bloß Männer, die Sonderinteressen der Großgrundbesitzer versechten, sondern sogar gelegentlich Eigenbrötler aus dem Lager der principiell freihändlerischen Linken sich der Forderung nach höheren Getreidezöllen in gewissem Maße geneigt gezeigt haben. Wir sehen, daß die Regierungen im neuen Zolltaris auszgiebig, wenn auch nicht zur Besriedigung aller Landwirte, die Zollwünsche berücksichtigen. Der jetzige Reichskanzler hat sich für höhere Getreidezölle erklärt. Die verschiedenen Parteien, die überhaupt dem Schutzoll geneigt sind, unterscheiden sich nur dadurch von einander, daß die Ginen eine sogenannte mäßige Erhöhung der Getreidezölle unter Wahrung des Princips langsristiger Tarisverträge, die Anderen mehr oder weniger eine Berdoppelung der heute im Vertragstaris sestzelegten Zollsäte und zwar als Mindestzölle in einem Doppeltaris sestzelegt verlangen.

An sich erscheint der letztgenannte von den beiden Standpunkten, wenn überhaupt erhöhte Getreidezölle etwas Gutes sind, ungleich konsequenter und verständlicher.

Wir haben es uns vorher sagen müssen, daß wir mit unserem schutzzöllnerischen Taris in der ganzen Welt eine uns seindliche Schutzollströmung
entsessen, um sich die Zollerhöhung nachher in Tarisverträgen abhandeln
zu lassen, um sich die Zollerhöhung nachher in Tarisverträgen abhandeln
zu lassen, mag ja Manchem im Interesse neuer Vertragsverhandlungen recht
klug scheinen. Daß aber unseren Landwirten, wenn es wahr ist, daß sie
ohne höhere Zölle wirklich zu Grunde gehen, durch bloß papierene Zölle,
die man durch Handelsverträge wieder ermäßigt, nicht Vestriedigung gebracht
wird, ist sonnenklar. Erkennt man aber daß Verlangen, daß ein als
nützlich und notwendig erwiesener Schutzoll nicht ermäßigt werden sollte,
als solgerichtig an, so müßte man freilich konsequenterweise noch weiter
gehen. Man müßte erklären: unser Zolltarisentwurs und daß Verlangen

unserer Landwirte nach einem Minimal- und Maximaltaris für Getreibe ist noch nicht einmal eine ganz zielbewußte Nachahmung des schutz-zöllnerischen Ideals, nämlich des Taris des französischen Kabinetts Meline von 1892.

Die Mehrheit der Franzosen war damals — ich weiß nicht, ob sie es noch heute ist — völlig davon überzeugt, daß ein hoher Getreidezoll überaus nühlich sei. Daher stellte man aber nur einen einzigen Tarissah, nicht zwei Tarise, für Getreide auf und vermied es schlechtweg, diesen Getreideminimalzoll durch Verträge zu binden. Die Franzosen schusen zwar einen Doppeltaris sür andere Dinge, sür Getreide jedoch einen Einsheitstaris. Die deutschen Nachahmer dagegen schaffen einen Doppeltaris nur für Getreide. Der französische Standpunkt ist leichter zu verstehen als der deutsche. Denn beim Nebeneinanderbestehen des Zolls von  $7^{1/2}$  und  $3^{1/2}$  Mk. hat es sich im deutsch-russischen Zollstrieg gezeigt, daß nur der niedrigere von zwei nebeneinander bestehenden Getreidezöllen gegenüber dem Weltmarkt verteuernd wirkt, daß aber sür die Müllerei differenzierte Getreidezölle große Schädigungen bringen können, sosen nicht ein Mehlzoll eristiert, dessen Minimum dem höchsten jeweils gültigen Getreidezoll entspricht.

Ich bin so sehr geneigt anzuerkennen, daß ein erhöhter Getreidezoll, wenn er nötig und nüßlich ist, vor jeder Möglichkeit der Ermäßigung bewahrt bleiben muß, daß ich nur erstaunt darüber bin, daß in dem vorliegenden Zolltarisentwurf, der Minimalzölle sur Getreide vorsieht, nicht konsequenterweise auch der Mehlzoll davor bewahrt wird, durch Verträge unter ein bestimmtes Minimum herabgesett zu werden.

Es würde in der That vom schutzöllnerischen Standpunkte aus eine sehr ernste Gesahr bedeuten, wenn die Wohlthat, einen nicht zu versmindernden Zollschutz zu genießen, nur auf das Rohmaterial Getreide beschränkt werden würde und die Möglichkeit bliebe, durch vertragsmäßige Herabsehung des Mehlzolles die Einsuhr verarbeiteten Brotgetreides zu begünstigen.

Wenn zum Wohle Deutschlands erhöhte Getreidezölle unentbehrlich sind, dann dürsen sie nicht zum Kompensationsobjekt bei Handelsverträgen gebraucht werden. Die Frage lautet demgemäß: Ist eine Erhöhung der Getreidezölle mit dem Wohle Deutschlands verträglich? Ich will mir bei Erörterung dieser Frage eine heilsame Beschränkung auserlegen. Die sehr beachtenswerten Gesichtspunkte, welche Brentano, Conrad, Dietzel, Gothein, Helsserich und neuerdings Schäffle gegenüber der Schutzollbewegung geltend gemacht haben, will ich vor Zuhörern, die wohl alle von diesen Beröffentlichungen Kenntnis genommen haben, nicht nochmals hervorheben. Vielmehr will ich

lediglich 1. einige neuere Beobachtungen über die Beziehungen zwischen Landwirtschaft und industrieller Entwicklung ohne Anspruch auf erschöpfende Behandlung der Frage Ihnen vorlegen, 2. dann speciell die Frage erörtern, ob eine Erhöhung der Getreidezölle mit dem Gesamtinteresse Deutschlands vereindar, insbesondere auch zur Gesundung landwirtschaftlicher Zustände geeignet sei, endlich möchte ich noch 3. auf die internationale Lage und besonders auf unsere handelspolitischen Interessen gegenüber dem amerikanischen Kontinent Ihre Ausmertsamkeit lenken.

M. H.! Wenn wir sehen, daß viele nicht selbst an der Getreideproduktion interessierte Persönlichkeiten sür Getreidezölle eintreten, so ist bei den meisten diese Sympathie sür höhere Agrarschukzölle nicht Ergebnis ökonomischer Forschung, sondern einer Stimmung. Der Grundzug der Stimmung ist, daß die Landwirtschaft sür die Nation, auch bei großer industrieller Blüte, unentbehrlich sei. Es ist mehr die sehr begründete Überzeugung von Wert und Unentbehrlichkeit einer blühenden Landwirtschaft, als etwa eine ebenso begründete Erkenntnis von der Gemeinnützskeit hoher Agrarzölle, welche bewirkt, daß gerade unter der städtischen Bevölkerung — namentlich der wohlhabenderen Klassen — eine Anzahl Anhänger erhöhter Getreidezölle sich sinden. Die meisten Vertreter dieser Stimmung sind eigentlich nur über zwei Dinge sicher: daß eine durchaus großstädtische Entwicklung nicht wünschenswert und sehr undesriedigend sein würde und außerdem, daß es von rechtswegen den Landwirten besser gehen müsse, als heute der Fall ist.

In wiefern steht diese Stimmung nun in Zusammenhang mit höheren 3ollen?

Das Streben der neuesten deutschen Zollpolitik ist von einem Grundgedanken beherrscht: man wünscht am Inlandsmarkte lohnende Preise. Thatsächlich handelt es sich dabei um nichts Geringeres, als um eine Umkehr von dem Wege, der seit 1892, ja von dem Wege, der im ganzen 19. Jahrhundert beschritten worden ist.

Wollen wir exportsähig bleiben und exportsähiger werden, — und wir wünschten dies bisher —, so brauchen wir billige Produktionskosten. Unser neuer Zolltarif basiert aber auf dem Grundgedanken, der größte Segen seien höhere Preise.

Biele glauben, es sei möglich, die Zollerhöhungen zu bewilligen und dennoch den Export dank neuen Handelsverträgen aufrecht zu erhalten.

Borübergehend kann bies möglich sein, mit Raubbau an der nationalen Arbeitskraft. Dauernd nie. Am wenigsten bei verteuerter Ernährung. Gerade auf diese Wirkung zielen aber die neuen Agrarzölle ab.

Ohne auf Bestrebungen zu verzichten, welche den Verkäufern von Vieh, Butter, Giern u. s. w. höhere Preise schaffen sollen, erklären seit 1893/94 die Führer der landwirtschaftlichen Bewegung es als jelbstverständlich und als unentbehrliche Voraussetzung für Besserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse, daß höhere Getreidepreise erreicht werden müssen.

Es ist nach der heutigen Gruppierung der Parteien sicher, daß hohe oder überhaupt erhöhte Getreidezölle ohne gleichzeitige Steigerung der Zölle auf die anderen landwirtschaftlichen und auf forstwirtschaftliche Produkte nicht durchgesetzt werden können. Noch gewiffer ift, daß die erhöhten Getreidezolle nicht ohne Erfüllung der Bunfche der schutzollnerischen Gruppe der Induftriellen, und zwar der fartellierten Induftrien, berwirklicht werden. Der Zolltarisentwurf trägt in der That diesem Gedanken der gegenseitigen Bersicherung auf Schutzoll Rechnung. Teureres Getreide muß also das Streben nach teurerem Fleisch, Futter, teuren Giern, teurem Dbst und Gemufe, jedenfalls aber auch nach möglichst teurem Gifen, teurem Leder, teurem Glas, teurem Baumaterial — und dadurch auch teuren Wohnungen - jur Folge haben. Die Ermäßigungen im neuen Zolltarif 3. B. für Soda, Eisen für Flußschiffbau u. s. w. und einige andere Erleichterungen treten weit zuruck, 1. neben der Aufrechterhaltung bestehender hoher, durch Rartelle ausgenütter Industriezölle, 2. neben Erhöhungen, die teils direkt, teils durch Specialifierung des Tarifs bewirkt find. industriellen Teil des neuen Tarijs kann man in vielem geradezu als staat= liche Unterstützung der Kartellbildung bezeichnen. Hierzu tragen die Getreide= zollagrarier, ohne es zu wollen, durch die Sammlungspolitik bei.

Wenn wir trothem die Getreidezölle zunächst einzeln herausgreifen, so geschieht es aus zwei Gründen: Erstens wird die ganze Politik der Sammlung der Hochschutzsöllner zusammenbrechen, wenn die Erhöhung der Getreidezölle nicht verwirklicht wird. Es ist also hier der Schlüssel der Position.

Zweitens ift mit ziemlicher Sicherheit auf Grund wissenschaftlicher Borarbeiten die Wirkung erhöhter Getreidezölle auf die arbeitenden Klassen und die Stellung Deutschlands am Weltmarkt voraus zu bestimmen, während allerdings zugestanden werden muß, daß über die möglichen Wirkungen der übrigen Zollerhöhungen mindestens sehr gestritten werden kann.

In einer Bersammlung von Socialpolitikern wird man mit dem größten Ernste es beachten müssen, wenn die politisch einflußreichsten Landwirte — wie es geschieht — erklären: Uns selbst erscheint in erster Linie eine Steigerung der Getreidepreise als nötig und geeignet, die agrarischen Zustände zu bessern. So gut man bei Beratung eines Gesetzes über Koalitionsfreiheit als Socialpolitiker auf die Ansichten der organisierten Arbeiter über Schutz der Arbeitswilligen Rücksicht nehmen sollte, so sehr scheint es naheliegend, in einem Augenblicke, in welchem auch viele kleinere Bauern jetzt als Anhänger erhöhter Getreidezölle austreten, dieser Stellung-nahme der Interessenten Gewicht beizulegen.

Und doch würde es höchst versehlt und unlogisch sein, solgenden häusig versochtenen Schluß aufzustellen: Dem Arbeiter suchen wir volle Koalitionsfreiheit zu schaffen, die 'er wünscht: dem Bauern gebühren daher nach dem Grundsaße: "Leben und leben laffen", die höheren Getreidezölle, die er wünscht.

Die Führer der Landwirte erstreben durch höheren Zollschutz, deffen Motivierung heute genau so wie beim Antrag Kanitz entwickelt wird, die Garantie auskömmlicher Preise für ihre Waren, also 1. durch Staatzeingriff, 2. durch Opfer der Gesamtheit.

Eine Analogie hiermit haben nur diejenigen Arbeitersorberungen, welche auf staatliche Garantie eines Minimallohnes und gesetzliche Erzwingung des Achtstundentags ausgehen.

Die Forberung des gesetzlichen Minimallohns und des allgemeinen gesetzlichen Achtstundentags ift in Europa nirgends bisher gewährt worden. Man hat die Ersüllung versagt, weil man glaubte, daß die Durchsührung nicht im Interesse der Arbeiter selbst liege, weil man ferner zweiselte, ob die Konkurrenziähigkeit der Unternehmer auf dem Weltmarkte nach Durchssührung dieser Staatseingriffe ausrecht zu erhalten sei. Erst wenn lediglich unter der Motivierung, daß die Arbeiter es verlangen und daher erhalten müssen, ohne weitere Prüsung ein gesetzlicher Minimallohn und achtstündige Arbeitszeit gewährt worden wäre, hätten wir einen Präcedenzsall, welcher zwänge — nach dem Grundsaße "Leben und leben lassen" — unbesehen die Forderung höherer Agrarzölle zu konzedieren.

Man wird möglicherweise einwenden, daß die Beschränkung der Frauenund Kinderarbeit durch die Arbeiterschutzgesetzgebung und die deutsche Zwangsversicherung Eingriffe zu Gunsten der Arbeiter auf Kosten der Gesamtheit bedeuteten, die sich mit der Gewährung höherer Getreidezölle an die Landwirte vergleichen ließen. Es wäre jedoch wenig scharfsinnig, diese Analogie verwerten zu wollen. Forderungen der Arbeiterschutzgesetzgebung, deren Berwirklichung die Exportindustrie ruinieren oder nur ernstlich gesährden, sind bisher in Deutschland nicht verwirklicht — ja nicht einmal ernstlich verteidigt worden. Ja sehr viele, nichts weniger als radikale Forderungen sind abgewiesen worden, weil nur von den Unternehmern glaubhast gemacht wurde, daß sie dabei an Konkurrenzsähigkeit etwas einsbüßen könnten. Und die deutsche Arbeiterversicherung ist überhaupt nicht zum Vergleiche heranzuziehen. Sie entsprang nicht den Forderungen der Arbeiterbewegung; sie wurde im Widerspruch zur Arbeiterbewegung durchsgesührt, während bei der eben geschilderten Argumentation zu Gunsten der Agrarzölle ja gerade das Hauptgewicht darauf gelegt wird, daß die Bauern selbst die Maßregel verlangen.

Sieht man sich nach der sonstigen Motivierung der Umkehr in unserer Zollpolitik um, so weit sie bisher bekannt geworden ist, so könnte man meinen, wir Deutsche wären die größten Gemütsmenschen der Welt.

Es überwiegen weitaus die Gefühlsargumente, und es fehlt gang merkwürdig an klaren, verstandesmäßigen ökonomischen Beweisen.

Da begegnet uns zunächst das nationalpolitische Argument. Gine positive Politik mit einer schaffensfreudigen Reichstagsmehrheit sei ohne Unterstützung der Landwirte nicht zu treiben. Die Landwirte aber würden ohne höhere Getreidezölle verzweiseln müssen, infolgedessen auch ohne Schutzoll außer stande sein, Marine= und Militärausgaben zu bewilligen. Es ist die Formel: "Kein Kanit, keine Kähne", in einen Lehrsat gebracht.

So schwer und unangenehm es für eine Regierung sein mag, eine im Interesse bes Ganzen für notwendig erachtete Wirtschaftspolitik gegen den Widerstand national gesinnter und patriotischer Männer durchzusühren, so ist doch eine solche Führung der Reichsgeschäfte unendlich viel leichter, verzelichen mit dem anderen Fall, daß zwar Militär= und Marineausgaben bewilligt sind, eine Wirtschaftspolitik und Socialpolitik aber dasür ausgenötigt wird, bei der die Steuersähigkeit des Volkes zurückgeht, die Ausewanderung und vielleicht auch die Sterblichkeit zunimmt, bei staatlich verursachter Teuerung fortwährende Streitigkeiten zwischen den privaten Unternehmern und ihren Arbeitern drohen, endlich Unzusriedenheit der staatlichen und kommunalen Beamten in Aussicht steht.

Und wie sehr würde vollends das Ansehen der verantwortlichen Staatsmänner einbüßen, wenn angesichts einer Absahstockung, einer zollspolitischen Verseindung mit dem Auslande, endlich einer starken Steigerung der Lebensmittelpreise bei Mißernten die Macht der Dinge zum Wiedersabbau des jetzt geplanten Zolltaris zwingen würde!

Wer sich an die getreidezollseindliche Strömung von 1891 erinnert, angesichts deren Graf Kanit für zeitweilige Suspension des Fünsmarkzolls, Herr v. Manteuffel für einen dauernden niedrigeren Dreieinhalbmarkzoll eintrat und angesichts deren das Centrum und ein großer Teil der

Nationalliberalen und Konservativen die Zölle von 1887 abbauen halsen, wird — sosen man aus der Geschichte überhaupt lernen will — vielleicht einiges für die Zukunst entnehmen können.

Ein anderes nichtökonomisches Argument lautet: Die landwirtschaftliche Beschäftigung, besonders aber der Besitz der eigenen Scholle biete sür
die Bolksentwicklung, für die Entsaltung von zahlreichen trefflichen Eigenschaften des Körpers und der Seele so ausgezeichnete Boraussetzungen, daß
jede Gesahr des Rückgangs der Landwirtschaft auch unter Opsern der
Gesamtheit abgewendet werden müsse. Deshalb sei ein höherer Getreidezoll
und eine Erhöhung der Viehzölle erforderlich. Gerade die Wertschätzung
der landwirtschaftlichen Bevölkerung in dieser Hinsicht ist sür sehr viele
Politiker und Nichtpolitiker — wenn ich richtig empfinde — ausschlaggebend hinsichtlich ihrer Stellungnahme zu dem Problem: Industriestaat
und Agrarstaat, exportsreundliche und sreiheitliche oder hochschutzöllnerische
Politik.

Ich kann über dies Argument hier sehr rasch weggehen. Nicht deshalb, weil ich die körperlichen oder seelischen Wirkungen des Landlebens gering schätzte. Im Gegenteil, ich stimme von vollstem Innern allen Darlegungen über Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit des Bauernstandes, ja auch in bestimmten Fällen des landwirtschaftlichen Großbetriebes zu: Aber es handelt sich bei diesen Argumenten für Agrarzölle um eine petitio principii, der ich nicht zustimmen kann. Die ökonomisch ausschlaggebende Frage, ob bei Deutschlands heutigem Zustande ohne erhöhte Agrarzölle die Landwirtschaft zu Grunde gehen muß, serner ob erhöhte Agrarzölle haltbar und zur dauernden Förderung der arbeitenden Landwirte in heutiger Zeit möglich und geeignet sind, wird nicht im mindesten klar gelegt durch akademische Betrachtungen über die nützlichen körperlichen und seelischen Wirkungen des Ackerbaues an sich.

Getreidezölle müssen als ein geeignetes Mittel zur Förderung der Landwirtschaft und als vereinbar mit dem heutigen Gesamtinteresse der Nation erwiesen werden. Gelingt dieser ökonomische Beweis nicht, dann zersallen alle Folgerungen, die zu Gunsten der Getreidezölle vom Standpunkt der Gesühle gezogen werden, als unlogisch, und nichts Schlüssiges bleibt übrig.

Che die Kernstrage nun beantwortet wird, ob volkswirtschaftlich die Erhöhung der Agrarzölle im heutigen Stadium ein geeignetes und mögliches Mittel zur Förderung der Landwirtschaft sei, bleibt doch noch ein anderes, nicht rein ökonomisches, aber meines Erachtens sehr wichtiges socialpolitisches Argument gegen die Industrieskaatsentwicklung zu erörtern.

Das Bedenken, welches ich meine, lautet: Führt nicht die industrielle Schriften XCVIII. — Berhandlungen 1901.

Entwicklung schließlich zu einer ungefunden Konzentration der Bewölkerung in wenigen großen Riefenstädten? Wächst nicht schließlich ein überreiztes, nervöses, srühreises, aber schwächliches Geschlecht heran, eine unruhige proletarische Bewölkerung? Gerade Leute, die in Großstädten selbst leben, pslegen dies Bedenken zu äußern.

Hier ist auf einige Verwechslungen und Irrtümer, die insbesondere bei geschichtlichen populären Verallgemeinerungen begegnen, hinzuweisen. Zu diesen Irrtümern rechne ich insbesondere den Hinweis auf Athen und Rom u. s. w. Dr. L. M. Hartmann hat sich kürzlich in der "Nation" der verdienstlichen Thätigkeit unterzogen, den großen Unterschied zwischen dem von öffentlichen Spenden ernährten proletarischen Pöbel des antiken Rom und der produktiven Arbeiterbevölkerung unserer Industriestädte der Gegenwart mit Entschiedenheit klarzulegen.

Außerdem ist es aber voreilig, für die Gegenwart das Zusammenbrängen der gesamten Bevölkerung in wenige riesige Städte als die einzig mögliche Lebenssorm einer überwiegend industriellen Bevölkerung anzusehen.

Zunächst ist ja bekannt, daß bis jett nach unseren Berufstählungen die Industriebevölkerung Deutschlands am meisten in den mittleren und kleinen Orten, nur zu 1/5 dagegen in den größten Städten mit über 100 000 Einwohnern zu sinden ist 1. Ich gebe aber zu, daß sich dies ändern kann und daß sür manche, wenn auch nicht alle Zweige der industriellen und kausmännischen Thätigkeit die Konzentration an einigen volkreichen Mittelpunkten so viel Vorzüge bietet, daß es unwirtschaftlich wäre, bei diesen Geschäftszweigen dem entgegenzuwirken.

Arbeitsgelegenheit in großen Städten braucht aber bei unferen modernen Verkehrsmitteln keineswegs notwendig Wohnungskonzen = tration in den Geschäftsplägen zu bedeuten.

Eines der großen Probleme, die unbedingt der Lösung harren, wenn bewiesen werden sollte, daß wir dem Schicksal als Industriestaat nicht entrinnen können, heißt: decentralisierte Wohngelegenheit mit Ausnützung der modernen Verkehrsmittel.

Wie um die belgischen Industriecentren herum vielsach auf ländlichen Parzellen die Arbeiterbevölkerung wohnt, so ließe sich bei Hersellung von Personen= und Frachttarisen, welche den Umkreis von 30 und mehr

<sup>1</sup> Rach Bb. 111 der Statistik des Deutschen Reichs, Reue Folge, S. 48, entstielen 1895 von 1000 Erwerbsthätigen der Gruppe B (Gewerbe und Bergbau) auf Städte mit 100 000 und mehr Einwohnern 194,1, auf Städte mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern 146,0, auf Städte mit 5000 bis 20 000 Einwohnern 196,8, auf Städte mit 2000 bis 5000 Einwohnern 152,4, auf Gemeinden unter 2000 Einwohnern 310,7. Die industrielle Großstadtbevölkerung hat sich aber 1895 gegen 1882 sehr vergrößert.

Kilometern der Verkehrsmittelpunkte zum gleichen billigen Sate wie die ersten Kilometer bedienen, und bei entsprechender Grundeigentumsresorm eine sanitär und social bestiedigendere Neuansiedlung der für die Arbeitszeit nach den Großstädten zusammenströmenden Bevölkerung sehr wohl in die Wege leiten. Gerade den Staatsbahnen bietet sich hier noch eine socialspolitische Aufgabe, zu deren Lösung der heutige Borortsverkehr erst die bescheidenen Ansänge bedeutet. Statt schlecht rentierender, Getreide verfausender Fideikommißgüter in der Nähe der Großstadt würden uns mit grünem Laub umrankte Arbeiterhäuschen inmitten eines Gemüse= und Obstgärtchens, vielleicht mit einem Stücken Kartosselland verbunden, begegnen, wenn die Eisenbahnen die städtische Grundrente in Weiterbildung des Borortverkehrs unter Ausgleichung der Entsernung bis auf 30, ja 100 km, energisch bekämpsen würden.

Weit entfernt, die nichtokonomischen Bedenken gegen die Industriestaats= entwicklung gering zu schätzen, kommen wir demnach zu folgendem Ergebnis:

Wenn die Entwicklung zum überwiegenden Industriestaat auf natürlichen Grundlagen beruht, dann liegt eine Gesahr für die Nation vor, sosern nicht die Ernährung, Wohnungsweise, Erziehung, Gesittung der industriellen Arbeiterbevölkerung die denkbar beste ist. Wenn anders die Industriesstaatsentwicklung nicht ausgehalten werden kann, so besteht die Lösung des Jutunstsproblems keineswegs darin, daß wir lamentieren, es sei vieles anders geworden wie in der guten alten Zeit, sondern daß wir uns entsprechend den neuen Ansorderungen und unter Vermeidung der klar erkannten Gesahren so verständig wie möglich in unserer Kulturpslege, Verwaltung, Wohnungspolitik, Volksernährung, Armeeorganisation, Steuers und Verkehrspolitik der Beränderung anpassen.

Den Beweis, daß wir in solcher Umsormung, die sich naturgemäß erst allmählich anbahnt, mitten drin sind, daß die Hauptsteuerlast von der ländelichen zur städtischen Bevölkerung hinübergeglitten ist, daß ein Rückgang unseres Exports einen Rückgang der Steuersähigkeit und damit der Finanzen und der deutschen Großmachtstellung zur Folge haben muß: diesen Beweis brauche ich vor Kennern der deutschen Finanze und Bolkswirtschaft nicht zu sühren.

Aber auf ein bisher weniger als die Steuerverteilung und Berufsgliederung beachtetes Symptom der Industrialisierung Deutschlands möchte ich allerbings hinweisen: dies ist die Anpassung der deutschen Landwirtsichaft an die überwiegend industrielle Entwicklung, die Berschiebung des Schwergewichts von den Einnahmen aus Getreidebau auf andere Einnahmequellen.

Gerade heute, wo behauptet wird, nur mit Erhöhung der Getreidezölle sei der Fortbestand der deutschen Landwirtschaft zu garantieren, wird zu= nächst meine Behauptung manchem paradog erscheinen.

Bur Beweisführung mare es mir lieber, wenn ich gang barauf vergichten könnte, die Schätzung der Reichskangler Graf Caprivi und Fürst Sobenlohe zu verwerten. Diefe Schatung nimmt an, daß Betriebe unter 5 ha wenigstens aus Erhöhung ber Preise bes Brotgetreides, weil fie ju wenig zu verkaufen haben, keinen Ruten ziehen. Es wird dann geschätt. daß höchstens 1/4 bis 3/10 der Landwirtschaftsbetriebe am Berkauf von Brot= getreide interessiert feien. Dieser Schätzung wird durch Dr. Dades Berechnungen in den Nachrichten des deutschen Landwirtschaftsrats Widerspruch entgegengesett. Es ware mir unendlich viel lieber, statt ber Schätzungen auf Grundlage der Betriebsftatiftit und der entgegengesetten Aufftellungen von Betreidezollanhängern eine Reichsenquete befter Technit verwerten zu konnen. Es ift für einen wiffenschaftlichen Bertreter ber Bandels= politit allerdings außerft beprimierend, daß nicht einmal bei einem folden Wendepunkt der deutschen Entwicklung, wie heute, die anerkannt beste Technik der Aushellung ökonomischer Fragen, die öffentliche Enquete mit kontradiktorischem Berfahren, der Anwendung würdig befunden worden ift.

Trothem kann die von mir aufgestellte Behauptung so belegt werden, daß gerade die Anhänger erhöhter Getreidezölle die Richtigkeit anerkennen müffen.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat ift seit einigen Jahren so eifrig, als nur irgend benkbar, bemuht, Beweife für die Notwendigkeit höherer Getreidezölle beizubringen. Er hat in 1524 Landwirtschaftsbetrieben Deutschlands mit 207 443,51 ha Erhebungen vorgenommen. Es ist dies eine Gesamtfläche, größer als das ganze Herzogtum Sachsen=Roburg=Gotha (195 800 ha). Aus den Einzelheiten ist erfichtlich, daß es fich keinesfalls um eine getreidezollfeindliche, im freihandlerischen Sinne tendenziöse Erhebung handelt. Die heutigen Leiter des Deutschen Landwirtschaftsrats find über solchen Berdacht der Getreidezollfeindlichkeit durchauß erhaben. Ob die kleinsten Betriebe im Berhaltnis zu ihrer Säufigkeit genügend berücksichtigt murden und ob die Kiktion, daß die festgestellten Ergebnisse typisch seien, zutrifft, kann hier leider nicht eingehend erörtert werden. Was ergiebt fich aber, wenn man die Erhebungen einmal entsprechend der Annahme des Landwirtschaftsrats ohne weiteres als zutreffend und typisch annimmt? Bon den Ergebniffen ift am meiften besprochen, daß die durchschnittliche Rente der 1524 Betriebe nur 2,1 % betrage. Genauer ift zu fagen, daß ein Reinertrag von 6201599 Mf. berechnet wurde, von dem 2427199 Mf. für eine 5% ige

Verzinsung des beweglichen Betriebskapitals (auf 48 543 983 Mk. berechnet), sowie 2571 094 Mk. für eine 3% ige Verzinsung des Gebäudekapitals (auf 85 703 148 Mk. berechnet) abgezogen wurden.

Da dann nur 1 203 306 Mf. übrig bleiben, der Wert der Grundstücke ausschließlich der Gebäude aber auf 167 209 843 Mf. (806 Mf. pro Hektar) geschätzt wurde, so käme dann, wenn die Schätzung des Reinertrags von Mängeln frei sein sollte, eine reine Grundrente von durchschnittlich nur 0,7 %, also ein Deficit bei allen einigermaßen mit Schuldzinsen belasteten Betrieben heraus. Ich lasse hier unerörtert, ob die schwierige Ausgabe der Schätzung des Werts der eigenen Wohnung und des Verdrauchs selbsterzeugter Produkte im Haushalte des Besitzers, sowie die Ausgabe der Kostenberechnung völlig zutressend gelöst ist, was sich bezweiseln läßt.

Zur Ausbefferung der Grundrente werden jedensalls vom Landwirts schaftsrat höhere Lebensmittelpreise, und zur Herbeisührung derselben namentslich höhere und zwar nahezu verdoppelte Getreidezölle verlangt.

Prüsen wir jedoch das von den Schutzollinteressenten selbst beschaffte Material näher, so zeigt sich, daß es keineswegs zur Motivierung erhöhter Getreidezölle brauchbar ist. Das Material beweist vielmehr, daß durchschnittlich der Schwerpunkt der als typisch erklärten 1524 Betriebe nicht im Produzieren von Getreide zum Berkauf ruht.

Die Bruttoeinnahmen der vom Landwirtschaftsrat untersuchten 1524 Betriebe betrugen 34063772 Mark. Da es sich um durchschnittlich mehr als 20000 Mt. Bruttoeinnahmen pro Betrieb handelt, so ist schon hierauß ersichtlich, daß die großen Betriebe bei der Erhebung recht reichlich berückssichtigt worden sind.

Bon ben Bruttoeinnahmen lieserten im Durchschnitt Deutschlands Getreide  $26,4\,^{\circ}/_{\circ}=8\,984\,991\,$  Mt., sonstige Ackererträgnisse, insbesondere Zuckerrüben und Kartosseln  $16,3\,^{\circ}/_{\circ}=5\,557\,717\,$  Mk., Tiere und tierische Erzeugnisse  $40,6\,^{\circ}/_{\circ}=13\,826\,515\,$  Mk., serner landwirtschaftliche Nebengewerbe  $8,9\,^{\circ}/_{\circ}=3\,043\,762\,$  Mt., Waldbau  $1,1\,^{\circ}/_{\circ}=366\,246\,$  Mt., Weinbau  $0,4\,^{\circ}/_{\circ}=125\,805\,$  Mt., sonstige Einnahmequellen  $6,3\,^{\circ}/_{\circ}=2\,158\,736\,$  Mt.; Summa  $100\,^{\circ}/_{\circ}=34\,063\,772\,$  Mt.

Biel schärser als im Durchschnitt Deutschlands tritt die Erscheinung, welche hier zu erörtern ist, gerade bei den 48 vom Landwirtschaftsrat im rechtscheinischen Bahern untersuchten Betrieben (mit insgesamt 3788,46 ha) hervor. Die Betrachtung des rechtscheinischen Baherns ist um so notwendiger, als hier gegenwärtig die Bewegung für höhere Getreidezölle wohl am leidenschaftlichsten auftritt. Ferner hat allerdings gerade im rechtserheinischen Bahern früher einmal die Getreideproduktion als Hauptquelle

des Wohlstandes gegolten. In Bayern wurde 1828 bei Beranlagung der Grundsteuer überhaupt nur der bei der Dreifelderwirtschaft erzielbare Kornertrag veranlagt. Wiesen= und Waldertrag wurde in Korn umgerechnet. Der Viehbestand erschien als Zubehör, als notwendig zur Getreideproduktion, im übrigen so wenig als Symptom des Keichtums und Haupteinnahmequelle, daß man, genau wie anderwärts, auch in Bayern diesen Vermögensteil bei der Einschäung der bäuerlichen Steuersähigkeit damals ignorierte.

Gegenwärtig find nach den Erhebungen des Landwirtschaftsrats im rechtsrheinischen Bahern dem Getreideverkauf in den typischen Betrieben nur 15,5 % der Bruttoeinnahmen verdankt gegen 38,6 %, die die Tiere und tierischen Produkte bringen, woneben 25,2 % aus landwirtschaftlichen Nebenerwerben (Brennerei u. s. w.) noch eine Hauptrolle spielen. Die baherischen Getreidepreise gehören, nebenbei gesagt, zu den höchsten der Welt.

Von insgesamt 824 407 Mf. Bruttoeinnahmen liesert hier das Getreide aller Art 127 491 Mf. Gelingt es durch zollpolitische Maßnahmen die Getreidepreise um ein Drittel des bisherigen Standes zu steigern, was eine enorme Belastung des Volkes bedeutete, so wäre allenfalls eine Einnahme von 170 000 statt 127 491 Mf. aus Getreide zu erwarten. Beiläusig sei bemerkt, daß eine Erhöhung des Münchner Getreidepreises von Mitte September 1901 um ein Drittel Weizenpreise von 243, Roggenpreise von 205 Mf. pro Tonne bedeuten würde. Dasur stände sicher ein Kückgang des Absahes von Erzeugnissen der Viehhaltung in Aussicht, also der Einnahmequellen, die bisher allein zusammen 318 454 Mk. einbrachten.

In den untersuchten Betrieben des rechtscheinischen Baherns ist der Anteil des Getreideerlöses an den Gesamteinnahmen besonders gering. Immerhin bleibt auch in zahlreichen anderen Teilen Deutschlands der Getreideerlös hinter dem Durchschnittssat von 26,4% oder Bruttoeinnahmen zurück, nämlich in den preußischen Provinzen Westpreußen (23,5), Brandenburg (25,4), Schleswig-Holstein (21,1), Westsalen (22,5), Hannover (21,0), Rheinland (20,4), sowie im Regierungsbezirk Wiesbaden; serner außerhalb Preußens überall süblich des Mains außer in Hessen und Hohenzollern; außerdem in Oldenburg, Braunschweig und Lippe, Sachsen-Meinigen, Reuß, in Hamburg und Bremen, Elsaß-Lothringen und der Pfalz. Die Gebiete, in welchen die Einnahmen aus Getreide sür die Wirtschaft die größte Rolle spielen, sind nach den Erhebungen des Landwirtschaftsrats vor allem die Latisundiengebiete des ostelbischen Preußen und Mecklenburgs, demnächst einige kleinstaatliche Gebiete mit besonders quten Getreideböden.

Innerhalb der Gebiete, die aus Getreideverkauf weniger als 26,4 % der Bruttveinnahmen ziehen, find zwei Gruppen zu scheiden: diejenigen,

welche aus Vieh und tierischen Produkten besonders große Einnahmen erzielen, so Oldenburg mit 63,5, Württemberg mit 55,8, Schleswig-Holstein mit 64,3, Hannover, Westfalen, Rheinland, Hessen-Nassau mit 45,8 bis 58,7 % der Einnahmen; andererseits die Gegenden hochentwickelten Hackfruchtbauß, vor allem die Zuckerrübendistrikte.

Es ist angesichts des Umstandes, daß etwa zwei Drittel der preußischen Haußhaltungsvorstände und Einzelsteuernden nur bis 900 Mt. Einkommen haben, serner angesichts der Untersuchungen von Mombert über Haußhaltungsbudgets besser und schlechter bezahlter Arbeiter klar, daß Erhöhung der Getreidezölle verringerte Kausstraft der Massen sür diesenigen Artikel zur Folge haben muß, auß denen gerade nach den Erhebungen des getreidezollsreundlichen Landwirtschaftsrats die Landwirte heute die Haupteinnahmen beziehen.

Ich erwarte einen Einwand. Allerdings liefere heute der Getreideverkauf nicht mehr die Haupteinnahmen der landwirtschaftlichen Betriebe. Das sei aber kein Wunder, wenn Getreide nicht rentiere und der Getreidebau als unlohnend aufgegeben werden muffe und immer mehr Getreidebauern zur Biehwirtschaft übergingen.

Jur Widerlegung dieses Einwands haben wir glücklicherweise eine landwirtschaftliche Statistik. Es kann, wenn man die gesamte mit Winter- und Sommergetreide aller Art bestellte Fläche 1890 und 1900 vergleicht, auch nicht mit einer Spur von Berechtigung von Einschränkung des Getreidebaues gesprochen werden. Speciell der Anbau von Weizen und Roggen hat 1900 gegen 1890 beträchtlich zugenommen. Es wird sogar noch immer Roggen in gewissen Fällen gebaut, in denen man viel besser thäte, aufzusorsten.

Richt durch Zurückbrängung des Getreidebaues, sondern insolge sortwährender Zunahme der zahlungssähigen Nachfrage nach Fleisch, Milch, Butter und Käse, welche die Industriestaatsentwicklung brachte, ist der Umstand zu erklären, daß die Tiere und tierischen Produkte mehr Bruttoeinnahmen als der Getreideverkauf liesern. Und weit entsernt, daß eine nationale Überproduktion in Tieren bei niedrigen Getreidepreisen eingetreten wäre, produziert zur Zeit die deutsche Landwirtschaft von allen Bieharten außer Schasen noch nicht einmal so viel, als Deutschland konsumiert. Allerdings wäre nun die tierische Produktion Deutschlands noch stark steigerungssähig. Nicht aber bloß die Produktion, sondern auch der Verbrauch. Dieser Verbrauch an tierischen Produkten und Tieren, dem speciell die bäuerliche Landwirtschaft die Haupteinnahmen vielsach verdankt, ist aber der Gesahr des Niedergangs außgesetz, wenn die induskrielle Blüte versällt oder auch schon dann, wenn die ärmeren Klaffen, welche die zahlreicheren sind, mehr für Brot und Mehl ausgeben müffen. Es handelt sich bei Fleisch, Milch, Butter u. s. w. endlich um einen Verbrauch, der bei steigendem Preise dieser Nahrungsmittel in den geringeren Sorten sofort sich mindert.

In einer Hinsicht offenbart sich allerdings auch in der politischen Agrarbewegung die Erkenntnis, daß insbesondere für die Bauern die Einnahmen aus Getreideverkauf durchschnittlich nicht das Wichtigste sind. Die Getreidezollanhänger vertreten den lückenlosen Zolltarif, sie fordern Zölle und Zollerhöhungen auf alle landwirtschaftlichen Artikel, insbesondere auch Festlegung dieser sonstigen Zölle auf Bieh, Fleisch und Obst u. s. w. durch Minimaltarif.

Es ist dies jedoch nur symptomatisch, nicht hingegen praktisch bebeutsam. Wenn man einer Familie, die höchstens 2—21/4 Mk. täglich sür Nahrung ausgeben kann, statt 50 Ps. nur einige Psennige mehr täglich sür Brot abnimmt, so kann man nicht denselben Leuten noch höhere Preise sür alle übrigen Verbrauchsartikel ohne Rückgang ihres Verbrauchs auszwingen. Wenn die Taschen einmal seer sind, kann man auch mit Ausrechterhaltung höchster Preise nicht noch etwas aus leeren Taschen herausziehen.

Daß aber höhere Getreibepreise ohne Brotpreiserhöhung nur mit Ruin der kleineren Bäcker und Müller möglich sind und daß vollends höhere Getreidepreise für den Landwirt ohne Verteuerung des Getreides sür den Konsumenten — abgesehen vielleicht von Konsumvereinen — nicht zu erzeichen sind, ist in diesem sachverständigen Kreise nicht erst nötig, zu erzörtern. Die Landwirte, welche mit Umgehung des angeseindeten Zwischenhandels, z. B. direkt an den Militärsiskus liesern, verkausen übrigens nicht einen Psennig billiger als die Händler.

Überblickt man die Entstehung der Bewegung, der wir den gegenwärtigen Zolltarisentwurf verdanken, so waren die Entstehungsgründe 1. die durch andere Ursachen als Caprivis Handelsverträge verursachte schwierige Lage und dementsprechende Unzustriedenheit vieler Landwirte, besonders 1893/94, 2. der Glaube der politischen Führer der landwirtschaftlichen Bewegung, daß in erster Linie durch Steigerung der Produktenpreise die Lage der Landwirtschaft zu besser seine

Gegenüber diesen Strömungen war die Industrie nicht einig. Ein Teil der Industriellen, nämlich diesenigen, welche nicht kartelliert sind, war thatsächlich freihändserisch interessiert, ging aber zwecks Bekämpsung der Arbeiterbewegung z. B. in Sachsen tropbem gerne mit den Agrariern. Ein anderer Teil, die kartellierte Industrie, war auf die Praxis eingeübt, dank dem Zollschutz am Inland Extrapreise zu verdienen, daneben mit oder ohne

Aussuhrvergutung niedrigere Preise am Weltmarkte mitzunehmen. Man kann im allgemeinen nicht fagen, daß die Arbeiter der durch Kartelle den Zollschutz ausbeutenden Unternehmungen schlechter gestellt seien, als die der natürlich exportfähigen Gewerbe. Im Gegenteil, in den fächsischen und thuringischen Exportindustrien berrschen entsprechend dem hausindustriellen Ursprung vieler Gewerbszweige und entsprechend der erbitterten Konkurrenz kleiner, vielfach start mit Kredit arbeitender Fabrikanten stellenweise un= gunftigere Arbeitsbedingungen, als in Kartellindustrien. Allerdings ist es in vielen der durch Schutzölle wirklich bereicherten und außerdem bei Staatsbestellungen reichlich bezahlten Betriebe ungleich viel leichter, ausfömmliche Arbeitsbedingungen zu gewähren, als in ben vorwiegend für den Export arbeitenden Unternehmungen. Die fartellierten Schutzöllner empfangen Buschüffe von der Gesamtheit, von denen fie um fo eher etwas für die Arbeiter verausgaben können, als bei den betreffenden Industrien der Rapital= faktor oft fo fehr überwiegt, daß die Spefen fur Löhne überhaupt nur ein Nebenpoften find. Teuerungszulagen bei fteigendem Lebensmittelpreis fpielen bei Hochofenwerken z. B. eine geringe Rolle, während die freihandlerisch interessierte Spielwarenindustrie, Korbindustrie u. f. w. sie oft nicht erichwingen tonnte.

Gin Zusammenarbeiten der freihändlerisch interessierten Arbeitgeber mit ihren Arbeitern in Sachen der Politik kam außerdem aber in so entschieden am Export interessierten Gegenden wie dem Königreich Sachsen insolge gegenseitiger, keineswegs bloß aus Lohnkämpsen herrührender Berbitterung, zu der auch die besitzenden Klassen manche Ursache gaben, bisher nicht zu stande.

Der freihändlerisch interessierte Teil der Industrie trat zurück an Macht hinter dem Einflusse derjenigen Großindustriellen, für die der Zollschutz nicht mehr ein Erziehungsmittel, sondern ein dauerndes Bereicherungsmittel ge-worden war.

Wenn neue Handelsverträge zu stande kommen sollten, so war zu erwarten, daß man leidliche Bedingungen bekommen würde, wenn ungefähr der bisherige Stand der Agrarzölle konserviert wurde, im übrigen Herabsetzungen deutscher Industriezölle angeboten worden wären. Dem kam die schutzöllnerische Gruppe der Industriellen durch die Sammlungspolitik, durch das Bündnis aller Leute, die hohe Zölle ausrecht erhalten und höhere Zölle erlangen wollen, zuvor.

Die Erkenntnis, daß wir trot alledem langfristige Tarisverträge haben muffen, ist so verbreitet, daß viele Leute meinen: ein Zolltaris mit recht hohen Sägen zum Abhandeln sei gar kein Übel. Im Gegenteil, es sei dies der beste Ausgangspunkt für günstige neue Handelsverträge. Es wird sogar

berichtet, daß manche Industrielle im wirtschaftlichen Ausschuffe nur dadurch für höhere Getreidezölle sich bestimmen ließen, weil von den damals einflußreichsten Staatsmännern erklärt wurde: ohne höhere Agrarzölle gebe es keine neuen Handelsverträge.

Hierauf ist dreierlei zu erwidern. Erstens wer von Ansang die Zollagitation der Agrarier unterstützt hat, indem er für mäßige oder unmäßige Erhöhung der Getreidezölle einzutreten sich verpflichtete, soll nicht glauben, daß die Führer der Agrarbewegung es mit Engelsgeduld hinnehmen werden, wenn die höheren Agrarzölle als Berhandlungsobjekt benutzt werden und nur dazu dienen, der Industrie den Borspann für günstige neue Verträge zu liefern.

Zweitens find wir 1879 durch einen hohen autonomen Tarif ganz und gar nicht zu langfristigen Tarisverträgen mit den Nachbarstaaten gekommen. Ich habe versucht, im ersten Kapitel meiner handelspolitischen Darstellung (in Bd. 92 d. Schr. d. B. f. Socialpolitis) nachzuweisen, daß nur eine außergewöhnliche nie wiederkehrende Konstellation 1879—1891 es Deutschsland ermöglicht hat, bei Erhöhung der eigenen Jölle seinen Export zu erhalten und zu steigern.

Drittens sind wir als ein Volk, von dessen Gesamthandel der außwärtige Verkehr eine besonders große Quote außmacht, höchst wahrscheinlich nicht besonders klug gewesen, das Princip zuerst zu vertreten und zur Nachsahmung vorzusühren, daß neue Tarisverträge von einem Hochschutzolltaris auß zu vereindaren seien. Schon rüstet sich Österreich-Ungarn, unser Beispiel durch Außarbeitung eines noch mehr schutzöllnerischen Tariss zu überstrumpsen, Italien scheint allerdings vorläufig mehr Mäßigung zu beswahren.

Deutschlands Fortschritte unter Caprivis Berträgen wurden allgemein bewundert. Wenn wir erklärt hätten: diese Fortschritte veranlassen uns im eigenen Interesse, von der Schutzollströmung uns abzuwenden, so ist kein Grund abzusehen, weshalb wir dann mehr Berwicklungen als bei dem jetzigen Borgehen zu fürchten gehabt hätten. Unser jetziges Borgehen birgt aber noch eine besondere Gefahr. In dem Zolltarisentwurf sind eine Anzahl Positionen geradezu zum Abhandeln eingesetzt. Das größte Unglück wäre, wenn diese Kohstossbelastungen u. s. w. nicht durch Berträge reduziert würden. Wie stehen wir nun da, wenn Berträge, in welchen die sür unser Interesse schäblichen Zölle herabgesetzt und beseitigt werden, n icht zu stande kommen, und wir autonom die Erhöhungen beseitigen müssen, die wir als Kompensationsobjekt gar zu gern verwertet hätten?

Wenn wir das offene Geheimnis aller Handelsvertragsverhandlungen aussprechen, so ist es ja nur dieses, daß schließlich jedes Bolk nur dann auch im Austausch gegen ausländische Zollherabsetzungen seine Zölle ermäßigt, wenn es selbst vom Ruhen oder der Unschädlichkeit der Ermäßigung

Nicht weil sonst keine Handelsverträge zu stande kommen, sondern weil wir uns selbst durch erhöhte Agrarzölle schädigen, trete ich gegen diesselben ein.

der eigenen Bolle überzeugt ift.

Ich gestehe aber, daß dann konsequenterweise auch Herabsetzungen gabl= reicher Industriezölle gesordert und gewährt werden muffen.

Im Augenblick scheint dieser Standpunkt wenig Aussicht zu haben. Man spricht davon, daß alles vorbereitet sei, durch politische Majoritäten höhere Agrarzölle und hohe Industriezölle bewilligt zu bekommen. Indes glaube ich durch meine geschichtliche Darstellung der handelspolitischen Lage 1891 den zwingenden Beweis erbracht zu haben, daß es nicht möglich sein wird, die beschlossenn Hochschutzölle, wenn eine Mißernte und eine ins dustrielle schlechte Konjunktur zusammenkommen, aufrecht zu erhalten.

Im übrigen bin ich speciell auf Grund der Beobachtung der Wirkung ber Teuerung von 1891 auf die Getreidezollanhänger ziemlich sicher, daß der neue Zolltarisentwurf, wenn er Gesetz würde, nur ein Übergang zu radikalem Umschwung werden würde. Wenn diese Anschauung richtig ist, so brauche ich hier nur die sociale Bedeutung der Kämpse und Schwierigsteiten einer solchen Übergangszeit zu skizzieren. Allerdings habe ich die Überzeugung, daß diese Gesahren gar nicht ernst genug genommen werden können.

Die Erwartung, daß bei erhöhtem Agrarschutz die Landwirte von der Kalamität, über die sie noch mehr als über die Produktenpreise klagen, von dem Arbeitermangel, besreit werden würden, wird vielsach außzgesprochen.

Man erwartet Rückgang in der Industrie, was wohl bei entsprechender Zollpolitik zeitweilig erreicht werden kann, und beim Rückgang der Industrie ein Hinausströmen skädtischer Arbeiter aufs Land.

Es ist hier nötig, diese Erscheinung auf ihre socialpolitische Seite bin zu prujen.

In den bäuerlichen Gegenden Süddeutschlands ist man durchweg auf unverheiratete Knechte und Mägde, nicht aber auf Behausung und Bezahlung von Arbeitersamilien eingerichtet. Die Industrie bietet dagegen der großen Mehrzahl verheirateter Arbeiter Beschäftigungsgelegenheit. In den höheren Altersklaffen überwiegen unter den deutschen Industriearbeitern die vers beirateten weitaus 1.

Nur mit Auflösung des Haushalts und Zerrüttung des Familienslebens wäre also hier die Rückehr zum landwirtschaftlichen Beruf für die Berheirateten zu erkausen. Den ledigen städtischen Arbeitern aber bleibt außer der Beschäftigung beim deutschen Bauern die Auswanderung in die neue Welt offen, und es ist nicht zu leugnen, daß sie dort vielsach bessere Arbeitsbedingungen sinden können, als sie der deutsche Bauer auch bei höherem Getreidezoll gewähren kann.

Was aber die norddeutschen und speciell die ostelbischen Gebiete betrifft, so ist man dort allerdings auf Beschäftigung von verheirateten Leuten beim Instenverhältnis eingerichtet. Im Augenblick strömen auch einzelne Arbeitergruppen angesichts der ungünstigeren industriellen Konjunktur in die Landwirtschaft zurück. Es darf aber keineswegs hieraus schon zu viel versallgemeinert werden. Daß z. B. sür Metallarbeiter, Maschinenarbeiter, Arbeiter der chemischen Industrie u. s. w., die dank der neuen Zollpolitisch brotlos würden, die Verwandlung in ostelbische Landarbeiter socialpolitisch eine Verbesserung bedeuten könnte, wäre etwas viel behauptet. Daß anderersseites diese Industriearbeiter, nachdem sie die politische Arbeiterbewegung in der Großstadt kennen und das Koalitionsrecht schähen gelernt haben, billige und willige Landarbeiter, wie die Gutsbesitzer sie wünschen, in den Gesbieten der preußischen Gesindeordnung sowie in den Gutsbezirken Mecklenburgs werden würden, zu dieser Annahme gehört ein Optimismus, desse ich mich nicht rühmen kann.

Im übrigen ist sicher, daß die socialen Unruhen bei einer Berteuerung der Lebenshaltung der Massen, wie sie künstlich herbeigesührt werden soll, besonders wenn noch ein Rückgang der Industrie dazu kommt, so hestige Gärungen und Streiks entsessellen müssen, daß höchstwahrscheinlich die Majorität, die erhöhte Lebensmittelzölle verschuldet hat, auch eines Tages zu dem weiteren Schritt gedrängt wird, das Koalitionsrecht oder sonst die Bewegungsfreiheit den Arbeitern zu verkürzen.

<sup>1</sup> Von den männlichen Arbeitern von 30 bis unter 50 Jahren waren 1895 versheiratet: c) Personen: in Bergdau, Industrie u. s. w. (Abteilung B) 1355 945 von insgesamt 1610 946, dagegen in Bands und Forstwirtschaft (Abteilung A) 540 932 von insgesamt 795 900; im Alter von 50 Jahren und darüber wurden verheiratete männliche Arbeiter gezählt: in Gruppe B 392 983 von insgesamt 482 650, in Gruppe A 352 265 von insgesamt 522 282. Unter den verheirateten männlichen Arbeitern aller Alterstlassen sammen 2289 575 in Industrie u. s. w., dagegen nur 1061 793 in Landwirtschaft u. s. w. Stellung. Bgl. Bd. 111 d. Stat. des Deutschen Reichs R. F. S. 224\* ff. Hierbei sind die a fr) Personen (gewerbl. Heimarbeiter) noch nicht miteinbezogen.

War doch auch die ZoUpolitik 1879—1890 begleitet von der Politik des Socialistengesetzes.

Und rusen doch schon seit geraumer Zeit einzelne Befürworter höherer Agrarzölle nach Gesetzen zur Erschwerung der Freizügigkeit!

Aber, wendet man ein, es ist doch gar nicht nötig, den schlimmsten Fall sich vorzustellen.

Zunächst sei dentbar, daß das Ausland die Zollerhöhungen ganz oder teilweise übernehme. Hierauf ist zu erwidern, 1. daß im Entwurf des neuen
Zolltarisgesets jene Aussuhrvergütung für Getreide u. s. w., die unter dem
Namen Aushebung des Identitätsnachweises bekannt ist, ausdrücklich beibehalten und weitergebildet ist und daß gegenüber dem Weltmarktspreis seit
dieser Maßregel Deutschland um den Zollbetrag höhere Preise sur vergleichbare
Qualitäten hat; 2. daß alle Motivierungen für höhere Getreidezölle gerade
voraussezen, daß der Getreidebau durch um den Zoll erhöhte Preise
rentabel gemacht werden soll. Wenn das Ausland den Zoll trüge,
wäre das Streben der Agrarier nach 6 oder 7½ Mt. Minimalzoll vom
Schuhstandpunkt aus unbegreislich. Es würde nur darauf ankommen, daß
überhaupt ein Zoll zur Abwehr von spekulativer Einsuhr bestehe. Die
Höhe müßte gerade den Schuhzöllnern gleichgültig sein.

Der zweite Einwand lautet: 1873 seien doch auch die Getreidepreise höher als heute gewesen, und doch sei kein Mensch verhungert, und angeblich hätten sogar damals die Steinträger Champagner getrunken.

Es ist jedoch zunächst recht unklug, eine Wiederkehr ber Zustände der Gründerjahre anzustreben. Denn gerade die damals angesichts der hohen Getreidepreise bewirkte ungesunde Steigerung der Güterpreise ist nach dem Urteil ernster preußischer Sachverständiger eine der Hauptursachen der noch heute nachwirkenden agrarischen Krisis geworden.

Aber hiervon abgesehen paßt auch sonst der Satz: "Früher ging es doch mit höheren Getreidepreisen" in keiner Weise sur die jetzige Situation. Weshalb?

Wenn früher Deutschland einmal absolut hohe Nahrungsmittelpreise hatte, so waren doch in der Freihandelsperiode die Preise der Lebensmittel in Deutschland niedriger als in den konkurrierenden Ländern. Deutschland war ein wohlseiles Land. Heute lebt, dank der Zollpolitik, der deutsche Arbeiter in Deutschland teurer und zwar bei gleichem Geldlohn und gleicher Lebenshaltung erheblich teurer, als der Arbeiter in England, Holland und Belgien. Weshalb haben bisher die ärmeren Leute an der Grenze so massenhaft von dem Rechte Gebrauch gemacht, kleine Quantitäten Rahrungsmittel von jenseits der deutschen Zollgrenze für den eigenen

Bedarf zollfrei einzuführen? Soll ein Arbeiter an die nicht verteuernde Wirkung deutscher Zölle glauben, wenn derselbe Wochenbedarf, wie die Handelskammer Ruhrort nachweist, dank der verschiedenen Zoll- und Steuergesetzgebung in Ruhrort 28,19, im nahen holländischen Arnheim 21,01 Mk. kostet? Aber nicht nur der englische und holländische Arbeiter lebt billiger. Trot der amerikanischen Schutzölle hat der amerikanische Industriearbeiter bei weit höheren Geldlöhnen erst recht billigere Nahrungs- mittel als der deutsche, dank dem in Amerika herrschenden Überfluß land- wirtschaftlicher Produkte.

Wozu alle Socialpolitik und Arbeiterversicherung und deren Bewunderung, wenn wir nicht bei der industriellen Entwicklung alles daran setzen, die denkbar günstigsten Arbeitsbedingungen den denkbar leistungssähigsten und bestgeschulten Arbeitern zu gewähren?

Den industriellen Arbeitern! Weshalb reden wir von ihnen und nicht den Bauern? Wird nicht die Landwirtschaft preisgegeben, wenn rüchaltlos die Industriestaatsentwicklung anerkannt wird?

Es war mein Bestreben, an der Hand der Erhebungen des getreidezollsreundlichen Landwirtschaftkrats zu zeigen, daß unsere Landwirtschaft längst angesangen hat, sich dem Industriestaate anzupassen. Ich möchte hinzusügen, daß es den Landwirten um so eher leidlich geht, je mehr sie diesen Anpassungsprozeß beschleunigen.

Zwei Thpen landwirtschaftlicher Entwicklung sind beim überwiegenden Industriestaat — allerdings nur unter voller Verwertung der modernen Fortschritte, insbesondere auch des Verkehrswesens — bisher verwirklicht worden: der englische und der niederrheinisch-belgische.

Der Zustand, zu welchem Großbritannien übrigens längst vor der Abschaffung der Setreidezölle gekommen ist, heißt Konzentration des Bodens in den Händen sehr weniger, der Konjunktur gegenüber widersstandssähiger reicher Leute, die verpachten und bei veränderter Konjunktur mit niedrigeren Pachten sich zustrieden geben müssen.

Eine andere mögliche Entwicklungssorm der Landwirtschaft bei stark industriellem Zustande ist diesenige, welche wir in Belgien in den dichtest bevölkerten Industriedistrikten beobachten, eine Entwicklung, zu der mancherlei Ansätze auch im Rheinland, serner im Elsaß, in Baden, Psalz u. s. w. vorshanden sind. Dieser Typus lautet: Durchaus überwiegender Kleinbetrieb, der als Eigentümerbetrieb sowohl, wie als Pachtbetrieb begegnet.

Außer Handelsgewächsen spielt hier der Berkauf tierischer Produkte, auch Schweinezucht und Rugviehhaltung aller Art eine weit größere Rolle als der Bau von Getreide für den Berkauf. Ein Teil der allerkleinsten Betriebe — vor allem in Belgien, wie es auch die Wohnungsenquete des Bereins für Socialpolitik nachweist — ist in Händen von Industriearbeitern und bietet Gelegenheit zur Ernährung der eigenen Familie — unabhängig vom Stande der Preise landwirtschaftlicher Produkte. Andere mittlere und kleinere rein landwirtschaftliche Betriebe, die sür den Berkauf produzieren, blühen gerade ohne künstliche Steigerung der Getreidepreise und in vollster Abhängigkeit von der Exportindustrie dieser dicht bevölkerten Gebiete, indem sie den Städtern Milch, Schlachtvieh, auch Obst, Geslügel, Gemüse u. s. w. zu gewinnreichen Preisen liesern.

Ich erinnere an jenen pfälzischen Betrieb, dessen Ergebnisse ich im Augusthest 1901 der Conradschen Jahrbücher geschildert habe, der bei 211 ha Umsang nach gehörigen Abschreibungen und 4% oger Berzinsung des beweglichen und unbeweglichen Inventars im letzten Jahre über 21000 Mt. Reinertrag abwars. Es war dies übrigens einer der niedrigsten Reinerträge des letzten Jahrzehnts. Hier wurden zwar 22825 Mt. durch Getreibesverkauf erlöst, denen aber wiederum 13800 Mt. Ausgabe sür Maisankauf gegenüberstanden. Aber 40000 Mt. brachte allein der Milchverkauf, der bei stockendem Berdienst der Städter sich notwendig unrentabler gestalten würde. Im dichtbevölserten Industriecentrum erhält dort der Landwirt 17—20 Pf. sür den Liter Milch, die er ins Haus liesert, während in Ostspreußen bei mangelnder Industrie man bei Lieserung ins Haus nicht leicht mehr als 12—14 Pf. erlöst.

Es bleibt außer den Landwirtschaftsbetrieben inmitten dichtbevölkerter Industriebezirke, welche durch Agrarschuspolitik sicher verlieren mussen, jedoch immerhin eine weite Region entsernter gelegener mittlerer bäuerlicher und großbäuerlicher Höse, endlich der Rittergutsbesitz im industriearmen Osten Deutschlands, sur welchen dieser belgisch = rheinländische Typus der Land-wirtschaft in Kleinbetrieben nicht hoffnungsreich sein dürste.

Wenn hier zur Erhaltung der Landwirtschaft Opfer gebracht werden müssen, so sind allerdings excessive Bieh- und Getreidezölle das unzweckmäßigste, ja das unmöglichste Mittel hierfür bei Deutschlands heutiger Entwicklung.

Diese auf Verteuerung hinzielenden Maßnahmen werden durch den Unwillen des Boltes hinweggesegt, sobald die erstrebte Preiserhöhung bei schlechtem Aussall der Welternte oder sonstiger Preissteigerungsursache voll zu wirken ansängt. Es wäre ein Kunststück für ein oder zwei Jahre, und dann wäre der Zolltarisbau auf Nimmerwiedersehen vernichtet. Damit kann denzenigen Landwirten, die Not leiden, vor allem den dauernden Interessen der Landwirtschaft nicht geholsen werden.

Ich wiederhole deshalb in erster Linie die Forderung nach einer öffentlichen kontradiktorischen Enquete über die Ursachen der Rot dieser Betriebe.

Sollte es aber heute sich rächen, daß diese Enquete, als die Zeit da war, versäumt wurde, und sollte schleunigstes Eingreisen lediglich auf Grund der unvolltommenen, bisher veröffentlichten Untersuchungen nötig erscheinen, so ergiebt sich, meines Erachtens, die Direktive für eine positive Agrarpolitik, wenn die Industriestaatsentwicklung anerkannt ist, in folgender Richtung:

1. Wenn die Gesamtinteressen eine Verteuerung der Lebensmittel nicht zulassen, so muß vor allem dasür gesorgt werden, daß der rechte Mann am rechten Orte wirtschaften kann. Es sehlt nicht an Männern, die das Zeug hätten, billig eine Massenversorgung des deutschen Volkes durch Anwendung aller landwirtschaftlichen Fortschritte, die heute in Deutschland keineswegs überall verwirklicht sind, in die Wege zu leiten. Unsere heutige Agrarversassung versperrt ihnen aber häusig genug das Feld und zwingt sie, die Wirtschaft unter Verhältnissen zu beginnen, die von vornherein einen Ersolg und die Möglichkeit technischer Vervollkommnung in Frage stellen.

Ein thpischer Fall im Often ist solgender: A besitzt ein ererbtes Rittergut, er hat keine genügende landwirtschaftliche Vorschulung, kein Betriebskapital, aber viele Schulben.

B hat alles Zeug in sich, ein Rittergut ersolgreich zu bewirtschaften, aber nur ein bescheibenes Vermögen. Er möchte jedoch selbständig eine Wirtschaft leiten.

Der Ausweg, daß der für die nationale Nahrungsmittelversorgung wünschenswertere Wirt B von A pachtet, ist — wenn wir von Fideiskommißgütern absehen — in den meisten Fällen aus einem sehr einsachen Grunde ausgeschlossen. Die Pacht, welche B rationell zahlen könnte, genügt nicht, um A in den Stand zu setzen, seine Schulden zu verzinsen und zugleich standesgemäß zu leben.

A möchte sein Gut sehr gern los sein, aber er wählt unter den gegebenen Berhältnissen regelmäßig den Beg des Berkaus. B kauft, aber viel zu teuer. Jedensalls ist durch die Anzahlung sein Geld aufgezehrt, und trotz seiner schönen Kenntnisse hauft er nun ohne genügendes Betrießskapital auf dem Kittergute, welches eigentlich nur nominell sein Eigentum ist. Daher das Ergebnis unserer Statistik, daß durchschnittlich per ha um so weniger Stück Kindvieh auf einem Gute gehalten werden, je größer es ist.

Wäre nun nicht folgende Lösung, aber nur bei mehr freiheitlicher

Bollpolitik, die vernünstigste Notstandsaktion: Der Staat kaust, und zwar mit Reichsunterstützung, benjenigen Besitzern, die sehnlichst verkausen möchten, und deren giebt es im Osten heute sehr viele, ihr Gut ab und sindet sie mit einer Rente ab, die nach meinem Wunsche in Goldwährung zu stipulieren wäre — aus Gründen, die ich nicht aussiührlich auszuhlen brauche. Das Reich liesert m. a. W. den Einzelstaaten die Mittel, um unter besriedigenden Bedingungen diesenigen Besitzer, welche nicht zu halten sind und zu verkausen wünschen, von ihrem Besitze zu erlösen. Iwang wäre ausgeschlossen. Andrerseits würden die Regierungen in den Distrikten, in welchen thatsächlich der Großbetried klimatisch und ökonomisch das Zweckmäßigste ist, an tüchtige strebsame Ökonomen, deren Mittel jedoch nicht zum intensiven Betrieb eines eigenen Kittergutes ausreichen, in Zeitpacht die Güter austhun.

Wir haben in den Rentengütern eine preußische Notstandsaktion, die zum Teil mit germanisierenden, zum Teil mit Parzellierungsbestrebungen vermischt ist.

Von dieser Notstandsaktion sind gewisse rein deutsche Gegenden recht wenig erbaut, in welchen der Großbetrieb das Natürliche und ökonomisch Rationelle ist.

Wenn eine Milliarde vom Reich als Dotierung der Einzelstaaten zum Auskauf notleidender Landwirte geopsert und auf jede Verzinsung dieses Hilfssonds bei der Maßregel verzichtet würde, wäre das zur Verzinsung der Mittel für die Rettungsaktion aus Steuern aufzubringende Quantum jährlich 35 Millionen.

Allein durch die im neuen Zolltarif vorgeschlagenen Minimalzölle auf Weizen und Roggen wird dagegen das importierte und das einheimische zum Verkauf gelangende Getreide um jährlich mehr als das neunfache hiervon, um mindestens 315 Millionen Mark jährlich für die nichtland-wirtschaftliche Bevölkerung verteuert 1. Die Rettungsaktion auf direktem Wege kommt also der Volkswirtschaft neunmal billiger. Wenn durch eine Reichserbschaftssteuer die Mittel der Verzinsung der Kosten der Notstands-aftion ausgebracht werden, kann allerdings nicht der wundervolle Plan

<sup>1</sup> Sigentlich wird der Gesamtkonsum von Getreide verteuert. Hätten alle Lands wirte rationelle Buchführung, so würden sie auch für das selbstkonsumierte und versfütterte Getreide die Wirkung der Zölle kontrollieren können. Hier ist jedoch bloß angenommen, daß 6 Millionen Tonnen Brotgetreide gegen Geld jährlich in Umsatkommen und das arithmetische Mittel zwischen dem vorgeschlagenen Minimalzoll für Roggen (5 Mk.) und Weizen (51/2 Mk.) mit 51/4 Mk. pro Doppelcentner als zu erswartende Berteuerung berücksichtigt.

verwirklicht werden, den dem Reiche aus erhöhten Getreidezöllen zufließenden Anteil zur Witwen= und Waisenversicherung zu verwenden. Indes die Arbeiter und viele, denen an einer friedlichen Entwicklung der socialen Berhältnisse und an Erhaltung unseres Exports gelegen ist, werden sich über das hinausschieben einer mit Gesährdung von Deutschlands Ernährung und Weltstellung zu erkausenden Witwen= und Waisenversicherung zunächst zu trösten wissen.

2. Auf meinen anderwärts bereits vertretenen Borschlag, zu Gunsten insbesondere des mittleren Bauernstandes eventuell bei mehr freihändlerischer Politik in den Übergangszeiten bare Produktionsprämien für Schlachtvieh zu gewähren, komme ich nur zurück, um zu betonen, daß ich ihn keines= wegs fallen lasse.

Meine Herren! Mein Hauptbemühen war, nachzuweisen, 1. daß der Landwirtschaft mit den vorgeschlagenen Agrarzöllen nicht dauernd genützt werden kann, 2. daß die Agrarzölle höhere Industriezölle und damit eine Begünstigung ungesunder Kartellpolitik im Gesolge haben, 3. daß der neue Zolltarif einen Verzicht auf sriedliche Socialpolitik möglicherweise zur Folge haben wird, 4. daß sehr wohl im Zusammenhang mit freiheitlicher Zollspolitik ein positives Agrarprogramm zur Überwindung der landwirtschaftlichen Schwierigkeiten, die ohne Getreidezölle Dänemark, Belgien, Holland besser als wir überwunden haben, sormuliert werden könnte.

Es bleibt mir noch übrig, eines nachzuweisen, nämlich daß die Politik der Sammlung der Hochschutzöllner schließlich nicht nur zum Berzicht auf friedliche sociale Entwicklung und zum Berzicht auf gründliche Beilegung der landwirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern in letzter Linie auch zum Berzicht auf die jetzt so eindringlich verkündeten Bestrebungen einer Weltpolitik führen muß.

Man hört von einflußreichen Leuten heute vielsach folgende Erwägung entwickeln:

Langfriftige Tarisverträge mit Rußland, Österreich = Ungarn, Italien, Schweiz, Belgien seien allerdings eine Notwendigkeit. Nicht nur wirt = schweiz, Belgien seien allerdings eine Notwendigkeit. Nicht nur wirt = schweiz, da z. B. ein neuer Zollkrieg mit Rußland Oberschlesien und Ostpreußen, ebenso aber auch die deutsche Ostseeschiffahrt geradezu vernichten könnte; sondern auch politisch, da z. B. ein unsreundliches zollpolitisches Berhalten gegen Italien dieses Land unwiderstehlich dazu drängen müßte, den französischen Liebeswerbungen schließlich nachzugeben und aus dem Dreibunde auszuscheiden.

Nachdem die Idee eines Zollanschlusses der Schweiz, Hollands oder gar Belgiens an Deutschland heute recht aussichtslos ist — und zwar seit

dem neuen Zolltaris noch mehr aussichtslos als je früher —, sieht man auch ein, daß ein lebhastes Interesse Deutschlands besteht, nicht durch zollpolitische Mißgriffe die zwischen Deutschland und Frankreich liegenden Länder zu engeren Beziehungen mit Frankreich zu drängen.

Bon den Gesichtspunkten vollends, die für Erhaltung freundlicher handelspolitischer Beziehungen zu Öfterreich-Ungarn und Rumanien sprechen, brauchen wir nicht erst zu reben. Jeder kennt diese Dinge.

Ganz anders wird aber Deutschlands Interesse gegenüber Nord- und Südamerika von vielen betrachtet.

Da ist Argentinien, welches die schlechte Charaktereigenschaft besitzt, nicht nur billiges Getreibe, sondern auch das sehr verwersliche Quebrachoholz uns zu schiefen. Da ist Kordamerika, mit dem ein Zollkrieg doch über kurz oder lang drohe. Die übliche Begründung sür diese Ansicht ist derart, daß man erröten muß, sie 125 Jahre nach Adam Smith in Deutschland noch vorgebracht zu sehen. Es ist der Hinweis auf die Handelsbilanz. Die Bereinigten Staaten hätten — ausschließlich der Edelmetallumsäße — im Jahre 1900 sür 1003,6 Millionen Mark an Deutschland verkaust und nur sür 489,6 Millionen Mark bezogen. So könne die Sache nicht weiter gehen, sonst verarmten wir Deutsche.

Ich will mich nicht dabei aufhalten, daß es höchst unwahrscheinlich ist, daß unsere Handelsstatistik sur Nachweis des deutsch = amerikanischen Warenverkehrs genau sein kann. Ich will nur zum Troste der Handelssbilanzanhänger erwähnen, daß trot der gegen Amerika und andere Länder stark passiven Handelssbilanz Deutschland in jedem Jahre zwischen 1889—1900 — wenn die Statistik stimmen sollte — mehr Edelmetall vom Auslande empfangen als dorthin abgegeben hat.

Allerdings müffen wir aber, wenn Ameritas gesamter Handel mit allen Ländern der Welt betrachtet wird, ein beachtenswertes, wenn auch nichts weniger als bedrohliches Phänomen seststellen. Der Überschuß des Wertes der Aussuhr über die Einsuhr der Vereinigten Staaten hat 1898—1900 Summen erreicht (620,4 bezw. 476,5 bezw. 648,9 Millionen Dollars), die weit über die Summe der Zinsverpflichtungen Amerikas gegenüber Europa hinausgehen. Die Theorie, daß Gläubigerländer regelmäßig eine passive, Schuldnerländer eine aktive Handelsbilanz haben müffen, reicht für das Verständnis der letzten Jahre scheinbar nicht völlig aus.

Die Erklärung ist trothem nicht schwer. Giner der ersten Sachverständigen der Geldmarktsvorgänge (vgl. A. Raffalovich, Le marche financier en 1900—1901, Paris 1901, S. 678, 679, Anm. und S. 673, Anm.) macht es glaubhast, daß von den Guthaben Amerikas durch Mehraussuhr, welche 648,9 Millionen Dollars im Jahre 1900 betrugen, etwa 100 Millionen für Zahlung von Dividenden und Zinsen an Europa verwendet wurden, ferner 100 Millionen sür Begleichung der Ausgaben in Europa reisender Amerikaner. Zu diesen Posten, die wir unter Hinzurrechnung der Frachtzahlungen Amerikas an europäische Schiffer das Ordinarium nennen können, kamen aber außerordentliche Umsätze hinzu.

Man schätzt, daß Amerika 1900 star 200 Millionen Dollars amerikanische Papiere aus Europa zurückgekaust hat. Insbesondere soll der englische Kapitalmarkt, welcher durch den Südasrikakrieg stark in Ansspruch genommen war, gewaltige Mengen von amerikanischen Papieren abgestoßen haben, um den heimischen Kreditbedars auszubringen. Jedoch auch Deutschland hat die Kurssteigerungen amerikanischer Papiere benützt, um sie mit Gewinn ins Ursprungsland zurückzugeben.

Aber Amerika ist außerdem in beträchtlichem Maße als Geldgeber Europas — man schätzt im Betrage von mindestens 100 Millionen Dollars allein im Jahre 1900 — aufgetreten. Von englischen 3% oje igen Schathonds wurden 1900 stür 28 Millionen Dollars in Amerika untergebracht. Deutschland brachte Reichsschatzanweisungen, ferner Hamburger und Kölner Anleihe in New-York unter. Richt minder beteiligte sich der amerikanische Markt am Erwerb russischer und mexikanischer Papiere.

Es ist klar, daß diese Kapitalverschiebungen in einem oder zwei Jahren außerordentlichen Ginfluß üben mußten, daß aber die damit zu erklärenden Anschwellungen des amerikanischen Aussuhrüberschuffes an Waren ganz vorübergehende Erscheinungen sind. Ja gerade je mehr Nordamerika aus einem Schuldnerstaat ein Gläubigerstaat wird, um so mehr ichwinden die dauernden Borbebingungen für eine fehr ftart aktive Sandeis= Freilich folange mehr Amerikaner nach Europa als umgekehrt reisen und amerikanische Millionare wie Carnegie und andere ihre Renten in Europa verzehren, wird immer ein Teil unferer Mehreinfuhr mit Ausgaben amerikanischer Reisender und der dauernd in Europa lebenden Amerikaner bezahlt werden. Es ift aber biefe Erledigung für uns Guropaer viel bequemer, als der Export. Die Fremden kommen zu uns, um landwirtschaftliche und gewerbliche Produkte zu konsumieren. Wir exportieren fozusagen in den Magen der hier durchreisenden oder hier lebenden Ameri= kaner hinein. Bas würde es uns aber nügen, wenn nach einem Bollfrieg unfere Handelsbilang attiv, aber auf beiben Seiten um viele Millionen vermindert erscheint!

In Wirklichkeit ftedt hinter der Argumentation, daß wir einen Bolltrieg mit Amerika wegen der fortgesetzt für uns ungunftigen Sandelsbilang doch führen müßten, etwas ganz anderes als die fehr haltlofe Handelsbilanztheorie.

Es steckt dahinter die Angst, daß Amerika uns nicht nur in landwirtschaftlichen, sondern auch in industriellen Produkten Konkurrenz mache. Die industrielle Aussuhr der Vereinigten Staaten hat in der That erstaunlich zugenommen.

Das Problem lautet: kann es überhaupt uns heute Vorteil bringen, billige und gute amerikanische Eisenwaren gerade vom deutschen Markte sern= auhalten?

Ein Zusammenschluß der europäischen Böller zu geschloffenem Zollkampf mit Amerika scheidet aus. Die Einigkeit Europas, besonders wenn Handelseisersucht in Betracht kommt, verträgt recht wenig Belastungsproben, wie die Vorgänge in China zeigen.

Soll aber Deutschland allein vorgehen und durch niedrigere Zölle Europa begünstigen, anderseits durch höhere Zölle Amerika mürbe zu machen suchen ?

Gesetzt den Fall, wir könnten die Retorsionen, die dann unserer Handelsflotte, unserem Export nach Amerika u. s. w. drohen, ertragen, was wäre im übrigen erreicht?

Soweit die Amerikaner einen Borsprung vor uns haben, würden fie auf allen übrigen Märkten der Welt, insbesondere in Südamerika und Oftasien, wohin wir dann ihren Export drängen würden, diese ihre Überstegenheit erst recht geltend machen; nicht minder aber auch in England, unserem heute vorteilhastesten Absatzebiet; und zwar all' dies um so leichter, je mehr wir uns selbst mit Agrarzöllen und Rohmaterialzöllen die Produktion in Deutschland verteuern.

Deutschland würde die gewinnbringendsten Frachtgelegenheiten sür seine mühevoll geschaffene Handelsslotte, sicher das nordamerikanische und höchst wahrscheinlich auch das südamerikanische und ostasiatische, wohl auch zum Teil das englische Geschäft verlieren. Lassen wir uns aber vollends dazu treiben, zugleich mit Argentinien und mit Nordamerika einen Zollkrieg zu provozieren, dann können wir sicher sein, daß die panamerikanischen Pläne, die ein Blaine nicht zu verwirklichen vermochte, endlich dank Deutschen Lands Vorgehen verwirklicht werden, mindestens daß im Südosten Südamerikas sür immer die mühevoll errungene Position Deutschlands endgültig den Nordamerikanern geräumt werden muß.

Aber ein großer Teil des nordamerikanischen Industrieexports sei künstlich sorciert — wirst man ein. Die amerikanischen Trusts verdienen

an hohen Preisen, die sie im Inlande dank Zollschutz sordern können — und exportieren nun zu Schleuberpreisen. Dies können wir Deutsche uns allerdings anschaulich vorstellen. Denn bei uns ist es in gewissen deutschen Industrien ebenso — nur daß wir beim Trustwesen etwas mehr sozusagen im Kleinbetrieb arbeiten. Gerade die Engländer machen unserem durch öffentliche und geheime Exportprämien in vielen Fällen unterstützten Export genau dieselben Vorwürse, wie wir den Amerikanern!

Es wäre Deutschland, wenn es die Politik, an längst konkurrenzfähige kartellierte Industrien Bereicherungszölle zu gewähren und damit Aussuhrszubventionen zu züchten, selbst aufgäbe, allerdings vielleicht möglich, den Amerikanern gegenüber die Idee des Dingley-Tariss vom Standpunkte sreundschaftlicher Reciprocität zu verwirklichen, d. h. Ausgleichszuschläge auf die Einsuhr aller durch öffentliche oder private Aussuhrprämien subventionierten Produkte — auch amerikanischer Herkunft — zu erheben.

Wie die Dinge jett in Deutschland liegen, versagt allerdings eine solche Waffe. Der Pfeil würde auf uns selbst zurüchrallen.

Es bleibt uns dann aber nichts übrig, als einzusehen, daß wir jedensfalls nicht durch differenzielle Behandlung Amerikas einen Zollfrieg provozieren sollten, da wir hiermit nur 1. den Engländern einen großen Borsprung vor uns gewähren, 2. eine Menge Märkte außerhalb Nordsamerikas an die Amerikaner und Engländer verlieren würden.

Und wie wenig entspricht es deutscher Thatkraft, wenn wir eine Überslegenheit amerikanischer Industrie vor allem in den Fortschritten der amerikanischen Transportmittel begründet finden, nun nicht die amerikanischen Berkehrssortschritte nachzuahmen, vielmehr sosort nach höheren Schutzöllen zu rusen, wobei wir zugleich die bestehenden Wasserstraßen durch Abgaben beslasten wollen, Kanäle ablehnen und aus regionalen Gesichtspunkten heraus Ermäßigungen der Eisenbahntarise vereiteln, serner durch Extradesteuerung leistungsfähige Formen des Großbetriebs erschweren, endlich die srüher so machtvolle Organisation des deutschen Geldmarktes durch ein Börsengesetzerstören, welches schon im sünsten Jahre seines Bestehens als unhaltbar geändert werden muß!

Was mit Wehmut und Sorge erfüllt bei Deutschlands Entwicklung am Beginn des 20. Jahrhunderts, sind nicht die Symptome der gegen= wärtigen wirtschaftlichen Depression anläßlich einer hoffentlich vorübergehenden Krisis, sondern die Symptome eines Geistes der Verzagtheit, Äußerungen des Glaubens an die allein fördernde Macht konkurrenzfernhaltender Staats= eingriffe, dies alles im selben Augenblick, wo wir meinen, mit an der Spiße in Socialpolitik und Weltpolitik zu marschieren.

Möge der Kampf um den Zolltarif eine luftreinigende, die Seelen befreiende Wirkung üben.

Denn wir stehen thatsächlich an einem Wendepunkt, bei dem es sich entscheidet, ob die Generation des 20. Jahrhunderts für Sonderinteressen preisgeben will, was die Männer des 19. Jahrhunderts im Ringen um Deutschlands Einigkeit und Größe geschaffen haben.

Vorsitzender: Bevor wir weiter gehen, erteile ich das Wort Herrn Projessor Schmoller, um geschäftliche Angelegenheiten zu besprechen.

Dr. Schmoller: Wir muffen jest das erfte Stadium der Wahl vornehmen. Ich bitte, daß die fämtlichen Berren, die Mitglieder des Bereins find — nicht aber die Gafte natürlich —, fich in den Befit eines Stimmzettels fegen. Der Zettel wird, nachdem Profeffor Schumacher gefprochen hat, wieder eingesammelt werden. Bur Erläuterung Diefes Stimmgettels muß ich einige Bemerkungen machen. Ich will damit aber gogern, bis die Mehrzahl der Herren in dem Befitze der Zettel find. (Baufe.) Ich darf wohl vorausseken, daß der Stimmzettel nunmehr in den Sanden der Berren ift. Der Zettel ift so angeordnet, daß zunächst bemerkt ist, welche herren aus dem Ausschuß ausscheiben. Dazu tommen die herren, die durch den Tod ausgeschieden find. Es find 9 herren diesmal neu zu Da es nun unendlich schwierig sein würde, 9 Herren auf= zuschreiben, so ist die Gesamtheit der Herren, die bisher im Ausschusse waren und jest ausscheiden, von denen die Minorität gewählt und die Majorität kooptiert ift, einsach alphabetisch ausgeschrieben. Es kann jeder natürlich 9 andere auf einen Zettel aufschreiben und hier einreichen; weil es aber vielen unbequem ift, fo haben wir die Bestimmung getroffen, daß von der Gesamtheit derer, die auf dem gedruckten Stimmzettel fteben, die nicht Ausgestrichenen, und wenn keiner ausgestrichen ift, die 9 ersten als gewählt gelten. Also werden die herren gebeten, von der Gesamtheit, die in Betracht kommt, diejenigen nicht auszustreichen, die fie mablen wollen. Bewöhnlich geschieht das nun in ber naheliegenden vereinfachten Weife, daß die oberen neun fteben bleiben und die andern ausgestrichen werden. Aber das ift im gangen nicht von praktischer Bedeutung, weil die herren, die früher im Ausschuß waren und jett nicht durch Wahl wieder hereinkommen, nachher wieder fooptiert werden. So unvolltommen das Berjahren ift, fo

würde jede Abänderung so viel Komplifationen verursachen und das Wahlgeschäft noch schwieriger machen, daß wir es immer besolgt haben. Ich darf also bitten, den Bleistist in Bewegung zu setzen und den Zettel zur Einsammlung bereit zu halten. Sobald das Reserat von Herrn Prosessor Schumacher beendet ist, werden die Zettel eingesammelt werden.

Vorsitzender: Wir sahren in den Verhandlungen fort. Ich erteile das Wort Herrn Prof. Schumacher.

## II.

## Referat

nad

## Professor Dr. Hermann Schumacher (Köln).

Wenn man die Argumente überschaut, die die handelspolitische Distuffion in Deutschland gegenwärtig fast ausschließlich beherrschen, so könnte man zur Anficht kommen, es handle sich genau um dieselben Fragen, die feit Jahrzehnten von Beit zu Beit in den verschiedensten Ländern jur Entscheidung ftanden; nicht nur im Ausland — wie noch fürzlich vom amerikanischen Staatssekretar Wilson - sondern auch im Inland, wo nicht immer ein Interesse daran so klar zu erkennen ist, hört man die Behauptung oft wiederholen, die heutige, so wichtige Entscheidungen erfordernde wirt= schaftliche Lage Deutschlands finde ihr Borbild, ihr genaues "Simile" in jener Entwicklungsphase Englands, die Robert Beel zur Aushebung der Korngesetze und jum icharjen Ginlenken in die Bahn des Freihandels veranlafte. Nun läßt fich natürlich nicht leugnen, daß Bergleichspunkte vorhanden find. Aus dem Gegenfat der von der Ginfuhr bedrängten und der auf die Ausfuhr angewiesenen Erwerbszweige erwächst stets ein Widerstreit der Interessen und versochtenen Ansichten, der in allgemeinen Zügen sich gleich bleibt: auch erinnert natürlich vielfach an das Emporfteigen Englands zur induftriellen Suprematie der ftarke Aufschwung des gewerblichen Schaffens, der jungft Deutschland auf dem Weltmarkte Frankreich überflügeln und die zweite Stelle in weit geringerem Abstand hinter England, als bisher, gewinnen ließ, der aber auch die deutsche Bevölkerung, bei einer allgemeinen Bu= nahme von 15 %, in der Industrie um 25 % anwachsen, in der Land= wirtschaft um 7% abnehmen ließ. Es fragt sich jedoch, ob derartige Bergleichspunkte nicht aufgewogen werden durch tiefere Unterschiede. drängt fich daher die Untersuchung auf, worin fich die heutige handels= politische Situation Deutschlands von ähnlichen früheren Situationen im Insand und Aussand, insbesondere von den Zeiten des sieghaften Vordringens der Anticornsaw=Agitation in England, unterscheidet. Diese dem Simile=Suchen entgegengesette Methode dürste sich um so mehr empsehlen, als das Neue und Eigenartige einer Situation, wenn es nicht schnell vorüberzgehender Art ist, für die Praxis meist als Wegweiser zum richtigen Ziel, für die Theorie als nühlicher Prüsstein ihrer Lehrsäte sich erweist.

Als elementarfter Unterschied zwischen der handelspolitischen Lage Deutschlands in ber Gegenwart und ber Englands vor 50 Jahren tritt ber oft charakterifierte geographisch=politische Umstand hervor, daß England im Gegensatz zum kontinentalen Nachbarreichtum und zur unentwickelten Kolonialwirtschaft unseres Vaterlandes — durch seine Inselnatur einer "splendid isolation" in Europa und doch zugleich durch seine Kolonien einer gewissen Universalität seines Wirtschaftslebens, eines stets verfügbaren Borrats von Rahrungsmitteln, wie auch an Menschenkräften im ficheren Schute seiner schiffreichen Rriegsflotte fich erfreut. Nötigt Diefer Umstand uns, etwa 400 000 Mann mehr als England, auch als die Vereinigten Staaten, jum Schutz unferer Landesgrenzen dem Erwerbsleben zu entziehen, jo giebt er dem zuerst zur wirtschaftlichen Weltmacht emporgewachsenen europäischen Inselstaat eine gewisse militärische und wirtschaftliche Selb= ständigkeit, wie sie unser erst spät zur Weltmacht sich weitender Kontinental= staat nie gewinnen kann, am wenigsten in einer Zeit, wo selbst in England immer zahlreicher und stärker und in immer weiteren Kreisen Zweisel auftauchen, ob es richtig war, politisch und wirtschaftlich auf die doppelte Vorzugsftellung fich fo fehr zu verlaffen.

Wichtiger noch in handelspolitischer Beziehung als dieser Unterschied in den geographisch-politischen Verhältnissen ist der Unterschied in den Zeitwerhältnissen, der Unterschied im Grade der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Alls England um die Mitte des svorigen Jahrhunderts, da die staatenschaffende Krast des Nationalismus kaum sich zu regen begann, sich entschloß, zum Freihandel überzugehen, war bekanntlich nicht nur seine durch extreme Schutzollmaßregeln groß gezogene Industrie der aller anderen Nationen weit überlegen; es sand auch auf dem Weltmarkt, zumal außershalb Europas, keinen Nivalen, den es zu sürchten hatte. Vor einer Invasion fremder Waren ebenso sicher wie vor einer Invasion fremder Truppen, wünschte es, die Thüren sich überall möglichst zu öffnen und offen zu ershalten. Die Ersüllung dieses Wunsches, soweit sie nicht bereits vorlag, hosste das Volk, das den politischen Kosmopolitismus gerade seine höchsten Triumphe erleben und die Lehren eines Adam Smith die Wissenschaft aller Länder erobern sah, in Verbindung mit einer internationalen Agitation zu

erreichen durch ein gutes Beispiel, durch das Borbild des Freihandels; gebot doch auch das eigene Interesse es, auf diese Weise die Exportfähigkeit und damit Kauftraft seiner Abnehmer zu sördern, so lange man einer wirtschaftlichen Überlegenheit, die keinen Stärkeren oder auch nur gleich Starken zu sürchten hatte, sich ersreuen konnte. Gerade dieser Überlegenheit wegen konnte man aber auch nicht nur auf dem Inlandsmarkt, sondern auch auf dem Auslandsmarkt auf eine Borzugsstellung verzichten, sich damit begnügen, nicht schlechter gestellt zu sein als ein Anderer. Diese Gleichstellung, die England daheim durch den Übergang zum Freihandel herstellte, errang es außerhalb seiner Grenzen durch die Meistbegünstigungsverträge, die es mit sast allen Ländern abzuschließen wußte. In dieser allgemeinen handelspolitischen Meistbegünstigung sand es sür die Dauer seiner Überlegenheit einen vollwertigen Ersas sür die Enttäuschung, daß seine Hossmung auf internationale Nachahmung seiner sreihändlerischen Maßnahmen sich nicht erzüllte.

Beute ift die wirtschaftliche Lage, insbesondere für Deutschland, fast in jeder Begiehung anders. Statt daß der Freihandel, in deffen rauber Luft die jungen Reime einer der englischen gleichartigen Industrieentwicklung schwer gedeihen können, den erhofften internationalen Siegeszug angetreten und die Entfaltung der gewerblichen Rrafte in den anderen gandern gehemmt hat, haben vielmehr technisches Können und Rapitalwirtschaft über Englands Grenzen hinaus die weiteste Berbreitung gefunden; und ebenfo= wenig, wie es England gelang, die "Werkftatt der Welt" zu bleiben, ebensowenig kann heute von einer Alleinherrschaft auf dem Weltmarkt, felbst in feinen entlegensten Teilen, die Rede fein. Gin weitgebender inter= nationaler Ausgleich hat im Können und Streben ftattgefunden. Die einfachen dunnen Faben des bor einem halben Jahrhundert erft beginnenden modernen Welthandels haben, unter dem Ginfluß des überall hindringenden Dampfverkehrs, zu einem engen, vielfach fich freuzenden, schwer zu überblidenden Ret fich verdichtet. Die Gesamtziffer des Weltverkehrs ift badurch gewaltig geschwellt worden; aber gleichzeitig ift auch jedes Land dem Gin= dringen der Erzeugniffe gleich geschickter und gleich ftarter Rivalen auf dem eigenen Markt und dem Wettbewerb mit ihnen auf allen fremden Märkten ausgesett. Immer ftarter und heftiger ift baraus ein Rampf aller gegen alle entbrannt. Im schärfften Gegensatz zu der auch in England als Illusion erkannten hoffnung auf eine allgemeine Freihandels-harmonie herricht feit fast einem Vierteljahrhundert eine Ura des Schutzolls in fast allen Staaten, felbst in fast allen größeren englischen Rolonien; und fogar im englischen Mutterlande wächst, einerseits unter ber imperialistischen Boll=

vereins-Fahne, andererseits unter der Fahne mit der bezeichnenden Aufschrift: "fair trade" das Streben nach Schutzoll beständig. Statt serner als großmütiger Vorkämpser der Humanität sich zu brüsten und zu vertrauen auf die Wirkung des Beispiels, war es der jetige Premierminister Englands, der klagend ausries, es kümmere sich niemand um das Wohlwollen Groß-britanniens, und als Erklärung hinzusügte: "Weil inmitten dieses Streites England freiwillig die zu solchem Kampse nötigen Rüstungen und Waffen von sich geworsen hat. Man kann in diesem Jammerthal nicht nackend gehen; man muß Geld in der Tasche haben, wenn man den Markt besucht; und man muß die Gegner mit gleichen Waffen bekämpsen. Was nützt es, das Schlachtseld mit den Worten zu betreten: Ich bin Quäker und kämpse nicht, ich habe keine Küstung, ich habe keine Waffen!"

Diese Ruftung und diese Waffen hat die Sandelspolitik einem Bolke ju liefern. War fie früher mehr gewiffermagen nach innen gefehrt, in der hauptsache das Mittel, einzelne Zweige des inländischen Wirtschaftslebens jur Entwicklung ju bringen und in ihrer Entwicklung zu schüten, fo muß fie heute in erfter Linie die gebührende Stellung auf dem Weltmartte In ihrem Charafter als "außere" uns erstreiten und fichern belfen. Handelspolitik tritt fie daher heute in viel ftarkerem Grade in den Vordergrund, als zur Zeit eines Cobden und Beel, als in den fiebziger und acht= ziger Jahren, ja felbst als zu Beginn des letten Jahrzehnts des 19. Jahr= hunderts. Die handelspolitischen Entscheidungen find durch diese Wandlung, die vielfach als ein Übergang aus der Defenfive in die Aggreffive charatterifiert werden tann, viel mehr als früher abhängig geworden von internationalen Berhältniffen; die für fie maggebenden Grunde liegen zu einem weit größeren Teile außerhalb der politischen Grenze unseres Baterlandes: fie sind dadurch unendlich viel komplizierter geworden, wie allein schon die praktische Umwandlung des Begriffs der Meistbegunstigung, die die Bereinigten Staaten vorgenommen haben, und die begonnene gangliche Loslösung der englischen Kolonien aus dem handelspolitischen Zusammenhange mit dem Mutterlande beweifen. Durch alles das find die innerpolitischen Erwägungen an die zweite Stelle gedrängt worden. Sie follen gewiß nicht unterbleiben; fie konnen und durfen aber nicht ausschlaggebend fein für die viel komplizierter gewordenen Entscheidungen, fo fehr fie auch stets in der Agitation in den Vordergrund fich zu drängen trachten, weil ihre altbekannte und leicht fagliche Melodie des gewünschten Resonanzbodens in der eines umfaffenden internationalen Überblicks wohl nie fähigen Maffe der Bevöl= kerung gewiß ist. Es dürfte kaum im Interesse des deutschen Aussuhrhandels liegen, daß bisher eine zwar wichtige Detailfrage, beren Erörterung porwiegend mit innerpolitischen Gründen gesührt wird, die handelspolitische Diskussion der Gegenwart in Deutschland sast ausschließlich beherrscht. Die Handelspolitik, als Glied der auswärtigen Politik überhaupt, hat, wie diese, die Hauptausgabe, den Frieden zu vermitteln und zu wahren im wirtschaftlichen Wettstreit der Bölker, damit die Kräste des heimischen Wirtsschaftlichen sich voll entsalten können, weit über die engen Grenzen des Baterlandes hinaus. Das Mittel zur Ersüllung dieser Ausgabe ist der Handelsvertrag, vor allem der die Zölle auf längere Zeit bindende Handelsvertrag, der langfristige Tarisvertrag.

Im engen Zusammenhang damit steht ein zweites. Wie in der auswärtigen Politik nicht ein Frieden unter allen Umständen erstrebt wird, so können auch in der Handelspolitik nicht Handelsverträge an sich, nicht Handelsverträge unter allen Umständen das Ziel sein, sondern nur Handelsverträge, die Zugeskändnisse erringen, die dem Kauspreis voll entsprechen.

Um solche allein erstrebenswerte Handelsverträge zu erzielen, gilt es, erstens sich in die Lage zu versetzen, wertvolle Zugeständnisse überhaupt erfausen zu können, und zweitens auch für den Fall gerüstet zu sein, daß die Absicht, einen Handelsvertrag zu schließen, am starren Sinn des Gegners scheitert.

Beide Voraussetzungen konnen nur durch einen autonomen, d. h. ohne Mitwirkung des Auglandes festgesetten Tarif geschaffen werden. Der heute noch geltende Tarif vom 15. Juli 1879 reicht dazu nicht aus. Wohl dachte Bismarck bei seiner Schaffung auch daran, durch ihn die in der Freihandelsära verloren gegangene Grundlage für spätere Sandelsvertrags= verhandlungen wieder zu gewinnen, um die Wiederholung folcher Erfahrungen. wie sie zur Zeit der Aufhebung der deutschen Gisenzolle mit den französischen acquits-à-caution gemacht worden waren, zu vermeiben; aber diese Möglich= keit von Tarisvertrags=Verhandlungen war doch zu fern, um praktischen Einfluß auf die Gestaltung des Tarifs, zumal in Einzelheiten, zu gewinnen. Der Tarif vom Jahre 1879 ist vielmehr ausschließlich als autonomer Tarif gedacht, geschaffen für die besondere Aufgabe, vom Freihandel jum Schutzoll überzuleiten, zugeschnitten auf wirtschaftliche Berhältniffe, die heute bereits ein Biertel=Jahrhundert hinter uns liegen. Und ift er auch in den Getreidezöllen auf den fünffachen Betrag erhöht worden, in allen anderen Bollen ist er doch nur wenig verändert.

Reicht er in seinen Zollsähen schon weit zurück, so noch mehr in seiner systematischen Anordnung. Sein Tarisschema stammt aus den Zeiten des Zollvereins. In alphabetischer Reihensolge unter 43 nur historisch zu erstärenden Tarisnummern angeordnet, reicht er schon technisch nicht aus für

den immerhin möglichen Fall, daß das Zollwesen durch Einschränkung der Meistbegunstigung und ftartere Differenzierungen mit ihrem unbequemen Gefolge von Ursprungsattesten in Zukunft sehr viel komplizierter wird. Nur auf die Anfänge der modernen Industrieentwicklung berechnet, wies er immer mehr Lücken auf, die vielfach um fo empfindlicher wurden, weil fie hauptfächlich bei ben für Deutschlands Aussuhr an Bedeutung ftets gewinnenden höherwertigen, in Bollvereinszeiten noch nicht hergestellten Waren hervortraten: folche Lücken nötigten zu aushilfsweiser Rlaffifizierung zahlreicher Waren und führten damit natürlich zu vielen Umständlichkeiten. Ungerechtigkeiten und Bollmerkwürdigkeiten. Diefer Mangel hatte aber noch weitere Bedeutung. Die der Mannigsaltigkeit unserer heutigen Produktion nicht entsprechende Differenzierung der Zollfätze ist mit Recht "eine Schwäche in der handelspolitischen Stellung" genannt worden; denn sie veranlaßt bei Sandelsvertragsverhandlungen leicht umfaffendere Zugeftändniffe, als unbedingt geboten ift; das war um fo mehr der Fall, als dem 394 Boll= fätze aufweisenden deutschen Zolltarif in anderen Ländern sehr viel mehr detaillierte gegenübergestellt wurden; hatte doch 3. B. der schweizerische Tarif vom Jahre 1891 723 Bollfäte, und die Tarife von anderen Ländern, wie bon Frankreich, Rugland, Stalien, gingen noch mehr ins einzelne.

Das Bedürfnis nach stärkerer Differenzierung der Zollfätze zeitigte so zunächst in weiten Rreisen die Forderung einer Revision des Tarifichemas, beren Erfüllung um fo mehr Bollplackereien beseitigen konnte, je mehr eine gewisse internationale Unnäherung in der Tariffpstematisierung angebahnt wurde. Die Revision des Tarifschemas, die bekanntlich unter Bermehrung der Tarijnummern auf mehr als das Doppelte, auf 946, und unter Unnäherung insbesondere an den öfterreichischen und frangofischen Tarif vorgenommen worden ift, - biefe formelle Tarifrevifion mußte eine materielle nach fich ziehen. Gine folche auch auf die Bollfate fich beziehende allgemeine Tarifrevision foll Bismarck ichon gegen Ende feiner Regierung bekanntlich geplant haben, um eine neue, den veränderten Beitverhaltniffen angepaßte Grundlage für Sandelsvertragsverhandlungen zu ichaffen. wohl die wichtigsten Staaten, wie die nordamerikanische Union, Rugland, Frankreich, Öfterreich=Ungarn, die stärksten Zollerhöhungen — zum Teil zu diesem ausdrücklichen Zweck — vornahmen, ist eine solche Tarifrevision von Deutschland damals unterlassen worden. Alle Zugeständnisse mußten des= halb durch Ermäßigungen des in der Hauptsache aus dem Jahre 1879 stammenden Tarijs erkauft werden. Darin, in dieser taktischen Ungleichheit, die noch verstärkt wurde durch die verbreitete Anficht, in der Regierung habe umgekehrt, wie im Jahre 1879, ein Umschwung vom Schutzoll jum Freihandel sich vollzogen, wurzelt ein Hauptgrund für die Unzufriedenheit mit den Caprivischen Handelsverträgen.

Wenn aber die damals unterlaffene Reuschaffung eines antonomen Tarifs heute geboten erscheint, welche Grundsätze mussen für sie maß= gebend sein?

Bei der Beantwortung drängt sich zunächst die vielerörterte Frage auf, ob man an einem Einheitstarif festhalten oder zum System eines Doppelstarifs übergehen solle.

Einen weitgehenden Maximal= und Minimaltarif hat bekanntlich Frankreich — eine Reihe anderer Staaten find ihm dann gefolgt — auf Unraten feines Oberhandelsrats und in Übereinstimmung mit fast allen handelskammern und wirtschaftlichen Berbanden des Landes im Jahre 1892 Im letten Grunde mar diefer Wechfel im handelspolitischen Shiftem gegen Deutschland gerichtet. Denn ba Frankreich bisher mehr ober minder die Führung in der Handelsvertragspolitik gehabt hatte, Deutsch= land aber keine Tarisverträge, sondern nur Meistbegünstigungsverträge ein= gegangen war, so war der die ewige Meistbegünstigung aussprechende Artitel 11 des Frankfurter Friedensvertrages bisher in weit höherem Mage uns als unseren Nachbarn, auf deren Vorschlag er geschaffen worden war, zu gute In einer aufs wirtschaftliche Gebiet übergreifenden Revanche= stimmung wünschte man diese unliebsame Thatsache zu ändern. Radital, wie es das französische Temperament liebt, beschloß man, Tarifverträge überhaupt nicht mehr abzuschließen; dann konnten auch durch fie errungene Bugeständniffe nicht mehr Deutschland zu gute kommen. Ja, man ging in seinen hoffnungen vereinzelt noch weiter. Man wollte an Stelle ber Tarisverträge zwei autonome Tarise setzen, von denen der niedrigere allen Ländern, die genügend erscheinende Konzessionen gewährten, eingeräumt, der höhere gegen alle Länder, die das nicht thaten, in Rraft gesetzt werden Durch folche autonome Bollgesetzgebung vermeinte man fogar ben Artifel 11 überhaupt unwirksam machen zu können. Wie man diefe hoffnung jedoch bald aus Rechtsgründen als Musion erkannte, so fand man auch sonst Schwierigkeiten, seine Abneigung gegen Tarisverträge mit hilfe des Doppeltarifs in die That umzuseten. Man fah fich schließlich vereinzelt doch — wie Meline fagte — zur "Regation" des anfänglich erstrebten Werkes genötigt; man mußte vereinzelte Sandelsvertrage mit Bindung von allerdings nur wenigen Zollfägen abichließen und fonnte nur äußerlich den Charafter ber autonomen Bollgesetzgebung mahren.

In diesem turz stigzierten Sinne, als principieller Gegensatz zu Tarif=

Wenn behauptet wird - wie g. B. in der Buedichen Denkichrift des Centralverbandes deutscher Industrieller —, das Doppeltarifipstem habe auch in diesem Sinne fich nicht bewährt, nicht durchführen laffen, fo kann bem nicht zugestimmt werden. In biefer zweiten Auffaffung - und mit ihr begnügte man fich schlieflich auch jenseits ber Bogefen - ift ber Um= ftand, daß Frankreich in verschiedenen Verträgen, fo in dem mit Italien (vom 27. November 1898) und den beiden mit den Bereinigten Staaten von Amerika (vom 28./30. Mai 1898 und 24. Juli 1899), die Sätze seines Minimaltaris bloß zum Teil bewilligt hat, nur als ein Ersolg zu bezeichnen, ein Erfolg, der zugleich die Behauptung nicht bestätigt, daß der Minimaltarif ftets die Grundlage der Berhandlungen abgeben werde; und wenn Frankreich für den Bertrag vom 25. Juli 1895, durch den es feinen Zollfrieg mit der Schweiz beendigte, seinen Minimaltarif in etwa 30 30Ufähen autonom herabsehte, so beweist diese Thatsache noch nicht das Gegen= teil; sie ist nicht anders zu beurteilen als jede Tarifanderung, d. h. nach ihren Gründen. Ift fie mit Rücksicht auf mindestens gleichwertige Gegenkonzessionen ersolgt, so kann sie auch nicht ein Mißersolg genannt werden. Jedenfalls ift beim Doppeltarifinftem der angedeuteten zweiten Art eine Anderung eines Minimaltarijs so wenig eine "Durchlöcherung des Princips", daß fich im Gegenteil Falle denken laffen, wo gerade ein erftrebtes Saupt= ziel der handelspolitik am leichtesten auf dem Umwege einer gesetzlichen Anderung eines Minimaltarifs fich erreichen läßt.

Auch die französische Handelspolitik kann nicht zum Beweis eines unbedingten Mißlingens des Doppeltarisshstems herangezogen werden. Wenn Frankreich in seiner Aussuhr im Jahre 1894, dem Jahre des größten Tiefstandes seines Außenhandels, um 13,8% hinter dem Jahre 1891 zurückblieb, so war das auch um 11% in England der Fall, und wenn es erst im Jahre 1899 den Stand seiner Aussuhr im Jahre vor Erlaß seines

Doppeltarijes wieder erreichte, fo trifft es auch in diefer Beziehung mit jenem Freihandelslande jufammen. Wie ichon diefer Vergleich Bedenken wedt, die Entwicklung des frangösischen Sandels im letten Jahrzehnt mit ber frangofischen Bollpolitif in unmittelbaren Busammenhang zu bringen, fo würde es in noch höherem Dage willfürlich fein, den in England und in Frankreich nicht gang gleichen Grad des Niederganges und des Aufschwungs aus der Handelspolitik zu erklären; es ift das um so mehr der Kall, als bekanntlich gerade in dem zu einer gewiffen Selbstgenügsamkeit neigenden Frankreich gablreiche andere Erklärungsgründe für derartige Unterschiede vorhanden sind. Bugleich darf aber nicht überfehen werden, daß ein Hauptziel, das mit der neuen Zollpolitik in Frankreich verfolgt wurde, erreicht worden ift: im Gegensatzu England und Deutschland ift die Ginfuhr in Frankreich, und zwar bor allem die an Lebensmitteln und Fabrikaten. stark zurückgegangen, von 3814 Millionen Wark im Jahre 1891 auf 3374 Millionen Mark im Jahre 1899, und durch diefe auf reichlich 12% fich belaufende Einfuhrabnahme in Berbindung mit dem zwar späten und langsamen Anwachsen der Ausfuhr ift der Ginfuhrüberschuß, der zu gleicher Zeit in England von 2,3 auf 4,7 Milliarden Mark, in Deutschland von fast 1 Milliarde auf jast 11/8 Milliarden anschwoll, in Frankreich auf ein Viertel, von 1 Milliarde Mark im Jahre 1891 auf 1/4 Milliarde Mark im Jahre 1899 herabgegangen; mogen auch die Ziffern einer fog. passiben Sandelsbilang an fich geringen Wert befigen, es darf doch diefer erhebliche Unterschied in der handelsentwicklung, der in der Borliebe der Frangofen, Kapital wie Menschenkraft im Inlande zu verwerten, wurzeln dürste, nicht gang unberücksichtigt bleiben, jumal da er erftrebt murde.

Wenn aber auch die in Deutschland allein zur Erörterung stehende Art des Doppeltarifipstems auf Grund der oft herangezogenen französischen Ersahrungen schwerlich mit Recht verdammt werden kann, so dürste ihr doch andererseits kaum die Bedeutung zukommen, die ihr in so weiten Areisen zugemessen wird. Handelt es sich doch nur um eine Frage taktischer Art, um eine Frage, die nicht das Ziel betrifft, sondern nur die Wege, die zum Ziele sühren.

Als unbestritten kann es wohl angenommen werden, daß ein autonomer Doppeltarif die parlamentarische Behandlung eines Tarisvertrages, der die Mindestsäße nicht überschreitet, erleichtert. Bisher, ohne Doppeltaris, war bei Handelsverträgen die Lage eine mißliche für Regierung und Reichstag. Der Reichstag kann, da jede, auch die kleinste Änderung, den sremden Staat seiner Bertragsverpflichtung entbindet, einen Handelsvertrag nur im ganzen annehmen oder im ganzen ablehnen. Macht er von seinem Ablehnungsrecht Gebrauch, so wird damit die Regierung in eine unangenehme Lage gebracht; es wird ihr nicht nur Schriften XCVIII. — Berhanblungen 1901.

durch eine mühsame, langwierige Arbeit, die vielleicht in ihren hauptteilen dem deutschen Volke unbestrittene Vorteile gebracht hätte, ein Strich gemacht; fie wird dadurch zugleich auch leicht in internationale, in ihrer Tragweite schwer zu überblickende Komplikationen verwickelt, um so leichter, als der gleichzeitige Ablauf vieler Sandelsvertrage in Verbindung mit den aus den Meiftbegunftigungsverhaltniffen erwachsenden zahlreichen Wechselbeziehungen jeden einzelnen Sandelsvertrag jum Gliede eines größeren Gangen macht. Die Aufstellung eines Minimaltarifs wurde beide Teile aus diefer 3manas= lage befreien, dem Reichstag einen ihm bisher fehlenden Ginfluß auf die Feftsehung der einzelnen Bollfate einräumen, die Regierung erlösen vom Damoklesschwert einer Bertragsablehnung. Und auch eine Anderung des Minimaltarifs wurde vielfach leichter fein, als die Durchbringung eines umfangreichen, schwer in feinen Rredit- und Debet-Boften abzumägenden Vertragswerkes, da fie fich ftets, wie in Frankreich, nur auf wenige Positionen begieben wird, denen eine leicht zu übersehende Angahl gang bestimmter Gegenkonzessionen gegenübersteht, und da diese Gegenkonzessionen stets auch beträchtlich sein werden, weil sonft die Regierung zu einem Versuch der Abänderung des Minimaltarifs kaum sich veranlaßt sehen dürfte. Damit ist zugleich angedeutet, wie ein Minimaltarif dazu dienen kann, die Kaufkraft der eigenen Zugeständnisse zu erhöhen, statt fie zu mindern.

Es wird ein größeres Maß von Zugeftändnissen eines fremden Staates nötig sein, eine Regierung zu bewegen, einen bestimmten, vielleicht Schwierigsteiten in der inneren Politik bietenden Punkt in ihren eigenen Zugeständnissen zu überschreiten, wenn damit die Notwendigkeit einer Gesehesänderung versunden ist, als wenn das nicht der Fall ist; und der Bolksvertretung gegensüber wird die Stellung der Regierung dadurch erleichtert, daß sich ihr, wie gesagt, klarer und genauer veranschausichen läßt, was sür endgültige Borteile oder Nachteile von der Gewährung oder Nichtgewährung weniger verhältnismäßig geringsügger Zollermäßigungen abhängen; die Volksvertretung kann so vor eine Alternative gestellt werden, die das Gesühl der Berantwortlichkeit bedeutend erhöhen muß.

Ift es so unzweiselhaft ein gewisser Mangel gegenseitigen Bertrauens, ber das Doppeltarisspstem für die parlamentarische Behandlung eines Handelsvertrages eine taktische Bedeutung gewinnen läßt, die vielsach unterschätzt werden dürste, so ist dieser Mangel an Vertrauen bekanntlich auch der Hauptgrund, der die Interessenten zur Forderung eines Minimaltariss veranlaßt hat. Dieser Mangel an Vertrauen trat nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Industrie hervor. Beide wollten sich sür fünstige Fälle sichern vor unliebsamen Überraschungen, vor Vereinbarungen,

die fie für eine schwere Schädigung ihrer berechtigten Intereffen halten. Bu diesem Praventivzwed haben Landwirtschaft und Industrie aber nicht gang die gleichen Wege eingeschlagen. Die Induftrie fucht bor allem die erwünschte Sicherung in einer engen und dauernden Berbindung mit der Regierung bor und mahrend ben Berhandlungen; die Landwirtschaft da= gegen hat dem "Wirtschaftlichen Ausschuß" kein besonderes Vertrauen ent= gegengebracht und fucht vielmehr die erwünschte Sicherung im Minimal= tarif, für den die Industrie nur vereinzelt eingetreten ift. Stellungnahme entsprechend ist im borliegenden Tarifentwurf nur die Landwirtschaft mit Mindestzollsägen bedacht worden. Wie aber von vornherein anzunehmen war, und zahlreiche Rundgebungen bereits beweifen, fann ein einseitiger Minimaltarij jür Getreidezölle auf Annahme kaum rechnen; denn die Induftrie wird ihm nicht guftimmen, weil er nur die fur die Induftrie vom Austande zu erlangenden Zollermäßigungen schmälern kann, ohne ihr dadurch einen Erfat zu bieten, daß er die von ihr gewünschten Bolle auch garantiert. Das von der Regierung den Wünschen der Interessenten scheinbar angepaßte Rom= promiß muß daher der Industrie den alternativen Wunsch aufdrängen, entweder - wie die Gifen- und Stahlinduftriellen - auch für fich Mindestzollfäge und damit einen allgemeineren Doppeltarif zu erftreben, ober nach einer ganglichen Beseitigung der Mindestgollfätze zu trachten. So wird man in Industrie und Landwirtschaft zur Fortsetzung der Sammlungspolitik auf eines der beiden Sicherungsmittel vor Überraschungen sich einigen muffen. Es ist wahrscheinlich, daß man beiderseits auf eine einmalige, mehr auf ein Machtwort als auf Grunde fich ftugende Einwirkung auf die Regierung durch Aufstellung eines Minimaltarifs verzichten und beiderseits fich begnügen wird mit einer dauernden vertraulichen Beeinfluffung derfelben durch sachverständige Vertrauensmänner. Es ist das wahrscheinlich, nicht nur darum, weil ein weit über das Ziel hinausschießender Widerspruch sich gegen den beschränkten Minimaltarif erhoben hat, sondern hauptsächlich auch darum, weil die Mindeftfate für die Getreidezolle bereits jest gewiffer= maßen ihren Zweck erfüllt haben; fie haben aller Welt gezeigt, bei welcher Grenze ein verstärkter Widerstand bei den Verhandlungen sich geltend machen wird: und es ist in diesem Zusammenhange nur zu bedauern, daß der Ent= wurf an die Öffentlichkeit gezogen ist, wo er noch nicht als Ansicht der Regierung, sondern nur als Ansicht einzelner ihrer einflufreichen Organe angesehen werden darf. Mit diefer Ansicht wird aber voraussichtlich zu rechnen fein, ob die Minimalfage bestehen bleiben oder gestrichen werden.

Ob aber die Entscheidung in der einen oder anderen Richtung auß= fällt, ob ein allgemeiner oder beschränkter Doppeltarif festgesetht wird,

oder ob ein Minimaltarif — wie man sich ausgedrückt hat — nur in den Aften gehalten und öffentlich allein ein Ginheitstarif aufgestellt wird, burfte nicht von der Bedeutung sein, wie in fo vielen Erörterungen angenommen Wie ein Minimaltarif ebensowenig wie jeder andere autonome Tarif unabanderlich ift, so bleiben andererfeits bei der Öffentlichkeit, in der das Mirtschaftsleben mit seinen Kämpfen sich heute abspielt, und bei der großen Rahl der bei der Borbereitung der Sandelsvertrage Mitwirkenden und Intereffierten, die für die wichtigften Sandelsartitel erreichbaren Mindeftzolle, auch wenn fie nicht gesetzlich fixiert werden, sachverständigen Unterhändlern nicht lange unbekannt. Söchstens Zeitpunkt und Umfang ihres Bekannt= werdens find etwas verschieden; ob aber die Mindestfätze über den Kreis der Unterhändler hinaus im Publikum bekannt werden und ob fie den Unterhandlern fürzere oder langere Zeit vor oder gar erft mahrend der Berhandlungen näher bekannt werden, ist nicht von ausschlaggebender Wichtig= Weit wichtiger ift das fachliche Moment, daß ein beträchtlicher Spielraum fich ergiebt zwischen ben burch einen Bertrag zu erreichenden Mindeft= fähen und den drohenden Söchstfähen des autonomen Tarijs. Bei gleich geschicktem Manöprieren wird die Aussicht auf vorteilhafte Sandelsverträge weit mehr geschmälert durch die Verringerung der Spannweite zwischen den ohne Rongeffionen und den nur durch Rongeffionen erreichbaren Bollfagen, als durch ein etwas früheres oder späteres Bekanntwerden der erreichbaren Mindeftfäge.

Die Spannweite aber wird in höherem Mage als durch den Minimal= tarif, ob dieser nun in den Akten bleibt oder veröffentlicht wird, bestimmt durch den die höchstfätze enthaltenden Tarif. Diefer Tarif — in einem Falle General=, im anderen Maximaltarif — hat die Doppelaufgabe zu erfüllen, nicht nur als Grundlage für Berhandlungen, sondern auch für den Fall geeignet zu sein, daß die Berhandlungen dem einen oder anderen Staate gegenüber nicht zu einem befriedigenden Abschluß führen; er barf daher weder fo niedrige Säte enthalten, daß er vom Auslande überhaupt nicht zu fürchten ift, fondern bereits gewiffermagen die Quinteffeng der erreichbaren wertvollen und kaufträftigen Zugeständniffe vorweg nimmt, noch jo hohe Zolljäge, daß fie als in den Produktionsverhältniffen der betreffenden Erwerbszweige nicht bedingte Bolle, als Rampizolle aufgefaßt werden muffen, wie es beim frangöfischen Maximaltarif ber Fall mar, ber gegen= über den bisherigen Sägen eine durchschnittliche Bollsteigerung von 70 % Er muß daher eine gemiffe Mittellinie innehalten und moglichst genau den konkreten Produktionsverhältniffen jedes einzelnen Produktionszweiges angepaßt werben, mit bem 3wed, möglichst einen Ausgleich

165

zu schaffen für die Unterschiede, die in den Produktionsbedingungen zu Ungunften des Inlands gegenüber den Hauptkonkurrenzländern bestehen.

Die Feststellung folder Produktionskoftendifferenzen kann nur auf Grund eingehendster Betrachtung jedes einzelnen Produktionszweiges erfolgen, niemals gang einwandsfrei, ftets nur annäherungsweise. Es ift daber auch fast ebenso unmöglich, über die Sate des Entwurfs allgemein zu urteilen, wie im Rahmen eines kurzen Referats auf Ginzelheiten fich einzulaffen. Es foll jedoch eine Einzelheit nicht unerwähnt gelaffen bleiben, obwohl auf ihre Begründung bier nicht naber eingegangen werden tann: es scheinen mir die im Tarifentwurf eingesetten Bolle von 6 Mark für Roggen und 61/2 Mark für Weizen im hinblick auf die ftiggierte Doppelaufgabe dieses Tarijs — insbesondere den Vereinigten Staaten gegenüber — nicht zu hoch zu sein; ist doch hinter dem Durchschnittspreis aus einer bis zur Gegenwart reichenden Periode, die ebenfoviel Jahre vor wie nach dem plöglichen Einsegen der überseeischen Betreidekonkurreng enthalt und in der die Bewertung des Grund und Bodens für den weitaus größten Teil ber landwirtschaftlich bestellten Fläche in Deutschland erfolgt ift, der Weizenpreis um 71/2 Mark, der Roggenpreis um 6 Mark für den Centner in den Jahren 1892/93-1899/1900 unter der Herrschaft der ermäßigten Getreidezölle zurückgeblieben.

Wenn aber doch über den vorliegenden Entwurf ein allgemeines Urteil, das nicht nur den Ausfluß einer allgemeinen politischen Stimmung bildet, gefällt werden foll, so muffen den Maßstab die Tarife des Auslandes Im Bergleich zu ihnen kann das Urteil nur das fein, bak bilden. die Erhöhungen der Zollfätze sich in mäßigen Grenzen halten, sind doch fehr viele Bollfage diefelben geblieben, ja fteben doch den Bollerhöhungen auch Bollermäßigungen gegenüber, wenn fie fich auch zu jenen etwa verhalten wie 1 zu 6. Gewiß ist der Tarifentwurf vielfach verbefferungsfähig und verbefferungsbedürftig. Insbesondere merden mancherlei Underungen infolge des Intereffengegensates ber Produzenten von Rohftoffen, Salb= und Cangfabri= faten nötig werden. Im allgemeinen wird man auch fagen konnen, daß moglichft die Ausfuhr von Gangfabritaten gegenüber ber von Rohftoffen und Salbfabrikaten zu begünstigen, also eine Entwicklung zu fördern sei, wie sie sich bereits angebahnt hat; ist doch die Fabrikatenausjuhr Deutschlands von 1670 Millionen Mark im Jahre 1880 auf 2982 Millionen Mark im Jahre 1900 geftiegen, mahrend gleichzeitig die Ausfuhr von Rohftoffen, Nahrungs= und Genußmitteln von 43,3 % auf 35,1 % der Gesamtaussuhr herabgefunken ist. Aber auch hier ift mit einer starren Formel nichts genütt. Rann das Halbfabritat die Konkurrenz des Auslandes nicht aushalten, fo

hat auch die Begünstigung des Fertigsabrikates nur geringen Wert. Die wirtschaftliche Entwicklung des Auslands ist aber zum großen Teil gerade auf der Stuse angelangt, daß bei den Halbsabrikaten die Konkurrenz vielsfach besonders empfindlich hervortritt. Es kommt daher auch in dieser Hinsicht auf Einzeluntersuchungen an. Mögen sie auch manche Ermäßigungen und manche Erhöhungen von Zollsähen noch rechtsertigen, im ganzen erblicke ich doch im Entwurf einen Tarif, der der skizzierten Doppelausgabe gerecht wird.

Ein solcher auf den Inlandsmarkt berechneter, den Inlandsmarkt der heimischen Produktion möglichst umfassend sichernder Taris, wie ich ihn im wesentlichen im Entwurse erblicke, bildet nun die Grundlage für die auf den Auslandsmarkt sich beziehenden Verhandlungen zum Absichluß von Tarisverträgen. Das Ziel dieser Verhandlungen muß natürlich sein, nicht etwa, wie man früher annahm und auch heute noch oft glaubt, den Mitkontrahenten möglichst zu übervorteilen, sondern auf der Grundlage voller Villigkeit und Gegenseitigkeit wertvolle Zugeständnisse durch gleichswertige zu erwerben; denn auch im Leben der Völker trägt nur die Gesschäftsverbindung, die beide Teile besriedigt, die Garantie der Dauer in sich, die hier noch wertvoller ist als in der engeren Privatwirtschaft.

Daß es bei folcher Auffaffung überhaupt unmöglich fein foll, auf Grund bes vorliegenden Tarifentwurfes zum Abschluß irgend welcher Sandels= verträge ju gelangen, läßt fich bei dem Widerstreit der Intereffen der Länder, mit denen der Abschluß von Berträgen in Frage kommt, nicht annehmen. Das Intereffe am Abichluß von Sandelsverträgen ift - wie wir noch sehen werden - keineswegs ein einseitig deutsches; und wo die Meiftbegunftigung nicht ftorend eingreift, verftartt ein jeder Bertragsabichluß das Interesse der anderen Staaten an Erneuerung der handelsverträge bedeutend. So ift die Gefahr, daß der die Höchftfätze enthaltende Tarif allein in Rraft tritt, nicht groß. Nur eine allgemeine, ausnahmslofe principielle Abneigung, neue Sandelsvertrage abzuschließen, konnte fie herbei= führen. Sie anzunehmen, liegt ein Grund nicht vor. Ift fie aber vorhanden, dann ist die Forderung neuer Sandelsverträge überhaupt vergeblich. If fie nicht vorhanden, so ist bisher nicht zu erkennen, warum der Abschluß neuer Verträge praktisch dadurch vereitelt werden foll, daß an Ge= treidezöllen festgehalten wird, wie sie in gleicher Sohe in Frankreich, Italien, Spanien und Portugal ohne große Schwierigkeiten aufrecht erhalten worden find und wie fie in Deutschland in den Jahren 1887-1892 beftanden haben, ohne die furchtbaren Wirkungen zu zeitigen, die auszumalen man heute nicht müde wird. Zumal da es noch keineswegs bewiesen ist, daß

die durch Getreidezoll-Erhöhungen verursachte Berteuerung der Lebenshaltung nicht aufgewogen wird durch die Belebung des Arbeitsmarktes, die jede Minderung oder gar Beseitigung des Riedergangs eines großen Erwerbszweiges zur Folge hat, verdienen vom Standpunkte der allgemeinen Interesses unzweiselhaft Handelsverträge, die durch mäßige Erhöhungen der Getreidezölle die heute kaum noch geleugnete landwirtschaftliche Notlage lindern, den Borzug vor solchen Handelsverträgen, die auf die Bedrängnis des größten Erwerbszweiges des Landes keine Rücksicht nehmen. Sie würden diesen Borzug sogar dann verdienen, wenn sie im Auslande nicht ganz dieselben Zollermäßigungen erreichten, denn — von einzelnen Ausenahmefällen abgesehen — sind kleine Unterschiede in der Zollhöhe für die Aussiuhr von geringer Bedeutung, wenn nur Stabilität erzielt und eine nachteilige Differenzierung vermieden wird.

Wie man bem ftartften Gegner möglichft zu Anfang, in voller Ruftuna und in ungeschwächter Rraft, entgegentritt, fo gilt es auch in der Sandels= politik zuerst dort, wo es am schwersten ift, die Entscheidung herbeizuführen. So hat es feinerzeit auch England gemacht; mit dem einzigen an Leiftungs= fähigkeit ihm damals nahe kommenden Rivalen, mit Frankreich, schloß es im Jahre 1854 den erften modernen Sandelsvertrag ab, der vorbilblich war für alle späteren, und es begnügte fich alsbann im Bewuftfein feiner Überlegenheit allen anderen Ländern gegenüber mit bloffer Meiftbegunftigung. Nicht ebenso ift Deutschland vor zehn Jahren vorgegangen. Es begann vielmehr die Sandelsvertragsverhandlungen mit dem politisch ihm am nächsten ftebenden Staate, mit Bfterreich=Ungarn, von dem es jedenfalls im internationalen Wettstreit nicht allzuviel zu fürchten hatte, wenn es auch mit ihm nicht leicht zu einer Einigung gelangte. In langwierigen Berhandlungen wurde forgfamft Bugeftandnis gegen Bugeftandnis abgewogen. Aber nachher wurde doch ein Strich durch die Rechnung gemacht: alle Mühe war vergeblich, alles Schachern umfonft. Denn die von beiden Seiten teuer erkauften Bollermäßigungen murben auf Grund ber Meift= begunftigungeklausel alsbald verallgemeinert, hier Österreich-Ungarns, dort Deutschlands Rivalen — meift ohne Verhandlung und ohne Entgelt eingeräumt. So hat Öfterreich = Ungarn bon der Getreidezollermäßigung von 5 auf 31/2 Mark, die Deutschland zu feinen Gunften vornahm, überhaupt fo gut wie keinen Borteil gehabt, sondern nur feine überlegenen Konfurrenten, die Vereinigten Staaten, Argentinien und Rugland. Und ähnlich ift es in vielen Artikeln Deutschland ergangen. Gin unbedeutendes, doch schlagendes, von Dr. v. Peez angeführtes Beispiel bietet der Eierhandel. Die Bindung des Gierzolls in Ofterreich-Ungarn ift nicht Deutschland, das fie mühsam durchsetze, sondern Rußland, dem sie mühelos durch die Meistbegünstigung in den Schoß siel, zu gute gekommen; hat doch Österreiche Ungarn im Jahre 1899 nur 444 Doppelcentner Eier aus unserem Baterland bezogen, sast dem Abschluß von Handelsverträgen ist so beiden Staaten etwas kostspielig zu stehen gekommen; sie bringt leicht sür den Schwachen und Unvorsichtigen — wie man vor einem Jahrzehnt bereits in Frankreich empsand — das schwere Risiko mit sich, die Saat, die man säet, nicht selbst zu ernten, sondern einem müßig dreinschauenden Dritten lachend davontragen zu sehen. Bisher "suhr am besten" — wie v. Peez gesagt hat — "jener Staat, der entweder zuletzt verhandelte oder gar keinen Vertrag abschloß: er hatte alle Unterhändler der andern Staaten sür sich arbeiten lassen und gleichsam zu seinen Agenten gemacht; er hatte, ohne selbst das Geringste zu opfern, die Ergebnisse und gegenseitigen Zugeständenisse aller andern vertragschließenden Länder eingeheimst."

Solche Erfahrungen, in denen neben dem bereits erwähnten Brunde die Unzufriedenheit mit dem deutsch=öfterreichischen Bertrage im letten Grunde wurzelt, haben mit Recht in Deutschland wie in Öfterreich-Ungarn die Forderung laut werden laffen, die Regierung möchte Borforge treffen gegen eine Wiederholung ähnlicher Enttäuschungen. Das tann - jum Teil wenigstens - baburch geschehen, daß die Sandelsvertragsverhandlungen junachst mit dem wirtschaftlich Stärkeren eingeleitet werden, d. h. daß, ehe die Tarifverträge mit den mitteleuropäischen Staaten erneuert werden, Rlarheit geschaffen wird in den handelspolitischen Beziehungen zu dem Lande, das in der deutschen Einfuhr die erste Stelle einnimmt. folche Regelung unferer handelspolitischen Beziehungen zu den Bereinigten Staaten, die, aller Freihandelstheorie jum Trot, feit dem vorigen Jahre nicht mehr allein im Hochschutzoll, sondern zugleich auch im Aussuhr= handel an der Spige aller Bolter marichieren, ift darum noch besonders geboten, weil die handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Bereinigten Staaten im letten Jahrzehnt nicht nur thatfächlich vielsach unbefriedigend gewesen sind, sondern bekanntlich auch rechtlich mannig= facher Klärung bedürftig, was nur jum Teil und nur vorläufig geändert worden ift durch das jungfte deutsch-amerikanische Abkommen vom 10. Juli 1900.

Entschließen sich die Bereinigten Staaten — und das hängt nicht in erster Linie vom Präsidenten ab, dessen Initiative in Fragen der Handels= politit sehr beschränkt ist — den vertragsseindlichen Standpunkt des Dingley= Gesetz, das nur in den engsten Grenzen Zugeständnisse sur jog. Gegen= seitigkeitsverträge ermöglicht, zu verlassen, so wird der Ersolg der Berhandlungen über einen Tarisvertrag hauptsächlich davon abhängen, inwieweit sie die von ihnen so gepriesene Reciprocität nicht nur zu ihren Gunsten, sondern auch zu ihren Lasten anerkennen. Was Zollermäßigungen anlangt, so ist die Aussicht nur gering. Wenn die Bereinigten Staaten auch vielleicht dazu zu bewegen sind, einige der höchsten Zollsäße, die  $50-100^{\circ}/o$  des Warenwertes betragen, herabzuseßen; an die Herstellung einer gewissen Gleichmäßigkeit im beiderseitigen Durchschnittsniveau der Zollsäße, die dort nach verschiedenen Berechnungen 4-7 mal so hoch sind, wie bei uns, ist einstweilen kaum zu denken; dazu ist die Schutzollbewegung, die von so außerordentlichen Ersolgen begleitet gewesen ist, noch viel zu kräftig, dazu sind auch die saft nur aus Zöllen zu deckenden Bundesausgaben in zu schnellem Wachstum begriffen.

Bleibt aber ein starkes Misverhältnis im Niveau der beiderseitigen Zölle bestehen, so sind wir um so mehr berechtigt zu vereinzelten Zolleerhöhungen. Ein Land, das selbst innerhalb eines Jahrzehnts zweimal seine Zölle im stärksten Maße erhöht hat, ohne daß wir Repressalien ergriffen haben, kann unmöglich beanspruchen, daß wir seinetwegen davon abssehen, aus sachlichen Gründen etwa unsere Getreidezölle zurückzusühren auf die Höhe, die sie vor dem Abschluß der Caprivischen Handelsverträge einenahmen. Das Mißverhältnis im Zollniveau stärkt unsere Stellung aber noch in anderer Hisiocht. Begnügen wir uns mit seiner bloßen Milderung, so können wir um so mehr formelle Reciprocität verlangen.

Um sie handelt es sich in dreifacher hinsicht. Erftens ift es bon wefentlicher Bedeutung, daß auf beiden Seiten annähernd gleichmäßig auf das Selbstbestimmungsrecht in Bollfachen verzichtet wird. Bindet die eine Seite ihre Bollfage, fo muß bas auch einigermaßen entsprechend auf ber anderen Seite geschehen, durfte doch Sjalmar Schacht zuzustimmen fein, daß das große Zurudbleiben unferer Ausfuhr nach den Bereinigten Staaten hinter unferer Ginfuhr aus ihnen in den letten gehn Jahren jum Teil barauf zurudzuführen ift, daß die deutschen Bollverhaltniffe ftabil blieben, während die amerikanischen in beständiger Anderung — vom Mac Kinley= jum Wilson= und vom Wilson= jum Dingley-Tarif - begriffen waren. Zweitens ist die Hauptquelle der Berftimmungen zwischen beiden Nationen zu verstopfen. Es find Vorfehrungen zu treffen gegen die bekannten Härten und Willfürlichkeiten im amerikanischen Zollversahren. Gelingt es nicht, es durchzusegen, daß fie durch gesetliche Anderungen gemildert werden, so wird man es doch wohl ernstlich in Erwägung ziehen mussen, die Reciprocität dadurch herzustellen und dadurch sich in einer Kompensationsmöglichkeit einen

gewissen Schutz zu schaffen, daß man wenigstens für einige jür die Vereinigten Staaten besonders wichtige Artikel dasselbe Zollversahren mit detaillierten Ursprungsattesten einsührt. Am wichtigsten ist aber drittens die Frage der Meistbegünstigung.

Im Güterverkehr ift die Meiftbegunftigung bekanntlich längst nicht mehr ein fest und einheitlich geprägter Begriff. Zum Gegenstand der Berhandlungen geworden, ist sie vielmehr mannigsachen Modifikationen unterzogen worden. Schon in beutschen Berträgen ift fie verschieden umgrenzt. Bekanntlich bezieht fie fich im Frankfurter Frieden nur auf bestimmte Länder: in verschiedenen Verträgen mit mittel= und füdamerikanischen Staaten erstreckt sie fich nicht auf ihre unmittelbaren Nachbarlander. Andere Staaten find weiter gegangen, am weitesten bekanntlich die Vereinigten Staaten. Sie fcbließen die Meiftbegunftigung aus bei allen Zugeftandniffen, "granted conditionally and for a consideration", und gewähren ben Mitgenuß von Bollermäßigungen, die fie einem Staate gegen Entgelt einräumen, anderen Staaten nur unter der Bedingung gleichartiger Zugeftändniffe; fie fichern dadurch jedem ihrer Zugeftandniffe jedem Staate gegenüber volle Kaufkraft, die ihm die in Europa übliche allgemeine Meistbegünstigung nach Gebrauch einem Staate gegenüber raubt. So vielsach haben fie auch fonft noch die Meiftbegunftigung eingeschränft, daß fie bei ben Amerikanern — wie Borgius mit Recht fagt — zur einfachen Phrase geworden ift, jur blogen felbstverftandlichen Bereitwilligkeit, gunftige Handelsverträge nach einem einmal gelungenen Borbilde auch ferner abaufchließen.

Zumal da die rechtliche Grundlage äußerst zweiselhaft ist, haben auch wir unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Veranlassungehen; über die von den Vereinigten Staaten durchgeführte Aussassungehen; um so weniger sollten wir uns veranlaßt sehen, den Vereinigten Staaten, wie bis vor kurzem, einseitig allgemeine bedingungslose Meistbegünstigung zu gewähren, als diese — wie das Beispiel Englands deutlich bewiesen hat — zum großen Vorteil ausschlägt für den Starken, den Überlegenen. Das eigene Interesse wie der gerechte Grundsaß der Reciprocität gebietet eine Einschnürung.

Eine folche Einschnürung ist hauptsächlich auf zweierlei Art möglich. Ein Weg, der den großen Borzug hat, von den Bereinigten Staaten bereits in gewisser Weise sanktioniert zu sein, ist von Frankreich und Portugal gewiesen worden. In den Berträgen, die diese beiden Länder mit den Bereinigten Staaten in den Jahren 1898 und 1899 vereinbart haben, ist die Meistbegünstigung bekanntlich auf einzelne Artikel beschränkt worden.

Ein zweiter Weg führt nicht zu einer fachlichen, fondern geographischen Er besteht in der allgemeinen Ausscheidung der Meist= begunftigung für den Guterverkehr mit unmittelbar angrenzenden Rachbar= ländern. Diefer im Princip sehr viel einsachere Weg ist zwar auch — wie erwähnt — schon beschritten worden; die Bereinigten Staaten aber haben fich bisher noch nicht mit ihm einverstanden erklärt, und es ist auch fraglich, ob fie das je thun werden, weil der in allen anderen Beziehungen ben Bereinigten Staaten zu gute kommende Unterschied im Rachbarreichtum hier Deutschland einen Vorteil gegenüber allen anderen Ländern gewähren Aber fei es, daß die Meiftbegunftigung beiberfeitig positiv auf beftimmte Artikel, sei es, daß fie beiberseitig negativ durch Ausscheidung beftimmter Gebiete beschränkt wird — in beiden Fällen wird fie ihres für andere Länder verhängnisvollen Charakters entkleidet, in ihrer die Rauffraft aller Zugeständnisse anderen Ländern gegenüber mindernden oder gar aufhebenden Wirkung gemildert werden konnen.

Bon einer berartigen Beschränkung ber Meiftbegunftigung wird nur dann abgesehen werden dürfen, wenn auch die Bereinigten Staaten ihre bisherige principielle Auffaffung der Meiftbegunftigung aufgeben und auch uns eine allgemeine bedingungslofe Meiftbegunftigung zugestehen wollen: in diesem Falle, der nach dem bisherigen Vorgeben der Vereinigten Staaten. 3. B. der Schweiz gegenüber, allerdings nicht mahrscheinlich ift, durfte die unberechenbare Sprunghaftigkeit der amerikanischen Entwicklung und die gewaltige Konzentration der wirtschaftlichen Macht in den großen Trusts, die stets, gestütt auf die große Konsumkraft des hochbezollten Inlands= martts, die Aussuhr zu Schleuderpreisen auf die schwachen Punkte der ausländischen Konkurrenten zu konzentrieren gestatten. Vorsicht in anderer Sinsicht gebieten, nämlich eine Bindung der Zollfätze allgemein oder in einzelnen wichtigen Fällen nur auf fürzere Friften, etwa auf fünf Jahre.

So munichenswert es aber auch mare, daß der handelsverkehr zwischen den beiden großen Bölkern, deren Warenaustausch sich auf etwa 1/6 sowohl des gesamten Sandels der Bereinigten Staaten, als auch beinahe des gefamten deutschen Sandels beläuft, fest geregelt murde, jo läft fich doch nicht verhehlen, daß die Aussichten nicht groß find, durch einen handelsvertrag eine gefunde Grundlage für diefen ausgedehnten Sandel, der in den letten zwanzig Jahren fich verdreifacht hat, zu gewinnen. Es ist vielmehr zu befürchten, daß die Bereinigten Staaten nach wie vor aus der fie vor allen anderen Bölkern auszeichnenden wirtschaftlichen Universalität, die neuerdings mit fast gleicher Wucht in der Ausfuhr gewerblicher wie landwirtschaftlicher Erzeugnisse fich außert, die Berechtigung ableiten, auf größere Zugestand=

nisse irgendwelcher Art sich nicht einzulassen. So ist es wenig wahrscheinlich, daß die Bereinigten Staaten, wenn sie heute überhaupt auf Berhandlungen über einen Tarisvertrag eingehen, Zugeständnisse gewähren, die als vollwertiger Entgelt für die uns abverlangten Zugeständnisse gelten können. Wahrscheinlicher ist leider, daß die Bereinigten Staaten im jungen Gesühle der Überlegenheit, das Rücksichten nicht zu nehmen heißt, zu der in Tarisbindungen liegenden Selbstbeschränkung — von den unwesentlichen bisherigen Ausnahmen abgesehen — sich überhaupt nicht bereit sinden lassen werden. Dann wird nichts anderes übrig bleiben, als den Generaltaris und im Falle eines Doppeltarisspstems den ihm im wesentlichen entsprechenden Maximaltarisihnen gegenüberzur Anwendung zu bringen, und das seht natürlich voraus, daß gleichzeitig Deutschland von der Anwendung unbeschränkter Meistbegünstigung auf den deutsch-amerikanischen Güterverkehr absieht.

Es fragt fich, ob das als feindliches Vorgehen von den Vereinigten Staaten aufgefaßt werden könnte. Rechtlich sicherlich nicht. Nach Ablauf des zeitlich begrenzten jüngsten Abkommens ist Deutschland auch nach der amerikanischen Rechtsprechung durchaus berechtigt, von der Anwendung unbeschränkter Meistbegünstigung auf den deutsch-amerikanischen Güterverkehr abzuseben; benn nach den Erklärungen verantwortlicher Bertreter der Bereinigten Staaten besteht ein Meiftbegunstigungsverhältnis, und zwar ein ftart verklaufuliertes, nur zwischen den Bereinigten Staaten und Breufen, nicht dem gesamten Deutschen Reich, ift also ichon wegen der thatsächlichen Unmöglichkeit der zollpolitischen Aussonderung Preußens praktisch so gut Bumal da Deutschland von den Bereinigten Staaten fo wie unwirksam. manche Ginschränkungen ber Meistbegünstigung über fich hat ergeben laffen, wurde unter den obwaltenden Berhaltniffen eine ftarke Ginschnurung der Meistbegunstigung im Guterverkehr nur dem von den Bereinigten Staaten jo nachdrucklich und beharrlich versochtenen Grundsatz der Reciprocität entsprechen. Ebensowenig kann es als ein feindlicher handelspolitischer Akt ausgelegt werden, wenn nach einem Miklingen der in bester Absicht geführten Sandelsvertragsverhandlungen den Bereinigten Staaten gegenüber ein nach den erörterten Gesichtspunkten aufgestellter deutscher Generaltarif in Rraft gefett murde, beffen Durchschnittsfage ftets weit gurudbleiben werden hinter ben Bollfagen bes Dingley-Tarifes. Es wurde bas auch ben Borteil zur Folge haben, daß in der Ginführung zwar unbequemer Urfprungs= zeugniffe fich ein bisher fehlendes Mittel barbieten würde, den bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Schikanen der amerikanischen Bollverwaltung entgegenzuwirken, falls auf dem Wege von Berhandlungen und Vorstellungen die nötige Abhilfe fich nicht erzielen ließe.

Aber wenn auch fachlich ein folches Borgeben Deutschlands Berlegendes und herausjorderndes nicht haben konnte, weil es nur veranlagt werden wurde durch die Weigerung der Bereinigten Staaten, einen annehmbaren handelsvertrag abzuschließen, und nur bestehen murbe in der Unnahme von Brundfagen, die von den Bereinigten Staaten feit Jahren angewendet und als gerecht gepriesen worden find - man befürchtet doch, es werde zu einem Zollfriege führen. Diese Befürchtung ist entweder übertrieben, oder der Befahr ift nicht zu entgehen. Gin Bollfrieg bringt ftets - wie die Erfahrung immer wieder gelehrt hat — beiden Teilen die schwersten Schadigungen; das wurde hier in um fo hoherem Mage der Fall fein, als die Einfuhr der Bereinigten Staaten nach Deutschland mehr als doppelt fo groß ift, wie die Aussuhr Deutschlands dorthin, diese aber andererseits zu einem nicht unerheblichen Teile aus für unsere deutsche Bolkswirtschaft un= entbehrlichen und schwer zu ersetenden Rohstoffen besteht, wie Rohbaum-Durch einen so wenig in seiner Tragweite zu überwolle und Rupfer. schauenden Schritt die weitesten Kreise des Volkes — ohne Aussicht auf entsprechende Kompensationen — gegen sich aufzubringen, das wird ohne triftigsten Grund keine Parteixegierung der Bereinigten Staaten wagen, selbst nicht wenn ihr ein Jingo als Berater zur Seite stände, wie der Senator Lodge, der am 7. Januar d. J. die bekannten Worte fprach: "Der Handelskrieg mit Europa bat bereits begonnen; er kann nur mit der tommerziellen und wirtschaftlichen Suprematie der Bereinigten Staaten enben."

Sollte aber trot aller rechtlichen und taktischen Bedenken und trots aller deutschen Bemühungen um Verständigung doch ein Zollkrieg die Folge des vorgeschlagenen deutschen Vorgehens sein, dann bleibt nur der trübe Trost, daß der Gesahr nicht zu entrinnen war. Es kann eben der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Ringt sich die unsinnige Absicht durch, es zum Äußersten zu treiben, dann wäre diese traurige Ziel auch auf andere Weise erreicht worden; denn unmöglich könnte Deutschland auf jedes Ansinnen der Vereinigten Staaten bedingungs-los eingehen; das ließe sich nicht mit der Ehre des deutschen Namens und der Stellung als Weltmacht vereinen; das wäre auch thöricht, denn nur der Geist unerschrockenen Selbstbewußtseins, der ausschließlich durch sachliche Gründe sich bestimmen läßt, kann Eindruck machen auf echtes amerikanisches Ingotum. Ein sachlicher Trost aber bleibt darin bestehen, daß die Reaktion nicht lange ausbleiben wird; dassür bürgt die Versassung der Verseinigten Staaten.

Wenn in ähnlicher Weise zunächst vollständige Klarheit in den

Sandelsbeziehungen zwischen bem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten geschaffen wurde, bann wurden spater die Berhandlungen mit ben anderen, insbesondere den mitteleuropäischen Staaten, fehr viel leichter und wirksamer geführt werden konnen. Db nun ein Sandelsvertrag zwischen Deutschland und den Bereinigten Staaten zustande fame ober ob der deutsche Generaltarif der großen nordamerikanischen Republik gegenüber in Wirksamkeit trate - in beiden Fällen wurden die Folgen weiterer vertragsmäßiger Rollermäßigungen beutlicher fich überfeben laffen, als es bei ben vielfach ungeklärten Verhältniffen in den letten Jahren möglich war. Wirkt schon eine folche Ausschaltung unbestimmter Faktoren werterhöhend auf die deutschen Zu= geständniffe, fo wird ihre Rauftraft weiter erhöht durch jede Beschränkung, die die allgemeine Meiftbegunftigung den Bereinigten Staaten gegenüber nach amerikanischem Vorbilde voraussichtlich in beiden Fällen erfahren würde. Auch ift die Lage, auf die im einzelnen nicht eingegangen werden kann, hier in allen diefen Staaten der alten Welt einfacher, weil das Wirtschaftsleben in ihnen viel gleichartiger sich entwickelt und schon mehr sich gefestigt hat, als in der weiten neuen Welt jenfeits des Oceans. Im allgemeinen droht daher unferem Wirtschaftsleben von diesen Ländern keine wirkliche Gefahr. Bis auf ein= zelne besondere Ausnahmen ift beshalb auch ihnen gegenüber ein größeres Entgegenkommen möglich. Die Gewährung der vollen Meistbegunftigung, wie bisher, stößt hier auf feine Bedenken. Sogar die Beschränkung auf bloge Meiftbegunftigung konnte in Frage kommen. Ausschließlich ihnen gegenüber ware auch eine Berabsehung der Betreidezölle unter die im Tarifentwurf in Ausficht genommenen Mindestjäte unbedenklich, denn diefe Mindeftfäte follen Unterschiede in den Produktionsbedingungen ausgleichen, die nicht den mitteleuropäischen Staaten gegenüber vorhanden find.

Aus der weitgehenden Gleichartigkeit der Kultur= und Wirtschaftsentwicklung Mitteleuropas erwächst aber vielleicht noch ein weiterer Vorteil.
Es müssen sich von selbst eine Reihe von Zöllen aussondern, deren Ermäßigung unter bestimmte Grenzen mit Rücksicht auf die Überlegenheit und
Unberechendarkeit der Vereinigten Staaten nicht geraten erscheint. Wenn
auch nicht alle, so haben doch mehrere mitteleuropäische Staaten ein gemeinsames, im Grade höchstens verschiedenes Interesse, sich vor der Einsuhr
von amerikanischem Getreide oder Vieh und Viehprodukten, von amerikanischen Kohlen, Gisen oder Stahl, von amerikanischen Maschinen, amerikanischem Leder, amerikanischem Papier 2c. zu schüßen. Aus dem gemeinsamen Kern eines solchen Interesses erwächst auch das weitere, Vorkehrungen
zu tressen gegen etwaige aggressive Maßregeln der amerikanischen Handelspolitik. Ob diese nach Umfang und Grad allerdings nicht gleiche Inter-

effengemeinschaft durch seste Bereindarungen auch völkerrechtlich sich zum Ausdruck bringen läßt, hängt in der Hauptsache von den politischen Konstellationen ab. Jedensalls könnte nur aus solchen bescheidenen, aus unmittelbar vorliegenden gleichartigen Einzelbedürsnissen entspringenden Keimen der Gedanke einer mitteleuropäischen Jollunion zur praktischen Berwirflichung langsam heranreisen, der in seinem Ziel so verlockende, in seiner Durchsührung so schwierige Gedanke, den Bismarck bereits im Jahre 1880 "das ideale Ziel, das unseren handelspolitischen Transaktionen die Richtung anweist", genannt hat, zu dem ein Jahrzehnt darauf nicht nur Caprivi, sondern Vertreter fast aller Parteien sich bekannt haben, der heute vor allem in unseren Nachbarländern erwogen wird und im Inland, wo man sonst vor den Schwierigkeiten seiner Verwirklichung mehr zurückschreckt, jüngst sogar in einem socialdemokratischen Abgeordneten einen Versechter gestunden hat.

Was die übrigen Länder außerhalb Amerika und Mitteleuropa anlangt, fo muß junächst Rugland hier furz hervorgehoben werden. 3mar steht es nicht in einer gleichartigen Phase seiner Rultur= und Wirtschafts= entwicklung, wie Deutschland, Ofterreich-Ungarn, Italien, Frankreich, Belgien, Solland und die Schweig: Bildung und Bedürfniffe des Bolts find noch unentwickelt, weite Gebietsteile harren noch der Nutbarmachung, bas Berkehrswesen liegt vielfach im argen zc. Tropbem möchte ich unseren größten Nachbarftaat handelspolitisch den mitteleuropäischen Staaten und insbesondere unferen anderen Nachbarftaaten anreihen. Denn Momente. wie die Kapitalarmut des Landes, die mangelhafte Organisation seines Wirtschaftslebens, die Indolenz und bis zu sogenannter Unterkonsumtion gehende Bedürinislofigkeit feiner Bevölkerung, der vielfach ichon verhängnis= voll werdende Raubbau - fie geben Rugland nicht jene Schwungkraft und Bucht der Initiative, die die Ploglichkeiten in der Entwicklung des amerikanischen Festlandsreiches verursachen. Auch die "Erschließung Sibiriens", die von agrarischer Seite so gefürchtet wird, ändert daran nichts: von größerer politischer, als wirtschaftlicher Bedeutung, ift fie für uns nicht bedrohlich. Die Ausdehnungsmöglichkeit des fibirischen Getreidebaues ist weit überschätzt worden: der Mangel an Arbeitskräften wird zum vielleicht noch ftärkeren Hemmnis als die Ungunft der Natur, tritt doch bereits in den letten Jahren eine Rudwanderung nach Rugland ftark hervor; noch mehr aber macht die Große der Entfernungen, die tein Entgegenkommen der Eisenbahnverwaltungen je wird ausgleichen können, sich geltend; das Wich= tigfte aber ift, daß in dem auf Getreideeinfuhr angewiesenen weiten Amurund Uffurigebiet, auch in Mittelafien, deffen Gifenbahnverbindung mit

Sibirien in Aussicht steht, vielleicht sogar dereinst in China, das seine dichte Bevölkerung nicht selbst zu ernähren vermag, günstigere Märkte sich darbieten als im Westen. Ich kann daher nur Wiedenselds Meinung zuftimmen, "daß Sibirien in regelmäßigen Jahren vom westeuropäischen Markt ganz abgeschlossen ist"; nur in den seltenen Ausnahmesällen ganz ungewöhnlich hoher Weltmarktspreise sür Getreide kann es hier überhaupt konkurrieren, und dann ist eine vermehrte Konkurrenz nur segensreich, nicht schädlich.

Wie so — trot Sibirien — eine der amerikanischen vergleichbare wirtschaftliche Gesahr von Rußland nicht zu drohen scheint, so hat andererseits Rußland ein mindestens ebenso großes Interesse, wie wir, mit dem Hauptnachbarn zu einer sesten handelspolitischen Regelung zu kommen; denn ist Rußlands Ginsuhr in Deutschland ähnlich, wie bei den Bereinigten Staaten, auch mehr als doppelt so groß, wie unsere Aussuhr dorthin, so ist sie doch nicht in gleicher Weise unersetzlich und macht sie rund  $45\,^{\circ}$ /o des gesamten russischen Außenhandels aus, so Deutschlands Aussuhr nach Rußland noch nicht ganz  $10\,^{\circ}$ /o des gesamten deutschalds Aussiuhr nach Rußland noch nicht ganz  $10\,^{\circ}$ /o des gesamten deutschalds Intribandels. Diese wirtschaftliche Lage verleiht Rußland ein beträchtliches Interesse am Abschluß eines neuen Handelsvertrages.

Die Hauptschwierigkeit liegt daher kaum Rußland gegenüber, beffen Hauptkunde wir find, und das felbst so oft uns gegenüber Zollsäte erhöht hat, noch jüngst im Jahre 1900.

Sehr viel verwickelter, als gegenüber Rufland, ift die handelspolitische Lage Deutschlands gegenüber dem Europa vorgelagerten kleinen Inselstaat, ber — verflochten in alle Sandel ber Welt — nur muhfam feinen über alle Erdteile verftreuten reichen Befit jufammenhalt. Bisher mar die Lage War das englische Mutterland auch feit Jahrzehnten vor dem wachsenden Selbständigkeitsdrang seiner Rolonien Schritt für Schritt gurud= gewichen, ein Gebiet hatte es fich bisher ftreng vorbehalten: wie es für die Berteidigung des ganzen Reichs allein einstand, fo mar auch der friedliche völkerrechtliche Berkehr mit anderen Staaten ausschlieflich feine Domane; dazu gehörte natürlich auch der Abichluß von Sandelsverträgen. England schloß beshalb Sandelsverträge nicht nur im eigenen Namen, fon= dern auch in dem feiner fämtlichen Rolonien und rüttelte ungern an einem einmal abgeschloffenen Bertrage, verlängerte ihn vielmehr ftillschweigend immer von neuem; fo hat bekanntlich ber im Jahre 1862 auf gehn Jahre abgeschloffene Vertrag mehr als ein Menschenalter hindurch die Sandels= beziehungen zwischen den beiden Ländern, die den größten Auslandshandel haben, auf dem Fuße der Meiftbegunftigung geregelt.

Es läßt sich aber nicht verkennen, daß eine Anomalie darin liegt, wenn ein Land zwar in der autonomen, nicht aber in der vertraglichen Regelung seiner Handelsverhältnisse volle Freiheit hat. Daraus müssen Gegensätze erwachsen, zumal wenn die Handelsvertragspolitik in ausgesprochen sreihändlerischem, die autonome Zollpolitik in immer stärkerem schutzöulnerischen Geiste gehandhabt wird. Diese Gegensätze konnten durch die Bejolgung des Grundsatzes: quieta non movere, nicht auf die Dauer zurückgehalten werden. Die englischen Kolonien strebten schließlich offen nach
ihrer Beseitigung, d. h. nach Ausdehnung ihrer Selbständigkeit vom Gebiet
der autonomen Zollpolitik auf das der Handelsverträge. Dem Streben
gab das Mutterland nach; wie Belgien kündigte es Deutschland den Hanbelsvertrag, als eine solche Maßregel sich gerade politisch gegen uns verwerten ließ.

Die dadurch gewonnene Aftionsfreiheit benutte bekanntlich ber frangösische Kanadier Sir Wilfried Laurier, der im Jahre 1896 gur Regierung gelangte Führer der freihandlerischen Liberalen Ranadas, der früher, im ichariften Gegensat jum Imperialiften Macdonald, ben Bollanschluß an die große Nachbarrepublik verfocht, zu der in erster Linie gegen die Bereinigten Staaten gerichteten, wenig freihandlerischen Magregel, Bertragszölle zu Sunften des Mutterlandes einzuführen, fei es um ein Berhandlungsobjekt zu gewinnen gegenüber dem rückfichtslosen Nachbarn, sei es in der wenig ausfichtereichen Erwartung auf tompenfierende Begunftigungen im Mutterlande. Diefes Borgeben Ranadas, dem noch nicht gang fo ausgereifte Beftrebungen in anderen Kolonien entsprechen, bedeutet aber nichts anderes, als den Anjang zur handelspolitischen Auflösung des britischen Reiches in eine Staaten= gruppe. Dieser drohenden und bereits begonnenen Auflöfung zunächst auf handelspolitischem Gebiet entgegenzuwirken durch Schaffung eines Bindegliedes zwischen dem Mutterlande und feinen Kolonien, vor allem den drei großen Siedelungskolonien, in der Zollpolitik, in der Reichsverwaltung, im Reichsheer und in der Reichsmarine — diese Konfolidierung des durch die bisherige "policy of drift" in seinem Gefüge gelockerten britischen Welt= reichs ift bekanntlich das Hauptziel des englischen Imperialismus. zur Berfolgung diefes Zieles eingeschlagene Taktik ift klar: größtes Ent= gegenkommen da, wo die englische Bevölkerung weit überwiegt, rucksichtsloses Einschreiten dort, wo es sich nicht mehr durch Berwaltungsmaßregeln verhindern ließ, daß die englische Bevölkerung nicht nur zahlenmäßig, son= dern auch politisch im Parlament und Ministerium immer weiter verdrängt wurde durch eine fremde Bevölkerung, die noch dazu an feindlich gefinnte fremde Staaten sich anlehnt. Darum die sonst wohl taum im Interesse Schriften XCVIII. - Berhandlungen 1901, 12

des Mutterlandes gelegene Erfüllung des kanadischen Wunsches auf Kündigung der Meistbegünstigungsverträge mit Deutschland und Belgien; darum die sast schwäckliche Nachgiedigkeit gegenüber den auftralischen Kolonien bei ihrem endlich ersolgten Zusammenschluß zum "Commonwealth of Australian", bei dem auch die Hoffnung nicht unbeteiligt war, "that federation would prove to de a step to separation"; darum auch der beklagenswerte Krieg gegen die beiden Burenrepubliken, von denen eine bereits unter dem Einfluß des Afrikander-Regiments durch einen gegen England durch hohe Schutzölle abgeschlossen Zollverein zu einer handelspolitischen Einheit mit den benach-barten englischen Kolonien verschmolzen war.

Alle diese Ereignisse sind schon deshalb von größter handelspolitischer Bedeutung, zunächst sür England, dann aber auch sür Deutschland, weil die Initiative zur Bildung eines britischen Zollvereins, wie Chamberlain mit Recht stets betont, bei den Kolonien liegt. Wie die wichtigsten Kolonien in nächster Zukunst ihre Handelspolitik gestalten, das wird entschedend werden sür den englischen Imperialismus. Daraus hat das Mutterland nur wenig Einfluß. In Südasrika allerdings wird es voraussichtlich die Zollsragen einstweilen regeln können, wie es ihm gefällt; seiner unmittelsbaren Beeinslussung entrückt und schwer vorauszusehen ist aber, wie Kanada seine erweiterte handelspolitische Selbständigkeit ausnutzt, wenn es einsehen sollte, daß es mit der Begünstigung des Mutterlandes nicht auf seine Rechnung kommt und daß in größerer Rähe sich viel bessere Geschäftsaussichten bieten; und ebenso fraglich ist es noch, welche handelspolitischen Wege das geeinte Australien einschlagen wird mit dem Bundeszolltaris, den es in den ersten zwei Jahren seines Bestehens zu erlassen hat.

So nicht in der Lage, die Zukunft klar zu übersehen oder gar entsicheidend zu beeinflussen, wünscht England einen neuen Bertrag mit Deutschland nur in der Art abzuschließen, daß es nicht, wie bisher, seine Kolonien bindet, sondern jeder einzelnen von ihnen es frei läßt, dem Bertrage beizutreten oder nicht. Auf ein so unsicheres Geschäft kann sich Deutschland aber nicht einlassen. Man hat sich daher zunächst auf eine provisorische Regelung geeinigt. Unter Ausschluß von Kanada und zeitweise auch von Barbados ist ein Meistbegünstigungsvertrag auf ganz kurze Fristen, ansangs auf ein Jahr, neuerdings auf zwei Jahre bekanntlich erneuert worden.

Ein solches kurzfristiges Provisorium, das den Borteil hat, im wesentlichen eine Berlängerung des bestriedigenden srüheren Zustandes zu sein, dürste so lange den besten Ausweg darbieten, als die Lage noch so ungeklärt ist und weitere territoriale Beschränkungen uns nicht zugemutet werden. Die endgültige Regelung wird jedoch wahrscheinlich dahin gehen, daß an

179

die Stelle des bisherigen einheitlichen Vertrages — der handelspolitischen Auslösung des britischen Weltreichs in einen Staatenbund entsprechend — eine Mehrheit von Verträgen tritt. Das bedeutet aber eine Vermehrung unserer schutzöselnerischen Gegner. Und da diese unsere Gegner zum Teil deutschseindliche Stimmungen, die in unseren Ersolgen auf dem Weltmarkt wurzeln, mit ihren hochschutzöllnerischen Bestrebungen verquicken, so wird es wahrscheinlich nicht immer ganz leicht sein, zu einer endgültigen Regelung zu gelangen, durch die wir gegen früher nicht stark benachteiligt werden. Unbeschränkte Meistbegünstigungsverträge werden kaum den einzelnen Kolonien gegenüber sich erzielen lassen; beschränkte, die auf England sich nicht mitbeziehen, haben aber sür uns nur geringen Wert. Man wird daher wahrscheinlich einen Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen suchen müssen müssen zur geringen Bert. Wan wird daher mahrscheinlich einen Ausgleich zwischen den widerstreitenden Interessen suchschließen zu können, muß man rechtzeitig gerüstet sein.

So ift felbst bem einzigen großen Freihandelsland der Gegenwart gegenüber mit einer freihandlerischen Bolitit heute wenig auszurichten. Wie das britische Weltreich, so weist die ganze Weltlage, die wir flüchtig zu ftiggieren suchten, soweit die Rurge eines Referats es gestattet, darauf hin, daß auch in der Handelspolitik das Gesetz sortschreitender Entwicklung, das Gefek der Differenzierung fich durchringt. Schablonifierende Maknahmen, wie die allgemeine Meiftbegunftigung, werden in Zukunft voraus= fichtlich eine fehr viel geringere Rolle fpielen, als es bisher der Fall war. In einer wachsenden Zahl specialisierter Tarisverträge mit mannigsachen Einschränkungen der Meistbegunftigung wird wahrscheinlich der internationale Wettstreit der Bölker zum Ausdruck kommen. Und aus diesem inter= nationalen Ringen wird eine fortschreitende internationale Arbeitsteilung fich herausgestalten. Diefe Arbeitsteilung aber wird felbst beständig im Fluk der Entwicklung fein. Vorgänge in den verschiedensten Teilen ber Erde haben auf fie Ginfluß; und bei der Organisation des Berfehrs und Kapitals können Wandlungen, wie jest die Vereinigten Staaten im großen, fürglich Japan im fleinen bewiesen haben, mit größter Blob= lichkeit auftreten. Diefer Ploklichkeit wegen würden folche Wandlungen ftets große Opfer berlangen. Diefe Plöglichkeit verlangfamen und die Opfer wachsender volkswirtschaftlicher Entwicklung vermindern, ift eine hauptaufgabe der heutigen handelspolitik. Noch wichtiger aber ift die, darüber zu wachen, daß die volkswirtschaftliche Arbeitsteilung nicht zu unferem dauernden Nachteil ausschlägt; ift doch keine natürliche Garantie vorhanden, daß sie unbeeinflußt stets zu unserem Vorteil gereicht, stets einen vollen Anteil uns gewährt. Diefen auf eine Berlangfamung ber

internationalen Arbeitsteilung gerichteten Aufgaben auf der einen Seite steht auf der anderen Seite die Aufgabe gegenüber, fremde Märkte uns offen zu halten und dadurch die internationale Arbeitsteilung zu fördern. Sin Princip kann diesem Gegensat der Ziele praktisch nicht gerecht werden. Nur von Fall zu Fall läßt sich ein Ausgleich sinden durch ein Kompromiß. Dieses Kompromiß heißt: specialisierte Tarisverträge auf Grund eines den Inlandsmarkt der heimischen Produktion umsassend sichernden autonomen Tariss.

Vorsitzender: Es ist jett 1 Uhr, und da wird allgemein der Wunsch ausgesprochen, daß wir die Verhandlungen jett abbrechen.

 ${
m Dr.}$  Schmoller: Die Zettel sind ja wohl schon alle eingesammelt; ich bitte die Herren, die noch Wahlzettel abzugeben haben, dies sofort zu thun-

(Schluß 1 Uhr mittags.)

## (24. September, 2 Uhr nachmittags.)

Borfitzender Dr. v. Inama=Sternegg (Wien): Ich habe mitzuteilen, daß zur Geschäftsordnung ein Antrag Quidde vorliegt; die Kedezeit werde von Ansang an aus 15 Minuten beschränkt. Ich bitte, wer zu dem Antrage sprechen will, dies zu thun.

- Dr. Schmoller: Ich bitte, für heute 20 Minuten festzusehen, für morgen aber 15 Minuten.
- ? Ich glaube wohl, bei dem umfassenden Thema ist es wünschens= wert für jeden, 20 Minuten zu haben. Wir haben noch viel Zeit vor uns und wollen die Redner nicht beschränken.
- Dr. Brentano: Ich glaube, das ift ungerecht, wenn die morgigen herren schlechter behandelt werden als die heutigen. Ich glaube, daß daß, was heute recht ist, morgen billig sein muß. Wir müssen allen Rednern gleichen Spielraum gewähren.
- Dr. Thiel: Es hat keinen Zweck, heute über morgen zu beschließen, denn die Versammlung ist morgen souverain. Es ist ja möglich, daß wir morgen nur 5 Minuten bewilligen können.

Oldenberg: Ich beantrage, daß die ersten Diskussionsredner des heutigen Tages nicht mehr beschränkt werden als die ersten des gestrigen, und fände es billig, wenn wenigstens die Redner, welche sich schon gestern zum Worte gemeldet haben, die also ohne Kücksicht auf den Inhalt der Referate etwas zu sagen haben, in ihrer Redezeit nicht verkürzt würden. Ich könnte mit der beschränkten Zeit nicht auskommen, sondern brauche 3/4 Stunden.

Vorsitzender: Wer für 20 Minuten ist, möge die Hand erheben. (Geschieht.) Ich bitte jetzt um die Gegenprobe. (Geschieht.) Das letztere ist die Minderheit, es wird also 20 Minuten gesprochen werden. Ich erteile das Wort dem dritten Reserventen, Herrn Prosessor Dr. Pohle.

## III.

## Referat

bon

Professor Dr. L. Pohle (Frankfurt a./M.).

Meine Herren! Es ist nicht ohne Interesse, sich den Unterschied zu vergegenwärtigen, der zwischen den heutigen Berhandlungen des Bereins für Socialpolitit und den Verhandlungen besteht, die der Verein im Jahre 1879 auf seiner Generalversammlung in Frankfurt über den gleichen Gegenstand In einer Hinficht befindet fich die diesjährige General= gepflogen hat. versammlung mit der damaligen allerdings glücklicherweise in der gleichen Lage, und zwar betrifft das einen Bunkt, der mir bei den Berhandlungen bes Bereins mehrfach als ein Mangel erschienen ift. Unser verehrter Bereinsvorsigender, Herr Prosessor Schmoller, hat die Rolle, die der Verein für Socialpolitit im öffentlichen Leben des Deutschen Reichs spielen foll, einmal mit der Aufgabe verglichen, die dem Chor in der griechischen Tragodie zufiel, nämlich die Sandlungen, die auf der Buhne vor fich geben, leidenschaftslos mit seinem Urteil zu begleiten. Dieser Bergleich hat leider wiederholt insofern nur zu fehr zugetroffen, als der Berein fein Urteil erft fällte, n'a ch dem die gesetzgebenden Kaktoren ihre Entschließung über die auf der Tagesordnung der Generalberfammlung stehende Frage bereits gefaßt hatten. In diefer hinficht befindet fich die diesiahrige General= versammlung ebenso wie die vor 22 Jahren in einer gunftigeren Position: fie braucht nicht bloß "Leichenreden" zu halten. Noch fteht vielmehr die Entscheidung des Bundesrats und des Reichstags über die gufünftige Richtung der deutschen Sandelspolitik aus, noch besteht also die Möglichkeit, daß die Berhandlungen des Bereins einen gewiffen Ginfluß auf diefe Ent= scheidung ausüben. Über das Maß dieses Einflusses wollen wir uns freilich nicht allzu sanguinischen Hoffnungen hingeben; es muß, abgesehen davon, daß der Berein nicht das Schwergewicht großer von ihm vertretener

Interessen in die Wagschale zu werfen hat, was zugleich seine Stärke und seine Schwäche ausmacht, schon deshalb gering sein, weil in der heute zur Erörterung stehenden Frage wohl auch im Berein die Ansichten sehr ause einander gehen werden, sodaß das eine Urteil das andere ausheben dürfte.

Stimmen in diesem Punkte die heutigen Berhandlungen mit denen vom Jahre 1879 überein, fo weichen fie dafür in anderen Bunkten umfomehr von ihnen ab. Damals ftanden im Mittelpunkte der Grörterungen die industriellen Schutzölle, mahrend jest die Frage nach Art und Sobe der fünftigen Agrargolle im Bordergrunde der Diskuffion fteht. In diefer veränderten Situation spiegelt sich die Wandlung wieder, welche in der Zwischenzeit das deutsche Wirtschaftsleben durchgemacht hat. Der größte Teil unserer Industrie befindet fich jest zweifellos auf einer Entwicklungs= stuse, auf der er Erziehungsschutzölle nicht mehr braucht. Wenn dennoch bei uns für alle wichtigeren Salb= und Ganzfabritate Schutzölle bestehen und, wie es scheint, auch in Zukunft beibehalten werden sollen, so ist das so ju erklären, daß man ber Induftrie durch bie induftriellen Schutzölle einen Erfat, eine Art Ausgleich für die ihr durch die Agrarzolle auferlegten Laften gemähren will. Die Induftrie, ober wenigstens der bei uns doch immer noch ausschlaggebende Teil der Industrie, der für den inneren Markt arbeitet, vermag fich dann für die Berteuerung der Broduktionskoften. welche die höheren Getreidepreise des Inlandes bedeuten, durch entsprechend höhere Inlandspreise schadlos zu halten. Die soviel angeseindete Praxis der Kartelle, nach dem Ausland billiger zu verkaufen als nach dem Inlande, findet auf diefe Beife eine gewiffe Rechtfertigung, wenigstens bann, wenn der Nugen der höheren Inlandspreise auch den Arbeitern in Gestalt höherer Löhne zu Gute kommt. Und diese Boraussekung trifft auch zu einem Teile gu. Das konnen wir einmal und in erfter Linie aus ben relatib gunftigen Lohnverhaltniffen in verschiedenen kartellierten Induftrien erkennen, zumal wenn wir an die besonders niedrigen Löhne denken, die, wie auch von Berrn Professor Lok vorhin zugestanden wurde, in einigen unserer sozusagen blühendsten Exportindustrien gezahlt werden, worauf ich später noch aurucktommen werbe, und bas wird uns weiter von einem in Bezug auf die Lohnpolitik der Kartelle so einwandfreien Zeugen wie dem socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Calwer bestätigt, der in seiner fürzlich erschienenen Brofchure "Arbeitsmartt und Sandelsverträge" schreibt: "Wo es den Fabrikanten eines Gewerbes nicht möglich ift, durch Kartelle und Syndikate den Inlandspreis zu regulieren, ba liegt bie Gefahr einer ungunftigen Beeinfluffung des Lohnniveaus noch viel mehr im Bereich der Möglichkeit, als in Gewerben, wo die Inlandskonkurreng einigermaßen beseitigt ift."

Gegen die eben vorgetragene Auffassung kann man freilich einwenden, daß dann die ganze Schutzollpolitik keinen rechten Zweck und Sinn mehr habe. Denn da die Kosten des Agrarschutzes hauptsächlich von der industriellen und die des Industrieschutzes vorwiegend von der landwirtschaftlichen Bevölkerung getragen werden, so musse jede der beiden großen Abteilungen des Wirtschaftslebens mit der einen Hand ebensoviel wieder geben als sie mit der anderen empfangen habe.

Das Solidarschutzinstem, das Landwirtschaft und Andustrie gleichmäßig berückfichtigt, ift aber tropbem und zumal unter den heutigen Berhältniffen des Weltmarktes nicht ohne volkswirtschaftliche Bedeutung. Seine hauptwirkung besteht darin, daß es die Preisbildung des Inlandes innerhalb bestimmter Grenzen unabhängig macht von der des Auslandes und dadurch eine reichere Entfaltung der produktiven Rrafte des Inlandes ermöglicht. Und diefes Ziel wird, wenn die landwirtschaftlichen und die industriellen Schutzölle ber Sohe ihrer Sage nach in bem richtigen Berhaltnis zu einander fteben, erreicht, ohne daß ein Teil des Wirtschaftslebens einfeitig belaftet wird. Insbesondere kann man nicht sagen, daß der inländische Arbeiter die Kosten dieses Systems notwendig aus seiner Tasche bezahlen müsse. zahlt zwar höhere Preife für feine Lebensbedürfniffe, dafür kann er aber auch höhere Löhne erhalten. Die Lage der Dinge bleibt also im großen und ganzen unverändert. Es wird im Inlande ganz diefelbe Melodie ge= spielt wie im Auslande, nur in einer anderen Tonart. Und soweit die durchschnittliche Ergiebigkeit der Arbeit im Auslande wirklich größer fein follte als im Inlande, wird der Berluft, der fich durch den Berzicht er= giebt, an den Früchten der größeren Produktivität der ausländischen Arbeit teilzunehmen, gemeinsam von den beiden großen Berufsabteilungen getragen. Hieraus ergiebt fich, daß es principiell verkehrt ift, bei der Betrachtung der gegenwärtig in Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten herrschenden Schutzollpolitik immer nur einseitig von der Belaftung der Bevölkerung durch die Agrargolle zu sprechen, die Belaftung durch die Industriezölle dagegen, durch welche die erstere zum großen Teil wieder aufgehoben wird - wenn natürlich auch nicht in jedem Falle eine voll= fommene Ausgleichung stattfindet — ganz außer acht zu laffen.

In dem modernen Solidarschutzschftem, das, nachdem sich Frankreich sichon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu ihm bekannt hatte, seit dem Ende der 70 er Jahre unter dem Druck der überseeischen Konkurrenz auf dem Getreidemarkt auch in anderen Staaten und vor allem in Deutschland Schule gemacht hat, kommt also den Agrarzöllen die primäre und den Industriezöllen nur eine sekundäre Bedeutung zu. Die letzteren sind in der

Hauptsache nur eine von der ausgleichenden Gerechtigkeit gesorderte Konfequenz der ersteren. Fallen einmal die Agrarzölle, so müssen auch die Industriezölle sallen, und werden die ersteren herabgesetzt, so müssen auch die letzteren ermäßigt werden. Gegen den eben verkündeten Grundsatz hat man bei dem Abschluß der Handelsverträge des Jahres 1891 und der solgenden Jahre sreilich verstoßen. Denn während man die Zeit sür gekommen hielt, eine Herabsetzung der Agrarzölle vorzunehmen, vergaß man, die Zölle auch sür den Teil des Wirtschaftslebens heradzusehen, der sich wirtschaftlich entschieden in einer günstigeren Position besand als der Teil, dem man ein großes Stück des dis dahin gewährten Schuzes nahm. Insosern hat die agrarische Behauptung eine gewisse Berechtigung, daß die Caprivischen Handelsverträge aus Kosten der Landwirtschaft abgeschlossen worden seien.

Gemäß der centralen Bedeutung, welche die Agrarzölle in dem Shstem unserer Handelspolitik gegenwärtig besitzen, werde auch ich später die Frage der Erhöhung der Getreidezölle in den Mittelpunkt meines Reserats stellen. Es handelt sich dabei indessen nicht um die Frage der Erhöhung der Getreidezölle an sich, sondern hinter der Frage nach der Erhöhung der Getreidezölle verbirgt sich die Frage nach der Struktur der deutsichen Volkswirtschaft, d. h. die Frage, ob es zu empsehlen ist, die deutsche Handelspolitik so zu gestalten, daß die Struktur der deutschen Bolkswirtschaft notwendig immer einseitiger eine vorwiegend industrielle wird, oder aber ob die Handelspolitik als ein Mittel dienen soll, in Deutschsland die rechte Mischung von Agrarstaat und Industriestaat zu erhalten.

Darin liegt ein weiterer sehr bedeutsamer Unterschied der heutigen Berhandlungen von denen vor mehr als 22 Jahren in Franksurt a. M. Damals dachte noch niemand an das Problem der industriestaatlichen Entwicklung, das jetzt im Bordergrunde der Diskussion steht. Damals drehte sich der Streit einsach um die Frage, ob Freihandel oder Schutzoll, und der Kampf gegen die Schutzölle und für den Freihandel wurde hauptsächlich mit dem Hinweis auf die Berteuerung der Waren durch die Jölle gesührt. Jetzt hat der Kampf, ob Freihandel oder Schutzoll, eine ganz andere, unverscheilich größere Bedeutung gewonnen. Der Ausgang dieses Kampses entsicheidet jetzt zugleich darüber, ob Deutschland in seiner wirtschaftlichen Entwicklung sich künstig willenlos von dem Winde treiben lassen will, der jeweilig auf dem Weltmarkte weht, oder ob Deutschland es in seiner Hand behalten soll, bei der Bestimmung seines wirtschaftlichen Schicksals selbst ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Zu diesem größten Problem der deutschen Wirtschaftspolitik der Gegenwart Stellung zu nehmen, das ist die eine Aufs

gabe, die den Referenten über handelspolitik vom Ausschuß des Vereins geftellt worden ift. Die andere, zuerst in Angriff zu nehmende Aufgabe ift die Untersuchung der Wirkungen der bisherigen deutschen San= delspolitit.

Es fragt fich da junächst, welchen Zeitraum umfaßt die lette Veriode der deutschen Sandelspolitik? Rit die deutsche Sandelspolitik von 1879 bis jest als eine Einheit aufzufaffen, oder bedeuten die feit 1891 abgefchloffenen Sandelsvertrage eine principielle Abkehr von der Sandelspolitik, ju der sich das Deutsche Reich durch die Bismarcische Zolltarifresorm von 1879 bekannt hatte? Die in der Offentlichkeit herrschende Meinung neigt bazu. fich für die lettere Auffaffung zu entscheiden und demgemäß die deutsche Handelspolitik von 1879 bis zur Gegenwart in zwei grundfätlich verschiedene Berioden zerfallen zu laffen, wobei das Jahr 1891 den Ginschnitt zwischen der erften, hochschutzöllnerischen und der zweiten, mehr dem Freihandel zustrebenden Periode bildet. Es ift zuzugeben, daß fich für diefe Scheidung fehr beachtenswerte Brunde anführen laffen. Auch fügt fie fich zwanglos in das Schema ein, das einer ber Referenten auf der General= versammlung des Bereins im Jahre 1879 von der preußisch = deutschen handelspolitik des 19. Jahrhunderts entworfen hat. Projeffor Schmoller führte damals aus, in der deutschen Handelspolitik hätten im 19. Nahrhundert immer zwei entgegengesette Spfteme abwechselnd die Herrschaft gehabt. In der einen Periode sei stärker das Princip betont worden, für die Gegenwart, im Moment, das Volk möglichst billig und gut mit den Waren zu verforgen, die es braucht; in der nächsten Periode wieder habe man dann mehr Rachdruck darauf gelegt, für die Zukunft die volkswirtschaftliche Organisation möglichst vollendet und harmonisch einzurichten, produktive Rräfte zu erziehen, die technischen und sonstigen Gigenschaften der Unternehmer und Arbeiter auf ein höheres Niveau zu erheben, wenn auch da= durch zeitweise einzelne Produkte verteuert murden. Dementsprechend habe man zeitweise die auswärtige Konkurrenz verftarkt, zeitweise aber auch wieder etwas mehr abgehalten. Die gange Geschichte des preufischen und des Zollvereinstarifs ist nach Schmoller nur eine Julustration dieser Wahrheit: nach Beendigung der napoleonischen Wirren von 1818-1833 nimmt die schutzöllnerische Richtung zu, von 1833—1842 umgekehrt die freihändlerische Richtung auf Ermäßigung der Bolle, 1842-1855 fiegt wieder die fcutgöllnerische Strömung, bon 1860 endlich bis zur Mitte ber 70 er Jahre herrscht in Theorie und Praxis so gut wie unbeschränkt der Freihandel.

Diefe Betrachtungsweise läßt fich, wenn man auf dem zweiten ber vorhin unterschiedenen Standpunkte fteht, ohne Mühe auch auf die deutsche Handelspolitik der letten Jahrzehnte anwenden. Von 1879—1891 hätte dann, dem bisherigen Rhythmus der Bewegung entsprechend, wieder die schutzzöllnerische Bewegung gesiegt, während sie von 1891 bis zur Gegenwart von einer mehr dem Freihandel zugeneigten Richtung abgelöst worden wäre.

Wer auf dem Standpunkte steht, daß der sortwährende Wechsel zwischen entgegengesetzen Systemen der Handelspolitik in sich ein Moment der Not-wendigkeit und Zweckmäßigkeit birgt, der darf sich dann freilich auch nicht wundern, wenn von 1904 an wieder eine Politik zur Herrschaft gelangt, welche die auswärtige Konkurrenz mehr abzuhalten sucht.

Mir scheinen indessen boch überwiegende Gründe dasur zu sprechen, die deutsche Handelspolitik von 1879 bis zur Gegenwart als von einem einsheitlichen Grundgedanken geleitet anzusehen. Zu dieser Erkenntnis gelangt man allerdings nur, wenn man sich klar darüber ist, welches das eigentliche Ziel des 1879 mit zunächst noch sehr niedrigen, dann erhöhten Getreidezöllen inaugurierten agrarischen Schutzspstems gewesen ist und im Grunde einzig und allein sein Ziel hat sein können.

Als Zwecke, die mit der Einführung der Getreibezölle versolgt wurden, bezeichnet man entweder den, daß die Landwirtschaft in den Stand gesetzt werden sollte, die Bersorgung des deutschen Bolks mit Brotgetreide in vollem Umsang wieder selbst zu übernehmen, oder aber den, daß die Landwirtschaft Gelegenheit erhalten sollte, in Ruhe den Übergang von dem durch das Austreten der überseeischen Konkurrenz plöglich unrentabel gewordenen Getreidebau zu anderen, besser lahnenden Zweigen der landwirtschaftlichen Produktion zu vollziehen. Weder das eine noch das andere scheint mir aber in Wahrheit der Zweck der Getreidezölle gewesen zu sein, wenigstens hätte man dann, wenn man ernstlich den angegebenen Zielen nachstrebte, ganz andere Mittel wählen müssen, als man sie thatsächlich gewählt hat.

Wollte man Deutschland, das seit Ansang der 70 er Jahre aus einem getreideexportierenden zu einem getreideimportierenden Staate geworden war, bei der Deckung seines Bedarss an Brotgetreide wieder vollkommen unabhängig vom Auslande machen, so hätte man der deutschen Landwirtschaft viel höhere Jölle gewähren müssen, als man sie wirklich eingesührt hat, nämlich Zollsäße von einer Höhe, die ein Steigen der Getreidepreise noch über das Niveau ermöglicht hätten, auf dem sich die Getreidepreise in Deutschland von der Mitte des Jahrhunderts bis Ende der 70 er Jahre durchschnittlich gehalten haben. Nur dann wäre dieses Ziel sicher zu erreichen gewesen, weil nur dann die deutsche Landwirtschaft in dem Maße die Intensität des Betriebs hätte erhöhen können, wie es nötig ist, wenn die intländische Produktion allein zur Deckung des Bedarss an Brotgetreide bes fähigt sein soll. An die Einführung von Zöllen von einer solchen exorbitanten Höhe, wie sie hiezu ersorderlich gewesen wäre, hat aber niemand im Ernste gedacht. Die Beseitigung der Abhängigkeit Deutschlands vom Auslande bei der Bersorgung seiner Bevölkerung mit Brot kann also nicht ernsthaft als wirkliches Ziel der deutschen Getreidezollpolitik in Betracht kommen, wobei ich allerdings nicht leugnen will, daß thörichterweise von vielen und zwar auch von hervorragender politischer Seite gerade das als der erste Zweck der deutschen Getreidezölle hingestellt worden ist. Darum ist es aber auch verkehrt, zu schließen, die deutschen Getreidezölle hätten ihr Ziel, das Deutsche Reich vom Auslande bei der Deckung des Brotbedarss wieder unsabhängig zu machen, doch nicht erreicht, folglich sei es am besten, sie ganz auszuheben.

Ebensowenig wie auf die Beseitigung der in der angedeuteten Hinsicht bestehenden Abhängigkeit vom Auslande konnten die Getreidezölle darauf gerichtet sein, die deutschen Landwirte zum Übergang vom Getreidebau zu anderen, weniger von der Konkurrenz des Auslandes bedrohten Zweigen des Landwirtschaftsbetriebs zu veranlassen. Ich meine, wenn man diesem Ziel nachstredte, dann konnte man gar kein Mittel wählen, das ungeeigneter gewesen wäre, das Ziel wirklich zu erreichen, als die Einsführung von Getreidezöllen auf unbestimmte Zeit. Getreidezölle, welche die Wirkung haben, den Getreidebau in einem Lande im allgemeinen gerade noch rentabel zu machen, wie es der Essett der deutschen Getreidezölle im großen und ganzen gewesen ist, werden umgekehrt vielmehr gerade darauf hinswirken, den Getreidebau in seinem srüheren Umsange zu erhalten. Und das ist meines Erachtens auch der Zweck gewesen, der mit der Einsührung der Getreide= und der übrigen Agrarzölle versolgt worden ist und vernünstiger= weise einzig und allein versolgt werden konnte.

Auch die "rettende That" der Caprivischen Handelsverträge bedeutet noch feine grundsätliche Abweichung von dem Ziele: Erhaltung der deutschen Landwirtschaft in dem einmal erreichten Umfange. Darauf will ich zwar teinen Wert legen, daß zur Begründung der Handelsverträge von den Bertretern der Regierung mehrsach gesagt worden ist, daß man an dem schutzzöllnerischen Standpunkte von 1879 festhalte. Denn andere Äußerungen der Regierungsvertreter lassen erkennen, daß man sich bewußt war, mit der Politik der Handelsverträge nicht in den Bahnen zu bleiben, die Fürst Bismarck eingeschlagen hatte. Allein bei dem anderen Faktor der Gesetzgebung, dem Reichstag, bestand zweisellos in den maßgebenden Parteien die Überzeugung, daß die mit den Handelsverträgen verbundene Herabssetzung der Getreibezölle die Erhaltung der Landwirtschaft in ihrem biss

herigen Umfange noch nicht gefährde. Sonft ist es gar nicht zu erklären, wie die erften Sandelsvertrage eine fo große Mehrheit im Reichstage haben finden können. Die Beratung der ersten Serie der handelsverträge erfolgte unter dem Eindruck der abnorm hohen Getreidepreise des Jahres 1891. Da es nun einmal allgemein menschlich ift, die Zukunft nach dem Mafftabe ber Gegenwart und letten Vergangenheit zu beurteilen, fo glaubten damals auch viele Landwirte, daß die Landwirtschaft kunftig unter dem ermäßigten Bollfak von 31/2 Mt. das gleiche Mak von Bollschuk genießen werde wie bisher unter dem 5 Mf.=Roll. Das geht 3. B. aus den Reden, die am 18. Dezember 1891 bei der dritten Beratung der Handelsverträge von den herren von helldorf und von Kardorff im Reichstage gehalten wurden, deutlich hervor. Das Festhalten an dem Princip: Verhütung eines Ruckgangs der landwirtschaftlichen Produktion, bedingt ja nicht ein fortwährendes Bleichbleiben ber einmal eingeführten Bollfage, sondern gestattet oder vielmehr verlangt ein Anpassen der Zollfätze an die wechselnden Berhältnisse des Weltgetreidemarktes, wenn auch nicht von Monat zu Monat, oder von Jahr zu Jahr, fo doch für längere Zeiträume.

Hat nun die deutsche Handelspolitif der letzten Jahrzehnte das eben angegebene Hauptziel, das sie sich gesteckt hatte, wirklich erreicht? Diese Frage ist, wie Sie wissen, ohne weiteres zu bejahen. Die Andausläche der vier Hauptgetreidearten hat von 1878 bis zur Gegenwart keine wesentliche Beränderung ersahren. Sie betrug 1878 rund 13,52 Millionen Hektar, 1896/99 im Durchschnitt 13,86 Millionen Hektar. Die Zunahme entsällt in der Hauptsache auf Haser, bei den übrigen Hauptgetreidearten sind die Beränderungen ganz unbedeutend, wenn wir von den kleinen Schwankungen absehen, die naturgemäß von Jahr zu Jahr eintreten. Dabei hat auch der Kartosselbau keine Einschränkung, sondern im Gegenteil eine sehr beträchtliche Ausdehnung erfahren. Das nötige Land sür die Erweiterung des Kartossels Ausdehnung erfahren. Das nötige Land sür die Erweiterung des Kartossels und des Haserbaus wurde namentlich durch Einschränkung der Brache gewonnen, die von 1878—1893 von 8,9 auf 5,9% der Ackersläche zurückgegangen ist. Etwas abgenommen zwischen 1878 und 1893 hat auch der Handelsgewächsbau.

Daß die deutsche Handelspolitik der letzten Jahrzehnte die drohende Gesahr einer direkten Abnahme des Getreidebaus und überhaupt der landswirtschaftlichen Produktion beseitigt hat, das betrachte ich als einen großen und bedeutsamen Erfolg — weshalb, werde ich nachher noch näher begründen. Daß aber dieser Erfolg wirklich auf das Konto der deutschen Handelspolitik zu setzen ist und ohne die viel besehdeten Agrarzölle nicht erreicht worden wäre, das erkennen wir sofort, wenn wir die Entwicklung,

welche die dem Anprall der billigeren überseeischen Konkurrenz schutzlos preisgegebene englische Landwirtschaft in der gleichen Periode durchgemacht hat, mit der der deutschen Landwirtschaft vergleichen. Ich werde Ihnen die betreffenden Zahlen später in anderem Zusammenhange mitteilen.

Der deutsche Getreidebau hat von 1878 bis jest aber nicht nur keine Abnahme der bestellten Fläche ersahren, auch die Intensität des Andaus hat nicht etwa abgenommen, sondern im Gegenteil noch zugenommen, und zwar hat, wenn wir die durchschnittlichen Ernteerträge 1880/87 und 1888/97 miteinander vergleichen, der Ernteertrag pro Hektar zugenommen bei Roggen um 102, bei Weizen um 108, bei Gerste um 49 und bei Haser um 67 kg. Wenn diese Zahlen auch an sich nicht gerade zuverlässig sind, so sind sie doch sür Vergleichungen untereinander brauchbar. Die mitgeteilte Zunahme der Intensität ist zwar viel geringer als die, welche, wie wir annehmen müssen, in den srüheren Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in Deutschland vor sich gegangen ist, sie erscheint aber deshalb besonders bedeutsam, weil sie in einer Periode sinkender oder doch anhaltend niedriger Getreidepreise sich vollzogen hat, während sonst steelderseise Getreidepreise die erste Voraussezung sür wachsende Intensität des Landwirtschastlichen Betriebs sind.

Durch die Zunahme der Intenfität des deutschen Getreidebaus ift nach den Berechnungen von Professor von Rümker das erfreuliche Ergebnis erzielt worden, daß in der Beriode 1888/97 pro Ropf der Bevölkerung faft genau das gleiche Quantum Brotgetreide zur Verfügung ftand, wie in der Periode 1880/88, obwohl die Bevölkerung Deutschlands in der späteren Periode im Mittel um ca. 41/2 Millionen mehr betrug als in der früheren. Roggen zeigt fich fogar eine kleine Zunahme des Quantums, bei Weizen eine etwas ftarkere Abnahme. Bei Roggen ift infolgedeffen der Einfuhr= überschuß pro Ropf ber Bevölkerung jurudgegangen, bei Beizen bagegen hat er sich ziemlich genau verdoppelt. Die Zunahme der Getreideeinfuhr nach Deutschland pro Ropf der Bevölkerung hat also ihre Ursache nicht etwa in einer Abnahme der relativen Leiftungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft, sondern in einer an fich durchaus erfreulichen Thatfache, nämlich der Steigerung des Getreideverbrauchs, und zwar besonders des Weizenkonsums, in Deutschland. Diefe Erscheinung hängt ihrerseits wieder damit zusammen, daß die letten Jahrzehnte durch steigende Löhne und finkende Getreidepreise charakterifiert waren.

Wenn auch das Ziel der unverminderten Erhaltung des deutschen Getreidebaus in der ganzen Periode 1879—1900 erreicht worden ist, so ist dies in den beiden Unterabschnitten, in welche diese Periode zersällt, doch in wesentlich verschiedener Weise geschehen. Von 1879—1891 wurde das Ziel mit ziemlicher Sicherheit, von 1892 bis zur Gegenwart dagegen,

wenn ich mich so ausdrücken dars, nur mit Ach und Krach erreicht. In der ersten Hälfte der Periode standen die Weizenpreise im Durchschnitt um mehr als 30 Mt. und die Roggenpreise um mehr als 25 Mt. pro Tonne höher als in der Periode von 1892 bis jetzt. Dabei waren aber auch in der Periode 1879/1891 die Weizen= und Roggenpreise schon erheblich niedriger als im Durchschnitt der vorhergehenden 30 Jahre.

Ich hebe das besonders hervor, weil man aus der Thatsache, daß auch unter der Berrichaft der Caprivischen Sandelsverträge der Getreidebau in Deutschland nicht zurückgegangen ift, den Schluß gezogen hat, daß die deutsche Landwirtschaft dauernd mit einem Zoll von 31/2 Mt. auskommen fonne, ohne zu einer Ginschräntung der mit Getreide bestellten Fläche oder ber Intensität des Anbaus genötigt zu fein. Daß trot der meines Erachtens ungenügenden Zollhöhe der Getreidebau in Deutschland im letten Jahrzehnt nicht abgenommen hat, ift auf folgende Beise zu erklären: Der Rückgang des Getreidebaus bei nichtlohnenden Getreidepreifen tritt nicht sofort ein, nachdem die Getreidepreise gesunken find, sondern die Landwirte find im all= gemeinen zunächst in ber Lage, einige Jahre hindurch auch bei ungenügenden Breifen noch zu existieren, gerade so wie fie unter Umständen auch mehrere auf einander folgende Migernten ertragen muffen. Die Landwirtschaft ift eben ein Gewerbe, bei dem der Mikerfolg der einen Beriode feine Ausgleichung sucht in dem befferen Erträgnis einer fpateren Beriode. Bleibt freilich diefer Ausgleich dauernd aus, so muß schließlich einmal unfehlbar der wirtschaftliche Zusammenbruch erfolgen. Gine Reihe bon mageren Jahren auszuhalten ift der Landwirt dabei um fo eber im ftande, wenn einige fette oder doch wenigstens befriedigende Jahre vorhergegangen find, und wenn er ferner begründete Hoffnung haben darf, daß den schlechten Jahren bald beffere folgen werden.

Diese beiden Voraussetzungen trasen aber in dem vorliegenden Falle in Deutschland zu. Einmal waren in den Jahren unmittelbar vor Absichluß der Handelsverträge die Getreidepreise so hoch gewesen, daß sie bei Weizen dem 32 jährigen Durchschnitt der Erntejahre 1868/1900 gerade entsprachen und bei Roggen ihn sogar erheblich übertrasen. Sodann aber dursten die Landwirte sehr bald schon, nachdem in den ersten Jahren nach Abschluß der Handelsverträge die große Depression auf dem Getreidemarkte eingetreten war, aus den Aussprachen, die in verschiedenen deutschen Parlamenten hierüber stattsanden, die Zuversicht schöpsen, daß die Landwirtschaft nach Absaus der Verträge wieder höhere Zollsäße erhalten werde. Diese beiden Momente und speciell das letztere haben den Kückgang des Getreidebaus unter dem System Caprivi verhütet, ebenso wie sie, nebenbei

193

bemerkt, ein Sinken der Güterpreise entsprechend dem Sturz der Getreidepreise verhindert haben. Ich möchte aber nicht die Verantwortung dasur übernehmen, daß bei den jezigen Agrarzöllen auch auf die Dauer keine Verminderung der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland eintritt. Denn dem Rückgang der Rentabilität muß schließlich eine Abnahme des Getreidebaus selbst solgen. In welchem bis dahin unerhörten Maße aber die Rentabilität der deutschen und zwar speciell der preußischen, bez. ostelbischen Landwirtschaft in letzter Zeit zurückgegangen ist, kann man aus den Angaben Conrads über den Rückgang der bei der Neuverpachtung der preußischen Domänen erzielten Pachtpreise erschließen. Setzt man die bis dahin gezahlte Pacht — 100, so betrugen die bei der Neuverpachtung der Domänen in den sieben öftlichen Provinzen Preußens erzielten Preise:

Also ein beständiger Rückgang. Als ein weiteres ungünstiges Symptom ist dabei hervorzuheben, daß troß der Pachtermäßigung die Pachtrückstände bis in die neueste Zeit gestiegen sind. Die bedrängte Lage der Landwirtsichaft sindet serner ihren Ausdruck darin, daß in den Jahren 1886—1897 die Hypothekenschuld auf den ländlichen Grundstücken Preußens um 2416 Millionen Mk. gestiegen ist. Nach Conrad bleibt nur übrig anzunehmen, daß ein bedeutender Teil dieser Schulden auf ein wirtschaftliches Deficit zurückzusühren ist. Die aus der Unzulänglichkeit der Einnahmen entstandenen Personalschulden hatten sich allmählich derartig angehäuft, daß schließlich die hypothekarische Eintragung erforderlich wurde.

Zu einer bedenklichen Zunahme der Zwangsversteigerungen hat die Agrarkriss in Deutschland bisher glücklicherweise aber noch nicht geführt. In Bahern hat zwar in den letzten Jahren wieder eine Zunahme der Zahl und des Flächeninhalts der verganteten landwirtschaftlichen Anwesen stattgesunden, in Preußen dagegen hat, nachdem 1892 die Zahl und die Gesamtsläche der von der Zwangsversteigerung betroffenen Grundstücke noch einmal besonders groß war, seitdem sowohl die Zahl der Zwangsversteigerungen als die dabei in Betracht kommende Gesamtsläche saft ununterbrochen abgenommen.

Die wichtigste Wirkung, welche der durch die Ermäßigung der Getreides zölle im Jahre 1892 noch verschärfte Rückgang der Rentabilität der Landswirtschaft gehabt hat, bestand aber darin, daß der gesamte, sehr beträchtsliche Bevölkerungszuwachs, der Deutschland in den letzten Jahrzehnten zu Schriften xcvIII. — Verhandlungen 1901.

Teil wurde, ausschließlich den nicht landwirtschaftlichen Berufen zu gute gekommen ist. Die Menschen und die Kapitalien strömen ja immer den Produktionszweigen zu, in denen ihnen die höchsten Löhne und die größten Gewinne winken. Statistisch belegen läßt sich das allerdings nur sür die Periode von 1882—1895; zweisellos hat aber auch in den Jahren nach 1895 die Entwicklung in der gleichen Richtung sich bewegt. In der Periode 1882/95 betrug der gesamte Bevölkerungszuwachs 6,5 Millionen oder 14,48 %. Davon haben sich 4,2 Millionen in die induskriellen und 1,4 Millionen in die kommerziellen Beruse ergossen.

Wäre die Landwirtschaft ebenso rentabel geblieben wie früher, so hätte sich der Bevölkerungszuwachs in irgend einem Verhältnis, und zwar ungefähr in gleichem Berhältnis, auf Landwirtschaft und Induftrie verteilen muffen. Denn darüber tann nach den Untersuchungen fo fachver= ftändiger Männer wie Geheimrat Thiel, Projeffor von der Goly, Profeffor von Rumter u. a. jum Glud fein Zweifel fein, daß die deutsche Landwirtschaft noch längst nicht an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit in Bezug auf die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion angelangt ift. Die technische Möglichkeit dazu ist sowohl durch Erweiterung der Anbaufläche als durch Steigerung der Erträge von der gleichen Fläche gegeben, es fehlt nur die wirtschaftliche Voraussetzung: genügende Rentabilität des Getreidebaus. Auch fann nach ben Untersuchungen ber genannten Männer keine Rede davon sein, daß nur zu wahrhaft unerschwinglichen Kosten die Produktion der deutschen Landwirtschaft gesteigert werden könnte. alfo die "eherne Notwendigkeit einer Bevolkerungsvermehrung, wie fie die Weltgeschichte noch niemals gesehen hat", nicht der Umstand, daß Deutsch= land nach Caprivis Wort nur noch die Wahl hatte, entweder Menschen zu exportieren oder Waren, hat unsere Exportindustrie geschaffen und trachtet fie weiter auszudehnen, fondern das Sinken der Reinerträge in der Landwirtschaft bei gleichbleibendem oder gar steigendem industriellen Gewinn. Das ift die eigentliche Urfache dafür, daß die Verteilung des Bevolkerungszuwachses in Deutschland in letter Zeit fo reguliert worden ift, daß die Landwirtschaft nichts und die Industrie alles bekommen hat.

Wenn nun aber ein Staat eine stark wachsende Bevölkerung besitzt, ohne daß gleichzeitig die ökonomischen Bedingungen sür eine entsprechende Außebehnung der inländischen Rahrungsmittel- und Rohstoffproduktion gegeben sind, so bleibt der neu hinzugekommenen Bevölkerung, wenn sie nicht auswandern will, gar nichts anderes übrig, als Industrieprodukte herzustellen und dafür Lebensmittel und Rohstoffe im Auslande einzutauschen. Die gewaltige Zunahme des deutschen Außenhandels im letzten Jahrzehnt ist also die naturgemäße

Folge, einmal der Wirtschaftspolitit, welche Deutschland in diesem Zeitraum getrieben hat und dann bor allem der ftarten Bermehrung feiner Bebolferung. Ginen besonderen Erfolg der deutschen Sandelspolitit etwa gegenüber der französischen, weil Frankreich im letten Jahrzehnt nicht die gleiche Steigerung seines Außenhandels aufzuweisen hat wie das Deutsche Reich, vermag ich in dieser Thatsache aber noch nicht zu erblicken. Denn Frankreich hatte nicht eine fo ftarke Bevolkerungsvermehrung wie Deutsch= land, war also auch nicht darauf angewiesen, seinen Außenhandel in dem Mage zu steigern, wie dies in Deutschland bei der gegebenen Lage der Dinge notwendig war. Und die ftärkere Bevölkerungsvermehrung, welche Deutschland im Vergleich mit Frankreich besitzt, kann man doch nicht erft als die Folge der Caprivischen Sandelsverträge ansehen. Rate des Bevölkerungszuwachses ift in Deutschland ichon lange beständig größer gewesen als in Frankreich, gleichviel ob nun Deutschland eine auf Erhöhung oder aber eine auf Berabsetzung feiner Bolle gerichtete Sandels= politif perfolate.

Allerdings ist im letten Jahrzehnt die Bevolkerungszunahme in Deutschland wieder einmal gang befonders ftark gewesen. Das icheint mir indessen mehr eine Folge des allgemeinen geschäftlichen Aufschwungs zu fein, welchen wir von 1895/1900 erlebt haben, als der Caprivischen Sandelsverträge, wenn die Ursachen dafür nicht sogar zum Teil noch viel weiter zurud zu fuchen find, da die ftarte Bevolferungsvermehrung der letten Jahre intereffanterweife nicht etwa auf einer Zunahme der Geburtenziffer beruht, fondern im Gegenteil durch einen Ruckgang der Sterblichkeit zu ftande gekommen ift. Man ftellt nun freilich ben wirtichaftlichen Aufschwung ber letten Jahre vielfach felbft erft wieder als eine Folge der Politik der Handelsverträge bin, allein das Recht, mit dem man das thut, scheint mir doch fehr zweiselhaft zu fein. Nicht einmal mit der Logik: post hoc, ergo propter hoc, läßt sich das begründen. drei erften Jahre der neuen Sandelspolitit brachten keine Zunahme, sondern im Gegenteil eine Abnahme der deutschen Aussuhr und Ginfuhr.

Wenn man den Aufschwung der letten Jahre durchaus als eine Folgeerscheinung der Caprivischen Handelspolitik ansehen will, dann muk man gerechterweise auch die Periode des allgemeinen geschäftlichen Nieder= gangs, der wir, wenn nicht alle Anzeichen trügen, jest entgegengeben, mit in diesen Kausalzusammenhang einbeziehen. Erst der Durchschnitt aus den fetten Jahren, die wir bereits hinter uns haben, und den mageren Jahren, die uns noch bevorstehen, giebt dann das richtige Bild. Ich meine aber, es ift überhaupt nicht richtig, die Ursachen des Wechsels zwischen Berioden

bes wirtschaftlichen Aufschwungs und der geschäftlichen Depression auf ein beliebig herausgegriffenes einzelnes Moment gurudguführen. Wenn eine Periode des geschäftlichen Aufschwungs kommen foll, muffen eine gange Reihe von Ursachen zusammenwirken, von denen wir viele mahrscheinlich noch gar nicht kennen. Die Wiffenschaft muß in dieser Frage ein borläufiges "Ignoramus", wenn auch nicht ein "Ignorabimus" bekennen. wiffen nicht, von wannen folche Berioden, in denen die Lebhaftigkeit des gangen Wirtschaftslebens wie mit einem Schlage beträchtlich sich steigert, kommen — sie kommen ja oft wie der Dieb in der Nacht — und wiffen auch nicht, wohin fie geben. Sie kommen sowohl nach Bollermäßigungen als nach Zollerhöhungen. Gerade unter der Herrschaft der höchsten Ge= treidezölle, die Deutschland überhaupt bisher gehabt hat, hat es auch eine Zeit des geschäftlichen Aufschwungs erlebt. Der Aufschwung der Jahre 1888/90 fann sich allerdings an Dauer und Umfang mit dem der Jahre 1895/1900 nicht vergleichen. Wer weiß aber, ob dafür nicht auch der Abschwung, ber bem Aufschwung ber letten Jahre unweigerlich folgen wird, viel größere Dimensionen annehmen wird als in der ersteren Beriode!

Ganz furz nur will ich darauf hinweisen, welchen deutschen Industriezweigen die durch die Lage der Dinge auf dem Weltmarkte hervorgerusene und durch die deutsche Handelspolitik sanktionierte Vermehrung des Exports von Industrieprodukten vorzugsweise zu gute gekommen ist. Da ist es interessant, sestzustellen, daß die Textilindustrie an dem Wachstum der Fabrikaten-Mehraussuhr um 616,3 Millionen Mark, das von 1890 bis 1900 stattgesunden hat, keinen Anteil hatte. Der Überschuß der Aussuhr über die Einsuhr bei Fabrikaten der Textil = und Filzinduskrie sowie dei Kleidern betrug 1900 nur noch 478 Millionen gegen 500 Millionen im Jahre 1890. Welche Induskrien sich hauptsächlich in die Beute geteilt haben, geht aus solgenden Zahlen hervor. Von 1890 bis 1900 stieg die Fabrikaten = Mehraussuhr — alle Zahlen beziehen sich auf den deutschen Specialhandel —:

bei	der chemischen Industrie	von	<b>1</b> 30	auf	<b>23</b> 8	MiA.	Mf.,
"	Maschinen, Instrumenten und Apparaten	,,	68	,,	206	,,	,,
"	einsach bearbeiteten Gegenständen der						
	MetaUindustrie	,,	70	,,	153	"	,,
,,	Fabrikaten der Metallindustrie	,,	167	"	329	,,	,,
"	der Stein=, Thon= und Glasindustrie .	"	63	"	109	,,	"
,,	Kurzwaren, Schmuck und Spielzeug .	,,	<b>6</b> 0	,,	<b>1</b> 36	"	,,
,,	Gegenständen der Litteratur und bilden=						
	den Runft	,,	61	,,	114	,,	,,

Diese Industrien haben den Löwenanteil davongetragen. Etwas wenigstens ist auch für die Papier-Industrie (Steigerung: 23 ½ Millionen) und die Kautschut-Industrie abgesallen. Leer ausgegangen sind dagegen die Leder- und Wachstuch-Industrie sowie die Holz-, Schnitz- und Flecht- industrie, bei letzterer hat hinsichtlich der einsach bearbeiteten Gegenstände sogar eine gewaltige Steigerung der Mehreinsuhr stattgesunden. Auf die einzelnen Waren, welche zu der Steigerung der deutschen Einsuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen im letzten Jahrzehnt in besonderem Maße beigetragen haben, näher einzugehen, halte ich durch die mir gestellte Ausgabe nicht unbedingt für geboten. Dagegen möchte ich noch mit einigen Worten auf eine allgemeine Erscheinung eingehen, welche die Entwicklung des deutschen Außenhandels im letzten Jahrzehnt zeigt.

Tropdem in den letten Jahren unfere Mehrausfuhr an Fabrikaten von 1156 auf 1674 Millionen Mark geftiegen ift, wenn wir die Durch= schnitte der Jahre 1890/91 und 1899/1900 mit einander vergleichen, so ift doch der Betrag unferer Mehreinfuhr an Rohftoffen für induftrielle Zwecke sowie an Nahrungs= und Genugmitteln nebst Bieh, der nicht durch die Mehraussuhr von Industrieprodutten gedeckt werden kann, dadurch nicht geringer geworden. Er ift im Gegenteil ebenfalls noch gewachsen, nämlich von 897 auf 1215 Millionen Mark. Ich möchte das fo ausdrücken, daß Ebenso schnell, ja bei Vergleichung längerer Verioden noch schneller als der exportindustrielle Teil unseres Wirtschaftslebens wächst der exportkapitalistische, wie ich ihn nenne. Die volkswirtschaftliche Berjaffung Deutschlands ift ja ebenfo wie die der meiften anderen wefteuropäischen Staaten ichon längst keine einheitliche mehr, sondern fie zeigt eine Mischung dreier verschiedener Wirtschaftsspfteme, und zwar find diese drei Spfteme in Deutschland gegenwärtig ungefähr in folgendem Umfang vertreten: Bunachst ist die deutsche Bolkswirtschaft in ihrem bei weitem größten Teile noch immer ein Agrikultur=Manufaktur=Handelsstaat im Sinne Friedrich Lifts. Hierher gehört die ganze inländische Landwirtschaft und der Teil der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung, deffen Eriftenz auf der Überschukproduktion der einheimischen Landwirtschaft an Nahrungsmitteln und Rohftoffen beruht. Es ist durchaus verkehrt, anzunehmen, daß dieser Teil des deutschen Wirtschaftslebens, den natürlich nur die theoretische Betrachtung aus seiner untrennbaren Berbindung mit den übrigen Teilen herauszulösen vermag, zugleich ein geschlossener Handelsstaat, d. h. ein wirtschaftlich fich vollkommen felbst genügender Staat sein mußte. Vielmehr kann auch ein solcher Staat, bei dem die Grundlagen der wirtschaftlichen Existeng ber Bevolkerung ausschlieflich im Inlande fich befinden, dabei

boch einen sehr regen und von Jahr zu Jahr steigenden Handelsverkehr mit dem Auslande unterhalten. Wenn z. B. ein Staat, dessen Landwirtsichaft Rahrungsmittel genug für eine gewerbliche Bevölkerung von 10 Millionen Menschen produziert, gerade auch eine nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung von dem angegebenen Umsange besitzt, so ist man in jedem Falle zu sagen berechtigt, daß hier die Wurzeln der wirtschaftlichen Thätigkeit der Nation ausschließlich im Inlande liegen, gleichviel ob die gewerbliche Bevölkerung ausschließlich für den Inlandsmarkt arbeitet oder ob sie einen Teil ihrer Produkte aussührt, um damit solche Fabrikate im Auslande zu kaufen, die im Inlande nicht so gut hergestellt werden können.

Nach meiner Schähung entsallen auf diesen ältesten und ursprünglichsten Teil der deutschen Volkswirtschaft etwa 42 Millionen unserer Gesamtbevölkerung von rund 56 Millionen, da wir zwischen <sup>1</sup>/<sub>4</sub> und <sup>1</sup>/<sub>5</sub> unseres Gesamtbedarss an Nahrungsmitteln und Rohstossen einführen müssen; zu ihm gehört einmal die gesamte Landwirtschaft mit  $18^{1/2}$  Millionen Menschen und  $23^{1/2}$  Millionen der gewerblichen und sonstigen Bevölkerung.

Bu dem deutschen Agrikultur = Manufaktur = Handelsstaat, der trot feiner Sandelsbeziehungen zum Auslande doch ökonomisch vom Auslande unabhängig ist, gesellen sich nun zwei weitere Teile der deutschen Volkswirtschaft, die beide ihre Fundamente nicht auf deutschem Boden, sondern im Auslande haben. Hierher gehört einmal der exportindustrielle Teil. Darunter dürsen wir aber nicht jede beliebige exportierende Industrie verstehen, sondern nur die eigentliche Exportindustrie, bei der inländische Kabrikate gegen ausländische Lebensmittel und Rohftoffe umgetauscht werden. Die Größe des exportinduftriellen Teils Deutschlands berechne ich in folgender Weise. Unsere Kabrikaten=Mehr=Aussuhr, die zur Bezahlung der Mehr=Einfuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen zur Berfügung steht, betrug im Durchschnitt der letzten beiden Jahre 1674 Millionen Mark. Aber nicht dieser ganze Aussuhrwert ist in Deutschland selbst erzeugt worden. deutsche Exportindustrie arbeitet ja meist als "Lohnwerker" für das Aus= land, d. h. fie bekommt von letterem den Rohftoff geliefert. Ein Teil des Wertes der mehrausgeführten Fabrikate ist daher für den Material= wert der in den Fabrikaten steckenden Rohstoffe, die erst vom Auslande importiert worden find, abzuziehen. Diefen Teil genau zu berechnen find wir natürlich nicht im stande; ich schätze ihn in Übereinstimmung mit Ballod auf ca. 400 Millionen Mark. Der in Deutschland selbst er= zeugte Wert der Fabrikaten=Mehr=Ausfuhr beträgt also gegen 1300 Mil= lionen Mark. Wir dürfen schähungsweise annehmen, daß zur Herstellung dieses Wertes eine Arbeiter= und Unternehmerbevölkerung von etwa

1 200 000 Menschen nötig war. Mit den Familienangehörigen erhöht fich diese Bahl auf 21/2 bis 31/2 Millionen. Das ift die Bahl der in der Exportindustrie beschäftigten Bevölkerung. Erheblich größer ift die Bahl ber von der Erportinduftrie ernährten, oder wir fagen vielleicht beffer, wirtschaftlich abhängigen Bevölkerung. Denn die in der Exportinduftrie thätigen Unternehmer und Arbeiter wollen doch auch felbst wieder Erzeug= nisse des einheimischen Gewerbsleißes tonsumieren. Wenn wir annehmen, daß ihre Nachfrage im großen Durchschnitt fich zur Sälfte auf die Nahrungs= mittel und Rohstoffe richtet, die als Gegenwert für die mehrausgeführten Fabrifate importiert werden konnen, zur anderen Salfte aber auf Gewerbeprodukte, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß durch die Exportinduftrie zugleich die Eriftenz einer weiteren induftriellen Bevölkerung ermöglicht wird, die ebenso groß ist, wie die direkt in der Exportindustrie beschäftigte. Im ganzen entfallen also auf den exportindustriellen Teil Deutschlands 51/2-61/2 Millionen Menschen, deren Eristenz jetzt lediglich von der Export= induftrie abhängt.

Fast genau ebenso groß wie der exportindustrielle ist auch der vielsach ganz übersehene und einsach der Exportindustrie zugerechnete exportstapitalistischene und einsach der Exportindustrie zugerechnete exportstapitalistischen Eeil Deutschlands. Denn sast ebenso groß wie der in Deutschland selbst hergestellte Teil des Wertes unseres Aussuhrüberschusses an Fabrikaten ist der nach Abzug der Fabrikaten-Wehr-Aussuhr übrigbleibende Teil unseres Mehrimports an Nahrungsmitteln und Rohstossen. Über 1200 Millionen Mark mehreingesührte Nahrungsmittel und Rohstossen. Über 1200 Millionen Wark mehreingesührte Nahrungsmittel und Rohstossen werden nicht mit Fabrikaten bezahlt, sondern müssen auf andere Weise beglichen werden, und zwar ersolgt diese Begleichung bekanntlich vor allem auf drei Wegen: einmal durch die Einnahmen, die Deutschland aus der Versrachtung sremder Waren bezieht, weiter durch die Jinsen, welche deutsche Kapitalisten als Cläubiger sremder Nationen erhalten, und endlich durch die Summen, welche deutsche Unternehmer als Gewinn von ihrem in überseeischen Handels- und Industrieunternehmungen angelegten Kapital erzielen.

Die Konstruktion dieses Teils der deutschen Bolkswirtschaft stellen wir uns am besten in solgender Weise vor: Die Personen, denen die genannten Einnahmen von zusammen erheblich mehr als 1 Milliarde jährlich aus dem Auslande zusließen, verwenden ihr Einkommen in der Weise, daß sie damit ausländische Nahrungsmittel und Rohstoffe kaufen, einen Teil der Nahrungsmittel selbst verzehren, den bei weitem größeren aber dazu benußen, inständische Industriearbeiter zu beschäftigen, welche für sie wie für sihren eigenen Bedars Gewerbeprodukte herstellen. Durch die so gegebene Möglichsteit, mit den Nahrungsmitteln und Rohstoffen, welche das Ausland zur

Begleichung seiner Berbindlichkeiten nach Deutschland schickt, eine Nachfrage nach inländischen Industrieerzeugnissen zu entsalten, sindet das Kätsel zum größten Teil seine Erklärung, auf das vor einiger Zeit Prosessor Sombart in einem Aufsage der "Sozialen Praxis" die öffentliche Ausmerksamkeit hingelenkt hat, das Kätsel nämlich, daß unsere industrielle Produktion viel schneller wächst als unser Export an Fabrikaten. Ein großer Teil der insauskriellen Produktion sür den inneren Markt wird aber nach dem Gesagten doch erst durch die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zum Auslande ermöglicht, und bricht zusammen, wenn man ihm diese Grundlage wegnimmt.

Der Teil der deutschen Bevölkerung, der auf den Exportkapitalismus angewiesen ist, ist also ebensalls auf ca.  $5^{1/2}-6^{1/2}$  Millionen zu berechnen. Ich will in Bezug auf diesen Teil nur noch kurz hervorheben, daß er zwar auch Gegeninteressent einer Erhöhung der Agrarzölle ist, daß er an der Beseitigung der letzteren aber nicht ein so vitales Interesse besitzt wie der exportindustrielle. Werden die Getreidezölle erhöht, so brauchen deshalb die Einnahmen Deutschlands aus den vorhin erwähnten, im Auslande liegenden Quellen nicht um einen Pfennig zurückzugehen. Deutschland kann vielmehr mit Kücksicht hieraus nach wie vor im Auslande die gleiche Gesamtnachsrage entsalten, nur wird es jetzt für dieselbe Geldsumme weniger Waren vom Auslande bekommen, da es den Zoll im allgemeinen aus der eigenen Tasche wird bezahlen müssen.

Ich komme nun zu dem zweiten, schwierigeren Teil meiner Aufgabe, ju der Frage, welche Ziele foll die zukunftige deutsche Sandelspolitit verfolgen? Zwischen drei an fich möglichen Wegen hat Deutschland jest die Wahl. Einmal wird ihm von extrem agrarischer Seite geraten, eine Politik ber wirtschaftlichen Abschließung ju treiben, d. h. durch exorbitant hohe Bolle es dahin zu bringen, daß die Wurzeln bes deutschen Wirtschaftslebens wieder ausschließlich im Inlande liegen. Von der entgegengesekten Seite ertönt der Ruf: Auf der Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung, auf der fich Deutschland gegenwärtig befindet, ift der bedingungslofe Übergang zum Freihandel die für Deutschland einzig zwedmäßige Sandelspolitit, ift der Freihandel der einzig mahre Schut der nationalen Arbeit. Welchem diefer beiden Ratgeber foll das Deutsche Reich nun folgen? Jeder verfichert ihm auch noch auf das eindringlichste, daß es unsehlbar zu Grunde geben muffe, wenn es nicht gerade feinen Ratschlägen folge, was mir hüben wie drüben eine krasse Übertreibung zu sein scheint. Ich meine, Deutschland soll keinem von beiden solgen wenn ich dafür auch gefaßt bin, von rechts und von links Angriffe zu erjahren —, sondern es thut am besten, einen mittleren Weg einzuschlagen. Es soll sich auf das wahre Ziel seiner bisherigen Handelspolitik besinnen und diese dann konsequent sortsetzen. Es soll also weder danach streben, ein wirtschaftlich sich selbst genügender Staat zu werden — was doch ein ganz utopistisches Ziel wäre —, es soll aber auch nicht ohne jede Einschränkung den Anschluß an die Weltwirtschaft vollziehen, sondern soll ihn suchen: einmal nur unter der schon bisher besolgten Bedingung, daß der Bestand der einheimischen Landwirtschaft dabei nicht gesährdet, und weiter unter der Bedingung, die ich neu hinzusüge, daß die Entstehung und weitere Ausbreitung von Exportindustrien verhütet wird, die ihre herrschende Stellung auf dem Weltmarkte nur der Minderwertigkeit ihrer Arbeitsbedingungen verdanken.

Indem ich nun zur näheren Begründung des eben aufgestellten Zieles übergehe, bemerke ich vorweg, daß ich dasselbe speciell gegenüber dem Borschlage verteidigen werde, Deutschland solle entweder gleich eine ganz freihändlerische oder doch eine Handelspolitik treiben, welche die Borbereitung des Überganges zum völligen Freihandel bedeutet. Denn nur von dieser, auch in der Wissenschaft stark vertretenen, Richtung drohen ernste Gesahren. Die Träume der Abschließungspolitiker dagegen vermag ich nicht ernst zu nehmen. Für die praktische Politik kommen sie jedenfalls nicht in Betracht.

Ich bemerke weiter gleich jett, von welchen Argumenten ich bei der Begründung meines Standpunktes keinen Gebrauch machen werde. werde weder mit dem Argumente operieren, daß im Rriegsfalle die Berforgung Deutschlands mit Brotgetreibe ju Bedenken Unlag gebe, wenn die einheimische Nahrungsmittelproduktion weiter eingeschränkt wird, noch werde ich finanzielle Gesichtspunkte ins Treffen führen, noch auch werde ich Erwägungen der politischen Tattit Raum geben, obwohl allein diese schon, wie jogar die "hilfe" anerkannt hat, hinreichen, die Erhöhung der Agrarzolle zu rechtfertigen. Auch werde ich das "äfthetische" Moment nicht betonen, daß eine aus Agrarstaat und Industriestaat gleichmäßig gemischte Volks= wirtschaft ein harmonischeres Bild biete als ein reiner Industrieftaat, endlich werde ich nicht die Frage untersuchen, ob für militärische Zwecke land= wirtschaftliche und industrielle Bevölkerung gleichwertig find. Ich bemerke zu letterem Bunkte nur, daß wir zwar wissen, was wir in dieser hinsicht an der ländlichen Bevölkerung besitzen, daß es dagegen noch nicht sicher nachgewiesen ift, ob die industrielle Bevölkerung das Gleiche zu leiften vermag wie die landwirtschaftliche. Doch lege ich barauf, wie gesagt, keinen Nachdruck, fondern beschränke mich im folgenden auf volkswirtschaftliche sowie politisch= wirtschaftliche Erwägungen.

Wenn Deutschland jest zum Freihandel überginge, so würde das zugleich eine noch stärkere Verschiedung des Schwerpunktes der deutschen Volkswirtschaft von der Urproduktion zur Industrie hin bedeuten. Deutschsland würde dann in die gleiche Entwicklung eintreten, die Großbritannien im letzten Jahrhundert durchlausen hat, der exportindustrielle und der exportkapitalistische Teil der Volkswirtschaft würden immer mehr in den Vordergrund, die Landwirtschaft und die für den selbständigen inneren Markt arbeitende Industrie dagegen in den hintergrund treten. Export-Industrialismus und Export-Kapitalismus sind nun aber nicht die Fundamente, auf denen man mit ruhigem Gewissen die Jukunst der deutschen Volkswirtschaft ausbauen kann.

Was zunächst ben Übergang zum Exportindustrieshstem betrifft, so barf ihn eine Nation, wenn ihre wirtschaftliche Entwicklung ohne schwere Störungen und Krisen berlaufeu soll, nur bann vornehmen, wenn sie über solgende zwei Punkte Gewißheit hat, wenn sie sicher sein kann,

- 1. daß es überhaupt dauernd Staaten geben wird, welche bereit find, Kahrungsmittel und Rohstoffe gegen Industrieprodukte herzugeben, und
- 2. daß gerade sie berjenige Staat sein wird, von dem die Nahrungsstaaten dauernd einen für die Ernährung ihrer Bevölkerung genügend großen Teil ihres Bedarss an Fabrikaten im Austausch für Lebensmittel und Rohstoffe beziehen werden.

Wir wollen einmal die erste Voraussekung zunächst als gegeben betrachten und prüfen, wie für Deutschland die Aussichten bezüglich des zweiten Bunktes stehen. Ich möchte da mit dem Sate beginnen: Nichts ist vergänglicher und wandelbarer als die induftrielle Vorherrschaft. Wer denkt heute noch daran, um an ein von Ballod in den Bereinsschriften angeführtes Beispiel zu erinnern, daß die englische Eisenindustrie, die das letzte Jahrhundert hindurch die erste der Welt war — jett ist sie freilich von der nord= amerikanischen bereits überholt worden —, im ganzen 18. Jahrhundert sich mit der Eisenerzeugung Rußlands nicht meffen konnte, und daß infolgedeffen ruffisches Eisen damals nach England und Holland ausgeführt wurde? Da liegt es nahe, zu fragen: Wer garantiert uns, daß unsere Eisenindustrie immer auf der jetigen Sohe bleibt? Die Gefahr, daß fie den inneren Markt Deutschlauds verlieren könnte, ist zwar, wenn eine ent= sprechende Handelspolitik getrieben wird, nicht sehr groß. Aber ob sie auch auf dritten Märkten der amerikanischen Konkurreng, die jum Teil unter gunftigeren Produktionsbedingungen arbeitet, immer gewachsen fein wird, erscheint mir doch höchst ungewiß. Und zu der mächtig aufblühenden nord=

amerikanischen Gisenindustrie gesellt sich gang neuerdings als vielleicht noch gefährlicherer Begner die junge Gifenproduktion Canadas.

Noch mehr gefährdet als der Export von Fabrikaten der deutschen Metallinduftrie wollen mir andere wichtige Teile der deutschen Aussuhr erscheinen. Bu einem großen Teile, ja fast zur Balfte, besteht ja die deutsche Fabrikaten-Mehrausfuhr aus ben Erzeugniffen folcher Induftrien, die fich durch überdurchschnittlich ungunftige Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne bei langer Arbeitszeit, wenig vorteilhaft auszeichnen. Als Beispiele solcher Exportindustrien nenne ich nur die Spielwarenfabrikation des Erzgebirges und des Thüringer Waldes, die Borzellanfabritation und die Rleiderkonfektion, die ja zu unseren blühendsten Exportindustrien gehören. durchaus nicht etwa Zujall, sondern die überlegene Stellung, die sich Deutschland in diesen Artikeln auf dem Weltmarkte erobert hat, beruht gang wefentlich mit auf den niedrigen Löhnen, mit denen der deutsche Arbeiter fich begnügt. Das ift g. B. der Grund, warum Nordamerika überwiegend gerade folche Waren, bei benen der "Vorzug" der niedrigeren Löhne Deutschlands recht deutlich zum Ausdruck kommt, weil bei ihrer Anjertigung die Maschinenarbeit nur eine unbedeutende, die Handarbeit da= gegen eine um so wichtigere Rolle spielt, in Deutschland kauft, wie ein Blick in die Lifte der Gegenstände zeigt, aus denen die deutsche Ausfuhr nach den Bereinigten Staaten besteht. Daß es der niedrige Stand der Arbeitslöhne ift, mas Deutschland hier eine bevorzugte Stellung bor anderen Nationen gewährt, das hat schon Friedrich List vor einem halben Jahrhundert ausgesprochen. Es gilt aber in gleicher Weise noch heutigentags. Inzwischen sind nun aber auch andere Staaten in die Konkurrenz auf dem Weltmarkte eingetreten, deren Arbeiter noch bedürfnistofer und daher noch billiger zu haben sind als die deutschen. Durch sie kann Deutschland leicht einmal aus dem Sattel gehoben werden. Denn bei diesen Artikeln be= herrscht in der That der den Weltmarkt, der über die billigsten Arbeits= frafte verfügt. Daß ich hier nicht etwa nur Gespenster an die Wand male, sondern daß der Prozeß der Zerstörung der vorhin charakterisierten deutschen Industrien bereits begonnen hat, beweift folgendes Beispiel, das Alfred Weber angeführt hat: 1893 waren in Deutschland noch etwa 20000 hausinduftrielle Strohflechterinnen beschäftigt. Heute find fie durch die chinesische Konkurrenz auf weniger als 6000 zusammengeschmolzen. Chinese stellt dasselbe Geflecht für 10 Pjennige Tagelohn ber, für das die bescheidenste deutsche Frau, um das blanke Leben zu friften, immerhin 1 Mf. braucht. Die gleiche Entwicklung werden wir nach Alfred Weber, und ich ftimme ihm darin zu, eines Tages in der Korbflechterei, der Herstellung billiger Aleider und den meisten übrigen heutigen Hausindustrien erleben.

Die Zukunstsaussichten großer und ausschlaggebender Teile des deutschen Exports erscheinen also bereits, wenn wir nur die Frage der Konkurrenzsfähigkeit Deutschlands mit anderen Staaten in Betracht ziehen, höchst unssicher. Deutschland steht in dieser Hinsicht ungünstiger da als z. B. Frankreich, das nicht Massensumartikel aussührt, bei denen alles auf die Billigkeit der Herstellung ankommt, sondern mehr Gegenstände, die den Ansprüchen eines seiner entwickelten Geschmacks genügen sollen oder zur Bestiedigung von Luxusbedürfnissen bestimmt sind. Ein leidlich gesicherter Besit sift sur Deutschland m. E. nur der Export in Fabrikaten der chemischen Industrie sowie in Büchern und Gegenständen der bildenden Kunst. Ob sich aber aus den Besitz dieser beiden Industriezweige der bedingungslose Übergang zum Export-Industriessseinen gründen läßt, das möchte ich billig bezweiseln.

Ift benn nun aber, so müssen wir weiter fragen, überhaupt mit Gewißheit darauf zu rechnen, daß beständig Staaten vorhanden sein werden, welche in der Lage sind, Lebensmittel und Rohstoffe im Austausch sür Fastricate herzugeben? Ich meine, daß die Aussichten des Export-Industriesststems, das auf dem Austausch von Nahrungsmitteln und Rohstoffen gegen Erzeugnisse des Gewerbsleißes beruht, ganz anders zu beurteilen sind als die Aussichten der anderen Arten der internationalen Arbeitsteilung. Während im übrigen in Zukunst die Arbeitsteilung zwischen den Bölkern der Erde wahrscheinlich immer größere Fortschritte machen wird, scheint mir die internationale Arbeitsteilung nach der Formel: Industrieprodukte gegen Bodenprodukte, nur eine vorübergehende Erscheinung in der Entwicklung der Weltwirtschaft zu sein, die nach kurzer Zeit die auf geringe Reste wieder völlig verschwinden wird.

Die ungunftige Prognose, die ich dem Export-Industrieshstem stelle, findet in solgendem ihre Begrundung. Wir können drei, oder wenn wir die zweite Hauptsorm in ihre beiden Unterarten zerlegen, auch vier Hauptsormen der internationalen Arbeitsteilung unterscheiden:

Bei der ersten Art erzielen die an ihr beteiligten Länder nur Frachtersparnisse. Diese Art liegt z. B. vor, wenn das Land A nach dem
Lande B ebensoviel von einer Ware aussührt, als es von da einführt. Obwohl hier die inländische Produktion an sich zur Deckung des inländischen
Bedars ausreicht, sindet doch Export und Import statt, weil die
Produktionsorte so gelegen sind, daß einzelne Teile des Inlandes mit
geringeren Transportkosten vom Auslande versorgt werden können. Das
gleiche gilt umgekehrt sür das Ausland.

Bei der zweiten Sauptart der internationalen Arbeitsteilung besteht der Geminn der beteiligten Lander in der Erzielung von Produktionskoften= Diefer zweiten Art ift wesentlich, daß Bodenprodukte gegen Bodenprodukte und Industrieprodukte gegen Industrieprodukte getauscht werden. Und zwar ftellt jede Ration diejenigen Bodenprodukte bezw. Fa= britate in einem ihren eigenen Bedarf übersteigenden Maße her, für deren Produktion fie besonders gunftige Bedingungen befitt, und kauft mit den überschüffig produzierten Waren diejenigen Bodenprodukte und Fabrikate, welche das Ausland billiger herzustellen vermag. Diefer Fall liegt 3. B. vor, wenn und soweit die Mehreinsuhr an Braugerste mit einer Mehr= ausfuhr von Sopfen, oder die Mehrausfuhr von Weizen mit einer Mehr= einfuhr von Roggen bezahlt wird, oder wenn Kaffee und Rohbaumwolle gegeneinander ausgetauscht werden. Als Beispiel für den gegenseitigen Aus= tausch von Industrieprodukten mag der deutsch-öfterreichische Sandelsverkehr auf diesem Gebiete dienen. Deutschland kauft von Österreich Kablonzer Glaswaren, gebogene Holzmöbel, Sandichuhe und feine Lederwaren, Porzellan= waren u. f. w. Dafür schickt es nach Österreich Anilin= und andere Teerfarb= ftoffe, überhaupt Chemikalien, Maschinen, Instrumente, Bücher, Karten u. f. w.

Solange sich der Handelsverkehr zwischen zwei Ländern in der Weise abspielt, daß Bodenprodukte gegen Bodenprodukte und Industrieprodukte gegen Industrieprodukte getauscht werden, kann man nicht sagen, daß das eine Land dabei mehr gewinne als das andere. Beide prositieren vielsmehr gleichmäßig bei diesem System, indem die Produktivität der insländischen Arbeit dadurch erhöht wird. Für diese Art der internationalen Arbeitsteilung ist die Ricardosche Freihandelstheorie vollkommen richtig. Falsch wird sie erst, wenn man sie auch auf die von den bisher betrachteten Arten grundsätlich verschiedene dritte Art der internationalen Arbeitsteilung, den internationalen Tauschverkehr nach der Formel Bodenprodukte gegen Fabrikate anwenden will.

Wenn ein Staat Fabrikate an das Auskand liefert und dafür Lebensmittel und Rohstoffe empfängt, so besteht der dabei erzielte Gewinn nicht
in erster Linie in einer Erhöhung der Produktivität der Arbeit, sondern
darin, daß er auf diese Weise eine größere Bevölkerung zu ernähren vermag, als sie auf Grund der Überschußproduktion der eigenen Landwirtschaft
existieren könnte. Umgekehrt aber nut der Rohstoffstaat bei diesem System
des Tauschverkehrs den Bevölkerungsspielraum, den ihm die einheimische Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion gewährt, nicht voll aus. Die Arbeitsteilung zwischen Exportindustrie- und Rohstoffstaaten ist also nicht sowohl eine Reichtumssrage, als vielmehr eine Bevölkerungsfrage.

Brivatwirtschaftlich kommen bei dem Export-Industriesystem die beteiligten Länder natürlich ebensogut auf ihre Rechnung, wie bei den übrigen Arten der internationalen Arbeitsteilung. Allein die Sache wird sosort anders, wenn man fie vom Standpunkte der nationalen Wirtschaftseinheiten, vom Standpunkte der wirtschaftspolitischen Interessen der einzelnen Bolker Da erzielen die Export-Industrieftaaten noch einen Extraaus betrachtet. gewinn, und die Rohftoffstaaten haben einen entsprechenden Berluft. Wenn diefer Berluft auch nicht rein wirtschaftlicher, sondern mehr machtpolitischer Natur ift, so fallt er darum doch nicht weniger ins Gewicht. Denn eine größere und dichtere Bevölkerung ftellt nicht nur die Borbedingung für eine höhere Stuje der allgemeinen kulturellen Entwicklung bar, sondern fie bedeutet zugleich größere Macht in politischer und wirtschaftlicher Sinfict. Aus diefen einfachen und naheliegenden Erwägungen haben die Rohftoff= staaten das allerstärkste Interesse, und ihre Regierungen nicht nur das Recht, fondern die Pflicht, dem Zuftande des Austauschs von Nahrungs= mitteln gegen Fabrikate, bei dem fie die benachteiligten find, so bald als möglich ein Ende zu machen. Das geschieht, indem durch Schutzölle, die für Länder auf der geschilderten Entwicklungsftufe zugleich vom finanziellen Standpunkte von größter Bedeutung find, eine einheimische Induftrie ins Leben gerufen wird. Und bas haben ja fast alle biefe Länder gethan, oder find im Begriff, es zu thun. Sie alle haben Schutzollmauern um fich er= richtet. Die Politik des Industrieschutes, welche fie besolgen, liegt tief in ber Natur der Dinge begründet. Gine kindlich naive Auffaffung ift es, wenn man die von ihnen eingeführten Schutzölle als die Vergeltung dafür ansehen will, daß Deutschland in den letten Jahrzehnten seine Bolle er= höht hat. Das Princip, von dem fich die Handelspolitik diefer Länder im staatlichen Machtinteresse gleichsam instinktiv leiten läßt, verlangt dabei nicht, daß alle Gewerbeprodukte, die es überhaupt nur giebt, im Lande felbit hergeftellt werden, und daß der einzelne Staat fich wirtschaftlich felbit zu genügen fuche, fondern es fordert nur, daß die Möglichkeit, welche die Überschußproduktion der Landwirtschaft für die Eristenz einer mehr oder minder großen gewerblichen Bebolferung gewährt, fo volltommen als mög= lich ausgenutt werde. Und das durchzusehen, wird den betreffenden Länbern auch ohne Zweifel gelingen, denn es gehört dazu nach dem "Freihandelsargument" nur, daß fie nicht in allen Induftriezweigen gleichmäßig ungunftigere Produktionsbedingungen aufweisen als das Ausland. nicht völliges Aufhören der internationalen Arbeitsteilung ift die Parole der Zukunft, aber Umwandlung des Export-Industriesustems in den Taufchverkehr nach dem Motto: Bodenprodukte gegen Bodenprodukte und Fabrikate gegen Fabrikate, weil erst dann bei dem Geschäft kein Teil übers porteilt wird.

Das find die Gründe, die mich zu einer pessimistischen Beurteilung der Zukunstsaussichten des Exportindustrialismus geführt haben und mich glauben lassen, daß der Güteraustausch nach der Formel "Bodenprodukte gegen Fabrikate", solange die Bölker der Erde uoch nicht eine Herde unter einem hirten bilden, dem inneren Verkehr der einzelnen Länder vorsbehalten bleiben wird.

Auf diese peffimistische Theorie hat man mit dem hinweis auf die großen, noch unangebauten Strecken kulturfähigen Bodens in Nord- und Südamerita, in Auftralien, Sibirien u. f. w. geantwortet. Abgefeben da= von, daß hier die Schätzungen fehr auseinandergeben und wir vor allem nicht wiffen, wie groß die Flächen find, auf welchen der Getreidebau noch zu gleichbleibenden Rosten ausgedehnt werden kann — darauf aber tommt es gerade an -, erhebe ich hiergegen den principiellen Gin= mand: Es giebt tein Gefet und feine Gewalt, die den Rahrungsftaaten befehlen könnte, erft ben gangen hiefur geeigneten Boben ihres Landes unter den Pflug zu nehmen, ehe fie daran denken durften, eine einheimische Induftrie ins Leben zu rufen. Bielmehr werden fie fämtlich voraussichtlich längst, ehe fie vollständig besiedelt find, dazu übergeben, fich zu industriali= fieren, einfach weil der "Industrieftaat" gegenüber dem blogen "Agrarftaat" die höhere Stufe der Macht und Rultur bedeutet. Aus diesem Grunde haben die Bereinigten Staaten mit der Entfaltung ihrer industriellen Kräfte nicht gewartet, bis ihr Boden vollständig in Kultur genommen war, und die anderen Länder werden es ebensowenig thun. Die nordamerikanische Industrie hat sich in den letten Jahren mit geradezu beängstigender Geschwindigkeit entwickelt, speciell auf dem Gebiete der Textil= und Eisenindustrie. Dadurch wird es schlieglich dahin kommen, daß, obwohl vielleicht noch unangebauter Boden genug zur Verfügung fteht, doch zwar nicht der Export von Bodenprodukten schlechthin, aber der Export von Bodenprodukten gegen Fabrikate jo gut wie ganz aushört, weil die inländische Industrie dann groß genug sein wird, um die Überschußproduktion der Landwirtschaft an Lebensmitteln und Rohstoffen gang für sich in Anspruch zu nehmen, so daß für die eigentlichen Exportindustrien des Auslandes nichts mehr übrig bleibt.

Dasselbe, was von den Zukunstsaussichten des Export=Industrialismus gesagt werden muß, gilt auch von denen des Export=Rapitalismus. Der Export=Rapitalismus zieht, wie wir wissen, seine Nahrung aus drei Haupt=quellen, aber alle drei können leicht einmal versiegen. Die sehr beträcht=

lichen Einnahmen, welche Deutschland aus dem Seetransport ausländischer Waren und Reisender bezieht, können sosort erheblich abnehmen, wenn die betreffenden stemben Staaten sich anschieden, ihre protektionistische Politik auch auf den Schiffsbau und den Schiffsberkehr auszudehnen. In den Vereinigten Staaten hat der neue Präsident das bereits als eine der nächsten Ausgaben der amerikanischen Politik bezeichnet. Was das für die deutsche Reederei bedeuten würde, werden die Hamburger und Bremer Kauseleute am besten zu beurteilen in der Lage sein.

Die Zinseneinnahmen weiter, welche deutschen Kapitalisten dafür zusstließen, daß sie fremden Staaten Geld geliehen haben, können durch Rückzahlung ober auch durch Bankrott eines schönen Tages aushören. Mit welcher "affenartigen" Geschwindigkeit ein kapitalarmes Land sich in ein kapitalreiches verwandeln und dadurch aus einem Schuldnerz ein Gläubigersstaat werden kann, das haben wir ja am Beispiel verschiedener Länder im letzten Jahrhundert schon erlebt. Namentlich Nordamerika macht auch in dieser Beziehung jetz Riesensortschritte.

Bei der dritten, nach und nach immer wichtiger werdenden Hauptquelle des Export-Kapitalismus endlich, den Einnahmen aus den im Auslande mit inländischem Kapital gegründeten Industrie- und Handelsunternehmungen, muß immer die Besürchtung bestehen, daß dem Kapital schließlich einmal auch die Menschen selbst solgen, wenn nicht in der ersten oder zweiten, so doch in der dritten oder vierten Generation, und damit dem Heimatlande die betreffenden Einnahmen definitiv verloren gehen. Je mehr sich die Zustände in den überseeischen Ländern konsolidieren und bessern, um so mehr muß man darauf gesaßt sein, daß dem dahin ausgewanderten Kapital auch die Menschen nachsolgen, denen es gehört.

Ich meine, die Sache liegt doch wefentlich anders. Bei dem uneingeschränkten Übergang zum Freihandel handelt es sich nicht lediglich barum, daß Deutschland so gesällig sein soll, einen sicheren Gewinn einzuheimsen, sondern einmal ist die Höhe des Gewinns, der eventuell gemacht werden kann, höchst unsicher, und dem unsicheren Gewinn stehen andererseits ganz sichere privat- und volkswirtschaftliche Berluste gegenüber.

Wenn sich nämlich bei der jezigen Lage der Dinge auf dem Weltmarkte Deutschland ohne jede Ginschränkung, d. h. ohne jede Zollbarriere, an die Weltwirtschaft anschließt, so bedeutet das zugleich den Eintritt in einen Abschnitt seiner wirtschaftlichen Entwicklung, der mit einer großen Krisis beginnt und einer ebensolchen endet. Im Anfang wird die Landwirtschaft schwer heimgesucht werden durch die allgemeine Bodenentwertung, die mit bem Zwang, die jegige intenfive Bewirtschaftung großenteils aufzugeben, notwendig verbunden fein wird, und die landwirtschaftliche Bevölkerung wird durch die Abwanderung der infolge der Ginschränkung des Getreidebaues überflüffig werdenden Arbeitsfrafte fich becimieren. Am Schluß ber Beriobe bagegen, wenn der Export = Industrieftaat feine hppertrophisch entwickelte Industrie wieder auf den normalen Umiang gurudbilden muß, wird eine ähnliche Not über die ftädtische gewerbliche Bevölkerung hereinbrechen. Mit dem Zurückströmen der arbeitslos gewordenen Industriearbeiter auf das platte Land wird der städtische Grundbesitz entwertet und die gesamte Bolkswirtschaft in ihrer ruhigen Weiterentwicklung aufs schwerste gestört werden.

Daß der Übergang Deutschlands zum Export-Industrialismus, d. h. daß die Austebung oder Herabsetzung oder auch nur die nicht genügende Ershöhung der bisherigen deutschen Agrarzölle gleichbedeutend sei mit der Preisgade eines wesentlichen Teils der deutschen Landwirtschaft, das wollen die Freihändler vielsach allerdings nicht gelten lassen. Sie haben hier das Argument bereit, die deutsche Landwirtschaft werde sich den neuen Verhält-nissen sehr einsach dadurch anpassen, daß ein allgemeiner Rückgang der Güterpreise eintreten werde. Sowie die Güterpreise entsprechend herabgesetz sein, werde die Landwirtschaft wieder rentabel und die gegenwärtige Agrarfriss überwunden sein. Es handle sich bei letzterer überhaupt nicht um eine Krisis des landwirtschaftlichen Gewerbes, sondern nur um eine solche des Grundbesitzes. Seien die jetzigen Besitzer, die ihre Güter zu teuer bezahlt hätten, durch andere ersetzt, so werde alles ausgeglichen sein.

Ift diese Auffassung nun aber richtig? Ihre theoretische Begründung hat sie in der Anschauung, daß es der Unterschied in der Höhe der Bodenspreise, und zwar lediglich dieser Umstand, sei, der die Landwirtschaft der Haupttonkurrenzländer befähige, daß Getreide so sehr viel billiger zu erzeugen, als es die deutsche Landwirtschaft herstellen könne. Gewiß ist esrichtig, daß in den wichtigsten überseeischen Getreideproduktionsgebieten

Schriften XCVIII. - Berhandlungen 1901.

und ebenso in Rugland die Arbeit teurer ist und ebenso der Kapitalzinsjuß höher steht als in Deutschland. Daraus jolgt aber noch nicht, daß es die Differeng ber Bobenpreife allein fein muffe, mas die geringeren Broduftionstoften des Getreidebaues in den Konkurrenglandern erklart. Wenn auch die Löhne und der Zinsfuß in Deutschland an fich niedriger find als in den Konkurrenzländern, so produziert die deutsche Landwirtschaft doch troppem teurer, weil sie durch die landwirtschaftliche sowohl als die all= gemein wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands ökonomisch gezwungen ist, mit einem größeren Arbeits= und Rapitalaufwand auf die gleiche Bodenfläche zu produzieren als der überseeische Getreidebau. Die moderne Agrarkrisis ist überhaupt nur zu verstehen, wenn man sie auffaßt als hervorgerusen durch das Aufeinanderprallen zweier ganz verschiedenen Entwicklungsstusen angehöriger landwirtschaftlicher Betriebs= fhiteme, eines noch außerst extensiven und eines ichon boch entwickelten intenfiven, das von der gegebenen Fläche überhaupt nur dann ein bestimmtes Minimum an Reinertrag erzielen kann, wenn es ihr einen relativ großen Rohertrag abgewinnt, was aber eben auf Land von mittlerer Fruchtbarkeit nach dem Gefetz des finkenden Bodenertrages nur mit relativ großem Arbeit&= und Rapitalaufwande geschehen tann.

Mag man nun das ausgezeichnete Buch von Professor Sering über die Konkurrenz des nordamerikanischen Getreidebaues oder die volkswirtsichaftlichen Studien über Rußland von Professor von Schulze-Gävernitz, oder endlich die Mitteilungen unseres landwirtschaftlichen Sachverständigen in Argentinien, Dr. Kaerger, über die südamerikanische Getreideproduktion einsehen, immer wird man sinden, daß der Landwirtschaftsbetrieb dieser drei Hauptkonkurrenzländer zu charakterisieren ist als Raubbau, bei dem der Boden nicht das wiedererhält, was ihm an Pflanzennährstossen genommen wird. Ein solches Wirtschaftsshstem, bei dem der Boden nur höchst oberssächlich bearbeitet und entweder gar nicht oder nur ganz ungenügend gedüngt wird, kann aber aus natürlichen Gründen nicht lange dauern, sondern muß notwendig früher oder später rationelleren Formen des Ackerdaubetriebes weichen, die zugleich auch ein Ansteigen der Produktionskosten im Gesolge haben werden.

Ich vermag hier auf die Ursachen der modernen Agrarkrisis nicht näher einzugehen und ziehe aus dem Gesagten nur den Schluß, daß es nicht allein und nicht einmal in erster Linie der Unterschied in der Höhe der Bodenpreise ist, was der überseeischen, russischen, rumänischen u. s. w. Landwirtschaft ihre Überlegenheit über die westeuropäische und deutsche versleiht. Dazu ist die Differenz in den Produktionskosken hüben und drüben

viel zu groß. Ich schließe baraus bann weiter, daß die Serabsetzung der Güterpreise die Notlage der westeuropäischen und speciell der deutschen Landswirtschaft nicht zu beseitigen vermag. Dieser wichtige Schluß wird durch die Entwicklung, welche die englische Landwirtschaft genommen hat, seitdem sie dem Ansturm der überseeischen Konkurrenz schutzlos preisgegeben ist, vollauf bestätigt.

In Großbritannien ist in dieser Periode allerdings zunächst eine Entwertung des landwirtschaftlichen Grund und Bodens vor sich gegangen. Aus den vergleichenden Berechnungen der Kommission, welche im Jahre 1893 zur Untersuchung des landwirtschaftlichen Notstandes in England eingesetzt wurde, ergab sich, daß der Kapitalwert des landwirtschaftlich benutzten Grund und Bodens von 1875—1894 um nicht weniger als rund 20 Milliarden Mark, d. h. um ca. 50 % seines früheren Wertes absgenommen hatte.

Damit war aber die Sache noch nicht abgethan. Und das zeigt eben, daß es sich bei der modernen Agrarkrisis nicht bloß um eine Krisis der Landwirte, sondern um eine solche der Landwirtschaft selbst handelt. Reben der Entwertung des Grund und Bodens hat in England auch der landwirtschaftliche Betrieb eine Abnahme seiner Intensität ersahren, indem sich der Getreidebau eine starke Einschränkung gesallen lassen mußte.

Der Rückgang, der in dieser Beziehung eingetreten ist, ist ganz gewaltig. Allein in den 20 Jahren von 1875—1895 hat das Ackerland von 18,1 auf 15,96 Millionen Acres abgenommen, das Weideland dagegen ist von 13,3 auf 16,6 Millionen Acres gewachsen. Der Rückgang des Ackerlandes hat besonders die Weizenanbausläche betroffen. 1866/70 betrug diese noch 3,8, 1900 nur noch 1,8 Millionen Acres.

Hand in Hand mit der Berschiebung der relativen Anteile von Ackerund Weideland an der landwirtschaftlichen Gesamtsläche hat in Großsbritannien eine starke Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung stattgesunden, die ihre Ursache darin hat, daß die extensive Weidewirtschaft weniger Arbeitskräfte als der intensive Feldbau braucht. Die Zahl der erwerbsthätigen Personen ist in der englischen Landwirtschaft von 1861 bis 1881 von rund 2 Millionen auf 1383 000 zurückgegangen. Bon 1881 bis 1891 hat dann die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter in Großbritannien wieder um über 120 000 abgenommen. In den letzten Jahrzehnten hat dann auch die Fleischproduktion in England keine Zunahme mehr ersahren. Die inländische Fleischproduktion ist nach den Untersuchungen der vorerwähnten Kommission von 1877 bis Mitte der 90er Jahre in England unversändert geblieben; dagegen hat sich die Fleischeinsuhr mehr als verdoppelt.

Ebenso ist die englische Butter in großem Umsange durch die ausländische verdrängt worden. Der Konsum fremder Butter in England hat sich von 1876—1895 pro Kops sast genau verdoppelt. Nichts daher verkehrter als die Behauptung, daß die englische Landwirtschaft sür den Verlust, den sie im Getreidebau erlitten habe, in der Pflege anderer Landwirtschaftszweige vollen Ersaß gesunden habe. Es hat vielmehr im Gesolge der Agrarkrissein Rückgang der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion stattgesunden.

Läßt man die deutsche Landwirtschaft ohne genügende Agrarzölle, so wird ihr zweisellos das Schickal der englischen Landwirtschaft nicht erspart bleiben. Zunächst würde wieder das der Behandlungsmethode des Dr. Eisenbart entstammende "Heilmittel" des Rückgangs der Güterpreise einsehen. In Deutschland würde dieses Heilmittel wohl noch viel schlimmere Wirtungen nach sich ziehen als in Großbritannien. Was sonst ein Vorzug der deutschen Landwirtschaft ist, das Vorherrschen des bäuerlichen Besitzes bei gleichzeitig noch stärkerem Überwiegen der Eigenbewirtschaftung des Vodens an Stelle des Pachtspstems, das würde ihr dann zum größten Nachteil gereichen. Eine allgemeine Entwertung des landwirtschaftlichen Bodens würde übrigens auch andere Kreise als die landwirtschaftlichen höchst empfindlich treffen wegen des durch die hypothekarische Verschuldung des Grundbesitzes vermittelten Zusammenhangs zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung.

Mit dem Rückgang der Bodenpreise allein würde es aber in Deutschland so wenig gethan sein wie in England. Im Anschluß daran würde weiter ebenso wie in England eine Abnahme des Getreidebaues eintreten. Ich sürchte, daß der Rückgang des Getreidebaues in Deutschland sogar viel größere Dimensionen annehmen würde als jenseits des Kanals, wegen der geringen natürlichen Fruchtbarkeit, um nicht zu sagen Armut, welche der Boden in großen Gebieten Deutschlands besitzt.

Dazu kommt, daß das Auskunstsmittel, dessen sich die englische und ebenso auch die holländische, belgische und dänische Landwirtschaft in der gleichen Lage in großem Umfange bedienen konnte, nämlich der Übergang zur Weidewirtschaft und zur Viehzucht, in Deutschland schon aus natürzlichen Gründen niemals in dem Maße wie in England angewendet werden kann. "Deutschland kann," wie Prosessor v. Kümker im Anschluß an die Untersuchungen von Julius Kühn aussührt, "aus rein physischen Gründen England niemals den Übergang vom Ackerbau zum intensivsten Viehzuchtsbetriebe nachmachen, denn es sehlt in dem kontinentalen Klima des überwiegend größten Teils unseres Vaterlands die Graswüchsigkeit des Bodens und die gleichmäßige Feuchtigkeit der Atmosphäre, welche die Grund-

bedingungen für gute Weiden und damit für eine besonders ausgedehnte und hervorragend leistungsfähige Viehzucht sind." Außerdem liegt in Deutschland auch gar kein Bedürsnis zu einer besonders starken weiteren Ausdehnung der Viehzucht vor, da die deutsche Landwirtschaft schon bei dem jezigen Viehstande nach der Berechnung von Lichtenselt in der Lage ist, ungesähr 95 % des einheimischen Fleischbedars zu decken.

Da auch der Andau von Handelsgewächsen, der 1893 in Deutschland nicht einmal ganz 1% oder gesamten Acker= und Gartensläche beanspruchte, niemals ausreichenden Ersah sür den Rückgang des Getreidebaues dieten kann, wenn man nicht mit ganz unmöglichen Zahlen in Bezug auf die Steigerung der Nachsrage nach Produkten des Handen in Bezug auf die Steigerung der Nachsrage nach Produkten des Handelsgewächsbaues rechnet, so wird in dem angenommenen Falle gar nichts anderes übrig bleiben, als große Teile des jeht mit Getreide bestellten Areals wieder in Wald zu verwandeln. Damit würde aber naturgemäß eine noch viel stärkere Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung und eine bedeutendere Entvölkerung des platten Landes verbunden sein, als sie England hat durchmachen müssen. Denn wenn schon die Weidewirtschaft erheblich weniger menschliche Arbeitskräfte ersordert als der intensive Ackerbau, so benötigt die Forstwirtschaft noch um ein Bielsaches weniger an Arbeit auf die gleiche Bodensläche als die Weidewirtschaft.

Bu diesen aus der Agrarkrisis erwachsenden privat= und volkswirtschaft= lichen Berluften gefellen fich dann in späterer Zeit die Erschütterungen des deutschen Wirtschaftskörpers, Die mit der Rudbildung der übermäßig ents wickelten Industrie zusammenhängen. Sobald die Stunde des Export= Industriesustems schlägt, find die Gebäude, in denen, und die Maschinen, mit denen bisher Industrieprodutte bergeftellt wurden, um damit im Auslande Rohftoffe und Nahrungsmittel zu taufen, fo gut wie wertlos, und niemand wird fie fausen wollen. Gin Teil der industriellen Broduktion findet dann keine Abnehmer mehr, weder im Inlande noch im Auslande, und es wird dann teine andere Wahl geben, als den Weg, den man eben nach vorwärts durchmeffen hat, nun wieder rudwärts zu machen, d. h. die Bevölkerung, die man vor kurzem der Landwirtschaft entfremdet und in die Industrie getrieben hat, zu einem großen Teil wieder aus der industriellen Beschäftigung zurückzuziehen und erneut in der Landwirtschaft unterzubringen. Das ift die zweite große Rrifis, welche der uneingeschränkte Übergang zum Freihandel über das deutsche Wirtschaftsleben herauf= beschwört. Ihre üblen Wirkungen find babei im Grunde biefelben, mogen fie nun in der Gestalt einer plötlichen hestigen Katastrophe oder, was mir das Wahrscheinlichere scheint, in der einer langfam verlaufenden, schleichen=

ben Krankheit auftreten. Diese zweite Krisis wird ebenso überwiegend die industrielle Bevölkerung der Städte treffen, wie die erste vorzugsweise die landwirtschaftliche Bevölkerung des platten Landes trifft. Wie die erste eine Entvölkerung des platten Landes und eine Entwertung des landwirtschaftlich benutzen Grund und Bodens bewirkt, so hat die zweite umgekehrt eine Abnahme der städtischen Bevölkerung und eine Entwertung des städtischen Grundbesitzes zur Folge.

Ich will diesen zweiten "Anpaffungsprozeß" der deutschen Volkswirtschaft an die Konjunkturen des Weltmarktes nicht weiter im einzelnen aus= Anpaffungsprozeß ift übrigens ein milber Rame für eine fehr harte Sache. Ich giebe aus bem Gefagten nur ben Schluß, daß die Ge= winne aus dem Betrieb der Erport-Industrien, die an Stelle des ruinierten Teils der Landwirtschaft treten, ichon febr, febr groß fein muffen, wenn dadurch ein Ausgleich für die schweren Erschütterungen geschaffen werden foll, denen die deutsche Volkswirtschaft burch den Übergang jum Freihandel ausgesett wurde. Wollte man im gegenwärtigen Moment oder in den nächsten Jahren den Übergang zum Freihandel vollziehen, fo wurde das Experiment, die in der Landwirtschaft überfluffig werdende Bevölkerung in der Export-Industrie unterzubringen, wohl überhaupt fehlschlagen. Best oder in nächfter Zeit zum Freihandel übergeben. hieße nur einmal die ichon vorhandene industrielle Rrifis noch verschärfen, indem der Induftrie ein großer Teil des Absabes im Inlande, auf den fie fonft ficher rechnen kann, entzogen wird, und weiter zu der induftriellen die schon erwähnte landwirtschaftliche Rrifis hinzufügen. Der Übergang jum Freihandel mare daher das Thörichteste, mas Deutschland gerade unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Berhältniffen thun könnte.

Wird der Zeitpunkt für die Anderung der Handelspolitik beffer gewählt, so mag es schon eher gelingen, die aus der Landwirtschaft verdrängte Bevölkerung in der Industrie unterzubringen, obwohl eine absolute Sichersheit dafür auch nicht besteht. Ob das aber notwendig wachsende Überschüsse für die deutsche Volkswirtschaft im ganzen bedeutet, das will mir sehr sraglich erscheinen. Wir müssen da unterscheiden zwischen der Lage der Arbeiter und dem Gewinn der Unternehmer. Ob die Arbeiter bei diesem Tausch sich verbessern, das wird in erster Linie davon abhängen, welche Zweige der deutschen Export-Industrie sich ausdehnen. Richtet sich die Nachstrage des Auslandes vorwiegend auf solche Aussuhrgegenstände, wie sertige Kleider, Spielwaren, Porzellanwaren u. s. w., in denen Deutschsland seine überlegene Stellung auf dem Weltmarkte in der Hauptsache den geringen Lohnansprüchen seiner Arbeiter verdankt, so kann keine Rede davon

sein, daß die durchschnittliche wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung durch den Übergang von der Landwirtschaft zur Industrie wirklich gebessert wird; vielmehr besteht sogar die Gesahr, daß manche Gruppen sich bei einem solchen Wechsel in ihrer Ernährung verschlechtern. Ich möchte da einen Sat umkehren, der vorhin von Herrn Prosessor Lot ausgesprochen wurde. Ich möchte sagen, ich bin meinerseits nicht Optimist genug, um in der Verwandlung eines ostpreußischen Instmannes in einen Heimarbeiter der großstädtischen Kleiderkonsektion oder der thüringischen Spielwarensindustrie einen socialpolitischen Fortschritt zu erblicken.

Auch den Gewinn, den die Unternehmer der neu entstehenden, jum großen Teil für den Export arbeitenden Betriebe erzielen werden, darf man nicht überschätzen. Große Gewinne werden ja, wie uns die Fabritanten immer wieder versichern, im Erportgeschäft überhaupt nicht gemacht, und man darf ihnen diefe Verficherung wohl glauben. Denn fie findet ihre Beftätigung einmal darin, daß dem Auslande oft befonders niedrige Preise bewilligt werden muffen, obwohl die Fabrikanten doch auch nach dem Auglande lieber zu höheren Breifen verkaufen würden, wenn es nur ginge, sodann aber auch in dem schon früher erwähnten Umftande, daß ber erportkapitalistische Teil Deutschlands so schnell sich vergrößert, wozu befonders die Anlage deutschen Rapitals in ausländischen Unternehmungen beiträgt. Wenn aber das Rapital trog der großen Überwindung, die es das= felbe nach der Lehre Ricardos kostet auszuwandern, es vorzieht, im Auslande Anlage zu suchen anftatt in der heimischen Exportindustrie, fo läßt das darauf ichließen, daß eben durch die Begrundung von Unternehmungen im Austande mehr zu verdienen ift als durch die Erweiterung der inländischen Fabrikation für das Ausfuhrgeschäft.

Ich saffe das zulet Gesagte dahin zusammen: Die Aussichten, daß sich bei bedingungslosem Anschluß an die Weltwirtschaft für die deutsche Bolkswirtschaft im ganzen große Gewinne ergeben, sind durchaus nicht sicher. Jedenfalls ist es fraglich, ob diese Gewinne einen vollkommenen Ersat für die ungeheuren Umwälzungen zu bieten im stande sind, welche die deutsche Bolkswirtschaft im Falle der Annahme des Freihandels über sich ergehen lassen muß. In Übereinstimmung mit Prosessor Dietzel bin ich in dieser Hinsicht der Meinung, daß es zu der obersten Ausgabe der staatlichen Wirtschaftspolitit gehört, dafür zu sorgen, "daß das wirtschaftliche Leben des Bolkes so stetig als möglich verlause". Dieses Ziel scheint mir sogar so hoch zu stehen, daß man, um eine Entwicklung zu verhüten, die von einer Wirtschaftskriss zur andern sührt, auch einmal eine vorüberzgehende Einschränkung der Lebenshaltung in Kaus nehmen muß. Der Ansechen

spruch des Konsumenten auf billiges Brot, so wichtig und berechtigt er an sich ist, ist doch keine absolut und unter allen Umständen zu berücksichtigende Forderung. Wenn die gesunde Weiterentwicklung des ganzen Wirtschaftsorganismus auf dem Spiele steht, dann muß dieser Anspruch zurücktreten vor den dauernden Interessen der Nation, die andere sind als die Interessen der zeitweiligen Konsumenten. Hiernach scheint es mir unstatthaft, Deutschland, wenn es im hindlick auf die ungünstigen Zukunstsaussichten des Export-Industriesssssschend, in die Fußstapsen Englands zu treten, mit einem Manne zu vergleichen, der aus Furcht vor dem Tode zum Selbstmörder wird. Ich meine vielmehr, Deutschland handelt, wenn es in seiner jezigen Lage an der bisherigen Politik eines gemäßigten Schupsystems
serechtigte Stellung, wenn sie auch nur 3000 Mk. jährlich bringt, nicht deshalb aufgiebt, weil er irgendwo einmal ein Jahr lang 3600 Mk. vers
dienen kann.

Meine Herren! Geftatten Sie mir nun zum Schluß noch einige Worte über die beiden Mittel, welche anzuwenden sind, wenn die deutsche Handelspolitik die ihr vorhin gesteckten Ziele: Erhaltung der inländischen Landwirtschaft in ihrem jezigen Besitzstande und Bekämpsung der parassitischen Exportindustrien — Sie wissen, was dieser Ausdruck des Chepaars Webb besagt — erreichen will. Diese beiden Mittel heißen: Agrarzölle von genügender Höhe und Fortsührung der Socialresorm.

Bunachft einige Bemerkungen darüber, weshalb ich es für notwendig halte, die Getreidezölle etwas über die jett geltenden Sätze zu erhöhen. Ich begrunde dies damit, daß mir das Migverhaltnis zwischen den Getreide= preisen, wie wir fie feit der Ermäßigung der Bollfäge gehabt haben wobei der eingetretene Preisruckgang natürlich aber nicht allein auf Rech= nung der Sandelsvertrage geschrieben werden darf -, und den Produktions= toften des deutschen Getreidebaues zu groß erscheint, um hoffen zu konnen, daß auch bei dauernd so niedrigen Breisen eine Ginschränkung des Getreidebaues in Deutschland vermieden werden wurde. Gewiß giebt es Landwirtschafts= betriebe, die auch bei Weizenpreifen von 155 Mt. und Roggenpreifen von 131 Mf. für die Tonne — das war die durchschnittliche Bohe der Getreide= preise in Preußen während der Erntejahre 1892/93 bis 1899/1900 — noch bestehen und fogar eine Rente abwerfen konnen, allein bag ber gange deutsche Getreidebau bei dauernd so niedrigen Preisen unversehrt bleiben fonnte, diese Hoffnung erscheint mir mehr als kuhn. Darauf aber kommt es hier an. Deshalb haben Berechnungen über die Sohe der Produktionstoften des Getreides auf einzelnen Gütern, fo intereffant derartige Mitteilungen an sich sind, sür die Zwecke unserer Betrachtungen keinen großen Wert. Man kommt dabei nur immer wieder zu dem Ergebnis, daß es wegen der in der deutschen Landwirtschaft herrschenden engen Verbindung des Getreidebaues mit anderen Zweigen der landwirtschaftlichen Erzeugung ungemein schwierig, wenn nicht unmöglich ist, die gerade auf den Getreidebau entsallenden Produktionskosten exakt zu berechnen, und daß, soweit eine solche Berechnung gelingt, die Produktionskosten in den einzelnen Gegenden und ebenso wieder innerhalb derselben Gegend in den einzelnen Betrieben je nach Lage, Bodenbeschaffenheit u.s. w. jedes Gutes höchst verschieden sind.

Statt von den durchschnittlichen Produktionskoften einer größeren Angahl von Gutern auszugehen, wobei man doch immer nur zu einem mehr oder minder willfürlichen Refultat kommt, thut man beffer, die Getreide= preise für längere Perioden zur Grundlage der Berechnung zu nehmen. In ben Getreidepreisen, wie fie fich in einem Lande in langeren Zeitraumen durchschnittlich gestellt haben, hat man meines Erachtens einen ziemlich zu= verläffigen Unhaltspunkt zur Schätzung der durchschnittlichen Produktions= toften des Getreidebaues oder, genauer gesprochen, jur Beurteilung der Sobe der Getreidepreise, die nötig ift, um den einmal erreichten Umfang des Getreidebaues zu erhalten. Wenn man das nicht gelten laffen will, dann muß man entweder annehmen, daß lange Berioden hindurch in der Landwirtschaft gang allgemein eine ungerechtfertigt bobe Spannung zwischen Betreibepreisen und Produktionskoften bestanden, daß die gesamte Landwirt= schaft den benkbar ungeheuerlichsten Brotwucher getrieben habe, oder man muß nachweisen, daß in der Zwischenzeit wichtige Bestandteile der Produktionskosten bes Landwirts billiger geworden find und dadurch auch die gefamten Produttionstoften eine Ermäßigung erfahren haben. Diefer Rachweis ist bisher aber für die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft in den letten Jahrzehnten nicht erbracht worden. Wenn auch die Breife der Düngemittel erheblich gefallen find, fo find bafür die Ausgaben für andere 3mecke und gang besonders die Arbeitslöhne noch viel mehr geftiegen. Die fieben Güter, für welche Projeffor Conrad die Entwicklung der Produktions= tosten pro 100 hektar in den Bereinsschriften mitteilt, zeigen fast sämtlich ein beträchtliches Anwachsen der Produktionskosten, wenn man die Jahre 1880/94 der Periode 1850/80 gegenüberstellt.

Ich halte es hiernach für methodisch richtig, wenn Dr. Dabe bei seiner Untersuchung über die erforderliche Höhe des Weizen- und Roggenzolls von den Durchschnitts-Getreidepreisen einer längeren Periode ausgeht. Auch der 40 jährige Zeitraum 1860/99, den Dade dafür gewählt hat, erscheint mir richtig. Der Roggenpreis von 150 Mt., der sich dann ergiebt, dürfte den Sat bezeichnen, unter den nicht wesentlich heruntergegangen werden dars, wenn der Roggenbau keine Einschränkung ersahren soll; der Weizenpreis von 195 Mk. dagegen, der den Durchschnitt der 40 jährigen Periode 1860/99 darstellt, kann meines Erachtens sehr wohl eine Herabsehung bis auf 180—185 Mk. vertragen, ohne daß eine Ubsnahme des Weizenbaues zu befürchten steht.

Geht man von der eben angegebenen Grundlage aus und berückfichtigt weiter, daß in der Periode 1892/93 bis 1899/1900 der Preis für die Tonne unverzollten Weizen 120 Mt. und für die Tonne unverzollten Roggen 96 Mt. betrug, so kommt man zu der Forderung, daß Getreibezölle von 5—6 Mt. erforderlich sind, wenn eine Abnahme des Getreidebaues in Deutschland vermieden werden soll.

Man wird hiernach nicht fagen können, daß die Zollfätze für Brotgetreide zu hoch gegriffen find, welche in dem Entwurf eines neuen Zolltarifgesetzes als Minimalfätze auftreten, unter die nicht heruntergegangen werden darf. Gegenüber den Angriffen, welche diefer Entwurf gerade wegen der vorgeschlagenen Erhöhung der Getreidezölle schon ersahren hat und wohl auch hier noch ersahren wird, möchte ich nicht unterlassen, recht laut und deutslich zu erklären, daß ich den Weg, den die Regierung in der Handelspolitike einzuschlagen gewillt scheint, durchaus sür den sür Deutschland im gegenswärtigen Zeitpunkt richtigen halte.

Gegen die Erhöhung der Getreidezölle hat man nun eine Reihe von Einwänden von scheinbar so großer Beweiskraft erhoben, daß ich sie eigentlich hier nicht ganz mit Stillschweigen übergehen dars. Mit Rücksicht auf die stark vorgerückte Zeit will ich aber doch darauf verzichten, schon jest zu den betreffenden Einwänden Stellung zu nehmen. Ich behalte mir aber vor, dies im Schlußwort nachzuholen.

Ich möchte, ehe ich das Thema der Getreidezölle verlasse, nur ganz kurz noch die allgemeine Ausgabe kennzeichnen, welche die Getreidezölle in der Situation, in der sich das deutsche Wirtschaftsleben jetzt befindet, zu ersüllen haben. Die deutschen Getreidezölle der Gegenwart sind zwar nicht direkt Erziehungszölle, wie die der Industrie früher gewährten Schutzölle, aber sie sind ein genaues Analogon zu den industriellen Erziehungszöllen. Direkt als Erziehungszölle kann man die Agrarzölle in Deutschland, Frankreich, Italien u. s. w. höchstens insosern bezeichnen, als durch sie nicht die inländische, sondern die überseeische, russischen, als durch sie nicht die inländische, sondern die überseeische, russischen u. s. w. Landwirtschaft zu etwas erzogen werden son. Und zwar soll die Landwirtschaft der letztgenannten Länder zu der gleichen durchschnittlichen Stuse der Betriebsintensität erzogen werden, die heute schon in der westeuropäischen Landwirtschaft herrscht.

Das aber ift ja in allen diefen Ländern auch nur eine Frage ber Zeit, wann die Landwirte durch die Bodenerschöpfung und die Bunahme der Bevölferung gezwungen sein werden, ebenso intensiv zu wirtschaften wie ihre Kollegen in Best=Europa. Sobald diefer Zustand erreicht ift, mas freilich noch einige Jahrzehnte bauern kann, können die Agrarzölle wieder fallen, und fie konnen ichon in bem Mage herabgesett werden, wie die überseeische Landwirtschaft fich dem vorhin charakterisierten Zustand nähert. Auch nach der Auffaffung, die ich vertrete, follen die Getreidezölle also nur eine vorübergehende Ginrichtung fein. Allein fie follen auch nicht eber wieder beseitigt werden, als bis die Ursachen aufgehört haben zu wirken, welche die zwingende Beranlaffung ihrer Ginführung waren. Wie lange es nötig fein wird, an ben Getreibegollen festzuhalten, das bermag natürlich heute noch niemand zu fagen. Ich mochte hier auch an das Wort von Friedrich Lift erinnern, durch das er davor warnt, die Dauer der induftriellen Erziehungsschutzolle nach der Lange bes Beitraums zu bemeffen, ben ein Schuhmachermeister jur Ausbildung eines Lehrlings braucht. Bas aber den induftriellen Erziehungszöllen recht mar, das ift den landwirt= schaftlichen Erhaltungezöllen billig, und zwar gilt dabei für die fonstigen Agrargolle das gleiche wie für die bisher allein ins Auge gefaßten Betreidezölle. Ich bin zwar kein Anhänger des von den Agrariern verlangten "lückenlosen Zolltariss", aber ich erkenne an, daß Agrarzölle nicht bloß für den Getreidebau, sondern für alle diejenigen Zweige der Landwirtschaft erforderlich find, bei denen ebenfo wie im Getreidebau eine ruinofe ausländische Konkurrenz sich geltend macht, zugleich aber zu erwarten fteht, daß diefe Konkurreng über turg oder lang ihre Gefahr wieder verlieren und die einheimische Landwirtschaft dann wieder mit ber auswärtigen konkurreng= fähig sein wird. Wo dagegen die lettere Voraussetzung nicht zutrifft, wo vielmehr anzunehmen ist, daß das Ausland dauernd in einem Produktions= zweig seine Überlegenheit behalten wird, da halte ich es für zwecklos, auch diefem Produktionszweig Bollichut zu gewähren. Auf folche Betriebszweige, wie 3. B. auf die Schafwollproduktion, muß die einheimische Landwirtschaft verzichten lernen. Denn hier liegt die Sache fo, daß die Schaf- und Biegenhaltung für weite Gebiete Auftraliens, Sudafrikas u. f. w. wegen ber klimatischen Verhältnisse der betreffenden Gegenden die einzige Form der Bodennugung bleiben wird. Für den Getreidebau find diefe Gebiete im allgemeinen verloren; dagegen eignen fie fich fehr gut dazu, für die ganze Welt dort die notige Wolle ju gewinnen. Dag fie in diefer Weife genutt werden, liegt burchaus auch im Interesse der beutschen Landwirtschaft, die dadurch die Möglichkeit erhält, ihren Boden intensiver zu bewirtschaften,

als wenn sie einen großen Teil besselben für die extensive Schafzucht verwenden müßte, um den Wollbedarf Deutschlands im Inlande zu decken. Also nicht alle Agrarprodukte dürsen Zollschutz erhalten, sondern nur einsmal die wirklich schutzbedürstigen, und auch von diesen wieder nur die, deren Bestand nur vorübergehend durch die auswärtige Konkurrenz bedroht ersicheint. Diesen muß man aber auch sämtlich je nach dem Maße ihrer Gesährdung Zollschutz gewähren. Wollte man nur den Getreidebau schützen, so würde man das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft stören und ihr eine ungesund-einseitige Richtung auf die Getreideproduktion geben, was auch den Interessen der Getreideproduzenten selbst gar nicht entsprechen würde.

Meine Herren! Ich wende mich nun zu dem zweiten Ziele, das ich vorhin für die deutsche Sandels= und Wirtschaftspolitik aufgestellt habe, Bekampfung parafitischer Exportindustrien durch Fortjuhrung ber Socialreform. In Bezug auf diefen Puntt kann ich mich fehr kurg faffen. Ich brauche hier im Berein für Socialpolitik nicht alle die Bunkte einzeln zu bezeichnen, in denen unsere Arbeiterschutgesetzgebung noch lückenhaft ift und des Ausbaues bedarf. Nur einen Bunkt möchte ich herausgreifen. Das Problem der Bekampfung parafitischer Exportindustrien ift zu einem großen Teil identisch mit der Frage der gesetzlichen Regelung der Haus= induftrie. Denn unfere Hausinduftrien, und zwar sowohl die, die sich in ben großen Städten niedergelaffen haben, als auch die, die in den Thälern und auf den Sohen der deutschen Mittelgebirge hausen, arbeiten zu einem großen Teil für den Export. Sie find es, die dem Deutschen Reich zu einem erheblichen Teil die Mittel zur Bezahlung feiner Mehreinfuhr an Rohstoffen liesern. Daß die Arbeitsbedingungen in ihnen aber vielsach unter dem sonstigen deutschen Durchschnitt stehen, ist ja bekannt genug. Wenn auch das Elend nicht überall so traß ist wie in der Konfektions= induftrie, so find doch auch in manchen anderen hausinduftriell betriebenen Gewerbszweigen die Löhne fo, daß fie gerade nur ausreichen, um Leib und Seele zusammenzuhalten, und die Arbeitszeit ift fast fo lang, als der liebe Bott dem Tag Stunden gegeben hat. Dazu kommt als weitere hägliche Seite die von den Eltern felbst unter dem Zwange der Rot betriebene Ausbeutung der Rinderarbeit.

Daß aber gerade diese socialpolitisch verrusenen Gewerbszweige mit zu unseren blühendsten Exportindustrien gehören, das scheint mir kein Zussall zu sein. Gin Export-Industriestaat gleicht nach dem treffenden Wort eines englischen Nationalökonomen einem Laden, in dem ein Fremder sicher sür eine bestimmte Summe Waren kaufen wird. Wie er aber seine Käufe

unter die verschiedenen im Laden ausgestellten Warengattungen verteilen wird, das hängt davon ab, welche von ihnen ihm den größten Vorteil gegenüber den in seiner Heimat hergestellten Waren zu bieten scheinen. Dieser Vorteil kann bestehen in der größeren technischen Leistungssähigkeit der Arbeit, die bei der Ansertigung der Waren thätig gewesen ist, in der besseren Qualität oder den geringeren Gestehungskosten der Rohstosse u. s. w.; er kann aber leider auch bestehen in den geringeren Ansprüchen der Arbeiter an die Arbeitsbedingungen. Dieses Moment hat dazu geführt, daß gerade einige der Industrien, auf die wir socialpolitisch nicht sehr stolz sein können, mit zu unseren wichtigsten Exportindustrien gehören.

Wie können nun diese Hausindustrien hinsichtlich ihrer Arbeits= bedingungen auf das durchschnittliche Niveau der sabritmäßigen Groß= induftrie gehoben werden? Ich meine, wenn diefes Ziel erreicht werden foll, dann muß die Arbeiterschutgesetzung junachst mit dem Grundsat brechen, daß die Höhe des Lohnes für sie ein Noli me tangere ift. möchte geradezu behaupten: Lohnregulierung ist die specifische Form des Arbeiterschutzes in der Hausindustrie. Auf dem Wege der Festsetzung einer Maximalarbeitszeit dagegen wird man den Mikständen, die in der Hausindustrie bestehen, niemals wirksam beikommen. Das hatten schon die schweizerischen Gesetzeber des 17. und 18. Jahrhunderts erkannt. Mittelbunkt ber in jener Zeit in Zurich und Bafel jum Schute ber Beimarbeiter getroffenen Magnahmen bildete die Feftsehung von Minimallöhnen, unter benen tein Verleger Beimarbeiter beschäftigen durfte. Staatliche Fest= setzung von Minimallohnen scheint mir auch heute noch das einzige Mittel ju fein, das hier helfen tann. Denn die Beimarbeiter find unfähig, fich an ihrem eigenen Schopfe aus dem Sumpfe zu ziehen, in dem fie jest fteden. Bei der Forderung von Minimallohnen für die Beimarbeiter befinde ich mich übrigens in Übereinstimmung mit einem der Referenten, die por zwei Jahren in Breslau die Frage der gesetzlichen Regelung der Haus= industrie zu behandeln hatten. Und die Voraussetung für die Anwendung dieses Mittels ist dadurch gegeben, daß in der hausindustrie ausnahmslos das Studlohnsnstem herrscht. Über die Art und Weise, wie ich mir die Durchführung der Lohnregulierung in der Hausinduftrie denke, kann ich mich hier natürlich nicht weiter auslaffen.

Ich habe vielmehr nur noch die Frage zu berühren: Werden die Hausindustrien einen solchen gesetzgeberischen Eingriff aushalten können, ohne in ihrer Existenz gesährdet zu werden? Auf diesen Einwand möchte ich mit der Frage antworten, die mein verehrter Lehrer, herr Prosessor v. Philippovich, vor zwei Jahren als Reserent in Breslau stellte: "Hat eine Industrie, welche äußerlich Waren, thatsächlich aber vermöge der Bedingungen, unter denen sie Waren herstellen ließ, Arbeitskraft, Gesundheit, Stärke, Volkstraft exportiert, Anspruch auf Schonung?" Ich meine, diese Industrien bieten oft den Schein für die Wirklichkeit, d. h. sie bedeuten keinen wirklichen Zuwachs an Macht und Volkskraft für ein Land. Darum gilt auch für sie: besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Durch entsprechende Maßregeln zur Hebung des inneren Marktes wird es auch stets möglich sein, die betressende Bevölkerung mit der Herstung von Produkten für das Inland zu beschäftigen, salls es nicht gelingt, sie in Exportinduskrien unterzubringen, die ihren Absat nicht bloß der Ersbärmlichkeit ihrer Arbeitsbedingungen schulden.

Meine Herren! Ich bin am Ende. Mit meinen Betrachtungen bin ich, fo scheint es, schließlich bei einem gang anderen Endpunkte angelangt als dem, zu dem fie zuerst hinzuführen schienen. Bon der Sandelspolitit bin ich auf die Socialpolitik gekommen. Allein ich meine, ich habe mich da= mit von meinem eigentlichen Thema gar nicht entfernt. Zwischen der Forderung nach landwirtschaftlichen Erhaltungszöllen und der nach Fortführung der Socialgesetzgebung besteht ein notwendiger innerer Zusammen= hang. Man hat diesen Zusammenhang geleugnet, man hat fogar gesagt: Kornzoll und Socialreform paffen zu einander wie die Fauft aufs Auge, oder mit einer frangöfischen Wendung, diese beiden Worte würden, wenn sie sprechen könnten, darüber schreien, daß sie sich zusammenfinden. mochte im schäriften Gegensage hierzu die Grundauffassung, von der mein ganzes Referat getragen mar, noch einmal zusammensaffen in den Worten, und mit dem Ausdruck dieser Aberzeugung laffen Sie mich schließen: So paradox es zunächst auch tlingt, so bedingen sich Socialreform und Getreidezölle bei der gegenwärtigen Gestaltung der Berhältnisse auf dem Weltmarkte doch gegenseitig. Socialreform und Getreidezölle find die beiden Endalieder einer zusammenhängenden Rette von Magregeln, fie find die Früchte eines und besselben Baumes, allerdings eines Baumes, der nicht auf dem Boden des Manchestertums gewachsen ift.

Vorsitzender: Ich glaube im Namen aller Anwesenden zu sprechen, wenn ich den Herren Reserenten den Dank aller Anwesenden ausspreche. Ich eröffne nun die Diskuffion.

Dr. Schmoller: Ich möchte über das Wahlergebnis berichten. Es find 105 Stimmzettel abgegeben worden. Die meisten Stimmen haben

erhalten die Herren Abickes, Albrecht, Bücher, Frhr. v. Berlepsch, Delbrück, Kalle, Knapp, Ludwig-Wolf, Neumann; sie sind also gewählt. Ich bitte die Herren, die heute davon hier sind, nach Schluß der Sitzung zusammenzutreten, damit wir die Kooptation vornehmen können. Auch die Herren, die aus unseren srüheren Wahlen noch im Ausschuß sind, bitte ich dabei mitzuwirken.

Dr. v. Berlepsch (zur Geschäftsordnung): Ich habe die Erlaubnis bekommen, über einen Gegenstand kurz zu berichten, der nicht mit unserer Tagung zusammenhängt. Es findet am Donnerstag die Konstituierung der internationalen Bereinigung sür Arbeiterschuß in Basel statt. Man hat dort den dringenden Wunsch, daß alle Mitglieder der internationalen Bereinigung sich in Basel einsinden mögen. Sollte eines oder das andere der hier vorhandenen Mitglieder die Neigung haben, nach Basel zu gehen, so bin ich in der Lage, ihm eine Einladung auszuhändigen. Ferner bitte ich diese Herren, heute Nachmittag nach Schluß der Diskussion sich hier zusammenzusinden, um eine Besprechung über unsere Haltung in Basel zu haben. Sollte das aber nicht möglich werden, so würde ich bitten, sich in Basel zusammenzusinden, im Zunsthause zum Schlüssel, am Donnerstageabend, Schlag 8 Uhr.

Professor Dr. Grunzel (Wien): Meine Herren! Zunächst muß ich um Entschuldigung bitten für die aphoristische Form meiner Bemerkungen, denn die den Rednern zugemessene Redezeit von 20 Minuten ermöglicht es mir natürlich nicht, auf alles zu reagieren, was uns in den siebenstündigen Reseraten vorgeführt worden ist.

So ausgezeichnet viele der Aussührungen in den Berichten waren, so haben mir die letzteren doch den Eindruck gemacht, als ob sie gar zu sehr unter dem Einfluß jener erregten und leidenschaftlichen Debatten gestanden wären, die sich in der deutschen Tages= und Fachpresse an die Publikation des deutschen Zolltarisentwurfs geknüpst haben. Nachdem ich aber aus einem Lande komme, in welchem die "Leidenschaftslosigkeit" Regierungs= princip geworden ist (Heiterkeit), so werden Sie mir wohl verzeihen, wenn ich mir über dieses letzte handelspolitische Ereignis eine kühlere Aussaffung aneigne.

Wenn ich zunächst vom specifisch österreichischen Standpunkte meine Meinung abgebe, so muß ich wohl sagen, daß uns die Höhe einiger deutschen Zollvorschläge, namentlich die der Agrarzölle, überrascht hat. Man wird sich nun vielleicht in Deutschland gewundert haben, warum anläßlich

ber Publikation des Tarifentwurfs nicht eine größere Erregung bei uns platzgegriffen hat. Was Sie vielleicht bemerkt haben, war nur ein leises Rauschen in dem Blätterwald der Presse, tieser ist die Bewegung nicht gegangen. (Sehr gut!) Wer sich darüber wundert, vergist, daß sich die wirtschaftliche Konfiguration Österreich-Ungarns seit den letzen Handels-verträgen sehr geändert hat. Vor zehn Jahren hatten wir noch mit einem sehr großen Export von agrarischen Produkten zu rechnen. Die Zeit ist aber vorüber. Die ungarische Landwirtschaft sindet jetzt ihren Hauptmarkt in Österreich, in schlechten Jahren müssen wir sogar Getreide importieren.

Der Borteil, ben uns seinerzeit Deutschland durch Ermäßigung der Getreidezölle gegeben hat, ist rasch verslogen und ich behaupte nicht zu viel, wenn ich sage, daß das Interesse Deutschlands an dem Zustandesommen eines Bertrages mit Österreich um nichts geringer ist, als das Interesse Österreichs, sich mit Deutschland zu vertragen. Es kommt dabei bekannt-lich nicht auf den Gesamtwert, sondern auf die Zusammensehung der Ausstuhr an. Wenn Herr Prosessor Lotz gesagt, daß der deutsche Zolltarisentwurf unsere handelspolitische Situation gegenüber Ungarn gestärkt hat, so gebe ich das zu. Ich süge nur bei, daß unsere handelspolitische Situation auch gegenüber Deutschland eine viel stärkere ist als vor zehn Jahren, allerdings nicht erst insolge des deutschen Tariseentwurfs, sondern insolge der inneren wirtschaftlichen Beränderungen.

Wenn ich nun von diesem österreichischen Standpunkt abstrahiere und den deutschen Zolltarisentwurf als ein Ganzes betrachte, wenn ich bedenke, daß er nicht ein vollendetes Werk ist und daß er auch nach seiner definitiven Feststellung nur ein Gerippe ist, daß erst durch die Handelsverträge Fleisch und Blut bekommt, so muß ich sagen, daß dieser Entwurf nur die richtige Konsequenz gezogen hat auß der gegen=wärtigen handelspolitischen Situation. (Sehr richtig!)

Man hat bisher zur Erklärung des deutschen Tarisentwurfs immer nur die innere wirtschaftliche Lage herangezogen, meiner Meinung nach aber war auch die internationale Lage in hohem Grade mitbestimmend. Wie ist nun die internationale handelspolitische Lage besichaffen? Sie wird gegenwärtig am stärksten von zwei Strömungen beeinslußt, die sich bis zu einem gewissen Grade entgegenwirken, aber nicht außeschließen. Die eine Strömung hat ihren Ausgangspunkt in dem allegemeinen Sieg der Schutzollidee, die andere in der rapiden Steigerung des Weltverkehres.

Wenn Herr Professor Lot gemeint hat, daß der deutsche Tarisentwurf

eine allgemeine Schutzollbewegung entfeffeln werde, fo fage ich im Gegen= teil, der Entwurf hat die Schutzollbewegung bereits vorgefunden. An dem allgemeinen fiegreichen Bordringen ber Schutzollidee kann heute nicht mehr gezweifelt werden. Daß Frankreich, Spanien, Rugland und die Vereinigten Staaten sich mit enorm hohen Schutzöllen umgeben haben, ist bekannt. Aber auch in anderen Ländern, in Italien, der Schweiz u. f. w. feben wir eine ftarte Bewegung ju Gunften einer Berstärkung des Schutzolles. Belgien hat fich im Laufe des letten Decenniums bon den früheren freihandlerischen Grundfagen gang abgewendet, und Danemark und holland fteben im Begriffe, dies zu thun. Bor allem muß aber konstatiert werden, daß auch England, das Mutterland des Freihandels. diese Dottrin endgültig begraben hat. Der erfte, aber noch verdecte Borftog gegen die fremde Konfurrenz war die Merchandise Marks Act, dann fam die Differentialzollpolitik der englischen Kolonien, welche den englischen Waren indirett zu einem Zollschute in den wichtigften Absatgebieten berhelfen follte, und schließlich warf man den Deckmantel gang ab und führte im April diefes Jahres die Einjuhrzölle auf Zucker und den Ausjuhrzoll auf Kohle ein. Ich weiß sehr wohl, daß diese Magnahme mit den finanziellen Anjorderungen des füdafrikanischen Krieges gerechtsertigt wurde, aber es ist ja nicht das erstemal, daß uns England nicht alle Motive seiner handlungsweise aufbedt. Die Sache spricht für sich. Roll auf Zucker je nach dem Grade der Berarbeitung fo ftark differenziert wird, wie dies in England geschieht - Rohzucker zahlt bei 76 0 Polari= fation 2 sh., Raffinade bei 98° Polarifation bereits 4 sh 2 d — so ist damit entschieden ein schutzöllnerischer Gedanke verwirklicht worden. Dabei muß man noch bedenken, daß speciell die englische Zuckerraffinerie=Industrie durch die europäische Konkurrenz ganz heruntergebracht wurde und feit Jahren der Regierung in den Ohren liegt. Und wenn schließlich der englische Schatkanzler ben Aussuhrzoll auf Rohle auch damit gerechtsertigt hat, daß ein folcher Boll ben Rohlenpreis für die inländische Industrie verbilligen oder doch wenigstens dem Lande einen wertvollen Rohstoff für die Zukunft aufsparen werde, so war das ebenjalls ein Argument aus der Bibliothek der Schutzöllner.

Wohin führt uns nun diese allgemeine Schutzollbewegung? Es giebt Leute, welche der Ansicht sind, daß diese Schutzwälle der einzelnen Staaten immer mehr wachsen und es schließlich dahin bringen werden, daß man auf den Export zu Gunsten der Entwicklung des innesren Marktes verzichten wird, daß die großen Länder als "geschlossene Handelsstaaten" die wirtschaftliche Harmonie in sich selber sinden Schriften XCVIII. — Verhandlungen 1901.

werden. Bei uns in Ofterreich kann man ähnliche Betrachtungen jetzt alle Nichts ift irriger als diefe Argumentation, denn fie verkennt von Grund aus das Wefen des Exportes. Ein moderner Staat exportiert nicht deshalb, weil er in einigen Artikeln einen Überschuß produziert und diesen Überschuß los werden will, sondern hauptsächlich deshalb, weil er damit die Importguter bezahlen muß. Der Import felbst aber dient nur zu einem geringen Teile einem vielleicht entbehrlichen Lurus, denn der Champagner, die teueren Rleider u. f. w., die wir dem Austande abkaufen, machen in dem Gesamtbilde fehr wenig aus. Der Import bafiert vielmehr auf einem effektiven Bedürfnis der breiteften Schichten des Boltes, und kein Staat ift fo reich, um die großen und notwendigen Bezüge an Rohle, Holz, Baumwolle, Jute, Kautschut, Farb- und Gerbstoffen, Kaffee u. f. w. mit Gold zu bezahlen. Eben deshalb ift der Warenerport eine unumgäng= liche Notwendigkeit, und ihn in einer dem eigenen Lande gunftigen Beife auszugeftalten, ift die Aufgabe ber Sandelspolitik. Budem find durch die Ausdehnung des Weltverkehrs, welcher die entferntesten Wirtschaftsgebiete einander in ungeahnter Weise näher gebracht hat, auch die Bedürfniffe, die nur durch Import befriedigt werden konnen, in einer ganz enormen Steige= rung begriffen.

Wenn man nun angesichts des scharsen Konkurrenzkampses der europäischen Kausleute in überseischen Absatzeichen Ubsatzeichen und angesichts der zunehmenden Industrialisierung der Ackerbaustaaten mit Bangen sragt, ob denn die europäische Industrie nicht schließlich in ihrem eigenen Fett ersticken wird, so sage ich nein! Bielleicht — ich bezweisle es noch — hat der Welthandel sich alle Gegenden dienstbar gemacht, die von Menschen bewohnt sind, aber der extensiven Bearbeitung muß noch die intensive solgen, und welches Feld dieser offen steht, beweisen mir einige dürre Ziffern. England, Belgien und die Schweiz haben heute ein Importbedürsnis von 2—300 Mt. pro Kops der Bevölkerung, das europäische Rußland ein solches von nur 18 Mt., Japan von 10 Mt. und China ein solches von etwa 2 Mt. Ich glaube, daß da der Welt= handel nicht am Ende, sondern erst am Beginne seiner Ent= wicklung steht.

Wir befinden uns nun mitten in der Brandung zweier Extreme. Auf der einen Seite die Schutzollansprüche der Boltswirtschaft, auf der anderen Seite die Expansion der Weltwirtschaft. Sollen wir auf eine Art wirtschaftlicher Weltverbrüderung hinarbeiten, oder sollen wir an unserer Grenze eine chinesische Mauer bauen? Weber eines noch das andere. Das Richtige liegt, wie so ost, in der Mitte, nämlich in dem Abschlusse von Handelsverträgen, welche den gegenwärtigen Verhältniffen entsprechen, und in der Schaffung großer Wirtschaftsgebiete.

Wenn ich von Handelsverträgen spreche, auf deren Abschluß wir hinarbeiten sollen, so meine ich darunter nicht Verträge von der Art, wie sie feit den sechziger Jahren zumeist üblich geworden find. Der bisherige Durchichnittsvertrag mar eine Schablone, eine Druckforte, auf ber nur die Ramen der jeweiligen Souverane und Delegierten eingetragen zu werden brauchten: die von Liebe, Freundschaft und Freiheit triefenden Paragraphen blieben sich immer gleich und waren oft nicht mehr Ich hoffe, daß wir einer neuen Ura bon als kodifizierte Phrasen. Sandelsverträgen entgegensehen, in denen jeder Sat durchgearbeitet und ben besonderen Bedürfniffen der vertragschließenden Teile angepaßt fein wird. (Sehr richtig!) Den Gedanken im Detail auszuführen, dazu mangelt mir hier die Zeit. Eine der erften Bestimmungen aber, an welche die Art wird angelegt werden muffen, dürfte die schrankenlose und be= bingungslose Meiftbegunftigung fein, wie fie berzeit noch ziemlich allgemein ist. Durch eine entsprechende Beschränkung der Meist= begunftigung, in der uns ja einige große Staaten bereits vorangegangen find, wurde es erst möglich fein, die handelsvertrage auszugestalten und zu specialisieren.

In dieser hinsicht stimme ich mit dem zweiten Referenten, herrn Brofeffor Schumacher, überein. Dagegen vermag ich feine Begeisterung für den Doppeltarif nicht zu teilen, weil ich überzeugt bin, daß er die Bertrage erschweren, wenn nicht unmöglich machen wird. herr Projeffor Schumacher hat auf Frankreich hingewicsen und als einen Erfolg des Doppel= tarifes den Umftand hingestellt, daß Frankreich mit Italien einen Bertrag ichloß, ohne von feinem Minimaltarif etwas opfern zu muffen. Das war aber nicht ein Erfolg des Doppeltarifs, fondern der ftarteren, wirtschaft= lichen und besonders finanziellen Stellung Frankreichs. Italien ist im Rollfriege mit Frankreich wegen feines Anschluffes an die Dreibundstaaten geradezu gezüchtigt worden; die endliche Berftandigung war nichts als eine handelspolitische Kapitulation Italiens. Daß der französische Doppeltarif die Brobe nicht bestanden hat, das zeigte sich sehr deutlich bei den Verhandlungen mit einem anderen Staate, nämlich mit der Schweiz. Herr Projeffor Schumacher hat uns allerdings einen Rat gegeben. Er meinte, der Minimaltarif könne im gegebenen Falle wieder geandert werden, denn eine Änderung sei keine Durchbrechung des Princips. Meiner Auffaffung nach befteht das Wefen des Doppeltarifs darin, daß er eine untere Grenze für

alle späteren Konzessisionen sestlegt und diese Grenze nicht durch Verhandslungen mit einem anderen Staate, sondern einseitig bestimmt. Wenn nun neben dem Minimaltarise durch die späteren Verhandlungen mit sremden Staaten noch ein Vertragstaris entsteht, wie dies der Herr Reserent ansgedeutet hat, so wird damit das Princip sallen gelassen, denn ein Princip, von dem man bereits voraussieht, daß es jede Weile gebrochen werden kann, ist doch kein Princip mehr. (Bravo!) Ich behaupte schließlich, daß der Minimaltaris eben deshalb, weil er einseitig sestgeskellt wird, immer zu hoch sein wird, um den Abschluß von Verträgen zu ermöglichen. Deshalb kann ich denselben unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht empfehlen.

Durch den von mir angedeuteten Ausbau der Handelsverträge wird die ohnehin angebahnte Bildung großer Wirtschaftsgebiete gesfördert. Derartige große Wirtschaftsgebiete bieten der Augemeinheit analoge Vorteile, wie sie der Großbetrieb dem einzelnen Unternehmer gewährt. Die riesigen Unternehmungen, wie wir sie jest entstehen sehen, sind überhaupt nur möglich, wenn ihnen ein ausgedehnter innerer Markt die nötige Rückendeckung giebt. In einem einzelnen Lande, sagen wir in Österreich, können gewisse Artikel mit der Aussicht auf eine vom allgemeinen Standpunkte gerechtsertigte Rentabilität gar nicht erzeugt werden, weil das innere Absatzgebiet zu klein ist. Nur bei einer entsprechenden Ausweitung der Wirtsschaftsgrenzen läßt sich das wünschenswerte Gleichgewicht der ökonomischen Kräfte herstellen.

Es ift natürlich, wenn ich bei ber Schaffung großer Wirtschaftsgebiete an eine handelspolitische Unnäherung Deutschlands und Öfterreich=Ungarns bente, fo wie ich fie in ben bom Bereine für Socialpolitik herausgegebenen Schriften skiziert habe. Ich meine durchaus nicht, daß beibe Staaten ihre wirtschaftliche Selbständigkeit aufgeben und eine Zollunion eingehen. Die Zollbarrieren fonnten feinerzeit zwischen den einzelnen Teilen eines Reiches fallen, das in politischer, nationaler und wirtschaftlicher hinsicht homogen war, aber sie können nicht vollständig fallen zwischen selbständigen und ungleichartigen Staaten, die durch Sahrgehnte oder gar Jahrhunderte ihren eigenen Weg gegangen find. Wenn aber Deutschland und Öfterreich=Ungarn auch handels= politisch ber Thatsache Rechnung tragen, daß fie ein fo intenfiver Sandelsverkehr verbindet, wie ihn nicht zwei andere Staaten aufzuweisen haben, fo merben fie gum Arnstallisationspunkte für die künftige handelspolitik aller europäischen Staaten. Ein großer Markt mit mehr als 100 Millionen Konsumenten wurde entstehen, der dem amerikanischen mit 76

und dem russischen mit 103 Millionen mehr gewachsen wäre als jeder Teil sür sich, weil er zu klein ist, um innerhalb der einzelnen Produktionszweige die nötige Specialisierung und Arbeitsteilung eintreten zu lassen. Ich will nicht, daß sich Deutschland und Österreichzungarn in blinder Bezeisterung in die Arme sallen, ich will auch nicht, daß sie sich in einem selbstmörderischen Zoukriege ausreiben, sondern ich will nur, daß sie hanzdeln, wie zwei vernünstige Rausleute, die ein Geschäft abzischließen, bei dem jeder Teil etwas gewinnt. (Beisall.)

Das heutige Thema berührt auch die socialpolitische Seite; ich will dieselbe hier ganz kurz streisen. Bor allem möchte ich betonen, daß immer, wenn in der Handelspolitik von Produktion, von Industrie gesprochen wird, nicht bloß der Unternehmer, sondern immer auch der Arbeiter mitverstanden ist, weil in dieser Hinsicht die Interessen der Arbeitzgeber und Arbeiter parallel gehen. Der Zolltaris bezweckt ja seinem Wesen nach nicht einen Schutz des Kapitals, sondern einen Schutz der Arbeit.

Wenn Herr Prosessor Lot und andere ausgeführt haben, daß nicht bloß die Agrarzölle, sondern auch die Industriezölle den Arbeitern lediglich die Lebenshaltung verteuern, so scheint mir das eine sehr einseitige Beurteilung zu sein. Es darf nicht übersehen werden, daß der Arbeiter von den Schutzöllen auch prositiert. Bekanntlich ist es die größte Sorge des Unternehmers in der Großindustrie, eine kontinuierliche Beschäftigung sur seinen Betrieb zu sinden, und ebenso hat auch der Arbeiter das größte Interesse daran, fortdauernde Arbeitsgelegenheit zu sinden. Diese Kontinuität der Arbeit ist sogar wichtiger als die momentane Preislage sur den Artikel und die Höhe der Arbeitslöhne. Sie wird die zu einem gewissen Grade gewährleistet durch den Schutzoll, welcher die inländischen Unternehmungen gegen die underechendaren Konjunkturen bewahrt, welche zeitweise ein Eindringen der ausländischen Konkurrenz und eine momentane Arbeitslosiakeit im Inlande herbeiführen könnten.

Auch die von mir befürwortete Erweiterung des Wirtschaftsgebietes kame den Arbeitern zugute, weil sich im großen Kaum kleine Störungen viel leichter ausgleichen und weil durch die Förderung mächtiger Specialindustrien der Arbeitsmarkt für die einzelnen Branchen der geschulten Arbeiter beträchtlich vergrößert wird.

Auf Grund der realen Thatsachen dürften sich somit die großen handelspolitischen Probleme, die uns jett beschäftigen, sehr einsach lösen, wenn auch vorübergehende Verwicklungen nicht ausgeschlossen sind. Weltwirt= schaft und Bolkswirtschaft sind nur in der Theorie scharfe

Gegenfäße, in der Prazis sind sie bloß verschieden wirkende Kräfte. Kein Bolk kann sich seiner nationalen Besonderheiten auch in wirtschaftlicher Hinsicht entäußern, es kann sich aber ebensowenig von der Berührung mit der Außenwelt absperren. Der Angelpunkt der weiteren Entwicklung kann und soll aber der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn sein. Der Weg hierzu steht troß der Publikation des deutschen Zolltarisentwurse noch offen und ich hoffe, daß er wird betreten werden.

(Lebhafter Beifall.)

Professor Dr. Oldenberg (Marburg): 20 Minuten sind nichts, aber ich will versuchen, ob aus Nichts eine Plusmacherei möglich ift. Nachdem ich bor 4 Jahren mich gegen Industrieftaatspolitit ausgesprochen habe, halte ich es für meine Pflicht, nachdem ich in der Zwischenzeit umfangreiche Studien gemacht, heute auszusprechen, daß ich meine damalige Auffaffung in vollem Umfange aufrecht halte, daß ich die Entwicklung Deutschlands zu einem Industrieftaat, welcher Lebensmittel einführt, für unheilvoll halte. Ich muß dabei freilich betonen, daß ich die Gemahr für mancherlei Außlegungen ablehne, welche von andrer Seite mir untergelegt worden find. auch dann, wenn fie mit wörtlicher Citierung von Aussprüchen, welche in Wirklichkeit nicht von mir, fondern von anderen Autoren stammen, belegt worden find. Meine Forderung ift nichts weiter, als daß Deutschland feine Ernährung felbst in der Sand behalten muffe. Diese Auffaffung gu vertreten, wird mir badurch erschwert, daß ich das Indianergeheul voraus= höre, mit dem von seiten der agrarischen Presse das Gintreten irgend eines akademischen Nationalökonomen für höhere Bolle begrüßt werden wird; ich halte es aber doch für meine Pflicht, meine Meinung zu fagen.

Zunächst muß ich protestieren gegen eine Aussassung, die in der litterarischen Bordiskussion des heutigen Tages ausgetreten ist und die auch heute wieder anklang in dem maliziösen Vorschlage von Log: Auskauf der unrentablen Landwirtschaft durch den Staat, als ob der Zollschuß und alles, was dahin schlägt, den Charakter eines Almosens trage. Hiergegen muß ich protestieren; es handelt sich nicht um ein Almosen, denn das Motiv ist nicht Barmherzigkeit, sondern eine nationale Zweckmäßigkeit. Es ist ein Almosen ebensowenig wie die Prämien, die das Reich der Seessischerei im Interesse der Ariegsmarine zahlt, oder wie die Gehälter, die der Staat den Geslehrten zahlt, deren Arbeit vom Verleger nicht ausreichend honoriert werden kann. Es ist eine unhaltbare manchesterliche Aussassichend honoriert werden kann. der providentielle Verteilungsschlüssel zur Verteilung des Volkseinkommens sei,

als ob irgend jemand ein ius quaesitum befäße auf die Weltmarktskonjunktur, die er doch nicht geschaffen hat. Bielmehr kommt es dem Staate zu, diese unpersönliche Macht, die Konjunktur, zu korrigieren, corriger la kortune, in seinem Interesse, nach der Staatsraison, und die einzelnen Berussgruppen haben das Resultat dieser Korrektur ebenso schweigend hinzunehmen, wie sie andernfalls die sreie Konjunktur hinnehmen; sie müßten denn auf Staat und Reich überhaupt verzichten wollen.

Die Frage ist nun, ob im konkreten Falle die Verstärkung des Agrarschutzes im Staatsinteresse liegt; ob die deutsche Nation die bisherige Ent= wicklung, bei der die deutsche Landwirtschaft zur Deckung ihres Nahrungsbedarfes in immer geringerer Quote zureicht, weiter bulden will, ob fie der Entwidlung Englands folgen will, das feine Ernährung mit Getreide bereits zu 3/4 und mehr durch das Austand vollziehen läßt, bei schnell steigender Einfuhr auch des Fleisches und ähnlicher Produtte, oder ob Deutschland sich erlauben foll, sich von der Weltwirtschaftstonjunktur abzuschließen. Vorfrage ift aber die Bevölkerungspolitik, und ich glaube, daß es politisch ein absolutes Bostulat ift, die Bevölkerung Deutschlands zu vermehren so schnell als möglich unter allen Umständen. Ob die Bermehrung in dem Tempo möglich ift, wie man jest gewöhnlich annimmt, das ift eine andere Frage. und ich bin der Meinung, daß die Statistif unserer Bevolkerungszunahme felbst von den jachmännischen Statistikern in fehr erheblichem Umfange mißverstanden wird. Aber in 20 Minuten kann ich barauf nicht eingehen und auch nicht auf die Konsequenz daraus in Bezug auf Rolonisations= politik. So gestatten Sie mir, gleich zu der Frage überzugehen, ob Deutsch= land die Dedung feines immerhin fcnell fteigenden Rahrungsbedarfes dem Auslande überlaffen darf. Bunachft ift klar, daß, wenn wir die Dinge geben laffen, wir in fteigendem Mage vom Auslande abhängig werden beim gegenwärtigen Boll und felbst bei einem etwas höheren Bolle, wie wir ihn vor kurzer Zeit gehabt haben. Solange es fich um 10 %, 15 oder 20 % handelt, die wir vom Auslande beziehen, hat das wenig auf sich. Im Bedarfsfalle könnten wir unfere eigene Produktion steigern, das beweist das Beispiel Englands zur Zeit der Kontinentalsperre, das unter dem Druck der Sperre feine Produktion fogar über den Bedarf hinaus in furger Zeit zu fteigern vermochte. Je weiter wir aber auf der Bahn bordringen, fremde Rahrung einzuführen, um fo schwieriger wird die Rückfehr. Wenn die Weltkonjunktur dahin ginge, den Getreidepreis schon in wenigen Jahren wieder zu fteigern, fo murbe es ein Induftrieftaatsproblem in diefem Sinne nicht geben, so würde der steigende Getreidepreis unsere Getreideproduktion in dem Mage des Bedarfs steigern konnen. Dieser Wendepunkt der Preis=

kurve wird nun zwar sicher einmal kommen, aber erst nach einigen Jahrzehnten, und darin liegt die politische Gesahr. Wenn wir nach 4 oder 5 Jahrzehnten auf den heutigen Standpunkt Englands gekommen sind, wenn wir den Dingen freien Lauf lassen, so würden wir bei wieder steigendem Preise in die Notwendigkeit gesetzt sein, unsere Produktion zu vermehren nicht um 15 %, sondern wie England, welches 3/4 des Bedarses einsühren muß, um 300 oder 400 % und mehr. Und es ist sehr eigentümlich, daß dieselben Wirtschaftspolitiker, von denen wir heute in Prosessor Log einen Bertreter gehört haben, welche die Steigerung unserer Getreideproduktion gegenwärtig um 15 % spirakwar möglich, aber bedenklich erklären, sich von diesem Standpunkt des Pessimismus mit einem Wale zum Optimismus wenden und behaupten, daß wir nach 50 Jahren unsere Getreideproduktion oder Nahrungsproduktion steigern könnten, wenn die Konjunktur es fordert, um 300 %.

Beftatten Sie mir, Diefen Ausblick mit einigen turgen fpringenden Bemerkungen zu begründen. Daß zunächst die agrarische Ronkurrenz auf dem Weltmarkte nicht zu Ende geht, sondern sich eher verschärfen wird, das wird in allen Lagern zugegeben. Daß die Befiedlung Mefopotamiens, Rlein= asiens. Rordasrikas, Australiens und namentlich Argentiniens imstande ist. die Getreidezufuhr noch außerordentlich zu steigern, darüber ist eine Meinungs= verschiedenheit kaum zu erwarten. Fraglich ift nur, wie die Sache fich geftaltet, wenn in einigen Jahrzehnten durch Neubesiedlung die verjügbare Fläche erichöpft fein wird, und darüber find allerdings die verkehrteften Borftellungen verbreitet, auch in wiffenschaftlichen Rreisen und in Schriften neuesten Datums. Zunächst die Begrenzung der Fläche. Noch vor wenig Jahren schätte man die weizenfähige Fläche Argentiniens auf 96 Millionen Settar: nach der viel zuverläffigeren Schätzung Rargers aus den letten Jahren find es höchstens einige 40 Millionen, und Rärger fügt hinzu, es fei für alle Butunft ausgeschloffen, daß diese jemals nur mit Beigen bebaut würden, weil andere rentablere Rulturen ben Vorrang haben, insbesondere Biehzucht. 1888 waren mit Weizen angebaut 0,8 Millionen, 1895 etwa 2 Millionen Hektar: feitdem aber ift die Weizenfläche nicht, wie noch kurglich Rarger. ber die neuesten Daten noch nicht kannte, in seinem Werk meinte, infolge der Heuschreckenplage auf 11/2 Millionen Hektar eingeschränkt, sondern trot der Beuschreckenplage auf weit über 3 Millionen Bektar ausgedehnt worden, also ein beschleunigtes Tempo, so daß der Zeitpunkt der Bollbefiedlung sich absehen läßt. Für Nordamerika verweise ich auf Professor Ramms Werk von 1895, welches den dortigen Spielraum fehr niedrig einschätt. Was Indien betrifft, das einzige große Tropengebiet, das wenigstens im Norden für Weizen kulturfähig ist, so hat man sich über frühere Musionen

wohl besonnen. In Rußland sind höchstens im Südosten noch ganz schmale Gebiete zur Versügung. Sibirien — da sind nach den neuesten amtlichen Feststellungen, wie wohl ziemlich bekannt, geradezu erstaunlich geringe Beträge zur Neubesiedlung geeignet, ein paar Oasen in einer Wüste. Andere neue Gebiete giebt es kaum noch. Von China ist bekannt, daß eine Überskultur für den größten Teil der Fläche besteht und daß die mögliche Kolonisation sich auf eine verhältnismäßig geringe Fläche beschränkt.

Run ftellen Sie fich bor, daß in einigen Nahrzehnten diese Mlächen befiedelt find. Was wurde fich ergeben? Es wurde fich ergeben zunächst eine induftrielle Sauffe, benn die guten Arbeitsfrafte, welche jest von der Landwirtschaft, bon ben unbefiedelten Gebieten angezogen werden, wurden dann der Industrie gur Berfügung stehen, die heute vielfach nur wartet auf die Arbeits= frafte. In diefem Zeitpunkt, fagen wir 1930 ober 1950, d. h. um die Zeit, wo nach der Schätzung mehrerer Agrarpolitiker die Ara der finkenden Ge= treidepreise abgeschloffen ift, wurde gleichzeitig eine Steigerung ber industriellen Profite eintreten. Stellen Sie sich vor, mas das für die Chancen des Lebensmittelmarkts der bisherigen Ginjuhrlander, die inzwischen zu 3/4 ihres Bedaris Ginfuhrlander geworden find, bedeuten murde. Beachten Sie dabei den gewaltig gesteigerten Bedarf der Bevolkerung. Es handelt fich nicht nur um die 4 oder 5 Millionen Röpfe, die in Westeuropa und Amerika alljährlich zuwachjen und eine Steigerung der Nachfrage nach Getreide bedingen, sondern auch um Rugland und Afien, um die phantastischen Zahlen aus Indien und China, wenn dort nicht mehr durch hungerenot und Unruben eine fünftliche Berabdrudung der Bevolkerungsziffer ftattfindet. Diefer Buwachs ber Bevölkerung würde bedeuten nicht mehr eine Steigerung des Angebots, nachdem die Befiedlung vollendet ift, fondern eine Steigerung der Nachfrage nach Lebensmitteln und speciell, da es sich um eine industrialisti= sche Entwicklung handelt, eine steigende Rachfrage nach Fleischnahrung, und Sie werden mir zugeben, daß die Ernährung einer gleichen Bevölkerung mit Kleisch erheblich mehr Bodenfläche beansprucht. Diese Entwicklung würde ihren Ausdruck darin gefunden haben, daß in der Reihe der bisherigen Länder, welche Nahrung liefern, eine Berschiebung eintritt, indem ein Teil diefer Länder hinübertritt in die Schar derjenigen, welche Nahrung verlangen. Wir haben in der letten Zeit den Anfang diefer Bewegung bereits erlebt. Wir haben erlebt, daß Polen, welches vor nicht langer Zeit die Kornkammer für die Nachbarn war, ausgeschieden ist aus den Ländern, welche Korn liefern. Wir haben erlebt, daß Agypten, in alter Zeit Roms Kornkammer, ausgeschieden ist aus der Zahl der Nahrung liefernden Länder und eingetreten ift in die Bahl der Nahrung verlangenden. Ich bemerke babei,

baß die Zahlen in den Schriften des Bereins für Socialpolitit über Ägpptens Getreideexport insofern mißverständlich sind, als Dr. Dade nicht erwähnt, daß weit mehr Nahrungsmittel, namentlich Mehl, nach Ägypten eingesührt werden. Schon ist auch das ganze Südasrika zu den Nahrung einführenden Ländern übergetreten. Es ist zu erwarten, daß Indien und vieleleicht Australien ihm folgen werden, ja aus einem noch später anzusührenden Grunde auch Rußland, das jest gegen alle Vernunst Nahrung exportiert.

Vorsitzender: Ich möchte die Herren fragen, ob Sie den Redner noch weiter hören wollen. Ich bitte zu bedenken, daß wir noch eine Ausschußsitzung halten müssen und daß wir deshalb etwas früher schließen müssen. (Zuruse: Weiterreden!)

Dr. Olbenberg: Unter den fünstigen Einsuhrstaaten ist insbesondere hervorzuheben China, welches schon jett in erheblichem Umsang Nahrung einsührt, mehr als es aussührt, und welches verspricht, der größte Nahrungs-einsuhrstaat der Welt zu werden und Westeuropas Bedars in den Schatten zu stellen. Ich mache serner daraus ausmertsam, daß die Getreidesläche wesentlich beeinträchtigt wird durch die steigende Beanspruchung von industrieller Seite. Die Beanspruchung der Produktionssläche z.B. für Baumwolle, wie jett in Ägypten, wie in Mittelasien, wo der Getreidebau sogar absolut zurückgedrängt wird, wird auch in den Bereinigten Staaten sich sühlbar machen. Es wird ähnlich sein mit dem Holzbedars, mit dem Bedars der Genußmittelindustrie. Ich erwähne die Opiumkultur und die Reisstultur zum Zwecke der Alkoholgewinnung, die schon jett die Nahrungsfläche in China empfindlich einschränken soll.

Der steigende Getreidepreis würde aber vorläufig nicht imstande sein, das Angebot zu steigern, zumal bei industrieller Hausse. Denn erstens haben wir jest eine ständige Überproduktion in Getreide. Es ist notorisch, daß jest der Getreidepreis nicht bestimmt wird durch die höchsten Produktionskosten, sondern eher durch die niedrigsten. Daraus solgt sür jeden, der nationalökonomisch geschult ist, daß Überproduktion besteht. Es wird also zunächst diese ausgesaugt werden. Aber der gestiegene Preis wird auch nicht genügen, um die Produzenten zu einer Mehrproduktion zu veranlassen, denn zunächst werden sie nun selbst mehr konsumieren. Ich verweise aus ein Zeugnis von Schulze-Gävernit in seinem Werke über Kußland: Bei einer ersten günstigen Roggenernte ist die Folge, daß der Bauer mehr verkaust, weil er Geld braucht, aber im zweiten günstigen Jahre verkaust er weniger, weil er selbst mehr konsumieren muß und will, weil er bis-

her unterkonsumiert hat, und der Ausgleich dieser Unterkonsumption wird überall stattfinden, denn die gegenwärtige Konjunktur der Landwirtschaft gilt für die ganze Weltwirtschaft und hat international die Ronfumption ber agrarisch produzierenden Bevölkerung heruntergebrückt. Es würden alfo die verkaufenden Landwirte in allen Sändern zunächst ihr Angebot mindern, und erst dann wurden sie anfangen, ihre Produktion zu fteigern. werden zunächst auch noch die Verschuldung, der die Landwirtschaft inter= national verfallen ist, teilweise abtragen wollen, ehe sie zu einer kapitalisti= schen Intensivierung des Betriebs kommen. Sie werden auch dann erst allmählich und langfam auf die steigenden Preise reagieren, einmal aus psychologischen Gründen, wo es sich um kleine Bauern handelt, die fehr fonservativ find, die sehr schwer zu technischen Fortschritten zu bewegen sind; besonders aber auch aus technischen Gründen. Gine schnelle Steigerung der Ernte ist ja auch technisch nicht möglich. Erst eine mahrend vieler Jahre tonfequent fortgefette Behandlung befähigt den Boden, wie v. d. Golg fich ausdrudt, ju wesentlichen Mehrertragen. Es tritt fo ein Stadium ein der dauernd steigenden Breife, und ichon diefes murbe für die Bewegungsfreiheit der Importstaaten fritisch sein, und auf diese politische Konsequenz möchte ich hauptfächlich die Aufmerksamkeit lenken. In diefer Zeit dauernd ftark überwiegender Nachfrage wird es den bisher die Nahrung liefernden Ländern - bann wahrscheinlich in erster Linie Amerika, nachdem Rugland in die Reihe der Nahrung einführenden Länder eingetreten ift — möglich fein, die bisher einführenden Länder beliebig zu chikanieren, mit ihnen zu spielen, fie zu schrauben. Sie sind ja in der Lage, ihren Überschuß abzusetzen, wohin fie wollen. Es wird dann die Abhängigkeit von den Nahrungsstaaten zur Wirklichkeit werden, welche jest nur in der Phantafie von Nankees besteht. Es wurde eine panamerikanische Regierung dann in der Lage sein, Ausjuhrzölle für Getreide einzuführen, um Westeuropa zu chikanieren, vielleicht auch differenzielle Ausfuhrzölle zu Gunften Afiens. Es wurde vor allem möglich fein, alle benkbaren schimpflichen Zugeständniffe von den Nahrung einführenden Ländern zu erpressen, und dieses neue Machtverhältnis würde bald seinen volitischen Ausdruck finden. Deutschland würde, um dieser Zwangslage zu entgehen, gezwungen sein, bei steigenden Breisen seine eigene Produktion zu vermehren. Dazu wäre es aber zu spät. Um 300, 400 %. die Ernte zu fteigern, außer dem Bedarf des Bevollerungszuwachses, mare ausgeschloffen, insbesondere, weil die Frage der Düngerbeschaffung dann ein absolutes hindernis mare. Wir führen schon jest in ungeheuren Mengen Dünger ein. Nach der gewöhnlichen Voraussetzung wird Chilisalpeter in 30 Jahren nicht mehr zum heutigen Preise eingeführt werden konnen.

Von den Phosphaten erheben bereits jett Rußland und Algier Ausszuhrzölle. Es ift geradezu unmöglich, daß wir nach ein bis zwei Menschenaltern durch Intensivierung der Landwirtschaft die heute preisgegebene Nahrungsautarkie wiedergewinnen: wir kommen in eine Sackgasse.

Vorsitzender: Sie haben 100 % Ihrer Zeit überschritten, und die Herren muffen noch eine Ausschußsitzung halten. Ich schließe daher hiermit die Sikung. Morgen beginnen wir die Sikung um 9 Uhr.

(Schluß 5 Uhr 38 Minuten nachmittags.)

## Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 25. September 1901.

(Beginn vormittags 9 Uhr.)

Vorsitzender Staatsminister Dr. Freiherr v. Berlepich, Exc. (Seebach): Ich gebe das Wort Herrn Prosessor Brentano zu einem Antrage zur Geschäftsordnung.

Dr. Brentano: Unsere bisherigen Ersahrungen zeigen, daß in der Diskussion regelmäßig die ersten Redner eine halbe Stunde, die späteren 20 Minuten, die dritte Reihe 10 und die letzen 5 Minuten Redezeit zugebilligt erhalten. Es ist dies stets als eine Ungerechtigkeit für die späteren Redner empsunden worden, und im Interesse der Gleichstellung der verschiedenen Redner und insbesondere angesichts der Thatsache, daß ja die späteren Redner auf mehr zu erwidern haben, stelle ich den Antrag, die Redezeit für alle Redner auf 15 Minuten zu beschränken.

Dr. Sering: Ich habe den Vorzug, an erster Stelle sprechen zu sollen. Da ich beabsichtige, über die Resultate meiner ad hoc unternommenen Studienreise zu berichten, wäre mir die Beschränkung nicht gerade angenehm. Ich würde es aber wohl auch in 15 Minuten machen — das ist, denke ich, dann so zu verstehen, daß mir, wenn es  $17^{1/2}$  Minuten werden, nicht das Wort abgeschnitten wird.

Borsitgender: Was die letten Bemerkungen betrifft, bin ich bereit, in kleinen Differenzen dem Wunsche nachzugeben. Aber über die Grenze der kleinsten Ausdehnung bin ich entschlossen nicht hinauszugehen, sonst ist es in der That ausgeschlossen, daß wir heute zu einer Zeit zum Schlusse

kommen, wo unsere geistigen Kräfte noch leidlich auf dem Damm sind. Es haben sich 30 Herren gemeldet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich noch mehrere Herren, provoziert durch Bemerkungen, zum Worte melden. Wenn jeder die volle Redezeit ausnutzt, werden wir schon  $7^{1/2}$  Stunden brauchen. Es kommt dazu die nötige Pause und das Schlußwort der Reserenten und das kurze Resume. Wir sind also schon bei der äußersten Begrenzung in der Lage, dis in die Puppen tagen zu müssen. Sie werden es daher begreislich sinden, wenn ich streng nach den gesaßten Beschlüssen versahre. Nur ganz kleine Überschreitungen können passeren. Ich darf also ansnehmen, daß der Antrag Brentano angenommen ist? (Allgemeine Zusstimmung.)

Prosessor Dr. M. Sering (Berlin): Meine Herren! Ich beabsichtige, mich streng an das Thema zu halten. Es wurde bekanntlich so sormuliert, daß wir die Wirkungen der bisherigen und die Ziele der künstigen Handelspolitik, besonders in socialpolitischer Beziehung, besprechen sollten. Und zwar will ich das Thema unter Begrenzung desselben auf die Getreidezölle erörtern. Ich gehe von der Ansicht aus, daß die sociale Versassung eines Landes einen einheitlichen Organismus bildet, derart, daß die Agrarversassung die Grundlage alles übrigen ist. Deutschland ist ein Bauernland, denn <sup>3</sup>/4 seiner landwirtschaftlich benutzten Fläche werden von mittleren und kleineren Besitzern bewirtschaftet. Und ich stimme darin mit Herrn Kollegen Lotz ganz überein, daß Getreidezölle socialpolitisch gerechtsertigt werden können, nur wenn die Erhaltung des Bauernstandes sie sordert. Ich bin aber der Meinung, daß ohne den Zollschutz in der That große Teile der Bauernschaft gesährdet sein würden.

Wie es um unser Land stände, wenn wir uns die englische Freishandelspolitik zum Muster genommen hätten, läßt ein Blick auf England selbst erkennen. In der letzten britischen Agrarenquete, die in den Jahren 1893—1895 stattgesunden hat, wird allerdings sestgeskellt, daß sich in großem Umsange, nämlich im ganzen Westen von Großbritannien durch Ausdehnung der Biehhaltung jene Anpassung an die weltwirtschaftliche Kultur vollzogen hat, welche man auch unsern Landwirten immer wieder anrät. "Wir halten es daher," so heißt es im Schlußbericht der Enquetekommission, "nicht sür unsinnig, zu glauben, daß der durch seine Natur und wirtschaftliche Lage so sehr bevorzugte Boden Großbritanniens als Grasland wenn nicht als Ackerland auch in Zukunst bedaut bleiben wird. Er wird einen Ertrag gewähren, der zwar niedrig und nur mit größter Anstrengung zu erarbeiten sein wird, aber sich doch mit dem in anderen

Gewerben vergleichen läßt." Im Often Englands dagegen, in den "Korn-baudistrikten", sieht es traurig aus. Dort "muß," — so sährt der Schluß-bericht sort — "mit den fallenden Preisen eine Zeit kommen, wo nicht allein die Entrichtung der Rente, sondern die Kultur an sich ausöhrt. Das ist schon zum Teil, besonders in den südöstlichen Bezirken von Esser" — einer Grafschaft, die an das Weichbild von London grenzt! — "eingetreten, und es würde in noch größerem Umsange geschehen sein, wenn nicht Grundherren und Pächter unter großen Opsern dies abgewandt hätten. Mit der Erschöpsung ihrer Kapitalmittel wird mehr Land ganz wüst bleiben oder sich in eine srauhe Weide von geringem Wert verwandeln". Um schwersten wurden die Reste des sreien Bauernstandes getroffen, weil sür sie nicht der Zinsnachlaß in Frage kommen konnte, welcher den Pächtern ihre Lage wesentlich erleichterte.

Warum ist dem Westen Englands die Anpassung an die Konjunktur gelungen und dem Osten nicht? Aus klimatischen Gründen. Der Westen des Landes gehört zu den regenreichsten Gebieten Europas, an manchen Stellen salen 300—400 cm im Jahr; aber im Osten werden, namentlich auf der Leeseite der Gebirge viel weniger, etwa 60—80 cm Niederschläge erreicht. Hier setzten demnach unabänderliche Bedingungen der Viehzucht engere Grenzen und nötigten die Farmer, in ihrem Wirtschaftsschstem dem unrentablen Körnerbau einen größeren Raum zu lassen.

In Deutschland find mit den westlichen Bezirken Großbritanniens nur beschränkte Gebiete an Reichtum und günftiger Verteilung der Niederschläge einigermaßen vergleichbar: es find dies die Nordfeefufte und die baperischen Alpen. hier wie dort find denn auch die Wiesen und Weiden von aröferem Umfang als das Ackerland. Diefen Gebieten find nach ihren Niederschlagsberhältniffen weite Diftritte im Nordweften und Sudoften anzugliedern, außerdem manche mittel= und füddeutschen Gebirgsgegenden und geringe Teile der Oftseekuste, namentlich in Oftpreußen. Es herrscht dort zwar überall schon, wegen des geringeren Regenfalls, der Ackerbau, und im Aderbau die Getreideproduktion vor, so daß der Rudgang der Getreide= preise schwer empsunden werden mußte. Aber das Klima gestattet doch eine so ausgedehnte Biehhaltung, daß bei den gegenwärtigen Preisen durch die Grenzsperre gesteigerten Biehpreisen und geringen Kornpreisen unter den Roheinnahmen die aus der Viehwirtschaft überwiegen. Sonderstellung nehmen das Rhein=, Main= und Neckarthal ein, die man furz als Weinbaubezirke bezeichnen kann, und die Centralmärkte der deutschen Industrie, welche fich um die Fundstätten von Gifen und Rohle gruppieren. Aber bas gesamte übrige Deutschland, etwa die Sälfte des gangen, ift in

noch viel höherem Maße ein Kornbaugebiet als der großbritannische Osten, weil der Regensall noch wesentlich geringer ist als dort; er beträgt da meist nicht mehr als 45—55 cm im Jahr. Diese Bezirke müssen in erster Linie Getreide bauen, weil keine andere Kulturpslanze so leicht die Trockenheit verträgt. Die Viehzucht aber ist beschränkt, weil auch der Futterbau weniger sicher ist als in Gegenden mit ergiebigeren Niedersichlägen. Gewiß hat man auch in unseren Getreidegebieten die Viehzucht ausgedehnt, aber sie ist mit großem Risito verknüpst; haben doch die beiden letzten besonders trockenen Jahre viele Wirte gezwungen, ihren Viehstand auszuberkausen.

Ich rede der Kürze halber weiterhin nur von diesen, durch die Ratur zum ganz überwiegenden Kornbau bestimmten Distrikten. Zu ihnen gehört besonders der größte Teil des deutschen Ostens. Es ist aber unrichtig, wenn Herr Kollege Lotz den Osten als Latisundiengebiet bezeichnet hat. Latisundien giebt es dort wenige, wohl Rittergüter, aber auch diese herrschen nur in einigen Gegenden vor.  $56\,$ % der landwirtschaftlich benutzten Fläche des östlichen Deutschland sind in den Händen von Bauern.

Wenn nun für die englischen Kornbaubezirke feststeht, daß die Getreide= preise dort jur Beit der Enquete nicht ausreichten, um die Rosten zu deden, und die Rultur aus diefem Grunde stellenweise aufgegeben werden mußte. jo ift von vornherein mahrscheinlich, daß in Deutschland noch viel größere Bebiete ber Berödung ausgesett gemefen maren, hatten mir die Preisbildung gang dem internationalen Berkehr überlaffen. Allerdings find die Getreide= preise in der zweiten Hälfte der 90er Jahre etwas gestiegen, und hat dies in England auch wieder eine Zunahme des Weizenareals zur Folge gehabt. Aber im öftlichen Deutschland fteben die Preise nach Abzug des Zolles wesentlich niedriger als in England. Jener Schluß hat um so mehr Wahrscheinlichkeit für sich, als die extremen Bodenarten bei uns von größerer Ausdehnung find als in England; fie aber find, wie der Bericht der dortigen Enquetekommission hervorhebt, durch die Rrifis am meisten gefährdet. Im Königreich Preußen machen nach dem Ergebnis der Ginschätzungen zur Grundsteuer die ungunftigen Thonboden auf der Sobe, die Moor= und Sandboden 44,2 % der Gefamtfläche aus. Wir haben zweifel= los weite Flächen unter dem Pfluge, welche weltwirtschaftlich nicht mehr als anbauwurdig anzusehen find. Wir wohnen, mas man fo oft vergift, in einem wenig fruchtbaren Lande, wir find, wie mein Freund Fuchs ein= mal treffend bemerkte, auch bei ber Befiedlung Europas ju fpat gekommen, und wir muffen unfere Lebensweise und Wirtschaftspolitik der Beschaffenheit unferes Landes anpaffen.

Ich wurde indessen nicht wagen, lediglich mit Analogieschluffen bor Sie hinzutreten; ich habe vielmehr versucht, eine fichere Grundlage für mein Urteil auf Studienreisen durch unsere Kornbaugebiete durch eigene Beobachtungen zu gewinnen. Ich habe besonders einige niederschlesische Dörfer nahe der pofenichen Brenze wiederholt untersucht, deren Boden- und Rlimaverhältniffe typisch find für weite Teile des deutschen Oftens. haben Sand- und lehmigen Sandboden, ihr Grundsteuerreinertrag entspricht dem Staatsdurchschnitt, Roggens und Kartoffelbau herrschen vor. Grundbefit ift zwischen Bauern- und Rittergutern ziemlich gleichmäßig ge-Die Bauern leben in äußerst einfacher Weise. Fleisch giebt es, und zwar dreimal in der Woche, nur bann, wenn man fremde Leute beschäftigt. Es wurde bei der beschränkten Redezeit zu weit führen, Ihnen eine genauere Berechnung der Produttionstoften jener Getreidebauern aufzumachen. kann nur versichern, daß ich die Verhältnisse möglichst sorgfältig sestgestellt, an der Sand der Steuerliften die Berhältniffe der einzelnen Bauer= und Bartnerstellen mit den Besitzern und anderen Sachverständigen eingehend beibrochen habe.

Das Refultat ist in Rurze, daß bei den durchschnittlichen Roggen= preisen, wie fie von 1892-1900 erzielt wurden, unter Abzug des jest aultigen Bolles, fich gerade noch eine Dedung der Broduktionskoften ergeben würde. 5 Jahre lang aber, von 1893-97, ftanden die Preise unter jenem Durchschnitt, und für diefe Zeit ergiebt sich allerdings ein beträcht= liches Deficit. Ich verstehe dabei unter Produktionskoften lediglich die baren Ausgaben, welche Wirtschaft und Saushalt verursachen, unter Ginrechnung eines mäßigen Betrages für Abnutung und Berficherung. Den Sauptpoften machen die Arbeitslöhne aus, und zwar fete ich für die Arbeit der Befiker auf einem Hof von 100 Morgen Cand, Mann und Frau zusammen, die fich hart zu plagen und drei unerwachsene Rinder zu ernähren haben, nur 400 Mt. bar ein, mährend fie jur Knecht und Magd, mit Einschluß aller Nebenkoften, inggefamt 350 Mt. bar bezahlen muffen. Es ergiebt fich alfo. daß die Preise von 1893-97 ohne den Zollschutz nicht einmal mehr einen elenden Arbeitslohn abgeworfen haben wurden. Es genügt eben nicht, wenn die Durchschnittspreise in größeren Berioden eben nur die Deckung der eigent= lichen Erzeugungskosten gewähren. Ein Produktionszweig, der keinerlei Reinertrag abwirft, ift auf die Dauer schon beshalb nicht zu halten, weil alle technischen Fortschritte, die Geld kosten, unmöglich werden, und fremdes Kapital in die Wirtschaft nicht herangezogen werden fann. Die Sache steht auch nicht fo, daß die Berlufte in Zeiten gedrückter Preise durch die Mehreinnahmen aus den höheren Preifen einzelner Jahre mit Sicherheit gedectt werden Schriften XCVIII. - Berhandlungen 1901. 16

könnten, weil durch den Einfluß der internationalen Konkurrenz der örtliche Zusammenhang zwischen Ernte und Preiß zerrissen ist.

Nach den englischen Erhebungen und eigenen Beobachtungen betrachte ich es als erwiesen, daß, hatten wir feine Getreidezolle gehabt, nicht blok in größter Ausdehnung eine gangliche Entwertung ber im Boden fixierten Rapitalien, sondern auch die Verödung weiter heut besiedelter Bezirke erfolgt wäre. An die Stelle von Zehntaufenden von Bauern wären wenige Waldarbeiter und vielleicht Schafhirten getreten. Eine ungeheure Krisis hätte nicht nur die Landwirtschaft, sondern den ganzen Bau unserer volks= wirtschaftlichen und socialen Verfassung erschüttert. Die Industrie und ihre Arbeiterschaft wären durch eingeschränkten Absatz und stark vermehrtes Arbeitsangebot unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen worden. Schon hieraus ergiebt fich, daß es falfch ift, wenn man bei der Grörterung der Betreidezollfrage meift bon der Borftellung eines unüberbrudbaren Intereffengegensates der Getreide=Konsumenten und = Produzenten ausgeht. dem eine ganz anorganische Betrachtungsweise der Bolkswirtschaft zu Grunde. In den großen Fragen der nationalen Existenz, und dazu gehört die Er= haltung der landwirtschaftlichen Rultur und des Bauernstandes, find die Interessen aller Rlassen identisch.

Wie aber ist die gesorderte Erhöhung der Getreidezölle zu beurteilen? Zweisellos werden die eigentlichen Produktionskosten heute mit Hilse der Zölle gedeckt. In unseren schlesischen Dörsern ist der Reinertrag für die besseren Stellen auf etwa 1,6 % des Gesamtwertes derselben zu berechnen. Dieser Reinertrag ist übrigens nicht, wie man gewöhnlich annimmt, als "Grundrente" anzusehen; denn Gebäude und Inventar machen wenigstens die Hälfte des Gesamtwertes bei den selbständigen Bauerngütern aus. Das in der Landwirtschaft thätige Produktivkapital erzielt also sedigslich eine Verzinsung von ungefähr 3 %. Für eine reine Grundrente ist da schlechterdings kein Raum.

Run bleibt aber dieser geringe Reinertrag nur ausnahmsweise unvertürzt in den Händen der Besitzer. Denn die meisten haben Schulden und müssen den Graub ganz oder teilweise an den Gläubiger absühren. Die Schulden sind nicht etwa aus Ankaus entstanden. Unsere Bauern sind keine Bodenspekulanten, denen der Staat die erwartete Bodenrente garantieren soll. Die Schulden stammen vielmehr ganz überwiegend aus dem Erbsgange. Die Bauern haben ja kein Monopol auf ihren Besitz. Ihre Stellen sind mit der rechtlichen und moralischen Verpflichtung belastet, eine Generation nach der andern auszustatten und allen anderen Bolksklassen seine Kräste immer wieder zuzusühren. Die Schulden sind auch nicht besonders

243

hoch; denn es herrscht, wie in vier Fünsteln des Deutschen Reiches, die Anerbenfitte, und fie bewirkt, daß den Annehmern der Grundbefit zu einem fehr mäßigen Preise, nicht viel teurer, als ihn heute auch der Einwanderer in den Vereinigten Staaten allerdings für befferen Boden anlegen muß. zufällt. Aber auch eine mäßige Schuld ift burch den fortdauernden Rud= gang der Getreidepreise drudend und oft ruinos geworden. Gin Reinertrag von 1,6 % bes Gesamtwertes einer Bauernstelle wird durch eine 4 % oige Schuld vollständig absorbiert, die 2/5 des Bodenwertes, oder, mas dasfelbe heißt, das 24= bis 28 jache des Grundsteuerreinertrages ausmacht. betrug aber die hypothekarische Berschuldung der mittleren Bauerngüter in allen preußischen Erhebungsbezirken 1896 im Durchschnitt das 29 jache des Grundsteuerreinertrages. Es ergiebt sich also, daß schon die Durchschnitts= belastung in den Kornbaudistritten als überaus gefährlich anzusehen ist. Ich will damit nicht fagen, daß der ganze dortige Bauernstand in seiner Erifteng bedroht mare. In den untersuchten Dörfern find 32 % der Befitzer gar nicht oder gering verschuldet, und unter den 68 %. welche an= nähernd mit dem genannten Durchschnitt oder höher belastet find, betrachte ich noch 26 % als vorläufig durch individuelle Verhältnisse gesichert, wie Mithilfe erwachsener Kinder, befondere Milde der in der Verwandtschaft sitzenden Gläubiger u. f. w. Aber der Rest, einige 40 %, hat auf das äußerste zu tampfen. Jedes Unglud mit dem Bieh, jede Migernte bringt fie in die Gejahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Nicht wenige zahlen die Zinsen, wenn überhaupt, so aus der Substanz des Gutes, indem fie notwendige Berbefferungen und Reparaturen unterlaffen.

So fieht es im Often bei schr vielen Bauern aus. In meinen Dorjschaften sind 12% o ber Besiger im Lause der letten 6 Jahre thatsächlich zusammengebrochen, obschon es nur ausnahmsweise zur Subhastation kam. Das Land der ruinierten Bauern fällt entweder an einen kapitalkräftigen Großgrundbesiger, wie solche besonders in Schlesien noch vorkommen, oder es treten, und das ist häusiger der Fall, kleine Leute als Käuser aus. Sofern sie sich bei solcher Gelegenheit zur Selbständigkeit erheben, ist ihr Auskommen an sich ja nur sreudig zu begrüßen; aber sie sind aus dem Ankauf höher verschuldet als die mittleren Besiger, und als Getreideverkäuser haben sie ganz dasselbe Interesse wie diese. Obwohl sie alle Arbeit selbst verrichten und schlechter leben als die Bauern, werden auch sie sich nicht auf die Dauer halten können, wenn die Preise nicht bessere werden. Am meisten haben indessen siehen sie un selbständigen Stellen an Zahl zugenommen, und deren Inhaber suchen sich als Landarbeiter, Jimmerleute, Maurer 12., meist weit in der Ferne, ihr Brot. Kurz, an die Stelle unabhängiger

Besitzer treten Leute, die überwiegend als Landproletarier zu bezeich= nen find.

Den schlimmsten Ausblick in die Zukunft eröffnet der Umstand, daß unter dem Preisdruck die Anerbensitte schwindet. Die Erbschaftsschulden können nicht mehr abgetragen werden. Und wenn ein verschuldeter Hof zur Vererbung kommt, so wird er hoch veranschlagt, überwertet, damit die weichenden Erben doch etwas bekommen. Das enorme Anwachsen der ländlichen Schuldensast in letzter Zeit ist zum großen Teil eine durch die Not bedingte Zunahme der Erbegelder.

Hat die deutsche Nation, haben die Industriearbeiter ein Interesse daran, den Zusammenbruch der selbständigen Landwirte, großer Teile des bäuerlichen Mittelstandes zu verhindern?

Die Bedeutung des Bauernstandes für die Gesamtheit kommt in den üblichen statistischen Zusammenstellungen nur ungenügend zum Ausdruck. Die in der Wirtschaft des Besitzers mitarbeitenden Familienangehörigen werden sälschlich den Arbeitern zugerechnet, während doch die Söhne und Töchter der Bauern an allen Vorzügen der samilienhaften Arbeitsversassung, des gesestigten und gesitteten Daseins unabhängiger Besitzer teilnehmen. Rechnet man die sämtlichen Angehörigen den Unternehmern hinzu, so umsaßt die Schicht der Selbständigen in den drei großen wirtschaftlichen Beruszgruppen unseres Landes  $19^{1/2}$  Millionen Menschen, und davon entsallen nicht weniger als  $57\,$ 0% auf die Landwirtschaft, d. h. überwiegend auf die Bauernsamilien. Annähernd  $^3$ /s unseres Mittelstandes sizen also auf den Bauernhößen.

Ich kann mir unser Bolk ohne diese unabhängigen, krastvollen und wehrhaften Menschen nicht vorstellen. Die ganze Charakterbildung der Nation würde ohne sie eine andere sein. Die sociale Verfassung des platten Landes spiegelt sich überall auch in derjenigen der Städte wieder, weil die skädtische Bevölkerung sich fortgesetzt vom Lande her ergänzt und erneuert. Wo ein kräftiger Bauernstand besteht, da blüht auch das Handewerk in den noch lebenssähigen Zweigen, weil ihm der ersorderliche, gut erzogene und ausgestattete Nachwuchs vom Lande her zuströmt. Und wo der Grundbesitz vorwiegend in Händen von selbstarbeitenden, aber wirtschaftlich unabhängigen Landwirten ruht, da steht auch die skädtische Arbeiterschaft hoch und ist weniger schross von den andern Schichten getrennt. Verzeliechen Sie die sociale Entwicklung der Industrie in England einerseits, in Mittel= und Westdeutschland andererseits. In England ein riesenhastes Lumpenproletariat, hervorgegangen aus den britischen und namentlich irischen Landarbeitern und Kleinpächtern. Nur eine Oberschicht von gelernten Ars

beitern hat sich in heftigen Kämpsen von anderthalb Jahrhunderten mit Hilse der Gewerkvereine aus jenem Elend emporgearbeitet. In den Hauptecentren der deutschen Industrie hatten sich die Arbeiter von vornherein und ohne daß es so schwerer Kämpse bedurft hätte, einer höheren Lebenshaltung zu ersreuen, weil die Industrie ihre Mannschaft aus den Bauernsöhnen und denjenigen Landarbeitern zu rekrutieren hatte, die als Knechte und Mägde an dem geordneten Familienleben der Bauern teilgenommen hatten. Wir haben eine hochstehende Arbeiterklasse, weil wir einen großen Bauernstand besitzen. Lassen Sie dessen Proletarisserung zu, so zerstören Sie das Fundament unserer ganzen socialen Versassung und gesährden damit auch den Oberbau, die gesellschaftliche Stellung und Lebenshaltung der Arbeiterschaft.

Ich komme zum Schluß. Gine weitsichtige Socialpolitik beginnt da= mit, den Bauernstand zu erhalten. Wir fonnen ihn gegen die Befahren, die ihn jest bedrohen, schützen durch eine mäßige Erhöhung der Bolle, fo wie fie ber Minimaltarif des Regierungsentwurfs vorfieht. Die Erhöhung des Roggenzolls um 75 Pfennige pro Centner wurde in unseren schlefischen Dorfschaften einer Entlastung von 1/4 bis 1/8 der durchschnittlichen Binsverpflichtungen gleichkommen. Es ist auch falsch, wenn man behauptet, daß die Förderung, die der Grundbesit auf diese Weise erfährt, in kurgem hinfällig werden muffe durch das entsbrechende Steigen der Bodenbreife und Befitichulden; benn bie Anerbenfitte, welche gerade in den Getreide bauenben Begirten besteht, verhindert, daß der Grundbefit gum Sandelsobjett ge= macht wird, und bewirkt, daß die Erhöhung der Erträge nur mit starker Abschwächung in den Übernahmepreifen zum Ausdruck gelangt. Im Gegenteil wird die wieder gewährte Möglichkeit von Ansparung und Schuldentilgung bagu führen, daß ber Gutsnachfolger jeweils gunftiger geftellt wird, als es in letter Zeit üblich und möglich gewesen ift. Die Theoretiker, welche dies leugnen, verkennen, daß fich die Wertbildung innerhalb der Familie nach anderen Grundfäten vollzieht als im Sandel.

Aber ich wünsche zwei Kompensationen stir die Zollerhöhung, die eine zu Gunsten der mehrbelasteten Konsumenten, die andere zu Lasten der meist begünstigten Produzenten. Wenn der gesteigerte Zollsatz auf Brotgetreide im Preise voll zum Ausdruck gelangt, ergiebt sich eine Mehrbelastung der Berbraucher um 3 Mk. pro Kops. Das ist gewiß ein schweres Opser sür die Ürmsten unter ihnen. Es möge deshalb an anderer Stelle, nämlich durch Aushebung reiner Finanzabgaben, wie des Kasses, des Petroleumzolles u. s. w. eine entsprechende Entlastung eintreten. Damit würde auch der Industrie jedes Bedenken, welches sie aus der Berteuerung der Lebensshaltung der Arbeiter ableiten könnte, benommen werden.

Die zweite Kompensation betrifft den öftlichen Groggrundbesig. hat den hauptnuten von den Getreidegollen. Soll ihnen an diefer Stelle die Bedeutung der Sonderbegunstigung einer kleineren Oberschicht genommen und der Charafter einer socialen Makregel gewahrt bleiben, fo ift bafur gu forgen, daß auch der großen Maffe der Landbewohner in den Großgüter= diftritten, der Landarbeiterschaft, ihrer Lebenshaltung und Arbeitsverfaffung zu aute komme, mas durch Opfer der Gesamtheit erkauft wird. Heute fehlt es dafür an jeder Garantie. Im Gegenteil ift zu beobachten, daß fich trot der Tendenz auf Steigerung der Geldlöhne eine fortschreitende Proletarifie= rung der öftlichen Landarbeiterschaft vollzieht, weil immer mehr eine Unterschicht tiefstehender flavischer Wanderarbeiter an die Stelle der seßhaften, besser genährten und tüchtigeren deutschen Gutstagelöhner tritt. Die all= mähliche fociale Berabdrudung, welche fich in dem großen Menschenreservoir der industrielosen Ackerbaugebiete des Oftens vollzieht, muß aber schließlich auch die Industriebevölkerung mit ergreifen, und die sociale verknüpft sich mit einer schweren wirtschaftlichen und politischen Gefahr. Denn in dem Make, als der flavische Zustrom anschwillt, wird unsere Volkswirtschaft von dem guten Willen einer ausländischen Regierung abhängig, und werden immer größere Teile des Reiches aus dem gesicherten Besitzstande deutscher Rultur und Macht ausgeschaltet.

Aus diefen Gründen find Magnahmen vorzusehen, welche den Großgrundbefit nötigen, feine vermehrten Ginnahmen zur Berftellung einer Arbeitsversaffung zu verwenden, welche fich jenen Gefahren gewachsen zeigt, indem sie der erhöhten Lebenshaltung der deutschen Arbeiter gerecht wird. Dazu bedarf es 1. der schrittweisen Zuruddämmung des Zuzuges flavischer Arbeiter, und als Vorbedingung bafür 2. einer energischen Förderung der inneren Kolonifation, d. h. der Beschaffung von Staatsmitteln jum Ankauf großer Büter und ihrer Umwandlung in Bauerndörfer. So entstehen dann gahlreiche neue Centren eines geficherten deutschen Bolkglebens im Often. und durch die gesteigerte Aussicht auf Berselbständigung wird der deutsche Arbeiter auch bei gunftigen industriellen Konjunkturen dort festgehalten. Ohne Staatsmittel aber giebt es feine gedeihliche Rolonisation. Bit fie doch außerhalb des Wirkungstreifes der Unfiedlungekommiffion für Weft= preußen und Pofen fast gang jum Stillstand gekommen. Durch die big= herigen Erfahrungen ift zur Evidenz erwiesen, daß die tapitalistische Unternehmung allein nicht im stande ift, die große nationale Aufgabe in dem erforderlichen Umfang und Grabe zu löfen.

Ich bin also ein Anhänger der erhöhten Getreidezölle, wenn ich fie betrachten darf als Teil eines großen socialen Programms, andernfalls bin

ich ein Gegner. Denn der Borteil, den sie für unsere Volkswirtschaft bringen, wird reichlich wettgemacht durch die Schädigungen unserer socialen Verfassung und politischen Existenz, welche die Fortdauer der heutigen Zustände im Osten mit sich bringt. Sie zu beseitigen geben erst die Getreidez zölle die wirtschaftliche und politische Möglichkeit. Jest oder nie hat es eine energische und zielbewußte Regierung in der Hand, auf diesem Gebiete für unser Land und Volk einen großen und dauernden Gewinn zu erzielen. (Lebhastester, anhaltender Beisall.)

Prosessor Dr. Dietzel (Bonn): Ich will dem Vorredner darin solgen, daß ich mich nur auf die Getreidezölle beschränke. Es ist zwar gestern gesagt worden, die Getreidezölle seine Ginzelsrage neben anderen Ginzelsragen; thatsächlich handelt es sich aber um die einzige, praktisch in Betracht kommende Frage. Wenn wir für Getreide hohe Minimalsätze festlegen, so ist auch unsere Handelspolitik in dem Sinne sestgelegt, daß wir Handelsverträge nicht wieder schließen werden. Wir können das zwar nicht mit Bestimmtheit sagen, wir können es aber als größte Wahrscheinlichkeit hinstellen.

Was würde die sociale Bedeutung einer Erhöhung der Getreidezölle sein? Mir scheint, zunächst eine Erschütterung des socialen Friedens schlimmster Art. Die eine sichere Folge der Erhöhung der Getreidezölle wäre eine Erhöhung der Zahl der Socialdemokraten in unseren Parlamenten. Es dürste kein wirksameres Stimulans der Socialdemokratie geben als höhere Getreidezölle. Wenn der Ersolg einträte, den Lotz gestern ans deutete — nämlich daß man, um ein Wachsen der Socialdemokratie zu paralhssieren, zu Umsturzgesezen u. s. w. griffe —, so müßte dieses Wachsetum ja nur noch beschleunigt werden.

Und ferner würde die Agitation, die jetzt — ich muß fagen: zu meiner großen Freude — in industriellen und kommerziellen Kreisen endlich begonnen hat, sich sortsetzen. Denn darüber kann wohl kein Zweisel sein: wenn wir Getreidezölle von 5 oder 6 Mk. errichten und demzusolge keine Handelsverträge, oder nur weit ungünstigere wie die jetzigen, abzuschließen vermögen, so wird der Handelsvertragsverein zu einer dauernden Institution werden! Ja: er wird sich erweitern zu einem Bunde aller Richtlandwirte. Wir werden dann Deutschland getrennt sehen in drei Heerlager: Socialdemokraten, Landwirte, Richtlandwirte.

Werden aber die Landwirte etwa zusrieden sein mit der Erhöhung der Zölle? Ich glaube, man fann mit absoluter Sicherheit das Gegenteil voraussagen. Nach kurzer Zeit wird in ihren Kreisen wieder das gleiche

Maß von Unzusriedenheit herrschen. Denn höherer Kornzoll nützt ja nur denen, die heute im Besitz sind. Höherer Kornzoll bedeutet höheren Kornspreiß, und dieser wieder entsprechend höheren Preiß der Kornländereien; haben sich die Güterpreise den Kornpreisen angepaßt, so stehen die Käuser, bezüglich Erben sich nicht besser wie bei dem niedrigeren Zoll von heute.

Der Vorredner will dies leugnen; er hat gesagt: die Bauern seien keine Spekulanten. Prosessor Sering ist ein großer Agrarier — ich nicht. Aber ich würde mir nicht getrauen, dem deutschen Bauernstande ein so schlechtes Kompliment zu machen. Wenn man mit ihm annimmt, die Bauern würden die Getreidepreise beim Berechnen des Wertes der Güter nicht veranschlagen, dann muß ich bekennen: dann sind sie wert, daß sie zu Grunde gehen. (Beisall und Widerspruch.) Ich glaube, daß das keine salsche Schlußsolgerung ist, wenn sie nicht so viel rechnen können, daß sie bei Kalkulation des Gutswertes den Preis der Produkte in Ansah bringen.

Daß Verschiebungen hinsichtlich der Grundsteuerhöhe sich auf den Gutswert übertragen, ist vom Fürsten Bismarck mehrsach betont worden. Was von den Ausgabeposten, z. B. Steuer, gilt, muß aber auch für die Einnahmeposten zutreffen, z. B. Kornpreis. Drückt eine Erhöhung der Grundsteuer den Gutswert, so muß ihn eine Erhöhung des Kornpreises zusolge Kornzolls steigen lassen. Daher wird nur während gewisser Frist nach der Kornzollerhöhung sich ein Schein künstlicher Blüte für die Landwirte ergeben, dann aber ist wieder alles beim alten, und es beginnt eine neue Agitation für Zölle von 8 oder 9 Mt. Die Kornzollpolitik ist, wie Brentano es nannte, eine Schraube ohne Ende. Darüber muß man sich klar sein.

Ebensowenig wie die Landwirte werden aber auch die Kathederagrarier zustrieden sein, welche, wie Oldenberg, Pohle u. s. w. meinen, daß man mittels des Kornzolls eine Bermehrung des Kornbaues bewirken werde und bewirken solle, um die industriestaatliche Entwicklung zu retardieren. Wenn ich gesagt habe, daß sich die Erhöhung des Kornpreises überträgt auf den Gutswert — daß das Produktionskostenelement, Verzinsung des Gutswertes, ebenso stark siehen Vereis des Kornes, so bedeutet dies ja, daß auf die Dauer kein Vorteil sür den Kornproduzenten herausspringt, kein Impuls zur Ausdehnung des Kornbaues sür ihn vorliegt. Denn, sobald die Güterpreise sich den Kornpreisen angepaßt haben, dringt die auswärtige Konkurrenz genau so wieder herein wie vorher. Es kann daher auf die Dauer ein Steigen des Kornbaues durch höhere Zölle nicht bewirkt werden. Das wird durch die Ersahrungen aller Länder bestätigt, wo man dies Ziel anstrebte, wie einst in England, jeht in Frankreich und auch bei uns.

Nicht in der Zeit der hohen Kornzölle ift bei uns der Kornbau in die Höhe gegangen, sondern erst in den letzten Jahren.

Gestatten Sie mir noch eine kurze Bemerkung über das Interesse der Arbeiter an diefer Frage. Die materielle Lage des vierten Standes muß nach zwei Seiten hin ungunftig beeinflußt werden, wenn man den Rornzoll emporschraubt. Einmal wurde - wie ich in meiner kleinen Schrift "Rornzoll und Socialreform" ausgeführt habe - bie Kornzollerhöhung, bezw. Rornpreiserhöhung, die Tendeng jur Lohnbaiffe nach fich ziehen. Die Tendeng: ich fage nicht, daß, falls der Boll erhöht würde, das Lohnniveau in Deutschland herabgeben muffe; es tann vielmehr tropbem weiter hinaufgeben, wenn Berhältniffe eintreten, welche in der Richtung auf Lohnhausse wirken, wenn 3. B. eine gunftige Industriekonjunktur kommt, welche den Lohn fteigert. Ich fage nur, daß höherer Kornpreis zu den den Lohn niederziehenden Momenten gehört, niedrigerer Kornpreis zu den den Lohn erhöhenden. Und damit befinde ich mich in Übereinstimmung mit Allen, die neuerdings über die Theorie der Lohnbewegung geschrieben haben. Mit ihnen vertrete ich den Sat : Der Stand des Lohnniveaus ist bedingt durch die Produktivität der nationalen Arbeit; wenn lettere fteigt (wenn 3. B. die für die Deckung des Kornbedarfs eines Bolkes aufgewandte Arbeit produktiver wird, und damit der Kornpreis niedriger), fo steigt das Lohn= nibeau; wenn lettere fällt (wenn 3. B. die für die Deckung des Rornbedarfs aufgewandte Arbeit unproduktiver wird, und damit der Kornpreis höher - m. a. 28. wenn der Fall vorliegt, welcher zufolge der Kornzoll= erhöhung in Deutschland sich einstellen wurde), so fällt das Lohnniveau. Dag im Bereich der Industrie die Produktivitätsbewegung die Lohnbewe= gung reguliert, ift bei uns (Brentano, Schulze-Bavernit) wie in England, Nordamerika, Frankreich schon nahezu herrschende Meinung; ich habe nur die Konfequenz für das Gebiet der Landwirtschaft gezogen.

Zweitens würde — wie gleichsalls in jener Schrift des näheren dargelegt — der Arbeitsmartt schwankender werden, wenn man den Kornzoll emporschraubt: je höher der Kornzoll, desto stärker die Schwankungen des Kornpreises, und je stärker diese, desto größer die Schwankungen des Brotpreises, und diese übertragen sich auf den Arbeitsmarkt.

Der Kornzoll wirkt, wie auch jeder andere Schutzoll, der Stetigung des Arbeitsmarktes entgegen. Borgestern ist allerdings das Gegenteil beshauptet worden; ein Herr, dessen Ramen mir entsallen, meinte: heute könne man doch die Rotwendigkeit kräftigeren Zollschutzes nicht mehr bezweiseln; die Hochkonjunktur habe sich in Tieskonjunktur verwandelt — das Protektionssprincip müsse künftig rigoroser gehandhabt werden, um der Gesahr der

Wiederkehr solchen Wechjels vorzubeugen, um den Verlauf des Wirtschafts= lebens ebener zu gestalten. Auch Herr Prof. Pohle scheint so zu denken.

Diese Theorie — die Theorie, daß der Freihandel eine der Hauptursachen der Krisen bilde, der Schutzoll ein Präventivmittel — ist durch= aus irrig. Je freier und weiter der Markt, an dem ein Volk teil hat, desto sicherer ist, daß in Zeiten der Überproduktion das, was im Lande zu viel ist, rasch nach allen Seiten ablausen kann. Wenn Sie jetzt unsere Börsenblätter lesen, werden Sie überall erörtert sinden, daß zwar das In-land jetzt lange nicht mehr so kaufsähig sei, daß dasür aber das Ausland das Überschüssige abnehme. Wir würden, wenn wir uns mit höheren Schutzöllen umgeben, Krisen nicht vermeiden, sondern nur bewirken, daß Krisen, die unter jedem Handelsschstem sich einstellen können, künstigsschwerer und länger auf der Volkswirtschaft lasten. Blicken Sie nur auf Rußland, auf Nordamerika; dort spielen weit schlutzolles, sondern wegen des Schutzolles.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. Jollos (Berlin): Es ift tein leichter Stand für einen Ausländer, selbst wenn er vom deutschen Wesen imprägniert ist, nach zwei so hervorragenden Rednern durch die Tücke der Rednerliste ans Wort zu ge= Ich bitte Sie baber vorher um Nachficht in formeller Beziehung, hoffe mir auch die Situation etwas dadurch zu verbeffern, daß ich auf die allgemeine Frage des Zusammenhangs zwischen Industriestaat und Agrarstaat und die großen theoretischen Probleme verzichte. Ich trofte mich dabei mit der hoffnung, daß es immer Berufenere geben wird, die in der Debatte diefe Frage berühren werden. Und wenn sich Prof. Sering Deutschland nicht vorstellen kann ohne Bauernstand, so kann ich es mir nicht vorstellen ohne diejenigen Gelehrten, die, wie Oldenberg es gestern bewies, weite Berspektiven zu sehen im stande find, wo nächstliegende praktische Fragen zu erörtern find. Ich werde mich auf einen einzigen Bunkt beschränken, und awar auf die Begiehungen zwischen Deutschland und Rußland. Es ift einer ber größten Borguge bes Bereins für Socialpolitit, ber ihm die Achtung des Auslandes in hohem Maße erworben hat, daß er allen Berhandlungen Untersuchungen voraussichickt, in denen die Fragen, die hier erörtert werden, gründlich dargestellt find. Das war auch der Fall mit den handelsverträgen; aber gerade die Beziehungen zwischen Deutsch= land und Rugland find in ben Schriften unferes Bereins ludenhaft und ftizzenhaft behandelt. Es ift dies kein Borwurf für die Bearbeiter des

Themas. Dr. Arnot hat fich mit anerkennenswerter Gewiffenhaftigkeit der Aufgabe unterzogen; er hatte aber nach seinem eigenen Geftandnis feine Sprachtenntniffe und mußte darum auf ruffische Quellen verzichten. Dr. Ballob, ber in borteilhafterer Lage mar, mußte feine Zeit anderen Arbeiten widmen. In einigen Fällen hat er auch die nötige wiffenschaftliche Objektivität aus bem Auge gelaffen. 3ch will nur ein Beifpiel anführen. Es wird gefagt, Deutschland hatte bei weitem nicht den Vorteil aus dem Sandelsvertrag mit Rugland, den umgekehrt Rugland aus dem Vertrage mit Deutschland hat, das beweise ichon die Sandelsbilang. Run ift es eine fehr migliche Sache, auf Grund der Ziffern der Handelsbilang die Vorteile und Nachteile abzuwägen, da man immer mit gang verschiedenen Bahlen operiert. Wah= rend die Sandelsftatiftit Ruglands die Ginfuhr Deutschlands höher darstellt, die Aussuhr nach Deutschland niedriger, ist es in der deutschen Statistit umgekehrt. Seben wir uns die Ziffern an. Während 1889 bis 1892 vor dem handelsvertrag der Anteil Deutschlands an der Ginfuhr nach Rußland 27 % betrug, ist der Anteil 1900 auf 38 % gestiegen, und mährend Englands Ausfuhr nach Rufland um 22 % gestiegen ift, stieg die deutsche um 79-81 %. Rach einer eben aufgestellten Berechnung des Betersburger Börsenkomitees ist in den Jahren 1897/1899 Deutschlands Ginfuhr nach Rukland gegen 1889/1891 um 90 Mill. Rubel gestiegen, oder um 80 %. während in demselben Zeitraum Ruflands Aussuhr nur um 36 % ge= stiegen ist. Ich will mich in die Krämermanier nicht einlassen, ich will daraus nicht schließen, daß Deutschland im Vorteil und Rugland im Nachteil war, ich will Ihnen nur beweifen, wie wenig objektiv bon den Gegnern der Sandelsverträge die Zahlen beurteilt werden. Nun kommt Ballod und behauptet, was sonderbarer Weise in allen bisherigen Arbeiten gar nicht bemerkt worden fei, daß eine Reihe von Waren gang unmöglich beutsche Produkte darstellen könnten, wie z. B. Indigo, Baumwolle u. f. w. Ballod glaubt deshalb, die Durchgangsware — wie er diesen Teil des Exports nennt - ausscheiden zu muffen, nur fo konne man zu einem klaren Bilbe der wirklichen Vorteile des deutschen Auslandhandels nach Rufland ge= langen. Allerdings fügt er hinzu, daß ja ein beträchtlicher Teil der ruffischen Ginfuhr nach Deutschland ebenfalls zur Wiederausfuhr bestimmt sei, aber er sei unbedeutender als die Quote der deutschen Durchsuhr. Wenn man derartiges unvorbereitet und ohne von Renntnis der Thatsachen beschwert zu fein, lieft, macht es den gewünschten Gindruck. Apfelfinen, Baumwolle führen wir nach Rufland aus, das wird alles registriert ein schöner Gewinn für die deutsche Arbeit! Wenn Sie aber die Bahlen naher ansehen, bemerken Sie, daß diefer Analleffett nicht mit wiffenschaft-

lichen Mitteln erzielt ist. Es wird nämlich nicht gesagt, wie die Verhältnisse vor Abschluß des handelsvertrages maren; ferner, wenn auch die Durchgangswaren quantitativ immer größer werden, relativ ist der Anteil von 1892—99 von 25 % auf 16 % gefunken. In einem anderen Lichte aber erscheint die Thatsache, wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß in der Einfuhr fämtlicher Rolonialprodukte, Südfrüchte, Baumwolle, Reis, Farbftoffe. Kaffee u. f. w. der Anteil Deutschlands vor dem Handelsvertrag 13 %, der Englands aber 18 % betrug, wogegen jest das Verhältnis ist: England 13 %. Deutschland 20 %. Während England diesen handel nur von 3,6 Mill. auf 3,8 Mill. Bud vergrößert hat, vermehrte fich der deutsche Absatz von 2,8 Mill. auf 5,8 Mill. Bud. Er hat sich also mehr als verdoppelt. London und Liverpool find von hamburg und Bremen glänzend geschlagen. Es find gewiß nicht durchweg deutsche Produtte, die eingeführt werden, aber ich brauche mich nicht näher darüber auszulaffen, was für einen Vorteil es für Deutschland bedeutet, wenn Deutschland den Transitverkehr mit Rugland an fich gezogen hat und England, das diesen Berkehr fast monopolisiert hatte, aus dem Felde geschlagen ift. Sier haben wir ein Beispiel dafür, wie kenntnisreiche Männer, wenn fie durch die agrarische Brille sehen, die Verhältnisse auf den Kopf ftellen! Run wird ferner behauptet, die Zollreduktionen im Handelsvertrag wären bei weitem nicht ausreichend gewesen. Darüber ließe sich reben. Ich halte es für eine Fabel, wenn behauptet wird, die ruffischen Unterhändler beim Handels= vertrag wären mit einem Sact voll Zugeftandniffen nach Rugland jurudgekehrt. Das ift höchstwahrscheinlich nicht richtig. Aber wenn wir jest von einem zukunftigen Sandelsvertrage sprechen, fo gestehe ich, daß wesent= liche Vorteile für die deutsche Industrie zu erzielen maren, wenn man einen handelsvertrag ernftlich haben will, nicht aber eine Auffaffung vertritt, die schnurstracks gegen eine solche Politik ist. Will man eine solche Politik, so verlange man fo viel wie möglich, und ich verrate Ihnen, Sie können für die deutsche Industrie noch größere Vorteile erzielen. Wenn in Rufland von der hochschutzöllnerischen Partei ich wie viele andere zu denjenigen gezählt werden, die das Vaterland ans Ausland verraten, weil fie für niedrige Industriegolle find, fo troften wir uns damit, daß beffere Manner in Deutschland bemfelben Schicffal verfallen. Berlangen Sie Zugeftandniffe für Ihre Induftrie, aber in der Boraussetzung, daß Sie Ihrerseits ber ruffischen Volkswirtschaft etwas bieten. Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß mir nur noch wenige Minuten zur Verfügung ftehen. Ich verzichte darum auf die Aufzählung, was für einen enormen Borteil schon der Abschluß eines Handelsvertrages mit einem Schutzollstaat, wie Rugland

ift, bedeutet. Ich will nur noch auf eines aufmerksam machen. Es giebt eine mittlere Richtung in Deutschland, die einen gemäßigten Schutzoll gegen Rugland sich so vorstellt, daß man die Roggenzolle differenziert und fie niedriger halt als die Weizenzölle. Davor möchte ich Sie warnen. Man operiert in Unkenntnis der Thatsachen. Man überschätzt die Roggenausfuhr Ruklands. Thatfächlich bildet diefe Roggenausfuhr nur 15 bis 17 % der Getreideaussuhr, dem Werte nach aber nur 13 %. Die ganze Roggenausjuhr nach Deutschland repräsentiert 45 Mill. Bud, alfo, wenn man die Breise in den häfen zu Grunde legt, 20 Mill. Rubel. darauf zu konzentrieren und mit einer derartigen Ronzeffion gunftige Chancen ju erlangen, das ift nicht möglich. Bergeffen Sie nicht, daß ber gange Groggrundbefig Ruglands, der dort einen fehr wefentlichen Fattor darftellt, ebenso freihandlerisch ift, wie bei Ihnen noch bis in die Mitte der 70 er Jahre. Wenn Sie ben in seinen Interessen verleten, so treiben Sie diese ganze mächtige Rlaffe in das Lager ber Schutzöllner, und kommt es zu Konflitten — ich will keinen Zollkrieg malen —, höchstwahrscheinlich werden wir uns dann auf die alte Linie vor den Handelsvertragen zurudziehen. Aber Getreidezollerhöhung und Handelsvertrag sind Gegenfätze, und in dieser Beziehung macht sich Prof. Sering die Frage leicht, er betrachtet sie so, als ob Deutschland einen isolierten Staat darstelle. Herr Professor Sering, Sie haben heute mit bemfelben schönen Pathos gesprochen, mit bem Sie vor 11 Jahren in diefer Bersammlung auch die Arbeiterkoalitionen vertei= digt haben. In dem heutigen Falle halte ich aber dafür, daß Sie eine Sache der Vergangenheit vertreten haben!

(Lebhafter Beifall und Bischen.)

Borfigender: Berr Proj. Sering bittet mich ums Wort zu einer perfonlichen Bemerkung. Ich bitte, jest barauf zu verzichten und dies am Schluß anzubringen, fonft tommen wir in die große Befahr, die Berhand= lungen übermäßig auszudehnen, und ich folge wohl allen parlamentarischen Sitten, wenn ich dies am Schluß machen laffe.

Dr. R. Beliferich (Berlin): Es entspricht einem inneren Bedürfnis meinerseits und vielleicht auch einem gewiffen Bedurinis diefer Berfamm= lung, wenn ich versuche, die Debatte auf die social wesentlichen Punkte zu konzentrieren. Wir haben soeben einen Vortrag gehört über die handels= politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rugland; wir haben vorher von Herrn Projeffor Sering einen glänzenden Vortrag gehört über die Notlage der Landwirtschaft und über die Rotwendigkeit, hier Ab-

hilfe zu treffen. Geftern haben wir vom zweiten herrn Referenten eine Auseinandersetzung darüber gehört, wie die Staatsregierung, wenn fie Sandelsverträge will, fich gegen das Parlament und gegen die ausländischen Staaten zu verhalten hat und wie fie das Schiff der Bandelsvertrage mit möglichst hohen Schutzöllen beladen tann. Was speciell diefes zweite Referat betrifft, so glaube ich, daß die in ihm hauptsächlich behandelte Frage aus unserer Debatte ausscheiden kann: denn für uns kommt es nicht auf die Mittel an, fondern auf den Endauftand, der herbeizuführen ift. Es tommt jur uns barauf an, ju pracifieren, mas an bem erftrebten End= zustand socialpolitisch wünschenswert und nicht wünschenswert erscheint. Ich will mich beshalb bemühen, von diesem Gefichtspunkt aus die Wirkungen des vorgelegten Zolltarijs zu untersuchen, der vielleicht nicht in allen seinen Brundzügen erhalten bleibt, der aber als einziges greifbares Begenftuck dem jegigen Buftande der Sandelsverträge gegenüberfteht und von den Serren Referenten diefem Buftand gegenübergestellt worden ift. Ich will ver= fuchen, darzustellen, welche socialen Wirkungen ein nach der Richtung des Entwurfs liegender Tarif haben wurde. Dabei muß ich eines voraus= schicken: 3ch stelle mich voll und ganz auf den Boden der deutschen nationalen Arbeit und der deutschen Bolksmirt= schaft, ebensogut wie die Herren auf der andern Seite. Es ist nicht ganz überflüffig, das zu betonen, denn es ift leider Sitte geworden bei uns, daß die Anhänger der Richtung, die ich hier vertrete, von der andern Seite den Vorwurf des "absoluten Mangels an heimatsfinn und Nationalitätsbewußtsein" hören muffen. Gin folder Borwurf entspricht nicht den guten Sitten der deutschen Wiffenschaft und den vornehmen Traditionen des Bereins für Socialpolitik (Sehr richtig!), und deshalb habe ich hier in diesem Saale den Vorwurf nicht zu gewärtigen. Aber ich halte es aus bestimmten Gründen tropdem für klug, vorzubauen.

Meine Herren, die sociale Frage ist nun nicht ausschließlich eine Arbeitersrage; aber bei einem Problem, bei dem die breiten Massen der Bewölkerung in ihrer ganzen Lebenshaltung auf das allerstärkste beteiligt sind, — bei einer solchen Frage scheint es mir, daß sür den Berein sür Socialpolitik der naturgemäße Ausgangspunkt der ist, zu sragen: wie wirkt die geplante und auch hier bisher von den meisten Rednern empsohlene Erhöhung der Agrar= und Industriezölle auf die arbeitenden Klassen? In dieser Frage herrscht nach meiner Meinung in einem Punkte völlige übereinstimmung, nämlich darin, daß mindestens durch die Agrar= zölle eine Berteuerung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen Klassen, daß mindestens durch die

Bersammlung volle Übereinstimmung; auch Herr Prosessor Pohle, ber sonst in den meisten Punkten auf einem entgegengesetzen Standpunkt steht, hat diese Thatsache ausdrücklich konzediert. Ich glaube deshalb, daß ich mich bei einem Nachweis über diesen Punkt gar nicht weiter aufzuhalten brauche, sondern daß ich diesen Punkt als sestsshend annehmen kann.

Wenn nun die empjohlenen Wege der Handelspolitik eine Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter bewirken, dann ift die weitere Frage, die sich mit Notwendigkeit aufdrängt: Sind mit der Zollreform an sich Wirkungen verbunden, die geeignet find, die Beeinträchtigung der Lebenshaltung der arbeitenden Klaffen aufzuheben und auszugleichen, oder laffen sich mit der Zollreform andere Reformen verbinden, welche eine folche ausgleichende Wirkung erzielen können? Was Herr Projessor Sering nach der letzteren Richtung bin empfiehlt, ift ja fehr schön; aber es wird bei der gegenwärtigen Lage der politischen und wirtschaftspolitischen Machtverhältnisse nicht möglich sein, eine so weitgehende Socialresorm, wie fie Herr Professor Sering als Bedingung für die Erhöhung der Getreidezolle aufgeftellt hat, durch= zuführen. Ich glaube deshalb, daß diefer Borfchlag praktisch nicht zu dis= tutieren ist. Wir stehen damit bor der anderen Frage, ob die geplanten Bollerhöhungen aus fich felbst heraus nach irgend einer Richtung bin Bebingungen schaffen, die die Berteuerung der Lebensmittel wieder ausgleichen. Eine folche Wirfung wird in der That behauptet. Bohle hat gesagt: Wir geben zu, die Erhöhung der Agrargolle belaftet die industrielle Bevölkerung ju Gunften der Landwirtschaft; aber wir schaffen einen Ausgleich, wir gefteben euch erhöhte Industriezolle zu, diese belaften die Landwirtschaft zu Bunften der Induftrie und ihrer Arbeiter, und fo ift diefe zweite Reform geeignet, die schlimmen Wirkungen der ersten für die Arbeiterschaft wieder aufzuheben. Er stellt sich das offenbar jo vor: auf die eine Wagschale, die Industrie, kommt das Centnergewicht der Agrangolle; wenn dann auf die andere Wagschale, die Landwirtschaft, das Centnergewicht der Industrie= zölle gelegt wird, dann ift alles wieder in schönfter Ordnung, und das Bunglein der Bage zeigt wieder fenkrecht nach oben. Ich glaube jedoch, das schöne Bild ift falsch. Ich stelle mir den Borgang lebendiger bor. Ich febe die Industrie bor mir in der Geftalt eines wirklichen, lebendigen Industriearbeiters, dem das Centnergewicht der Lebensmittelzölle auf den Rücken gelegt wird. Was hilft es dem Manne, wenn ein anderer Rücken die Last der Industriezolle tragen mußte? Aber in Wirklichkeit steht es für ihn noch schlimmer, das Gewicht der Industriezolle tommt zu einem guten Teil noch auf feinen eigenen, durch die Agrarzölle belafteten Rücken. Es besteht nämlich zwischen der Wirkung der landwirtschaftlichen und der

Industriezölle der grundlegende Unterschied, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung sehr wenig landwirtschaftliche Produkte zuzukausen hat: in der Hauptsache Futtermittel, daß sind aber fließende Kapitalien sür den Betrieb, keine Artikel sür den eigenen Konsum; sür den eigenen Bedarf kauft die landwirtschaftliche Bevölkerung nur sehr wenig zu. Dagegen muß die industrielle, namentlich die arbeitende Bevölkerung in großem Umsang industrielle Produkte kausen; ja, die Verteuerung dieser Produkte trifft die Arbeiter mehr als die Bauern, weil die industrielle Bevölkerung durch ihre
ganzen Lebensbedingungen darauf angewiesen ist, mehr Industrieerzeugnisse
zu konsumieren. Es ist also durchaus nicht richtig, daß dieses zweite Gewicht der Industriezölle auf den Landwirt gelegt wird, sondern die gute
Hälste kommt noch auf den Rücken des Industriearbeiters.

Nun kann man einwenden: das mag fein, aber es handelt fich hier nicht um einen direkten, sondern um einen mittelbaren Ausgleich zu Gunften der Arbeiter, nämlich barum, daß wir in wirtschaftlicher Beziehung unabhängig vom Auslande werden; wenn wir das durch Zollerhöhungen erreichen, dann gestalten wir daß ganze wirtschaftliche Leben stetiger und gleich= mäßiger, und auf diese Weise wird der Industriearbeiter eine dauernd ge= sicherte Beschäftigung finden und eine Beschäftigung zu gunftigeren Löhnen als sonft. Gesicherte Beschäftigung und hohe Löhne aber, so hat man ge= fagt, haben für den Arbeiter eine viel größere Bedeutung als die Lebens= mittelpreise. — Auch dieses Argument scheint mir unhaltbar zu sein. Ich kann nicht sehen, wie die Gesamtmenge, welche dem Nationalwohlstand an Gütern zugeführt wird, dadurch vermehrt werden foll, daß Produkte im Inland hergestellt werden, die billiger vom Auslande zu beziehen find. 3m Gegen= teil, das Gesamtergebnis muß dadurch geringer werden. Wenn ich nun weiter febe, daß bestimmten Rreifen der Bevölkerung, fo namentlich den landwirtschaftlichen Grundbesitzern und den kartellierten Industriellen, durch die Zollerhöhungen ein größerer Anteil an dem kleineren Gefamtertrag der nationalen Arbeit zugeteilt wird, dann weiß ich nicht, wie eine beträcht= liche Verringerung des Anteils der arbeitenden Rlaffen vermieden werden foll. Daraus geht hervor, daß es mit der Kompensation der Berteuerung der Lebenshaltung durch gesicherte Arbeitsgelegenheit und hohe Löhne nicht feine Richtigkeit haben fann. Das Argument kann aber ichon beshalb nicht stimmen, weil es durchaus nicht zutreffend ift, daß die isolierte Bolkswirtschaft fich einer größeren Stetigkeit erfreut, als die an den Welt= markt angeschloffene. Das ift, wie bereits Berr Professor Diegel naber ausgeführt hat, eine gang berkehrte Vorstellung. Gerade burch den Un= schluß an die Weltwirtschaft, durch die Verteilung des Risikos auf eine

größere und breitere Flache, wird eine größere Stetigkeit bes Wirtschafts= Das können Sie auf allen Gebieten ber Bolkswirtschaft lebens bewirkt. beobachten. Die Welternte weist von Jahr zu Jahr wefentlich geringere Schwankungen auf als die Ernte irgend eines einzelnen Landes. gleiche ist der Fall auf dem Geldmarkt; hier tritt durch die internationale Berknüpfung ber Märkte eine Ausgleichung ber Zinsichwankungen ein. Das gleiche ift schließlich auch der Fall bei dem Warenabsak und mithin auch bei ber von diesem Absatz abhängigen Arbeitsgelegenheit. Das feben Sie besonders deutlich bei unserer jetigen Krifis. Diese ist hervorgegangen aus einem Rudgang ber Aufnahmefähigkeit bes Inlandsmarktes, und fie hat bereits im 2. Quartal 1900 begonnen; ber Export aber ist weiter geftiegen bis in das laufende Jahr hinein, und er hat fich feither nahezu auf seiner vorjährigen Sohe und wesentlich höher als in irgend einem früheren Jahre gehalten. Der Export hat also bisher unferer Industrie geradezu als Fallschirm gedient gegenüber dem auf den Verhältniffen des Inlandsmarktes beruhenden Riedergang.

Wenn Sie das alles zusammennehmen, dann stehen wir vor der Thatsache, daß wir mit dem neuen Zolltaris der Arbeiterschaft eine schwere Last auferlegen, der keine entsprechende Erleichterung gegenübersteht.

Nun kann man freilich sagen: die Arbeiter sind nicht allein auf der Welt; es giebt außerdem noch eine Landwirtschaft, und es giebt ge-wisse Ausblicke in die Zukunst, die uns vielleicht zu einer Politik zwingen können, die gegenwärtig die Arbeiter etwas beeinträchtigt.

Was nun die Landwirtschaft anlangt, so bin auch ich der Ansicht, daß dieser wichtige Berusszweig sich teilweise in einer betrübenden Lage bestindet. Aber ich möchte schon meine Zweisel nach der Richtung hin ansbeuten, ob der Landwirtschaft mit den geplanten Zollerhöhungen überhaupt wirksam geholsen werden kann. Bor allem jedoch muß gerade hier im Berein sür Socialpolitif die Frage ausgeworsen werden, ob die Ersolge, die mit den Agrarzöllen sür die Landwirtschaft vielleicht zu erzielen sind, mit der Benachteiligung der Arbeiterschaft nicht zu schwer erkaust wären, und ob es, nachdem einmal eine schwere Belastung der arbeitenden Klassen, und diesemein zugestanden wird, mit diesem Mittel verbunden ist, nicht doch vielleicht andere Mittel giebt, um der Landwirtschaft zu helsen. Ich glaube, nur nach dieser Kichtung hin kann eine sür die Gesamtheit unseres Vaterslandes bestriedigende Lösung gesunden werden.

Und nun der Industriestaat! Sie können nicht verlangen, daß ich in der kurzen Zeit, die mir hier zur Berfügung steht, dieses schwierige Problem aussührlich bespreche. Aber nach den Zahlen, die Herr Prosessor Schriften XCVIII. — Berhandlungen 1901.

Olbenberg genannt hat - er hat bom Jahre 1950 gesprochen -, brennt uns diese Frage doch nicht so auf den Sohlen, wie andere Berhältniffe. Oldenberg hat uns eine formliche Wirtschaftsgeschichte der Zukunft vorgetragen und er hat zu zeigen versucht, daß es unfern Enkeln und Urenkeln einmal fehr schlecht geben konnte. Gewiß, die Möglichkeit besteht, aber nicht erst seit heute oder gestern. Die Möglichkeit der Erschwerung der ausreichenden Nahrungsmittelproduktion für eine fortgefett machfende Bepolferung hat ichon zu Abams Zeiten bestanden; aber trokdem ift es bisher der Menschheit gelungen, durch Berbefferungen der wirtschaftlichen Technik und der wirtschaftlichen Organisation die Schwierigkeiten, welche uns die Natur entgegenstellte, ju überwinden, fo daß wir trot großer Bepolferungszunahme nicht zur Berelendung, sondern zu einer erheblichen Berbefferung ber Lebenshaltung gekommen find. 3ch möchte in diefem bisher im großen Ganzen fiegreich durchgeführten Rampf mit der Sprödigkeit der Natur geradezu den Hauptinhalt unserer ganzen materiellen und die Voraussehung unserer ganzen geiftigen Rultur erbliden, und ich glaube, was bisher möglich war, das wird auch in Zukunft möglich Der Vorwurf bes Optimismus ruhrt mich nicht; wir haben die höchsten Söhen der Kulturentwicklung noch nicht erklommen, und ich glaube, es ift nur gerecht und bescheiden gegenüber den nach uns kommenden Ge= schlechtern, wenn wir in dieser Beziehung optimistisch denken. Und es ist auch eine Pflicht gegenüber uns felbst, wenn wir ber Rachwelt ihre Sorgen überlaffen. Wenn man feine Straße geht und richtet feine Blicke fortgeset auf einen Bunkt am fernen Horizont, tann es einem paffieren, daß man über die allernächsten Pflaftersteine stolpert. So könnte es den Herren gehen, die fich von den plaufiblen Argumenten der Gegner des Induftriestaates hinreißen laffen. Die Magregeln, die hier empfohlen werden, würden verhängnisvoll wirken nicht in einer fernen Zukunft, sondern im gegenwärtigen Augenblick. Das übersehen die herren, weil sie sich nicht auf den Boden der gegebenen thatfachlichen Verhältniffe ftellen. Pohle fagt, wenn Deutschland jum Industrieftaat übergehen will, dann foll es fich das genau überlegen, dann mußten erst diese und jene Garantien gegeben fein. Bas foll das heißen? Ich glaube nicht, daß ein Land fich jemals überlegt hat oder in Zukunft überlegen wird, ob es den Schritt jum Industrieftaat thun foll, so wenig wie die Ifar es sich überlegt, ob sie durch München fließen will. hier liegen hiftorische Gründe und Notwendigkeiten vor, die mit unwiderstehlicher Gewalt nach einer bestimmten Richtung brangen, und ich glaube, in dieser Beziehung muffen wir uns bescheiden, hier können wir mit der Gesetzgebung und anderen Eingriffen

nicht viel ausrichten. hier bin ich Beffimift. Der Ubergang zum Induftrieftaat steht aber aus einem viel einfacheren und durchschlagenden Grunde überhaupt nicht mehr zur Diskuffion. Pohle hat aut fagen: 1879 hat noch niemand vom Industrieftaatsproblem gesprochen, heut beherrscht es die Debatten. Die Welt, die damals noch nicht vom Induftrieftaat sprach und heute bor feinen Gefahren gittert, diefe Welt ift ent= ichieden zu spät aufgestanden; denn mahrend diese Berren fich die Augen reiben und darüber philosophieren, ob fie den Schritt zum Industrieftaat magen durfen, ift Deutschland längst ein Industrieftaat geworden. Deutschland ist Industriestaat, mag es Ihnen gesallen oder nicht. Wir sind jest bereits in großem Umfang auf den Export angewiesen, und wenn wir uns die Konkurrenz auf dem Weltmarkt erschweren, indem wir durch Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter unferer Induftrie die Produktionekoften erhöhen, oder gar indem wir den Abschluß von Handelsverträgen unmöglich machen und uns dadurch große Absatgebiete verscherzen - bann fürchte ich. daß die Krisen, die Oldenberg für 1950 prophezeit, in der allernächsten Bukunft herausbeschworen werden. (Lebhafter Beisall.) Da wir nun einmal Industriestaat sind, da die Landwirte jest schon an Bahl, Steuerkraft u. f. w. hinter der Industriebevölkerung nicht unbeträchtlich guruckbleiben, fo muffen wir auch unfere wirtschaftspolitischen Magregeln dementsprechend ein= richten. Ich febe die größte Gefahr nicht im Induftrieftaat an fich, fondern darin, daß wir im Industriestaat eine agrarische Politik treiben; eine Politik, die den kleineren Pfeiler des Gebäudes, die Landwirt= schaft, erhalten will durch Magregeln, die den andern, größeren Bfeiler, näm= lich die Induftrie und ihre Arbeiterschaft, zu Grunde richten. Die Bukunft unseres Vaterlandes beruht nicht nur auf der Landwirtschaft, sondern ebensosehr auf dem guten Stand und der Zufriedenheit der breiten Maffen des Bolkes, der industriellen Arbeiterschaft. Deshalb scheint mir die große nationalwirtschaftliche Aufgabe unferer Zeit nicht in der Bekämpfung des Industrieftaates und einer extremen Zollpolitik zu liegen, sondern darin, daß wir nach Mitteln fuchen, die den einen Pfeiler ftugen, ohne den andern zu zerftören, nach Mitteln, die der Landwirtschaft aufhelfen, ohne die Arbeiter in ihrer Lebenshaltung und ihrem gesamten Rulturftand herab= zudrücken und sie gegen die bestehende Ordnung zu erbittern und aufzureizen. (Lebhafter Beifall.)

Hainisch: Hochverehrte Bersammlung! Mit Rücksicht auf die kurze Zeit verzichte ich auf eine lange Einleitung und erlaube mir, mich als Anhänger von Sering und Pohle vorzustellen. Von Pohle habe ich das schöne

Wort empfangen: Die Stellungnahme jur zukunftigen handelspolitik ist Sache des Optimismus und Peffimismus. Das macht eben die Berftandigung so ungeheuer schwer, weil Optimismus oder Peffimismus nicht zu be= weisen find, sondern in der Grundstimmung der Menschen basieren. Man kann Optimist oder Beffimist sein für die Butunft, aber auch für die Begenwart. 3th bin Beffimift für Gegenwart und Butunit. Burben mir die Dinge gefallen, so wurde ich nicht hier fein im Berein für Socialpolitit. Meines Erachtens begeht man in der Regel den Tehler, daß man die Frage der Organisation der Volkswirtschaft nicht genug würdigt. Man prägt das Schlagwort: Die Brotverteuerer und stellt die Konfumenten den Broduzenten gegenüber. Beide find aber nicht gleichwertig. Die Konsumenten find Individuen, die Produzenten ftellen eine Organisation dar, vielleicht eine fehlerhafte, aber immerhin eine Organisation. Die Organisation darf man nicht opfern, benn wer je organifiert hat, nicht bloß auf bem Papier, der weiß, wie schwer das geht. Es wundert mich daher, daß die socialen Barteien, die Socialdemokraten und die Nationalsocialen, die "Brotverteue= rung" bekampfen, ohne anzugeben, wie man an Stelle der landwirtschaft= lichen Organisation sofort eine andere stellen könnte. Ich bedauere aber auch bom Standpunkte ber Organisation die Entwicklung zum Industriestaate. Je mehr ein Staat wie Deutschland in den Weltverkehr verflochten wird, desto mehr gleiten die Zügel der Regierung, der Wirtschaftspolitik und der Socialpolitik aus den Händen der Nation. Pohle hat das fehr schön ausgeführt bezüglich der Hausindustrie, und ich könnte das Gesagte Leicht auf Grund meiner öfterreichischen Ersahrungen ergänzen. Jedes Zeit= alter hat gewiffe Schlagworte und voreingenommene Meinungen. Wir stehen unter dem Zeichen des Entwicklungsgedankens, und da macht man ben Fehler, die Darwinsche Theorie auf das sociale Leben zu übertragen: aber auch den zweiten, daß man glaubt, die Entwicklung muffe fich naturnotwendig in der Zukunft fo fortsetzen, wie fie bisher verlaufen ift. argumentiert, daß, weil die Bevölkerung von da bis da fo gewachsen ift. fie auch bis jum Olbenbergichen Busammenbruch ebenso machsen muffe; desgleichen argumentiert man, im letten Jahrhundert find die und die Fortschritte gemacht worden, also wird es so weiter gehen. Ich bin nicht ber Meinung, und möchte auf Professor Schmoller hinweisen, der in feiner Grundlegung davon ausgeht, daß man die heutige Beriode der raschen wirtschaftlichen Entwicklung für eine vorübergehende zu halten hat. Domentan können wir eine ftetige Wirtschaftsordnung allerdings nicht machen. und fo fehr ich es bedaure, fo glaube auch ich, daß die Entwicklung jum Exportindustriestaate brangt. Nur lautet die Frage praktisch nicht so:

Agrarstaat oder Industriestaat, sondern Industriestaat mit oder ohne lebensfähige Landwirtschaft. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich das wegen der Kurze der Zeit nicht näher ausführen kann. Wir muffen nach Garantien suchen, die Landwirtschaft zu erhalten, obwohl die Exportindustrie zunimmt, und da bin ich durch Lot, Rede mutig geworden. Lot wirft der Landwirtschaft eine Milliarde hin. Ich hoffe, ich mache es billiger und vielleicht beffer. Mein Vorschlag ift ein von socialen Rudfichten geleitetes Getreidehandelsmonopol. Das heißt: der Antrag Kanit, dem die agrarischen Gistzähne ausgeriffen wurden. Ich würde in allen Teilen Deutschlands, wo Korn produziert wird, die Broduktionskosten bestimmen, für jeden Distrikt gesondert, mit höheren Löhnen als Sering; würde das Betreibe von Staats wegen übernehmen, den Fehlbetrag auf ausländischen Märkten billig dazu kaufen und daraus den Durchschnittspreis für den Konfumenten machen. Dann würden die Lebensmittel immer billiger, weil die Quote, die man importieren muß, beständig wächst; ferner hätte man den Vorteil, daß das Deutsche Reich beim Abschluß von Sandelsverträgen und im Sandelsverkehr gang andere Machtmittel hatte als heute, wo jeder Ronfument felbständig tauft. Es find jest 18 Jahre her, daß ich an dem Seminar bes Professor Schmoller teilzunehmen bas Glud hatte. Bieles von damals hat fich mir eingeprägt, darunter ein Wort des Tadels. Schmoller fagte mir einmal: Ihnen fehlt die Fähigkeit, konkret zu denken, Sie fahren mit der Stange im Nebel herum. Und wenn ich im Nebel spazieren gebe. fällt mir immer dieses fatale Wort ein. Ich gewärtige, daß mir auch heute berfelbe Tadel zu teil wird. Nun bin ich in der glücklichen Lage, meinen Standpunkt bier zu vertreten, zwar nicht ausgeruftet mit der Bildung zweier Jahrtausende, wie Laffalle fagte, aber ausgerüftet mit der genauen Renntnis des Inhalts von 130 Fascikeln des Wiener Softammerarchivs. Das, was ich borfchlage, exiftiert in Ofterreich feit langen Rabren bei dem Ankauf des Rohtabaks, sowie auch in Frankreich. Es wird bei uns Tabak gebaut, in Ungarn etwa in der Ausdehnung des herzogtums Roburg, außerdem in Galizien, Dalmatien und in Südtirol. Nun kauft die Regie zu Breifen, die auf 3 Jahre im voraus feftgefett find. Dabei find die Preise in den einzelnen Ländern außerordentlich verschieden. noch mehr, die Regie berücksichtigt sogar bis zu einem gewissen Grade die individuellen Produktionskosten, indem sie den Tabakpflanzern nach der Entjernung vom Ginlofungsamte eine gemiffe Frachtloftenvergutung gemährt. Ich muß schließen, meine Zeit ist abgelausen. Ich begnüge mich, das, was ich einmal sehr genau ausführen zu können hoffe, in die Diskuffion zu werfen, und schließe mit einem Bilde aus meiner Waldmenschenexistenz.

Ich bin immer wieder entzückt über unsern Eichenwald. Schlägt man ihn auch ab, so ist es mit der Herrlichkeit nicht zu Ende. Immer wieder kommen grüne Schosse, weil die Wurzelstöcke in dem Boden geblieben sind. So verhält es sich auch mit der Landwirtschaft. Sie ist immer noch der Wurzelstock der Bolkswirtschaft, ob jetzt auch noch so viel Industrie betrieben wird. Lassen Sie mich hossen, daß dieser Wurzelstock der deutschen Nation für alle Zukunst erhalten werde.

(Beifall.)

Dr. Heckscher (Hamburg): Die Absicht, die mich hierher gesührt hat, war nicht zu reden, sondern zu hören, und ich wage im Gegensatz zu ben geistvollen Rednern des Festmahles zu behaupten, daß ich mehr gesernt habe als den Unterschied zwischen Minimal- und Maximaltaris. Falls ich die Ausgaben des Bereins für Socialpolitik richtig verstanden habe, so hat er sich als Ziel geset, durch seine Beröffentlichungen und Reserate vor einer Entscheidung, die sür das gesamte deutsche Wirtschaftsleben von so einschneidender Bedeutung ist, ein Material zu schaffen, nicht wie der einsseitig verbohrte Parteimann, sondern wie sreie unabhängige Männer der Wissenschaft. Wenn ich recht habe, so scheint es mir auch natürlich, daß ich mich einsach bei den reinen Thatsachen bescheide und mich in demselben Fahrwasser bewege, wie es sich meiner Überzeugung nach der Verein für Socialpolitik als das allein Richtige gedacht hat.

Von den Ausführungen des Herrn Professor Schumacher hat mich vor allen Dingen befremdet und überrascht die ftolze Sicherheit, mit der Schumacher die Möglichkeit eines Zollkrieges mit den Bereinigten Staaten von Nordamerika ins Auge faßt. Ich glaube, daß gerade augenblicklich ber aller= geeignetste Zeitpunkt ist, um bei einem Entgegenkommen auch von unserer Seite zu einem vernünftigen, beibe Parteien forderlichen und nüglichen Ginvernehmen zu gelangen. Darüber, daß wir nicht unter Aufgebung unferer nationalen Selbstachtung und unseres nationalen Selbstbewuftseins por Amerika im Staube liegen follen, find wir uns alle einig. glaube, die Borgange in der letten Zeit und besonders die lette Rede des ermordeten Prafidenten Mc Kinlen, die ich als fein handelspolitisches Testament bezeichnen möchte, haben bewiesen, daß in Amerika sich eine Uniwandlung vollzogen hat, und daß das kraffe Schutzoll-Zingotum, was übrigens mehr in Deutschlands Presse lebt als in Amerika, wesentlich gahmer geworden ift. Geftatten Sie mir, als hamburger, als hanseat, nur mit wenigen Worten auf die große Gefahr eines Zollfrieges binzuweisen. Wenn ich nicht die Gewißheit hatte, daß das, mas ich als

Sanfeat ausspreche, gleichzeitig auch eine wichtige Lebensader unseres ge= famten Baterlandes berührt, wurde ich mich schämen, hier bor Ihnen gu 3ch bin fest überzeugt, daß, kommen wir zu einem Zollfrieg mit ben Bereinigten Staaten von Nordamerika, wir eine weit breitere Angriffs= fläche bieten als die Vereinigten Staaten: unfere blühende Schiffahrt fteht por allem auf dem Spiele. Den Amerikanern wird es ein leichtes fein, durch einfache Instruktion der Bollbehörden, durch Erhöhung der Rosten auf Tonnengeld, den Bersonenverkehr zwischen Deutschland und Amerika auf deutschen Schiffen schlechtweg zu unterbinden. Der Anschaffungswert der Dampfer, die den Berkehr zwischen Samburg und Amerika vermitteln, beträgt allein 94,5 Mill. Mf. mit 282 000 Registertons Gehalt. Rapital würde mit einem Schlage brach gelegt, und uns würden sich zu Repressalien nicht die geringsten Möglichkeiten bieten; denn der Berkehr von Amerika zu uns auf amerikanischen Schiffen ist gleich null. Soweit ber Personenverkehr. Was nun den Güterverkehr betrifft, so handelt es sich von Deutschland aus im wesentlichen um Sendung von Industrieprodukten, von Nordamerika aus zu uns um Rohprodukte. Wenn wir nun beifpiels= weise, um auf Amerika einen Druck auszuüben, den Boll auf amerikanisches Betroleum wesentlich erhöhten, so würden wir gleichwohl nicht in der Lage fein, das amerikanische Betroleum zu entbehren, die Rosten würden also einfach unsere Konsumenten zu tragen haben. Was aber ben Getreide= import angeht, so werden wir nur dann in der Lage fein, ihn zu verhindern, wenn wir die allerschärfften Magregeln ergreifen, um den Ursprung des Getreides festzustellen. Wie leicht diese trop alledem umgangen werden tonnen, lehrte der Bollfrieg mit Rugland. Auch auf diesem Wege werden wir die Amerikaner nur fragen konnen. Und nun achten Sie, bitte, auf unsere Bettern jenseits des Kanals, die bereits auf der Lauer liegen, um unfer Erbe anzutreten. Es wird für fie leicht fein, den Berfonenverkehr, die Berforgung Nordamerikas mit Industrieprodukten, an unserer Stelle gu übernehmen. Wir haben daher allen Grund, uns vor einem Zollkrieg mit den Bereinigten Staaten in acht zu nehmen.

Zum Schluß komme ich noch auf eins. Ich habe Herrn Pohle hoffentlich nicht ganz verstanden, ich habe ein Wort gehört von der parasitischen Exportindustrie, durch welches zugleich, meine ich, ein Hieb gegen den Handel und gegen die hanseatische Schiffahrt ausgeteilt werden sollte. (Zuruf: Hausindustrie!) Ich sreue mich, wenn ich Herrn Prosessor Pohle misverstanden habe.

Jedenfalls sollte man sich wohl hüten, die Bedeutung des deutschen Handels zu unterschätzeu und sich hüten, einen der wichtigsten Rerven un-

ferer Volkswirtschaft abzuschneiben. Es mag immerhin übertrieben sein, wenn man sagte, unsere Zukunst liegt auf dem Wasser, es ist aber sicher eine Übertreibung, wenn es jetzt heißt, unsere Zukunst liegt in den Getreidefeldern. (Beisall.)

Vorsitzender: Ich mache darauf aufmerksam, daß der Borredner der erste ist, der die Zeit nicht voll innegehalten hat, nicht voll beansprucht hat. Ich empfehle sein Beispiel zur Nachahmung.

Dr. Schmoller: Da ich weder mit den Berehrern des Industriestaates und Freihandels, noch mit ihren Gegnern ganz übereinstimme, so erlauben Sie wohl auch mir, ganz kurz meinen Standpunkt Ihnen darzulegen, wobei ich freilich wegen der Beschränkung auf 15 Minuten auf das Detail nicht eingehen kann.

Ich habe mein Leben handelspolitisch begonnen als Kämpfer für Freihandel in den 60er Jahren. Ich bin damals mit großer Energie für den frangofischen Sandelsvertrag in Burttemberg eingetreten und habe baburch meine Erifteng in meiner engeren Beimat aufs Spiel gefett. Als ich aber in den 70er Jahren fah, daß die Freihandelsbewegung ihr Biel nicht erreichte, daß die Bereinigten Staaten und Rugland uns fo ziemlich verschloffen bleiben, daß wir 1869-73 in überfturzter Beife unfere Bolle herabsetten und fo bei allen Bertragsverhandlungen mit andern Staaten nichts mehr zu bieten hatten, da wurde ich zweiselhaft, ob wir auf dem rechten Wege seien. Noch mehr aber wirkten meine historischen Studien darauf hin, mich an der Allgemeingültigkeit der Freihandelsargumente zweifeln zu laffen. Ich fah, daß die meiften Staaten mit Schutzöllen groß, mächtig und reich geworden, daß die liberale schroffe Berurteilung des Merkantilismus jalich war; ich fah, daß Schunzolle, Schiffahrtsgesete und Ahnliches Machtmittel im internationalen Konkurrengkampf seien, die man gewiß oft falich anwandte, die aber geschickt, magvoll, am rechten Plate verwendet, die Volkswirtschaft doch mehr fördern, als hindern. Ich bemerkte, daß im internationalen, wie in allem Sandel fehr häufig ungleiche Rräfte fich gegenüberstehen, Starte und Schwache, Mächtige und Ohnmäch= tige, daß diefe Berichiedenheit auf alle Breisbildung und Gewinnverteilung, auf alle wirtschaftliche Entwicklung einen jundamentalen Ginfluß ausübe.

Ich sand, daß der Handel zwar vielsach beiden Teilen gleich viel nütze, daß aber, je größer die Ungleichheit der Teile sei, desto leichter der eine den Löwenanteil davon trage, der andere sogar Verlust habe, außegebeutet werde. Ich glaubte annehmen zu dürsen, daß dies bis auf einen

gewissen Grad auch für den internationalen Handel gelte, und daß deshalb der schwächere Teil, die wirtschaftlich unentwickelte Nation, das Recht und die Pflicht habe, sich dagegen zu schüßen — durch Maßregeln, wie Schußzölle und Ühnliches. Ich glaube aus der Geschichte entnehmen zu dürsen, daß alle Schußzollbewegungen mit nationalen Instinkten, Machtbestrebungen, Gleichgewichtstendenzen zusammenhängen und daher nicht verschwinden werden, solange es wirtschaftlich aufstrebende Staaten neben den gefättigten, auf der Höhe stehenden gebe, solange die Völker auch wirtschaftlich alle Machtmittel gebrauchen, die ihnen zu Gebote stehen.

Indem ich so die zeitweise und historische Berechtigung des Schutzolls begriff, konnte ich mich mit gutem Gewissen entschließen, 1879 auf unserer Generalversammlung in Franksurt als schutzöllnerischer Reserent auszutreten, damals maßvolle Getreide= und Industriezölle zu verteidigen. Sowohl die agrarische, wie die lange industrielle damalige Krisis schien mir Grund genug, uns etwas gegen das Übermaß der Konkurrenz der uns damals überlegenen Staaten zu schützen; hauptsächlich aber wollte ich eine mäßige Tariserhöhung, um durch sie wieder zu günstigen Handelsverträgen zu kommen. Aber ich habe gleich damals vor der Übertreibung derselben gewarnt.

Ich war mir damals wie heute bewußt, daß der Schutzoll ein schwersfälliges Instrument ist, daß er nur mit großer Sachkenntnis, mit Diskretion und Vorsicht angelegt werden dars, daß ihn stets die Interessenten zu übertreiben suchen, daß sast alle Parlamente der Welt, um Majoritäten zu ershalten, Schutzölle in größerer Jahl und höherem Maß dekretieren, als richtig ist, als die Regierungen verlangen. Aber ich hoffte, daß eine starke, die Parteien sührende und beherrschende Regierung, wie die deutsche damals war, nicht in diese Gesahren, denen man in Frankreich, in den Vereinigten Staaten, früher in England und anderwärts unterlag, versallen werde.

Freilich hatte ich mit dieser Erwartung nicht ganz recht; der Tarif von 1879 ging mir schon im einzelnen zu weit, und noch mehr thaten es die Erhöhungen der 80er Jahre. Ich befinde mich da in Übereinstimmung mit dem Bater des Taris von 1879, mit Freiherrn von Barnbüler, der einmal in der Post — zum Entsehen seiner schutzsöllnerischen Freunde — dringend davor warnte, die Schutzsölle so maßlos zu übertreiben. Immershin scheint mir die Politik Bismarcks in jenen Jahren bei dem Grundzedanken stehen geblieben zu sein, hauptsächlich nur die Jölle zu erhöhen, die man später zum Drucke bei Berhandlungen verwenden könne. Wenigstens das auf ofsiziellen Quellen beruhende Buch von Dr. Zimmermann über die damalige deutsche Handelspolitik betont das immer wieder. Und auch der Staatssekretär Marschall erklärte noch 1894 (26. Febr.) im Reichstag, der

5 Markzoll für Getreide von 1887 habe Rußland ein Paroli bieten sollen für die Erhöhung der Eisenzölle vom Frühjahr 1887 und für die Einsühzung der Differentialzölle auf Kohlen und Eisen. Ohne diese Erhöhung hätten wir wahrscheinlich den russischen Handelsvertrag von 1894 nicht bekommen.

Ich selbst war in Bezug auf die Erhöhung der Getreibezölle auf 3,50 und 5 Mt. sehr zweiselhaft geworden; ich habe von da an meine warnende Stimme erhoben, betont, daß wir nicht daß teuerste Industriesand der Welt werden dürsen, daß die Rüchsicht auf die Konsumenten, hauptsächlich die Arbeiter, uns hier seste Grenzen auferlege, daß es zur Abhilse der wirk- lich notleidenden landwirtschaftlichen Betriebe noch andere Mittel gebe, daß wir nicht durch Schutzölle eine Garantie hoher Grundrente übernehmen dürsen. Der erste Herr Reserent ist ja näher auf meine Vorschläge, die not- leidenden Besitzer durch den Staat auszukausen, eingegangen.

Die Caprivischen Sandelsvertrage habe ich von diesem meinem Standpunkt aus vollem Bergen gutgeheißen, weil ich in ihnen den Versuch Deutsch= lands fah, zwar die notwendigen Schutzölle Deutschlands beizubehalten, foweit fie als Ausgleichs=, als Notstandszölle oder als Berhandlungszölle not= wendig feien, aber zugleich uns einen geficherten Absatz draußen in der Welt zu garantieren; ich fah in ihnen die richtige Abkehr von dem falfchen Gedanken, in jedem Schutzoll und in jeder Erhöhung eines folchen einen nationalen Gewinn zu feben; ich fab in ihnen die Anerkennung, daß die internationale Teilung der Arbeit ihr Recht und ihren Borteil haben. Ich will aber hinzufügen, ich würde in den Jahren 1890/1892, wenn ich Gin= fluß gehabt hatte, geraten haben, mit einem ad hoc etwas erhöhten Tarif, ähnlich wie die Schweiz, in die Berhandlungen einzutreten. Ich glaube, dann würden wir in denselben etwas beffer fortgekommen fein; es waren. wie ich glaube, einseitige freihandlerische Traditionen, welche diesen auch damals erörterten Gedanken verhindert haben. Es ist der Bismarcfiche Bedanke, den man auch jest wieder aufnimmt. Aber ich wurde mit einem fo erhöhten Berhandlungstarif tein Meline'iches Schutzollinftem herbeigeführt haben; das würde ich damals wie heute für ein namenloses Unglück halten: fondern ich wäre nur dafür gewesen, uns durch einen solchen Tarif eine beffere Bosition bei den Berhandlungen zu schaffen. Und ich füge hinzu: die Gefahr, daß wir damals durch eine borhergehende Erhöhung des Tarifs vor allem im Sinne von Verhandlungszöllen in ein extremes Schutzoll= spstem hineingekommen waren, war viel geringer, als fie heute ift. Und beswegen hatte ich es für ein Gluck gehalten, wenn wir damals diefe Rorrektur, die wir jest vornehmen, schon vollzogen hätten.

Bin ich so nicht principiell gegen eine Zolltarifsrevision als Vorberei-

tung für die neuen Sandelsverträge, fo kann ich doch nicht leugnen, daß ich die praktische Vorbereitung auf diese Revision mit einer fteigenden Sorge beobachtet habe. Seit Jahren haben die amtlichen Organe des Reiches fich nicht bloß ftark schutzöllnerisch ausgesprochen, sondern auch eine sehr geschickt von den großen Intereffenverbanden geleitete, weitgehende Schutzoll= agitation gutgeheißen, begünstigt, mit ihr verhandelt, sie hauptsächlich in den sog. wirtschaftlichen Ausschuß berufen, von dem andererfeits eine ausgiebige Vertretung derjenigen Industrien und praktischen Kreise serngehalten wurde, die für eine liberale Sandelspolitik find; noch weniger hat man in ihm die Millionen Konsumenten, die Arbeiter, geschweige die unparteiische Wiffenschaft jum Wort verstattet. Die Thätigkeit dieses schroff schutzöll= nerischen Ausschusses hat doch wohl den Haupteinfluß auf den neuen Tarif gehabt; ich bin förmlich erschrocken, wenn ich gelegentlich Fabrikanten, die Schutzölle für sich in Berlin durchsetzen wollten, die Geheimen Rate, die den Tarif machten, aus allen Tonarten rühmen hörte, wie gelehrig und folgsam fie feien. Da alle diese Vorgange in das Dunkel bureaukratischer Beimlich= keit gehüllt sind, ist ein sicheres Urteil ja nicht möglich. Aber ich habe die Empfindung, daß die Regierung doch wohl gegenüber den haupt= interssenten an folchen Bollen zu nachgiebig gewesen sei, daß sie besser manches von der Vorbereitung in öffentliche Enqueten, wie 1879, verlegt hätte, daß sie zu ausschließlich ben ganz großen Gisenindustriellen und Groggrundbesitzern gefolgt ift, und vor allem habe ich die Empfindung, daß ein großer Teil der eigentlichen leitenden Beamten in eine blinde Berherr= lichung des gleichmäßigen Schutzolles für alle Zweige der nationalen Produktion hineingekommen sei, den Schutzoll als solchen für ein Glud betrachtet und die entgegengesetten Vorteile internationaler Arbeitsteilung, die Not= wendigkeit der Sandelsvertrage verkannt habe.

Die Bermehrung der Tarispositionen war wohl nötig; ob aber die Steigerung bis auf sast 1000 einzelne Säße nötig war, ist mir zweiselhaft. So viele hatten die preußischen Tarise vor 1806; man hat dann eine möglichst geringe Zahl Sammelpositionen gemacht, weil das die Borausssehung einer einsachen, glatten, raschen, liberalen Zollverwaltung ist. Bischer konnte der Bundesrat nur die Waren von 3 Tarispositionen auf die Absertigung an den großen Zollstraßen und estellen beschränken; jest kann er diese außerordentliche Beschränkung sür alle Waren, wo er es nötig sindet, aussprechen; das ist die Folge eines so komplizierten Tariss. Das Zollversahren wird auch sonst viel schwieriger und zeitraubender; eine Ochsenberde von 100 Stück war bisher an der Grenze in zwei Minuten gezählt, pro Stück zahlte man 25,50 oder 30 Mk.; jest müssen die 100 Ochsen ge-

wogen werden, der Zoll bemißt sich nach dem lebenden Gewicht; das fordert ein ganz anderes Bersonal, einen andern Apparat, sehr viel längere Zeit.

Einen besonderen Minimaltarif für alle Waren oder sür einige halte ich staatsrechtlich, politisch=diplomatisch und volkswirtschaftlich sür einen Fehler. Es liegt in demselben ein Mißtrauensvotum des Parlaments und der Schutzollsührer gegen die Bundesregierungen, eine Fessel sür unsere Unterhändler, ein salsches Aufdecken unserer Karten bei den Verhandlungen. Es ist die schlechte Nachahmung einer schlechten sranzösischen Einrichtung. Man hat auch in Frankreich bei den Verhandlungen doch immer wieder unter den Minimaltaris gehen müssen. Die Absichten Frankreichs bei dem Minimaltaris waren, überhaupt möglichst wenig Verträge zu schließen. Unsere Absicht muß die entgegengesetzte sein; um so salscher ist der Minimaltaris bei uns.

Immerhin, ein festes, fundamentiertes Urteil über die publizierte Borlage ift nicht recht möglich. Ich habe versucht, fie genau zu studieren, fie blieb mir ein Buch mit 7 Siegeln. (Heiterkeit.) Ich weiß nichts über die Motive; ich weiß nur, daß es in Berlin als offenes Geheimnis gilt, die drei Reichsämter seien über die ganze Zollvorlage recht verschiedener Meinung und Absicht. Ich weiß also nicht sicher, wer fie und zu welchem Zwecke er sie gebrauchen wird. Ich sage mir: dieser Tarif kann trot der Fehler, die ich in ihm fehe, in den Sanden eines großen, weitblickenden Staatsmannes und eines fehr geschickten Diplomaten uns ebenfogut eine neue Ura der Caprivischen Handelsvertrage bringen, und zwar eine berbefferte Auflage, wie er in andern Sanden, in denen eines einseitigen Schutzöllners, uns in ein Melinesches, überspanntes, unglückliches Schutzinftem hineinführen tann. Der erftere wurde die Mehrzahl der übermäßig erhöhten Sage, von benen man ja manchen anfieht, daß fie nur jum Berhandeln mit diesem oder jenem Staat eingefügt sind, durch die Verträge forrigieren; ber lettere wurde das nicht thun. Und bann haben wir einen Sochichutzoll, von dem man vielleicht hoffen tann, daß eine ftarte entgegen= gesetzte Agitation ihn bald wieder fturgen wird, der uns aber auch für Jahre fehr viel Schaden thun wurde. Bleiben die vorgeschlagenen Bolle im wefentlichen unverändert, bleiben die fämtlichen agrarischen Rölle des Maximaltarifs, so halte ich dies für ein großes Unglück, während ich Betreidezölle im Betrage etwa des Minimaltarifs immer= hin für diskutabel halte, wenn ich einzelne derfelben auch noch gern herabsette, jedenfalls die Gleichmäßigkeit der Erhöhung aller agrarischen Bolle für falfch halte. Will man z. B. die deutsche Biehzucht heben, so darf man nicht zu den erhöhten Biehzöllen hohe Bolle auf die Futtermittel legen, die wir aus dem Auslande beziehen muffen.

Ich fürchte, die ganze Gleichmäßigkeit der Erhöhungen im Tarif hat ihre Ursachen nicht in der Einsicht, daß diese gut und vernünstig sei, sondern in der Absicht, damit möglichst alle Stimmen außer und im Reichstag zu gewinnen.

Nun zum Schluß noch ein allgemeines Wort, das mir nicht unangebracht scheint gegenüber den übertreibungen von beiden Seiten. Die Anhänger des Taris, des wirtschaftlichen Ausschusses, des Grasen Posadowsky, der Bund der Landwirte und die Großindustriellen der Stapelindustrien gebärden sich, als ob wir unsere Schutzölle sür alle Zweige des nationalen Wirtschaftslebens nicht genug erhöhen könnten. Die Gegner des Tariss bringen die alten Freihandelsargumente von Mill und Bastiat vor, als ob vom extremsten Freihandel stets nur Segen gekommen wäre. Gegenüber beiden möchte ich mein historisches Urteil so begründen.

Mls vom 16. bis 18. Jahrhundert die relativ kleinen westeuropäischen Staaten ihre nationalen Volkswirtschaften im Kampfe untereinander begründeten, waren für fie 100-200 Jahre lang Schutzölle und Ahnliches heilsame und notwendige Mittel des Emporkommens, der Gewerbe= und Handelsbeförderung, der innern Arbeitsteilung und wirtschaftlichen Erziehung : fie wurden ein Unglud, als man fie (3. B. in England von 1676—1740 an) übertrieb, als man ftatt Zöllen von 10-40 % bes Warenwertes folche von 100-200 % einführte, zahllose Aus- und Einfuhrverbote erließ, damit einen ungeheuren Schmuggel erzeugte, die Schutzoll= und Prämienmaschine zu Monopolen und Bestechungen verwandte. Von 1750 bis 1850 war das Merkantilspftem durch seine Übertreibungen entartet. Die Freihandelslehre bewies dies, die Freihandelsara von 1818-75 zeigte die Borteile der internationalen Arbeitsteilung; man glaubte nun freilich zu unbedingt, daß bei ganz freiem Sandel alle gleichmäßig gewinnen und vorwärts kommen, daß die Ratur jedem Lande feine gang besonderen Borteile zugewiesen habe, durch deren einseitige Ausnützung es sich und den andern Ländern am meisten nüte.

Die Einseitigkeiten der Freihandelssehre und die Übertreibung, mit der auch schwächere Staaten ihren Taris 1866—75 reduziert hatten, erzeugten die neue schutzöllnerische Üra. Aber nicht sie allein. Es kam hinzu, daß die neue Staatenbildung einige riesenhafte Großstaaten und zahlreiche kleine Staaten und Kolonien geschaffen hatte, welche nun ähnliche Interessen hatten resp. erhielten, wie sie England, Frankreich, Preußen und Österreich im 17. und 18. Jahrhundert gehabt. Diese Neubildungen wollten sich in ihrer Macht und in ihrer Volkswirtschaft konsolidieren, die letztere allseitig entwickeln, sich von der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den älteren in-

duftriellen, fapitalkräftigen Staaten befreien. Es ist natürlich, daß sie wieder zu Schutzöllen und Uhnlichem griffen.

So ift die neue Schutzollära, der Neomerkantilismus, entstanden, nicht weil die Theoretiker und Staatsmänner unsähig waren, die schönen Argumente des Freihandels zn verstehen, nicht weil überall einige Monopolisten und Großsabrikanten die Regierung beherrschten, sondern sie ist aus natürlichen Bolksinstinkten heraus entstanden, gerade auch in den Ländern mit sreiester demokratischer Bersassung. Sie stützt sich nicht bloß, vielsach nicht in erster Linie, auf die Listsche Lehre der Erziehungszölle, sondern sie entspringt aus dem mehr instinktiv gesühlten, als klar verstandenen Motive, daß in den Zöllen ein internationales Machtmittel liege, das, geschickt besnützt, dem eigenen Lande nützen könne.

Freilich überfieht dieser Neomerkantilismus nun vielfach, wie jede derartige, auf populäre Schlagworte bafierte Bewegung, daß diefe Mittel auch ebenso oft falsch und ungeschickt gebraucht werden können als richtig. Agitation der Intereffenten fieht meift nicht, daß die übertriebenen Schukzölle im ganzen mehr schaden als nügen. Und fo find Rugland, die Bereinigten Staaten und Frankreich in ein Hochschutzollinstem, ja teilweise in eine auf Macht und Gewalt pochende Sandelspolitik der schlimmften Art zurückgefallen, welche diese Länder selbst wirtschaftlich viel mehr in ihrer Entwicklung hindert, als fördert, und was noch schlimmer, welche Schule macht. zur Nachahmung und Entgeltung reizt. Der Borgang nötigt alle Staaten zu gewiffen handelspolitischen Gegenmagregeln, zu einem gewiffen Schutfbftem. Begen die aggreffiven Magregeln diefer Staaten muffen auch wir ung eine gewiffe Ruftung anschaffen, konnen wir nicht schutlos uns jum Freihandel bekennen. Ohne eine gemiffe Zollruftung kommen wir auch, wie ich schon ausführte, nicht zu Sandelsverträgen. Gin erhöhter Berhandlungstarif ift beute die unerläßliche Brücke zu folchen. Und deshalb hat auch Professor Schumacher nicht vom Thema abgeirrt, sondern den fpringenden Bunkt getroffen, wenn er die Bedeutung von Verhandlungszöllen erörterte. Diefe Dinge ignoriert, der bleibt mit der Stange im Nebel und Wolfentududsheim, ohne auf diefe reale Erde mit ihren Intereffengegenfaken und Rämpfen binabzufteigen.

Aber die Rolle Deutschlands darf und soll nicht sein, nun die maßlosen neomerkantilistischen Übertreibungen Rußlands, Frankreichs und der Bereinigten Staaten nachzuahmen, sondern unsere Ausgabe geht dahin, diesen Neomerkantilismus auf dem Umwege von Handelsverträgen zu bekämpsen und ein vernünstiges Maß billiger und gerechter Handelspolitik im ganzen internationalen Berkehr der civilisierten Welt herbeizusühren. Bon diesem Standpunkte aus kann ich die Joee eines erhöhten Verhandslungstaris billigen, wenn er richtig benutt wird, wenn er uns gute Hanselsverträge bringt, wenn er uns nicht zu hohe Lebensmittelpreise schafft. Die landwirtschaftliche Krisis leugne ich nicht; ich will auch keine Aussebung der bisherigen Getreidezölle, ich lasse über einige Erhöhungen mit mir handeln. Im übrigen sagte ich schon: es giebt neben der Handelsvertragspolitik noch andere und erhebliche Mittel, die man zu Gunsten der Landwirte ergreisen kann, welche in Not sind und gerettet zu werden verzbienen. Aber freilich, da kommt die Frage: werden sie von den Regiezungen ergrissen werden? Diejenigen, die Freihändler sind, sagen, die Rezgierung solle doch diese Mittel ergreisen. Dagegen seien sie nicht. Umzgekehrt sagt Sering, er sei sür die höheren Getreidezölle, aber nur, wenn die Regierung eine richtige Socialpolitik sonst treibe. Die Gegner der Getreidezölle antworten ihm, das werde und könne nicht geschehen, dasür sei unsere Regierung im Augenblick nicht zu haben.

Ich versolge diese praktischen Möglichkeiten nicht weiter. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die deutschen Bundesregierungen das im Gesamt-interesse Richtige sinden mögen, daß sie von der übermäßigen Beeinflussung durch die Kapitalmagnaten der Industrie und des Grundbesitzes sich freishalten. Ich hoffe, daß sie dann auch wieder den Weg sinden werden, der zu den notwendigen und heilsamen inneren socialen Resormen hinsührt.

(Beifall.)

Projessor Dr. Suber (Stuttgart): Die trockene Wissenschaft der Nationalokonomie hat hier und da auch einige erfrischende Lichtblicke, und dazu gehört, ein Urteil zu hören, wie wir es soeben von Prof. Schmoller gehört haben, und ferner auch, wenn wir Anfichten mit Begeisterung vorgetragen hören, wie es etwa gestern geschehen ift. In diesem Lichte erscheinen mir die vielstündigen Korrejerate; Berr Beckscher-Bamburg hat einige Ausführungen des Prof. Schumacher doch wohl zu tragisch genommen: die Art, wie 3. B. diefer herr darlegte, man folle einen Differentialkrieg mit Nordamerifa einleiten, machte ebenso, wie das schone Wort von der "parafitischen Exportindustrie" einen erfrischenden Gindruck; der Schlachtruf jum Differentialfrieg mit Amerika wurde schon 1894 sehr kräftig gehandhabt: man folle, hieß es damals, auf die Menfur, es gehore bloß Courage dazu, das andere werde fich bon felbst ergeben! Und doch find wir auf einen fo schweren Zollfrieg durch die unumgänglich erforderlichen Allianzen auch nicht im geringsten vorbereitet; ich brauche das nicht weiter darzulegen. — Prüfen wir näher den Aufbau der Beweisführung der Korreferenten, so jällt

fojort in die Augen: die Berren nehmen verschiedene unbewiesene Behauptungen jum Ausgangspunkt; fie behaupten: erftens, dag mir auf einem Wirtschaftsspftem, wie dem heutigen, nicht weiter bauen konnen. Ich möchte herrn Brof. Pohle bitten, außeinanderzuseten: wer hat denn darauf gebaut? - die Reichsverwaltung? und in welchem Moment hatte fie abbauen follen? Gin zweiter Ginwand geht dahin, Frankreichs Exportinduftrie fei lebengfräftiger als die deutsche: dem wird kein Sachverständiger bei= ftimmen können. Sodann murbe brittens gesprochen von Englands früherer Borherrichaft, aber das pagt nicht mehr für heute. Biertens murde bebehauptet, Englands Landwirtschaft sei zu bedauern, weil der Getreidebau zuruckgegangen fei: diese ganze Darlegung wird noch in kunftigen Zeiten viel zur Erheiterung des Reichstags beitragen. — Nicht viel ernster kann ich Serings Darlegungen nehmen. Mit Recht hat er für seine formelle Darftellung allgemeinen Beijall erlangt, aber an der Begründung habe ich den gleichen Mangel gefunden. Er rief aus: "Laffen Sie die Landwirtschaft zu Brunde geben!" - die Landwirtschaft geht feit 20 Jahren zu Grunde; Beter Reichensperger hat schon 1887 dargelegt, das Centrum solle sich nicht durch derartige Übertreibungen fangen laffen, und dadurch bewirkt, daß der Boll ftatt auf 6 Mt. auf nur 5 Mt. bemeffen wurde. heute wurde es Dr. Serings Aufgabe fein, zu beweisen, wieso die Landwirtschaft zu Grunde geben wurde, wenn wir den 3,5=Mark=3oll beibehielten. Woran hat ferner Sering einen Anhalt dafür, daß der Großgrundbefit - wenn einmal feine Macht durch den Hochzoll noch gesteigert worden ist - sich social bethätigen wird, der gleiche Grofgrundbefit, der jeder Socialreform den erbittertften Widerftand entgegensett? Das ist ein Wechsel, den niemand honorieren wird. — Gehe ich auf Dr. Bohles Beweisführung näher ein, fo dreht fie fich um die Antithefe: "vollftändiger Freihandel oder 5=Mark-Boll." Das ift wohl verfehrt; ich kenne kaum jemand, der an die Aushebung der Zollbarriere heute ernstlich denken würde, das will auch nicht der extremfte Freihandler; Dr. Pohle beschwört einen Kampf gegen Windmühlen herauf. Selbst mas den 5=Mark=Zoll betrifft, stößt er offene Thüren ein; auch über den 5-Mark-Boll läßt man auf freihandlerischer Seite die Frage offen, ob man nämlich nicht z. B. gegen Rußland einen 5=Mark-Boll als Verhandlungszoll haben soll. Der Streit dreht sich, wie Proj. Schmoller richtig andeutet, nicht um Mark und Pfennige, sondern um den dahinterstehenden Willen und um den Grundcharakter des Gefetzentwurfs, um die Ausführung: der Tarif tann, je nach bem Beift, in bem er gehandhabt wird, eine Chamade ober eine Fanjare werden. Allerdings meint Dr. Schumacher, der Tarif stellt nicht die Ansicht der Regierung, sondern nur einiger ihrer Organe

dar; aber das find doch die Organe des Reichstanzlers, welche die Sache auszuführen haben. Solange diese Organe ihre Tendenz dem Tarif aufdrücken, kann ich zu der ausführenden hand kein Bertrauen haben. Es ist ja ein bekanntes Wort, daß der Reichskangler von den Geheimräten abhängig ift, und gerade im hinblick auf diefe herren glaube ich, daß der nunmehr porliegende Tarif nicht als Vorspann für die Wiederanknüpfung günstiger Sandelsverträge dienen tann. — Das find die Ausgangspunkte. Wie fteht es nun mit den Folgerungen? herr Dr. Pohle hat zu viel bewiesen und schießt damit über das Ziel hinaus; in 8/4 stündiger Ausführung hat er den Acheron, Himmel und Bolle dafür beschworen, daß bas heutige Industrieshstem derart sei, daß man sagen müßte: "écrasez l'infame!" Statt dessen fommt er darauf hinaus, es sei ein 5= bis 6=Mark=Boll zu nehmen. frage ich: warum zieht er denn nicht die logische Konsequenz? Er thut das nicht und kann es auch nicht; deshalb können auch die Voraussetzungen nicht richtig sein. Es ist dann von ihm auf Dr. Gisenbart exemplifiziert worden: der Bergleich hinkt mehr als irgend einer. Ich gehe davon aus: noch immer hat die naturgemäße Entwicklung des Großverkehrs und der Großindustrie — wenn auch vorübergehend Wunden ge= schlagen — boch schlieflich und indirett alles immer wieder ausgeglichen. Und umgekehrt hat jeder Eingriff - irgend welcher Art - in eine naturgemäße Entwicklung wohl einigen Begüterten Sondervorteile gebracht, schließlich aber immer wieder den nichtbesitzenden Rlaffen geschadet. Bon Dr. Pohle wird nun verlangt, man folle einen fünstlichen Gingriff machen, und zu= gleich behauptet: die andere Richtung, die eine naturgemäße Entwicklung will, die sei die Kur à la Dr. Eisenbart. Aber wenn man den Weltmarkt im Interesse der Staatsraison einschränken soll: ist denn eine solche Maßregel nicht ein Eingriff à la Dr. Eisenbart? — Liegt es benn ferner überhaupt im Intereffe des Deutschen Reiches, wenn Nordamerika fein Hoch= schutzollspftem aufgiebt? Ich glaube, die amerikanische Industrie ift bann noch viel gefährlicher. Und ift es denn vorteilhaft, daß sich die Landwirte bem Kornbau wieder mehr zuwenden? Alle Fachkundigen fagen feit vier Jahrzehnten das Gegenteil. — Seine Beweisführung sucht Dr. Pohle mit einigen Begriffen allgemeiner Art zu ftüten : 3. B. die Induftrie gable die Agrarzolle und die Landwirtschaft die Industriezolle. Darin liegt kaum der Bruchteil einer Wahrheit. Mit dem gleichen Rechte läßt fich annehmen, daß die Industrie ihre Bolle felbst trägt (nämlich die Qualitäts= industrie die Begunftigungen der fartellierten). Dr. Pohles Sat hatte u. a. zur Voraussetzung, daß die Kornzölle sofort im Brotpreis zum Ausdruck kommen und dann deffen Berteuerung sofort im Lohn. Das ist doch Schriften XCVIII. - Berhandlungen 1901. 18

nicht eine allgemeine Erjahrung oder eine allgemein anerkannte Wahrheit; ber Sat aber, als ob die Industrie die landwirtschaftlichen Bolle trage, ift ber Ausgangsbunkt bes Professor Bohle, feine ganzen Ausführungen ruben deshalb auf einer falichen Grundlage. Woraus besteht denn die Ronfumentenmasse, die "misera contribuens plebs"? Zwischen "Landwirtschaft" und Kornbauern ist doch ein Unterschied, nur 15 % der Landwirte hängen in ihrer Existenz von dem Kornbau ab; es ist 3. B. kein Rachteil für Englands Bolkswirtschaft im allgemeinen gewesen, daß die Weizenfelder etwa in Wiefen und Barts umgewandelt murben. Weiter imputiert Dr. Pohle dem Zollgesetz von 1879 die Absicht, den Kornbau ju ftarken. Ich bitte um Auskunft: wer war berjenige, der 1879 ben Kornbau ftarken wollte? Ich habe mir in das Getriebe jener Tage einen Einblick verschafft, weiß aber nicht, wer dieser Mann war - Rardorff? oder Bismarck? oder Bueck? Ich bestreite, daß gerade der Schut das maggebende Motiv war. Damals war die Annahme, das Ausland trage den Boll, die allgemein herrschende, und das Wort von der Förderung des Getreidebaues murbe nur verschämt und nur gelegentlich, um die Absichten des Finanzministers zu verdecken, gebraucht. So entstehen, wir können das hier mit eigenen Augen verfolgen, allmählich nationalökonomische Spfteme. Denten wir uns, in hundert Jahren grabt ein fleifiger Mann unfere Berhandlungen aus und lieft dann die Motive für den 1879er Tarif bei Dr. Pohle nach, dann wird mit einem Male in der Geschichte eine ganz andere Politik hineingeheimnißt, als thatfachlich der Fall gewesen ift. -Die Herren Schumacher und Pohle haben endlich die Aquivalent= und Kompensationstheorie hervorgezogen; fie haben aber in keiner Weise nachgewiesen, 1) inwiesern die Industrie 1892 einen Voraus empsangen hat, und 2) inwiefern die hunderterlei kleinen Zollerhöhungen dem Bertrags= abschluß vorarbeiten könnten. Seute allerdings besteht ein Zusammenhang zwischen dem Gifen- und Roggenzoll, und zwar durch den "Rubhandel" (große heiterkeit) und die "Sammlungspolitik" von Miquel. Aber ein innerer Zusammenhang, wie Pohle und Schumacher angenommen haben, besteht nicht. Die industrielle Auswärtsbewegung, die 1896 einsetzte, und der seit 1885 hervortretende Niedergang der Landwirtschaft sind zwei inter = nationale, allen Weltmarktstaaten gemeinsame Erscheinungen; ihre Hauptursachen fallen räumlich nicht mit dem Deutschen Reiche und zeitlich nicht mit den Caprivi=Berträgen, hinter benen fie um Jahre gurudreichen, zusammen. Diese jahrelang früher vorbereitete Entwicklung hätte sich 1896 für die Industrie in der Richtung nach auswärts, und für die Landwirt= schaft in der Richtung nach abwärts fortgefett, auch wenn der 5=Mart-Boll

aufrecht erhalten worden ware. Es widerstreitet der nationalökonomischen Logik wie den Thatsachen, wenn man sagt, die Industrie sei auf Rosten der Landwirtschaft in die Höhe gegangen. Pohle zählte unter die Industrien, die an dem Aufschwung teilgenommen haben, z. B. auch das chemische und die graphischen Gewerbe auf. Ich frage: welche Borteile überhaupt haben denn diefe Industriezweige von den Böllen gehabt? -- Meine Berren! Der Vorsikende mahnt mich, jum Schluffe zu eilen: ich kann deshalb den Schluß aus diefer gedrängten Rritit, sowie die Wirkungslofigkeit des "lückenlosen" Taris, den Kampi= und Kompensationszoll nicht mehr näher be= leuchten und schließe damit: Neben dem Brot begehrt heute unser Volk vor allem auch die Freiheit, und nun will man dem Volke und dem ganzen Erwerbsleben spanische Stiefel anziehen. Wohin das führen kann, dafür haben wir Thatsachen: die Bier- und Brotkramalle 3. B. der 40er Jahre wir stehen damit hier in München auf historischem Boden. Statt der Thatsachen versuchen es die Herren DDr. Schumacher und Vohle mit schwarzgefärbten Prophezeiungen, obgleich folche in England schon seit Ricardos Beiten allen Kredit verloren haben; prophezeien aber, das ift ein undankbares handwerk: es sollte damit doch auch bei uns endlich ein Ende Ein Beispiel anderer Art haben wir an den agrarischen Rezepten in der Gesetgebung: damit ift schon die Probe gemacht worden; was versprachen sich die agrarischen Führer nicht alles von der Doppelwährung? was von dem Antrag Kanig? was wurde mit der Börsenreform erreicht? was mit dem Warenhausgesetz? Es bestätigte sich, was die Agrarier auch im privaten haushalt gezeigt haben: fie haben den Anschluß an den Fortschritt der Zeit verfäumt und Jahrzehnte verträumt. In gleicher Beife ware es auch für unsere Socialpolitik verhängnisvoll, wollte fie fich mit dieser reaktionären Politik identifizieren.

(Beifall.)

Unterstaatssekretär z. D. Professor Dr. v. Mahr (München): Wenn wir eine politische Versammlung wären, würde ich Ihnen die Freude machen, auf das Wort zu verzichten, denn nach der Gestaltung der Reserate und nach dem Gange der Diskussion könnte ich mich vom Schutzousstandpunkt für besriedigt erklären. Aber sür eine wissenschaftliche Versammlung scheint cs mir richtig, daß von möglichst vielen Seiten der wissenschaftlichen Stellungnahme Ausdruck gegeben wird im Sinne wissenschaftlicher Analyse, nicht socialpolitischer Agitation. Ich werde deshalb auch nicht die Störung des socialen Friedens an die Wand malen, obwohl man meinen könnte, daß die Herren, die diese Störung behaupten, sie doch wohl selber

nicht fo fehr glauben befürchten zu muffen; benn diese Störung ift schon ba in der Art der Schilberung der vermeintlichen Wirkungen der Getreide= golle. (Lebhafter Widerspruch.) Jawohl! — Alle Punkte der vorwürfigen Frage in ihren Einzelheiten zu berühren, ift nicht möglich. Ich knupfe nur im allgemeinen an das Ergebnis der Referate an, und geftatte mir für weitere Einzelheiten auf meine soeben erschienene Schrift "Bolltarifentwurf und Wiffenschaft" Bezug zu nehmen. In den Referaten von Schumacher und Pohle ist nach meiner Überzeugung der richtige volkswirt= schaftliche Gesichtspunkt in der Hauptsache zum Ausdruck gelangt. Richt mit allen Einzelheiten bin ich einverstanden, aber mit dem Grundton und den Grundzügen. Gin ganz anderes Bild bietet das Referat des Rollegen Log. Dieses Referat ist ein eigenartiges Mischgebilde einer extrem weltwirtschaftlichen Auffassung auf der einen Seite und einer extrem privatwirt= schaftlichen Auffassung auf der andern Seite, insbesondere soweit die darin behandelte Kornzollfrage in Betracht kommt. Weltwirtschaftlich ist der Grundgedanke: die Landwirtschaft muß heraus aus ihrem Arbeitsfelde, fie muß, wie man das ja fehr fein und schon ausdrückte, die Anpaffung an die überwiegenden Industrieftaaten vollziehen. Wie das geschehen foll. ist nur ganz flüchtig behandelt, aber mit einem wichtigen Zusat, mit dem Zusat "nach großen Abschreibungen" — wenn die großen Abschreibungen gemacht find, dann wird die neue Landwirtschaft der Zukunft fich ganz gut befinden. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, der hier kurz berührt wurde, biefe "großen Abschreibungen", ober nach ber Faffung eines andern Rollegen die direkte Accentuierung der Bodenentwertung, um der Landwirtschaft auf die Beine zu helsen. Unsere Bauern werden es aut begreisen, dieses Re= gept für eine Rur nach Dr. Gifenbart: lagt eure Grundstücke nur guerft entwerten, danach werdet ihr ganz samose Geschäfte machen! Es ist aber auch nach einer andern Richtung hin fehr wichtig, dieses Geständnis. Wir brauchen nicht mehr die Untersuchungen darüber, wie weit der Getreidezoll dem kleinen Bauer noch nükt; er spürt es ja am besten am Grundwerte. Sagen Sie dem Bauern, nun kommt eine neue Politik, und die Folge wird fein, daß bein Grund und Boden so viel weniger wert ift und später vielleicht gar nichts mehr. Das genügt. Die Bauern werden fich wohl merken, was fie zu erwarten haben, wenn man fie ungeschützt in das Ge= triebe der Weltwirtschaft fturgen will.

Richt minder interessant ist das, was ich die extrem privatwirtschaft= liche Seite genannt habe. Das sindet seinen Ausdruck darin — und das zieht sich wie ein roter Faden durch die Antikornzollerörterungen hindurch —, daß man die Folgen der Verteuerung des Brotes an der Gestaltung des Budgets des Arbeiters in der einseitigsten, elementarsten Hausfrauenweise

277

behandelt. Man sieht in der ganzen Sache nichts anderes als die Er= höhung des Postens im Ausgabebudget, und fingiert dabei, der ganze Rest des Budgets, der stehe fest, und nun komme die Erhöhung des Brotbreises und bringe den Haushalt in Berwirrung. Als ob es fo zuginge im Haushalt. Der ganze Haushalt bewegt sich fortwährend, es ist das die Elasti= cität, wie ich es nennen mochte, der Saushaltungsgestaltung. Es bleiben die Ausgaben nicht gleich, auch nicht auf allen andern Gebieten, Wohnung, Rleidung, Alkoholverbrauch u. f. w. Das Entscheidende aber ift die Ginnahme= feite, und davon ift bei der üblichen Betrachtungsweise nicht die Rede. Es wird fingiert, es andere sich nichts auf der Einnahmeseite, man fieht nur die größere Ausgabe für Brot. So anorganisch darf man aber die in Frage ftebende Erscheinung nicht auffaffen. Gerade Kollege Lot hatte nach bem Graebnis feiner fonftigen Erörterungen felbst auf ben Gedanken kommen muffen, daß das nicht gulaffig ift. Bagern hat die hochften Getreidepreife : hat man deshalb irgendwo von einer Kalamität der baperischen Arbeiter gegenüber den Arbeitern in billigeren Getreidepreisgegenden gehört? Rein! Sier haben Sie das Schlufergebnis all der Verschiebungen und Abmälzungen, die für die endaultige Haushaltsgestaltung eine große Rolle fpielen. Wer auf dem Standpunkt fteht: Um Gotteswillen nicht einen Boften der Ausgabe erhöhen! der Mann, ber das vertritt, muß auch die niedrigsten Löhne verlangen. (Widerspruch.) Gewiß! natürlich nicht der eigenen Löhne des Haushalters, wohl aber aller jener, deren Arbeit der Haushalter unmittelbar ober in verzehrten Produkten nutt! Alfo mit diefer mechanischen Auffaffung, mit diefer Sausfrauenart der Saushalts= beurteilung kommen wir nationalökonomisch nicht durch. Ich bin nicht Bertreter der niedrigst möglichen Preise, weil ich darin eine Berelendung der nationalen Bolkswirtschaft febe. Das Entscheidende ift nicht die ein= feitige Frage, wie sich ein Vosten im Ausgabebudget verhält, sondern wie das Gegengewicht der Ginnahme dazu fteht, und wir werden fagen durfen: es ift erfreulich, wenn die Ausgaben wachsen, wenn nur die Ginnahmen noch ftärker wachsen. Und wie foll nun im großen und gangen in der gesamten Bolkswirtschaft die Ginnahmeseite wachsen? Diese kann nur wachsen, wenn alle produktiven Kräfte des Landes vollkommen in den Dienst der Boltswirtschaft gestellt werden, wenn nicht etwa neben reicher Entfaltung der einen Grundkraft eine andere entwertet wird, sondern wenn beide und überhaupt alle produktiven Kräfte der Volkswirtschaft in reichem Mage entwickelt werden. Das ift nicht möglich nach der freihandlerischen Auffassung. Man verspricht uns zwar, wir wurden immer noch genug unter gunftigen Bedingungen zu produzieren in der Lage fein; aber bas ift ein Bersprechen und nichts weiter. Die weltwirtschaftliche Gestaltung ift so.

daß wir keine Garantie bafur befigen, daß fur unfere Landwirtschaft eine hinreichende Produktionsmöglichkeit verbleibt. Mit den Specialitäten, die der Borredner angeführt hat - er hat fie aber nicht näher genannt -, also etwa mit Stachelbeeren, Gemusen, Milcherzeugnissen u. f. w., mit ben Specialitäten allein kommen Sie der deutschen Landwirtschaft nicht zu Silfe, die braucht bor allem Erhaltung des Getreidebaues. Den aber muß der Welt= wirtschaftler opfern, und das wollen wir nicht, und darum brauchen wir gegen die fremde Konkurrenz die Bolle. Andere Mittel konnen das nicht beschaffen, das nette Almosen von 1 Milliarde nicht und auch das empsoh= lene Monopol nicht. Wenn Sie die freie Thätigkeit der Landwirtschaft aufrecht erhalten wollen, dann bleibt nichts übrig als der Weg des Bollschutes. Das Almofen kann die Landwirtschaft nicht annehmen, das Monopol auch nicht. Und was die besonderen Mittel des Kollegen Helfferich anlangt, so hat er zwar von folchen gesprochen, aber genannt hat er sie nicht, ich kann also meinerseits nicht darüber sprechen. Der Solidarschut von Industrie und Landwirtschaft ift die Ruftung für die neuen Handels= vertrage, und in diefer Sinficht bildet der neue Entwurf eine befriedigende Grundlage. Ich bin der Ansicht, daß der Umstand, ob ein Minimalzoll eingeführt wird, von sekundarer Bedeutung ift. Es ift allerdings fable convenue: Der Minimalfat macht Handelsverträge unmöglich. Ich muß allerbings zugeben, ber Spielraum zwischen den Maximal= und Minimalfagen tonnte etwas größer fein. Ob ich aber ben Minimalfat gefetlich feststelle, oder ob ich ihn in petto als einen Sat, unter den ich bei Berhandlungen nicht heruntergehe, festsetze, ift für den Abschluß der Handelsverträge selber indifferent.

Ich halte also im großen und ganzen, und habe das in meiner Schrift ausgestührt, den vorliegenden Entwurf als wohlgeeignet, die Grundlage der weiteren Ausgestaltung unserer Handelspolitik zu bilden. Für den Fall eintretender Vertragslosigkeit besitzen wir darin Mittel, um bis auf weiteres die Selbständigkeit unserer Volkswirtschaft zu wahren und zugleich dafür zu sorgen, daß in erfolgversprechender Weise in Vertragsverhandlungen eingetreten werden kann. Der Tarif ist eine wesentliche Ausgestaltung unseres Rüstzeuges, sei es für Verhandlungen, sei es für den Zollkrieg. Log hat unserer Auffassung Verzagtheit vorgeworsen. Es kommt sehr darauf an, wer als verzagt anzusehen ist, insbesondere ob es der ist, der im Momente der Reuschaffung einer Handelspolitik ausrust: Ihr lieben Freunde, ich baue meine Industriezölle ab und erhöhe meine landwirtschaftlichen Zölle nicht — nun werdet ihr mich lieben und mir einen guten Handelsvertrag geben! Das ist meines Erachtens nicht der tapsere Mann, das ist die Politik der Verzagtheit. Wir sagen, wir rüsten uns, weil wir auf alle

Fälle gerüftet sein wollen; wir ruften uns nicht zum Kriege, sondern um den Krieg zu verhindern. So saffe ich den Zolltaris auf, in diesem Sinne billige ich ihn.

## (Beifall.)

Gothein: Im großen Ganzen hat sich bisher in der Diskusssion die Frage dahin zugespitzt, wie wir den organischen Ausbau unseres Volkes, bezw. unserer Volkswirtschaft erhalten können. Die Herren, die für höhere Agrarzölle hier eintreten, motivieren das damit, daß auf diese Weise allein der sestesche Grundpseiler unserer Volkswirtschaft, der Bauernstand, zu erhalten sei. Andererseits wird die Industrie damit getröstet, daß der Weltmarkt ein sehr unsicherer sei, daß sie das größte Interesse daran habe, im Inlande eine kaufträftige Bevölkerung zu besitzen; man tröstet sie mit dem Schlagwort: wenn man die Landwirtschaft kaufträftig macht, so kauft sie der Industrie mehr ab, kann sie ihr den auswärtigen Markt ersezen.

Ich glaube, wenn man die Erhöhung der Kauftraft der Landwirtschaft dadurch herbeiführt, daß man ihre Brodukte kunftlich verteuert, jo stärkt man zwar ihre Rauftraft, schwächt aber um genau benfelben Betrag die aller anderen Konsumenten, hilft also der Industrie nicht das geringste. Nun ware es ja möglich, daß höhere Getreidezolle eine wesentliche Ver= mehrung der landwirtschaftlichen Bevölkerung herbeiführten. Haben denn aber die Zeiten hoher Getreidepreise dazu geführt, die landwirtschaftliche Bevölkerung zu vermehren? Die Zeit der allerhochsten Getreidepreise im abgelaufenen Jahrhundert war die von Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre. Wir haben in diefer Zeit 1867 und 1875 je eine intereffante Bolks= zählung, können also vergleichen, ob die Vermehrung der landwirtschaftlichen Bevölkerung eingetreten ift. Ich habe mich dem unterzogen — die Sachen find in meinem Buche "Der deutsche Außenhandel" veröffentlicht — zu konftatieren, wie diese hohen Getreidepreise auf die landliche Bevolkerung im Often der Monarchie gewirkt haben. Da ergiebt sich denn, daß die Landflucht zu teiner Zeit so koloffal mar wie bei den höchsten Getreidepreisen. Darf ich Ihnen einige Zahlen hier verlesen? In allen rein landwirtschaftlichen Kreisen Schlefiens verminderte fich in diefer Zeit die landliche Bevölkerung und zwar um so mehr, je stärker der Großgrundbesitz darin vertreten ist, so im Rreise Trebnitz um 4,5, Militsch 1,9, Guhrau 7,4, Wohlau 6,9, Freistadt 5,1, Sprottau 2,8, Glogau 4,5, Bunzlau 4,9, Goldberg, Haynau und Jauer je 4,1, Schönau 6,3, Löwenberg 7,2, Falkenberg 5 % u. f. w. Ebenso ging in Brandenburg die Bevolkerung der ländlichen Bezirke zurud, 3. B. in Arnswalde um 2,9, Soldin 3,3, Templin 4,6, Prenzlau 6,8, Ruppin 5, Oftpriegnit 5, Weftpriegnit gar um 11 % u. f. w.

In ganz Bommern wiesen gleichzeitig nur 6 Kreise eine Bevölkerungs= zunahme auf, darunter Stettin, Ufedom-Wollin (mit Swinemunde) und Belgard, dagegen verminderte fich die Bevölkerung der ländlichen Bezirke u. a. in den Kreifen Anklam um 2,3, Demmin 5,7, Pyrig 4,2, Saazig 4,2, Naugard 4,6, Greifenberg 5, Regenwalde 3,5, Schivelbein 3,7, Dramburg 6, Lauenburg 4.5, Butow 5, Rügen 3.8, Franzburg 6.7, Greifswald 2.7 und Brimmen 9,2 % u. f. f. Nun haben wir ferner die merkwürdige Thatsache, daß ein weiterer Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkernng stattgefunden hat in der Zeit der steigenden Getreidezölle, und die noch merkwürdigere, daß der Rudgang aufgehört hat in der Zeit der Handelsverträge. Land mit fo überwiegendem Grofgrundbesit wie Medlenburg = Strelit hat in der Zeit des steigenden Zollschutzes von 1880-1891 um 3,3 % abgenommen, und es nimmt wieder ju feit der Zeit, feitdem wir die Sandelsverträge haben, so von 1891-95 um 3,6 %, und gang ähnlich ift das Berhältnis bei Bommern. Worauf beruht das? Darauf, was auch Berr Professor Sering zugegeben hat, daß der Großgrundbesit den Sauptborteil bon den Betreidezöllen hat. Dem bleibt berhaltnismäßig viel mehr ju verkaufen übrig als den mittleren Befikern, und die kleinen haben ja meift überhaupt nichts zu verkaufen, sondern muffen zukaufen.

Ich habe in diesem Frühjahr die Verhältniffe in Vorpommern, in den Rreifen Greifsmald und Grimmen, naber tennen gelernt, wo die landwirtschaftliche Bevölkerung auch jo enorm zurückgegangen ift, und da wurde mir gezeigt: hier, das und das große But, das der Stadt ober der Univerfität gehört, das waren früher an Bauern verpachtete Ginzelgüter, aber in der Zeit der hohen Getreidepreise, in der zweiten Salfte des 19. Jahrhunderts, hat man Rittergüter daraus gemacht, weil der Grofgrundbesit bei hohen Getreidepreisen fehr viel lukrativer war, man also höhere Pachten von ihm erzielte als von den früheren Bächtern; diefe, aber auch viele früheren Befiger mittlerer und kleinerer Buter, find ausgewandert. Gerade von agrariicher Seite wurde mir gegenüber der Ginwand gemacht, daß damals nicht die armen Leute ausgewandert feien, sondern folche, die Geld hatten. Natürlich, jur Auswanderung mußte ein gemiffer Geldbefit vorhanden fein; die Auswanderer waren aber Leute, die vom Groggrundbesit ausgekauft waren. Wir haben eben gerade in der Zeit der hohen Getreidepreife im ganzen Often eine toloffale Auffaugung bes bäuerlichen und fleinen Befiges burch den Großgrundbesitz, und diese ausgekauften Bauern sind nach Amerika aus= gewandert; die haben dort den Getreidebau groß gemacht, der uns jest Ronfurrenz macht, und diese selben Leute sind uns als Arbeitsfräfte verloren gegangen, und deshalb haben wir jett in diesen Gegenden Arbeiter= mangel, unter dem der Großgrundbesit mehr als unter allem andern leidet.

Überall dort finden wir die Landflucht, wo der Großgrundbesit vorherrscht.

Ich tann alfo nicht zugeben, daß eine Steigerung ber Betreibegolle unferen Bauernftand vermehren wurde, fondern im Gegenteile, fie wurde dazu führen, daß die noch vorhandenen Refte weiter aufgefaugt murden. Wir find deshalb keine Feinde der Landwirtschaft, wenn wir das Mittel einer weiteren Zollsteigerung nicht gewähren wollen, und viele Landwirte find derfelben Ansicht. Die meisten Bauern in Bommern wollen von erhöhten Getreidezöllen nichts wiffen. Selbst bei 100 Morgen Befit find fie oft noch nicht in der Lage, mehr Getreide zu verkaufen, als fie felbst in Gestalt von Mehl, Brot 2c. kaufen müffen. In Schlesien mögen in einzelnen Teilen die Berhältnisse für die Großbauern ungunstig fein; ich gebe zu, gerade diefe wirtschaften am allerungunftigften. Ich gehöre aber felbst zum mittleren Grundbefit, ich habe mein Land verpachtet und bekomme immer noch durch= schnittlich 23-24 Mf. pro Morgen, 92-96 Mf. pro Hektar, in Oberschlesien, in überwiegend landwirtschaftlicher Gegend. Das habe ich nicht verlangt, das ift mir freiwillig angeboten worden, und meine Bachter kommen dabei gut In manchen Gegenden liegen die Verhältniffe freilich ungunftiger, aber man darf nicht, wie dies herr Professor Sering gethan hat, aus solchen vereinzelten Fällen Schluffe auf die Gesamtheit der bäuerlichen Bevölkerung ziehen. Die weitaus größte Bahl ber felbständigen Landwirte hat eben gar tein Intereffe am Getreidezoll, fie hat ein zwingendes Intereffe an der Biehzucht.

Und so unglücklich ist es doch auch nicht mit der Landwirtschaft bestellt, wie hier behauptet worden ist. Der Getreidebau ist nicht zurückgegangen, die Fläche hat etwas, der Ertrag sehr erheblich zugenommen; andererseits haben wir eine Vermehrung der Viehzucht gehabt, wie sie noch nie dagewesen ist. Der Kleinbetrieb ist aber der hauptsächlichste Träger der Viehhaltung. Gerade wer die kleinen Bauern erhalten will, muß gegen die Begünstigung der Vildung von großen Gütern, d. h. gegen Getreidezölle eintreten. Es ist von Herrn Sering angeregt worden, auch den landwirtschaftlichen Arbeitern einen Anteil an den höheren Zöllen zu sichern. Kun gerade aus Großgrundbesitzerkreisen in Vorpommern ist bestätigt worden, daß ausschließlich die geringe Zahl der Drescher, die Naturallohn und mehr Deputat empfangen, als sie mit ihrer Familie verbrauchen, ein kleines Interesse an hohen Getreidepreisen haben. Auch die dortige Arbeitersbevölkerung hat dieser Auskunst völlig zugestimmt.

Ich sehe aber geradezu eine Gesahr für die Erhaltung des mittleren Grundbesiges, speciell auch unserer sogen. Rittergüter, wenn eine fortwährende Steigerung der Getreidezölle vorgenommen wird, denn das muß ja zweisel=

los dazu führen, daß der nächste Erwerber, wenn er das Gut durch Erbgang oder durch Kauf erwirbt, das Gut zu viel höheren Preisen übernehmen muß, da der höhere Preis des Getreides schließlich im Preise des Gutes zum Ausdruck kommen muß. Dann ist der neue Besitzer gegen Unbilden, wie sie im landwirtschaftlichen Betriebe immer vorkommen — Mißernten, Biehseuchen 2c. —, noch viel weniger widerstandsfähig, und das sührt dann dazu, daß die neuen Erwerber kommen und sagen: wir können nicht mehr die Produktionskosten herauswirtschaften, die Zölle müssen erhöht werden.

Der Abgeordnete Gamp, welcher Güter im Often und Westen besitzt, hat ausgeführt, daß die Produktionskosten im Westen wesentlich niedriger sind, die Verzinsung des Kapitals eine günstigere ist als im Osten. Zweisels los sind die klimatischen Verhältnisse im Westen besser und ebenso der Boden, und trothem sinden wir dieselben Klagen im Westen und Süden, daß die Produktionskosten nicht herauszuwirtschaften seien, obwohl dort die Getreidepreise wesentlich höher sind. Das liegt eben daran, daß, entsprechend den höheren Erträgnissen, der Preis des Bodens höher, d. h. zu hoch ist und dadurch wird die Widerstandskraft der Grundbesitzer wieder geschwächt.

Ich darf leider nicht näher auf die Frage der Industriezölle eingehen. Ich ftebe ja der Induftrie fehr nahe und habe die Broduktionskoften, speciell auch der Gisenindustrie, aufs genaueste ftudiert; dieselbe arbeitet teineswegs mit höheren Roften als die englische; ganze Industriegebiete in Deutsch= land — Saar, Luxemburg, Peine-Jlsede — sogar billiger als die Amerikaner; wir brauchen also diese Konkurrenz nicht so ängstlich zu fürchten. Wir können mit Dr. Pohle fagen, die Induftrie braucht heute einen Schut Was wir brauchen, das ift einmal keine Verteuerung der Produktionskosten, sodann gunftige Handelsvertrage. Da möchte ich aber zur Ewägung stellen: ist es denn, um die lekteren zu erlangen, der richtige Weg, daß man Anderen das Beispiel giebt, seine Bolle erst mächtig zu erhöhen, um dann auf diefer Bafis ju verhandeln? Das ichlechte Beispiel wird allseits nachgeahmt, und das werden andere Staaten noch beffer thun als wir. Deutschland ist ein Land, das auf die Ausfuhr von Kabrikaten mehr angewiesen ift, als außer England irgend ein anderes Land. Der wahrste Schutz der nationalen Arbeit ist nach meiner Überzeugung der Schutz des deutschen Außenhandels; diefen muffen wir fordern. Wir konnen nicht erwarten, daß, wenn wir andern Staaten keine Vorteile bieten, uns diefe folche ge= währen. Laffen Sie mich schließen mit einem Worte Goethes: "Mann mit zugeknöpften Taschen, dir thut niemand was zu lieb; Hand wird nur von Hand gewaschen — wenn du nehmen willst, so gieb." Aber das ist lein Geben, wenn man vorher die Zölle gewaltig erhöht, um nachher etwas

abzulaffen, denn dann hat die Cabe, die wir bieten, keinen Wert für den Empfänger. (Lebhafter Beifall.)

Pfarrer F. Raumann (Schöneberg): (Mit lebhaftem Beifall begrußt.) Was mich in diefen Minuten beschäftigen soll, ist das Berhältnis zwischen Getreidezollerhöhung und Socialreform. Man hat versucht, beides zugleich zu machen, indem man fagt: wir wollen eine Erhöhung der Be= treidezölle und wollen das vor unferem Gewiffen rechtfertigen, wollen eine wirtschaftliche Ausgleichung herbeiführen, indem wir gleichzeitig die Sand öffnen zu neuen socialreformatorischen Gaben. Das ift eine Unmöglichkeit, das ist ein Gedanke, der theoretisch aussührbar erscheint, aber in der Praxis sicher versagt. Ich will versuchen, auszuführen, daß die Zollerhöhung bas Ende aller Socialreform fein muß. Das liegt nicht in ber Sache felber, in dem Sinne, als ob nicht unter anderen Berhältniffen beibes gemeinsam gemacht werden könnte; in einem Staate mit absolutem Regiment läßt fich gang gut ein Gedankengang ermöglichen, wie Sering ihn ausführte, daß man fagt, heute bekommt ihr etwas und morgen die anderen! Die Politik des konstitutionellen Staates aber, die wir ja alle kennen, arbeitet mit gang anderen Faktoren. Bismarck hat zwar in den 80er Jahren bas einmal jertig gebracht, daß er beginnende Getreidezölle mit staatssocialistischen Re= formen unter Schwierigkeiten, aber doch wirklich gemeinsam unter Dach und Fach gebracht hat. Bismarcks Ginfluß grenzte aber in diefer Zeit an den der absoluten Monarchie. Er hatte nichts zu thun mit einer ausgebilbeten Agrarierpartei, die entstand erft später, und er hatte noch zu thun mit einer unausgebildeten Socialdemokratie, die er durch das Socialisten= gesetz um diese Zeit mundtot machte. Das war zum letten Male in der deutschen Geschichte, wo man Bölle und Socialreformen mit benfelben Sanden betreiben konnte. Inzwischen ift der Bund der Landwirte ein starker politischer Faktor geworden. In dem Bunde der Landwirte ist bas allerwesentlichste in meinen Augen, daß er den Willen der landwirtschaft= lichen Bevölkerung, politisch etwas zu sein, repräsentiert. Dieser Wille ist das Konstante, das, mas wechselt, find die Formen, in denen diefer Wille sich ausleben will. Der Bund der Landwirte hatte den Bimetallismus auf feiner Jahne, den Antrag Ranig und jest die Bolle. Wir konnen nach feiner Geschichte noch nicht sagen, in was fich in Zukunft der agrarische Wille manijestieren wird, aber wir mussen mit diesem Willen an sich als einem absoluten Faktor rechnen, und dieser Wille hat fich begriffen als innerpolitische Kampikraft, und darum ift der Gedankengang, es konnte auf feiten der agrarischen Bewegung socialreformatorische Weisheit einziehen, ein politisch durchaus ausgeschloffener Gedanke. Es beginnt die deutsche

Landwirtschaft, indem fie das Zollproblem jest so überaus scharf in die Mitte ftellt, für fich felber einen fehr gewagten Bang. Als ber Antrag Kanik vor sechs Jahren oben war und man in keiner landwirtschaftlichen Berfammlung mit gesunden Knochen reden konnte, wenn man nicht für den Antrag Kanik war, in jener Zeit sagte ich zu einem agrarischen Führer in pripatem Gespräch: Wenn ich ein radikaler Berliner Arbeiter wäre, der vergessen hat, daß seine Bäter Bauern waren, und der nichts anderes vertritt, als die Intereffen feiner Rlaffe, wurde ich für den Antrag Kanik fein können, indem ich dabei dächte: "Der Antrag Kanitz liefert die Landwirt= schaft in die Hände der Barlamentsmaschine! Seute macht ihr hohe Preise, ruiniert aber eure Selbständigkeit und gebt bie Landwirtschaft in die Sande der Parteien. Da wir nun ziffernmäßig mehr wachsen als ihr, so ist es für uns eine Frage des Wartenkönnens, wann das Instrument der Preisbildung, das ihr heute für euch herstellt, in unsere Sande kommt." ist auch von agrarischer Seite als zutreffend anerkannt worden. Ühnlich fteht es mit dem Zollproblem. Indem die Landwirtschaft sich auf höhere - Rolle einrichtet und einen Teil ihrer Betriebsmittel direkt auf Staatsgarantie arundet. defto mehr hanat der landwirtichaftliche Betrieb als Gesamtericheinung davon ab, wer die Gefetgebungsmaschine gutunftig in der Sand hat. Die Landwirtschaft begiebt sich, je nach Sohe der Bolle, mit ihrem ganzen Lebensgluck in die Sande des Parlamentarismus hinein und hat dann alle Grunde dafür, fich in diefer Position zu stärken und ihre Gegner politisch tot zu machen. Wer heute erhöhte Bolle will, der muß sie wollen auf eine lange Periode. Seute erhöhte Bolle ju beschließen und zugleich die Möglichkeit ins Auge zu faffen, daß fie in 12 Jahren befeitigt werden könnten, murbe ein direktes va banque-Spiel mit der Landwirtschaft sein, denn jeder ift überzeugt, daß die Faktoren, die heute die Rot der Land= wirtschaft hervorrufen, mindestens, fagen wir mit Oldenberg, ein halbes Jahrhundert hindurch fo bleiben. Ob fie bann beseitigt fein werden, darüber können wir Zweisel haben, aber es wird niemand sagen: bei Ablauf der nächsten Sandelsvertragsperiode find die Dinge des Weltmarktes zu Gunften unferer Getreidepreise verändert. Ich berufe mich dabei speciell auf Rukland. Infolgedeffen: wer jest Bolle will, muß fie fpater ebenfalls wollen. Run weiß man aus der englischen Geschichte, daß ein Zeitpunkt kommt, wo bei allgemeinem Wahlrecht gang unbedingt die Bolle nicht mehr parlamentarisch gehalten werden können. In England, wo damals kein fo all= gemeines Wahlrecht war wie bei uns, trat ber Punkt ziemlich genau ein, als die ländliche Bevölkerung 25% der Gesamtbevölkerung ausmachte. Nehmen wir an, wiewohl wir also ein nicht so sehr der Landwirtschaft günftiges Wahlrecht haben, daß das englische Vorbild für Deutschland

maßgebend fei, daß alfo bei der gleichbleibenden Bahl der landwirtschaft= lichen Bevolkerung ber Umschwung spätestens bann eintritt, wenn 18 Mill. Landwirte in einem Bolfe von 72 Millionen vorhanden find, so ergiebt fich unter Fortbauer des jehigen Zuwachses der Bevölkerung und unter Beibehaltung des jetzigen Wahlrechts mäßig gerechnet zwischen 1920 und 1925 der Fall aller landwirtschaftlichen Zölle. Von da an ist nach aller parla= mentarisch=politischer Ersahrung das Halten der Getreidezölle absolut un= möglich, wenn nicht inzwischen die Verjaffung hinfichtlich des Wahlrechts geändert ift. Und der kluge Mann — das ist der Agrarier — der baut Deshalb ift es eine innere Notwendigkeit, daß der politisch denkende Ugrarier bereits heute in Bezug auf bas verfaffungsmäßige Wahlrecht das ist kein moralischer Vorwurf - auf einen Umfturg finnt, der zur poli= tischen Berabdrudung der Arbeiterklaffe führen foll. Er muß fo handeln, wenn sein heutiges Eintreten für den Zoll politisch durchdacht ist. Man könnte nun denken, es gabe eine Möglichkeit, dem auszuweichen, die auch leise von einem der Herren Borredner abmildernd gestreift murde: es konnte der Arbeiter einsehen, daß er für Getreidegolle fein muß! Run giebt es ja Centrumsarbeiter, die das noch einsehen (große Heiterkeit), aber darauf zu rechnen, daß im Zeitalter des Bundes der Landwirte die Arbeiter= bevölkerung sich von selbst in ihrer Masse günstig zu den Getreidezöllen stellen könnte, dazu reicht das, was etwa Calwer sagt, längst nicht aus. Auch Calwer hat in seinen zollfreundlichen Auffähen übrigens nur von Industriezöllen gesprochen, nicht von Getreidezöllen. Es ist eine absolute Undenkbarkeit, daß unfere Arbeiter fich felbst aufgeben in ihrer Politik, inbem fie für Betreidegölle eintreten, denn erftens werden fie direkt belaftet, ein Bunkt, den ich etwas breiter ausführen würde, wenn ich nicht die Uhr vor mir fahe; zweitens murden die Gewerkschaften der Arbeiter durch die Getreidezölle so mitgenommen, daß geradezu die Organisation der Arbeiter babon abhängig ift. Denn die Organisation der arbeitenden Maffe läßt fich durch teine andere Weise aufbauen, als durch freie Gewerkschaften. Staats= gewerkschaften find eine totgeborene Sache. Die jetigen Anfänge ber Arbeiter= organisation gleichen ben Anfagen der Gisentechnik, aus denen wir ahnen, wie man im nächsten Jahrhundert bauen wird. Sie find bas erfreulichste Gewächs der Zukunft entgegen, das wir haben, und fie leiden unter den Böllen schon dadurch, daß der teurere Brotpreis dort gespart wird, wo der Gewertschaftsbeitrag gezahlt wird, mehr aber noch dadurch, daß das System der industriellen Syndikate mit den Korngollen steht und fällt. Wir wiffen alle, daß dieses System der Syndikate eine Folge jener Solidaritätspolitik ift, die in diesen Tagen öfters dargestellt wurde, und diese Syndikate bedeuten gegenüber der Arbeiterbewegung die Lahmlegung der Gewerkichafts=

organisationen. Wir haben schon in ben letten Jahren keinen gewonnenen Lohnkampf mehr, und wo Syndikate find, werden auch keine großen Lohn= fämpfe mehr gewonnen werden, denn sobald wir die Abrechnungen der Synditate fo offen hatten wie die vom Buderfynditat, dann wurden wir fagen: hier laffet jede hoffnung fahren! Das Zuckersyndikat läßt 37 Mill. Mark jährlich als Kartellprofit durch feine Sande geben. Da ist es nicht schwer, zur Beeinfluffung der öffentlichen Meinung eine Million bei Seite au legen, und es treten in der Organisation der Unternehmer gegenüber Lohntampfen neue Finangtrafte auf, welchen gegenüber die muhfamen Brofchen = Sammlungen der Arbeiter wie ein Tropfen auf einem heißen Wer diese Entwicklung mit fordert, nimmt der Arbeiterbewegung bas einzige Stud, wo fie hoffen tann, innerhalb ber jegigen Befellschaft vorwärts zu kommen. Drudt man die Gewerkschaften, indem man die Syndikatsgedanken mit dem Brotwuchergedanken verbindet, ju einer Art Fürsorgevereinigung für die Mitglieder herab, dann foll man wohl an den Arbeiter herankommen und foll ihm fagen: lieber Freund, das ist bein Vaterland und du stimmst für die Flotte! (Lang anhaltender Beifall.)

Dr. Dabe (Berlin): Meine Berren, fürchten Sie nicht und erwarten Sie noch viel weniger, daß ich Ihnen ein Schauergemälbe von ber deutschen Landwirtschaft entwerfen werbe. So fehr ich perfonlich zum Beffimismus neige, bin ich auf dem Gebiete der Landwirtschaft ein Optimift. Ich behaupte auf Grund meiner Studien und Beobachtungen nichts weniger, als daß die technische Leiftungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft auf derselben Sohe und Stufe steht wie die Technit unserer Industrie, und es ist für mich stets eine schmerzliche Beobachtung gewesen, daß sowohl in der Wiffenschaft wie in der Praxis nur von der technischen Entwicklung der Industrie gesprochen wird, mahrend über die gewaltige und für Deutschland auf die Dauer vielleicht noch wichtigere Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebstechnik in der Regel des Sangers Soflichkeit schweigt. Die landwirt= schaftliche Wiffenschaft ift im Beariffe, von der rein empirischen Lehre zur reinen Wiffenschaft, die nicht nur für die Praxis arbeitet, empor zu fteigen und sich ebenbürtig an die Seite der anderen exakten Wissenschaften zu stellen. Diese Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik hat aber zur Folge, daß die Roherträge des deutschen Grund und Bodens nach dem Stande der heutigen Technik in ihrer Gesamtheit noch um mindestens 50 % gesteigert werden konnen und zwar, und bas ift bas Entscheibenbe, ohne wesentliche oder nur durch vorübergehende Erhöhung

der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte. hiermit ift aber auch die Möglichkeit gegeben, auf dem Grund und Boden in Deutschland ohne erhebliche Berteuerung ber Lebensmittel eine Bevolferung au ernähren, die um 50 % und mehr die heutige übertrifft. Die Agrarzölle find für mich in erster Linie Erziehungszölle und erst in zweiter Linie reine Schutz- und Erhaltungszölle. Auch stehe ich nicht auf dem Standpunkte, daß die Agrargolle von dem Inlande in ihrem vollen Betrage ge= tragen werden, vielmehr wird je nach dem Ausfall der Ernte und dem dadurch bedingten Import= und Exportbedürinis der Anteil des Inlandes ober des Auslandes an der Belaftung des Zolles überwiegen. Für mich liegt der Schwerpunkt der Zollfrage nicht in den Agrarzöllen, sondern vielmehr bei den industriellen Bollen. Wenn Sie die Industriezolle erhöhen, jo ist es nach meiner Ansicht eine unabweisbare Notwendigkeit, mit Rucksicht auf die landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse und mit Rücksicht auf die fünftliche Berteuerung des landwirtschaftlichen Maschinen= und sonstigen Betriebskapitals auch die Agrargolle zu erhöhen. Sind Sie aber bereit, die Induftriezölle, die nicht mehr Erziehungszölle, sondern nur noch Erhaltungszölle und zum Teil reine Spekulationszölle find, zu streichen, erst dann könnte man darüber diskutieren, ob die Agrazzölle noch nötig find.

Durch die geschilderte Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebs= technik erhalt aber das fogenannte Gefet von dem abnehmenden Boden= ertrage einen ganz anderen Sinn, als ihm bisher beigelegt worden ift. Diefes Gefet gewinnt nämlich erft dann eine praktische Bedeutung für Deutschland, wenn das Maximum des Ertrages vom deutschen Grund und Boden bei den setigen oder bei nur unerheblich oder vorübergehend erhöhten Breisen erreicht worden ift. Run wird aber in Wirklichkeit erst etwa auf einem Drittel des landwirtschaftlichen Bodens in Deutschland das Maximum des bei dem gegenwärtigen Stande der Technik möglichen Robertrages erzeugt, ein weiteres Drittel des Rulturbodens befindet fich in dem Ubergange von der extensiven zur intensiven Betriebsweise, mahrend wohl ein Drittel der landwirtschaftlichen Fläche noch in fast extensiver Betriebsweise verharrt. Das Maximum des Bodenertrages fann aber im Laufe der Zeit durch weitere Erfindungen auf dem Gebiete der Agrikultur, Chemie und Bakteriologie ohne Erhöhung der Marktpreife noch bedeutend gefteigert 3ch erinnere nur an das Problem, den Stickstoff ber Luft auf bakteriologischem Wege mehr als bisher für die Landwirtschaft nugbar zu machen. Die heutige Landwirtschaft ift, wenn sie richtig betrieben wird, nicht mehr eine extensive Landwirtschaft im alten Sinne des Wortes, sondern

fie ist eine Industrie geworden, in welcher das Betriebskapital die herrschende Rolle spielt. Die Entwicklung der Biehzucht ist sogar sast unbegrenzt, wenn man die Einsuhr des Rohstoffes, also der Futtermittel, freigiebt oder nur mit einem geringeren Finanzzolle belegt. Jede Tonne Kraftstuttermittel, die zu Futterzwecken eingesührt wird, hebt nicht nur die Biehzucht, sondern steigert auch durch Bermehrung des Düngers die Ertragsfähigkeit des deutschen Kulturbodens.

Aber nicht nur das fogenannte Gefet der abnehmenden Produktivität bes Grundes und Bodens bedarf nach diefer meiner Auffaffung einer ver= anderten Geftaltung, fondern auch die Lehre Brentanos über den wichtigsten Unterschied zwischen Landwirtschaft und Industrie. Brentano foll diefer Unterschied darin bestehen, daß die Industrie im stande ift, ihre Produktion fast unbegrenzt zu fteigern, mahrend die land= wirtschaftliche Produktion bald ihre Grenze erreicht haben soll. wirklich dies der tiefere Unterschied zwischen der Landwirtschaft und der Industrie fein? Ich glaube es nicht und befinde mich mit diesem Glauben in der besten Gesellschaft. Der tiefere Unterschied zwischen der Landwirt= schaft und der Industrie besteht vielmehr darin, daß die landwirtschaftliche - Produktion neue Werte schafft, ohne Werte zu vernichten, mahrend die Industrie Werte umwandelt, dabei aber die benutten Werte und Robstoffe gang oder jum Teil vernichtet. Ich beziehe mich bei dieser Auffaffung auf die vorzügliche Darftellung von Eduard Sahn in feiner Beltwirtschaft und auf die vortrefflichen Aussührungen von Traugott Müller im landwirtschaftlichen Katalog für die Parifer Weltausstellung. Wo bleibt aber die Entwicklung der Induftrie, wenn nach etwa 500-600 Jahren die Steinkohle verbraucht ift oder wenn fie wegen zu großer Tiefe oder zu großer Unkoften nicht mehr abgebaut werden kann, während umgekehrt die landwirtschaftliche Produktion durch fortgesetzte Hebung der Bodenkultur den Boden felbst immer ertragreicher macht, fo daß die deutsche Nation aus ihm wie aus einer Sparbuchse immer höhere Ertrage giehen kann, und außerdem die deutschen Ralilager nach fachmännischen Schätzungen noch auf unabsehbare Zeiten ausreichen werden, um den deutschen Rulturboden, trobbem er von der Natur nur färglich bedacht ist, allmählich zur höchsten Stufe seiner Ertragsfähigkeit zu bringen.

Weiter ist gesagt worden, der Beurteilung volkswirtschaftlicher Probleme habe nur der Prosit zu gelten, das Einkommen aus der Landwirtschaft könne aber nicht mehr Schritt halten mit dem Einkommen aus Handel und Industrie, und es sind, um dies klar zu legen, die Ergebnisse vor allem der Einkommensteuerveranlagung in Preußen benutzt worden. Ich möchte

demaggenüber doch darauf hinweisen, daß nicht nur das Ginkommen,

fondern wohl in noch höherem Grade die dem Einkommen zu Grunde liegenden Werte, das gesamte Nationalbermögen und die Qualität der einzelnen Wertgruppen für die volkswirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Erwerbszweige in Betracht kommen. Und da ist doch nach ziemlich ein= wandsfreien Schätzungen festgestellt, daß der Werth der jährlichen Erzeugung in der Landwirtschaft mindestens ebenso groß ist wie der Wert ber iahrlichen induftriellen Produktion. Die Biffern bewegen fich für jede der beiden Schätzungen etwa um 8 Milliarden Mark. Man darf an= nehmen, daß diese Werte der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion auch in Zukunft annähernd gleichen Schritt halten werden. schiedene Ginkommen nun aus der landwirtschaftlichen Produktion einerseits und der industriellen Produktion andererseits hat neben der schlechten Konjunktur für bie Landwirtschaft seine Ursache barin, daß die Berginfung des Grundkapitals wegen feiner größeren Sicherheit in der Regel niedriger ift als die Berginfung des in Sandel und Induftrie angelegten Rapitals. Das ist immer so gewesen und wird auch so bleiben.

Borfigenber: Ich muß bitten, etwas weniger garm zu machen, namentlich auch habe ich zu bitten, die Thur des Saales nicht immer offen fteben zu laffen.

Dr. Dabe: Die agrarische Notlage liegt nach biefen Ausführungen hauptfächlich darin, daß bei gleichzeitigem Sinken der Preise für verschiedene landwirtschaftliche Produkte und bei gleichzeitigem Steigen der Arbeiterlöhne die Berzinsung des gesamten Anlagekapitals in der Landwirtschaft einen so niedrigen Stand erreicht hat, daß die Weiterentwicklung eines großen Teiles der Landwirtschaft in Frage gestellt wird, und daß besonders viele Land= wirte infolge dieser Entwicklung, abgesehen von der fachmannischen Ausbildung, nicht genügend Betriebstapital haben, um fich die Errungenichaften ber modernen landwirtschaftlichen Rultur zu eigen zu machen.

Im Berein für Socialpolitik barf man wohl auch etwas politisch ibrechen. Glauben Sie wirklich im Ernst, m. H., daß unsere 11/2 bis 2 Millionen Bauern, die wir Gott fei Dank noch in Deutschland haben, gesonnen sind, etwa durch einen Federstrich des Herrn Geheimrat Brentano von der Bildfläche des deutschen Wirtschaftslebens zu verschwinden? Diese Bauern werden dank der ihnen glucklicherweise noch innewohnenden Energie und Zähigkeit fich mit allen Kräften gegen eine Sandelspolitik ftemmen, welche zu Gunften einer einseitigen industriestaatlichen Entwicklung ben Schriften XCVIII. - Berhandlungen 1901. 19

Bauernstand wie eine ausgepreßte Citrone bei Seite werfen will. (Wider-Nicht destruktiv foll die Wirtschaftspolitik in Deutschland inruch.) fein, sondern fie foll erhalten, was gut ist und fich bewährt hat, und diefes weiter fördern, und zwar in gleicher Beife für die beiden Säulen unferes gesamten Staatsgebäudes, für die Landwirtschaft und Industrie. Auch ich bin für Fortschritte im deutschen Wirtschaftsleben, aber nicht ohne die Landwirtschaft, sondern mit derfelben. Ich möchte meine kurzen Ausführungen mit den Worten Bismard's ichließen, mit welchen er in feinen Gedanken und Erinnerungen die deutsche Politik gekennzeichnet hat. Bismarck fagte: "Durch Liebenswürdigkeiten und wirtschaftliche Trinkgelder für be= freundete Mächte werden wir den Gefahren, die im Schofe der Butunft liegen, nicht vorbeugen, sondern die Begehrlichkeit unserer einstweiligen Freunde und ihre Rechnung auf unfer Gefühl forgenvoller Bedürftigkeit Meine Befürchtung ift, daß auf dem eingeschlagenen Wege unfere Butunit fleinen und vorübergehenden Stimmungen der Begen = wart geopfert wird."

(Beifall und Widerspruch.)

Vorsitzender: Eine kurze geschäftliche Mitteilung. Es haben sich nur 32 Personen zum Ausflug gemelbet, ber Ausflug sindet also nicht statt, der Zug wird abbestellt. Man ersucht, die Karten zurückzugeben und sich den Betrag an der Kasse zurückzahlen zu lassen.

Dr. Alfred Weber (Charlottenburg): Meine Herren! Ich möchte meine Bemerkungen mit bem Ausspruch beginnen, mit bem mein Berr Vorredner die feinen geschloffen hat. Auch ich bin der Ansicht, daß mit Liebenswürdigkeiten, wie überhaupt keine Politik, so auch keine Handels= politik gemacht werden kann. Ich ftimme darin völlig mit meinem hochverehrten Lehrer Schmoller überein: Sandelspolitische Fragen find Macht= fragen. Aber ich glaube, wir muffen fragen, nicht bloß: Muffen wir den Staat mit Machtmitteln ausruften, um handelspolitik zu treiben? Sondern. find die Machtmittel, die uns zur Zeit geboten werden von diesem Staate, geeignet, eine folche Politit zu treiben? Mit anderen Worten. ist das, was wir da vor uns haben, ein Regociationstarif oder ist es ein Produkt großer Intereffenüberspannung von verschiedenen Seiten ber ? Das ift die eine Frage, auf die ich eingehen mochte, und die andere Frage ift die, daß wir doch unabhängig davon, welcher Art die Machtmittel find. die wir brauchen, fragen muffen: Was find denn nun eigentlich unfere realen Interessen? Nach welcher Richtung liegen die Lebensinteressen unseres Volks?

Also zunächst einmal: Ist das ein Regociationstarif, den wir da bor uns haben? Ich sage nein, das ist er nicht! sondern er ift ein Hochschutz= tarif; er ist ein folcher, einmal, weil das wichtigste Berhandlungsobjekt, auf das wir einzig und allein Handelsverträge aufbauen können, nämlich die großen Rahrungsmittelzölle, in ihm feftgelegt werden, weil diefe bei den famofen Minimal= und Maximalfagen, die man uns porfchlägt, gar kein wefent= licher Berhandlungsgegenstand bleiben. Ich jedensalls weiß nicht, wie man es anfangen will, unserer Industrie für eine Mark Bollabschlag die großen Gebiete von Ruftland und den Bereinigten Staaten offen zu halten. tann daran nicht glauben, und ich fürchte, man lockt mit diefer einen Mark teinen hund hinter dem Dien hervor. Das zweite find die industrieschutzöllnerischen Bestimmungen in dem Tarif, die gar nicht als Negociationsfäte aufgefaßt werden konnen. Oder mas haben benn die darin ent= haltenen Erhöhungen der Papier-, Gifen- und Maschinenzolle für einen Berhandlungszweck? Mit welchen Staaten follen wir durch fie zu Sandels= verträgen gelangen? Bon unfern 4 großen Absatstaaten konnen wir mit Rugland und Nordamerifa doch nur mit hilfe unferer Agrarzolle zu einer Verständigung kommen. Gegen England mit seinem Freihandel brauchen wir nicht zu ruften. Bleibt Österreich. Ich kann nicht glauben, daß unsere Regierung ihren Regociationstarif darauf einrichtet, gerade Österreich zu chicanieren. Muß fie doch den Wunsch haben, Öfterreich in der engsten Form an uns zu binden. — Also ber Tarif ift von hochschutzöllnerischen Intereffen bittiert. Soviel von ihm.

Wohin aber jühren nun unsere materiellen Interessen? Ich will hier nicht noch einmal über die Agrarzölle reden, über die heute hier schon so ausgezeichnet — auch von meinem Standpunkt — gesprochen worden ist.

Ich will fragen: Welche Industriepolitik müssen wir treiben, wenn wir unsere industriellen Interessen richtig verstehen? Und da muß ich anknüpsen an den dritten Herrn Reserenten. Dieser ging aus von dem Standpunkte, daß unser gegenwärtiges Industriegebäude ein wackliges Haus ist, das schon zusammenzustürzen ansängt, und er hat diese Behauptung gestützt mit einem eigenartigen Argument, sür das er auch mich citiert hat; er hat gesagt: Was ist denn eigentlich unser Export, unsere Aussuhr? Unser Export ist zum größten Teil eine Aussuhr von Waren, die mit niedrigen Löhnen unter miserablen Arbeitsbedingungen hergestellt sind; er ist eine parasitäre Erscheinung. Demgegenüber srage ich ihn, ob er nicht weiß, daß die pièce de résistance unseres Exports die Eisenindustrie ist, die Maschinensindustrie, die elektrische Industrie, die chemische Industrie, die graphische Industrie, die in vielen Teilen bis zur höchsten Stuse entwickelte Textil-

industrie? Ob er nicht weiß, daß diese alle basieren auf steigenden Löhnen und abnehmender Arbeitszeit? Ob er nicht weiß, daß die exportierenden anderen Industrien nur in einzelnen Teilen Hausindustrien sind und gerade in ihrem exportierenden Teile größtenteils nicht in der Wohnung, sondern in Wertstätten ausgeübt werden. Und warum er nicht das Vershältnis ausrechnet zwischen den 150 000 Menschen, die von der Hausindustrie vielleicht sür den Export arbeiten, und den anderthalb Millionen, von denen er selber als Exportarbeiter gesprochen hat? (Stürmischer Beisall.) Ich frage ihn, warum er nicht daran gedacht, daß er hier nicht zu deem kleinen Saal redet vor 4 Wänden, sondern zu der Öffentlichkeit, und was es vor dem Auslande heißt, wenn er ohne genügende Grundlage sagt, unsere Industrie sei eine solche, die mit Schundlöhnen hergestellte Waren, das heißt Schundwaren, in die Welt hinauswirft?

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Ich bitte den Redner, in seinen Ausführungen die persönlichen Schärfen zu vermeiden.

Dr. Weber: Ich werde das sehr gern thun, soweit es mir möglich ist. Meine Herren! Ich bin nicht der Ansicht, daß der Herr Reserent in der allgemeinen These, daß unser westeuropäisches Industriegebiet bedroht ist, unrecht hat. Ich sür meine Person glaube an diese Gesahr. Ich glaube daran, weil ich sehe, daß unsere älteste Großindustrie, die Textisindustrie, und in ihr vor allem ihr am frühsten entwickelter Zweig, die Baumwoll=industrie, schwer bedroht ist durch auskommende Industrien in der ganzen Welt. Der Export an Textiswaren ist in der letzten Hausse bei uns kaum merklich gestiegen, in England ist er im Sinken begriffen. In der Textisindustrie ist die Technik bereits am stadissten, in ihr treten die Erscheinungen von einer Änderung der Lage am srühsten zu Tage. — Daß ich an die Gesahr glaube, ist ja jetzt nur eine persönliche Ansicht, aber da von der Gegenseite an die gleiche Ansicht die weitgehendsten Folgerungen geknüpst werden, so gehe ich einmal von dieser Boraussetung aus.

Und da frage ich: "Was find die Konsequenzen für unsere Politik, die daraus folgen?" Es solgt daraus — da wir unsere wachsende Bevölkerung ohne den Verlust unserer gesunden Moral und der Kultur nicht einschränken können — daß wir vor eine Alternative gestellt sind, vor die: entweder Verbreiterung unserer agrarischen Basis, oder eine Industriepolitik, die dieser Gesahr ins Gesicht sehen kann. Verbreiterung der agrarischen Basis — das heißt Kolonisation in Deutschland oder

braußen. Ich glaube, es ist wohl niemand hier im Saal, der behaupten wird, eine Kolonisation in Deutschland, die unseren Bevölkerungszuwachs, die 800—900 000 Menschen jährlich, ausnehmen könne, sei denkbar. — Kolonisation außerhalb; auch da ist wohl niemand hier, der sich eine solche Politik in dem Umsange vorstellen kann, daß wir sagen könnten, wir wissen, wo wir den Überschuß unserer Geburten hinzusezen haben. Das wissen wir nicht, und wir werden es wahrscheinlich auch noch auf lange nicht wissen. Ich jedensalls sehe den Mann noch nicht, der uns das nötige Land beschafft: möglich, hoffen wir, daß noch einmal die Situation kommt. Un sere Generation hat jedensalls die Mittel noch nicht, diese Ausgabe zu lösen. Und jede Generation sollte, denke ich, nur die Ausgabe zur Grundelage ihrer Politik nehmen, die sie zu lösen vermag.

Es bleibt uns also nichts übrig, als Industriepolitik zu treiben, und da frage ich: Was sollen wir hier thun? Offenbar eins; wir können und müssen uns stragen: Welche Teile unserer Exportindustrie sind lebenssähig, welche können wir halten? Diese Frage ist identisch mit der anderen: Welches sind die lokalen Entwicklungsgesetze der Industrie? Welche Industrien wandern nach diesen Entwicklungsgesetzen weg von uns, und welche haben die Neigung, bei uns zu bleiben? Aus diesem Gebiet ist noch nicht genug gearbeitet worden, aber soviel läßt sich da sagen: eine Industrie geht, je näher sie in ihrem Produkt noch der Stuse des Rohstosss steht, desto mehr den Nohstossplagen zu, und je weiter sie sich in ihrem Produkt von den Ansangsstusen der Produktion entsernt, je mehr Arbeitswert in ihr entsaltet wird, desto mehr geht sie der ausgebildeten alten Arbeitskraft nach.

Daraus jolgt für unsere Zukunft: da wir ein Kulturland find, deffen Stärke in hochstehenden Arbeitskräften beruht, und deffen Industrie ihre Rohftoffe zu einem Drittel aus dem Ausland bezieht, die Zukunft unferer Industrie kann nur in der Fertigsabrikation liegen. (Zustimmung.) In die Fertigfabritate konnen wir unfere Gigentumlichkeiten, unferen Geschmad. unfere Bildung hineinarbeiten, alle die Dinge, die uns niemand zu ent= reißen vermag; auf ihr muffen wir fugen: Und was folgt baraus für bie Ich glaube, es folgt daraus, daß wir notwendigerweise Handelsbolitik? eine liberale Induftriezollpolitit treiben muffen. Aus folgenden Grunden: Wir find auf der Stufe, daß Induftriegolle feine Erziehungszölle mehr find, fondern daß fie Schutzolle find, die dazu dienen, Exportprämien dem Industriellen zu geben. Gine Exportprämienpolitik aber kommt zu gute im Erport nur dem Teile der Induftrie, der in der Lage ift, die Schutzgolle für Exportprämien zu verwerten, und dies find, da dazu Verabredung unter den Broduzenten gehört, ausschließlich die kartellierten Induftrien.

Kartelliert aber sind der Natur der Sache nach nicht die Fertigsabriken, sondern vor allem die Rohstoffsabriken oder die Fabriken sür Halbsabrikate. Diese Industrien wollen ja auch heute die Schutzölle; sie werden die Schutzölle dazu verwerten, um unsere Rohstoffe und Halbsabrikate mit Hilfe hoher Inlandspreise billig auf den Weltmarkt zu liesern. Was heißt das für unsere Fertigsabrikation? Dies, daß wir ihr mit eigener Hand die Gurgel zuschnüren. Wir liesern unseren Gegnern das billigere Eisen sür die zahllosen Zweige der Eisenwarenherstellung, wir das billigere Papier für die Verarbeitungsindustrien, den billigeren Jucker für die Süßwarensherstellung, die billigeren Garne sür die Gewebes und Konsektionsindustrien. Mit unseren eigenen Rohstoffen und Halbsabrikaten ziehen wir die Konskurrenzindustrien in die Höhe, die die Zukunstschancen unserer heimischen Produktion ruinieren! Das heißt den Aft absägen, auf dem man sitzt. Schutzdie, die das besördern, sind keine. Es sind Machtmittel gegen das Ausland, Kanonen, die wir gegen uns selber aussahen. (Lebhaste Zustimmung.)

Run wird man fagen: Ja aber, fiehft du benn nicht, dag wir da einen großen Konkurrenten haben über dem Waffer, der uns dazu zwingt? Bift bu nicht auch der Anficht, daß der eigentliche Gegner der Rukunft die Union mit ihrer Exportprämienpolitik ift? In der That! Aber folgt daraus. daß wir dagegen das thun follen, mas wir auf die Dauer in der Politik ben Bereinigten Staaten gegenüber nicht werden aufrecht erhalten konnen? Sollen wir versuchen, durch unsere Politik die Amerikaner zu erziehen, daß fie von der Aussuhr von Rohftoffen und Balbfabritaten mehr und mehr zur Fertigfabrikation übergehen? Rein, was unsere Stärke ist, darauf follen wir uns besinnen. Wir sollen sagen: Yankees, macht ihr bas, was ihr könnt, wir machen dies. Ihr habt ein großes Rohstoffland, wir nicht. Mögt ihr die Welt mit Gifenbahnschienen versorgen, wir machen Fertigfabritate (Maschinen, Inftrumente, Meffer, Uhren u. f. w.). Alfo wir wollen nicht versuchen, Guch mit Exportprämien zu befämpfen. Bielleicht haut ihr Euch schließlich mit Eurer Politit in die eigenen Beine. Und jedenfalls: weil Ihr auf bem Holzwege feid, wollen wir uns nicht auf den Holzweg begeben. Das ist unsere Ansicht.

(Lebhafter Beifall).

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Dr. Mag Hirsch. (Zuruf: Es ist 1 Uhr — Schluß.)

Vorsitzender: Es ist noch nicht 1 Uhr, ich bitte dringend, bis 1 Uhr zu tagen. (Pause.) Ja, ich sehe doch, es ist 6 Minuten vor 1 Uhr, aber einen Redner können wir noch hören. (Pause.) Der Redner, dem ich das Wort geben wollte, ist nicht anwesend. Auf diese Weise kommen Sie zur Ersüllung Ihres Wunsches. Ich schließe jetzt die Sitzung und bitte Sie, um  $^{1}/_{4}$  nach  $^{2}$  Uhr wieder hier zu sein.

Schluß 3 Minuten vor 1 Uhr.

## 25. September 1901, 2 Uhr 15 Minuten nachmittags.

Borsigender Dr. Frhr. von Berlepsch: Dars ich bitten, Platzu nehmen. Meine Herren, ich habe die Mitteilung zu machen, daß die gedruckte Präsenzliste am Eingange des Saales ausliegt. Am Schlusse der Diskussion hatte Dr. Max Hirsch das Wort. Er hat mir mitgeteilt, daß völlige Erschöpsung ihn dazu veranlaßt hatte, das Lokal zu verlassen, er bittet, ihn jetzt zu hören; sind Sie damit einverstanden? (Zustimmung.) Herr Dr. Hirsch hat das Wort.

Dr. Max Birich (Berlin): Bochgeehrte Berren! Ich wurde gern auf das Wort verzichtet haben, wenn ich als Privatmann erschienen wäre. Da ich aber als Vertreter der einzigen Arbeiterberufsorganisation Deutschlands, die hier überhaupt repräfentiert ift, vor Ihnen ftebe, fo glaube ich eine Bflicht zu erfüllen, indem ich wesentlich die Stellung dieser Organisation zu der vorliegenden Frage zur Kenntnis bringe. Die Deutschen Gewerkvereine, die bekanntlich nicht auf socialbemokratischem Boden stehen, find von jeher mit aller Entschiedenheit gegen die Erhöhung der Getreidezölle, und was damit zusammenhängt, eingetreten. Schon auf dem Berbandstage zu Magdeburg 1898 haben die Gewerkvereine durch ihre Abgeordneten ein= stimmig eine Resolution in diesem Sinne gejaßt. Und als trot aller Bemühungen, eine andere Richtung der handelspolitik herbeizuführen, die Dinge immer mehr fich zuspigten, besonders feit etwa Jahresfrift, find diefe Gewerkvereine, die über gang Deutschland verbreitet find, in ungahligen Berfammlungen mit Protestresolutionen dagegen aufgetreten. Die Gewerkvereine, die keineswegs nur den Arbeiterstand vertreten, wenn sie auch vorzugsweise aus Arbeitern bestehen, find weit davon entfernt, die Gin= wirkung der Getreidezolle auf die Arbeiterverhaltniffe nur mechanisch aufzusafsen, nein, durchaus organisch ist die Brüfung erfolgt und sind die Refultate gezogen worden. Man hat die Arbeiter bezüglich der Getreidezölle und der Handelsverträge als Volksgenoffen nach allen Seiten, nicht nur als Konfumenten, deren Berbrauch wesentlich verteuert werden würde,

sondern zugleich als Produzenten, als volle Mitglieder der staatlichen und bürgerlichen Gesellschaft, ins Auge gesaßt.

Es wird nicht schwer sein, den Gedanken meiner Genoffen, wie er ein= mutig überall zum Ausdrucke gekommen ift, bor Ihnen darzulegen. Bu= nächst wird es niemand bestreiten, und ist es auch nicht bestritten, daß die Betreidezolle den Konfum verteuern. Sie find eine Steuer, welche auf alle Ronfumenten und, da die Arbeiter einen fehr großen Teil der Bevölkerung ausmachen, in erster Linie auf die Arbeiter fallen, eine Steuer, die nach den Forderungen bis 10 % des durchschnittlichen Ginkommens gehen kann. Eine fo hohe Belaftung ift an fich schon etwas fehr schweres, was sonst wohl nirgends besteht und nach bem Grundsatz ber Gerechtigkeit am wenigsten bestehen sollte gegenüber den Klaffen, die nur das nackte Auskommen für das Leben haben. Da kann man nicht sagen, sie mögen sich anderswo schadlos halten, sie sind auf den Ertrag ihrer Arbeit angewiesen, und von dem knappen, wechselnden Ertrage dieser Arbeit müffen sie auch noch die bedeutende Steuer gablen. Es ift ja fchon eine große Belaftung, in Deutsch= land größer als anderswo, die auf die Arbeiter drückt; zwar die direkten Steuern find ben Arbeitern größtenteils abgenommen, um fo mehr aber laften die indirekten auf ihnen. Übrigens ist es auch nicht wahr, daß wir, die wir gegen die Getreidezolle find, deswegen abstrakte und absolute Freihandler Das ift gewiß ichon mahrend meiner Abwesenheit von anderer Seite ausgesprochen worden. Wir, die wir hier das Wort nehmen, find Anhänger ber Sandelsvertrage von 1893; das find doch teine Atte des Freihandels, das find Verträge, die auf der Belastung einer großen Zahl Waren durch Bolle beruhen, da kann man doch nicht den Gegensat Freihändler und Schutzöllner hinftellen. Wenn viele auch hoffen, daß einmal die Zeit kommt, wo durch allgemeine Bereinbarung zum Freihandel übergegangen wird, auf absehbare Zeit benkt niemand daran, alle Bolle abzuschaffen. Rein, die schon recht hohen Bolle, die hunderte von Millionen bem Staate einbringen, die follen zunächst bestehen bleiben, aber wir wollen keine Erhöhung, weil diese die Lebenshaltung aller weniger Bemittelten und selbst eines Teils der Mittelklaffen immer mehr herunterdrückt. insbesondere bei den Arbeitern zutrifft, ergiebt sich klar aus ihrer Lebens= lage. Ein großer Teil ihres Ginkommens muß für die Nahrung verwendet werden. Es handelt fich nicht allein um Brotzölle, sondern um Bolle auf alle Cerealien, auf Fleisch, Gier u. f. w. Es wurde eine erhebliche Teuerung eintreten, und die foll der Arbeiter tragen. Wie fann er das? Unfere Gewerkvereine geben alle drei Jahre eine allgemeine Arbeiterstatistik heraus, da finden wir z. T. recht hohe Löhne verzeichnet, aber ganz überwiegend stehen

die Löhne noch jest keineswegs fo, daß man beliebig von ihnen wegnehmen tann, fondern fie reichen taum zu einer menschenwürdigen Lebenshaltung Und wodurch wird diese Lebenshaltung ermöglicht? Richt durch die Arbeit des Mannes allein, wie es fein follte, denn die Frau gehört ins Haus und für die Familie, sondern durch die Arbeit der verheirateten Frauen - ein schlimmes Manko unferer Rultur im 20. Jahrhundert, deffen Beseitigung ernft ins Auge ju faffen mare. Nur mit Singunahme der weiblichen Arbeitskraft, die der Familie entzogen wird, ift es möglich, daß die nötige Nahrung, Kleidung, Wohnung u. f. w. herauskommt. Und da foll nun eine folche ftarke Erhöhung eintreten, daß vor allem die Nahrung verschlechtert werden mußte, und die darf nicht leiden, denn die Ge= fundheit der Arbeiter ist auf genügende und kräftige Rahrung angewiesen zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft und ihres Berdienstes; ohne auskömmliche Ernährung der Arbeiter geht aber die nationale Produktion und der nationale Wohlstand rudwärts, benn nur ein forperlich und geistig fraftiger Arbeiterstand tann dafür eintreten. Davon abgesehen, murde es nötig werden, daß auch andere Bedürfniffe, die weniger bringend erscheinen, weniger oder gar nicht befriedigt werden, und das find großenteils die eigentlichen Rulturbedürfnisse. Auf die Wohnung brauche ich nicht hinzuweisen, auch für diese ist ein erheblicher Auswand nötig, um das zu beschaffen, was dem Bedarf genügt und was der Gefundheit förderlich ist: und die übrigen Bedürsnisse, zumal die leibliche und geistige Kindererziehung, das wird dadurch mehr oder minder preisgegeben, und der große Fortschritt, ben wir im Begriffe find zu erringen, daß die Arbeiter mehr und mehr an der Rultur teilnehmen, wird dadurch einfach beseitigt, daß man ihnen die dazu erforderlichen Mittel nimmt, indem fie teils dem Staate, teils anderen Bivaten überliefert werden.

Ich gehe zu der Rolle der Arbeiter als Produzenten über. Man hat kaum geleugnet, daß der Export durch die Getreidezölle abnehmen würde, während doch bekanntlich viele hunderttausende von Arbeitern durch die Exportindustrie beschäftigt sind, also die Exportindustrie nicht entbehren können. Für die soll nun Kat geschaftt werden und auch sür die jedes Jahr neu zuwachsende Bevölkerung, die bisher ganz überwiegend in dieser Beschäftisgung ihren Platz gesunden hat. Die schwerste Berantwortung tritt an uns heran, wenn wir uns sragen: Was soll aus diesen Millionen werden, wie sind diesenigen, die jetzt eine solche Zollerhöhung vorschlagen, wie sind sie sanntie zu übernehmen, daß die Millionen anderswound anderswie beschäftigt werden? Man weist auf die Landwirtschaft hin. Ich will zugeben, daß durch eine Reihe von Kesornen, durch Parzellierung

und Ansiedlung noch recht viel Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt werden könnten, aber glauben Sie, daß daß so schnell geht? Dazu geshören Jahrzehnte. Und was wird inzwischen aus unsern Volksgenossen? Sie verlieren ihr Brot, sie müssen auswandern, sie müssen von ihren Genossen unterstützt werden, die dadurch selbst in Not geraten; denn gerade weil jene arbeitsloß sind, drücken sie noch auf den Lohn der Beschäftigten, so daß die Löhne alle herabgehen werden. Die Landwirtschaft kann vieleleicht etwas ausnehmen, aber weitaus nicht alle die Arbeiter, die durch die Lahmlegung der Exportindustrie brotloß werden, mitsamt dem großen jährelichen Zuwachs. Ich meine, daß diese Ansicht nicht erträumt, sondern wirkliche Erfenntnis der Thatsachen ist, so positiv wie vieles nicht, was von den Gegnern vorgebracht wird, die vielmehr recht ost in Utopien sich bewegen zu scheinen.

Meine Herren! Die Dinge liegen in der That so, daß die Arbeiter alles Recht haben, zu benten, die Erhöhung der Getreidezolle ist ein Ubel, ift eine Kalamität ohnegleichen. Man kann es ihnen nicht verargen, wenn fie in unserer Zeit, wo die Berteilung des Nationaleinkommens alle Tage besprochen wird, fich fragen: was wird benn aus den Millionen, die durch Berteuerung des Konfums aus unferer Tafche genommen werden? wird denn wenigstens das Geld vom Staate vereinnahmt, wird es zu gemeinnütgigen Zwecken, ju Bedürfniffen ber Arbeiterklaffe verwendet? Auf diese Frage muß doch geantwortet werden: nein, so ist es nicht, der weitaus größte Teil diefer Summe fällt in die Bande von Brivaten, und wenn auch dabei eine Anzahl von kleinen Grundbefigern find, der große Gewinn fällt doch dem Großgrundbefit ju, und fo ftehen wir bor der um= gekehrten Lösung der socialen Frage! Statt die Arbeit in ihrem Ertrage zu schützen, wird hier der Besitz immer weiter begunftigt, außer den vielfachen Liebesgaben, außer den jehigen Böllen werden noch die erhöhten Bolle im Betrage von vielen Millionen in die Taschen der Großgrundbesitzer gelenkt — und da erwarten Sie eine wachsende Befriedigung der Arbeiter? Im Gegenteil, ich kann Sie versichern, nichts hat so verbitternd gewirkt als die Aussicht auf die neue Zollpolitik. Ich habe alles Mitgefühl mit ben Landwirten, ich verkenne nicht, daß da mancher Notstand vorhanden ift, aber die 12 Millionen Arbeiter, die größtenteils am Rande deffen fteben, mas jum Leben gebort, die durch die jetige Krifis sich schon in schlechtester Lage befinden, daß die noch weiter herabgedrückt werben, das eröffnet eine Perspettive, die erschreckend ift und die zu ener= gischster Gegenwehr mahnt. Es ist schon erwähnt worden: wie die letten Jahre mit ihrem relativ junehmenden Wohlstand, mit dem Ausreichen des

Lohnes, mit dem Abnehmen der Arbeitszeit und manchen anderen Berbefferungen auf die Gemüter der Arbeiter hinwirken, das ersehen Sie daraus, daß unter den Socialdemokraten eine offenbare Mauserung und Besinnung zu positiver Betrachtung der Dinge, zum Berlassen des utopischen und radikalen Standpunktes geführt hat. Diese Bewegung mit der Aussicht auf inneren Frieden und Gedeihen wird durch die drohenden Nahrungsmittelzölle im höchsten Grade geschädigt, deshalb muß es jeder Volkssreund als seine Ausgabe erachten, Front zu machen gegen diese Pläne, die schweres Unheil sür das deutsche Bolk bedeuten.

Freiherr von Cetto (München): Es ist jerne von mir, in einer Ver= sammlung von Fachgelehrten das ganze Problem der künftigen Handels= vertragspolitik, oder die Frage, ob wir zum Industrieftaat ober zum Agrarstaat gelangen follen, zu erörtern, sondern ich möchte nichts weiter als die Motive beleuchten, welche die landwirtschaftliche Bevölkerung zwingt, für den Moment in der Erhöhung der Getreidezolle ihr Beil zu fuchen. Es ift angeführt worden, daß neben den Getreidegollen und vielleicht auch an Stelle der Betreidegolle ftaatsfeitig andere Magregeln gefett werden könnten, welche vielleicht noch einen befferen Effekt erzielen würden als die Getreidezolle für die Landwirtschaft. Diefe Soffnung zugegeben, hat bereits einer der vorhergehenden Redner hervorgehoben, daß es doch fehr ungewiß ift, ob folche Magnahmen ergriffen werden und es ift deshalb wohl erklärlich, daß nach manchen trüben Ersahrungen, welche die Landwirtschaft seit einem Bierteljahrhundert nach Wiedereinführung der Getreidezolle gemacht hat, fie lieber fich mit gewiffen Boraussichten anftatt mit unficheren Projekten begnügt, nach dem alten trivialen Sprichwort: Ein Sperling in der Sand ift beffer als die Taube auf dem Dache. Ich möchte weiter eingehen auf den Vortrag, welchen der erste Reserent Herr Prosessor Lot gehalten hat. Rach ihm beruht die Forderung der Agrarzölle nicht auf wiffenschaftlicher Begründung, sondern mehr auf Stimmung. Eines wie das andere ift der Fall. Ich glaube, an einer wiffenschaftlichen Begründung der Agrarzölle hat es niemals gesehlt, und ich möchte Sie u. a. nur erinnern an die Publikationen, welche der Verein für Socialpolitik schon vor Jahren unter dem Titel "Bäuerliche Buftande in Deutschland" erlaffen hat, an die eingehende Erörterung, welche seinerzeit in der Agrarkonserenz in Berlin darüber gepflogen worden ift. Es ist erwähnt worden, daß es zu bedauern sei, daß nicht eine Enquete mit kontradiktorischem Verfahren eingeleitet worden fei, daß an deren Stelle nur die Rentabilitätsermittelungen bes beutschen Landwirtschaftsrates bienen tonnen. Da mochte ich vor allem barauf aufmerksam machen, daß diese

Erhebungen keineswegs etwa von privater Seite des Deutschen Landwirtschafts= rates gepflogen worden find, fondern daß diefer im Auftrage des Reichs= amtes des Innern diefe Enquete veranlagt hat, deren Resultat mithin amt= lichen Charakter trägt. Ich gebe nun zunächst auf einen Bunkt ein, den ich den Mitteilungen des Herrn Dr. Dade verdanke. Was nach dem Rezept des Dr. Brentano und feiner Anhänger uns gefunden foll, das ift die Theorie des Abschreibens des Wertes des Grundbesites. Aus den Er= hebungen, die in diesen typischen Betrieben gepflogen worden sind, gehen folgende Ziffern der Höhe der Berginfung der landwirtschaftlichen Betriebs= anlagen hervor, die ich Ihnen vorzulesen mir erlaube. Bei den 1524 Betrieben, beren Rentabilität feftgeftellt, entfallen von allen Ausgaben auf die Verzinsung des Grundkapitals nur 15 %, wobei für Gebäudekapital 3 %. für Betriebskapital 5  $^{0}/_{0}$  und für Bodenkapital  $3^{1}/_{2}$   $^{0}/_{0}$  gerechnet sind. Die Grundrente dieser Betriebe betrug im Durchschnitt aber nur 0,7 %. — Soll fich das Bodenkapital diefer Betriebe mit 31/2 0/0 verzinsen und foll dies durch entsprechende Wertabschreibung bewirkt werden, so würde das gefamte Bodenkapital biefer 1524 Betriebe ftatt 167209843 Mf. nur 34 380 170 Mf., also um 133 Millionen weniger als ber gegenwärtige Berkehrswert betragen, oder pro Hektar ftatt 800 Mk. nur 160 Mk., fo daß nach dieser Rechnung volle 80 % des Grundvermögens ausfallen, da= mit für fämtliche in ber erften Sälfte bes Butswerts gelegenen Spotheten nur 20 % bezw. 10 % des ursprünglichen Werts als Sicherheit verbleiben und im Verkaufsfall aller Aufwand, welcher im Lauf der Jahre für Inventar, Gebäude, Bodenkulturen u. f. w. gemacht murde, dem Räufer unentgeltlich in den Schoß fallen wurde. Leider ift der landwirtschaftliche Grund= besitz vielfach dem Kapital verpfändet und zwar in fehr bedeutender Beife. in Preußen nach einer Berechnung, soweit ich sie im Kopfe habe, betragen allein die Forderungen der preußischen Landschaften über 2 Milliarden Mt. In Babern ift die Verschuldung verhältnismäßig ähnlich 1. Run nehmen Sie mal an, wo kommt die Sicherung der Spothekengläubiger, der Wert des in Hypothekenpsandbriefen investierten Kapitals hin, wenn der Wert des Grundbefiges so fehr abgemindert würde? Das Moment gebe ich Ihrer praktischen Erwägung anheim. Ich gebe zu einem anderen Gesichtspunkte über, der auch von Lot angeführt worden ist und ebenso von anderen Bor= rednern. Es ift gefagt worden, die Landwirtschaft faffe ihre Aufgabe schlecht auf, indem sie fortgesetzt ben Getreidebau forciere, anstatt sich auf andere Betriebsarten zu verlegen. In diesem Saale laffen fich diese Dinge leicht

<sup>1</sup> Die hypothekarische Berschulbung bes ländlichen Grundbefiges wird in Preußen auf über 10 Milliarben, in Bapern auf 1 Milliarbe geschätzt.

aussprechen, aber es wird vielleicht von Intereffe fein, gerade von einem praktischen Landwirte die Sache dargestellt zu hören, und ich bin in der Lage, aus genauer Renntnis der Regierungsbezirke Oberbapern und Niederbagern Ihnen zu schildern, welchen Schwierigkeiten eine folche Betriebs= änderung unterliegt. Wir haben Viehzuchtgegenden im Gebirge und im Alpenvorland, dagegen andere Gegenden im Flachland, wo Körnerbau borherrscht. Run liegt die Sache so: in gang Oberbapern, im angrenzenden Niederbagern, aber auch in den meisten anderen baprischen Provingen find die Breise, sowohl bei Rauf, wie bei Bacht für Wiesengründe fehr hoch, weit höher als die für Ackerland, mit Ausnahme der Gegenden, wo bor= wiegend Biehzucht getrieben wird. Daraus folgt, daß ein großer Mangel an Wiesengrunden vorhanden fein muß, daß im Berhaltnis zu den Actergrunden die Wiesengrunde seltener find, und daraus folgt weiter, daß die Bermehrung der Wiesengrunde außerft schwierig, wo nicht unmöglich ift. Rönnte das lettere geschehen, dann würde diesem Migverhaltnis fehr leicht vorzubeugen fein, der Grundbefiger tonnte leicht größere Werte und Ertrage erzielen. Ich will etwas specialifieren, was die Zucht verschiedener Gattungen von Tieren angeht. Die Pjerde, mas brauchen die? die brauchen weite Weide= flächen, welche keinen befonderen Grundwert haben, und wie die Erfahrung zeigt, können in Getreidegegenden Pjerde nicht mit Vorteil im großen gezüchtet werden, fie werden aber gezüchtet in Oftpreußen, bei uns an der Donau, wo der Grund und Boden billig ift, wo Weiden und Tummelplate ohne große Rosten herzustellen sind. Die Landwirtschaft muß übrigens nicht nur das Futter zuliefern für die Pferde, die auf dem Lande aufgezogen und gehalten werden, sondern auch für die Pferde in der Stadt und beim Militar. Nun tommen wir aber aufs hornvieh. Deffen Bucht und haltung gehört nun nach dem Urteile aller Sachverständigen vorwiegend entweder in die Gebirgs= gegenden oder in die Niederungsebenen, in die Marichen am Meere, und wenn in Holland und Belgien die Biehhaltung in größerem Umfang und mit mehr Erjolg betrieben wird, als anderswo, jo entgegne ich, daß diese Länder eben durchgehends als Niederungslandschaften sich naturgemäß be= fonders für Biehhaltung eignen. Die Strecken aber zwischen dem Meere und den Alpen, welche die größte Fläche des Deutschen Reichs ausmachen da verhindern die natürlichen Boden= und Klimaverhältnisse, daß sie vom Kornbau zur Biehwirtschaft übergehen. So sieht es mit dem Rezept für zeitgemäßen Landwirtschaftsbetrieb aus, welches uns von freihändlerischer Seite gegeben wird. Gang ahnlich ift es mit bem Projekt ber Aufforstung entlegener Gründe. Ja, das läßt fich ben einzelnen gut rekommandieren, aber ziehen Sie einmal die große Bilang, verbreiten Sie diese Birtichafts-

methode! - Sie konnen ja kleinere parzellierte Grundstude aufforsten, aber das giebt noch keinen Wald, Sie mußten dazu zusammenhängende Flächen zu Waldungen aufrichten und dann kommen Sie eben auf die oft befprochenen englischen Buftanbe, wo Jagd- und Weidegrunde an Stelle bes früheren Aderlandes getreten find. Sie wollen nicht zugeben, daß es da= hin kommt, aber dahin muß es kommen, wenn wir Ihre Borfchlage be= folgen. Lok hat uns den Vorwurf gemacht, daß die Landwirtschaft spekuliere auf den Rückgang der Industrie und damit auf den Rückzug der Industriearbeiter zur Abhilje der Leutenoth. Das ift vollständig jalich, benn zur Abhilfe der Arbeiternot ift uns damit nicht gedient, daß die ent= laffenen Induftriearbeiter versuchen, eine Zeit lang auf dem Lande Untertunft zu finden, mit folchen Leuten, die durch jahrelange Thätigkeit in der Induftrie der anftrengenden Landarbeit entfremdet wurden, die verwöhnt worden find in ber Stadt, ift uns nicht gedient, fie werden auch nicht aus= halten auf dem Lande, fie werden im Gegenteil uns die Arbeiterverhältnisse noch mehr erschweren. Wonach wir trachten follen, das ift gang einjach, daß wir die auf dem Lande geborenen Arbeitskräfte verhindern, in die Stadt bes größeren Erwerbes wegen abzuziehen, und das Rezept dafür liegt darin, daß Sie die Landwirtschaft rentabler machen, damit der Arbeiter nicht des größeren Erwerbes wegen in die Stadt zieht, fondern einen ebenfo lohnen= den Erwerb auf dem Lande findet und das Gewerbe feiner Bater dort fort= jett. Nun komme ich noch auf etwas, was aber nicht neu ist, was wir schon so oft gehört haben, das ist das große Wort: Der rechte Mann am rechten Ort! Die Landwirtschaft des einzelnen kann zu Grunde geben, aber es wird noch genug andere Landwirte geben, welche in ber Lage find, die Landwirtschaft mit Erfolg zu betreiben. Das tann ich vielleicht auf einzelne Broggrundbefiger anwenden, aber wollen Sie mir fagen, wie fie die Taufende von Bauern erfeten follen, welche von ihrer Scholle durch die Ungunft der Zeit vertrieben werden? Da ist es nicht möglich, daß Sie an Stelle der jetigen, angeblich ungebildeten Landwirte lauter ökonomisch studierte Landwirte setzen. Ich will noch in gang wenigen Worten ben Standpunkt barlegen, auf bem fich ber beutsche Landwirtschaftsrat gegenüber ben handelsverträgen befindet. Wir fagten im Jahre 1891: Der Abichluß von Sandelsverträgen tann nur bann für die Landwirtschaft gedeihlich fein, wenn unter Aufrechterhaltung des Schutzes der nationalen Arbeit an der Gegenseitigkeit der Interessen der gesamten Nation festgehalten und jede Bevorzugung der Industrie vor dem landwirtschaftlichen Gewerbe forgfältig vermieden wird. Auf diesem Standpunkt stehen die Vertreter der Land= wirtschaft noch heute. Wir gönnen den Schutz der Industrie, wir wollen aber keineswegs das Kompensationsobjekt bei den Handelsvertragsverhand=

303

lungen abgeben, und wenn nun Lotz am Schluß seines Bortrages mit Emphase gesagt hat, daß wir nicht preisgeben sollen im 20. Jahrhundert, was die Männer des 19. Jahrhunderts geschaffen haben, so erinnere ich daran, daß die deutsche Handelsvertragspolitik in der Schutzollpolitik Bismarcks wurzelt. Als der 1 Mark-Zoll sür Getreide eingesührt wurde, sagte Bismarck, ein 3 Mark-Zoll sei unmöglich, aber nach den gemachten Ersahrungen trat er alsbald sür einen Getreidezoll mit 6 Mk. ein. Mit Recht hat Winister Möller gesagt, die Festsetzung der Zölle ist eine Frage des richtigen Gesühls sür die Interessen der arbeitenden Klassen, sür die Interessen der nationalen Arbeit.

Dr. von Philippovich (Wien): Bu ber eigentlichen Streitfrage, welche in der Diskuffion gestern und heute erörtert wird, kann ich als Ausländer nicht wohl Stellung nehmen. Die Frage nach Gestaltung der Getreidezolle ift eine folche, die wohl wiffenschaftlich erörtert und vorbereitet werden kann bis zu einer bestimmten Beschluffaffung, allein diese selbst ift dann eine Willengentschliegung, ju Gunften welcher der betreffenden Bevölkerungsklaffen man eintreten will. Gine folche Willensentschließung bier zum Ausdruck zu bringen, ist nicht meine Sache. Ich habe mich zum Worte gemeldet infolge einiger Bemerkungen Webers und Schmollers, welche auf einen Bunkt hingewiesen haben, der wohl zu ftark zuruckgetreten ist in der Erörterung auch von Ihrem Standpunkte aus. Schmoller hat den Zolltarifentwurf vor allem unter dem Gesichtspunkt der handelsdiplomatischen Berhandlungen betrachtet, der jum Segen oder Unheil ausfallen tönne, je nach der Hand, die damit operiert, und Weber hat gesagt, er muffe glauben, daß ein folcher Tarif auf das Berhältnis ju Ofterreich nicht günstig einwirken könne, daß er die Verhandlungen mit Österreich erschwert, und daß man ihn dort nicht mit Freundlichkeit ansehe. Ich bin überzeugt, daß die deutsche Regierung das Berhältnis zu Österreich aufrichtig als ein gefestigtes wird erhalten wollen, und ich bin überzeugt, daß hier und im gangen deutschen Bolle niemand ift, der wünschte, daß es fich je zu einer Sprengung gestalte. In der Frage der Wirtschaftspolitik, der internationalen Sandelspolitif, wie der internationalen Wirtschaftspolitik überhaupt haben wir aber noch nie bemerken können, daß die Staatsmänner in Deutschland Augenblicksintereffen des Reiches gurudgedrängt hatten, um Österreich wirtschaftliche Vorteile zukommen zu lassen, die Österreichs innerer Konfolidation und feinen dauernden Beziehungen zu Deutschland hatten zu gute kommen können. In der Wirtschaftspolitik scheint, wie in Geldfragen überhaupt, die Gemütlichkeit aufzuhören, und der deutsche Zolltarifentwurf, den wir heute vorliegen haben, ein Entwurf, der, wie wir horen, der Aus-

druck der Intereffen der landwirtschaftlichen und der Industrieschutzöllner in Deutschland ift, ber macht mir ben Gindruck einer fehr fühlen Berechnung der beiden Intereffentengruppen, die sich gegenseitig sagen: Du greifst in die rechte und ich in die linke Tasche unserer Nachbarn, und dabei werden wir uns beide fehr wohl fühlen. Das ist wohl etwas zu klug. Ich glaube nicht an einen Erjolg — ich spreche nur bom öfterreichischen Standpunkte aus. Der deutsche Michel ist schon lange nicht mehr Wahrheit, aber auch der gemütliche Öfterreicher ist nicht mehr so gemütlich, daß er nicht einsehen könnte, daß diese wirtschaftlichen Geschäfte für Österreich keinen Vorteil bringen könnten. Die Wirkung des Zolltarijs in Österreich war zunächst einige Berblüffung. Dann kam eine Beruhigung. Die Landwirte sagten sich — ich spreche nur von Österreich, nicht von Ungarn —, am Weizenzoll sind wir nicht in= tereffiert, wir exportieren davon nichts, Gerfte und Maly find hart getroffen, aber das werden die Deutschen wohl bei uns kaufen muffen, da haben wir Qualitätsprodukte. Gier und Bieh find schlecht behandelt, und ich mundere mich darum, daß man hier gar nicht von der Verteuerung des Fleisches In Berbindung mit der Sandhabung der Biehkonventionen kann der Boll die öfterreichischen Landwirte fehr schädigen. Dennoch haben fie ihn in Rube, ja scheinbar mit Freuden begrüßt, weil sie fich sagen: wenn das Deutsche Reich folche hohen Schutzölle durchführt, dann machen wir das in Öfterreich nach. Und ebenso haben sich bald sehr bemerkenswerte Anzeichen in der Induftrie gezeigt. Die Induftrie hatte eigentlich den öfterreichischen Bolltarif bereits gemacht. Berschiedene Berren, die baran beteiligt waren, sitzen ja hier und könnten uns noch mehr erzählen. Unsere Regierung ift in febr kluger Beife gefangen genommen worden von den Intereffentengruppen. Aber jest fagt man fich : der beabsichtigt gewesene Bolltarif ift viel zu niedrig. Wenn bas Deutsche Reich, das feit 20 Jahren an der Spite der Industrie des Kontinents marschiert, einen solchen Industrieschut einsührt, dann muffen wir doch noch viel mehr verlangen, und einige fehr beachtenswerte Stimmen kommen zum Ausdruck, die berlangen: haben wir endlich einmal den Mut, zu sagen, wir machen uns unabhängig von Deutschland, richten wir den Boll so ein, wie es unseren Bedürfniffen entspricht. Wir haben Ungarn und Südost-Guropa, wenn wir nur erst einmal die Industriekräfte des Landes entwickeln, und dazu brauchen wir ein ftarkes Schutzollgeset. Diefe Kräftigung ber Bochschutzöllner in Ofterreich hat die Bewegung zu einer Macht emporgehoben, der die ent= gegenstehenden Parteien vielleicht nicht werden Widerstand leiften können, weil sie sich sagen, daß in diesen Argumenten ein sehr berechtigter Kern ift. Ich habe zu denen gehört, welche bei Vorbereitung der neuen Handels=

verträge fich bemüht haben, Stimmung zu machen für einen Sandelsvertrag, der eine Annäherung bildet an eine zufünftige engere wirtschaftliche Bereinigung Öfterreichs und Deutschlands. Ich febe hier ab von allen Gefühls= intereffen und von allen historischen Traditionen, rein vom ökonomischen Standpunkt aus glaube ich, daß eine folche Berbindung in beiberfeitigem Interesse gelegen wäre, und unter diesem Gesichtspunkte habe ich die Bewegung gefördert. Beute muß ich fagen: jene herren haben auch nicht unrecht. Wenn wir feitens Deutschlands nur das nachte landwirtschaftliche und industrielle Interesse gewahrt seben, wenn jeder weitere Gesichtspunkt fehlt, nun, dann stellen wir uns auf den Standpunkt: wir wollen auch sehen, was wir herausschlagen können, und ist es vielleicht nicht ohne Vorteil, wenn wir einen Boll haben, der uns absperrt von Deutschland. Dag wir dann vielleicht etwas weniger üppig leben werden, daß unfere Entwicklung in kultureller Beziehung etwas gehemmt wird, das schadet vielleicht nicht. Nicht alle Begleiterscheinungen der raschen industriellen Entwicklung Deutschlands find erfreulich. Wir werden uns langsamer entwickeln, aber Sie werden uns dazu felbst das Rapital geben, um die Entwicklung fräftig zu machen, wenn hinter Hochschutzöllen die Profite bei uns wachsen. werden uns Ihre Intelligenz geben, Ihre Ingenieure, Ihre qualifizierten Arbeiter, und wir werden in 20 Jahren eine industrielle Entwicklung erreicht haben, welche unfere Konkurrengfähigkeit zu einer viel scharferen ge= staltet, als es vielleicht jest der Fall ist. Das ift ein Entwicklungsgang, ben wir zu mahlen gezwungen werden, wenn der andere Entwicklungsgang, den ich für wünschenswert halte, uns unmöglich gemacht wird. So scheint mir die Lage ju fein, und diefe Wirkung wird bisher nicht beachtet in Deutschland, und das halte ich für einen Fehler von Ihrem Stanspunkte aus. Friedrich Lift hat einmal in einer großen Bereinigung, die von der Nordsee bis zum Schwarzen Meere reicht, das große Kaushaus Mittel= europas erblickt. Diefe große Entwicklungsidee hat niemanden gefunden, der fie wieder aufnimmt. Deutschland mare beute in der Lage, der Sandels= politik Europas die Direktive zu geben. Es wird sie auch bestimmen, weil Deutschland zu groß ist, wirtschaftlich zu mächtig, seiner Lage nach zu bedeutsam für Mitteleuropa, als daß sich nicht die anderen Staaten nach ihm richten mußten. Aber es fonnte die Entwicklung jo bestimmen, daß fie in der Zukunft zu einer wirtschaftlichen Annäherung in Mitteleuropa geführt hätte. Ob das bei den jetigen Folierungstendenzen praktisch verwirklicht werden wird, das ist eine Entscheidung, welche ich Ihnen selbst überlaffen möchte.

(Lebhafter Beifall.)

Schriften XCVIII. - Berhanblungen 1901.

20

Prosessor Dr. Sieveking (Freiburg i. B.): Auch ich kann nur als Theoretiker zu Ihnen sprechen, aber ich glaube, daß es doch von Bedeutung ist, wenn wir einmal zu den Principien, von denen die verschiedenen Forderungen ausgehen, zurückehen. Häufig — und bedauerlicherweise ist das auch hier geschehen — werden diesenigen, welche die Fortsehung der Handelsevertragspolitik oder einen Abbau unserer Schutzölle verlangen, als Manchester-leute bezeichnet. Dieser Berein ist gegründet worden im Gegensatz zum Manchestertum, und wir betrachten es als den Borzug der deutschen Wissenschaft, daß sie im Gegensatz zu dem individualistischen Naturrecht der Klassischen der historischen Methode arbeitet und eine Aufgassung der so cietas vertritt, die die Interessen des Einzelnen der Gesamtheit unterordnet. Haben nun die Bersechter des Zolltarisentwurfs das Recht, ihren Plan als Ergebnis dieser wissenschaftlichen Anschauungen aufzusassen?

Es mag auf den ersten Blick so scheinen: der Zolltarif will die Zeiten des Merkantilismus zurückführen. Aber was ist denn der Grundgedanke der hiftorischen Betrachtungsweise? Sie lehrt uns die Relativität der Ent= wicklung. Richt nach einem Schema vollzieht fich der Fortschritt, sondern in jedem Bolf und zu jeder Zeit find andere Reime besonders entwicklungs= fähig, andere Widerstände zu überwinden. Sollen wir nun als historiker alles, was ist und gewesen ist, als gleichberechtigt anerkennen und für eine neu auftommende Bewegung, wenn fie Aussicht hat, verwirklicht zu werden, deswegen eintreten? Ich fage nein! Die hiftorische Betrachtungsweise ent= bindet uns nicht von der Pflicht, Werturteile zu fällen, fie nötigt fie uns geradezu auf. Sie zeigt uns, wo der Punkt ift, auf dem wir augenblicklich steben, und welche Wege wir einschlagen muffen. Gerade beim Rolltarifentwurf vermiffe ich die Begrundung aus der historischen Lage. Es ware intereffant, wenn die ausführliche Begrundung, die bei der Flottenvorlage gegeben ift, dem Zolltarif beigegeben worden ware. Wie hatten feine Sage zu diefer Begründung geftimmt?

Niemand hat die Bedeutung der Geschichte sür die Gegenwart besser gewürdigt als der Vorkämpser der historischen Schule, unser größter Nationalsökonom, Friedrich List. Er wird ja auch angesührt als Versechter der Schutzölle. Aber er hat diese Forderung für das Deutschland der 40er Jahre begründet, und es ist sraglich, ob er heute die gleiche Stellung einsnehmen würde.

Im 19. Jahrhundert war für Deutschland wohl am wichtigsten der Gegensatz zu Frankreich. Und wenn wir im letzten Jahrzehnt zum wirtsschaftlich führenden Bolke Mitteleuropas geworden sind, so beruht das doch

wohl auch auf dem Umftande, daß wir mit den Handelsverträgen Caprivis gearbeitet haben, Frankreich aber mit dem Schutzollspftem Melines.

Gerade weil dieser Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Handelspolitik von dem zweiten herrn Referenten in Frage gezogen ist, bedauere ich es, daß der Berein diesmal keine genauere Darstellung der frangösischen Berhältniffe bes letten Jahrzehnts hat bieten können. (Bu= stimmung.) Herr Kollege Pohle hat gesagt, es sei nicht erwiesen, daß der wirtschaftliche Aufschwung der 90er Jahre sich auf Caprivis Sandelsvertrage guruckführen ließe. Wir hatten unter ihnen im Anfang eine Depreffion gehabt und ftunden jest wieder unter einer Depreffion. Run frage ich den Herrn Kollegen von der Handelshochschule, mas erwartet er eigent= lich von unseren Kaufleuten? Wie können sich nach Abschluß eines Vertrages sofort die Beziehungen beffern? Der Raufmann muß doch erft neue Beziehungen anknüpfen, und die Folgen der handelsverträge konnen fich erft in einigen Jahren zeigen. Und wenn der Berr Referent meint, wir mußten der heutigen Rrifis gegenüber fagen ignoramus, fo ift das wohl nicht nötig. In geschäftlichen Rreisen weiß man es andere, und ich glaube, einer ihrer Grunde ist die Unficherheit unferer handelspolitik: der Raufmann kann nicht mit sicheren Daten rechnen, weil man nicht weiß, wie unfere Sandelsbeziehungen in Rufunft fein werden. (Sehr richtig!)

Ich glaube, wenn Lift heute unter uns weilte, würde er sagen: Ihr macht denselben Fehler, den die Engländer 1815-42 machten, nur ist die Berantwortlichkeit bei euch größer, weil ihr mehr Lehren der Geschichte zur Bersügung habt, und die Folgen werden schwerer sein, weil ihr unter schweizeren Konkurrenzverhältnissen arbeitet.

Und läßt sich der neue Zolltaris vom socialen Standpunkt aus rechtsertigen? Unter socialer Politik verstehe ich eine solche, die das Wohl des Einzelnen und auch der einzelnen Stände dem des Ganzen, der societas, unterordnet. Ich kann mir eine Politik der societas heute nur vorstellen als nationale Politik, die für die Masse des deutschen Volkes, vor allem für die auch in der Zukunst wichtigsten produktiven Stände die günstigsten Existenzbedingungen schafft. Und das thut eine Politik der Handelsverträge. Oder hat eine Politik Anspruch daraus, sich social zu nennen, die dem Arbeiter das Brot verteuert und — das möchte ich gegen Herrn v. Mahr betonen — auch die andere Seite seines Budgets beein= flußt, indem sie durch Absatstockung ihm die Arbeitsgelegenheit nimmt?

Hier stoße ich aber auf eine Auffassung des Wortes social, die wir etwas näher ins Auge sassen müssen. Social wird nämlich nicht nur gebraucht im Gegensatz zu "individuell", sondern auch zu "wirtschaftlich".

Man sagt: Euch Produktionssanatikern muß man entgegenhalten, daß der wirtschaftliche Fortschritt nicht wünschenswert ist, wenn er verbunden ist mit einer Verschiedung der socialen Verhältnisse, der Gemütlichkeit des Bestehenden. So werden bei uns die leistungsfähigen Großbetriebe bekämpst. Man sagt: ja, die großen sind leistungssähiger, aber die kleinen — Zuckersfabrikanten z. B. müssen "aus socialen Gründen" geschützt werden.

Nun bin ich nicht der Meinung, daß der wirtschaftliche Fortschritt ohne weiteres den socialen und politischen zur Folge hat. Der wirtschafteliche Fortschritt kann bloß zersezend wirken, und ein Bolk muß kämpsen, wenn es will, daß seine wirtschaftlichen Errungenschaften allen Klassen der Bevölkerung zu gute kommen und in politische Macht umgemünzt werden. In solchen Kämpsen hat unser Berein gestanden und die Flottenbewegung. Aber auf der andern Seite bin ich der Meinung, daß ohne wirtschaftlichen Fortschritt kein socialer und politischer möglich ist. Wir wollen das größere Deutschland als socialen Musterstaat, der neue Zolltaris will das kleine Deutschland, das gar nicht die Kosten der Socialresorm tragen kann. Die geliebten Kleinbetriebe sind nicht imstande, sie durchzusühren.

Was wird eigentlich bezweckt durch die Gesetzebung unserer letzten Jahre, die ihren Gipsel in dem vorliegenden Entwurf findet? Der Schutz der nationalen Arbeit? Nein! Den beati possidentes, den Landwirten und kartellierten Industriellen soll ihre Rente garantiert werden. Das ist an sich nichts Ungeheuerliches. Ich erinnere daran, daß der Staat z. B. einer Eisenbahngesellschaft ihre Zinsen garantiert. Es ist im Grunde dassselbe, ob das direkt geschieht oder, wenn auch weniger sicher, durch die Zölle.

Gerade die eifrigsten Bersechter socialer Wirtschaftspolitik sind Gegner des Systems der Zinsgarantien. Sie sühren meines Erachtens mit Recht aus, daß der Staat bei Gewährung der Garantien wenigstens seine Tarisphoheit wahren müsse, besser übernähme er selbst die Eisenbahnen. Wenn wir das anwenden auf unser Gebiet, so hieße es: Ja, wir geben dies Geschenk an die kartellierte Großindustrie und an die Landwirte, aber dasür verlangen wir eine Kontrolle ihrer Betriebe, die dasür sorgt, daß die Landwirte ihren Betrieb verbessern, und eine Kontrolle der Kartelle, die dasür sorgt, daß sie ihre Macht nicht dazu benußen, der Gesamtheit zu schaden. Aber das sind, wie hier schon ausgesührt wurde, Utopien. Es wird bei dem Geschenk bleiben, und die Kontrolle wird nicht durchgesührt werden.

Es diente der Vertiesung unserer Wissenschaft, wenn wir, einer Anregung Diegels solgend, scharf unterschieden, was wir als ethisches Postulat

aufftellen, und welche im ganzen auch nur zu glaubende Auffaffung der Lage wir haben, und mas auf der andern Seite die Ronfequenzen find, die fich mit Denknotwendigkeit aus diefen Borausfetzungen ergeben. Dann wurde man auf biefem Rongreg nicht von Stimmungen reben konnen, und der Wiffenschaft bliebe ihr Recht gewahrt.

Der neue Zolltarif ist nur verständlich als ein Geschenk an eine Minderheit, weil man meint, diese Minderheit sei allein imstande, die Intereffen der Gesamtheit kraftvoll zu vertreten. Opfer der Gesamtheit an die herrschende Minderheit find in jeder Sinficht gerechtsertigt, wenn die Minderheit ihre Aufgabe so jagt, daß fie sich dem Ganzen opfert. Aber es ist ein Zeichen der beginnenden Unfähigkeit der Berrschenden, wenn fie ihre politische Macht in erster Linie dazu benuten, sich wirtschaftliche Sonder= vorteile zu verschaffen. Dann verlieren folche Opfer der Gesamtheit ihre Bedeutung. Nur der kann jolche jordern, der die herrschende Rlaffe als allein imftande betrachtet, die Intereffen der Befamtheit zu mahren.

Ich gestehe, daß die Politik der Sandelsverträge und der Ermäßigung ber Schutzolle ben Glauben zur Voraussetzung hat, daß wir Deutsche uns durch die Gute unserer Arbeit behaupten konnen. Ich verweise auf die technischen Fortschritte unserer Industrie, die uns die Berrschaft gemähr= leiften muffen. Treten wir ein für eine Politit, die nicht den Besitzenden, fondern den Arbeitenden zu gute kommt! Das fest freilich voraus, daß diejenigen, die einmal an die Stelle ber jett herrschenden treten, imftande fein werden, die Intereffen der Gesamtheit zu vertreten. Wir muffen diese Hoffnung haben, wenn anders wir an die Zukunft unferes Bolkes glauben wollen.

Bom hiftorischen wie vom socialen Standpunkt läßt fich für uns ebensowenig eine Politik der Abgeschloffenheit wie des absoluten Freihandels rechtfertigen, sondern nur eine Politik der Handelsverträge. Gegenüber dem Beren Rollegen von der Sandelshochschule möchte ich es betonen, daß wir uns unserer Ruftung nicht entkleiden wollen, aber wir wollen teine Ruftung, die uns erdrudt, wie es der neue Bolltarif thun murbe.

Ich kann mir einen Vertreter der deutschen Wissenschaft heute nicht anders denken, als nach der hiftorischen Methode arbeitend und für eine fociale Politik eintretend. Aber gerade dann kommt man, meine ich, zu dem Standpunkt des ersten herrn Referenten und nicht der anderen.

(Beifall.)

Projeffor Dr. Quidde: Erlauben Sie, daß ich junächst noch einmal mit der Frage komme, wie es mit der Wirkung der bisherigen Handels-

vertrage aussieht, weil ich meine, die Bestimmung der Ziele der fünftigen Sandelspolitit ergiebt fich aus ber Betrachtung der Wirkung der bisherigen. Run hat herr Pohle bestritten, daß die wichtigften Erscheinungen in der neueren Entwicklung unferes Wirtschaftslebens, insbesondere der außerordentliche Aufschwung unserer Industrie und unseres Außenhandels auf die Sandelsverträge jurudjuführen feien. Ich gebe ju, daß die Sandelsverträge nicht die alleinige Urfache find. Die wirtschaftlichen Erscheinungen find viel zu verwickelt, als daß man eine solche Entwicklung so einfach aus einer Urfache allein begründen könnte; aber auf der anderen Seite scheint es mir unbestreitbar, daß die Sandelsverträge einer der wichtigften Faktoren ge= wefen find, mindeftens für die außerordentliche Steigerung unferer Ausfuhr, da diese Verträge eben vielsach erst die Thore geöffnet haben für unsere Induftrie. Es tann daber, meine ich, niemand ernsthaft bestreiten, daß diefe hervorftechende Erscheinung der lettjährigen Entwicklung in Bufammenhang au bringen ift mit den Sandelsverträgen. Wenn Pohle fagt: dann hätte fie fofort eintreten muffen, fo hat das schon mein Borredner widerlegt. Eben eine folche Wirkung ber Sandelsvertrage wird ja anerkannt von den Freunden der bisherigen Sandelspolitik, und darum eben verlangen wir ig gerade langfriftige Bertrage, weil es eine Zeitlang dauert, ehe die betreffenden Beziehungen angeknüpft werden konnen und die Industrie sich auf den neuen Markt eingerichtet hat. Welches sind nun die horvorstechenden Erscheinungen unter den Handelsverträgen gewesen? Die kolossale Ent= wicklung der Aussuhr, weiter damit zusammenhängend eine außerordentliche Berbesserung der Lage der Arbeiterschaft, zusammenhängend damit eine Befferung der socialen Beziehungen zwischen den Arbeitern und anderen Rreisen der Bevölkerung, weiter im Zusammenhange damit eine außer= ordentliche Berftartung des inneren Marktes, d. h. nicht nur beffere Lebens= haltung jener Kreise, die direkt von der Exportsähigkeit der Industrie abhängen, sondern eine Steigerung der Aufnahmefähigkeit der ganzen inländischen Bepolkerung, eine Stärkung des inneren Marktes in seiner Gesamtheit, trok= dem behauptet wird, daß die Landwirtschaft weniger konsumfähig geworden Und im Zusammenhang mit all' diesen Erscheinungen haben wir es vermocht, den außerordentlichen Bevölkerungszuwachs wie in keiner anderen Periode aufzunehmen in unferer Induftrie und in unferem Sandel. Auswanderung ift zurudgegangen. Wir haben trot der Bevölkerungszunahme nicht nötig gehabt, Menschen zu exportieren, fondern konnten für alle Arbeit und Brot finden. Gine ungunftige Erscheinung haben wir daneben als Wirkung der Handelspolitik: das Aufkommen der Kartelle mit den preis= treibenden Wirkungen im Inlande und Preisschleuderei im Auslande. Wie

hat nun die Landwirtschaft unter dieser Handelspolitik gestanden? Es wird uns gefagt, fie fei im Begriffe ju Grunde ju geben und es konne insbesondere der Getreidebau nicht mehr existieren. Die Thatsache spricht für eine andere Auffassung. Wir können zunächst beobachten eine außerordent= liche Hebung der Biehzucht, ein ftarkes Anwachsen des Biehbestandes in Deutschland, ein unverkennbares Symptom für das Prosperieren dieses Zweiges der Landwirtschaft. Daneben zeigt der Getreidebau, der nicht mehr fonkurrengfähig fein foll, uns doch eine Erscheinung, auf die ich nochmals hinweisen möchte; wir haben feinen Rudgang in der Anbaufläche zu ber-Nun fagen unfere Gegner, ja diese Anbauflache fei nicht gurud= gegangen unter dem Ginfluffe der vorhergegangenen gunftigen Jahre, in hoffnung auf die hebung der Preise durch tunftige Bolle und wegen der technischen Schwierigkeiten eines Überganges zu anderer Betriebsweise. Das wiffen wir wohl; aber ich behaupte, wenn es mahr mare, daß der Getreidebau nicht mehr die Produktionskoften aufbringen kann, dann wurde in der Gefamterscheinung doch die Wirkung zu beobachten fein. Bei der langen Zeit, die dieser angebliche Ruin nun schon dauert, müßte doch. wenn die Schilderung richtig ware, in der Summe aller Betriebe ein Rückgang in der Anbaufläche eingetreten fein. Diefe Erscheinung ist nicht eingetreten, die Anbaufläche hat fich jogar bescheiden vermehrt. Wenn also auch der Getreidebau in bedrängten Berhältnissen ist, so ist er doch noch existenzfähig, und es liegt fein Grund vor, die Flinte ins Korn zu werfen. Aber wir beobachten in diesen schwierigen Zeiten zugleich höchst munschen&= werte Fortschritte in der Berbefferung des landwirtschaftlichen Betriebes, rationellere Bewirtschaftung, die große Entwicklung des Genoffenschafts= wefens, die Berbefferung der Organisationen jum Ginkauf und jum Berfauf. Alles das ist geschehen unter dem Einfluß der schweren Konkurrenz von außen, und bas scheint mir gerade ber wünschenswerte Buftand zu sein. Wenn wir Schutzölle zugestehen, durfen wir nicht mehr geben als unbedingt nötig ift, um den zu schütenden Erwerbszweig eriftenzfähig zu machen. Die Konkurreng, die erzieherische Einwirkung derfelben, muß bleiben. Gewiß munichen wir jedem Stande, daß er ein behabiges Dafein habe, aber wir dürfen nicht allgemein einen Schutzoll geben, der die auswärtige Konkurrenz unmöglich macht. Gehen Sie über das nötige Maß hinaus, fo handeln Sie nicht einmal im Intereffe des geschützten Standes. 3m Intereffe ber Landwirtschaft liegt es also nach meiner Meinung, daß wir ihr denselben Schutz geben wie bisher. Gemähren wir ihr größeren Schutz, so wird fie auf falschen Weg geleitet, und da die Zölle doch nicht dauernd aufrecht erhalten werden können, so würde später mit Naturnotwendigkeit eine um

fo schlimmere Krifis tommen. Damit ift auch bas Ziel für die fünftige Sandelspolitit gegeben. Im wefentlichen haben wir fortzufahren wie bisher, nur follen wir die Schaden zu beseitigen suchen, die fich gezeigt haben: die Kartellbildung in der Industrie. Wir haben Industrien, für die die Zölle bloße Bereicherungszölle geworden find, benen muffen wir diefen Schut entziehen, wir muffen das im Interesse der Industrie felber, im Interesse ihrer Organisation, im socialpolitischen Interesse, weil alle biese Bolle in der Richtung wirken, in der betreffenden Industrie die gang großen Be= triebe ju begunftigen und die kleineren guruckzudrängen. Die Alternative für die künftige Politik steht nicht zwischen Freihandel einerseits und Fortiührung der agrarischen Magnahmen andererseits, die Forderung des Freihandels, die Abschaffung der Getreidezölle ist von keiner Seite gestellt worden. Es handelt fich um etwas anderes: Weiterführung der bisherigen Sandelspolitik, mit Abbruch der nicht mehr gerechtfertigten Industriezölle und mit Beibehaltung der jegigen landwirtschaftlichen Bölle, oder aber Ausbildung eines Schutsinstems, das feine größten Gefahren hat. Pohle hat gefagt, er werde jest feine Brunde für Erhöhung der Getreidezölle nicht porbringen, er werbe fie aber im Schlufwort vorbringen. Das scheint mir bedenklich, da dann in der Debatte nicht mehr geantwortet werden kann. Run find ja Gründe vorgeführt worden. Der hauptgrund ist die Erhaltung des Bauernftandes. Ich bestreite aber, daß der Bauernftand nur durch Getreidezölle gehalten werden tann oder überhaupt in feiner Existenz wesentlich davon abhängt. Ich erkenne an, daß nicht nur die 25 000 Großgrundbefiger, sondern auch viele Bauern ein Interesse an den Böllen haben. Ich gebe fogar zu, daß ein gewisses Interesse bes Bauern besteht auch da, wo es rechnungsmäßig vielleicht nicht der Fall ist, weil er im Augenblick des Berkaufes ein größeres Stuck Geld in die Sand bekommt. Aber die Erifteng des Bauernstandes hangt nicht davon ab, sondern vielmehr davon, daß er fich anpagt ben Bedingungen, die für die Dauer für die Landwirtschaft gegeben sind. Für unsere Entscheidung aber bleiben neben diefen Ermägungen alle gefährlichen Begleiterscheinungen der Getreide= golle in voller Kraft: daß der Zoll die Kleinen um fo mehr druckt, je weniger sie haben, daß er den Größeren um so mehr in den Schoß wirft, je mehr fie haben, er ift, wie Naumann fagte, die größte Befahr fur den focialen Ausgleich. Deshalb haben wir im socialen Interesse uns entgegenzustellen den Forderungen eines Abschließungsshstems auf agrarischem wie industriellem Gebiete.

(Lebhafter Beifall.)

P. Mombert (München): Meine Herren! Genau wie Prosessor Diezel haben mir die Ausführungen der Herren, die für höheren Zollschutz eingetreten sind, den Eindruck hinterlassen, als ob von dieser Seite den Wirkungen der Lebensmittelzölle auf die Lage der arbeitenden Klassen nicht die Beachtung zuteil geworden ist, wie sie diesen Wirkungen zukommt. Die Belastung des Arbeitereinkommens durch die Zölle ist ja von der größten Mehrzahl aller Herren, die sich darüber geäußert haben, auch von den Anhängern einer Zollerhöhung, zugegeben worden; es sei nur auf Prosessor Sering und Prosessor Bohle hingewiesen.

Run hat aber Prosessor Dr. von Mahr versucht, bis zu einem gewissen Grade zu bestreiten, daß die Benutzung von Arbeiterbudgets zu brauchbaren Resultaten sühre. Drei Gründe hat er sür seine Anssassung angesührt. Da er in seinen Aussührungen auf seine neu erschienene Schrift "Zolltarisentwurf und Bissenschaft" ausdrücklich verwiesen hat, so ist es wohl erlaubt, auch meinerseits darauf zurüczukommen. Zunächst ist Prosessor von Mahr der Ansicht, daß Einnahmen und Ausgaben im Arbeiterbudget elastisch seien; auf der Ausgabenseite sei keine bleibende feste Gestaltung vorhanden, das Maß des Auswands, das sür die Beschaftung der einzelnen Gütergruppen zu machen ist, so sührt er in seiner Schrift aus, zeigt ständige Schwankungen; eine gelegentliche Brotpreiserhöhung, der wiederum Preiserniedrigungen solgen, ist keine abnorme Erscheinung, sondern ein Borgang, wie auch auf dem Gebiete anderer Haushaltsstragen, z. B. der Wohnungsfrage. Solche Schwankungen, so sährt er sort, hat der durchsschnittliche Arbeiter immer bewältigt, er wird sie auch weiter bewältigen.

All' dieses ist in der Hauptsache zuzugeben. Ich glaube nur, daß die von Prosessor von Mayr geäußerte Ansicht in keiner Weise im Widerspruch steht mit der Aussalfung, die ich an anderer Stelle vertreten habe, und die ich dahin zusammensasse, daß die Lebensmittelzölle einen ungünstigen Einsluß auf Lebenshaltung und Löhne der gesamten Arbeiterschaft ausüben. Gerade, weil die Ausgaben im Arbeiterbudget elastisch sind, wie Herr von Mahr betont, — und hier hat er unbedingt recht —, gerade deshalb ist es eben möglich, daß höhere Ausgaben sür Lebensmittel durch Ersparnisse an anderen Bedürsnisgegenständen, z. B. Kleidern, Schuhen, ausgebracht werden und nach diesen Dingen auf diese Weise die Nachstrage zurückgeht, eine hinkende Konjunktur in der Industrie einkritt und der Lohn sällt. Gerade die Aussührungen Prosessor von Mahrs haben mir bestätigt, — denn das Arbeiterbudget ist elastisch, wie er sagt — daß höhere Lebensemittelpreise insolge dieser Elasticität sich in einem geringen Konsum an anderen Dingen, seien es Fleisch oder Bekleidungsgegenstände, Lust machen.

Genau ebenso ist es auch auf der Einnahmenseite, auch sie ist elastisch; auch hier stimme ich Herrn von Mahr bei, mit einem Unterschied nur.

Er hat bei seinen Ausführungen nur an die Clasticität des Lohnes nach oben gedacht, während eine solche auch sicher nach unten möglich ist.

Ich kann also in keiner Weise einsehen, inwiesern die Clasticität des Arbeiterbudgets gegen die Folgerungen spricht, die ich oben angedeutet habe. Im Gegenteil, gerade weil das Arbeiterbudget elastisch ist, treten diese Konsequenzen ein.

Auch darin kann ich mich den Aussührungen Prosessor von Mahrs nur anschließen, daß der durchschnittliche Arbeiter solche Schwankungen bisher immer bewältigt hat und auch weiterhin bewältigen wird. Dieses ist aber, soweit ich übersehe, noch von keiner Seite bestritten worden. Der springende Punkt ist aber auch ein ganz anderer. Wer, und ich stehe auf diesem Standpunkte, in dem Aufsteigen der Arbeiterklassen das wichtigkte Shmptom einer sortschreitenden und gesunden Volkswirtschaft sieht, muß eine derartige Belastung des Arbeitereinkommens, ein Zurückgehen der Lebenshaltung so vieler Millionen, selbst wenn sie physisch erträglich ist, als einen socialen Rückswirtt betrachten.

Wenn im übrigen den Ausführungen Brofessor von Mahrs sicher darin zuzustimmen ist, daß ständig Preisschwankungen stattfinden, die auch ihren Ausgleich im Arbeiterhaushalt finden, so ist doch dieser Vergleich nicht gang zutreffend für die Berhältnisse, um die es sich hier handelt. In unserem speciellen Fall handelt es fich nämlich um eine kunftlich herbeigeführte Berteuerung, ein Punkt, der schon deshalb zu beachten ift, weil er in fehr hohem Grade die Auffassung von der socialen Thätigkeit des Staates und die Zufriedenheit der Mehrzahl des deutschen Volkes — nicht nur der Arbeiter — erheblich zu modificieren imstande ist. Ferner haben wir es hier, im Gegenfat zu jenen gewöhnlichen von herrn von Mayr heran= gezogenen Preisschwankungen, mit einer dauernden Erhöhung der Preise zu thun, und schließlich werden jene Preisschwankungen nach Ginführung des höheren Zolles nicht aufhören, nur daß das Breisniveau, auf dem dies geschieht, um die Zollerhöhung höher sein wird. Ich bin also gang einer Anficht mit Professor von Mayr, daß das Arbeiterbudget nach feiner Gin= nahmen= und Ausgabenseite bin elaftisch ift; aber die Ronfequenzen scheinen gerade die entgegengesetten zu fein, als die find, welche er gezogen hat.

Denn sicher wird zum Ausgleich im Budget einer Mehrausgabe für Brot eine Minderausgabe an anderen Gegenständen gegenüberstehen. Auch ist eine Beränderung des Einkommens sehr wohl denkbar; nur scheint sie als Folge der "Pflege des inneren Marktes" eher nach unten als nach oben

zu tendieren. Darin besteht gerade das Wesen der Clasticität der Einnahmen und Ausgaben im Arbeiterhaushalt. Meine Herren! Wir sind
hier im Verein für Socialpolitik und die Pflicht des Socialpolitikers scheint
mir darin zu bestehen — und von dieser Grundaussassung ist der Verein
auch getragen — die arbeitenden Klassen in möglichst hohem Maße an
allen Errungenschaften der Kultur und Technik teilnehmen zu lassen. Aber
deshalb kann und darf der Socialpolitiker nicht eine Politik billigen, die
eine Herabdrückung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen zur notwendigen Folge haben muß.

(Lebhafter Beifall.)

Dr. Brentano: Es ist ursprünglich nicht meine Absicht gewesen, in diefer Debatte das Wort zu ergreifen. Die Grunde dafür find einfach. Mein Standpunkt in der hier behandelten Frage ift allgemein bekannt, und es schien mir unbescheiden, benen, die, wie heute gesagt worden ift, ihr Bekenntnis noch nicht abgelegt haben und es ablegen wollen, die Zeit wegzunehmen. Außerdem aber hat der bisherige Verlauf der Verhandlungen mich von meinem Standpunkt aus fehr befriedigt. Auch deshalb hätte ich mich daher mit Schweigen begnügen können. Wenn ich nun tropdem entgegen meiner ursprünglichen Absicht das Wort nehme, so liegt der Grund in den Angriffen, die im Laufe der Berhandlung gegen mich erfolgt find. Eine große Anzahl meiner Gegner war zwar fo liebens= würdig, wo sie gegen mich sprachen, mich nicht zu nennen; es war dies fehr rudfichtsvoll; aber ich habe fie doch verftanden, und nur Dr. Dade hat, wozu er ja auch völlig berechtigt gewesen, gegen mich namentlich als gegen den Hauptfünder geeisert. Run möchte ich aber zunächst nicht bei dem verweilen, worin ich anderer Meinung als meine gedachten Vorredner bin. Ich stehe zwar im Augenblick im Rufe, ein ganz boser, streitsüchtiger Mensch zu sein; aber wer die Beranlaffung meiner in letter Zeit geführten Rehden im einzelnen kennt, weiß, daß ich nie von selbst, sondern stets durch außerordentliche Beranlaffung gezwungen zu der Feder gegriffen habe, und so ist es mir auch heute viel lieber, bei dem zu verweilen, worin ich mich in Übereinstimmung mit denen befinde, die gerade in diefer Frage fich fonst von mir trennen. Insbesondere hat mich ba ber Ausgang der Rede meines Kollegen Sering erfreut. Ich kann nicht anders fagen, als daß ich genau fo wie alle hier Anwesenden mit großem afthetischen Genuß ben überaus beredten Ausführungen, mit denen er feine Erörterung begonnen hat, gefolgt bin: aber trot feiner Beredsamkeit konnte ich meine sachlichen Bedenken gegen den Inhalt seiner Ausführungen nicht ausgeben: sein Schluß

bagegen hat uns zusammengebracht. "Aber bas muß ich fagen," so un= gefähr schloß er, "wenn ich auch für Getreidezolle eintrete, so werde ich doch von dem Augenblicke ein Gegner der Getreidezolle fein, da nicht gleichzeitig mit beren Erhöhung gewisse Reformen beschlossen werden." Und als diefe Reformen hat er die Beseitigung gewisser Finangzolle, nämlich des Raffeezolls und des Betroleumzolls und die Sperrung der Oftgrenze gegen die Einwanderung von ruffisch-polnischen Arbeitern bezeichnet. nun gar keine Ausficht porhanden ift, daß diefe Reformen, die er als conditio sine qua non für feine Buftimmung jur Erhöhung der Betreidezolle bezeichnet hat, verwirklicht werden, sehe ich mit Freuden den Augenblick naben, wo wir uns wieder verfohnt die Sand druden. Sodann hat mein verehrter Freund Dr. hainisch uns ein sehr originelles Projekt vorgeführt, wie er der Landwirtschaft zu helfen fich denkt, ohne unser gesamtes übriges Wirtschaftsleben zu schädigen. Bang klar und einwandsfrei hat er uns fein Projekt noch nicht gemacht. Man erhielt nur ungefähr eine Ahnung von dem, was er dachte, und danach muß ich bekennen, daß ich über das Projekt fehr mit mir reden laffen wurde. Aber allerdings mußte Dr. Sai= nisch mir garantieren, daß sein Projekt in der von ihm gedachten Weise verwirklicht murde. Er hat aber wohl felbst nicht unerhebliche Zweifel ich glaube, er hat fie fogar geäußert -, daß dies der Fall fein wurde. Und wie ich ihn fonft kenne, pflegt er in der That unfere bestehende poli= tische und sociale Ordnung nicht als so vortrefflich anzusehen, daß ich an= nehmen konnte, er glaube felbit, daß fein Projekt in der von ihm gedachten Weise realisiert werde. Solange es sich aber um ideale Zukunstsmusik handelt, fürchte ich, daß wir noch länger warten müssen als bis 1950 (Beiterkeit), ehe an eine Berwirklichung feiner Gedanken gedacht werden könnte. So muß ich also, so fehr ich mich freue, den Weg zu feben, auf bem ich mit Bersonen, mit denen ich ungern differiere, doch wiederum wenigstens theoretisch zusammenkommen kann, einstweilen bei dem verweilen, was uns zur Zeit noch trennt. Der haupthunkt nun, der uns zu trennen scheint, und zwar ein Punkt, in dem ich mich nicht bloß von den beiden genannten herren, sondern auch von vielen anderen, die hier und drauffen das Wort ergriffen haben, trenne, diefer hauptpunkt ift, daß wir uns eine fehr verschiedene Borftellung machen von dem, mas eigentlich die Aufgabe konkreter praktischer Wirtschaftspolitik ift und fein kann. Gigentlich ift es schon Aristoteles gewesen, der das ganze Unglud in die Welt gebracht hat, indem er, ftatt zu fragen: Was ift? immer nach dem besten Regimente und nach dem an fich guten Zustande gesucht hat, und dieses Streben nach dem an fich guten Zustand ift uns trot Machiavelli, der zuerst die Frage-

stellung geändert und ftatt nach dem Seinsollenden nach dem Seienden gefragt hat, immer noch geblieben. Ich dagegen bin ebenso wie Machiavelli der Meinung, daß die Frage nach dem an sich Seinsollenden ganglich überflüffig ift, weil es uns ganglich verfagt ift, diefen Zustand beliebig herbei= zuführen. Die Grundbedingungen unserer wirtschaftlichen und gefellschaft= lichen Existens find doch immer gegebene, und wo dem Staate und ber Gesellschaft Brobleme gestellt sind, konnen wir daher nie fragen, welches ware die an sich idealste Lösung, sondern nur, wie konnen wir unter den gegebenen Berhältniffen die uns junächst gestellten Aufgaben löfen, und wie tonnen wir, mahrend wir diefer Lofung guftreben, das Los der Menschen, mit denen wir es dabei ju thun haben, am gunftigften geftalten? hierauf tonnen wir etwas einwirken; die Grundbebingungen unferer jeweiligen gefellichaftlichen Existenz dagegen können wir nie auf den Kopf stellen. dies gilt gegenüber revolutionaren Tendenzen, fo gilt es ebenfogut gegen= über reaktionaren. Und eben beshalb konnen wir nicht die Beiten bes überwiegenden Agrarftaats jurudführen. Welches aber ift benn die grundlegende Thatfache, von der wir ausgehen muffen, und die dies unmöglich Diefe Thatsache ift die große Bunahme der deutschen Bevölkerung. jene große Bevölkerung, die Deutschland zu ernähren hat, und zwar nicht bloß so zu ernähren hat, daß Leib und Seele notdürftig zusammengehalten werden, sondern so, daß auch unfere unteren Klaffen Anteil erhalten an ben Butern der Rultur, und es fur fie möglich ift, eine fittliche Existeng gu führen. Gewiß wird niemand fagen, daß das Bunahmeverhaltnis diefer Bevolkerung dasfelbe bleiben muffe, wie es etwa im letten Decennium ge= wefen ift. Um 1,50 % haben wir feit 1895 zugenommen. Ich verlange nicht, daß dies fortbauere. Aber das, worum es fich handelt, ift zu verhindern, daß diefes Zunahmeverhältnis durch Vermehrung der Sterblichkeit ein geringeres werde! (Bewegung.) Bisher hat unsere große Zunahme wesentlich beruht auf Berminderung der Sterblichkeit. Denn unfere Geburtenziffer hat abgenommen, aber in noch höherem Mage unsere Sterbeziffer. Damit ift schon implicite gefagt, daß unfere Zunahme auf die Dauer nicht eine gleich große fein fonne, und damit muffen ichon eine Angahl ber Bedenken ichwinden, die an unfer großes Bunahmeverhältnis anknüpfen; aber bagegen wollen wir uns wehren, daß es ungunftiger werde durch Vermehrung der Sterblichkeit. Dies zu verhindern aber scheint mir unmöglich, wenn wir alles Getreibe, das wir zur Ernährung unferer Bevölkerung brauchen, im Inland erzeugen wollen. Es erscheint mir gang unmöglich, alles Getreide, das wir brauchen, zu erschwingbaren Koften auf heimischem Boden zu erzeugen. Dabei befinde ich mich nun allerdings im Widerspruch mit herrn Dr. Dade. Ich

will nicht auf das eingehen, worin herr Dr. Dabe im Gegensat zu mir ben Unterschied zwischen Ackerbau und Industrie fieht. Ich glaube, daß seinen diesbezüglichen Ausführungen ein Rechensehler zu Grunde liegt, und will es einem nach mir folgenden Redner, der, wie ich glaube, hierauf zu iprechen kommen wird, überlaffen, diesen Rechensehler richtig zu stellen. Ich will nur bei bem verweilen, was er mir zum besonderen Vorwurf gemacht Berr Dr. Dabe hat hervorgehoben, ich ginge aus von dem Gefetze des abnehmenden Bodenertrages. Rebenbei gesagt, ich thue das mit Adolph Wagner, der im übrigen in der Frage der Getreidezolle ja fo weit von mir abweicht, und auch herr Prof. Pohle hat fich gestern dazu bekannt. Run wird uns entgegengehalten: Diefes Gefet gelte keinesfalls für Die Gegenwart; denn die landwirtschaftliche Technik habe in unserer Zeit solche Fortschritte gemacht, daß wir noch lange nicht an der Grenze der Steige= rung des Rohertrages angelangt seien; Steigerungen um 50 bis 100 % feien möglich; und nach Herrn Dr. Dade foll es noch möglich sein, eine um 100 % größere Bevölkerung durch ausschließlich auf deutschem Boben erzeugtes Getreide zu ernähren. Ich habe, als ich diefe Ausführungen des Herrn Dr. Dade hörte, den Eindruck gehabt, daß wir beide, d. h. er und ich, nicht gang dasselbe unter dem Gesetze bes abnehmenden Bodenertrages Er meinte, mit der Betonung des Gesetes bom abnehmenden Bodenertrage behaupte man, daß wir in Deutschland bereits an der absoluten Grenze der Steigerung des Rohertrages angelangt seien. Das hat aber kein Mensch behauptet. Was mit dem Gefetz des abnehmenden Bodenertrages behauptet wird, ift, daß zwar eine absolute Mehrung des Ertrages stattfinden kann, aber jedes Mehr, das erzeugt wird, nur erzeugt werden kann zu steigenden Kosten, und dabei wird zugegeben, daß auch diefes Gefet durch technische Berbefferungen vorübergehend sufpendiert werden Aber dann tritt es wieder in Rraft, und abgesehen davon find die Bedingungen für die Durchführung dieser verbesserten Technik nicht überall phyfikalisch gegeben, insbesondere fehlen sie auch dann, wenn wir, wie Baron Cetto uns in feiner Argumentation vorgeführt hat, bei der Behandlung dieser Frage stets von dem Durchschnittsbauer ausgehen muffen mit seiner Durchschnittstechnik, und nicht allzuviel technische Verbefferungen von ihm fordern sollen. Damit ist eigentlich schon gesagt, daß dieser Suspension des Gesetzes des abnehmenden Bodenertrages sehr enge Grenzen gezogen find. Im übrigen aber möchte ich Sie auf eines aufmerksam machen: Angenommen, das Geset des abnehmenden Bodenertrages ware nicht richtig. was würde dies heißen? Es hieße dies: Jede Mehrverwendung von Kapital in den Boden giebt nicht nur absolut, sondern auch relativ größere Er=

319

trage, d. h. größere Robertrage bei abnehmenden Roften, größere Reinerträge. Warum brauchen Sie dann aber höhere Kornzölle? wenden Sie doch mehr Rapital in den Boden, dann erhalten Sie ja ohne Bolle von jeder Mehrverwendung immer fteigende überschüffe. (Zuruf: Die Bolle follen das Rapital anlocken!) Wenn der Gewinn von felbst auf natürliche Weise als Folge jeder Mehrverwendung von Kapital steigt, so ist dies doch ein weit wirksameres Lockmittel als alle Bölle. Also entweder das Gefet des abnehmenden Bodenertrages ift richtig, dann ift die Erhöhung der Getreidezölle verwerflich, weil keine Erhöhung derfelben bewirken kann, daß unfere Bevölkerung mit deutschem Getreide ju erschwing= baren Kosten ernährt werden kann; oder es ist nicht richtig, dann ist die Erhöhung der Getreidezölle erst recht verwerflich, da auch ohne die durch fie bewirkte kunftliche Verteuerung des Lebens jede Mehrverwendung von Rapital in den Boden steigende Überschüffe abwirft. Nun soll ich von der Industrie gesagt haben, daß sie ihren Ertrag ins unendliche zu steigern vermöge. Derartiges habe ich aber weder gesagt, noch entspricht dies meiner Meinung. Dagegen bleibe ich bei der Behauptung, daß, abgesehen von anormalen Verhältniffen, deren Herbeiführung nicht in unsere Macht gegeben ift, eine Steigerung ber landwirtschaftlichen Produktion nur möglich ift mit steigenden Kosten, und eben deshalb muß nach meiner Meinung als Folge des Strebens, den gesamten deutschen Getreidebedarf auf deutschem Boden zu erzeugen, eine breifache Wirkung eintreten: eine Erschwerung des Daseins unserer Bevölkerung, die Verlangsamung und schließlich der Still= stand unserer Bevölkerungszunahme und damit naturgemäß eine bedeutende Minderung der Machtstellung unseres Vaterlandes. Aber noch mehr. Ent= sprechend dem sinkenden Ertrage unserer nationalen Broduktion muffen auch die finanziellen Mittel des Staates für Erreichung seiner Zwecke geringer Es ift mir febr leid, daß herr Professor Boble diesen finanziellen Gefichtspunkt gar nicht in Betracht ziehen wollte. Es ware fehr wichtig gewesen, darüber zu hören, wie sich die herren von der entgegenftebenden Anschauung das vorstellen, wie die steigenden Ansprüche des Staates und des Reiches an die Steuerkraft des Bolkes, wie die gedeckt werden follen bei einer Wirtschaftspolitik, als deren Folge der Überschuß der Produktion über die Roften fortwährend in Abnahme begriffen ift. Bon den weiten Zielen ber Weltpolitik, die uns neuerdings gesteckt find, von diesen will ich dabei gar nicht reden, denn es liegt auf der Hand, daß wir auf diefe bei einer solchen Wirtschaftspolitik gezwungen verzichten mußten. (Sehr richtig.) Dies um so mehr, wenn die Bedingung verwirklicht würde, welche Herr Professor Sering als conditio sine qua non feiner Buftimmung gur Er=

höhung der Betreidezölle bezeichnet hat, und den Arbeitern als Rompenfation für die durch diese Erhöhung verursachte Erschwerung ihres Daseins die reinen Kinanggolle auf Raffee und Betroleum beseitigt wurden. Gin fo aufrichtiger und eifriger Berfechter ber Erhöhung ber Getreidezolle unfer verftorbenes Mitglied herr von Miguel gewesen ift, ich glaube, mit dem Vorschlage hätten Sie ihm nicht nahe treten dürfen. (Beiterkeit.) Ruchicht auf die Zukunft unseres Baterlandes ist es, die mich zum Gegner der Getreidezölle macht. Unfer verehrter Berr Borfitender macht mich barauf aufmerksam, daß ich das weitere, was ich Ihnen gern fagen mochte, Ihnen wegen fehlender Zeit nicht mehr vorführen darf. Nur eine Ausführung bitte ich mir noch zu gestatten. Herr Dr. Dabe hat heute morgen von mir gesagt, daß ich im ftande sei, mit einem Federstrich den deutschen Bauernstand zu vernichten. Es war dies fehr wirksam! Ich kann dies nicht anders fagen! (Heiterkeit.) Aber es entspricht fo wenig meiner Abficht, daß ich erklären fann, niemand konnte eine Bernichtung des deutschen Bauernstandes lebhafter beklagen als ich. Aber eines muß ich fagen: Der Bauernstand ift viel. Es ift dies heute fo oft und fo beredt gefagt worden, daß ich nichts hinzugufügen habe. Aber er ift nicht alles; er ift nur ein Teil und nicht das Gange; er ift nur eine Klaffe und nicht das Bon Jugend auf aber haben wir gelernt, daß wir alles hinzugeben haben für unfer Baterland. Und — mein Gott! — wenn bas Vaterland eine Politik forderte, welche die Vernichtung des Bauernstandes mit fich brächte, so gilt bas, was allgemeine Bürgerpflicht ift, auch für ben Bauern. Aber fo fteht es nicht. Die Politit, die wir fordern, gieht feine solche Folgen nach sich. Professor Lot hat Ihnen gestern von landwirtschaftlichen Betrieben gesprochen, welche auch unter den heutigen Berhältnissen recht bedeutende Überschüsse abwerfen, und er hat Ihnen auf Brund der Erhebungen des Landwirtschaftsrates vorgeführt, ein wie geringer Teil der landwirtschaftlichen Ginnahmen heute aus dem Getreide= verkauf fließt, ein wie viel größerer aus dem Berkauf animalischer Brobutte. Run fagt man, es gebe Gegenden, wo ein folches Berhältnis nicht möglich ware, und herr Professor Sering hat uns diesbezüglich auf die unfruchtbaren Sandböden des Nordostens verwiesen. Spitt fich die Sache aber so ju, daß wir etwa vor der Frage stehen, ob wir die Besiger der Sandböden retten wollen oder das Baterland, dann ist mir nicht zweifel= haft, auf welche Seite ich gehe. Die Zeit habe ich schon überschritten; ich bitte deshalb um Berzeihung, wenn ich nicht auf mehr eingehe, was hier vorgebracht worden ift. Es lag wirklich nur im Mangel an Zeit, wenn ich nicht darauf erwidert habe.

(Lebhafter, fturmisch wiederholter Beifall.)

Borsitzender: Herr Dr. Brentano hat selbst gestanden, daß er die Redezeit nicht unerheblich überschritten habe. Ich habe daß zugelassen, erstens weil ich angenommen habe, daß die Bersammlung wünscht, ihn zu hören (Zustimmung), und zweitens, weil er der verdienstvolle Antragsteller der Beschränkung der Redezeit auf 15 Minuten war. Der Herr, der nach ihm sprechen wird, wird nicht Anspruch auf gleiche Berücksichtigung haben können. Im Gegenteil, nach Lage der Dinge ist die Redezeit von 15 Minuten noch zu lang. Ich unterbreite daher der Bersammlung den Borschlag, sie auf 10 Minuten herabzusehen. Es stehen noch 9 Personen auf der Liste, außerdem haben wir die Herren Referenten zu hören, und ich möchte betonen, daß ihnen eine außreichende Zeit gesassen werden muß.

Dr. Schmoller (Berlin): Wenn Sie jeden von den 9 Herren noch 15 Minuten reden lassen, und dann jeder Reserent noch 20 Minuten spricht, hätten wir noch über 3 Stunden nötig, ich glaube, dann kann keiner mehr von Ihnen zuhören. (Zustimmung.) Ich schlage daher 5 Minuten vor.

Vorsitzender: Ich lasse abstimmen. Sind Sie einverstanden mit 10 Minuten? (Pause.) Das ist die Minderheit. Ich lasse über Herabssetzung auf 5 Minuten stimmen. (Pause.) Das ist die Majorität. Die Redezeit ist also auf 5 Minuten beschränkt.

Dr. Bingner (Berlin): Wenn ich auch in dieser Frage das Wort ergreife, wie zur Wohnungsfrage, fo glaube ich hierfür ebenfalls eine gewiffe Legitimation zu haben. Ich habe im Auswärtigen Amt an der Vorbereitung der Handelsverträge mitgearbeitet und dabei allerlei praktische Kenntnisse erlangt, beren Mitteilung nütlich fein wird für die Beurteilung der jetigen Lage. Ich glaube, trot des allgemeinen Widerspruchs, der hier in einzelnen Punkten hervorgetreten ist, sind doch die Redner darüber einig: wir wollen wieder Sandelsverträge haben. Rur behaupten einige hier, auf Grund des neuen Entwurfes wurden wir nicht in ber Lage fein, brauchbare Sandelsvertrage zu erreichen. Diese Behauptung wurde ohne thatsachliche Begrundung aufgeftellt und ift geeignet, unfere Stellung bei ben fünftigen Banbelsvertrags= verhandlungen zu erschweren. (Widerspruch.) Es ist bedauerlich, daß die Empfindung für die im nationalen Interesse gebotene Zurudhaltung noch so wenig bei uns ausgebildet ift. Eine der letten Bemerkungen Miquels darüber mar: Wenn in England eine derartige Aftion in Borbereitung wäre und ber Minifter wurde nur einen Zeitungsjungen herüberschicken und sagen laffen: "Ich bitte, daß diese Dinge nicht in die öffentliche Debatte Schriften XCVIII. - Berhandlungen 1901. 21

gezogen werden", mare jegliche Kritik vorläufig unterblieben. (Widerspruch und heiterkeit.) Wir find auf biefen Standpunkt noch nicht gekommen. Bon diefem Standpunkte eines gefunden nationalen Egoismuffes aus aber behaupte ich ferner, daß wir für unsere damaligen Sandelsvertragsverhand= lungen ungenügend vorbereitet gewesen find. (Widerspruch.) Laffen Sie mich ein Bild von der Marine entnehmen. Wenn wir heute schnellseuernde Areuzer bauen mit einer sicheren Artillerie, so werden wir ihnen doch auch einigen Bangerschutz geben, weil die Feinde ihn auch haben. Diefen Schutz hatten wir damals nicht. Gine Grogmacht xten Ranges wie die Schweiz hatte fich damals mit einem folchen umgurtet. Welche Wirkungen das für die Erschwerung unserer Stellung bei den Berhandlungen mit ihr und für das endliche Ergebnis hatte, habe ich mit Betrübnis erlebt. Auch jest find vielfach in der Debatte die beiden Gesichtspunkte nicht auseinander gehalten worden, daß der Zolltarif jum Schutz unserer Produktion in erster Reihe, in zweiter erft durch die Möglichkeit der Berabsehung zu Sandelsvertrags= verhandlungen dienen foll, die ihrerseits die Ausbehnung unseres Exportes bezwecken. Meines Erachtens ift es daber Pflicht der Reichsregierung gewefen, über die jum Schutz unbedingt nötigen einzelnen Sate hinaus etwas jum Abhandeln zu bieten, denn wenn wir nichts zum Abhandeln zu bieten haben, können wir auch nichts erwarten. Deshalb war es nur vorsichtig. wenn ein möglichst lückenloser Tarif aufgestellt wurde. hier find nun sehr viele Herren aufgetreten, die sich bloß mit der Frage der landwirtschaftlichen, insbefondere Getreidezolle besaßt haben, diese find aber doch nicht das allein Maggebende, fondern der Tarif muß in feiner Gefamtheit aufgefaßt werden. Die Frage des Minimaltarises werde ich später noch berühren, obwohl die Beit mir fehr beschränkt ift. Der einzige Berr, der auf die Wichtigkeit der Gestaltung des Gesamttarises hinwies außer dem Referenten Professor Schumacher, das war Projeffor Schmoller, der dargelegt hat, wie ein geschickt aufgestellter Bolltarif in ber hand eines gewandten Diplomaten bie beste Bafis für Vertragsverhandlungen fei. Nun ift ber leitende Gedanke bei ber Aufstellung unseres neuen Tarifes gewesen, die nationale Arbeit in ihrer Gesamtheit zu schüten. Dazu find Produktionsstatistiken nötig gewesen. Diese in tontradittorischem Berfahren aufzustellen, mar aber nicht möglich, weil wir burch Ginblid in unfere gefamten Produktionsverhältniffe wieder dem Austande Waffen in die Sande gegeben hatten. Nicht ohne Grund versuchen z. B. die amerikanischen Konfuln wieder und wieder bei Prüfung der Exportsakturen Renntnis von dem gefamten Betrieb der betreffenden Industrien zu erlangen. Wenn wir auf Grund biefer Produktionsstatistik jo verfahren wollen, daß alles, mas bei uns gemacht wird, auch fünftighin

hergestellt werden tann und dabei auch die unter ungunftigeren Bedingungen arbeitenden Betriebe geschützt werden follen, so bedingt das allerdings für die beffer geftellten Betriebe eine Prämie — das ift richtig. ist serner selbstverständlich so aufgestellt, daß er überall über den schlecht= hin nötigen Mindestschutsatz einen äußerlich nicht ersichtlichen Zuschlag ent= hält, der nachher abgehandelt werden kann. (Lachen.) Diesen Zuschlag kann man eben nicht äußerlich ersichtlich machen: wie hoch die Spannung ist, kann man ohne weiteres nicht sehen, daher manche unnötig scharfe Die Mc Kinley-Bill hat das System des Schutes der gesamten. Kritik. nationalen Produktion zuerft aufgeftellt. Diefes Spftem drängt aber ferner von felbst auf eine immer weitere Specialifierung ber Sage, damit muß jallen gelaffen werden das Syftem der allgemeinen bedingungslofen Meift= begunftigung; die veränderte Auffassung, daß Tarifbegunftigungen nur gegen gleichwertige gewährt werden follen, haben ebenfalls die Bereinigten Staaten zuerft bei ihrem Handelsvertrag mit Brafilien geltend gemacht und durch beide Grundsätze ihre nationale Wirtschaft auf eine größere Söhe geführt Mit derfelben Ginschränkung werden wir daher, wenn wir in neue Berhandlungen eintreten, nur noch die allgemeine Meistbegünstigung zu gewähren haben. Der landwirtschaftliche Minimaltarif ift hervorgerufen durch die Furcht — vestigia terrent. Die Landwirte glauben nicht ohne Grund, daß man aus ihrer Haut als Breis der andern Kontrahenten in ben Caprivischen Sandelsverträgen das Fell geschnitten hat. (Widerspruch.) Die Landwirtschaft soll kunftig nicht wieder allein die Rosten tragen. bin übrigens felber tein Unhanger ber Getreidegolle. Ich bin behufs Bebung und Stabilifierung ber Preife für Beschräntung ber Ginfuhr mit gewiffen Rautelen und in Berbindung mit socialen Resormen, solche sind auf dem Lande nur denkbar bei gunftigen Preisverhaltniffen, nicht aber bei finkenden. Wir muffen also zuerst die Grundlagen schaffen, um folche Reformen ein= zuführen : das Geld muß vorhanden sein, dann kann die Reform damit verbunden werden. Gin Wort noch zur Bevölkerungsfrage. Man fagt fich, die landwirt= schaftliche ist stabil geblieben, die andre gestiegen. Da fragt es sich, ift es wünschenswert, daß das Wachstum der Bevölkerung überhaupt in dem Maße weiter geht? Ich fage: nein. Wachstum ist wünschenswert, aber nicht in diefer Progreffion; es follte daher eingedämmt werden. Die Gründe dafür kann ich hier nicht mehr entwickeln. Dann erwägen Sie auch: ift es bei unferen Berhältniffen unabweisbar, daß die induftrielle Bevolkerung fünftig allein wächst und die landwirtschaftliche stabil bleibt? Da sage ich : das ist auch nicht nötig; wenn wir den auf dem Lande unentbehrlichen Sandwerkern den nötigen Schutz gegenüber der übermächtigen Industrie gewähren und allerorts energisch

innere Rolonisation durch Bilbung kleiner Rentengüter für Landarbeiter und durch Seghaftmachung induftrieller Arbeiter auf dem Lande in kleinen Bäuschen mit Garten betreiben, werden wir in der Lage fein, zumal die ftabtische Bevölkerung ja im wesentlichen durch Buzug der fraftigften Gle= mente vom Lande machft, das Anwachsen der Gesamtbevölkerung gleichmäßig auf Stadt und Land ju verteilen. (Belächter.) Wir werden außerdem der gesamten Volkswirtschaft durch Rräftigung des Sandwerks nügen, da die Industriellen sich schon beklagen über die Zunahme der ungelernten Arbeiter : das find doch teine Buftande, die erfreulich find und deren Fortsetzung wir weiterhin wünschen dürsen. Allerdings können wir nicht durch den Bolltarif allein eine berartige Beiterentwicklung in andere Bahnen lenten; ich glaube aber, es wird jum Beile bes Baterlandes dienen, wenn die von mir gekennzeichnete auch innerpolitische Gesamtrichtung eingeschlagen wird. wiederhole: wir können mit bem neuen Zolltarif zu Sandelsvertragen fommen, wenn er nur in die geschickte Sand gelangt (Buruf: Bulow?); es find darin eine Reihe von Positionen, die durchaus geeignete Sandhaben gur Abhandlung bieten, g. B. in der Lederinduftrie, in der manches bon Österreich eingeführt wird, was wir überhaupt nicht herstellen. Also ich glaube, fo peffimiftisch, wie von vielen Seiten geschieht, darf man nicht die Sache ansehen, sondern man kann das Bertrauen haben, daß, wenn diefer Bolltarif Gefet wird, burch Sandelsvertragsverhandlungen ichon die Abminderung erreicht wird, die im Intereffe des Baterlandes wünschenswert ift.

Dr. v. Schulze - Gävernit (Freiburg i. B.): Die Gegner einer verkehrsfreundlichen Handelspolitit prophezeien in mehr oder minder serner Zukunft den Berlust unserer fremden Märkte, die Empörung unserer ausländischen Schuldner, kurz eine große wirtschaftliche Krisis, "ein Ende mit Schrecken". Ihre Schilderungen gehen zum Teil so sehr in Einzelheiten, daß man sich wundern muß, warum in unserem schreibseligen Vaterlande nicht schon ein dickleibiges Buch geschrieben ist: "Die Wirtschaftskrisis des Jahres 1970" oder einer ähnlichen Jahresziffer.

Als wiffenschaftlicher Mensch protestiere ich gegen diese "Wirtschaftszgeschichte der Zukunft". Ift es doch eine der besten Errungenschaften unserer historischen Schule, die Wirtschaftsgeschichte als einen unablöslichen Teil der allgemeinen Geschichte, der politischen wie der geistigen, erkannt zu haben — mit beiden in engsten Wechselbeziehungen verslochten. Ein barer Unsinn aber wäre, dies wird ein jeder zugeben, eine allgemeine "Geschichte der Zukunft". Dieselbe hängt ab von den Männern, welche sie machen werden. Insbesondere wird das Auf und Nieder unserer wirtschaftlichen

Entwicklung abhängen von der Gewissenhaftigkeit und der Weitsicht derjenigen Männer, welche die politische Geschichte Deutschlands lenken; sie wird davon abhängen, ob es ihnen gelingen wird, das Kleindeutschland von heute, ohne Überstürzung aber mit sicherer Hand, zum "Größeren Deutschland" zu erweitern. Noch wichtiger sür unsere wirtschaftliche Zukunst aber sind die sittlichen und intellektuellen Eigenschaften der breiten Masse unserer Rachsahren; das eigentlich Entschedende scheint mir zu sein, inwieweit sie an sittlicher Willensenergie und pslichtmäßiger Lebensaussaussaussisassung ihren Mitbewerbern einst überlegen sein werden.

Die Wirtschaftspolitik beschäftigt sich demgegenüber praktischerweise mit der Gegenwart und den sur diese allein in Betracht kommenden Jahren der nächsten Zukunft. Für die Gegenwartsfrage unserer Handelspolitik aber möchte ich auf einen Punkt hinweisen, der in den vielsachen Auseinandersetzungen über diesen Gegenstand bisher zu kurz kam.

Es war das wichtigste Ereignis der neunziger Jahre für Deutschland, daß Kaiser Wilhelm II. den maritimen Gedanken in unser Bolk hineinwarf. Dieser Gedanke, erst widerwillig ausgenommen, hat im Verlauf weniger Jahre tiese Wurzeln geschlagen. Die Flottenpolitik des Kaisers ersicheint breiten Schichten des gebildeten Deutschlands heute bereits als ein Verdienst, das der Armees-Organisation Wilhelms I. an die Seite zu setzen ist.

Unter diesem Gesichtspunkte freilich ist es klar, daß das bisher auf dem Gebiete der Flotte Erreichte lediglich als ein Ansang zukünstiger, größerer Entwicklung anzusehen ist; eine kleine oder selbst eine Mittelflotte ist sür uns die gebrachten Opser nicht wert, wenn sie nicht den Keim der Großmachtflotte bedeutet. Auch in maritimen Fragen muß Deutschland einmal auf eigenen Füßen stehen, um so mehr als Koalitionen stets — insebesondere aber zur See — äußerst unsicher sind.

Kriegsschiffe aber sind Maschinen, kostspielige Maschinen, und Maschinen besitzt der allein, der das Kapital besitzt. Nur kapitalkräftigste Nationen können eine Großmachtslotte besitzt. Nur kapitalkräftigste Nationen können eine Großmachtslotte besitzen. Wir aber sind ein bis vor kurzem armes Land mit beschränktem Areal. Wenn anders die Entwicklung unserer Seemacht nicht zu vorzeitigem Absterben verdammt sein soll, so brauchen wir eine ganz außerordentliche Zunahme des nationalen Kapitals — und zwar bald, in den nächsten Jahrzehnten. Diese schnelle Vermehrung des nationalen Kapitals aber können wir nur von einer Blüte des Gewerbsleißes und des Handels erwarten. Nur auf Grund einer solchen Blüteperiode war es möglich, die Flottenvorlage der neunziger Jahre zu verwirklichen; nur in einer gleichen

Blüteperiode wird es möglich sein, das Wachstum unserer Flotte weiter zu fördern.

Neben vielen anderen Gründen ist es also auch die Rücksicht auf die Entwicklung unserer Seemacht, welche unsere Reichsregierung dazu sühren muß, die schwere Wirtschaftskrisis, in der wir uns zur Zeit befinden, nach Krästen zu heilen. Sollte die Krisis zur schleichenden Krankheit ausearten oder gar insolge von Zollkriegen in surchtbarer Katastrophe gipseln— so war Deutschlands Größe zur See ein kurzer, wesenloser Traum, und statt sür die Flotte zu agitieren, wären wir besser spazieren gegangen.

Noch aber hat es die Reichsregierung in der Hand, der Krifis von heute die Spize abzubrechen und das Mißtrauen, welches immer weiter um sich frist, wirksam zu bekämpsen. Das Mittel heißt: Handels verträge, gandelsverträge unter allen Umständen, Handelsverträge auch dann, wenn sich eine Erhöhung der Getreidezölle mit ihnen als unverträglich erweisen sollte. Der Kaiser bezeichnete die Handelsverträge Caprivis als eine "rettende That"; diese Bezeichnung wird von den Handelsverträgen, deren wir heute bedürsen, in erhöhtem Maße gesten.

Daß man durch Erhöhung der Setreidezölle die Agrarier für ihre Haltung in der Flottenabstimmung besohnen, sowie für künstige Flottensfragen günstig stimmen solle, sällt dann wenig ins Sewicht, wenn man durch eine solche Politik die ganze wirtschaftliche Grundlage unserer Flottenentwicklung zerstören würde. Die Agrarier wissen übrigens sehr wohl, daß jede künstige Flottenvorlage, in welcher sie mit Nein stimmen würden, in Deutschland dadurch nur um so populärer werden würde; würde doch z. B. auch die Kanalvorlage, wenn man sie, etwa mit bahrischen Kanälen verskoppelt, dem Keichstage vorlegen könnte, gerade wegen des agrarischen Widerspruches voraussichtlich glatt durchgehen.

Agrarpolitische Gesichtspunkte ernsterer Art aber sühren, meiner Meinung nach, keineswegs zur Erhöhung der Getreidezölle, wie ich wegen der auf süns Minuten beschränkten Redezeit hier leider nicht mehr aussühren kann. Nur soviel sei bemerkt:

Für benjenigen, der sein Auge nicht den Thatsachen verschließt und der ganz Deutschland als agrarpolitisches Beobachtungsseld übersieht, ist es klar, daß der Fortschritt des ländlichen Kleinbetriebes von dem Fortschritt des deutschen Industriestaates geradezu abhängig ist. Der Bauer klammert sich sozusagen an die Rockschöße des aussteigenden Industriestaates und wird von ihm in die Höhe gezogen.

Der benkende Bolkswirt weiß, daß man die Landwirtschaft durch Er-

höhung der Getreidezölle an dem toten Punkte festnagelt, von dem fie sich soeben vielsach in hoffnungsvoller Weise loslöst.

(Stürmischer Beifall.)

Creugbauer: Als vorhin Professor Brentano feine Theorie vom abnehmenden Bodenertrag außeinandersette, murde ihm aus dem Buhörer= raum zugerufen: "Die höheren Getreidezolle follen ja das Rapital liefern, mittels beffen ein höheres Bodenerträgnis erzielt werden tann." Meines Wiffens haben wir bisher stets gehört, die höheren Getreidezolle follten nur die Existenzfähigkeit der Landwirte ermöglichen. Wenn Sie aber die Zölle fo fixieren wollen, daß fie ausreichen nicht nur um die Lebensbeduriniffe der Landwirte zu bestreiten — und hierzu sollen ja die von den Agrariern geforberten Sätze eben ausreichen — fondern wenn fie auch noch das Rapital zur Ameliorisation für das Land liefern sollen, bann frage ich: "Wie hoch wollen Sie benn eigentlich die Bolle schrauben?" Runmehr wende ich mich gegen Professor Schumacher. Ich habe mich darüber besonnen, wie der Tarif wohl aussehen wird, ben er im Auge hat. Schumacher fagt, für einzelne Bollpositionen empfieht sich eine Bindung für fürzere Zeit, etwa für 5 Jahre, und später wieder fagt berfelbe Projeffor Schumacher, er habe perfonlich auch nichts dagegen, wenn man für einzelne Positionen auch unter die Mindestjätze heruntergeht. Stellen Sie fich nun vor, meine Herren, wir haben einen lückenlosen Doppeltarif und wollen Handelsverträge. Wo bleibt da die Konfequenz, wenn wir für einige Bositionen die Zeit der Bindung auf die Seite schieben und für andere Positionen wieder die Mindeftfäte? Und nun nur noch eine furze Bemerkung. Es ift nur ein= mal darauf hingewiesen worden, daß gerade in der Frage der Handels= verträge ein Parallelismus zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern befteht, wie er fich wohl nie mehr finden wird, und ich möchte betonen, daß ge= rade jett in dem Rampf um die Handelsverträge nicht oft und nicht energisch genug auf diesen Bunkt hingewiesen werden kann und muß.

Dr. Borgius (Berlin): Herr Dr. Pohle hat uns hier die "Politik der goldenen Mittelstraße" angepriesen und der Regierung empfohlen, zwischen den Forderungen des Bundes der Landwirte und des Handelsvertragsvereins eine schöne Mitte inne zu halten. Meine Herren, mir scheint, dies ist der schlechteste Rat, den man der Regierung in der vorliegenden Frage geben kann. Daran krankt ja unsere ganze Volkswirtschaft seit langen Jahren, daß die Regierung anscheinend ohne klares und festes eigenes Programm sich von den Parteien hin und her ziehen läßt und viel zu sehr die bloßen

Resultate aus dem wirtschaftlichen Parallelogramm der Kräfte darstellt. Daher der leidige Zickzackurs, je nach dem Überwiegen des Einflusses der einen oder anderen Gruppe. Aber es giebt in dieser Frage meines Erachtens gar keine "Mittelstraße". Es handelt sich ja hier nicht um ein kleines Mehr oder Weniger der Zollhöhe, sondern es schlägt, um mit Mary zu reden, die Quantität und die Qualität um. Die Zölle sind ja nur ein Mittel zum Endzweck, über diesen müssen wir und klar sein: Entweder wir streben dahin, Deutschlands Wirtschaft zu isolieren und aus dem Auslande nur noch "Kaffee und Knackmandeln" zu beziehen, wie auf der letzten Generalversammlung des Bundes der Landwirte offen ausgesprochen wurde, oder wir erstreben einen Zustand, in dem wir zum Austausch mit dem Auslande alles das produzieren, was wir besser oder billiger als das Ausland herstellen können, und importieren alles das, was das Ausland besser und billiger herstellt als wir. Folierungspolitik oder Weltmarkts= politik, ein drittes giebt es nicht.

Herr Projeffor Sering fagte zwar, wir brauchten die Getreidezölle, weil der Bauernftand als folcher - aus Gründen der Bevölferungs= politit - erhalten werden muffe; er felber gab aber gu, daß der Bauer am Betreidebau nur relativ wenig intereffiert fei und ber Broggrund= besitzer bei weitem den Rahm von den Getreidezöllen abschöpfte. meinte, diese unfreiwillige Bereicherung des Grofgrundbefigers mußte man in Rudficht auf die Bauern mit in Rauf nehmen. Aber, meine Berren, was wurde man etwa bon ber Armenverwaltung einer Stadt fagen, welche, um den Armen zu helfen, das ihr zur Berfügung ftebende Gelb einfach auf die Strafe streute, wohl bewußt, daß es dabei zu neun Zehnteln an Nicht=Unterftugungsbedurftige gelangt, aber in der hoffnung, daß die wirtlichen Armen dabei auch ein Zehntel abbekommen würden. Ich glaube, wenn man dem Bauern helfen will, fo giebt es hierfür andere Mittel, als Bolle und por allen Dingen andere Mittel als Getreibezolle. Es tann boch nicht bestritten werden, daß lettere in mancher hinficht dem Bauern sogar jum Schaben gereichen. Nicht nur, daß fie ihm, der haupt= fächlich Biehzuchter ist, das Biehfutter verteuern, vor allen Dingen führen fie dazu, den an fich weniger rentablen Getreidebau auf Roften anderer Zweige des landwirtschaftlichen Betriebes aufrecht zu erhalten und fogar auszudehnen.

Nun noch eine kurze Erwiderung auf die Ausstührung des Herrn Regierungsrats Bingner. Derselbe hat gesagt, man schädige die deutsche Handelspolitik, wenn man immer darüber Erörterungen pflege, ob das Ausland geneigt sein würde, auf Grund des neuen Entwurses Handels-

verträge mit uns abzuschließen. Ja, meine herren, der neue Zolltarif ift doch aber in erster Linie ein Mittel zum Zweck der Handelsverträge, und es nutt doch nicht, eine Ware zu produzieren, wenn man sich nicht vorher darüber klar ift, ob fie Räufer findet. Und wenn wir den Bolltarif in der Öffentlichkeit nicht unter diesem Gesichtspunkt behandeln sollen, so möchte ich fragen, wem follen wir die endgültige Geftaltung desfelben anvertrauen? ctwa den geheimen Verhandlungen des Wirtschaftlichen Ausschuffes? Nun, meine herren, ich glaube gerade diese konnen uns ein warnendes Beispiel Sie tennen zur Benüge die Busammensetzung diefes Bremiums, mir felber ist mehr als einmal von Herren, die dort als Sachverständige vernommen find, verfichert worden, daß man den Induftriellen dort Boll= erhöhungswünsche förmlich aus dem Leibe herausgefragt hat. erklärlich, denn das Agrariertum und die ihm freundlich gefinnten Regierungs= ftellen und industriellen Gruppen brauchten ja eine möglichst weitgehende Bollfucht der Induftrie, um das Extreme ihrer eigenen Bollerhöhungs= Bestrebungen möglichst wenig hervortreten zu laffen. Und wenn Berr Regierungsrat Bingner weiter gesagt hat, er habe das Bertrauen zu dem diplomatischen Geschick der Regierung, daß sie auch auf Grund des im Entwurf vorliegenden Bolltarifes handelsverträge zu ftande bringen werde, jo tann ich nur fagen: Bor folchen Sandelsverträgen bewahre uns der liebe himmel. Denn wie wurden fie aussehen? Die Landwirtschaft murde durch die Mindestzölle sich gegen die wichtigsten Zugeftandniffe gesichert haben. Die Last der von deutscher Seite zu leistenden Konzessionen würde also mit voller Bucht auf die Industrie fallen. Die Gegenleiftungen aber, welche dieselbe vom Auslande erhielte, würden taum der Rede wert sein: denn die Sache liegt doch nun einmal fo, daß die für unsere Industrie= einsuhr hauptfächlich in Betracht kommenden Staaten zu uns in der haupt= fache landwirtschaftliche Brodukte einführen. von industriellen Roll= ermäßigungen Deutschlands also wenig Vorteil haben und demgemäß für folche auch wenig Gegenleiftungen gewähren werden. Was wir brauchen. ift nicht die Form der Sandelsverträge, sondern ihr Inhalt: der aber fonnte bei Bertragsschluß auf Grund des neuen Zolltarifentwurfes nur ein höchft dürftiger fein.

## (Beifall.)

Prof. Anschütz (Sonneberg): Seitens des dritten Reserenten wurden gestern über die Hausindustrie und insbesondere über die thüringische Spiels warenindustrie Äußerungen gethan, die nicht unwidersprochen bleiben dürsen. Ich weiß, daß der Herr Reserent seine Aussassung litterarisch belegen kann, daß

es Schriften giebt, die auf benfelben dunklen "Grundton des Elends abgestimmt find", aber dadurch bleibt diefe Auffassung nicht weniger unrichtig, und es find auch neuerdings wieder Erhebungen angestellt worden, die zu einem ganz anderen Ergebnis geführt haben. Mir scheint es, als ob diese Untersuchungen nicht immer genügend in die Tiefe gehen. Um in eine Industrie sich vollständig einzuarbeiten, um die innerste Struktur namentlich eines so komplizierten Organismus, wie es die Spielwaren-Hausindustrie ist, scharf zu beleuchten, dazu gehört ein Aufenthalt von Monaten an Ort und Stelle, sonst entsteht ein Zerrbild, und die betreffenden Darstellungen ent= behren teilweise eines solchen zerrbildartigen Charakters nicht. Man spricht von einer Bekämpfung und Überwindung der Hausindustrie und begründet dies u. a. dadurch, daß die Waren minderwertig find. Ich erinnere daran, daß vor zwei Jahren hier im Berein für Socialpolitik, ich glaube von Herrn Profeffor v. Philippovich, gefagt wurde, daß das Gegenteil der Fall ist. Es ist damals auf die Wiener Konsektion, auf die Balinger Feinmechanik und auf die Solinger Stahlwarenindustrie hingewiesen worden. Hinfichtlich der letteren wurde hervorgehoben, daß da, wo es sich um Anpaffung an den jeweiligen Geschmad, um technische Geschicklichkeit, um kunstvolle Formgebung handelt, die Hausindustrie obenan steht, und das gilt auch Wort für Wort für die Spielwaren-Haußindustrie. Von dieser Industrie und ihren Leiftungen sich ein eigenes Bild zu schaffen, dazu hat man in Chicago und in Paris hinlänglich Gelegenheit gehabt. Man fagt, daß die Sausinduftrie im Absterben begriffen fei. Die Berufs- und Gewerbegablung von 1895 hat das Gegenteil erwiesen, ein Rudgang ift meines Wiffens nur in der Textilinduftrie feftgeftellt worden. Sodann wurde von erbarmlichen Löhnen gesprochen, die eben noch notdurftig zur kummerlichen Eriftenz auß= reichen. 3ch lade herrn Bohle ein, an den Sit diefer "verelendenden" Sauß= industrie, dieser "parasitischen Exportindustrie" zu gehen, um sich zu überzeugen, zu welchen Übertreibungen man in den erschienenen Schriften sich teilweise hat hinreißen laffen. Dr. Rausch hat auf Grund eingehender Untersuchungen nachgewiesen, daß Elend und hunger gang vereinzelte Er= scheinungen find, und daß fleißige und geschickte Arbeiter noch immer ihr Auskommen gefunden haben. Ich erinnere daran, daß erft neuerdings in einzelnen Branchen die Löhne um 15, 20 % erhöht worden find. Übel= ftande find, das foll nicht geleugnet werden, in Bezug auf die Wohnung vorhanden, aber da befinden wir uns bereits mitten in der Arbeit, eine Befferung der Berhältniffe herbeizuführen. Auch den Übelständen der über= mäßigen Kinderarbeit wird gesetzlich abgeholsen werden müffen. Sie aber von folchen Schaben, beren Beseitigung möglich ift, absehen, bann

bleibt eine Betriebssorm, die eine berechtigte volkswirtschaftliche Aufgabe zu lösen hat, zu deren Gedeihen aber diejenige Wirtschaftspolitik ersorderlich ist, in welcher gegenwärtig die starken Wurzeln unserer Krast überhaupt ruhen, eine Wirtschaftspolitik, gerichtet auf die krästige Förderung unseres Außenschafts.

Dr. Runge (Dregden): Ich hatte die Absicht, vom Standpunkte ber Textilindustrie aus die Notwendigkeit der Fortführung der Handelsvertrags= politik hier zu begründen; bei der Beschränkung der Redezeit auf 5 Minuten ist dies jedoch gang unmöglich, und ich bescheide mich, nur einige Ausführungen des Herrn Dr. Pohle vom Standpunkte der Textilinduftrie aus zu beleuchten. Herr Dr. Pohle hat wiederholt in feinem Referat da= hin sich ausgesprochen, als seien die augenblicklichen, zollpolitischen Rampfe wie ein Kampf zwischen Schutzoll und Freihandel anzusehen. Ich glaube, es wird unter ben Induftriellen heute fehr wenig Bertreter bes unbedingten Freihandels geben, und ich möchte als Vertreter eines Verbandes der deutschen Baumwollweberei, die ja so gern als freihandlerisch angegriffen wird, diese Darstellungen nicht unwidersprochen lassen. Rach der Berbeiführung des unbedingten Freihandels sehnt sich auch selbst in dieser Induftrie, die sonst wirtschaftspolitisch liberal gefinnt ist, kaum jemand, und zwar weder bezüglich der Halbsabrikate, noch bezüglich der Banz-Man wird zugeben muffen, daß die Industriellen in ihren Außerungen hinsichtlich ihrer Zollwünsche vielsach überspannte Schutzoll= forderungen gestellt haben. Ich glaube aber, daß diese Forderungen groß= gezüchtet worden find durch die Forderungen der Landwirtschaft, deren Intereffenvertretungen seit 1893 nicht mübe geworden find, eine wesentliche Erhöhung der Agrarzolle zu verlangen. Die Induftriellen find einerseits angestachelt worden durch diese Forderungen, und mußten sich andererseits logischer Weise sagen, daß, wenn die Forderungen des Bundes der Landwirte und anderer Bertretungen der Landwirtschaft auch nur zu einem Teil im fünftigen Zolltarif Erfüllung finden, eine Erhöhung aller Produktionskoften eintreten muß, und daß fie daber bestrebt sein muffen, auf dem inneren Markte möglichst hohe Preise durchzudrücken, was ihnen eben nur unter Schutzöllen möglich sein wird. Ich muß auch einem der Borredner recht geben, der da ausgeführt hat, daß die Bernehmungen vor dem Wirtschaftlichen Ausschuß angeregt haben, mit Bollwünschen nicht hinter dem Berge zu halten. Ich kenne die Verhältnisse in einer Special= branche der Textilinduftrie, wo unter den Interessenten die Absicht bestanden hat, der Reichsregierung eine Ermäßigung der betreffenden Fabrikatzolle an-

heim zu geben; es ist aber davon schließlich Abstand genommen worden, weil diese Kreise sich sagten, daß wirklich kein Grund vorläge, wo auf allen Seiten eine Erhöhung gefordert werde, für eine Ermäßigung zu plaidieren. Man hat es der Reichsregierung ruhig überlaffen und weder für Ermäßi= gung, noch für Erhöhung Antrage eingebracht, und der Zolltarijentwurf weist eine Erhöhung der Zölle diefer Kabritate auf, worüber denn die betreffenden Industriellen einigermaßen erstaunt maren, da ein wirtschaftliches Bedürfnis absolut nicht vorliegt. herr Dr. Pohle hat in feinen weiteren Ausführungen eine Berechnung aufgestellt, wieviel Arbeiter für den Export thätig seien; ich sehe ganz ab von der Richtigkeit dieses Berechnungsspstems und gehe von der Zahl aus, die er angiebt, nämlich daß etwa 1 200 000 Arbeiter im Export follen beschäftigt fein. Ich halte biefe Bahl entschieden fur ju gering und weife nur darauf bin, daß Di= nister Möller biese Bahl bekanntlich auf 10-12 Millionen Arbeiter geschätzt hat; vielleicht ist aber auch diese Zahl noch zu niedrig gegriffen, denn man wird zugeben muffen, daß für das Zustandekommen vorteilhafter Handelsverträge und für die Aufrechterhaltung unseres Exports bei weitem nicht allein die Zahl der für den Export beschäftigten Versonen belangreich ift, fondern überhaupt alle Beschäftigten in einer Industrie, die mehr ober weniger am Export interessiert ist. Die Wirkwarenindustrie 3. B. exportiert nach den produktionsstatistischen Erhebungen von 1897 beiläufig 60 % ihrer gesamten Erzeugniffe; mir ift tein einziger Betrieb befannt, ber lediglich für das Ausland arbeite und auf den Weltmarkt angewiesen ist; in allen Betrieben bildet die Beschäftigung für den nationalen Markt einen größeren ober geringeren Bestandteil. Wenn nun durch ungunstige Handels= verträge der Export gestört wird und Arbeiterentlassungen nötig werden, fo wird der Unternehmer selbstverständlich nicht etwa die Arbeiter entlassen, die zulett für den Export gearbeitet haben, sondern er wird den Beschäftigten fündigen, die für ihn am wenigsten wert find, die fchlechteren Arbeitskräfte, für welche er leicht genügend wieder Erfat finden fann. Er wird einen Stamm guter Arbeiter sich zu halten suchen, um mit diesen die Arbeit alsbald wieder aufzunehmen, wenn die Absatverhältniffe fich beffern. Die so entlaffenen, wenig leiftungsjähigen Arbeiter werben aber auch unter ungunftigeren Bedingungen wieder Arbeit annehmen, nur um nicht arbeitsloß zu bleiben, und fie muffen daher notgedrungener Beife die ganzen Lohnverhältniffe druden und auch schließlich die Löhne der noch be= schäftigten Arbeiter beeinfluffen, da gerade in folchen Zeiten der Unternehmer versuchen wird, Lohnreduktionen vorzunehmen. Die noch beschäf= tigten Arbeitskräfte werden in folche Lohnherabsehungen einwilligen, da der

Unternehmer auf dem Arbeitsmarkt schnell Erfat finden kann, jalls fie fich etwa ftrauben. Gine Berechnung der Bahl der Arbeiter, die von Sandels= verträgen Vorteil, oder vom Nichtzuftandekommen folcher Nachteil haben, halte ich für durchaus irrelevant. Man wird im allgemeinen sagen können. daß eben alle Rreife einer Induftrie, die auch nur zum Teil Weltmarkts= beziehungen besitzt, ein lebhaftes Interesse daran haben, daß diese nicht geftört werden. Dr. Pohle hat speciell gesagt, daß die größte deutsche Export= industrie, und dies ist die Textilindustrie, keinen Anteil an dem Segen der Sandelsverträge gehabt habe. In der Allgemeinheit trifft dies aber feineswegs zu. Es ift freilich juzugeben, daß der Export der Textilinduftrie unter der Ara der Sandelsverträge zurückgegangen ist: während nämlich im Jahre 1890 die Ausjuhr von Fabrikaten der Textil= und Filzinduftrie, jowie Kleidern 42 % ber gesamten deutschen Aussuhr war, bemaß sich im Jahre 1900 die Aussuhr von Fabrikaten der Textilindustrie nur noch auf 31 % bes gesamten deutschen Exports in Ganzsabrikaten. Man kann hier= für aber teineswegs ber Sandelsvertragspolitit allein ichuld geben; man fonnte höchstens die Sandelsverträge eben als noch nicht gunftig genug für unfere beutsche Tertilinduftrie ansprechen. Der Rudgang ber Ausfuhr deutscher Textilerzeugnisse ist wesentlich darauf zurudzuführen, daß die fremdländischen Staaten mehr und mehr vom Bezuge von Maffen= artikeln der deutschen Textilindustrie sich emancipiert und eine eigene Textilindustrie bei sich herangebildet haben. Die Berangiehung einer eigenen Industrie ift vielfach auf rein wirtschaftliche Urfachen guruckzuführen. ift bekannt, daß in den Substaaten der Bereinigten Staaten von Nord= amerika eine außerordentlich leistungsfähige Textilindustrie für Massenartikel fich gebildet hat. Dabei betone ich, daß die Anfänge vor der Zeit der Hochschutzollpolitik der Bereinigten Staaten liegen. Die Nordamerikaner sagten sich, daß sie doch wahrlich keinen Anlaß haben, die in den Ver= einigten Staaten produzierte Rohbaumwolle nach dem europäischen Kontinent auszuführen, in England und Deutschland Garn herstellen zu laffen, daraus wieder Gewebe, und diese mit Frachtraten und Unternehmergewinn belafteten Erzeugniffe wieder nach Amerita einzuführen, um bier einen hohen Boll gu Man sagte sich, daß es praktischer sei, diese Massenartikel im eigenen Lande zu produzieren. Ganz ähnlich hat sich auch eine Baumwoll= industrie als Stapelindustrie in Mexiko und Texas herangebildet, ferner in Italien, in Südamerika, in Japan, in Rußland, in Rumanien, in den Donauländern und in einer Reihe anderer Staaten, hier allerdings vielfach aus anderen Urfachen (durch staatliche Unterstützungen, Steuernachlaß, Zur-Berfügungstellung von Grund und Boden, Rudvergutung u. f. m.), die den

eigenen Maffenbedarf schon heute zum großen Teil felbst zu befriedigen im-Gerade diese Entwicklung aber macht es nötig, daß wir gu ge= sicherten und ruhigen, langfristigen handelsverträgen und freundlichen zoll= politischen Beziehungen, nicht mehr allein zu einer beschränkten Bahl von Bertragelandern, fondern gleichsam möglichst zur ganzen Welt gelangen, benn unfere Textilinduftrie muß nun beftrebt fein, den Ubergang von der Maffeninduftrie zur herstellung von Specialitäten von Modeartifeln zu vollziehen. Will fie aber dafür einen genügenden Absatz besitzen, so braucht fie ein weit größeres Gebiet als heute, ba in allen diefen Ländern, die mehr oder weniger noch auf einer niederen Kultur= ftufe stehen, der Bedarf an Modeartiteln ein geringer ift. In jedem diefer Länder ist ein außerordentlich viel geringerer Kreis für Modewaren vorhanden als für die gewöhnlichen Maffenartikel, und außerdem muß ber Bertrieb der Modeartikel schnell erfolgen, der Name fagt es ja schon, daß sie nicht auf lange Zeit hin aufgestapelt werden können, weil sie eben schnell der wechselnden Mode unterliegen. Unsere Textilindustriellen brauchen darum ein größeres Gebiet als bisher, wo vielsach der Markt weniger Länder genügte, die gesamte Broduktion gewöhnlicher Massenartikel aufzunehmen. — Es find dann fchlieflich die Getreidezolle und die Social= politik als die beiden Endglieder einer gemeinsamen Rette dargestellt worden. Ich möchte die Handelsverträge und die Socialreform als solche Glieder einer Rette bezeichnen; denn darüber dürfen wir nicht im Zweifel fein, daß die Industrie schließlich nur dann imstande ist, weitere Lasten socialpolitischer Art zu tragen, wenn fie leiftungefähig ift; leiftungefähig kann fie aber nur dann fein, wenn die Arbeiter gut fich nahren konnen, und dafür wieder ift die Hauptbedingung gute Löhne, die endlich nur dann gewährt werden können, wenn die Industrie voll beschäftigt ift und der Arbeits= markt durch Arbeitslose nicht gedrückt wird. Helfen Sie darum mit, langfristige und gunstige handelsvertrage zu stande zu bringen, Sie werden dann gleichzeitig die beste Unterlage schaffen für eine glückliche Fortführung und für einen weiteren Ausbau unserer Socialreform.

(Beifall.)

Dr. Bonn (Frankfurt a. M.): Es dreht sich darum, ob Deutschland ein isolierter Staat sein wird, oder ob es sich in die Weltwirtschaft einreihen soll. Was Amerika betrifft, so will der zweite Reserent uns zu einem Zollkriege aufreizen, auch, wenn ich recht verstanden habe, mit dem britischen Weltreiche. Seinen Ausführungen gegenüber möchte ich nicht glauben, daß England, selbst wenn es eine Föderation mit seinen Kolonien vollzieht, ganz aus dem Weltmarkt

ausscheiden wird. Selbst wenn das wirklich geschähe, mas, wie ich glaube, grundlog befürchtet wird, so waren immer noch ca. 140 Mill. Bfund englische Aussuhrreste für den Weltmarkt übrig, und 290 Mill. Pfund der Einfuhr Englands blieben übrig, die aus andern Ländern gedeckt werden muffen. Die englischen Kolonien konnen nicht die ganze englische Ausfuhr ausnehmen, und für England genügt nicht, was die Rolonien produzieren. England wird alfo noch geraume Zeit an den Weltmarkt gebunden fein-Es wird dort nicht so aunstig dastehen wie heute, denn seine Produktions= toften für den Weltmartt werden durch Differentialzolle zu Bunften der Rolonien erhöht werden. Gine gleiche Konfequenz werden auch die Ruftungen haben, die sich bereits jest als notwendig erweisen. Der amerikanischen Konkurrenz auf dem Weltmarkte können wir dagegen nur widerstehen, wenn wir uns nicht die Arbeitsbedingungen erschweren. Man hat in England vor 50 Jahren erkannt, daß bie gefährlichste Konkurrenz auf bem Welt= markt Amerika werden wurde. Um diefe zu bekampfen, hat man die Lebensmittelzölle abgeschafft. Das war erfolgreich, denn 50 Jahre noch hat England mit Amerika um die wirtschaftliche Suprematie gerungen. 50 Jahre wirtschaftlicher Blüte kann ein Bolt fich schon gefallen laffen. Bur wirtschaftlichen Selbstverftummelung, wie Oldenberg fie empfiehlt, können wir in 50 Jahren ja auch noch kommen. Dag biefe Entwicklung Englands zu einem Untergange des Bauernftandes wie zur Landflucht geführt haben foll, ift nicht richtig. Wenn die Entwicklung des flachen Landes sich nicht der industriellen Entwicklung hat anpassen können. so war das eine Folge der feudalen englischen Agrarverfaffung. Die Freihandels= partei hat versucht, diese Versaffung abzuschaffen. Daß dies nicht gelungen ist, das ist der wahre Grund für die Berödung des platten Landes in England.

Dr. Goldstein (Zürich): Ich will nicht — als Ausländer — parteipolitische Schlußfolgerungen aussprechen, sondern einige Fehler berichtigen, die in dem Reserate des Herrn Prof. Pohle vorkommen und deren Berichtigung von Vorteil sein könnte. Pohle hat gesagt, daß die landwirtsschaftliche Kultur in England extensiv geworden sei. Es ist nun zwar richtig, daß insolge des Rückganges des Getreidebaues die arbeitseintensive Kultur in manchen Gegenden zurückgegangen ist, aber die kapital-intensive Kultur hat zugenommen. Es gelangen mehr Dungstosse, mehr Drainage zc. zur Verwendung. Das bedeutet aber nur, daß ein Teil der srüher direkt in der Landwirtschaft verwandten Arbeitskräfte setzt mit andern Arbeiten, z. B. Drainage, beschäftigt ist. Auf diese Weise hat die englische Volkse

wirtschaft erreicht, daß die Leute in England selber beschäftigt werden, wenn fie auch nicht alle Landarbeiter geblieben find. Was den andern irrigen Gefichtspunkt Dr. Pohles betrifft, fo geht er dahin, dag infolge der Abwesenheit hoher Getreidezolle und daraus resultierenden Abnahme des Getreidebaues in England die ländliche Bevölkerung abgenommen habe. Diese Schluffolgerung ift aber nicht richtig. Denn in Frankreich, wo 7-Franken-Weizenzoll vorhanden ist, da läßt sich die gleiche Thatsache konstatieren. Ja noch mehr! Man kann für Frankreich nachweisen, daß die Abnahme der ländlichen Bevölkerung gerade dort am größten mar, wo der Getreidebau aufrecht erhalten ober sogar erweitert wurde. Biel geringer war da= gegen die Bevölkerungsabnahme dort, wo die Weidewirtschaft ftark verbreitet Daran ift u. a. schuld, daß die Milchwirtschaft höhere Löhne zu gahlen gestattet, und darum mandern von dort weniger Leute ab. Auf die Besprechung einer Reihe anderer Fehler in dem Referate von Prof. Pohle muß ich wegen Mangel an Zeit berzichten und will jum Schluß nur noch die folgende Bemerkung hinzufügen. Pohle behauptet, die Getreidezolle und die Socialreform feien Früchte eines und desfelben Baumes. Demgegenüber scheint es mir doch flar zu fein, daß der Bund der Landwirte und die fartellierten Induftrien, wenn fie einmal ihr Bundnis in klingende Munge umgefest haben werben, ihre Bereinigung taum dazu benuten werden, um Socialreform zu treiben. Das haben übrigens Lot und Raumann schon genügend erörtert. Es ist meiner Ansicht nach viel wahrscheinlicher, daß gerade der Berzicht auf Erhöhung der Getreidezölle oder deren Herabsehung viel eher Anlaß dazu geben könnte, in Deutschland wirksame Social= reform durchzuführen, weil die Grofgrundbesiter in Deutschland fich vielleicht für diese Berabsetung der Getreidezolle werden rächen wollen, indem fie die Socialreform im Gegenfat zu ihrem bisherigen Berhalten — ahnlich dem englischen Großgrundbefit - fordern.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Pros. Fuchs; er ist nicht anwesend. Dann ist die Rednerliste erschöpft. Es liegt ein Antrag vor, die Redezeit der Referenten auf 20 Minuten zu beschränken. (Zurus: 15 Minuten!)

Dr. W. Log (München): Ich möchte bitten, beschsließen Sie eine Maximalredezeit von 30 Minuten. Ich bitte deshalb darum, weil von uns drei Reserenten zwei im wesentlichen übereinstimmen und mir als dem einzigen Gegner von Zollerhöhungen bei 20 Minuten Redezeit vielleicht die Bertretung meines Standpunktes unverhältnismäßig erschwert würde. Des-halb bitte ich um 30 Minuten.

Sombart (Magdeburg): Wenn die betreffenden Herren alles widerlegen wollen, dann reicht auch eine halbe Stunde nicht aus. Ich bitte, daß die Herren ihre Ansichten komprimieren, dann kommen wir mit 15 Minuten aus.

Borsitzender: Ich laffe abstimmen über den Antrag auf 20 Mi= nuten Redezeit. (Pause.) Das ist die Mehrheit.

Dr. Pohle (Franksutt a. M.): Meine Herren! Durch die beschlossene Verkürzung der Redezeit auch für die Reserenten haben Sie es mir unmöglich gemacht, jedem der Herren, die mich im Lause der Debatte angegriffen haben, einzeln zu antworten. Ich bin Ihnen indessen bei der starken Abspannung, unter der ich ebenso wie Sie alle wohl nach der dreitägigen Redeschlacht leide, nicht böse darüber.

Nach dem Goetheschen Worte: nur Lumpe sind bescheiden, möchte ich mein Schlufwort mit einem Selbstlob beginnen. Ich möchte ein gewiffes Berbienst für mich in Ansbruch nehmen, einmal daran, daß fich der Berein für Socialpolitif überhaupt rechtzeitig mit der Frage der Reuregelung unferer Handelspolitif beschäftigt hat - denn von mir ift vor zwei Jahren in Breslau der Antrag, diese Frage auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung zu segen, angeregt und eingebracht worden, - sodann aber auch daran, daß die Debatte an den letten beiden Tagen unferer Berhandlungen jo lebhaft geworden ift. Die Referenten haben ja gerade die entgegengesette Aufgabe wie das Lokalkomitee! Während das lettere ben Bereins= mitgliedern den Aufenthalt im Rongrefort fo angenehm als möglich machen foll, ift es umgekehrt Pflicht ber Referenten, den Berfammlungsteilnehmern ben Aufenthalt in der Beziehung ungemütlich zu machen, daß fie diefelben jum Widerspruch reigen und zur Beteiligung an der Diskuffion veranlaffen. Das ist mir in vollstem Mage gelungen, teilweise - ich denke dabei an daß Auftreten des herrn Dr. Alfred Weber - fogar mehr, als es meinen Bunichen entsprach. herrn Dr. Weber erwidere ich auf feine Frage, daß mir die Bahlen über die volkswirtschaftliche Bedeutung der einzelnen deutschen Exportindustrien fehr wohl bekannt find. Seine Zweifel hieran waren umfomehr beplaciert, als ich geftern in meinem Rejerat felbst Bahlenangaben darüber gemacht hatte, in welchem Mage die Ausfuhrüberschuffe der einzelnen Industriezweige im letten Jahrzehnt gewachsen sind. Ich habe die betreffenden Bahlen auch noch hier und ftelle fie Berrn Dr. Weber gur Berfügung, damit er daraus erkenne, daß meine Behauptung richtig ist, daß fast die Hälfte unserer Fabrikaten-Mehraussuhr aus Gewerben stammt, auf Edriften XCVIII. - Berhandlungen 1901. 22

welche die socialpolitische Charakteristik zutrifft, die ich gestern entworsen habe. Man hat von verschiedenen Seiten — namentlich Herr Dr. Heckscher ereiserte sich hierüber — an dem von mir dabei gebrauchten Ausdruck "parasitische Exportindustrien" Anstoß genommen. Dieser Ausdruck rührt indessen gar nicht von mir her, wie von jenen Herren angenommen wurde, sondern stammt, wie ich glaube ebensalls gestern schon erwähnt zu haben, von dem englischen Gespaar Webb. Es wundert mich eigentlich, daß ich in dieser Versammlung nötig habe zu sagen, daß die Vezeichnung nicht von mir geprägt ist. Auch das Chepaar Webb hat übrigens nicht zum ersten Male den Zusammenhang zwischen niedrigen Arbeitslöhnen und hohen Exportzissern hervorgehoben. Hinweise hieraus sinden sich vielmehr schon bei viel älteren nationalökonomischen Autoren, so bei Malthus und speciell mit Bezug aus Deutschland bei Friedrich List.

Bei dem großen Auswand von Entrüstung, mit dem Herr Dr. Weber gegen mich polemisierte, siel mir der Ausspruch eines deutschen humoristischen Dichters ein, den manche sogar zu den deutschen Klassistern zählen wollen, näm-lich der Satz von Wilhelm Busch, daß Entrüstung ein Zustand der Seele ist, der sich gewöhnlich dann einstellt, wenn man erwischt wird. Erwischt schien sich Dr. Weber insosern zu fühlen, als er bisher eine auf unzureichende Argumente sich stützende Theorie des auswärtigen Handels vertreten hatte.

Nicht recht klar geworden ist mir weiter, was herr Dr. Weber mit der Frage bezweckte, die er ebensalls mit großem Pathos an mich richtete, der Frage nämlich, ob ich mir überlegt hätte, daß ich hier auch vor dem Auslande spreche. Ich glaube, daß es dem Auslande herzlich gleichgültig ist, ob die Waren, die es aus Deutschland bezieht, aus Industriezweigen mit günstigen oder aber aus solchen mit schlechten Arbeitsbedingungen herrühren, wenn nur die Waren selbst preiswert sind. Zur Entschuldigung des herrn Kollegen Weber will ich annehmen, daß er in dem Augenblick, als er mich in so erregtem Tone apostrophierte, selbst nicht recht überlegt hatte, was er sagte.

Damit verlasse ich herrn Dr. Weber und wende mich zu herrn Psarrer Naumann. Gerade ihm möchte ich einige Worte der Erwiderung widmen. So leid es mir thut, an dem Meisterwerk der Rhetorik, das er uns geliesert hat, Kritik üben zu müssen, so sordert der Inhalt seiner Aussührungen doch zu sehr meinen Widerspruch heraus. Herr Psarrer Naumann suchte in seiner Rede die These zu begründen: Getreidezölle und Socialresorm sind einmal, unter Fürst Bismarck, zusammen vorgekommen in der deutschen Geschichte. Aber diese Gelegenheit wird nie wiederkehren. Wer sür Ershöhung der Getreidezölle eintritt, der unterstützt in der Politik die Parteien, die nichts von der Fortsührung der Socialpolitik wissen wollen. Selbst

wenn an sich Getreibezölle und Socialresorm nebeneinander bestehen könnten, ber politische Wille, die Arbeiterschutzesetzung zu sördern, wird in einem Deutschland, in dem die agrarischen Parteien noch etwas zu sagen haben, sehlen. Er schilderte dann gleich einem Propheten des Alten Testaments die politische Lage Deutschlands, wie sie sich um das Jahr 1925 herum gestalten wird, und reihte sich damit den übrigen Propheten an, die gestern und heute hier aufgetreten sind und uns zum Teil schon bis zum Jahre 1950 einen Blick in die zukünstige deutsche Wirtschaftsgeschichte haben thun lassen. Die Bevölkerung Deutschlands wird nach ihm 1925 etwa 70 Millionen betragen. Der landwirtschaftlichen Bevölkerung von nicht ganz 20 Millionen werden 50 Millionen, die in Handel und Industrie beschäftigt sind, gegenüberstehen. In diesem Moment wird keine Majorität im Parlament mehr für Getreidezölle zu haben sein.

Herr Pfarrer Naumann übersieht hierbei vor allem eins: Es kommt nicht bloß darauf an, daß der politische Wille, Socialpolitik zu treiben, vorhanden ist, es muß auch die ökonomische Möglichkeit, die gewollten Resormen in der Prazis durchzusehen, gegeben sein. Mag selbst in einem Deutschland, das die Bahnen des Exportinduskrialismus ohne jede Einschränkung einschlägt, der subsektive Wille zur Socialresorm stärker sein als in einem Deutschland, in dem Landwirtschaft und Industrie einander die Wage halten, — obwohl dies nicht dauernd so zu sein braucht —, nicht immer trisst das Sprichwort zu, daß, wo ein Wille ist, sich stets auch ein Weg sindet. Der Exportinduskriestaat besitzt nur noch in geringem Umsange die objektive Möglichkeit, ernsthaste sociale Resormen einzusühren. Der Exportinduskriestaat giebt das kostbare Gut der socialpolitischen Selbständigkeit preis, er muß beständig daraus bedacht sein, daß seine Industrie durch socialpolitische Gesehe nicht mehr belastet wird als die irgend eines auseländischen Staates.

Das ist das eine, was ich herrn Pfarrer Naumann entgegenhalten möchte. Ginen anderen Ginwand gegen die Theorie, die er uns hier vorgetragen hat, verdanke ich ihm selbst, seiner glänzend geschriebenen Broschüre: "Demofratie und Kaisertum". Er sührt darin überzeugend aus, welche große politische Macht im neuen Deutschen Reich das Kaisertum besitzt und wie eine Partei, die sich nicht auf den Boden dieser Thatsache stellt, niemals zu maßgebendem politischen Einfluß bei uns gelangen kann. Daraus solgt, daß, selbst wenn das Parlament einmal einseitig die Agrarzölle ausheben wollte, die Regierung diese Schwenkung nicht mitzumachen brauchte, wenn sie sie innerlich nicht sür notwendig hält.

Endlich aber bin ich schon vollkommen zufrieden, wenn wir nur bis 22\*

1925 Getreidezölle behalten, wie es herr Pfarrer Naumann in Aussicht stellte. Dann wird vermutlich der größte Teil der Gesahr, der jett der deutschen Landwirtschaft von der überseeischen Getreideproduktion droht, schon vorüber sein. Darin stimme ich vollkommen mit herrn Prosessor Sering überein. Dann wird die Besiedlung der Konkurrenzländer soweit vorgeschritten sein, daß ihre Landwirtschaft ebensalls intensiver, insolge dessen aber auch teurer wirtschaften muß. Dem entsprechend können dann auch die Getreidezölle, wenn auch nicht ganz ausgehoben, so doch wesentlich herabgesetzt werden. Auch von dem Standpunkte, den ich vertrete, sollen ja, wie ich gestern bereits sagte, die Getreidezölle nur eine vorübergehende Einrichtung sein. Kein Rationalökonom verlangt doch Getreidezölle, weil er an sich für sie begeistert ist, sondern er wird sie stets vom Standpunkte des notwendigen Übels betrachten.

herr Pfarrer Naumann ging bann weiter auf die Kartellbewegung Er ftellte die induftriellen Kartelle als eine notwendige Begleiterschei= nung unserer Schutzollpolitit bin. Ich halte es aber für gang verkehrt. die Kartelle lediglich als eine Frucht des Schutsinstems anzusehen. zeigt schon der Umstand, daß es auch Kartelle für Artikel giebt, die keinen Rollichut genießen. Das größte beutsche Kartell ift bas rheinisch-westjälische Rohlenspndikat, auf Rohlen liegt ja bekanntlich in Deutschland aber kein Einfuhrzoll. Cbenfo ftimmt die Thatsache, daß es internationale Rartelle giebt, schlecht mit der Theorie überein, daß Kartelle lediglich eine Folgeerscheinung der Schutzölle seien. Auch herr Geheimrat Brentano, der ja fonst Herrn Pfarrer Naumann in seinen Anschauungen fehr nahe steht, ift weit davon entfernt, in der Rartellbewegung weiter nichts als die Wirkung unferer Schutzollpolitit zu feben. Er fieht in den Kartellen, wie er uns 1894 auf der Generalversammlung in Wien außeinandergesett hat, ein Brodukt der Notwendigkeit, und zwar wurzelt die Notwendigkeit der Kartell= bildung nach ihm heutzutage in dem fortschreitenden Zunehmen des firen Rapitals im Gegensatz zu dem früheren Vorherrschen des umlaufenden Rapitals. Ich stimme in dieser Auffassung zwar nicht ganz mit ihm überein, aber ich pflichte ihm darin bei, daß es verkehrt ift, die Schutzölle für die Entstehung der Kartelle verantwortlich zu machen. Und es ift mir wertvoll, daß die einseitige Auffaffung des herrn Pfarrer Naumann somit auch von derjenigen wiffenschaftlichen Seite abgelehnt wird, die ihm in seiner handelspolitischen Stellungnahme fekundiert.

Herr Pfarrer Raumann wies in seinen Ausstührungen auch noch auf die Haltung der deutschen Arbeiterschaft hin. Der deutsche Arbeiter werde sich nie für Getreidezölle begeistern können. Das gebe ich ohne weiteres

zu. Allein wer trägt hieran die Schuld? Fällt sie nicht zum großen Teil auf die Nationalsocialen selbst, die durch ihre Agitationsreden in dem Arbeiter die Borstellung erwecken, als ob die komplizierte Frage nach der Einwirkung des Getreidezolls auf den Stand der Löhne und die Lage der Arbeiter einsach mit dem Schlagworte vom "Brotwucher" abgethan werden könne? Wohl selten ist der Ausdruck "Bucher" so grundlos in die Massen geschleudert worden. Von Wucher sollte man nur dann sprechen, wenn der erzielte Gewinn in keinem Verhältnis zu den aufgewandten Kosten steht. Glaubt im Ernste jemand, daß die deutsche Landwirtschaft, wenn sie die vorgeschlagene Erhöhung der Getreidezölle erhält, schon in der Lage ist, wucherische Gewinne zu machen? Ihr Gewinn wird voraussichtlich auch dann noch längst nicht dem in der Industrie üblichen entsprechen. —

Auf die gegen mich gerichteten Aussührungen der Herren Dr. Helfferich und Professon Huber einzugehen, versage ich mir an dieser Stelle im Hinblick auf die vorgerückte Zeit, — worauf letzterer eigentlich hinaus wollte, ist mir überhaupt nicht ganz klar geworden. Ich werde aber Gelegenheit nehmen, ihnen in einer demnächst erscheinenden Schrift zu antworten, die das gleiche Thema, das ich gestern in meinem Reserat behandelt habe, etwas aussührelicher erörtert. Ich will nun noch etwas nachholen, was mir besonders am Herzen liegt. Ich möchte zum Schluß noch ganz kurz auf die wichtigsten Gründe, die in der Debatte gegen jede Erhöhung der Getreidezölle vorgebracht worden sind, eingehen. Ich will gern zugeben, daß diesen Einwänden zum großen Teile eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen ist, den entscheidenden Ginsluß bei der Beantwortung der Frage der Getreidezollerhöhung kann ich ihnen aber allen zusammen nicht zuerkennen.

Da ist zunächst das Argument, daß der Nutzen der Getreidezölle nur einem kleinen Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu gute kommt, und dem Großgrundbesitzer mehr Borteil zuwendet als dem Kleinbesitzer. Das letztere ist gewiß richtig, ist aber eine Folge der heutigen Grundbesitzverteilung, die gewiß, namentlich in Ostelbien, noch stark der Korrektur bedars, ehe sie eine wirklich gesunde ist. Wollen wir aber etwa die Bewilligung höherer Getreidezölle davon abhängig machen, daß zuvor eine umfassende Bodenbesitzreform durchgesührt wird? Wenn ich einen Garten besitze, in dessen Anlage mir vieles noch nicht gesällt, und dieser Garten steht in Gesahr, durch das Übertreten eines Flusses verwüsstet zu werden, so mache ich die Errichtung einer Schutzmauer doch auch nicht davon abhängig, daß vorher die Gartenanlage meinen Wünschen entsprechend geändert wird.

Allerdings ware es fehr erwünscht, wenn gerade die Einnahmen aus der Erhöhung der Getreidezölle dazu benutt würden, um in stärkerem Maße

da, wo es nötig ist, innere Kolonisation zu treiben. Gine derartige Berwendung der Einnahmen aus der Erhöhung der Bölle erscheint mir viel richtiger und dem Charafter der Getreidezolle als einer vorübergehenden Einrichtung beffer angemeffen, als ihre Berwendung zur Begründung einer Arbeiter=Witwen= und Waisen=Versicherung, so notwendig an sich die Er= ganzung unferer socialen Versicherungsgesetzgebung nach der letteren Rich-Denn man foll nicht dauernde Ausgaben auf Ginnahmen nicht dauernder Natur ftugen. Diejenigen Bundesftaaten, in denen tein Bedurinis besteht, die jegige Grundbesigverteilung durch innere Rolonisation zu korrigieren, könnten die ihnen aus den erhöhten Getreidezöllen zufließen= ben Einnahmen dazu verwenden, läftige indirekte Abgaben zu beseitigen, fo 3. B. Sachsen seine Schlachtsteuer. Ich kann auf diesen Borschlag bier nicht weiter eingehen, - er ftammt übrigens nicht von mir, sondern geht auf eine Anregung von Professor Fuchs-Freiburg zurud -, und bemerke nur noch, daß ich seine Erfüllung, so dringend ich sie wünsche aus den vorhin dargelegten Gründen, doch nicht zur conditio sine qua non ber Getreidezollerhöhung machen möchte. In diesem Bunkte unterscheide ich mich also von Berrn Brofessor Sering.

Bei der Berechnung des Teils der landwirtschaftlichen Bevölferung ferner, der Interesse an hohen Getreidepreisen hat, darf man folgendes nicht übersehen: Gleichviel, ob man den Getreideverkauf erft bei einer Betriebsgröße von mehr als 5 Hektar oder schon unter dieser Grenze allgemein beginnen läßt, fo find dann doch nicht lediglich die Befiger der betreffenden Kamilien und ihre Kamilienangehörigen an hohen Getreidepreisen intereffiert. sondern das gleiche gilt, wenn auch in vermindertem Mage, für die in den größeren Betrieben beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeiter. Gewiß haben lettere, falls fie ihr Brot fich felbst taufen muffen, tein Interesse an übermäßig hoben Betreidepreisen, aber fie haben allerdings ein Interesse baran. daß die Getreidepreise wenigstens fo hoch bleiben, daß tein Rudgang des Getreidebaus eintritt und fie baburch ihre Beschäftigung verlieren. Wenn man das nicht gelten laffen will, dann darf man auch nicht behaupten. daß die Arbeiter der Exportindustrie ein Interesse am Gedeihen der letteren haben. Denn ebenso gut wie es angeblich möglich ift, die landwirtschaft= lichen Arbeiter in der Induftrie unterzubringen, kann dies umgekehrt bei entsprechender Wirtschaftspolitif auch mit den industriellen Arbeitern in der Landwirtschaft geschehen.

Weiter darf man nicht übersehen, darin stimme ich gang mit Buchenberger überein, daß auch der kleine und kleinste Landwirt, der selbst gar kein Getreide baut oder verkauft, doch ebensalls daran interessiert ist, daß ber Getreibebau rentabel bleibt, weil ihm sonst bei der Erzeugung der Bodenprodukte, die er baut, bald eine scharfe Konkurrenz erwachsen wird, die auch die Preise seiner Erzeugnisse herunterdrückt.

Ein zweiter Einwand gegen jede Erhöhung der Getreidezölle ist die gesteigerte Belastung der brotkausenden Bevölkerung, welche dadurch herbeisgesührt wird, daß das Inland den Zoll doch zum größten Teil tragen muß. Gerade hier im Berein sür Socialpolitik haben wir ja alle Versanlassung, dieses Argument besonders genau zu prüsen. Indessen dürsen andererseits in einer Versammlung wissenschaftlich gebildeter Nationalsökonomen doch auch die verschiedenen Umstände nicht ignoriert werden, welche die Belastung der brotkonsumierenden Bevölkerung in einem wesentlich milderen Lichte erscheinen lassen und daher in einem Teil der Presse geslissentlich totgeschwiegen werden. Als solche mildernde Umstände nenne ich:

- 1. Auch unter der Herrschaft der erhöhten Getreidezölle werden die Getreidepreise in Deutschland voraussichtlich durchschnittlich immer noch erheblich niedriger sein als in der ganzen dreißigjährigen Periode vor der Einsührung der Zölle, gerade so wie bisher trot der Zölle die Preise immer niedriger gewesen sind als in den Jahrzehnten 1850/80. Den Konsumenten wird also kein eigentliches Opser auferlegt, sondern es entgeht ihnen nur ein Gewinn.
- 2. Dieser Gewinnentgang verliert weiter dadurch an Bedeutung, daß in den letzten Jahrzehnten der Bolkswohlstand erheblich gestiegen ist und hoffentlich auch weiter steigen wird. Speciell die Arbeitslöhne haben ja eine so unverkenndar ansteigende Entwicklung genommen, daß die Socialbemokratie ihr Dogma von der zunehmenden Verelendung der Massen zum alten Eisen zu wersen sich genötigt sah, wie auch Herr Prosessor Log gestern hervorhob. Das Steigen der Löhne in den letzten Jahrzehnten kommt vor allem auch darin zum Ausdruck, daß bei der Alters= und Invaliditätsversicherung der relative Anteil der niedrigeren Lohnklassen abnimmt, der der oberen dagegen wächst.
- 3. Es besteht für den größeren Teil der industriellen Arbeiterschaft die Möglichkeit, die Belastung, welche die erhöhten Getreidezölle für sie bedeuten, dadurch von sich abzuwälzen, daß sie entsprechende Lohnerhöhungen durchsehen. (Widerspruch.) Ohne das stete Drängen der Gewertvereine wird diese Möglichkeit freilich nicht Wirklichkeit werden. Mehr oder weniger ausgeschlossen von dieser Möglichkeit ist nur der Teil der industriellen Arbeiterschaft, der in denjenigen Zweigen der eigentlichen Exportsindustrie beschäftigt ist, die ihre herrschende Stellung auf dem Weltmarkte

vorwiegend ihrer socialpolitischen Rückständigkeit verdanken. Gegenüber der gesamten übrigen Industrie erscheint dieser Teil nach dem früher Gesagten aber nur klein.

Daß jede Steigerung der Lebensmittelpreise bei den Arbeitern das Beftreben, eine Erhöhung der Löhne durchzusehen, auslöst, das hat bereits Adam Smith gelehrt. Die gewöhnlichen Gründe, welche die Arbeiter veranlassen, höhere Löhne zu sordern, sind nach ihm "entweder der hohe Preis der Nahrungsmittel oder der große Gewinn, welchen die Arbeitgeber aus ihrer Arbeit erzielen". Und die Möglichkeit, ihnen auch wirklich höhere Löhne zu bewilligen, ist in Deutschland durch den der Industrie gewährten Zollschutz gegeben.

4. Die Befürchtung, daß die Konkurrengfähigkeit der deutschen Industrie durch die vorgeschlagene Erhöhung der Agrarzölle ernftlich gefährdet werden tonnte, teile ich nicht. Bon Ländern wie Frantreich, Italien u. f. w. droht Deutschland hier deshalb teine Befahr, weil lettere noch höhere Betreide= zölle besitzen, als sie Deutschland einzuführen beabsichtigt. Und auch im Berhältnis ju England erscheint Deutschland nicht viel ungunftiger gestellt. Wenn man freilich die Weizenpreise in Deutschland denen in England gegenüberstellt, dann ist es leicht, zu beweisen, daß Deutschland in den letten Nahren schlechter baran war als England. Wenn man richtig ber= gleichen will, muß man aber die deutschen Roggenpreise den englischen Beizenpreifen gegenüberftellen, weil in Deutschland Roggen die Sauptbrot= frucht ist, welche die Arbeiterbevölkerung fonsumiert. Selbst wenn unter der Herrschaft der erhöhten Bolle die Roggenpreise in Deutschland höher fein follten als die Beizenpreise in Großbritannien, fo tann dies doch taum joviel ausmachen, daß die Konfurrenzfähigfeit Deutschlands auf dem Welt= markte lediglich hierdurch ernstlich gefährdet wird.

Endlich noch einige Bemerkungen über zwei scheinbar besonders gewichtige Einwände, die im Lause der Debatte gegen die Erhöhung der Getreidezölle geltend gemacht worden sind. Da hat zunächst Herr Prosessor Diezel das bekannte Argument ins Treffen gesührt, das überhaupt in der Agitation gegen die Getreidezölle, besonders bei den Nationalsocialen, eine so große Rolle spielt, das Argument nämlich, daß jede Erhöhung der Kornzölle nur ein Kapitalgeschenk sür den augenblicklichen Besitzer des Grund und Bodens bedeute, an der wirtschaftlichen Lage des Getreidebaues selbst aber im Grunde nichts ändere. Der theoretische Lehrsiah, daß das Steigen der Getreidepreise ein Anziehen der Bodenpreise im Gesolge hat, ift natürlich im allgemeinen vollkommen richtig, allein

wenn man ihn ohne weiteres auf die jett in Deutschland herrschenden Berhältniffe anwenden will, so stedt darin eine petitio principii. Recht biergu hatte man erft bann, wenn im letten Jahrzehnt die Guterpreise allgemein entsprechend bem Sinken der Betreidepreise guruckgegangen und viele Güter zu niedrigeren Preisen verkauft worden wären. allerdings die Gefahr, daß nach Inkrafttreten der Boll= bestände erhöhung die betreffenden Büter mit einem Kapitalgewinn wieder veräußert würden. Allein dem fteht entgegen, daß bisher die Guterpreise in Deutschland gar nicht bem Rudgang der Getreidepreise entsprechend gesunken Das ift ja die beständige Rlage ber Freihandler, daß die Buter= preise in Deutschland sich immer noch auf der in den 70 er Jahren er= reichten Sohe behaupten. Daraus folgt aber auch, dag von der vorgeschlagenen Erhöhung der Getreidezölle fein weiteres Steigen der Bodenpreife zu erwarten ift, zumal auch unter ber herrschaft ber erhöhten Bölle die Betreidepreise voraussichtlich erheblich niedriger im Durchschnitt fein werden, als in der Beriode, in der die Guterpreise in Deutschland ihre jezige Sobe erreichten. Die Wirkung der Bollerhöhung wird alfo nur in der Erhaltung der Güterpreise auf ihrem bisherigen Niveau, aber nicht in einer weiteren Erhöhung berfelben befteben. Wenn meine Zeit nicht schon fast abgelaufen mare, fo wurde ich Ihnen gern noch die Sate mitteilen, in benen ein fo hervorragender Agrarpolitifer wie Buchenberger fein Urteil über die Salt= lofigkeit diefes Arguments, das in der Agitation gegen die Kornzolle in fehr übertriebener Beife in ben Vordergrund geftellt wird, jufammengefaßt hat. So muß ich indeffen darauf verzichten, da ich jum Schluß noch berporheben möchte, daß ich auch dem mehrsach wiederholten Argument keinen großen Wert beilegen fann, daß wir teine Aussicht hatten, bei einem Betreidezoll von 5 bezw. 51/2 Mt. neue Sandelsverträge zu bekommen. Von verschiedenen Rednern ift diese Behauptung aufgestellt worden, aber keiner hat fie bewiesen. (Lebhafter Widerspruch.) Ich muß allerdings zugestehen, dak ich auf dem Gebiete der hohen Volitik vielleicht nicht fo bewandert bin wie herr Projeffor Lot und andere Redner, die ja gang genau darüber unterrichtet zu fein schienen, ob und unter welchen Bedingungen Deutschland wieder ju Sandelsverträgen mit dem Auslande gelangen werde. (Beiterteit.) 3ch meine, die Frage, wie wir unferen Bolltarif geftalten muffen, wenn wir neue Sandelsvertrage haben wollen, gehort überhaupt weniger vor das Forum des Nationalökonomen als vielmehr das des Diplomaten. Die Nationalökonomie hat zunächst nur zu untersuchen, welchen Zolltarif wir bom Standpunkt der Bedürfniffe unferer eigenen Boltswirtschaft aus brauchen. 3ch habe indessen auch in der ersteren Beziehung das Zutrauen

zu unserer Regierung, daß sie nicht Zollfätze vorschlägt, die den Abschluß neuer Handelsverträge von vornherein unmöglich machen.

Da man mir die Nichtberückschtigung der finanziellen Seite der Frage zum Vorwurse gemacht hat, so will ich mit dem Ausdruck der Überzeugung schließen, daß auch die finanzielle Leistungssähigkeit der deutschen Volks-wirtschaft durch Kornzölle von der vorgeschlagenen Höhe durchaus nicht beeinträchtigt werden wird. So wenig in den Jahren 1887 bis 1891 die aufsteigende Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft durch den Getreidezoll von 5 Mk. gehemmt worden ist, so wenig braucht das auch in Zukunst der Fall zu sein. Die Besürchtungen, daß die deutsche Volkswirtschaft bei Getreidezöllen von 5 bis  $5^{1/2}$  Mk. nicht mehr in der Lage sein werde, die sinanziellen Mittel auszubringen, welche dem Deutschen Keiche die Behauptung seiner Weltstellung ermöglichen, vermag ich, offen gestanden, nicht ganz ernst zu nehmen.

(Beifall bei einem Teile der Verfammlung.)

Dr. Schumacher (Röln): Ich bin mehr migverftanden als angegriffen worden und erstaunt darüber, was ich alles befürwortet haben foll. 3ch tann mir diefe Migverständniffe blog dadurch erklären, daß einerseits mein Referat an der technischen Unvollkommenheit zu schnellen Sprechens litt, und daß andererfeits zu Anfang desfelben und auch später bei Einholung der Stimmzettel erhebliche Unruhe herrschte. Ich komme daher nochmals auf den Grundgedanken meiner Ausführungen zurud. follte natürlich unter den Referenten eine gewiffe Arbeitsteilung durch= geführt werden. herr Projeffor Lot - jo wurde mir mitgeteilt - werde gegen die Erhöhung der Getreidezölle, sowie gegen den Doppeltarif sprechen; herr Projeffor Pohle werde in ganzer Schlachtlinie ihm entgegentreten. Ich sollte die internationalen Fragen behandeln, mas ich um so bereit= williger gethan habe, als ich der Anficht bin, daß wichtige, auf dem Bebiete der internationalen Weltwirtschaft liegende Gefichtspunkte zum Schaben unferer Ausfuhrintereffen in der öffentlichen Diskuffion guruckgedrangt werden durch die Frage der Getreidezölle, die doch immer nur eine Specialfrage ist, mag fie auch eine noch fo wichtige Specialfrage fein.

Seit den frühesten Zeiten ist es — wie herr Prosessor Brentano aussührte — ein Bestreben der Menschen, sich klar zu machen, nach welchen idealen Zielen hin sich die Entwicklung vollziehen wird. Es handelt sich aber hier nicht darum, was sur Wünsche zu hegen sind; Handelspolitik ist Politik, und Politik ist die Kunst des Erreichbaren. Es handelk barum, was sich erreichen läßt. Wer daher, wie ich, eintritt sur Handelsverträge, ber dars nicht übersehen, daß ein Handelsvertrag, wie jeder andere Bertrag, nicht zu stande kommt durch einen einseitigen Willen, sondern nur durch Willenseinigung beider Kontrahenten. Eine Erörterung der Handelsvertragspolitik, die bei der Frage stehen bleibt, was man selbst wollen soll, behält einen rein theoretischen Charakter, bleibt ein Spiel mehr oder minder geistreicher Gedanken. Es gilt sich klar zu werden nicht nur über das, was man selbst will, sondern auch über das, was die Gegenkontrahenten wollen. Es ist das um so wichtiger, als diese Einsicht, die sich am besten gewinnen läßt aus einer Ersorschung der bisher im Ausland versolgten Ziele und ans gewandten Maßregeln, auch bestimmenden Einsluß gewinnen muß auf die Festsehung der eigenen Ziele.

Da aber die Handelspolitik mehr eine Frage der Macht als der Logik ist, so wird ihre Erörterung nur fruchtbringend im engen Anschluß an eine Betrachtung der thatfächlichen Verhältniffe. Diefe thatfächlichen Verhält= nisse find in allen Ländern, mit denen Sandelsvertrage abzuschließen find, verschieden. Gerade in den letten Jahren ift eine viel erheblichere wirt= schaftliche Differenzierung vor sich gegangen als bisher. Mit diefer ge= steigerten Berschiedenartigkeit muß auch die Handelspolitik rechnen. Es ift deshalb nötig, Mittel zu ergreisen, mit denen man dieser Differenzierung gerecht werden kann. Bisher konnte man das nicht wegen der Meist= begünstigungs Klaufel, die überall, wo sie einsett, zur Janorierung von Berschiedenheiten nötigt. Die Erörterung der Vorteile und Nachteile der Meistbegunftigung erscheint mir deshalb für die Frage der Erneuerung der Handelsverträge ganz befondere Bedeutung gewonnen zu haben. gilt es hauptfächlich, Mittel zu schaffen, durch die man fremde Staaten zur Berücksichtigung unseres Willens bewegen kann. Solche Mittel muß der autonome Tarif schaffen. Es fragt fich, ob der vorliegende Tarifentwurf dazu geeignet ist, fremde Staaten zu bewegen, auf einen Bertragstarif einzugehen, der nicht in allen Punkten ihren Wünschen völlig entspricht. Ein folder Tarif darf kein hochschutzolltarif sein; das ift der jett vorliegende Tarif jedoch auch nicht, wenn man ihn mißt am Maßstabe des Auslandes; insbefondere bleibt er erheblich jurud hinter den Bollfagen in den Bereinigten Staaten, in Rugland und in Frankreich. Er bezeichnet ferner auch tein Beschreiten einer neuen Bahn; es handelt fich nur darum, das Beifpiel zu befolgen, das uns andere Staaten schon vor Jahren gegeben haben. Weil wir nicht rechtzeitig den rechten Weg eingeschlagen haben, darum brauchen wir ihn nicht immer zu meiden.

Gewiß find noch viele Sätze im Tarifentwurf abzuändern; aber wenn Irrationelles in ihm sich vorfindet, dann sollte das nicht ausschließlich unter

innerpolitischen Gesichtspunkten beurteilt werden, sondern in Bergleich gebracht werden zu irrationellen Zollsägen anderer Länder. Die Zollsäge des Entwurfs sind nicht ausschließlich zu betrachten als Zollsäge eines autonomen Tariss, sondern auch als Kompensationsobjekte. Thut man das, so wird man sparsamer werden mit Verdammungsurteilen.

Bor allem ist der neue Zolltarifentwurf verbefferungsbedürftig insofern, als eine Reihe von Bollfagen für Rohftoffe, Salbfabritate und Bangfabritate forgfamer gegeneinander abgewogen werden muffen. Ich ftimme Berrn Dr. Weber bei, daß für uns hauptfächlich die Ausfuhr von Gangfabritaten Beructfichtigung verdient. Ich bin aber der Anficht, daß wir bereits längst auf dem von ihm empfohlenen Wege uns befinden, denn unfere Fabrikatenaussuhr hat 1880 1670 Millionen Mark betragen, 1900 aber beinahe 3 Milliarden Mart. Mit der Weberschen Formel, daß wir unseren Boll= tarif zuschneiden follen auf die Aussuhr von Fertigfabrifaten, ift jedoch die schwierige Frage noch nicht gelöft. Ich will ein Beispiel herausgreifen, ein befonders verpontes: das Bapier. Dem deutschen Bapier erwachsen für verschiedene Qualitäten neuerdings schwere Gefahren von seiten der Vereiniaten Staaten. Etwa 20 Papierjabriken Nordamerikas haben sich bekanntlich zusammengethan zu der mit einem Kapital von sast 300 Millionen Mark arbeitenden International Paper Company, die die Papieraussuhr - wie ihr Name schon zeigt - mit allen Mitteln fördern wird. wurde wenig nugen, Papierfabritate ju schugen, wenn unsere Industrie mit dem von ihr hergestellten Papier im Inland selbst nicht konkurrengfähig bleibt. Statt einer allgemeinen schematischen Differenzierung nach ben Stufen des Produktionsprozeffes ift eine forgfam angehaßte Differenzierung nach der eigenen Leiftungsfähigkeit und der anderer Staaten nötig.

Von solchen allgemeinen Ansichten aus bin ich etwas näher eingegangen auf amerikanische und englische Verhältnisse.

Was die ersteren anlangt, so halte ich es für wünschenswert, daß ein Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen werde. Rotwendig aber erscheint es mir, daß mit diesem stärksten Gegner zuerst in Verhandlungen getreten werde und unmöglich, daß wir mit einer besichränkten Meistbegünstigung uns begnügen, dagegen selbst eine unbeschränkte gewähren. Wenn die Vereinigten Staaten auf solche "Reciprocität" nicht eingehen, wenn es nicht möglich ist, einen Tarisvertrag mit allgemeiner oder auf beiden Seiten gleichmäßig beschränkter Meistbegünstigung zu stande zu bringen, dann wird es nicht zu vermeiden sein, den Generaltaris den Verweinigten Staaten gegenüber zur Anerkennung zu bringen. Ich bin aber der Ansicht, daß die bloße Thatsache, daß der Generaltaris den Vereinigten

Staaten gegenüber zur Anwendung kommt, noch keinen Grund für einen Bollfrieg bietet; denn die Bereinigten Staaten haben erstens das größte Intereffe daran, die Freiheit autonomer Bandelspolitit fich felbst zu erhalten, und zweitens wird auch in den Bereinigten Staaten der Zolltarif keineswegs so peffimistisch beurteilt, wie es oft in Deutschland geschieht. Sie werden, meine Herren, alle gelesen haben, daß nach dem Bericht des amerikanischen Generalkonfuls in Berlin die Bereinigten Staaten im wefent= lichen nur getroffen werden durch die Bollfate über Lokomobilen, Fahrraber, Rahmaschinen, Schuhe: auch in diesen Artikeln foll durch fie die Aussuhr nach Deutschland nicht ganz unterbunden werden. durfte es fehr optimiftisch fein, anzunehmen, daß die Bereinigten Staaten jest bereits vom Sochichutzollinftem ablaffen und langfam einlenken werden in die Bahn des Freihandels. Das wird nicht eher eintreten, als bis Schwierigkeiten entstehen, den Amerikanern ihre Mehrausfuhr zu bezahlen. Solche Schwierigkeiten werden entstehen, sobald die Amerikaner ihre Wert= papiere, wie fie ja bereits in großem Mafftab begonnen haben, aus Deutschland und gang Europa gurudgezogen haben. Dann werden fie, wie einft England, zur Politik übergeben, durch Freihandel die Raufkraft ihrer Abnehmer zu ftarken. So ichnell aber auch die Entwicklung in den letten Jahren vorangeschritten ift, es dauert noch einige Zeit, bis die Vereinigten Staaten den Übergang vom Schuldnerstaat zum Gläubigerstaat ganz aus-In Berbindung damit mochte ich erwähnen, daß die Amerikaner nicht, wie herr Projeffor Lot meint, größere Mengen an Waren uns zugeschickt haben, weil sie beutsche Anleihen aufgenommen und in Deutschland Unternehmungen begründet haben, fondern daß umgefehrt die Ameritaner mit Silfe der großen Trufte die Aussuhr von Induftrie= erzeugniffen bewußt und planmäßig forciert, die daraus erwachsene Forderung nicht eingezogen, sondern als Schuld des Auslands im Ausland fteben ge= laffen haben in der Form von staatlichen und privaten Anleihen, Anteilen an Unternehmungen, Krediten an deutsche Banken 2c. Wenn einzelne Mäßigung empfehlende Worte jenfeits des Ozeans gefallen find, fo find fie noch nicht maßgebend für die Gefamthaltung der Regierung, insbesondere die Haltung des Kongreffes; wenn sie nicht gar im wesentlichen nur taktische Bedeutung haben, dürsten fie in ihrer Tragweite überschätzt werden; scheinen fie fich doch in der Sauptsache auf folche extreme Falle zu beziehen, wie die Nichtgenehmigung des mit Frankreich abgeschloffenen Handelsvertrages, und fagte doch noch turg vor der Ermordung Mac Rinlens der einfluß= reiche Senator Cullom: "Ich habe das Gefühl, daß ich die Gedanken des Bräfidenten wiedergebe, wenn ich annehme, daß teine, wenigstens teine all=

gemeine Durchsicht des Tarifs stattfinden wird." Solange nicht Thatsachen, die unwiderleglich das Gegenteil beweisen, vorliegen, wird man annehmen muffen, daß die Vereinigten Staaten in der Hauptsache sesthalten
werden an einer Politik, unter der sie einen schnellen wirtschaftlichen Aufschwung genommen haben, wie noch kein Land zuvor.

Sehe ich daher den Bereinigten Staaten gegenüber nicht so optimistisch, wie einige der anwesenden Herren, so bin ich dagegen von viel größerem Optimismus einem anderen Lande gegenüber: Rußland. Unser östlicher Nachbar hat selbst das größte Interesse an dem Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit uns. Erstens ist er im Bezuge zahlreicher Industrieserzeugnisse auf Deutschland angewiesen. Zweitens wird Rußland durch die vorgeschlagenen Zölle auf Weizen und Roggen keineswegs sehr schwer gestroffen. Den proteinreichen russischen Weizen kann Deutschland nicht entbehren; zum Mischen mit der einheimischen Ernte werden wir ihn eins sühren, auch wenn der Zoll erhöht wird. Und was die Roggenaussuhr anlangt, die im wesentlichen allerdings darauf beruht, daß durch sie der schlecht genährte russische Bauer die Geldmittel zur Zahlung seiner Steuern beschaffen muß — so kommt die durch die heimischen Verhältnisse gebotene Differenzirung des Roggens und Weizenzolles zu Gunsten des Roggens in erster Linie Rußland als dem Haupt-Roggen-Erzeugungslande zu gute.

Bum Schluß möchte ich nochmals auf die amerikanischen Berhältnisse zurudtommen und die Frage stellen: Auf welche Grunde geht denn der plögliche erstaunliche Aufschwung der amerikanischen Fabrikatenaussuhr, der mit den Freihandelslehren so schwer in Einklang zu bringen ist, zurück? Berschiedene Grunde find zu nennen. Voran fteht der große Reichtum an Von faum geringerer Wichtigkeit ift jedoch der Umftand, daß die Bereinigten Staaten heute ben größten Inlandsmarkt bilben, der überhaupt existiert. Es ist aber wohl zu beachten, daß in dieser Beziehung gleich nach ben Bereinigten Staaten Deutschland tommt. Deutschland genießt den Borteil, den zweitgrößten Inlandsmarkt zu befigen, der an Ropizahl der Konsumenten jeden dritten mit Ausnahme des ruffischen, an Konfumtraft auch biefen übertrifft. Diefer Umstand macht aber auch für Deutschland jedes Einlenken auf die Bahn des Freihandels fo viel schwieriger und verantwortungsvoller, als feinerzeit für England, das vor 50 Jahren wenig mehr als halb fo viel Einwohner zählte, wie wir heute zu ernähren haben.

Zu den Gründen des amerikanischen Aussuhr-Aufschwungs, die im Rohstoffreichtum und in der Größe des Inlandsmarkts wurzeln, gesellt sich noch ein dritter Borteil, ein Borteil des Betriebes. Es ist die größere Specialifierung der Fabrikation, die in den Vereinigten Staaten durch= geführt worden ist. Sie ist hauptsächlich durchgeführt worden in Verbindung mit jenem gewaltigen Kapitalisierungsprozeß, den wir Trustbildung nennen.

Im Gegensatz zu den amerikanischen Trusks, die die minder leistungs= fähigen Betriebe ausschalten, die leiftungsfähigften am meisten fortbilden, haben bei uns die Kartelle bekanntlich die Aufgabe und die Wirkung, auch die minderleistungsfähigen Fabriten im Betriebe zu erhalten. Diefe konfervative Tendenz der Kartelle hindert die Entwicklung zu fortschreitender Specialisierung des Fabrikationsprozesses, die in vielen Branchen allein die Verringerung der Produktionskosten gestattet, die schließlich auf die Dauer entscheidend werden wird für die Stellung auf neutralen Märkten. Dieser Übergang zur weiteren Specialifierung wird fich nur durchführen laffen im Schute von Böllen, die den Inlandsmarkt sichern und dadurch weitere Betriebs= konzentrationen und Betriebsverbefferungen erleichtern. In diesem Sinne halte auch ich einen weiteren Rapitalisationsprozeß für nötig und glaube mich in diesem Bunkte mit herrn Projeffor von Schulze-Bavernig zu be-Ein solcher Kapitalisationsprozeß hat socialpolitisch manche Nachteile; aber wo es um die Existenzbedingungen einer Industrie sich handelt, tritt die Socialpolitik an zweite Stelle; es ist ihre Aufgabe, folche Rach= teile zu heben und zu milbern, nicht unerwünschter Begleiterscheinungen wegen eine im übrigen wünschenswerte oder doch notwendige Entwicklung zu hemmen.

Endlich fei noch ein Wort über Getreidezölle hinzugefügt. Inwieweit eine durch die Lage unserer Landwirtschaft geboten erscheinende mäßige Erhöhung der Getreidezölle die Lebenshaltung der Arbeiter beeinflußt, das erscheint mir als ein rechnerisches Problem, das noch nicht gelöst ist. handelt sich ja nicht nur darum, zu ermitteln, inwieweit die Erhöhung der Betreibegolle die Ausgaben des Arbeiters fteigert; es mußte vielmehr ebenfo feftgeftellt werden, welchen Ginflug höhere Betreidezölle auf den Arbeitsmarkt haben. Ein beffernder Einfluß auf die Arbeitsgelegenheit liegt aber schon dann bor, wenn es berhindert wird, daß weitere Rreife unferer Bebolferung in größere wirtschaftliche Rot geraten als bisber. Zeigt doch die jungfte Rrifis wieder so deutlich die noch vielsach rätselhafte Konnexität unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens. Ich kann das nicht weiter aussühren; ich werde zum Schluß gemahnt. Ich beschränke mich daher auf die Bemertung, daß bei der Beurteilung der deutschen Getreidezolle und ihrer Erhöhung nicht außer acht zu laffen ist, daß wir in der Hauptsache ein Roggen verzehrendes Volk find und daß — trot des im wefentlichen gleichen Nähr= werts von Roggen= und Beizenbrot - die Roggenpreife im zollgeschütten

Deutschland kaum höher find, als im freihändlerischen England die Preise bes dort die Volksnahrung bildenden Weizens. Die Roggennahrung Deutschs lands als Volksnahrung zu erhalten, ist deshalb von größter Wichtigkeit. Dazu dient die im Zolkarif vorgesehene Differenzierung des Roggens und Weizenzolls. Sie mildert die Wirkungen der Getreidezollerhöhung, indem sie die bereits begonnene Ausbreitung der Weizennahrung hemmt.

Unter allen diesen Gesichtspunkten erscheint mir der vorliegende Tarifentwurf nicht ungeeignet als Grundlage zu den bevorstehenden bedeutungsvollen Verhandlungen zur Erneuerung der Handelsverträge. Wie diese Verhandlungen gesührt werden, davon wird es schließlich abhängen, ob ein Ergebnis erzielt wird, wie es Deutschland bedarf: Sicherung seiner Stellung auf dem Auslandsmarkt ohne ernste Gesährdung seines wichtigsten heimischen Erwerbszweiges.

(Lebhafter Beifall bei einem Teile der Bersammlung.)

Dr. W. Lot (München): Berehrte Anwesende! Ich muß zunächst angeben, mas ich der Kurze der Zeit wegen unerörtert laffen muß. Wenn ein Redner einen Überblick über die Zölle anderer Länder gab und hinzu= fügte, wir hatten keinen Hochschutzoll, weil wir nicht so hohe Bolle wie gewiffe andere Länder haben, so will ich dies unerörtert laffen, weil sich jeder felber darüber ein Urteil gebildet haben wird. Ich beginne deshalb jofort mit den in der That fehr belehrenden Ausführungen des herrn Projeffor Sering und spreche meinen Dank und meine Freude aus, daß er unterschied und nicht alles im allgemeinen behandelte; daß er zugab, ein Ruin der ganzen Landwirtschaft stehe nicht bevor, sondern nur gewisse Teile feien besonders an den Getreidezollen intereffiert; auch von diefen murde ein Teil fortexistieren können, ein anderer aber scheine bedroht. Wenn wir jo unterscheiden, werden wir eine Reihe von Schwierigkeiten und Mißperftandniffen permeiden. Ebenso schulde ich herrn Professor v. Mayr Dank, aber aus einem anderen Brunde. 3ch muß dabei auf bas von Berrn Professor v. Mayr heute angeführte Buch "Zolltarisentwurf und Wiffenschaft" bezugnehmen. Auf S. 20 diefer Schrift führt herr Kollege v. Magr gegenüber einem herrn, ber einen ahnlichen Standpunkt wie ich vertritt, wörtlich aus: "Rlaffischer als in einem folchen Sate konnte der absolute Mangel an heimatsinn und Nationalbewußtsein, welcher mit orthodox jreihandlerischem Denken sich verbindet, nicht zum Ausdruck kommen." Ich erkenne es an, daß mir gegenüber weder in dem Buche noch in der heutigen Diskuffion vom Herrn Kollegen v. Mahr diefer Vorwurf mangelnder nationaler Gefinnung vertreten worden ift. Ich würde mich auch energisch

dagegen verwahrt haben und bedauere, daß folches an der angeführten Stelle gegen meinen Freund Belfferich gesagt worden ist.

Im übrigen hat mein hochverehrter herr Rollege v. Mahr in feinem heutigen Angriffe mich sehr eingehend bedacht; indes hat er im Gijer mich wegen einer Außerung angegriffen, die ich nicht in meinem Referate gemacht habe. Es wurde mir von ihm vorgehalten, ich empföhle den Landwirten Rettung durch ein specielles Mittel, nämlich durch große Abschreibungen. Thatfachlich habe ich ein einziges Mal das Wort Abschreibungen gebraucht. Aber, wie mir wohl die Berren bezeugen werden, in einem gang anderen Zusammenhang. Ich erzählte von einem Betriebe in der Pfalz, der nach einer angemeffenen Abschreibung aufs Inventar und nach vierprozentiger Berginfung des Gebäude= und Betriebskapitals noch mehr als 21 000 Mk. Reinertrag erzielte. Das ift boch etwas ganz anderes. Es muß also hier ein Jrrtum in den Rotigen des Herrn Professor v. Mahr vorliegen (Zuruf: Rein!), ich habe über bas, was Sie berühren, nichts gefagt und kann mich auch hier nicht barauf einlaffen, mitzuteilen, ob ich Abschreibungen vom Bodenwert für nötig erachte oder nicht. Dann hat mein verehrter herr Kollege gesagt: mit Ziffern ber Ausgaben nach hausfrauenart wollen wir hier nicht operieren. Diese Abneigung gegen Ziffernbeweise hat mich vom statistischen Standpunkte aus etwas überrascht. Statt daß die Biffern durch statistische Rritik miderlegt murben, hat mein verehrter herr Rollege auf die Glaftigität der Ausgaben und Ginnahmen im Budget der Arbeiter verwiesen. Bu dem, mas von anderer Seite gegenüber Berrn v. Mahr über Glaftizität des Ausgabebudgets bemerkt worden ist, will ich nichts hinzufügen. Dagegen möchte ich die Frage der Glaftizität der Ginnahme= poften, d. h. im wesentlichen der Löhne, im Arbeiterhaushalte furz berühren. Die Glaftigität tann fich im Steigen ober im Sinten bes Gelblohns außern. Mir ift vom herrn Professor v. Mahr nahegelegt worden, ich mußte doch eigentlich tonsequenterweise fagen: ich will möglichst niedrige Löhne. Begenüber dieser Vermutung kann ich mit ruhigem Gewiffen erklären, daß ich — wenn es auf meine Wünsche ankäme — möglichst hohe Reallöhne, nicht blok Nominallöhne munichen murde. Die Beftimmungsgrunde der Löhne find in der Wirklichkeit aber bekanntlich ziemlich zahlreich, und nur auf zwei Boraussekungen höherer Löhne, die mit unserem Thema zusammenhängen, will ich hier eingehen. Gine Borbedingung hoher Löhne ift, daß mit der Produktion etwas verdient wird, und daß die Ronfumenten über genügendes Ginkommen verfügen, kurz, wirtschaftlicher Wohlstand, der nur bei Anwendung der vollkommensten Produktionsmethoden und export-23 Schriften XCVIII. - Berhandlungen 1901.

354 Debatte.

freundlicher Sandelspolitik erzielt werden kann. Bielleicht ift es dasselbe, mas mein Freund v. Schulge-Gaebernik unter dem leicht mifguberstehenden Ausbrud "Kapitalismus" verftand. Wir brauchen deshalb nicht unser Ideal darin zu fuchen, ein Bolk von lauter Borfenmannern und Geldproben zu werden; aber wir muffen mit Berdienft arbeiten, um gute Arbeitsbedingungen gewähren zu können. Gine zweite wichtige Voraus= fetung aber, daß dann wirklich bie Arbeiter hohe Löhne erlangen, liegt nach meiner Meinung in der vollen Koalitionsfreiheit, namentlich in der Bewegungefreiheit im Bereinswesen und bei Lohnkampien. Unglücklicher= weise variieren aber gerade in diesem Punkte die Anschauungen von mir und einigen Getreibezollfreunden, fo auch herrn Professor v. Magr. war g. B. der Anficht und habe diefe vertreten, daß die Annahme der Zuchthausvorlage eine wesentliche Schädigung der Lohnbewegung der Arbeiter bedeutet haben würde. Ich gehörte zu den Gegnern der Vorlage, leider erfreute ich mich nicht dabei ber Zustimmung des herrn Kollegen v. Mahr. Wir werden daher, fo fürchte ich, auch in der Zukunft bezüglich der Frage der Voraussetzungen hoher Löhne, die wir wohl beide für munichenswert ansehen, erheblich von einander differieren.

Nun wende ich mich zu der Rede des herrn Dr. Dade, deffen Schriften ich immer mit großem Nugen und mit Freude über die darin bekundete Würdigung der landwirtschaftlichen technischen Fortschritte gelesen habe. Berr Dr. Dade hat eine anderwärts publizierte Berechnung des Berrn Geh. Regierungsrats Dr. Traugott Müller reproduziert, wonach der Wert der landwirtschaftlichen Produktion jährlich 8 Milliarden und der der gewerblichen Produktion jährlich ebenfalls 8 Milliarden betrage. Diefe Berechnung, welche in der sonft ausgezeichneten Denkschrift über die deutsche Landwirtschaft für die Pariser Weltausstellung 1900 gegeben ist, habe ich bereits an anderer Stelle widerlegt. Sie finden in Bb. 92 ber Schriften d. Ber. f. Socialpolitik S. 184 Anm. 2 den Aufsatz citiert, in welchem ich nachwieß, daß es unzuläffig ift, die ziemlich vollständigen Riffern der landwirtschaftlichen Produktion der durchaus unvollständig publizierten ge= werblichen Broduktionsstatistik gegenüberzustellen. In den 8 Milliarden gewerblicher Produktion find fehr wichtige Großinduftrien, beren Produktion ftatistisch nicht publiziert ift, ferner die Erzeugnisse des Sandwerks gar nicht einaerechnet. Der Bergleich ift also irreführend. Wenn übrigens bie Ziffern richtig wären und die Verkaufswerte der Produkte der Landwirt= schaft, die nur 35,74 % der Nation zu ernähren hat, schon heute ohne Rollerhöhung soviel brutto einbringen wurden, wie die Berkaufswerte ber Industrie, in deren Unkoften noch der Auswand für gekaufte Rohstoffe brinsteckt, dann hätten die Landwirte überhaupt keinen Anlaß zu klagen und bessonders nicht zu Forderungen erhöhter Zölle. Sie würden ja dann mindestens so viel brutto einnehmen wie die Industrie und doch nicht so viel Leute ernähren müssen. (Bewegung.)

Run muß ich noch meine Freude über einige Zugeständniffe meiner Gegner aussprechen. Zunächst barüber, daß von Projeffor Sering zugegeben wurde, es liege die Gejahr vor, daß die Großgrundbesitzer den Hauptvorteil der Getreidezölle haben werden. Ferner ist von den verschiedensten Rednern zugegeben worden, daß höhere Getreidezölle bei heutiger Konstellation die Aufrechterhaltung hoher Industriezölle in kartellierten Industrien zur Folge haben muffen. Dies wurde fo fehr als felbstverftandlich erkannt, daß fogar herr Dr. Dade davon fprach: wenn die Industriegolle beseitigt wurden, bann konne auch bie Landwirtschaft barüber mit fich reden laffen, bag mit ben Agrarzöllen aufgeräumt werde. Es ist das eine Reminiscenz an die Zeit vor 1879. Auch ich betonte in meinem Referat, daß die höheren Getreide= golle nur durchgesett werden, wenn wir zugleich den Gewinn der kartellierten Industrien sicherstellen. Der hinweis eines meiner herren Korreserenten auf das Rohlenkartell widerlegt mich nicht im geringsten, obwohl hier ein Kartell vorliegt in einem Produktionszweig, der keinen Zollschut genießt. Es giebt — wie Sie alle wissen — auch Möglichkeiten, durch die Eisen= bahnpolitik gang ähnliche Effekte wie durch Bolle zu verwirklichen. dings bin ich immer dafür eingetreten, daß eine Bekampfung der fcut= gollnerischen Gisenbahnpolitik durch Pflege der Wafferstraßen herbeigeführt werde. (Beijall.)

Was mich am meisten überrascht hat, muß ich nun noch aussprechen. Ich habe in der Diskussion ausmerksam gelauscht, als gegen mich Herr Dr. Dade und Freiherr v. Cetto, berusene Vertreter der Agrarzölle und mit der Technik der Erhebungen des Landwirtschaftsrates vertraute Männer, das Wort ergriffen. Ich erwartete, die Herren würden das, was ich aussprach, daß nur ein relativ geringer Bruchteil der Bruttoeinnahmen der Landwirtschaft aus den Körnerbau entsalle, zu widerlegen suchen. Dies ist jedoch nicht einmal versucht worden. Ich muß nun sagen, daß hier der Platz gewesen wäre, mich zu widerlegen. Sollte es später an anderer Stelle verssucht werden, so stelle ich heute sest, daß bei der Gelegenheit, bei welcher man mir hat entgegentreten können, und bei welcher ich vor wissenschaftslichem Kreise antworten konnte, man es nicht gethan hat. Aber es kann sich zu trozdem später einmal herausstellen, daß die Zissern unzuverlässig sind. Dann sordere ich eine Enquete, und zwar eine öffentliche kontrabittorische Keichsenquete, um endgültig sestzuskellen, ob die Interessen der

356 Debatte.

deutschen Landwirte in diesen Dingen übereinstimmen. Denn vor allem muß die Frage, ob die Landwirte durch Zollmaßregeln gesördert oder gesichädigt werden, bestiedigend vor Inanspruchnahme der Gesetzgebung klarzgestellt werden. Einstweilen möchte ich aber noch auf einen Widerspruch in den Aussührungen meiner Gegner hinweisen. Da heißt es: eine Ershöhung der Kornzölle wird nicht eine Erhöhung der Bodenpreise herbeisühren. Aber es wird auch gesagt: beim Sinken der Preise tritt eine Entwertung des Grundes und Bodens ein. Ich kann diese beiden Aussprüche nicht vereinen. Ich bin selbst keineswegs der Meinung, daß in allen Fällen eine Entwertung des Bodens bei den jezigen Preisen gegen früher eingetreten ist. Jedensals müßten aber, wenn sinkende Getreidepreise den Bodenwert beeinslussen, auch steigende dies thun.

Jest bleibt noch ein gang anderer Standpunkt zu erörtern. Es ist gesagt worden: als Ruftzeug ift ein Bollinftem, wie es hier vorliegt, in der Sand fehr geschickter Manner vielleicht wertvoll. Ich bin nicht tompetent, diese Behauptung unbedingt zu verneinen. Wenn ein Staatsmann uns fclieglich reichliche Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, niedrige Lebensmittelpreise und gunftige Zolltariffage bes Auslands durch langfriftige Verträge garantierte, das mare gemiß fehr erfreulich. Wir wollen annehmen, es kamen neue Bertrage ju ftande — und es war ein Triumph für den viel verkannten Grafen Caprivi. daß eigentlich von allen Seiten der Abichluß von Sandelsverträgen als nötig anerkannt worden ist. Ich stelle nun die Frage: wenn wir uns denn wirklich mit den Ruffen einigen, bekommen wir dann bei einem Zolljat von 5 Mk. auf Roggen ebenso viele oder noch mehr Konzessionen wie bisher bei 31/2 Mt. Zoll? Vielleicht sagen Sie: wir müssen eben den Russen dann einen Gesallen thun auf einem anderen Gebiete, vielleicht ihnen einige Dienste in der äußeren Politik oder auf dem Gebiete des Kapitalmarktes erweisen. Ich würde bedauern, wenn unser Konto noch belastet würde mit Dingen, die nicht zur Handelspolitik gehören. Ich bin so keterisch, zu fagen: es ist beffer, wir haben kein Ruftzeug, das uns lähmt und hemmt beim internationalen Wettbewerbe. Ich halte es für bas klügere, wenn wir beim Nichtzustandekommen von Tarisverträgen sogar autonom die Bolle herabsehen und des unbrauchbaren Ruftzeugs uns ent= ledigen. Ich will auf diese diplomatischen Subtilitäten hier nicht näher eingehen, dafür aber ermähnen, daß mich eines fehr betrübt hat. Es handelt sich um meinen Vorschlag, daß man neben der inneren Kolonisation, welche bie Barzellierung ber großen Guter anftrebt, auch ba ein Rettungswerf versucht, wo der Großbetrieb das rationelle ift. Ich empfahl hiefür die Berpachtung und riet, dies durch Berstaatlichung eines Teils des Bodens unter Opfern von einer Milliarde zu erleichtern. Das hat man als

Almosen bezeichnet oder als malitiösen Vorschlag. Ich bedauere, daß man heute meinem wohlmeinenden Vorschlag nicht mehr, als es geschah, entgegenkam. Es wird vielleicht noch die Zeit kommen, in der man einsieht, daß die Macht der Verhältnisse in vielen Fällen zu dem später zwingen wird, was ich rechtzeitig anbahnen wollte. Auch meine sonstigen Vorschläge betreffend Produktionsprämien haben die Zustimmung der Schutzöllner heute nicht gesunden. Freilich, ich will die Mittel zur Heilung anerkannter Notstände nicht vorwiegend von den ärmeren Klassen, sondern durch eine Reichserbsschaftssteuer oder durch andere Steuern beschaftst wissen, die von den bessitzenden Klassen Alassen Klassen klas

Zum Schluß muß ich gestehen, daß es mich besonders befremdete, von einem Redner zu hören, daß nicht etwa meine Voraussicht, wir konnten fociale Unruhen bei ber neuen Bollpolitit bekommen, als Warnung aufgefaßt wurde; man hat ftatt beffen gefagt, wir hatten beigetragen gur Erregung der Öffentlichkeit, indem wir den Bolltarifentwurf fritifieren. Erftens beschränkt man hiermit unzulässig die Kritik. Zweitens überschätt man leider den Einfluß der Gegner des Zolltarifs. Ich muß fagen, ich achte es an den Landwirten, daß sie eintreten für ihre Angelegenheiten und daß sie auftreten und rege find. Das ift ein gesunder Bug. Wie Berr Pfarrer Naumann fagte, der Wille ift bei den Landwirten ftart entwickelt. Demgegenüber habe ich nur festzustellen, daß die Erziehung des deutschen Bürgertums zu gleichem Willen, über wirtschaftspolitische Dinge nachzudenken und fich zu regen, noch nicht so weit heute vorgeschritten ift, wie es vielleicht kommen wird nach Inkrafttreten des neuen Zolltarifs. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, zu warnen. Mehr kann ich nicht thun. Es ift ein trübfeliger, peffimiftischer Schluß. Aber wenn ich vor dem neuen Wege nachdrücklich warne, so bleibt es doch meine Überzeugung: es kann sich nur um eine Übergangszeit handeln, dann wird die Entwicklung weitergeben, und zwar gegen hohe Agrars und Industriezolle. Ich hatte es als wünschenswert erklärt, wenn diese Übergangszeit erspart und ein radikaler Umschwung nachher vermieden murde. Wenn wir aber ichlieflich diefen gangen Tarif nur als Ruftzeug, fo zu fagen als hölzernen Sabel gebrauchen, mit bem wir einen jurchtbaren Eindruck machen wollen, ohne es ernst zu meinen, und wenn wir dann die hohen Agrargolle, das angebliche Ruftzeug, bei Berträgen preisgeben, ohne jest schon unsere Landwirte darauf zu erziehen, daß sie sich bereits im voraus mit dem Charakter der hohen Agrarzölle als eines blogen Kompenfationsobjetts vertraut machen, dann werden die Landwirte den klugen Diplomaten gegenüber allerdings, wenn diefe fie ent=

358 Debatte.

täuschen, das volle Recht haben zu sagen: Ihr habt uns vielleicht schlau, aber nicht schön behandelt!

(Stürmischer Beifall.)

Sering (persönliche Bemerkung): Nachdem Dr. Jollos mir gewisse Erklärungen persönlich gemacht hat, bin ich in der Lage, meinerseits auf die persönliche Bemerkung zu verzichten.

Dr. v. Mahr (perfönliche Bemerkung): Ich habe die Bezugnahme auf Abschreibungen nicht bloß gehört, sondern mir solche auch sosort notiert, und zwar bei der Gelegenheit, als herr Projessor Log von der Thatsache sprach, daß eine Anpassung der rheinischen, belgischen u. s. w. Landwirtschaft an die veränderten weltwirtschaftlichen Verhältnisse stattgesunden hätte. Ich habe serner zu den Aussührungen des herrn Mombert zu bemerken, daß ich nicht bloß von einer Clastizität der Ausgaben einerseits und der Einnahmen andererseits beim Haushalt gesprochen habe, sondern auch von den Wechselbeziehungen beider Seiten des Haushalts im Sinne der günstigen Beeinslussung der Einnahmeseite durch eine gegebenen Falles auch die Ausgabeseite beeinslussende günstige Entwicklung der Wirtschaftspolitik.

Log: Herrn Projessor v. Mahr antworte ich, daß ich genau nach meinem Manustript die betreffenden Stellen meines Vortrages gesprochen habe. Bei mir ist daher ein Jrrtum ausgeschlossen. Selbstverständlich zweisle ich nicht im mindesten an der bona sides meines hochverehrten Kollegen v. Mahr, sondern nehme nur an, daß ihm ein Jrrtum bei seinen Notizen untergelausen ist.

Vorsitzender Dr. Frhr. v. Berlepsch: Es liegt mir ob, Ihnen ein kurzes Resümee der Diskussion zu geben. Hierbei ist es meine Aufgabe, zunächst nach den Punkten zu suchen, die als Ausdruck gemeinsamer Ansichauung der Versammelten zu Tage getreten sind, so wie es dem Vorsitzenden bei der Frage der Wohnungsresorm gelang, allerdings unter Answendung eines ungewöhnlichen Maßes von Liebenswürdigkeit, zu konstatieren, daß über die wesenklichsten Punkte Übereinstimmung geherrscht habe. Das wird mir nun nicht möglich werden. Indessen einige Punkte giebt es doch, die ich als gemeinsame Überzeugung der Redner konstatieren kann: zunächst das Bewußtsein, daß mit der Veröffentlichung des Zolltarisentwurfs und bezüglich seiner weiteren Behandlung das deutsche Bolk, seine Regiezung und sein Parlament vor eine Entscheidung von außerordentlicher Trag-

weite geftellt find. Dieses Bewußtsein ruft nicht nur heftige Erregung und erbitterte Rämpfe in weiten Rreifen hervor, sondern es hat auch auf die Diskuffionen in diesem Saale eingewirkt, allerdings in gemilberter Beife, in den Formen, die in dem Berein für Socialpolitik die üblichen find, und die auch heute doch nur hin und wieder infolge besonders lebhafter Temveramentsanlagen eine kleine Berichiebung erfuhren. Sodann glaube ich als gemeinsame Überzeugung feststellen zu konnen, daß es doch immerhin große Teile der heimischen Landwirtschaft find, die unter dem Druck einer außerordentlich schweren Lage leben, und daß es eine Aufgabe ber Staats= regierung ift, biefem Teile unferer Landwirtschaft, ber von ber einen Seite höher, von der anderen niedriger eingeschätzt wird, durch geeignete Mittel zu Hilje zu kommen. Ich darf drittens als Resultat der heutigen Ber= handlung das Anerkenntnis konftatieren, daß durch die Erhöhung der Bölle eine hochst ungunftige Berschiebung in der Lage der Arbeiter eintreten wird, über deren Maß aber die Anschauungen verschiedene waren. Und endlich glaube ich hervorheben zu durfen, daß von fämtlichen Rednern die Rot= wendigkeit langfriftiger Bandelsverträge anerkannt worden ift. (Bort, bort!) Damit hört nun aber die Übereinstimmung auf, und der Gegensatz der Un= ichauungen tritt in lebhaftester Weise in die Erscheinung, und zwar schon bei den Herren Referenten. Diese Differenzen der Anschauungen betreffen wesentlich die Frage der Erhöhung der Getreidezolle und ihre Wirkung, und die Frage, ob die Landwirtschaft der Erhöhung der Bolle bedürfe, und ob fie ihr ben gehofften Rugen bringen wurden, und wenn diefe Frage gu bejahen wäre, ob die Erhöhung der Getreidezölle zu vereinen wäre mit den Intereffen der Gefamtheit, ob nicht dadurch die Intereffen anderer Berufsgruppen in unzuläffiger Beife geschädigt wurden, insbesondere die der Arbeiter. Diefe Fragen find in verschiedenfter Beife beantwortet worden. Professor Lot gelangte zu ben Säten: 1. Der Landwirtschaft kann durch Bolle nie dauernd geholjen werden; 2. hohe Agrargolle haben gang ohne weiteres hohe Induftriezolle zur Konfequenz, und die erhöhten Induftriezölle haben als Bereicherungszölle einen bedenklichen Ginfluß auf unfere Gesamtwirtschaft: 3. die Erhöhung der Agrangolle führt zu einem Berzicht auf friedliche Socialreform, die Berteuerung ber Lebensmittel niuk zu einer Erbitterung ber Arbeiterklaffe führen, die jur Folge haben murde, dag von den Regierungen möglicherweise den wichtigften Rochten der Arbeiter, namentlich dem Koalitionsrechte, entgegengetreten werden würde; 4. den notleidenden Landwirten muß durch andere Mittel geholfen werden. beiden andern Herren Referenten kamen zu erheblich anderen Schlußfolge= rungen. Sie stellten voran, daß die deutsche Landwirtschaft in ihrem

360 Debatte.

jegigen Umfange notwendigerweise erhalten werden muffe, damit Deutsch= land nicht auf den Bezug von Nahrungsmitteln aus fremden Ländern angewiesen fei. Deshalb halten fie eine Erhöhung der Betreidezölle fur nötig. Die beiden Reserenten, die diesen Standpunkt vertraten, unterscheiden fich in der Betonung der Notwendigkeit der Fortsetzung unserer Sandelspolitik. Sie war wesentlich in dem Referat Projeffor Schumachers zu finden, mabrend der dritte Berr Referent das Wünschenswerte langfriftiger Bandels= verträge nicht in Abrede stellte. Während herr Lot meinte, daß die Entwicklung des Vaterlandes zu einem Industrieftaate eine unvermeidliche Thatsache sei, und daraus solgerte, daß die Beteiligung Deutschlands an einer Weltpolitik unbedingt nötig fei, daß hohe Agrarzölle diefe Beteiligung verhinderten, waren die andern Herren Reserenten anderer Aufsassung. Namentlich der dritte Referent ist der Ansicht, daß man vor allen Dingen dahin zu ftreben habe, Deutschland nicht einseitig zu einem Industrieftaat werden zu laffen, fondern daß ein richtiges Gleichgewicht zwischen Land= wirtschaft und Industrie erhalten werde. Auch über die Wirkungen der geltenden Sandelsvertrage mar ichon in den Ausführungen der Referenten eine Berschiedenheit der Auffassungen bemerkbar. Während der erste Referent den Sandelsverträgen von 1892 unbedingt wohlthätige Wirkung zufprach, meinte der zweite Referent, es fei der Nachweis nicht geführt, baß die Caprivische Sandelspolitik der wesentlichste Faktor bei dem Aufschwung der wirtschaftlichen Lage gewesen sei.

Damit habe ich im wesentlichen an der Hand der Referate die Diffe= renzen dargestellt, die auch die Verhandlungen beherrscht haben. Rednern haben die Fragen, ob Industriestaat oder nicht, ob Weltpolitik oder nicht, ob Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle oder nicht, die ver= schiedenste Behandlung erjahren. Mir scheint, als ob Projeffor Sering am eingehendsten die Frage behandelt habe, ob für die Landwirtschaft eine Er= höhung der Zölle unerläßlich sei. Die Bejahung der Frage hat er mit dem Rachweis zu begründen versucht, daß, wenn in der abgelausenen Be= riode Bolle nicht erhoben worden maren, die Roften der Getreideerzeugung nicht mehr gedectt gewesen sein wurden. Ihm trat zur Seite ein Praktiker, Baron v. Cetto, dem der Berein für Socialpolitik besonders zu danken Ursache hat, daß er als einziger Praktiker sich an den Berhandlungen beteiligte. Ferner Dr. Dade und von wissenschaftlicher Seite Prof. v. Mayr. Den Gegenpol finde ich in den Ausjührungen des Herrn Pjarrer Naumann, daß mit der Politik der Erhöhung der Getreidezölle eine Politik der Social= reform absolut unvereinbar sei. Er ift der Meinung, daß die Bereinbarung einer Politik der Erhöhung der Getreidezölle und der Socialreform möglich sei in einem autokratischen Staate, daß fie möglich sei unter außergewöhn=

lichen Verhältniffen und von außergewöhnlichen Versonen ausgeführt, wie Fürst Bismard es mar, daß aber ein folcher Zeitpunkt niemals wiederkehren wurde. Er meint, daß die Erhöhung der Bolle ahnlich wirken würde, wie der bekannte Antrag Ranit gewirkt haben würde. Die Landwirtschaft liefere sich dem Parlamente aus, da sie ihr Schickfal abhängig mache vom Varlamente; sie muffe also notwendigerweife dafür sorgen, daß fie zum gegebenen Zeitpunkte auch die Macht in den Händen habe, um ein etwaiges Wiederaufgeben ber landwirtschaftlichen Bolle, die fie dauernd verlangen muffe, zu verhindern. Der praktisch denkende Agrarier mußte die politische Macht ber Arbeiter unterdrücken wollen. Er führte weiter aus, daß die Syndikate und Trufts mit der Frage der Erhaltung der Bolle, mit dem Schutzollipftem fteben und fallen; durch die Berftartung des Bollfystems murbe die Macht der Syndifate gang notwendiger Beise erhöht werden, namentlich ihre finanzielle Kraft wurde eine außerordentliche Ausdehnung gewinnen, und das bedeute die Lahmlegung der Arbeiterorgani= sationen. Auf dem Wege der Darftellung der Schädigung der arbeitenden Bevölkerung find ihm viele Redner gesolgt, so Prosessor Brentano, der als das zwingende Moment für die Entwicklung Deutschlands zum Industrieftaat die Zunahme seiner Bevölkerung hervorhob, und viele andere alte Säulen der national-ökonomischen Wissenschaft, wie der junge Rachwuchs national-ökonomischer Gelehrter. Bei den Berhandlungen über das gestellte Thema hat die Frage nach der Wirkung der bisherigen Sandels= politik ben kurzeren Teil gezogen; weil das Wichtigere die Bukunft, nicht die Bergangenheit ift, find die Ziele der fünftigen Politik eingehender behandelt worden. Ich wiederhole: ich war nicht in der Lage, weder bezüg= lich der Wirkung der gegenwärtigen, noch bezüglich der Ziele der fünftigen Sandelspolitit in wesentlichen Buntten eine Übereinstimmung der Anfichten feststellen zu können. In gewiffem Sinne ift das zu beklagen, aber nicht durchaus. Ich meine, der Berein für Socialpolitik hat bewiefen, mas am Eingang unserer Tagung Profeffor Brentano ausgeführt hat, daß im Berein von jeher die verschiedensten Richtungen vertreten gewesen sind und sich ge= duldet haben. Unter diesem Zeichen ist der Verlauf der heutigen Verhand= lung ein glanzender gewefen. Es wurde von einem der herren Referenten bemerkt, es sei ein glücklicher Umstand, daß der Berein für Socialpolitik diesmal zu einer Zeit spreche, wo er nicht post festum komme. man sich vergegenwärtigt, daß die Meinungsäußerungen, die heute laut geworden find, fich nicht als eine gemeinsame Augerung des Bereins gufamen= jaffen laffen, so könnte man meinen, daß auf diesen glücklichen Umstand kein Wert zu legen sei. Ich würde das nicht für richtig halten. Ich meine, die eingehenden Darlegungen in den vorbereitenden Arbeiten haben

362 Debatte.

heute eine Ergänzung, eine Klarstellung gesunden, die ganz besonders lebendig gewirkt hat durch die Abwechslung der Redner, die gewissenhaft und meisterlich ihrer Überzeugung Ausdruck gaben. Der Band der Beröffent-lichungen des Bereins, welcher die heutigen Berhandlungen enthalten wird, wird an Bedeutung nicht zurücksehen hinter den Beröffentlichungen, welche der Borbereitung unserer Berhandlung gelten. (Beisall.)

Dr. Brentano (München): Entsprechend Ihrem Votum, das mich an die Stelle des ersten Vorsitzenden der Verhandlungen gestellt hat, ist es nun meine Aufgabe, die Leitung unserer nur noch kurzen Verhandlung zu übernehmen. Es ist ein Antrag eingelausen:

"Die Unterzeichneten beantragen, daß der Berein für Socialpolitik das Gebiet der kommunalen Socialpolitik zum Gegenstande von Untersuchungen mache und hierbei zunächst die Bedeutung der städtischen Gemeindeversassung, insbesondere des städtischen Gemeindewahlrechts, berücksichtige. Dr. L. Sinzheimer."

Es liegen Präcedenzfälle vor, daß derartige Antrage aus der Mitte der Bersammlung gestellt worden sind. Einem derartigen Antrage in Breslau vor 2 Jahren verdanken wir die heutigen Berhandlungen. Ich glaube aber nicht, daß es angemessen wäre, über diesen Antrag abstimmen zu lassen. Abstimmungen sind bei uns überhaupt nicht üblich. Ich glaube Ihnen versichern zu können, daß der Ausschuß, der die von unserem Vereine vorzunehmenden Arbeiten setztellt, diesem Antrage die eingehendste Erwägung zuteil werden lassen wird.

Dr. Schmoller (Berlin): Wir werden wahrscheinlich schon Ende Dezember eine Ausschußsitzung haben und da über die weiteren Schritte beraten, und ich zweisle nicht, daß viel Stimmung für diesen Antrag vorhanden sein wird. Ich süge nur hinzu, daß sür die nächste Generalsversammlung bereits eine Enquete in Aussicht steht über die Lage der in der Seeschiffahrt beschäftigten Arbeiter. Außerdem wird wahrscheinlich im Dezember eine allgemeine Enquete über die Krisen beschlossen, sodaß eine rasche Erledigung von umfangreichen Schriften über diesen Gegenstand nicht in Aussicht steht. Aber es ist gut, wenn derartige Themata immer rechtzeitig angeregt werden.

Vorsitzender: Ferner möchte ich an dieser Stelle den Dank des Bereins für Socialpolitik und insbesondere seiner diesjährigen Generals versammlung aussprechen an die Gemeindebehörde und an die Vorstände privater Wohlsahrtsanstalten sür die Gestattung der Besichtigung aller ihrer Einrichtungen. Insbesondere aber möchte ich nochmals der Gemeindebehörde unseren Dank aussprechen sür die Überlassung der Räume des Rathauses

jür die Ausschußsitzung, wie auch jür die Verhandlungen am Montag. Estand uns der Saal im Rathause auch noch für gestern und heute zur Berjügung; es lag nur an uns, daß wir nicht davon Gebrauch gemacht haben. Außerdem hat die Gemeindeverwaltung das Größtmögliche gethan, um den projektierten Ausstug, wenn er zu stande gekommen wäre, angenehm und instruktiv zu gestalten. Ich glaube, Sie aussordern zu dürfen, als Zeichen Ihres Dankes auszustehen. (Geschieht.) Ich konstatiere, daß die Generalversammlung den Gemeindebehörden der Stadt München ihren Dank ausgesprochen hat.

Oberbürgermeister Beck (Mannheim): Trot der langen Verhandlungen und fortschreitenden Ermüdung der Versammlung möchte ich, da ein anderer, mehr Berusener sich nicht zum Worte melbet, mir erlauben, noch mit einem Satze dem Danke der Versammlung Ausdruck zu geben gegenüber den Leitern der Versammlungen, welche die Verhandlungen, obgleich die Ausgabe eine nicht leichte gewesen ist, zu einem guten Ende gesührt haben, mit unermüdlicher Ausdauer, mit voller Beherrschung des Stoffes und mit jener liebenswürdigen Bonhommie, die keinen Kedner verletzt und doch mit Klugheit und Energie auf prompte und zugleich erschöpsende Erledigung der Tagesordnung drängt, und welche schließlich in so geistvoller, übersichtslicher Weise die Ergebnisse der dreitägigen männermordenden Redeschlacht zusammensaßten. Ich bitte Sie, sich zum Ausdrucke dankbarer Anerkennung von Ihren Plätzen erheben zu wollen.

Dr. Brentano (München): Ich nehme Ihren Dank als Zeichen Ihrer freundlichen Gefinnung entgegen. Bor allem aber glaube ich in densselben meine Afsistenten im Präsidium, Herrn Freiherrn von Berlepsch und Herrn von Inama-Sternegg einschließen zu sollen und außerdem unsere Herren Schriftsührer, an welche unsere Verhandlungen keine geringeren Anssorderungen gestellt haben, als an die Präsidenten. Indem ich für Ihre Anerkennung unser Aller Dank außspreche, glaube ich weiter mit Genugthuung außsprechen zu dürsen, daß wir auf die dießjährige Generalversamm-lung, was die Anregungen betrifft, die sie gegeben, und ihre geistige Regsamkeit angeht, als eine der erfreulichsten des Vereins sür Socialpolitik zurückblicken können. Ihnen gehört dasür unser Dank; Sie haben alle dazu beigetragen. Hiermit schließe ich die dießjährigen Verhandlungen mit dem Wunsche auf Wiedersehen aller hier Anwesenden auf der nächsten Versammlung!

Schluß 6 Uhr 54 Minuten abends.

### Verzeichnis der Redner.

Anschüt S. 329. v. Inama=Sternegg S. 119. 151. Beck S. 91. 363. 152, 180, 181, 222, 234, v. Berlepsch, Erc. S. 223. 237. 253. Jollos S. 250. 264. 289. 290. 292. 294. 295. Runge S. 331. **321**. 3**36**. 337. 358. de Liagre, G., S. 90. Bingner S. 105. 321. Lot S. 121 (Referat): 336. 352. Bonn S. 334. 358. Borgius S. 327. v. Mangoldt S. 103. Brandts S. 57 (Referat); 109. v. Mayr S. 275. 358. Brentano S. 1. 8. 10. 14. 41. 56. Mombert S. 313. 77. 86. 99. 101. 109. 115. 180. Raumann S. 283. Oldenberg S. 181. 230. 237. 315. 352. 362. 363. v. Brunner S. 8. v. Philippovich S. 43 (Referat); v. Cetto S. 299. 110. 303. Creuzbauer S. 327. Pohle S. 183 (Referat); 337. Dade S. 286. Quidde S. 309. Diegel S. 247. Scheven S. 108. Cberstadt S. 78. 115. Schmoller S. 1. 10 (Rede auf Miquel Eschenbach S. 97. u. Wittelshöfer); 151. 180. 222. 264. 321. 362. v. Keilitsch S. 7. Kuchs S. 15 (Referat): 112. v. Schulze-Bävernig S. 324. Goldstein S. 335. Schumacher S. 153 (Referat); 346. Sering S. 237. 238. 358. Gothein (Breslau) S. 279. Sieveting S. 306. Grunzel S. 223. Hainisch S. 259. Sombart (Magdeburg) S. 337. Heckscher S. 262. Thiel S. 107. 180. Helfferich S. 253. Boigt, Andr., S. 86. Hirich, Max S. 101. 295. Weber, Alfred, S. 290. Huber S. 271. Zweigert S. 96.

#### Liste der Teilnehmer

an her

#### Beneralversammlung des Vereins für Socialpolitik,

München, ben 23.—25. September 1901.

Albrecht, Dr. H., Professor, Großlichtersfelde.

Amlaroff, St. G., stud. rer. nat., München.

Anschüt, Dr., Professor, Sonneberg i. Th. Anton, Dr. G. K., Professor, Jena.

Arendt, Dr. M. E., München.

Arndt, Dr. Paul, Docent in Frankfurt a. Main.

Bajkič, Wellimir J., Belgrad.

Baift, A., Generalfefretar, Nürnberg.

v. Baernreither, Dr., Wien.

Beck, Otto, Oberbürgermeister, Mannheim.

Beer, Alexander, München.

Behrend, Dr. M., Syndifus b. hanbelskammer, Magbeburg.

v. Berlepsch, Exc., Staatsminister Freiherr, Seebach.

Bingner, Regierungsrat Dr. F., Berlin.

Blum, Dr. W., Beidelberg.

Blumenau, Mag., München.

Bonn, Dr. M. F., Frankfurt a. M.

Borgius, Dr. Walter, Berlin.

Böttger, Dr. Hugo, Steglit b. Berlin. Bötom, Dr., Rat bes Senats, hamburg.

Bouniatian, A., Tiflis.

Brandts, Landesrat, Duffelborf.

Brentano, Geh. Rat Dr. L., Professor, München.

Brettreich, Fr., Oberregierungsrat, München.

Bulle, Dr. Osfar, München.

Busching, Paul, München.

Cahn, Dr. Ernft, Banreuth.

Carus, Regierungsrat Dr. Frit, Reichensberg i. B.

v. Cetto, Freiherr, Reichertshaufen.

Chudaczef, Dr. Sans, Concipift b. Sandelstammer, Reichenberg i. B.

Cohen, Dr. Arthur, Regierungsacceffift, München.

Cohnstaedt, Wilhelm, Frankfurt a. M. Creuzbauer, Aug., Sekretär d. Handels=

Dabe, Dr. B., Generalsekretär b. Deutsichen Landwirtschaftsrats, Berlin.

Darmstädter, Dr. Baul, Privatdocent, München.

Delbrüd, Dr. Bans, Profeffor, Berlin.

Dietrich, Dr., Blauen i. B.

vertragsvereins, München.

- Diet, Dr., Regierungerat, Darmstadt.
- Dietel, Dr. H., Professor, Bonn.
- Dorn, Dr. Alex. Ritter von, Kommerzial= rat, Wien.
- Dreffel, Ernst Fr., Fabrikbesitzer, Sonneberg i. Th.
- Dreffel, Otto, Kommerzienrat, Sonne= berg i. Th.
- Drill, Dr. Rob., Redakteur, Frankfurt a. M.
- Cherstadt, Dr. Rudolf, Berlin.
- Edart, Emil, Bureauvorstand b. Hanbelskammer, München.
- Edert, Dr. Chr., Docent, Köln a. Rh.
- Cheberg, Dr. R. Th., Brofeffor, Erlangen.
- Chrenfels, Freiherr von, Gutsbesitzer, Niederöfterreich.
- Ellftätter, Dr. Rarl, Berlin.
- Eschenbach, Rechtsanwalt a. Rammer= gericht, Berlin.
- Eulenburg, Dr. F., Privatdocent, Leipzig.
- Evert, Georg, Oberregierungsrat, Berlin.
- Faber, Dr. Richard, Wien.
- Francke, Professor Dr. Ernst, Berlin. Franz, Regierungsbaumeister, St. Jo-
- Freudenberg, Frl., Vorsitzende d. Ber=
- eins f. Frauenintereffen, München. Fren, Dr. Friedrich, Wien.
- Friedrich, Arthur, cand. cam., München. v. Fries, Dr. Alfred, Minifterials fekretär, Wien.
- Fuchs, Oberfinanzrat Dr., Darmstadt. Fuchs, Prosessor Dr. C. J., Freisburg i. B.
- Fuchs, Dr. R., großherzogl. Fabritinspektor, Karlsruhe.
- v. Fürth, Dr. Ernft, Wien.
- Gambaroff, Baul, München.
- Ge ib el, Friedrich C., Verlagsbuchhändler, Leipzig.
- Goldstein, Dr. J., Privatdocent, Bürich. Golm = Goldscheid, Rudolf, München.
- Gothein, Bergrat, M. d. R., Breslau.

- Goet, Dr. Walter, Privatbocent, München. Grät, Dr. Biftor, Wien.
- Grünberg, Dr. Karl, Universitätspros fessor, Wien.
- Grunzel, Dr. Josef, Prof. a. d. Konfular-Akademie, Wien.
- Saafer, F., Journalift, München.
- Sainisch, Dr. Mich., Wien.
- v. Saller, Dr., München.
- Sampte, Dr., Syndifus, Bofen.
- Sauptmann, f. Regierungsaffeffor, München.
- Hecht, Dr. Felig, Geh. Hofrat, Bantbirektor, Mannheim.
- Heckfcher, Dr.S., Ned. d. Lotsen, Hamburg. Helfferich, Dr. Karl, Privatbocent, Berlin.
- Berkner, Professor Dr. S., Burich.
- Bert, Friedrich, stud. jur., Wien.
- Birsch, Dr. Mag, Berlin.
- Horn, Heinrich, Fabrikbesitzer, Sonnes berg i. Th.
- Hotowet, Dr. Rud., Brag.
- huber, Professor Dr., Stuttgart.
- Jaffé, E., Grunewald-Berlin.
- v. Fnama=Sternegg, Dr. K. Th., f. f. Sektionschef, Präsident der k. f. Centralkommission, Wien.
- Jollos, Dr. G., Berlin.
- Kähler, Dr. W., Professor, Aachen.
- Kahn, Dr. Julius, Rechtsanwalt, Sekr.
- d. Handels= u. Gew.=Kammer, München. Kalkmann, Dr. Ph., Berlin.
- Ramin, Sugo, Berlin.
- Kantorovicz, Dr. Franz, Fabrikbefiter, Bosen.
- Kantorovicz, Dr. Hermann, Berlin.
- Raulla, Dr. Rudolf, Stuttgart. Reftner, Referendar, Halle a. S.
- Rimelman, Severin, Gerichtspraktis fant, Stepr, Db. Dft.
- Knapp, Dr. G. F., Professor, Straß= burg i. E.
- Rögler, Rarl, Regierungerat, Wien.

- Krasny, Dr. Arnold, f. f. Ministerials setretär, Professor, Wien.
- Kriegel, Dr. Friedr., Berlin. Runte, Dr. Rurt, Dresden.
- Landesberger, Dr. Jul., Docent, Wien. Landolt, Karl, Winterthur.
- Leisewit, Dr. C., Professor, München. Leo, Affessor, Berlin.
- de Liagre, Guftav, Leipzig.
- Liefmann, Dr. Rob., Privatdocent, Gießen.
- Liman, Oberbürgermeister, Sonneberg, Th.
- Lot, Professor Dr. Walther, München.
- Maaß, Dr. Ludolf, München.
- Macholl, Leopold, f. Kommerzienrat, München.
- v. Mangoldt, Dr. jur. R., Dresben.
- Markovitsch, M., Belgrad.
- Marr, Landrat, Sonneberg i. Th.
- Martin, Rurt, München.
- Mauch, R., Generalfefretar, Berlin.
- Man, Mar, Schriftsteller, Beibelberg.
- v. Manr, Unterstaatssekretar z. D. Dr. G., Professor, München.
- Meister, Dr., Syndikus d. Raufmann-
- Mengel, Dr. Abolf, Universitätsprofeffor, Bien.
- Metterhausen, Dr. B., Syndifus b. Sandelskammer, Kaffel.
- Mener, Julius, Kaufmann, München.
- Mijchler, Dr. G., Universitäts = Professor, Graz i. St.
- Mohr, Dr. Martin, Chefredakteur b. Allg. 3tg., München.
- Mombert, stud. cam. Paul, München. Müller, Fr., k. Ministerialrat, Münschen.
- Munginger, Dr. 2., München.
- v. Myrbach, Dr. Fr. Freiherr, Universitätsprofessor, Innsbruck.
- Naumann, Pfarrer a. D., Schöneberg.

- Nawiasky, Hans, stud. jur. et cam., Wien.
- Reiffer, Dr., Rechtsanwalt, Breslau.
- Reuwirth, Dr. Lothar, Grag i. St.
- Nöffel, Guftav, f. Polizeirat, München. Nußbaum, Rat, München.
- Olbenberg, Professor Dr. Karl, Marsburg a. d. L.
- Pferiche, Dr. Emil, Universitäts= Professor, Brag.
- Pfister, Otto v., Kommerzienrat, München.
- v. Philippovich, Hofrat Dr. E., Unisversitätsprofessor, Wien.
- Bierftorff, Dr. J., Professor, Jena.
- Plater, S., München.
- Pohle, Dr. L., Professor, Frankfurt a. M.
- Botthoff, Dr. Being, Berlin.
- Bribram, Dr. R., Brag.
- Broebft, Ministerialrat Dr., München.
- Quidde, Brofessor Dr. 2., München.
- Rathgen, Dr. K., Professor, Heibelberg. Rauchberg, Dr. E., Universitätsprosessor, Prag.
- Reinhardt, Ernft, München.
- Reis, N. Ph., Mainz.
- v. Renauld, Dr. J., Ritter, Oberft a. D., München.
- Renner, Dr. Rarl, Wien.
- Riedl, Handelsk. = Sekr. = Stellvertreter, Wien.
- Rode, Dr., Syndifus d. Handelskammer, Hannover.
- Roghé, Dr. Ed., Sekretär d. Kaufmannschaft, Berlin.
- Rofin, hofrat Dr. h., Professor, Freisburg i. Br.
- Roeffing, Erich, Plauen i. B.
- v. Rücker, königl. Bezirksamtsaffeffor, München.
- Schalf, Dr., Reichsrats = Abgeordneter, Wien.

- Schanze, Dr., für die Gehe-Stiftung, Dresden.
- Schenen, Dr. Baul, Dregben.
- Schmoller, Dr. G., Professor, Berlin.
- Schott, Dr., Direktor b. statist. Amts, Mannheim.
- Schreiber, Rub., Oberregierungsrat, München.
- Schulze, Professor Dr., St. Gallen.
- v. Schulze-Gävernit, Professor Dr. G., Freiburg i. Br.
- Schumacher, Dr. H., Professor, Köln a. Rh.
- Schwanhaufer, Dr. E., Fabrikbefiger, Rürnberg.
- Schwarg, Dr. Baul, Wien.
- Schwiedland, Dr. E., Wien.
- Seibel, Dr., Regierungsrat, Wiesbaden.
- Sering, Professor Dr. Mar, Berlin.
- Siebeck, Dr. Paul, Verlagsbuchhändler, Tübingen.
- Sieveking, Dr. S., Professor, Freiburg i. Br.
- Simmel, Dr. G., Professor, Berlin.
- Singer, Professor Dr. Ifid., Wien.
- Singer, Dr. Rarl, München.
- Sinzheimer, Dr. L., Privatdocent, München.
- v. Soben, Freiherr, Fraunhofen.
- Sombart, C. M., Stadtrat, Magdeburg.
- Sombart, Dr. B., Professor, Breslau.
- Steinader, stud. oec. pol. J., Berlin.
- Steller, K. H., Hanau.
- Stoepel, Th., Heidelberg.
- Stör, f. Regierungsaffeffor, München.
- Ströll, Dr. Moriz, Bankbirektor, München.

- Strube, Dr., Syndifus d. Handelsk., Bremen.
- Takano, Dr. J., Tokio.
- Thal, Dr. F., Berlin.
- Theil, Jul., Magistratsbeamter, München.
- Thiel, Dr. H., Ministerialdirektor, Berlin. Thieß, Dr. K., Hamburg.
- Tille, Dr. Alexander, Centralverband b. Industr., Berlin.
- Treft, Dr. F., Red. d. "M. N. N.", München.
- Tröltsch, Dr. Walter, Prof. a. d. Techn. Hochschule, Karlsruhe.
- Uhlfelder, Dr. Wilh., Nürnberg.
- Ber Hees, Abteilungschef im Office de Travail, Brüffel.
- Bogel, Dr. Rarl, Bilfen.
- Bogelstein, Th. M., cand. jur. et cam., München.
- Boigt, Dr. Andreas, Frankfurt a. M.
- Weber, Dr. jur. Ab., Bonn.
- Beber, Dr. Alfred, Privatdocent, Berlin.
- Wegener, Dr., Bofen.
- Beiß von Bellenstein, Dr. G., Sandelskammerrat, Wien.
- Wirminghaus, Dr. A., Syndifus ber Sandelskammer, Roln a. Rh.
- Zuckerkandl, Or. A., Professor, Brag. Zweigert, Oberbürgermeister, Essen a. Ruhr.
- v. Zwiedined = Südenhorft, Dr., Minift.=Concipift, Wien.

## Anhang.

I.

# Die Wohnungsstatistik von Wien und Budapest.

Don

Dr. H. Tindemann (C. Hugo), Degerloch.

Dien und Budapest sind ihrem Charakter nach zwei sehr verschiebene Städte; Wien ist eine im wesentlichen deutsche Stadt, die durch ihre ganze Geschichte auß engkte mit den westlich gelegenen deutschen Kulturländern verdunden ist, während Budapest bereits in dem Ländergebiete belegen ist, das man nicht unzutreffend Halbasien genannt hat. Dieser verschiedene Charakter prägt sich auch in den Bau= und Wohnungsverhältnissen der beiden Städte aus. Um nur kurz vorgreisend einen einzigen Zug zu nennen: das alte Wien ohne die 1890 einverleibten Gemeinden ist die Stadt der großen Mietkasernen, in Budapest herrscht wie in der ungarischen und galizischen Tiesebene überhaupt das nur mit Erdgeschoß versehene Haus. Ein Versgleich der Wohnverhältnisse der beiden Städte ist daher schon aus diesem Grunde interessant. Er wird es um so mehr, wenn wir sinden, daß trotz dieser Verschiedenheit in der Anlage sich die gleichen Entwicklungstendenzen bemerkdar machen, sobald einmal das Großstadtstadium erreicht ist.

Ehe wir zu der Darstellung der Bau= und Wohnungsverhältnisse an der Hand der von den beiden Städten bearbeiteten Bevölkerungsaufnahmen schreiten, mögen zunächst einige Worte über die Entwicklung der Gemeindesgebiete in den beiden Hauptstädten Budapest und Wien folgen. In Wien wurde durch das Gemeindegeset vom 6. März 1850 die "Innere Stadt" und die "Vorstädte" zu einer Gemeinde verbunden und das gesamte Gesmeindegebiet in acht Verwaltungss oder Gemeindebezirke geteilt. In den Jahren 1861 und 1874 entstanden durch Teilung zwei neue Bezirke. Dieses aus zehn Bezirken bestehende Gediet der Stadt Wien ist der Gegenstand der Bolkszählung vom 31. Dezember 1880 1. Durch Geseh vom 19. Dezember 1890 wurde wiederum eine ganze Reihe von Gemeinden und Gemeindesteilen einverleibt und das neue Gediet in neunzehn Gemeindebezirke eingeteilt. Mit diesem größeren Wien hat es die Volkszählung von 1890 zu thun<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Die k. k. Reichshaupt= und Residenzstadt Bien. Ergebnisse der Bolkszählung vom 31. Dezember 1880. Bearbeitet von Dr. J. Sedlaczek, I. Teil, Wien 1884.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Bohnverhältniffe in Bien. Ergebniffe der Bolkszählung vom 31. Dezgember 1890. Bearbeitet von Dr. J. Seblaczek, Bien 1893.

Der Charakter dieser neunzehn Gemeindebezirke ist ein außerordentlich verschiedener, wie wir dies allein schon aus der folgenden Tabelle ersehen können:

		Auf eine	n Hektar	
Wien	der Gesc	ımtfläche	der verbauten	Grundfläche
Gemeindebezirke		entfallen C	ivilbewohner	
	1880	1890	1880	1890
I. Jnnere Stadt  II. Leopoldstadt .  III. Landstraße .  IV. Wieden .  V. Wargarethen .  VI. Mariahilf .  VII. Josephstadt .  IX. Alfergrund .  XI. Savoriten .  XI. Simmering .  XII. Meidling .  XIII. Heighing .  XIV. Kudolfsbeim .  XV. Hudolfsbeim .  XVI. Gernals .  XVII. Gernals	246,06 40,33 149,64 328,96 263,69 460,87 506,27 478,36 255,92 73,11 — — — — —	236,99 51,09 182,67 329,11 330,57 460,53 479,19 468,33 306,64 39,99 12,97 80,86 18,43 261,54 346,85 122,08 77,06	484,10 521,32 521,85 741,21 860,31 717,66 737,98 751,16 628,68 628,33 — — — —	456,54 584,86 590,05 733,22 937,73 704,24 695,85 734,41 719,96 900,84 384,67 611,18 299,31 891,56 1096,63 1089,25 884,62
XVIII. Währing XIX. Döbling		80,58 14,66		797,35 305,66

Um einen Vergleich der beiden Aufnahmen von 1880 und 1890 zu ermöglichen, führen wir die Zahlen für das ehemalige Gemeindegebiet und das neu zugewachsene jedesmal getrennt an.

Auch Budapest ist aus mehreren Orten zusammengewachsen, die nach Bebauung und Bevölkerung große Verschiedenheiten zeigen. Im Jahre 1873 wurden die Städte Ofen und Pest mit dem Marktslecken Altosen zu einer Stadt Budapest vereinigt. Die Ofener Bezirke liegen am rechtsseitigen User. Zwei von ihnen (der II. und III. Bezirk) sind in der Hauptsache von Weinbauern und Arbeitern bewohnt, die in kleinen, ebenerdigen Häusern wohnen, während der I. Bezirk eine reichere Bevöserung umfaßt und die Sommerfrischen der Budapester enthält. Pest liegt auf dem linken Ufer der Donau und zeigt in seinen sieben Bezirken die Gliederung und Verschiedensheit der Wohnquartiere, wie sie Großstädten eigen zu sein pslegen. Die Wohnverhältnisse der ungarischen Hauptstadt sind im Jahre 1881 und 1891 bei Gelegenheit der allgemeinen Volkszählung zur Aufnahme gekommen. Ein sehr schätzbares Material für die Gebäudestatistik liesert noch die Kons

skription von 1896 und für die eigentliche Wohnungsstatistif die Aufnahme der übervölkerten Wohnungen vom Jahre 1893.

Wien und Budapest machen trot ihres verschiedenen Charakters keine Ausnahme von dem Entwicklungsgange, den der Häuserbau in den deutschen Großstädten seit einigen Jahrzehnten verfolgt. Auch hier können wir den Siegeszug des großen Zinshauses, der Mietkaserne nicht weniger deutlich beobachten. Über die Zeit von 1880 haben wir für Wien keine ziffernmäßigen Daten zur Verfügung; es genügt aber, die Angaben Pizzalas hier anzusühren. Er schreibt: "Das alternde Europa dürste wenige Städte zählen, welche in unseren Tagen, geschweige denn in früheren Zeiten, in einer Periode von 15 Jahren einen Zuwachs um 6900 neue, meist drei und vier Stockwerke hohe Häuser bei gleichzeitiger Erweiterung von 9761 bestehenden Häusern erfahren haben." Und kurz vorher: "... wohin sonst unser Auge schweift, überall erblicken wir riesige Zinskasernen, viele gleichen Balästen, und ihre Bewohner sind — Arbeiter." Die Entwicklung von 1880 an kommt in der folgenden Tabelle recht deutlich zum Ausdruck:

Bei	Bewohnte Gebäude mit ? Stockwerken							
0	1	2	3	4	5	über 5		
1471 1341 5710	2988 2581	2597 2648 2644	3475 4123 1739	1173 2284	254 788	6 73		
3710	1000	2041	1132	149	15			
122,9 97,1 375.4	249,8 186,5 325,2	217,1 191,3 174,1	290,5 297,9 114,0	98,0 165,0 9,4	21,2 56,9 1,3	0,5 5,3		
	1471 1341 5710 122,9 97,1	0 1  1471 2988 1341 2581 5710 4939  122,9 249,8 97,1 186,5	0         1         2           1471         2988         2597           1341         2581         2648           5710         4939         2644           122,9         249,8         217,1           97,1         186,5         191,3	0         1         2         3           1471         2988         2597         3475           1341         2581         2648         4123           5710         4939         2644         1732           122,9         249,8         217,1         290,5           97,1         186,5         191,3         297,9	0         1         2         3         4           1471         2988         2597         3475         1173           1341         2581         2648         4123         2284           5710         4939         2644         1732         143           122,9         249,8         217,1         290,5         98,0           97,1         186,5         191,3         297,9         165,0	0         1         2         3         4         5           1471         2988         2597         3475         1173         254           1341         2581         2648         4123         2284         788           5710         4939         2644         1732         143         19           122,9         249,8         217,1         290,5         98,0         21,2           97,1         186,5         191,3         297,9         165,0         56,9		

<sup>1</sup> XV. Publikation des Statistischen Bureaus der Haupt- und Residenzstadt Budapest: Die Hauptstadt Budapest im Jahre 1881; XXV. Publ.: Die Hauptstadt Budapest im Jahre 1891; XXVII. Publ.: Resultate der am 15. November 1896 durchgeführten Konstription der Bevölkerung Budapests; J. Körösi, Bericht über die überfüllten Wohnungen (nur in ungarischer Sprache) 1893; ferner XX. Publ.: Die Bauthätigkeit in den Jahren 1875—1884; XXVIII. Publ.: Die Bauthätigkeit in den Jahren 1885—1895. Statistische Monatsheste September 1897, November 1899, Juli und Oktober 1900.

<sup>2</sup> J. Bizzala, Die Bauthätigkeit in und um Wien in den Jahren 1843—1881, Wien 1882, S. 10.

<sup>3</sup> B. G. = vormaliges Gemeindegebiet; R. G. = neu zugewachsenes Gemeindegebiet. Bei R. G. gelten die Zahlen für bewohnte und unbewohnte Gebäude.

Die Gebäube nur mit Erdgeschoß, sowie die mit 1 Stockwerk haben absolut und relativ abgenommen; am stärksten die letzteren um nicht weniger als 63,3 % o, die ersteren um 25,8 % o. Relativ haben auch die Gebäude mit zwei Stockwerken an Zahl verloren; die mit drei Stockwerken sind fast konstant geblieben. Dagegen weisen die Mietkasernen mit 4 und 5 Stockwerken eine Verdoppelung bezw. Verdreisachung ihrer absoluten Zahl auf. Recht scharf hebt sich der Baucharakter des neu zugewachsenen Gemeindegebietes von dem des vormaligen Gemeindegebietes ab. Dort sind noch 375,4 % o/00 aller Gebäude nur mit Erdgeschoß versehen, und die Klasse der von uns als normal bezeichneten umfaßt nicht weniger als 874,7 % og gegen 474,9 % o im alten Wien.

Die große Anzahl ber nur mit Erdgeschoß versehenen Häuser bilbet eine charakteristische Eigentümlichkeit der Städte des ungarischen Tieflandes. Auch Budapest hat diesen Charakter erst in geringer Ausdehnung abgelegt, wie die folgende Tabelle beweist:

						Von	1000 2	Bohnhäi	ıfern	Von 1	000 Ge	bäuben	
							waren						
						1855	1870	1881	1891	1881	1891	1896	
ebenerdig	•					790	775	714	654	700	661	561	
einstöckig .						143	145	177	186	178	189	208	
zweistöckig						53	59	72	82	72	83	112	
breiftödig						13	19	39	59	43	60	106	
vierstöckig						1	2	7	6	7	7	13	

Die Häuser nur mit Erdgeschöß überwiegen noch immer in Budapest, obschon ihre Abnahme eine stetige ist. 1855 gehörten fast \$\frac{4}{5}\$ ber Wohnshäuser zu dieser Klasse, 1891 waren es kaum \$\frac{2}{5}\$. Die Zahl der ebenserdigen Gebäude betrug 1896 nur noch 561 \$\frac{0}{00}\$. Dieser Prozeß und sein Gegenstück, der der Zunahme der mehrstöckigen Gebäude und auch speciell der Wohnhäuser, gewinnt in dem letzten Jahrzehnt an Intensität. Die Zahl der ebenerdigen Wohnhäuser ist von 1855—1881 um 76 \$\frac{0}{00}\$, dagegen von 1881—1891 um 60 \$\frac{0}{00}\$ gesunken; die Zahl der ebenerdigen Gebäude sank von 700 \$\frac{0}{00}\$ im Jahre 1881 auf 661 \$\frac{0}{00}\$ im Jahre 1891, d. h. um 39 \$\frac{0}{00}\$, von 1891—1896, oder in der Hälfte der Zeit von 661 auf 561 \$\frac{0}{00}\$ oder um 100 \$\frac{0}{0}\$. Dieser Prozeß hat auch nach 1896 weiter angedauert. Ziehen wir zur weiteren Flustrierung desselben noch einige Daten der Baugeschichte heran. Die relative Verteilung der Neubauten (\$\frac{0}{00}\$) in den beiden Jahrzehnten 1875—1884 und 1885—1895, sodann in den Jahren 1896, 1897, 1898, 1899 war die folgende:

	1875—1884	1885—1895	1896	1897	1898	1899
ebenerdig	629	535	439	403	363	356
	155	139	98	94	80	75
	84	137	127	120	134	100
	123	169	277	339	360	396
	9	20	59	44	63	73

Die breiftöckigen Neubauten wurden also von der Bauunternehmung am meisten bevorzugt; ihre Zahl hat die noch 1898 in erster Reihe stehenden Barterrebauten im folgenden Jahre bereits überholt. Dann kommen die zwei- und einstöckigen Gebäude, denen sich die vierstöckigen ganz beträchtlich genähert haben. Und diese Tendenz zur Herstellung höherer Häuser herrscht gleichmäßig in fast allen Bezirken der Stadt.

Über die hygieinische Bedeutung dieser Tendenz schreibt Körösy (Die Bauthätigkeit in B. in ben Jahren 1885-1895 S. 11): "Was speciell bie Berhältniffe unferer Stadt betrifft, fo ift biesbezüglich zu beachten, baß hier bem Bau sogenannter Zinskafernen zumeift bie Demolierung alter, enger Winkelgaffen und die Eröffnung breiter, lichter und luftiger Stragenzüge vorangeht, daß ferner durch solche Regulierungen eine große Menge über= füllter, ungefunder häufer verschwindet und an deren Stelle den Anforde= rungen der Hygieine und des modernen Komforts entsprechende, mit Bafferleitung, Badezimmer u. f. w. versehene, reine, lichte und luftige Wohnungen treten. Dabei muß noch in Betracht gezogen werben, daß mit dem Umfich= greifen folcher bequemerer, bemnach auch koftspieligerer Gebäude die armeren Schichten immer mehr in die äußeren Teile ber Stadt gedrängt werben, mo die Anhäufung der Bevölkerung — schon infolge der kleineren Dimensionen ber Gebäude — keine folche Gefahr wie in den inneren Teilen der Stadt Mit hinsicht auf die lokalen Verhältnisse unserer Stadt fann daher nicht behauptet werden, daß die oben hervorgehobene Neigung zur Herstellung größerer bezw. höherer Häufer eine Berschlimmerung ber hygieinischen Zustände involvierte." Reine Berschlimmerung, wie Koröfi sich vorsichtig ausdrückt, aber auch wohl keine Berbesserung!

Wir versuchen nunmehr, von anderen Gesichtspunkten aus über das Anwachsen der Häusergröße zu Resultaten zu kommen, und lassen zunächst zwei Tabellen folgen, die die Höhenlage der Wohnungen und die Verteilung der Bewohner nach der Höhenlage der Wohnungen zur Darstellung bringen. Wir beschränken uns dabei auf die relativen Zahlen.

Die Wohnungen n	ach der	Stockwerklage	(°/oo)
-----------------	---------	---------------	--------

	Jahr	Reller bezw. Sou= ter= rain	Erd= ge= schoß	Zwi= fchen= ftoct	1.	2.	3.	4. ŧ	5. bez. höhe= rer	in mehre= ren Stocf= werfen	im Dach
Wien V. G.	1869 <sup>1</sup> 1880 <sup>2</sup> 1890	6 3,7 11,6	408 317,9 257,8	10 17,7			96 139,4 164,2	30,9	9 2,2 14,8	 13,8 12,4	5 1,9 1,5
Budapest .	1881 1891	76 50	619 595	_	187 210	76 94	36 44	5 6		_	1

Die Berteilung der Bevölkerung nach der Stockwerklage der Wohnungen (%00)

Wien V. G.	1880	_	_							l _	۱ _
	1890	9,8	239,3		250,1	211,8	167,3	62,0	14,7	43,8	1,2
" N.G.	1890	17,2	359,1		297,4	195,3	86,8	12,3	0,6	29,1	2,2
Budapest .	1881 1891	88,9 53,6	582,2 571,1	_	195,5 216,8	85,7 103,0	40,8 49,0	5,9 5,9	_	_	1,0 0,6

Die Wiener Ziffern zeigen uns recht beutlich ben auch bei ben beutschen Städten beobachteten Entwicklungsgang. Die Zahl der Wohnungen im Parterre und 1. Stock hat abgenommen, die ersteren ganz beträchtlich um 150,2% of die letzteren nur um 12,9% während die im 2., 3. und den höheren Stockwerken sich stark vermehrt haben. Den größten Zuwachs haben das 3. und 4. Stockwerk aufzuweisen. Die Ursachen sind die gleichen: die Verwandlung der Wohnungen im Parterre und ersten Stock in Geschäftseräume auf der einen Seite und das Wachstum der Häuser auf der anderen Seite. Die bedeutende Zunahme der Souterrainwohnungen seit 1880 ersklärt sich dadurch, daß in neuerer Zeit das Erdgeschoß untergeteilt und ein für Geschäftslokalitäten oder Wohnungen bestimmtes Souterrain eingefügt wird.

Auch in Budapest sind die relativen Zahlen der höheren Stockwerke gewachsen, während die Zahlen der Erdgeschoßwohnungen und ihrer Bevölkerung abgenommen haben; aber diese bilden doch immer noch fast  $^6/10$  der Wohnungen bezw. der Bevölkerung. Ebenfalls abgenommen haben die Kellerwohnungen, die in der Periode von 1871—1881 eine ganz bedeutende Zunahme erfahren hatten. Die energischen Maßnahmen der städtischen Verwaltung gegen dieselben sind also nicht ohne Wirkung geblieben.

<sup>1</sup> Bewohnte Wohnungen.

<sup>2 1880</sup> und 1890 bewohnte und unbewohnte Wohnungen, ebenfo in Budapeft.

Dies stete Anwachsen ber Häusergröße muß sich natürlich auch barin ausdrücken, daß die Zahl der in den Häusern vorhandenen Wohnungen bezw. Zimmer entsprechend größer wird. Es werden also die Häuser, die nur wenige Wohnungen zählen, in steter Abnahme begriffen sein. Das zeigt auch die folgende Tabelle sehr deutlich:

Bewohnte Gebäube nach der Zahl der Wohnungen bezw. Zimmer (%)00):

	1-5	6—10	11—20	21—30	über 30	31—40	41-50	über 50
			W	ohnungen	bezw. Z	immer	<u> </u>	
Bien V. G. 1880 1890 Wien N. G.	260,5 240,8 526,5	235,0 213,5 157,9	356,7 366,4 211,0	108,5 127,8 75,1	39,3 51,5 29,6	_	_	
Budapest <sup>1</sup> 1881 1891	662 605		178,6 188,6	72,3 82,8		34,1 44,0	18,7 29,3	43,6 49,6

Wir schließen hieran gleich eine weitere Übersicht, die uns über das Unwachsen der Bewohnerzahl in den Wohnhäusern belehrt und also gleichsfalls das Größerwerden berselben nachzuweisen vermag.

Bewohnte Gebäube nach ber Bewohnerzahl (%00):

	1—10	11—20	21-30	31-50	51—100	über 100
		·	Bew	ohner		
Bien B. G. 1880 1890	107,1 110,5	96,9 95,7	99,3 94,1	213,3 212,1	336,5 341,3	146,9 146,3
Wien N. G. 1890	334,6	157,7	93,0	141,2	189,0	74,5
1870	223 302 277 286	214 223 197 196	134 126 123 110	181 144 143 130	180 141 155 153	68 64 80 109

<sup>1</sup> Zimmer.

Die Budapester Zahlen sind sehr interessant; sie zeigen uns eine boppelte Tendenz, einesteils zur Erbauung großer Mietkasernen, andernteils zur Errichtung kleiner Familienhäuser, während die Herstellung kleiner oder mittelgroßer Zinshäuser auffallend stagniert. Damit stimmen die Daten der Baugeschichte überein. Es wurden in den Jahren 1892—1894 944 Gebäude erbaut, deren Kosten unter 10 000 Gulden betrugen, 83 mit 30—40 000, 97 mit 40—50 000 Gulden Kosten; dagegen 163 mit 50—75 000 Gulden, 127 mit 75—100 000 und 111 mit 100 bis 150 000 Gulden Kosten.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen über die Gebäude wenden wir uns nunmehr zu einer etwas eingehenderen Darftellung ber Berhältnisse ber Wohnungen. Die Wiener Wohnungsstatistik klaffifiziert die Wohnungen nach der Bahl der Wohnräume und unterscheidet bei den letzteren Zimmer, Kammern (Kabinette), Vorzimmer und Rüche. Wir erhalten auf diese Beise eine genauere Kenntnis über die Größe der Wohnungen, als wenn die Wohnungen nur nach der Zahl der heizbaren Zimmer klassifiziert werden. Undererseits bietet gerade das Merkmal ber Beigbarkeit ber Räume ein wichtiges Anzeichen des Komfortgrades, den die einzelnen Wohnungen er-Zwischen einer Wohnung, die nur aus einem nicht heizbaren Rimmer besteht, und einer solchen, die allerdings auch nur ein Rimmer, aber doch ein heizbares Zimmer besitzt, ist ein gewaltiger Unterschied. Ein weiterer Nachteil der Wiener Klafsifizierung ist es, daß der Unterschied zwischen Zimmer und Kammer kein scharfer, durch irgend ein Merkmal beftimmter ift. Die Unterscheidung blieb außerdem ben Mietern überlaffen, die wohl in den meisten Fällen dem Sprachgebrauch gefolgt sein und unter Rammer einen bewohnten Raum von geringerer Größe verstanden haben werden.

Die Wohnräume verteilen sich nun in folgender Weise auf die 4 Arten Räumlichkeiten. Bon je 1000 Wohnräumen waren:

	1869	1880	1890 V. G.	1890 N. G.
Zimmer	451	447,5	425,7	432,6
	214	216,3	225,7	199,2
	64	70,4	85,4	28,8
	271	265,8	263,2	339,4

Die Zahlen zeigen eine relative Abnahme der Zimmer (um 25,3 %00) und Küchen (um 7,8 %00), dagegen eine relative Zunahme der Vorzimmer (um 21,4 %0) und der Kammern (um 11,7 %00). In der größeren Zahl der Vorzimmer kommt das wachsende Bedürfnis nach größerem Wohnungs-

komfort zum Ausbruck, insofern durch das Borhandensein von Borzimmern bas Passieren ber Ruche bei bem Betreten ber eigentlichen Bohnraume ver-Dagegen muß die Abnahme der Ruchen als eine Berschlechterung der Wohnverhältniffe bezeichnet werden. Die Bahl der füche= losen Wohnungen ist für B. G. von 9562 im Jahre 1880 auf 12 347 im Jahre 1890, d. h. von 65,5 auf 67,5 % aemachsen, mährend im N. G. dieselbe fast das Doppelte, 128,7 %,00, beträgt. Leider können mir die Berteilung der bewohnten füchelosen Wohnungen nach Wohngemeinschaften nur für die Zählung von 1890 zur Darstellung bringen, da 1880 eine solche Auszählung nicht vorgenommen wurde. Im B. G. waren nun von 100 füchelosen Wohnungen bewohnt mit 1 Berson 222,7, mit 2 Personen 296,8, mit 3-5 Personen 385,4, mit 6-10 Personen 82,7, mit 11-20 Pers fonen 9,4, mit über 20 Personen 3,0 %00. Mehr als ein Fünftel ber füchelosen Wohnungen war mit 1 Bewohner besetzt, mährend die entsprechende Bahl für alle bewohnten Wohnungen nur 46,2 %00 betrug; ebenso bei ben Wohngemeinschaften mit 2 Bewohnern 296,8 % o gegen 139,2 % o. Da= gegen dreht fich bei den größeren Wohngemeinschaften bas Verhältnis um. also bei 3-5 Bewohnern 385.4 % aegen 500.9 % u. s. f. In biesen Bahlen kommt fehr deutlich jum Ausdrucke, daß für die kleinsten Wohngemeinschaften mit 1 und 2 Bewohnern das hauptbedürfnis eines haushalts. die Ruche, feine Rolle spielt.

Die Bubapester Wohnungsaufnahmen unterscheiben Zimmer, wobei bie Heizbarkeit berselben nicht in Betracht gezogen wurde, Alkoven, fensterlose Kammern, Borzimmer und Küchen. Die Grenze zwischen Zimmern und Borzimmern läßt sich sehr schwer ziehen. Es gab nun:

abjo	lut	relat	i v 0/00	
1881	1891	1881	1891	
136 246	189 753	591,5	615	
7 498 7 108	7 918 8 039	$\frac{32,5}{30.8}$	51	
$14\ 564 \\ 64\ 928$	18 453 84 491	63,2 281,9	60 274	
	1881 136 246 7 498 7 108 14 564	136 246 189 753 7 498 7 918 7 108 8 039 14 564 18 453	1881     1891     1881       136 246     189 753     591,5       7 498     7 918     32,5       7 108     8 039     30,8       14 564     18 453     63,2	

Fassen wir die Kammern und Alkoven zusammen, so waren von 1000 Wohnräumen im Fahre 1891 in:

Budapeft (1891) 615 % 3immer 51 % Kammern 60 % Borzimmer 274 % Küchen Wien (1890) 426 ,, ,, 225 ,, ,, 85 ,, ,, 264 ,, ,,

Die auffallende Differenz in den Verhältniszahlen der Zimmer und Kammern wird von Körösy wohl mit Recht auf eine verschiedene Abgrenzung der Begriffe zurückgeführt. In Wien heißt Kammer, was in Budapest als Zimmer erscheint. Auf jeden Fall beweisen die Wiener und Budapester Wohnungsaufnahmen, wie schwankend die Resultate sein müssen, wenn man von so wenig sestumgrenzten, ineinandersließenden Begriffen wie Zimmer und Kammer ausgeht. Es muß daher als ein Vorzug der deutschen Wohnungsstatistik bezeichnet werden, daß sie in dem Moment der Heizbarkeit der Räume ein sestes Klassissischen Werden und Anwendung gebracht hat.

Wenden wir uns nun zu einer Darstellung der Wohnungsgröße. Wir geben zunächst eine Übersicht über die Verteilung der Wohnungen, klassifiziert nach der Zahl der Wohnräume.

Die Wohnungen nach der Zahl der Wohnräume:

	Jahr	1	2	3	4	4-5	über 5	5 10	11-20	über 20
		<u> </u>	1	a b	olut			1		<u> </u>
Wien V. G.	1880	7 943	37 342 50 107	51 093	17 590	-	_	28 726 39 042		297 404
Budapest .						4349 6213	1453 2088			— —
'				rela	iυ °/	00				
Wien V. G.	1880 1890	310 50,9	0,4 273,9	470 441	),8 l,4	- -	_	196,9 213,5	17,0 15,8	2,0 2,2
Budapest .	1881 1891		207 208	88 87	_	63 66	$\begin{array}{c} 21 \\ 22 \end{array}$	_	_	

Die Tabelle zeigt uns beutlich ben großen Unterschieb in den Wohnungsverhältnissen der beiden Städte Wien und Budapest. Während in Wien
1890 nur 50,9 % oo der Wohnungen aus einem Wohnraum bestehen, entfallen
in Budapest auf diese Klasse 1891 617 % o. In Budapest sind in dieser
Zahl allerdings auch die Wohnungen einbegriffen, die aus 1 Zimmer und
Küche bestehen. Selbst wenn wir aber für Wien die beiden ersten Klassen
der Wohnungen mit 1 und 2 Wohnräumen zusammensassen, stehen immer
noch 324,8 % oo hier gegen 617 % dort. Wir thun daher am besten, wenn
wir jede Stadt für sich behandeln.

Wir beginnen mit Wien. In der Wohnungsklasse: 1 Wohnraum sind die Wohnungen am zahlreichsten vertreten, die aus 1 Zimmer (1880: 4533,

1890: 4398) bez. aus 1 Kammer (1880: 3302, 1890: 4780) bestehen. Das neben verschwindet die Zahl der Wohnungen, die nur Küche sind (1880: 108, 1890: 145). In der Klasse der zweiräumigen Wohnungen liegt der Schwerspunkt auf den Wohnungen, die aus 1 Zimmer und 1 Küche (1880: 32803, 1890: 43302) bestehen; die Anzahl der aus 1 Kammer und 1 Küche bestehenden Wohnungen bezissert sich 1880 auf 3033, 1890 auf 5056. Dies ist die zweitstärkste Unterklasse. Neben den beiden erscheinen die übrigen Kombinationen als unbedeutend. In der Klasse der drei Wohnräume umssassenden Wohnungen sind am zahlreichsten die aus 1 Zimmer, 1 Kammer und 1 Küche bestehenden Wohnungen (1880: 38940, 1890: 44350), dann solgen die aus 2 Zimmern und Küche bestehenden (1880: 10064, 1890: 10047). Bei der Klasse der vierräumigen Wohnungen hat sich in den 10 Jahren von 1880-1890 eine Reihe von Verschiedungen vollzogen, die wir kurz zusammenstellen. Es wurden nämlich gezählt:

Wohnungen, bestehend aus:	1880	1890
2 Zimmern, 1 Kammer, 1 Küche	5 054 3 862	4 564 6 316
3immer, 1 Kammer, 1 Borzimmer, 1 Küche 3immer, 2 Kammern, 1 Küche	3 622 2 915 1 387	$6055\ 3226\ 1026$

Es haben sich also am stärksten die Kombinationen mit Vorzimmern vermehrt, während die anderen Kombinationen nur sehr wenig gewachsen sind oder geradezu abgenommen haben.

Ganz dieselbe Rangordnung gilt auch im neu zugewachsenen Gebiete für die Klassen mit 1-3 Wohnräumen; nur in der Klasse mit 4 Wohn-räumen tritt an die Stelle der Unterklasse 2 Zimmer, 1 Vorzimmer, 1 Küche, die andere bestehend aus 2 Zimmern, 1 Kammer und Küche.

Die Entwicklung der Wohnungsverhältnisse im alten Wien zeigt geradezu eine Berschlechterung derselben. Die kleinsten, nur 1-2 Wohnräume auf= weisenden Wohnungen haben eine nicht sehr beträchtliche Zunahme von 310,4 auf 324,8% oo erfahren, während die Klasse der Wohnungen mit 3-4 Wohn=räumen von 470,8 auf 441,4% oo, d. h. um 29,4% oo abgenommen hat. Relativ vermehrt hat sich nur noch die Klasse der größeren Wohnungen (5—10 Wohnräume). Damit hängt zusammen, daß die durchschnittliche Zahl der Wohnräume pro Wohnung von 3,64 im Jahre 1880 auf 3,59 im Jahre 1890 zurückgegangen ist.

Auch wenn wir das ganze Gebiet der Stadt Wien ins Auge fassen, müssen die Wohnungsverhältnisse als sehr schlecht bezeichnet werden. 44 % aller Wohnungen gehören zu den beiden Klassen der ein- und zweiräumigen Wohnungen und umfassen 35 % aller Bewohner. Sine nicht viel höhere Stufe der Wohnungsbefriedigung bezeichnen die dreiräumigen Wohnungen, in denen 69025 auf die Unterklasse: 1 Zimmer, 1 Kammer, 1 Küche und 16732 auf die Unterklasse: 2 Zimmer, 1 Küche entfallen. Alle 3 Klassen umfassen 73,6 % aller Wohnungen und sind von rund zwei Drittel der gesamten Sinwohnerschaft bewohnt.

Wir kommen zu Bubapeft. Die Ergebnisse ber beiben Zählungen weisen überraschend gleiche Berhältnisse auf; die Disserenzen sind so gering, daß man die Verhältnisse als stadil bezeichnen kann. Die große Mehrheit aller Wohnungen (617 %00) besteht auß solchen mit nur einem Zimmer, dann folgen die zweizimmrigen Wohnungen mit 208 %00. Die einzimmrigen Wohnungen sind nicht außschließlich von den ärmsten Volksklassen bewohnt, aber sie enthalten die gesamte ärmere Bevölkerung. In den zweizimmrigen Wohnungen wohnen bereits die untersten Schichten der wohlhabenderen Bevölkerung. Dem entsprechend ist auch die Verteilung der Wohnungen über die Stockwerke. Die Kellerwohnungen bestehen fast durchgehends (930 %00) auß nur 1 Zimmer; diese Wohnungsklasse nimmt auch dei den Parterrewohnungen 750 %00 in Beschlag und behauptet auch noch dei den Wohnungen im 1. Stock mit 453,3 %00 die Mehrheit. Für 1891 lassen wir die solgende interessante Prozentualtasel solgen und überlassen ihr Studium dem Leser:

	Bon 1000 Wohnungen der vorstehenden Stockwerk- lage gehören zur Klasse der Wohnungen mit				
	1 Zimmer	2 Zim= mern	3 Zim= mern	4—5 Zimmern	6 u. mehr Zimmern
Reller	928,5	63,6	5,3	2,2	0,4
Erdgeschoß	745,4	170,8	50,7	26,3	6,8
I. Stock	453,3	265,6	126,5	106,3	48,9
II. Stoct	259,4	322,6	184,7	169,3	63,1
III. Stoct	151,8	330,3	251,4	227,6	39,0
IV. Stock	147,9	291,8	287,9	254,9	17,5
auf dem Dachboden	924,7	75,3		_	_

Ganz ähnlich wie die Wohnungen auf die Wohnungsklassen verteilt sich die auf dieselbe entfallende Bevölkerung. Von 1000 Personen wohnten in Wohnungen mit:

	1881	1891
1 3immer	219 102 82	557 224 100 83 36

Also auch hier sind die Verschiebungen so geringe, daß sieh die Vershältnisse fast als konstante darstellen. Mehr als die Hälfte der Besvölkerung wohnt in einzimmrigen Wohnungen, mehr als ein Fünftel in zweizimmrigen Wohnungen, rund 780 % oberselben in diesen beiden Wohnungssklassen. Die Zahlen zeigen, wie außerordentlich niedrig der Wohlhabenheitsgrad der Budapester Bevölkerung ist.

Wir wenden uns nunmehr zu einer Darstellung der Belegungsverhältnisse Wohnungen, vor allem der fleinen Wohnungen, und beginnen mit dem allgemeinen Bilde, das uns die Durchschnittsziffern gewähren. Es entfielen also Bewohner:

	auf eine bewohnte Wohnung	auf eine gewöhnlich bewohnte Wohnung d. t. extl. Anstalten 20
Wien V. G. 1880		4,86
, , , 1890	4,77	4,67
" " 1890	4,54	.4,49
Ganz Wien 1890	4,68	4,60
Budapest 1881		4,99
,, 1891		4,97

Die Zahlen zeigen also für Wien eine sehr unbebeutende Besserung der durchschnittlichen Belegungsverhältnisse, während in Budapest keine Underung zu verzeichnen ist. Genaueren Aufschluß über die Dichtigkeitsverhältnisse der Wiener Wohnungen giebt uns die folgende Tabelle, deren Ziffern für das gesamte Gebiet 1890 gelten:

Zahl	Bon je 1000 Bohnungen der nachstehenden Wohnungsklassen wa mit vorstehender Zahl von Bewohnern belegt:						öklassen waren egt:
der Personen	1 Wohn=	2	3-5	6—10	11—20	über 20	in unbe= kannter Zahl
	raum			W	hnräume		
1	183,0 319,8 432,0 62,2 2,9 0,1	50,7 193,8 550,3 200,5 4,6 0,1	30,6 108,1 491,5 341,8 27,6 0,4	14,1 47,6 425,3 433,6 73,4 6,0	12,9 19,8 213,3 514,5 192,3 47,2	11,4 22,9 123,6 201,4 302,1 338,6	179,0 175,1 268,5 155,6 73,9 147,9

Die Klaffe ber einräumigen Wohnungen hat also ben größten Prozent= fat von folden Wohnungen aufzuweisen, die nur mit 1 und 2 Bewohnern belegt sind. Sie steht mit 183,0 bez. 319,8 % allen anderen weit voran. Bei ben Wohngenoffenschaften von 3-5 Bewohnern räumt sie ihre Stelle der Klasse der zweiräumigen Wohnungen ein. Innerhalb der Wohnungs= klassen entfällt bei den einräumigen Wohnungen der Maximalanteil auf die Wohngenoffenschaften von 2 Bewohnern (319,8 %)00). Leider find die Wohn= genoffenschaften von mehr als 2 Bewohnern in Gruppen zusammengefaßt, so daß wir unsere Bergleiche nicht weiter führen können. Nur so viel läßt sich auch aus der vorliegenden Tabelle ersehen, daß die größeren Wohngenoffenschaften relativ zahlreicher in den größeren Wohnungen er-Auch die Reduktion der einzelnen Wohngenoffenklassen auf die Räumlichkeitsklassen ber Wohnungen können wir nicht vornehmen und sind daher nicht im stande, festzustellen, in welche Räumlichkeitsklaffen jeweils Die Maximalanteile der verschiedenen Wohngenoffenschaftsklaffen entfallen.

Einer weiteren Untersuchung hat die Wiener Wohnungsftatistif, wenigstens in der Bearbeitung der Aufnahme von 1880, einen Teil der Wohnungen unterworfen, den sie als übervölkert ansah. Als Merkmal einer übervölkerten Wohnung bezeichnete sie eine Belegung von 4 und mehr Bewohnern für den Wohnraum, wobei auch Küchen und Vorzimmer als Wohnräume gerechnet wurden. Es wurde also, wie die Bearbeitung selbst zugiebt, eine ziemlich hohe Durchschnittszisser zur Fizierung der Übervölkerung angenommen. 1880 wurden nun 4597 = 32,5 % aller bewohnten Wohnungen als übervölkert angetrossen; 1890 betrug die Zahl im vormaligen Gemeindegebiete 4928 = 28,8 % o, also eine kleine Abnahme gegen 1880, und 7507 = 65,1 % o im zugewachsenen Gebiete. Leider hat die Bearbeitung der 1890er Aufnahme die übervölkerten Wohnungen nicht nach der Größe der Wohnungen klassissiert, wir können deshalb in diesem Punkte nur die Resultate der 1880er Aufnahme kurz darstellen. Es entsielen von den übervölkerten Wohnungen auf solche mit

Bon ben übervölkerten Wohnungen entsielen also allein  $884\,^{\circ}/_{00}$  auf die beiden Klassen der ein- und zweiräumigen Wohnungen, während die größeren Wohnungen mit dem winzigen Sat von  $13\,^{\circ}/_{00}$  daran beteiligt sind. Im einzelnen bestanden von den 4597 übervölkerten Wohnungen 1566

aus 1 Zimmer, 830 aus 1 Kammer, 1425 aus 1 Zimmer und 1 Küche und 314 aus 1 Zimmer, 1 Kammer und Küche. Die Hauptursache der Übervölkerung ist auch hier die Aufnahme von Aftermietern. Nicht weniger als 2555=556% oo der übervölkerten Wohnungen waren mit Aftermietern oder beim Arbeitgeber wohnenden Gehilfen belegt.

Um genaueren Aufschluß über die Übervölkerung der Wohnungen zu erhalten, als ihn die angeführten Untersuchungen gewähren, hat v. Philippovich in mehreren Bezirken Wiens, in Favoriten, Meidling, Ottakring und in der Leopoldstadt eine Anzahl von Arbeiterwohnungen nach den wichtigsten Raumbeziehungen untersucht und das Ergebnis seiner Erhebung in dem Archiv für Sociale Gesetzgebung und Statistik 1894 veröffentlicht. Als Mindest= maßstab legte er dabei die Bestimmungen zu Grunde, welche ber Oberfte Sanitäterat und die Gesellschaft ber Arzte in Wien bei einer Reform ber Wiener Bauordnung aufgestellt hatten. In benfelben murbe für jede über 10 Jahre alte Person ein Luftraum von mindestens 10 cbm und eine Grundfläche von mindestens 4 gm gefordert. Die Mindesthöhe der Räume foll 2,5 m betragen. In Wohnungen, die nur aus Zimmer und Rüche beftehen, soll das Zimmer mindestens 24 gm, die Rüche mindestens 6 gm Grundfläche haben. Es kamen nur 101 Wohnungen zur Untersuchung (48 einräumige, 49 zweiräumige, 4 breiräumige). Nur drei, wovon zwei dreiräumige, hatten den Mindestluftraum und eine genügende Bodenfläche; fünf weitere wiesen den Mindestluftraum auf, wenn man den Rauminhalt der Rüchen in den Wohnraum hineinrechnete, dagegen nicht die Mindest= bodenfläche, eine wies die erforderliche Grundfläche, aber nicht den genügenden Luftraum auf — alle übrigen erfüllten keine der aufgestellten Forderungen! Nach dem Maße der Wiener Wohnungsstatistif galten nur 53 der Wohnungen als überfüllt, während mit Ausnahme der drei erstgenannten alle übrigen ohne Zweifel als übervölkert bezeichnet werden mußten. Auf Grund ber Ausmessung der Wohnungen nach Luftraum, Bodenfläche, Fensterfläche u. f. f. wurde sich also das Bild der Wiener Wohnungsverhältnisse aanz anders barstellen, die scheußlichen Zuftande sich in ihrer ganzen, geradezu Grauen erregenden Nachtheit enthüllen.

In der Tabelle auf Seite 383 ift die durchschnittliche Belegungsziffer einer Wohnung in Budapest im Jahre 1881 mit 4,99 und 1891 mit 4,97 angegeben. Diese Zahl giebt uns nur recht ungenügende Auskunft über die thatsächliche Belegung der Wohnungen. Die Budapester Wohnungsstatistik hat sie daher so zu ergänzen gesucht, daß sie die Belegung der einzelnen Zimmer besonderen Untersuchungen unterworsen hat. Wir erhalten auf diese Weise sehr interessante Resultate, die einer etwas ausschlicheren Darschriften XCVIII. — Verhandlungen 1901.

ftellung wert sind, müssen aber zugleich auf einen Übelstand bei dieser Art der Untersuchung hinweisen. Die Zimmer erscheinen fast ganz losgelöst von der Wohnung, deren Bestandteile sie doch sind, und stehen als selbständige Größen da. Die Verbindung von Haushaltungs= und Wohnungsstatistist wird dabei unmöglich. Es entsielen nun durchschnittlich auf ein Zimmer in Pest allein: 1870 3,06, 1881 2,95, 1891 2,87 Bewohner und in Budapest 1881 2,89, 1891 2,84 Bewohner, so daß also eine kleine Abnahme der Wohndichtigkeit — in Pest im Zeitraum von 21 Jahren um 6% — zu verzeichnen ist. In den einzelnen Bezirken schwankt natürlich die Wohndichtigkeit ganz des trächtlich, 1891 zwischen 1,77 und 3,42, und folgt dabei eng den Wohlsstandsverhältnissen derselben. Mit der Höhe der Stockwerke nimmt die Wohndichtigkeit der Zimmer ab. Um dichtesten bevölkert sind die Kellerswohnungen, in denen 1881: 5,47, 1891: 4,98 Bewohner auf das Zimmer entsielen. Über die übrigen Stockwerke giebt die folgende Übersicht Ausschlußtusse

	 		Es entfielen auf 1 L	
			1881	1891
Keller Erdgeschoß I. Stock II. " III. " IV. " Dachboden	 	 	5,47 3,41 2,22 1,87 1,92 1,97 3,14	4,98 3,40 2,32 2,02 1,92 1,90 2,76

Die Abnahme in den höheren Stockwerken erklärt sich daraus, daß die in ihnen gelegenen Wohnungen aus mehr, wenn auch kleineren Zimmern bestehen. Infolgedessen wird die Belegungsziffer der Zimmer eine kleinere, während die der Wohnungen wächst.

Wir stellen nun in der folgenden Tabelle die wichtigsten Resultate zus sammen:

Wohndichtigkeit per Zimmer Bewohner	mit vors Wohndich	Zahl d. Wohnungen mit vorstehender Wohndichtigkeit per Zimmer		Zimmer tehender chtigfeit	Bahl d. Bewohner in Wohnungen mit vor- ftehender Wohndich- tigkeit per Zimmer	
Cisoyiici	1881	1891	1881	1891	1881	1891
1	7 595 31 094 17 145 11 752 827 122	12 367 40 304 23 439 16 961 1 140 148	21 466 61 423 21 839 12 502 869 143	38 706 76 864 29 867 18 500 1 121 156	18 937 129 309 93 067 88 253 10 369 2 491	36 455 163 198 126 623 126 195 13 320 2 968

Wohndichtigkeit per Zimmer Bewohner	3ahl d. Wohnungen mit vorstehender Wohndichtigkeit per Zimmer		ntigkeit mit vorstehender mit vorstehender mit vorstehender mit vorstehender Wohndichtigkeit per Wohndichtigkeit		Bahl d. Bewohner in Wohnungen mit vor- stehender Wohndich- tigkeit per Zimmer	
~cis by nec	1881	1891	1881	1891	1881	1891
		rela	tiv <sup>0</sup> /00	1		ı
1	112 454 250 172 12 2	131 427 248 180 12 2	182 519 185 106 7	234 465 181 112 7 1	55 378 272 255 30 7	78 348 270 269 28 6

In günftigen Wohnungsverhältnissen, d. h. in Wohnungen, in denen auf 1 Zimmer höchstens 1 Bewohner entfällt, lebten 1891 nur 78 % aller Bewohner. Sie besetzten 131 % o ber Wohnungen. Als erträglich be= zeichnet Köröfn in der Budapester Wohnungsstatistif die Wohnverhältnisse in ben Wohnungen mit 2-3 Bersonen per Zimmer (1891: 163 198 Bewohner in 40 304 Wohnungen), als bedenklich die Wohndichtigkeit von 4-5 Perfonen per Zimmer, und als unbedingt ungunftig ober gefundheitsgefährlich bie Zimmer mit einer noch größeren Belegung. Danach waren also 1891 ca. 200 % aller Wohnungen mit 303 % ber Bevölkerung als überfüllt anzusehen. Gegen 1881 haben sich die Belegungsverhältniffe etwas verschlechtert. "Im Laufe bes verflossenen Decenniums — das ift bas Resultat, Bu bem Koröfn tommt - haben sich baher die Wohnverhältniffe nur in jenen Wohnungen gebeffert, wo biefelben ohnedies leidlich maren; bie gange Berbefferung kommt ben wohlhabenderen Klaffen zu gute, die jetzt bequemer und gefünder wohnen als vor 10 Jahren, mährend die ärmlichen Wohnungen heute mehr zu munichen übrig laffen, als im Sahre 1881." Die Bahl ber nur von einer Berson bewohnten Zimmer hat sich vermehrt, mahrend die mit 2-3 Bersonen belegten Zimmer relativ ganz beträchtlich (um 54 %)00) an Bahl abgenommen haben: bas beweift eine Berbefferung in ben gunftigeren Wohnungeverhältniffen. In der Gruppe der Wohndichtigkeit von 4-5 Bewohnern hat die Zahl ber Wohnungen um 2 %00, die Zahl der Zimmer um 4 % o, die Bahl ber Bewohner um 2 % o abgenommen, mährend in der folgenden Gruppe (6-10 Bewohner per Zimmer) die Zunahme eine ftarkere ift (um 8 % o bei ben Wohnungen, um 6 % o bei ben Zimmern und um 14 % bei ben Bewohnern).

Besondere Aufmerksamkeit hat die Budapester Kommunalstatistif den überfüllten Wohnungen geschenkt. Sie bezeichnete in dem Zählungswerk von

1870 als überfüllt alle die Wohnungen, in denen fünf oder mehr Bewohner auf ein Zimmer entfallen. Im Jahre 1870 betrug die Bahl ber in Beft in überfüllten Wohnungen lebenden Perfonen 78 727 = 393 % der Ge= famtbevölkerung. Diefe erschreckenden Wohnungeverhältniffe murden von dem Direktor bes ftatistischen Bureaus ber Stadt, Korofn, freimutig aufgebedt. Seine Enthüllungen lenkten bie Aufmerksamkeit ber Berwaltungsbehörbe auf diese Mißstände und zwangen dieselbe zum Ginschreiten. Die Erfolge ihrer Thätigkeit blieben nicht aus. Im Jahre 1881 betrug auf der Bester Seite die Bahl der in überfüllten Wohnungen lebenden Bewohner zwar 86 054, aber nur mehr 318 % ber Gefamtbevölkerung. Die Besserung hat aber in bem folgenden Sahrzehnt nicht angehalten. Die Zahl ber überfüllten Wohnungen ift absolut gewachsen und ber Prozentsatz ber in ihnen hausenden Bevölkerung ift fast der gleiche geblieben (316 %)00). Und wenn wir auf die einzelnen Bezirke zurückgeben, so finden wir, daß mit wenigen Ausnahmen geradezu eine Verschlechterung eingetreten ift. Das zeigt bie folgende Übersicht:

Es betrug die in überfüllten Wohnungen lebende Besirfsbevölkerung:

	1870	1881	1891
Innere Stadt	161,2	93,3	96,1
Leopolostadt	201,4	181,5	192,8
Therefienstadt	466,7	369,3	310,5
Josefftadt	482,1	359,4	371,6
Franzstadt	383,9	350,5	401,5
Steinbruch und gesamtes Extravillan .	443,3	367,5	380,9
Ganz Best	392,7	318,7	316,0

Bereits bei der Bearbeitung des Census von 1881 hat die Budapester Statistif einen anderen Maßstab der Übervölkerung aufgestellt. Sie bestücksigtigt nunmehr nicht nur die Zimmer, sondern auch die mit den Zimmern als Wohnungsbestandteile verbundenen Nebenräume, die Vorzimmer, die Alsoven, die Küchen, und bezeichnet als überfüllt die Wohnungen, in denen vier und mehr Personen auf den Wohnraum entsallen. Dadurch wird nicht nur eine Verschiedung der Grenzen der Übervölkerung, sondern vor allem auch eine Beschränkung ihres Gebietes verursacht, wie die folgende Überssicht zeigt:

		hr Bewohner immer	vier und mehr Bewohner per Wohnraum		
	1881	1891	1881	1891	
	a b f	o lu t	-		
Zahl der überfüllten Woh- nungen	16 164 86 054	16 214 120 618	4 785 43 815	7 178 64 106	
	relat	i v 0/00			
Zahl der überfüllten Boh- nungen	319	 316	65,8 120,2	73,9 131,8	

Auch bei dieser Bestimmung der Überfüllung tritt die Verschlechterung der Wohnverhältnisse gerade der ärmsten Klassen deutlich genug hervor. Die überfüllten Wohnungen haben nicht nur absolut, sondern auch relativ zugenommen; ein größerer Bruchteil der Bevölkerung muß sich mit den schlechteren Wohnungen behelsen. Die geringe Abnahme der durchschnittlichen Wohndichtigkeit dieser Gelasse von 9,15 auf 8,93 fällt dagegen wenig ins Gewicht. Die Hauptursache dieser Verschärfung der Wohnungsnot der ärmsten Klassen ist in den großen Demolierungen des Jahrzehnts von 1880-1890 zu suchen, durch die zahlreiche kleinere Häuser niedergerissen wurden. Un ihre Stelle traten die großen Zinshäuser an den neugeschaffenen Boulevards.

Genauer über die Zustände in den übervölkerten Wohnungen unterrichten uns die Belegungsziffern der einzelnen Wohnräume:

Wohndichtigkeit per Wohnraum Bewohner		Zahl der Wohnräume ender Wohn= r Wohnraum	Zahl der Bewohner in Wohnungen mit vorftehender Wohndichtigkeit per Wohn- raum		
	1881	1891	1881	1891	
4 5 6 7 8 9 10 11—15 16—20 über 20	360 2126 1005 501 276 148 118 170 46 35	3 825 3 929 1 739 776 381 156 88 119 25	2 424 17 485 8 796 4 889 2 846 1 558 1 390 2 382 843 1 202	18 155 21 997 10 549 5 473 3 132 1 412 902 1 454 508 524	
Total	4785	11 056	43 815	64 106	

390 Anhang I.

Leiber ift ein Vergleich zwischen den beiden Zählungen nur möglich, soweit die Zahl der Bewohner in Betracht kommt, da die Zählung von 1881 die Zahl der Gelasse, die von 1891 die Zahl der Wohnräume ausweist. Gegen 1881 ist vor allem die Zahl der Personen gewachsen, die in Wohnungen mit einer Wohnungsdichtigkeit von 4—8 Personen per Wohnraum hausen; an Zahl abgenommen haben dagegen die Bewohner von Wohnungen mit einer Wohnungsdichtigkeit von 9 und mehr Personen per Wohnraum. Trotz dieser kleinen Besserung enthüllen auch die Zahlen der Aufnahme von 1891 ein Bild geradezu entsetzlicher Wohnungsverhältnisse, das noch dunkler wird, wenn wir die Zusammensetzung der Haushaltungen in den überfüllten Geslassen für Auge fassen. Diese Haushaltungen nehmen nämlich in viel größerer Ausdehnung als die nicht überfüllten fremde Bestandteile, in erster Linie Aftermieter und Schlasseute aus. Bon 1000 Bewohnern sind:

	in den überfüllten Wohnungen	in ben nicht überfüllten Wohnungen
Familienmitglieder .	537	744
Dienftboten	28	97
Gewerbegehilfen .	36	26
Aftermieter	206	60
Schlafleute	163	51
Sonftige	30	22

In biesen Zahlen tritt die Not der Bewohner der überfüllten Wohnungen, der Bermieter wie der Mieter, recht deutlich hervor. Je ärmlicher
die Wohnung, je unzureichender für die Familie des Haushaltungsvorstandes,
in desto höherem Grade muß sie zur Beherbergung von Aftermietern und Schlafgängern dienen. In buntem Durcheinander hausen in den überfüllten Wohnungen, die zum größten Teil nur aus einem Zimmer bestehen, die Familien (Eltern mit Kindern aller Altersstusen) und die von ihnen ausgenommenen Fremden ohne Trennung nach Alter und Geschlecht.

Die Choleraepidemie 1892 wurde der Anlaß zu einer noch eingehenderen Untersuchung der überfüllten Wohnungen; ihre Resultate sind in einem bessonderen nur ungarisch veröffentlichten Berichte niedergelegt, der mir durch die Güte des Herrn J. Körösy zugänglich gemacht wurde. Bei dieser Enquete, die im März 1893 stattsand, wurden die Raumverhältnisse von 5615 Wohnungen ausgemessen und auch die übrigen hygienischen Verhältsnisse, wie Belichtung, Feuchtigkeit u. s. f. einer genauen Aufnahme unterszogen. Von diesen Wohnungen wiesen 2749 und 79 Nachtquartiere mit

21 723 Bewohnern weniger als 10 cbm pro Kopf ber Bewohner auf. Diese Gruppe der überfüllten Wohnungen wird von Körösy als übervölkert bezeichnet und bildet den Gegenstand seiner Specialstudie. Nach der Zimmersahl verteilen sich die Wohnungen in folgender Weise:

	1 Zi	mmer	2 Zi	mmer	3 Zi	mmer	4 Zi	mmer
	mit	ohne	mit	ohne	mit	ohne	mit	ohne
	Küche	Küche	Küche	Rüche	Küche	Küche	Küche	Rüche
Zahl der Wohnungen .	1 730		35	11	1	1	_	1
Zahl der Bewohner darin	14 209		444	117	14	22	_	24

Es handelt sich also in der überwiegenden Mehrheit der Fälle um einzimmrige Wohnungen, von denen etwa <sup>2</sup>/s mit Küche versehen, <sup>1</sup>/s ohne Küche ist. <sup>2</sup>/s der Wohnungen waren zugleich überfüllt im Sinne der Budapester Wohnungsstatistik, d. h. es entsielen in ihnen auf jeden Wohnraum 4 und mehr Bewohner. Über den Kubikraum pro Kopf giebt die folgende Überssicht Aufschluß:

Rubifmeter pro Ropf ber Bewohner:

	-1	1-2	2-3	3—4	4-5	5-6	6—7	7—8	8-9	9—10
3ahl ber Wohnungen . 3ahl ber Bewohner	1			}	187 1348	1			ı	592 4597

Benn man bebenkt, daß unter Annahme der sehr geringen Zimmershöhe von 2,5 m bei einem Kubikraum von 10 cbm die winzige Fußbobensstäcke von 4 qm auf den Bewohner entfällt, so kann man sich ein unsgefähres Bild davon machen, in welchen Löchern die 20 485 Bewohner hausen. So miserabel ihre Wohnverhältnisse, so miserabel sind auch ihre Schlasverhältnisse. 5948 Personen haben kein Bett zur Verfügung und müssen sich mit irgend einer Art Lagerstatt behelsen. Auf dem bloßen Fußboden sollen nach den wenig zuverlässigen Angaben der Pächter nur 244 Personen schlasen. Aber auch die Glücklichen, die in einem Bett schlasen können, haben dasselbe in den wenigsten Fällen zur ausschließlichen Benutzung. Das waren nur 746 Personen, während 5462 zu zweien, 778 zu dritt und 82 zu mehr als zu dreien in einem Bette schließen.

Die Mietpreise, die von den Bewohnern der überfüllten Wohnungen erhoben werden, sind relativ sehr hohe, wie die folgende Übersicht zeigt:

	Zahl der Wohnungen	Minimal= preis je nach Bezirken	Durchschnitts= preis
1 Zimmer ohne Küche { Keller Parterre	54 596	ft. 26—93 10—120	ff. 87 84
1 Zimmer mit Rüche. { Reller	$397 \\ 1004$	38—100 20—140	119 123
2 Zimmer mit Rüche. { Reller	11 11	$120 - 140 \\ 92 - 192$	177 172

In überraschender Weise bezeugt die Übersicht ferner die Teuerkeit der Kellerwohnungen, deren Durchschnittspreise für alle drei Wohnungsklassen größer sind als die der Parterrewohnungen. Ein großer Teil der Miete muß nun von den Ustermietern beigetragen werden, um es den Familien überhaupt möglich zu machen, auch nur die Mieten ihrer elenden Wohnungen aufzubringen. Die Beisteuer schwankt zwischen 10 und mehr als  $100^{\circ}$ /o der Mieten:

	Zahl	Bahl ber Wohnungen, in denen die Aftermiete ? % ber Hauptmiete beträgt						
	—50	50—60	02-09	70—80	06-08	90—100	über 100	Total= zahl
1 Zimmer ohne { Keller Küche { Parterre.	11 106	$\frac{5}{21}$	$\frac{2}{40}$	1 37	1 15	6 27	11 66	37 312
1 Zimmer mit { Keller Küche { Parterre.	82 183	29 65	22 79	41 81	48 56	37 70	111 154	370 688
2 Zimmer mit { Keller Küche { Parterre.	1 6	3	1 —	1 1	2 1	1 —	$\frac{1}{2}$	10 10

Nur in 389 Fällen bringen die Aftermieter weniger als die Hälfte der Miete bei, während in den übrigen 1038 Fällen der Prozentsat der Aftermieter darüber hinaus, in 345 Fällen sogar über  $100^{\rm 0/0}$  hinausgeht. Wir begegnen also in einem guten Teil der überfüllten Wohnungen einem Wohnungs-wucher, der von ihren Inhabern gegenüber ihren wirtschaftlich noch schwächeren Aftermietern getrieben wird.

#### II.

## Die Wohnungsfrage in Frankreich.

Ergänzungen 1 zu dem Referat von Professor Dr. H. Albrecht, im XCVII. Bande der Schriften des Dereins für Socialpolitik (Neue Untersuchungen über die Wohnungsfrage, dritter Band).

Don

Dr. Franz Bijek (Wien).

<sup>1</sup> herr Professor Dr. Albrecht hatte die Güte gehabt, für den britten Band der "Neuen Untersuchungen über die Wohnungsfrage" im letzten Augenblick das Reserat über Frankreich zu übernehmen. Herr Dr. Zisek bot dem Berein nach den Münchener Berhandlungen die vorliegenden Ergänzungen an, die in Übereinstim= mung mit Herrn Prof. Dr. Albrecht hier zum Abdruck kommen.

## Inhalt.

	Seite
Das Gesetz vom Jahre 1894	395 - 402
Die für die Wohnungsreform aufgewendeten Mittel S. 396	
Übernahme von Wohnungsaktien durch Gemeinden oder von Zins-	
garantien burch ben Staat S. 397. — Bersicherung bes Besitzers	
auf den Todesfall S. 397. — Sondererbrecht S. 399. — Erbrechts-	
vorschriften im belgischen Wohnungsgeset S. 401. — Über Un-	
pfändbarkeit des Familienhauses S. 402.	
Die Barifer Hôtels garnis	<b>402—40</b> 3
Wohnungspolizei S. 402. — Mieten S. 402. — Arbeiterquartiere	
S. 402. — Fehlen der Wohnungsgelegenheit für alleinstehende Frauen	
©. 403.	
Wohnungsnachweis und Wohnungsenqueten, Wohnungsgesellschaften	403 - 404
Société philanthropique S. 403. — Limitierung ber Dividenden	
S. 404.	
Diverfe MietBerleichterungen	404 - 405
Gewinnbeteiligung S. 404. — Eigentum an einzelnen Stockwerken	
S. 405. — Fallender Mietszins S. 405.	
Baugenoffenschaften	405 - 406
La ruche roubaisienne S. 406. — Familistère in Guise S. 406.	
Bau gefunder Arbeiterhäufer burch Bauunternehmer	406 - 407
Preisausschreiben des Comité des habitations à bon marché	
S. 407. — Baulicher Zustand der Arbeiterhäuser S. 407.	

Die legislatorische Behandlung der Wohnungsfrage in Frankreich stellt keine neue Nichtung staatlicher Reformarbeit dar, und auch die private Initiative bedient sich in Frankreich größtenteils bekannter Formen. Nichtsebestoweniger müssen wir Herrn Prof. Dr. H. Albrecht für seine außerordentslich klare und übersichtliche Darstellung der Wohnungsresorm in Frankreich in hohem Grade dankbar sein. Hat nämlich die Wohnungsresorm in Frankreich auch nicht neue grundlegende Principien gezeitigt, so dietet sie doch eine Fülle interessanter Einzelheiten. Es wird der Zweck dieser Zeilen sein, im Anschlusse an die Arbeit des Herrn Prof. Dr. Albrecht auf einige weitere lehrreiche Details hinzuweisen. Auch ist es sehr instruktiv, die französische Wohnungsgesetzgedung und ihre Resultate mit den auf Grund des belgischen Wohnungsgesetzes erzielten Resultaten zu vergleichen.

Das französische Gesetz vom 30. November 1894 ging nämlich aus bem im Schoße ber französischen Société des habitations à bon marché von Jules Siegfried angeregten Studium des belgischen Wohnungsgesetzes hervor — man bezeichnet es auch nach seinem geistigen Bater meist kurz als loi Siegfried -, es unterscheidet fich aber immerhin in mehr als einer Sin= sicht wesentlich von seinem belgischen Vorbilde. Worin es zu seinem Nachteile vom belgischen Gesetze abweicht, hat Prof. Albrecht auseinandergelegt. In einigen Bunkten bedeutet es aber immerhin dem belgischen Gefete gegen= über einen gemiffen Fortschritt. Das frangösische Geset stellt für die Steuerbefreiungen nicht die Boraussetzung auf, daß der fonft Steuerpflichtige "Arbeiter" sein muffe — bies verlangt nämlich bas belgische Gefet und schafft mit dieser Bestimmung ein sociales Klassenrecht mit ber Schwierigfeit, den "Arbeiter" im Sinne des belgischen Gesetzes zu definieren. dürfen nach Art. 1 des französischen Gesetzes die billigen Wohnungen nicht Personen zu gute kommen, die anderwärts ein haus besitzen. findet das französische Geset nicht bloß auf kleine Familienhäuser Anwendung, sondern auch auf Mietskasernen, maisons collectives à étages, wenn deren einzelne Mietsobjette nicht ben im Gefete zur Bestimmung bes Begriffes

396 Anhang II.

einer billigen Wohnung vorgeschriebenen Mietswert übersteigen; ber aristofratische Charakter bes belgischen Gesetzes ist hierdurch gemildert.

Der leitende Gedanke beider Gesetze ist allerdings derselbe: es sollen die in öffentlichen Anstalten angesammelten Kapitalien zur Förderung der Wohnungsresorm zur Nutzung gebracht werden. Daß die belgische Caisse genérale d'épargne et de retraites bereits viel bedeutendere Summen diesem Zwecke gewidmet hat als in Frankreich die Caisse de dépôts et consignations, sowie die dureaux de diensfaisance, hospices et hopitaux und sämtliche Sparkassen, ist gewiß sehr richtig; allein die Société de credit des habitations à don marché, welche den Kreditverkehr zwischen der Caisse des dépôts et consignations und den Wohnungsgesellschaften vermitteln soll, hat ihre Thätigkeit erst im Jahre 1899 — von Jules Siegsried gesgründet — begonnen, und es ist abzuwarten, ob sich diese nicht als entswicklungsfähig erweisen wird.

Das Gefet vom 20. Juli 1895 trägt an ber geringen Bethätigung ber französischen Sparkassen keine Schuld. Wie man einem im "Journal officiel" vom 10. Mai 1900 veröffentlichten, vom französischen Handels= minister an den Bräsidenten der Republik gerichteten Berichte über die Thätiakeit der französischen Sparkassen entnehmen kann, hatten diese 125 000 000 Frs. "fortune personnelle" mit einem Jahregertrage von 3 220 000 Frs. Sie hätten baher 25 000 000 (ein Fünftel ihrer fortune personnelle) plus 3 220 000 (beren Zinfen) zum Baue billiger Wohnungen fowie zu Darlehen an Wohnungsgesellschaften und zum Raufe von Aktien folder Gesellichaften verwenden fonnen. Statt beffen widmeten fie ber Wohnungsreform 379 516 Frs. Allerdings werden aus dieser Thatsache, je nach dem Standpunkte des Beobachters, verschiedene Schlüsse gezogen werben. Der eine wird folgern, daß auch das beste Gesetz, welches, wie das französische, die private Initiative ermutigen und stüten will, erfolglos bleibt, wenn die notwendige Einsicht in der Bevölferung fehlt, und er wird daher in erster Linie die private Initiative anzuregen trachten; der andere wird gerade aus der gegenwärtigen Unzulänglichkeit der privaten Anitiative Die Notwendigfeit gesetlichen, eventuell foercitiven Gingreifens ableiten.

Derzeit verhält man sich aber in Frankreich gegen die Vorschläge eines intensiveren Eingreisens der öffentlichen Gewalt ablehnend. Es baute weder der Staat noch irgend eine Gemeinde Arbeiterhäuser aus öffentlichen Mitteln außer für eigene Angestellte. Man fürchtet, wenn Staat oder Gemeinden als Vermieter auftreten würden, Mißbräuche zu Wahlzwecken und weiter auch, daß die staatlichen oder kommunalen Wohnungen durch zu niedrige Mietpreise den auf Verzinsung des investierten Kapitales angewiesenen

privaten Bauunternehmungen eine ruineuse Konkurrenz bereiten würden. Unter dem zweiten Kaiserreiche, als Napoleon III. eine Zeit lang stark von socialistischen Ideen angehaucht schien, wurden 10 Millionen für den Bau von Arbeiterhäusern bewilligt; 17 solche wurden am Boulevard Mazas ersbaut. Die Mietpreise waren aber zu hoch, die Wohnungen zu weit von den Arbeitsstätten; die Häuser wurden nur von Privatiers bezogen und wieder verkauft. Ein zweiter Versuch, die Cité Napoleon in der oberen Rue Rochechouart, scheiterte am Mißtrauen der Arbeiter, welche die ihnen bestimmten Wohnungen nicht bezogen.

Daß Gemeinden einen Teil der Aktien von Wohnungsgesellschaften übernahmen, ist bekanntlich in Belgien oft vorgekommen, nicht aber in Frankreich.

Hingegen giebt es in Frankreich einzelne Wohnungsgesellschaften, bie staatliche Zinsengarantien genießen, so jene in Lille; doch ist Zinsgarantie wohl ein Mittel staatlicher Begünstigung von fraglichem Werte.

Die im Urt. 7 bes frangösischen Gesetzes vorgesehene Verficherung assurance temporaire — unterscheidet sich wesentlich von der assurance mixte des belgischen Gesetzes. Es ist dies auch leicht erklärlich: die belaifche Generalsparkasse ist Darleiherin und Versicherin zugleich; die Versicherung garantiert in Belgien die Tilgung ber Bauschuld zum Fälligkeitstermin oder früher im Falle des Absterbens des Berficherten. Die französische Caisse d'assurance en cas de décès ist blog Versicherin — jedoch ohne Berficherungsmonopol — für den Fall des Absterbens des Familienvaters vor gänzlicher Abtragung feiner Schuld. Satte diefer ein Familienhaus einer Baugesellschaft avec promesse de vente gemietet und zur Amorti= sierung des Kaufschillings bis zu seinem Tode auch bereits eine Reihe von Unnuitäten bezahlt, so ist doch fast gewiß, daß ohne Versicherung die Witme und die Kinder nicht imstande sein werden, die noch ausstehenden Unnui= täten abzuzahlen. Hierzu ift zu bemerken, daß ber Eigentumsübergang am Arbeiterhause sich in Frankreich in der Regel erst nach gänzlicher Abzahlung des Raufschillings vollzieht, mahrend in Belgien der fofortige Gigentumsübergang bie Regel bilbet. Allein auch wenn bas Eigentum am Bauschen por Bezahlung des Kaufschillings auf den Arbeiter übergegangen ift, oder wenn sich dieser mit dem Darlehen einer Kreditgesellschaft ein Häuschen felbst gebaut hat, so wird im Falle seines Todes vor Berichtigung des Kaufschillings ober Tilgung bes Darlehns bas Haus ohne Versicherung seiner Familie kaum erhalten werben können. Der Gläubiger wird es verkaufen lassen, und der Erlös wird noch durch die Rosten des Versteigerungsverfahrens geschmälert werden. So ist benn die Verficherung in jedem Falle zur

398 Anhang II.

Sicherung bes Eigentumserwerbes burch ben Arbeiter geradezu eine Not- wendigkeit.

Die versicherte Summe kann nicht höher sein als ber zu 4,27 % fapitalifierte Mietswert bes zu erwerbenden Immobiles. Da fich nun gemäß Art. 5 des Gesets bezw. Art. 50 des reglement d'administration publique vom 21. September 1895 der für die Anwendbarkeit des Gesetzes maßgebende Maximalmietswert nach der Bevölkerungszahl des betreffenden Ortes richtet, variiert auch bas Marimum ber Versicherungssumme. Es beträgt in Orten mit weniger als 1000 Einwohnern 2300 Frs., in Paris 9700 Frs. Der Antragsteller muß sich den gewöhnlichen Afsekuranzbedin= gungen, barunter ber ärztlichen Untersuchung, unterwerfen. Die Prämie wird nach den Regeln der Schadensversicherung berechnet, es wird also bes achtet, daß ber verficherte Schaben infolge ber Annuitätenzahlungen immer kleiner wird, die Versicherungsanstalt daher eine kleiner werdende Summe Diese Thatsache wird nur teilweise durch die mit den Jahren machsende Sterblichkeit aufgewogen. Die Versicherungsprämie wird also auch von dem Alter des Versicherten und von der Dauer der Versicherung abhänaen.

Es wurden drei Arten der Prämienzahlung eingeführt: eine einmalige Zahlung, eine kleiner werdende Prämie durch die ganze Versicherungsdauer und eine konstante Prämie in jenem Betrage, welchen die abnehmende Prämie anfänglich ausmachen würde, aber nur durch einen Teil der Versicherungsdauer. Beträgt z. B. der in 20 Jahren zu amortisierende Kausschlüfting oder Darslehnsbetrag 5000 Frs., und ist der zu versichernde Arbeiter 35 Jahre alt, so kann er die Versicherung der caisse nationale d'assurance en cas de décès erlangen entweder, indem er eine einmalige Prämie im Betrage von 578 Frs. 15 Cts. oder eine durch die ganze Versicherungsdauer abnehmende Prämie bezahlt, die das erste Jahr 62 Frs., das fünste Jahr 48 Frs. 75 Cts., das fünszehnte Jahr 33 Frs. 50 Cts. und das zwanzigste Jahr 8 Frs. 50 Cts. beträgt, oder aber er kann eine konstante Prämie von 62 Frs. durch 11 Jahre entrichten.

Keine der drei Arten Prämienzahlung ist angenehm. Alle drei erforbern die größten Opfer gleich zu Beginn der Bersicherungszeit. Am besquemsten wäre für den Bersicherten die Entrichtung einer gleichmäßigen Durchschnittsprämie durch die ganze Bersicherungsdauer. Allein die caisse d'assurance en cas de décès geht auf eine solche Prämienzahlung nicht ein, da sie bei derselben im Anfange der Bersicherungszeit nicht gedeckt wäre. Die Entrichtung einer konstanten Prämie wird jedoch möglich, wenn eine Wohnungsgesellschaft zwischen den Versicherten und die Versicherungsse

tasse vermittelnd eintritt, wie es der Artikel 11 der Ausführungsverordnung vom 21. September 1895 vorsieht. Die Bau- oder Kreditgesellschaft kann nämlich die ihr geschuldete Amortisationsrente anfänglich verringern und allmählich in jenem Verhältnisse wachsen lassen, in welchem die Versicherungsprämie abnimmt. Amortisationsrente und Versicherungsprämie werden dann zusammen als eine konstante Annuität vom Schuldner an die Woh-nungsgesellschaft entrichtet, und die Versicherungskasse bekommt von dieser doch ihre fallende Prämie. In dem odenerwähnten Beispiele würde die konstante Amortisationsrate ohne Versicherung oder bei direkter Versicherung bei der Versicherungskasse 367,91 Frs. jährlich betragen. Vermittelt die Wohnungsgesellschaft die Versicherung, so hat ihr der Versicherte an fallender Versicherungsprämie und steigender Amortisationsrente zusammen einen Betrag von 412 Frs. 55 Cts. jährlich zu bezahlen, was einer konstanten Versicherungsprämie von 44,64 Frs. — 0,89 % des Hauspreises gleichkommt.

Die Versicherungsprämie erhöht die jährliche, Mietzins, Amortisierung, Generalunkosten und Verwaltungsauslagen umfassende Rente kaum um ein Zehntel (vgl. Smil Chensson und Leon Marie, Musé social serie B, circulaire Nr. 6).

Sehr interessant ist der Art. 8 des französischen Wohnungsgeseges. Prof. Chensson nannte ihn die bedeutendste Thatsache der französischen Civilrechtsgesetzgedung seit dem Beginne des Jahrhunderts. Durch diesen Artikel wird für die mit Rücksicht auf ihren Mietswert unter das Gesetz fallenden Familienhäuser (maisons individuelles) das Erbfolgerecht des Code
Napoléon außer Kraft gesetzt und ein Sonderrecht in Ansehung der kleinen
Familienhäuser geschaffen. Der Art. 3 des Gesetzes vom 31. März 1896
hat erklärt, daß der erwähnte Art. 8 des französischen Wohnungsgesetzes
auch auf die vor seiner Erlassung gebauten Häuser Anwendung sinden solle,
so daß jetzt von 10 Millionen Häusern in Frankreich vielleicht 6 Millionen
unter die Erbfolgeordnung des Art. 8 fallen. Die Kühnheit der neuen
Rechtsnorm sucht nicht einmal, wie sonst meistens, durch Selbstbeschränkung
auf ein kleines Anwendungsgebiet zu beschwichtigen.

Das gemeine Recht des Code civil stellt das Princip auf, daß niesmand gezwungen werden könne, in ungeteilter Gemeinschaft des Sigentums zu verbleiben, ferner daß die Erbteilung in natura durchgeführt werden solle, und daß Immobilien, die nicht in natura geteilt werden könnten, versteigert werden müßten.

Sanz anders der Artikel 8 des Gesetzes vom 30. November 1894. Dieser Artikel kennt im Falle des Borhandenseins von Descendenten Aufsrechterhaltung der ungeteilten Gemeinschaft (indivision) am Hause durch 400 Anhang II.

fünf Jahre nach bem Tobe bes Besitzers. Sind minderjährige Kinder da, so kann das Haus bis 5 Jahre nach erreichter Großjährigkeit des ältesten Kindes ungeteilt bleiben, doch, abgesehen vom Falle eines einstimmigen Beschlusses der Erben, höchstens durch 10 Jahre im ganzen. Sind keine Kinder da, und war der überlebende Gatte Mitbesitzer des Hauses wenigstens zur Hälfte, so kann das Haus ebenfalls durch 5 Jahre im gemeinschaftlichen Eigentum belassen werden. Der Friedensrichter ist berusen, nach Anhörung des Familienrates über Ansuchen des überlebenden Ehegatten oder eines der erblasserischen Kinder auch gegen den Willen der anderen Erben auf Aufschub der Teilung des gemeinschaftlichen Eigentums zu erkennen.

Gemäß dem gemeinen Rechte, dem Code civil, genügte hingegen der bloße Wille oder die bloße Caprice eines einzigen, um jeden Aufschub der Teilung, das ist in der Regel jeden Aufschub der kostspieligen öffentlichen Versteigerung unmöglich zu machen.

Aber die loi Siegfried geht noch weiter: Nicht nur gemeinschaftliches Eigentum ift auch gegen den Willen einzelner Miteigentümer durch eine bestimmte Zeit hindurch möglich, es kann das Familienhaus auch einem der Kinder oder dem überlebenden Ehegatten, wenn er Mitbesitzer war, definitiv zum Schätzwerte zugesprochen werden. Für den Fall, daß von mehreren Seiten der Alleinbesitz des Hauses angestrebt wird, bestimmt das Gesetz, daß derzenige, den der Erblasser bezeichnet hat, dann der Ehegatte den anderen Bewerbern vorangehe. Andernfalls entscheidet die Mehrheit der Interessenten, eventuell das Los — nicht aber wie über die Frage der indivision der Friedensrichter; dieser führt jedoch den Vorsitz bei der Abstimmung.

Das Haus wird im Falle Streites durch das lokale Komitee des habitations à bon marché geschätt. Der Erbe, dem der Alleinbesit des Haussalfung der Miterben nicht, wie in manchen deutschen Bestet dei der Auszahlung der Miterben nicht, wie in manchen deutschen Gesetzen, privilegiert. Es wurde vorgeschlagen, die lokalen Komitees des habitations à don marché sollten diesen Anerben behufs Absertigung ihrer Miterben Darlehen gewähren. — Der vieldiskutierte Art. 8 der loi Siegfried begründet eine Art von Anerbenrecht, aber nicht für ländlichen Grundbesit, sondern für kleine Familienhäuser. Nicht bloß den Erwerd eines Häuschens will das Gesetz dem Arbeiter erleichtern; es will wahre Familienheimstätten schaffen, die mit den Ersparnissen des Vaters und der Mutter gekauft, nach deren Tode auf die Kinder übergehen. Einzelne Bestimmungen dieses Art. 8 wurden auf dem internationalen Kongresse für billige Wohnungen, der vom 18. bis 21. Juni 1900 in Paris versammelt

war, als reformbedürftig bezeichnet, aber das Princip selbst wurde acclamiert. Ja, es wurde in Frankreich bereits verlangt, daß die Sondererbfolge
bes Art. 8 unter Berdrängung der Bestimmungen des Code civil zum gemeinen Rechte werde: wohl ein bedeutender Umschwung der Joeen, nachdem
man bisher das Erbsolgerecht des Code civil als allein dem demokratischen
Principe entsprechend hingestellt hatte.

Das gleiche Erbfolgerecht der Kinder mit Naturalerbteilung ift aber nicht eine Neuerung der französischen Revolution, sondern war schon vor berselben das Recht der bürgerlichen Klasse; die Revolution hat dieses Recht bloß auch auf den adeligen Besitz erweitert. Die Reception dieser Erbrechts= ordnung in den Code civil murde auch von Napoleon I. selbst befürwortet. Der Zweck, ber ihm babei vorschwebte, kommt in einem Briefe Napoleons an seinen Bruder Josef, ben König von Neapel, bat. 3. Juni 1806 flar zum Ausdrucke. Napoleon rat in diesem Briefe seinem Bruder, gleichfalls das französische Erbfolgerecht einzuführen. Bei diefer Erbfolge könne er die ihm ergebenen Familien durch Berleihung von Fibeikommiffen ftark erhalten, alle übrigen Familien murden sich durch die Zwangserbteilungen von felbst aufreiben. Später allerdings foll Napoleon wieder die Erhaltung einheit= lichen Familienbesites für die unteren Klassen ins Auge gefaßt haben: Aber erst ber Art. 8 bes 94 er Gesetzes geht birekt auf bieses Ziel los. Während also für den Grundbesit in Frankreich kein "Höferecht" eristiert, giebt es etwas Uhnliches für den Familienhausbesitz. Die konservativen frangösischen Agrarpolitiker, welche etwas unserem Söferechte Entsprechendes anstreben, berufen sich benn auch bei ihren Reformplänen immer auf ben Art. 8 ber loi Siegfried gemiffermaßen als auf einen Pracedenzfall.

Der Gesetzsvorschlag bes Abbé Lemire vom Jahre 1894, betreffend die Errichtung von "Familiengütern (biens de famille)" in Frankreich, enthielt in seinen Artikeln 25, 23 und 24 eine ähnliche Aushebung der Principien des gemeinen Erbrechtes zu Gunsten der "Familiengüter" — wir würden sagen der "geschlossenen Höle" —, wie die loi Siegfried zu Gunsten der kleinen Familienhäuser. Jules Siegfried selbst brachte am 11. März 1897 in der französischen Kammer einen Gesetzesvorschlag ein, welcher die Begünstigungen des Wohnungsgesetzes auf den kleinen Grundsbesit — bis zu 5 ha oder die zum Werte von 5000 Frs. — erweitern wollte. Mit den übrigen Privilegien des Familienhausdesitzes sollte auch die demselben eingeräumte Sondererbsolge auf den kleinen Grundbesit überstragen werden.

Belgien hatte ursprünglich in seinem Wohnungsgesetze nichts bem Art. 8 des französischen Gesetzes Ähnliches. Erst in letzter Zeit wurden Schriften XCVIII. – Verhandlungen 1901. 402 Anhang II.

burch das Gesetz van der Bruggen die Principien des Art. 8 des französischen Gesetzes auch in Belgien eingeführt, und zwar für die Erbfolge bei Immobilien, deren Katastrasertrag 300 Frs. nicht übersteigt.

Während sich, wie erwähnt, der letzte internationale Kongreß für billige Wohnungen für die ungeteilte Vererbung des Familienhauses ausgesprochen hat, hat er über die vielsach mit Berufung auf die homestead exemption in Amerika angeregte Unpfändbarkeit des Arbeiterfamilienhauses keinen Beschluß gesaßt, da die Parteien für und gegen dieses Institut auf dem Konsgresse gleich stark vertreten waren. Übrigens scheint es wohl, daß die Unsentziehbarkeit von Hausdessitz sich weder aus dem Principe des Existenzeminimums noch aus dem Grundsaße der Belassung der Arbeitswerkzeuge ableiten ließe. —

Hier sein einer für die Bewertung des französischen Wohnungsgesetzes nicht uninteressanten Thatsache Erwähnung gethan. Die Société de logements économiques et d'alimentation in Lyon — ein Drucksehler in der Publikation des Bereins für Socialpolitik S. 175 versetzt sie nach Lille — entstand durch eine Fusion der Société des habitations économiques mit der Société des restaurants populaires. Erstere Gesellschaft hat hiersdurch freiwillig auf alle aus dem französischen Wohnungsgesetze resultierens den Begünstigungen verzichtet, da diese nach einer engherzigen Bestimmung der Ausschliegungen verzichtet, da diese nach einer engherzigen Bestimmung der Ausschliegungen, zu teil werden. —

Mit der Wohnungspolizei ift es, wie Prof. Albrecht ausführt, in Paris schlecht bestellt. Das Gesetz vom 22. April 1850 blieb nabezu toter Buchstabe. Es giebt nur eine regelmäßige Inspektion ber Hôtels garnis, benen gegenüber die Bolizei diskretionäre Gewalt hat. Daher kommt es, daß diese Garnis, in denen ein großer Teil der ärmeren Bevölkerung wohnt, nämlich jene, die keine eigene Zimmereinrichtung besitzt, hygienisch in der Regel bedeutend beffer gehalten find, als fonft die Wohnungen der arbeitenden Klasse. In den Pariser Garnis wird auch die Bestimmung, wonach 14 m8 Luftraum auf jede Person entfallen sollen, beobachtet. Die Preise in den Barifer Garnis variieren für Zimmer von 50-80 Cts., für Kabinette von 40-50 Cts., ein Bett kostet meist 30 Cts. die Nacht. Es giebt große Garnis mit 50 bis 100, ja 150 Betten, und eine große Bahl kleiner mit ca. 20 Betten. Trop der polizeilichen Inspektion ist mit den Hôtels garnis eine Reihe von Miß= ständen verbunden. Georges Picot, Secrétaire perpetuel der Académie des sciences morales et politiques, hat voriges Jahr eine fehr interessante Enquete über die Pariser Garnis gemacht und in der "Reforme sociale", bem Organe ber Anhänger Le Plays, veröffentlicht. Die Schüler Le Plays

haben speciell für die Wohnungsreform viel gethan; sind sie boch durch das Programm Le Plays, das die Patronagepflichten der Arbeitgeber und der besitzenden Rlaffe an erfte Stelle sett, gewissermaßen hierzu pradestiniert. Georges Picot besuchte 110 Hôtels garnis und betrat in benselben 5080 Zimmer. In neun Zehnteln der Hotels garnis fand er einen Ausschank geistiger Getränke, welchen die Mieter besuchen muffen, um die Gunft bes Bermieters nicht zu verscherzen — eine traurige Begleiterscheinung ber französischen Gewerbefreiheit. Lon einigen Massenguartieren, die Vicot besuchte. entwirft er uns geradezu schreckliche Bilber. Nur ein solches fei erwähnt: es zeigt uns einige große Säle mit langen Tischen, wo die Armsten, all= abendlich ca. 600, meist Träger in ber Centralmarkthalle, für 20 Cts. eine Schale Raffee oder Suppe bekommen und ihre Nachtruhe barin suchen burfen, indem sie bis 1/24 Uhr morgens ihren Kopf mit den Elbögen auf den Aber das Traurigste, mas die Enquete Picots nachwies, war, daß es für alleinstehende Frauenspersonen in den Parifer Garnis keine Unterfunft giebt. Circa 1000 Mädchen können in meistens von religiösen Bereinen errichteten "Beimen" unterfommen. Dies ift eine verschwindende Bahl. In den Garnis werden alleinstehende Mädchen nicht aufgenommen. "Ein Madchen muß in Baris einen Mann haben, ber fie verteidigt", mar die stereotype Antwort, die Picot von den Inhabern und Inhaberinnen der Garnis erhielt. "Wenn wir ein alleinstehendes Madchen aufnehmen murben, fo murben bie Manner ihr Zimmer belagern, es gabe keine Rube mehr im Haufe." In den 10 000 Garnis von Paris, in denen der armere Teil der arbeitenden Rlaffe zu wohnen genötigt ist, ift kein Plat für ein alleinstehen= bes Mädchen, das nicht im Konkubinate leben will. Georges Vicot arbeitet benn auch gegenwärtig in Paris an der Gründung von Ledigenheimen für Frauen. —

Wohlthätig wirkt der im Frühjahr 1900 bei verschiedenen Pariser Bezirksämtern (mairies) eingeführte unentgeltliche Wohnungsnachweis für billige Wohnungen. — Die öffentliche Gewalt hat die Pflicht, eventuell durch Enqueten bei der Feststellung der thatsächlichen Wohnungsverhält=nisse mitzuwirken, auf daß eine verläßliche Basis für alle Reformen gesichaffen werde. Das französische Wohnungsgeset anerkennt diese Pflicht, indem es die offiziellen Comités des habitations à don marché zur Versanstaltung von Wohnungsenqueten ermächtigt und ihnen Subventionen seitens des Staates, der Departements und Gemeinden in Aussicht stellt.

Unter den Wohnungsgesellschaften nimmt die Pariser Société philanthropique einc Sonderstellung ein. Durch Gründung von Volksküchen, Nachtasylen, Krankenanstalten, eines Usples für schwangere Frauen 2c.

26\*

404 Anhang II.

hat sie außerordentlich viel Wohlthätiges geleistet — seit 1880 hat sie jährlich durchschnittlich 600 000 Frs. auf verschiedenen Wegen der Linderung der Armut zugeführt. In neuerer Zeit setzten sie zwei wohlthätige Stifztungen in den Stand, sich auch an der Wohnungsreform zu beteiligen. Die Brüder Michel und Armand Heine stiffteten ein Kapital von 750 000 Frs. zum Baue von Häusern mit billigen Wohnungen. Hiermit erbaute die Société philanthropique vier kollektive Arbeiterhäuser, deren Ertrag — ähnlich wie bei der bekannten Beabody-Stiftung in London — zum Baue von immer neuen Häusern verwendet werden soll. Bereits das vierte Haus ist zum Teile mit dem Ertrage der drei ersten Häuser erbaut. Eine zweite Stiftung des Herrn Jules Gouin setzte die Gesellschaft in den Stand, drei weitere Mietskasernen zu erbauen. Die Wohnungen in den sieden Häusern der Gesellschaft bestehen aus je zwei Zimmern mit Küche. Die Mietpreise bewegen sich zwischen 320 und 210 Frs. Das in den Häusern angelegte Kapital verzinst sich mit 3,21%.

Die meisten übrigen Wohnungsgesellschaften bestreben sich, eine mäßige Dividende an ihre Aktionäre zu verteilen.

Auf dem letten Kongresse für billige Wohnungen kam auch die Frage der Limitierung der Dividenden in den frangösischen Wohnungsgefellschaften zur Sprache. Georges Ricot, wohl eine Autorität auf diesem Gebiete man vergleiche auch sein bahnbrechendes Buch "Un devoir social et les logements d'ouvriers" — beantragte, die Wohnungsgesellschaften sollten für ihre Mietskafernen die im betreffenden Bezirke allgemeine Berginfung anstreben; bei philanthropischer Beschränfung ber Dividenden könne man nicht genug Kapital finden und werde höchstens vereinzelte vorbildliche Typen schaffen können. Demgegenüber wurde hervorgehoben, daß gerade die elen= besten Massenquartiere sich am höchsten verzinsen, und daß gerade in jenen Bezirken, wo die Mietpreise die druckenbsten seien, Abhilfe durch Baugesell= schaften am notwendigften fei; wenn diefe nun von ihren Säufern benfelben Ertrag verlangen wollten, ben Private erzielen, fo murben fie, anftatt Silfe zu bringen, den Migbrauch fanktionieren. Die Resolution des Kongresses suchte, wie in anderen Fällen, beiden sich gegenüberstehenden Ansichten recht zu geben. Thatfächlich verzinsen die halbphilanthropischen Wohnungsgesell= schaften ihre Kapitalien durchschnittlich um 1/2 0/0 unter dem üblichen Zins= fuße bes Immobiliarbefites. Georges Ricot fieht hierin ein Sindernis für ihre Entwicklung; die Lyoneser Gesellschaft, die ihre Aftien mit 40/0 ver= zinse, habe auch am meisten geleiftet.

Einen intereffanten Borschlag hat Professor Chensson gemacht. Er sagt: Wenn die Baugesellschaften am Ende bes Jahres ihr Kapital ent-

fprechend verzinst und Referven zurückgelegt haben, so foll ber noch verbleibende Überschuß bazu verwendet merben, die Mieter der Gesellschaft im Berhältnis zu ihrem Mietzinse gegen Krankheit, Unfall, Alter 2c. zu verfichern und gemeinsame Wohlfahrtsanftalten (Bibliotheken, Baber 2c.) für biefelben zu gründen und auszustatten. Brof. Chenffon afsimiliert die Miets= kaferne einer Konsumgenoffenschaft. Nun tritt Brof. Chenfion bafür ein, bak bei Konfumgenoffenschaften, Die nicht zum Selbstkoftenpreise, sondern jum Detailpreife verfaufen, die Rudvergutungsquoten ben Mitgliebern nicht ausbezahlt merben follen, sondern die Mitalieder damit gegen Krankheit, Alter 2c. verfichert, eventuell bei dem Erwerbe eines hauses unterftutt Prof. Chenffon stellt sich da in Gegensat zu den Koopera= werden follen. tivisten, ber Schule von Nimes, Die mit ben Rudvergutungequoten (bonis coopératifs) Produktivgenoffenschaften gründen oder kommanditieren möchten. Brof. Chenfion konftruiert nun in weiterer Berfolgung feines Ideenganges für die Mieter eines follektiven Saufes auch Rudvergutungsansprüche im Berhältnis zu ihrem Mietzinfe. Die Unternehmung foll biefe Quoten ber Versicherung ihrer Mieter und gemeinsamen Wohlfahrtsanstalten gumenden. Durch eine Art "Gewinnbeteiligung" ber Mieter follen die Intereffen der Gesellschaft und jene der Mieter solidarisiert werden (man veraleiche auch Emil Chensson: La question des habitations ouvrières en France et à l'étranger). —

Da Art. 644 Code civil das Eigentum an einem einzelnen Stockswerke anerkennt, ist es auch bei häufern mit mehreren Stockwerken möglich, dem Mieter die allmähliche Erwerbung des Eigentums an seinem Stockwerke einzuräumen. Dies wurde in manchen Gegenden Frankreichs mit Erfolg versucht.

Neu ist das System des fallenden, abnehmenden Mietzinses, das Herr Verberckmoes, Präsident der Wohnungsgesellschaft von Clichy bei Paris, eingeführt hat. Herr Verberckmoes schließt nur drei-, sechs-, neun- oder zwöls- jährige Mietverträge, aber nach jeder dreijährigen Mietsperiode nimmt der Mietzins um  $4^{0}$ /o ab. Durch dieses System soll im beiderseitigen Interesse des Bermieters und der Mieter der Wohnungswechsel eingedämmt werden, und es soll der alte Arbeiter, der langjährige Mieter, schließlich sast underenden. Auch versichert herr Verberckmoes seine Mieter gegen eine Monatsprämie von 2 Frs. für den Fall des Ablebens des Familienvaters; die des Ernährers beraubte Familie fann, wenn dieser versichert war, ohne Mietzins zu zahlen, noch drei Jahre ihre Wohnung inne haben.

Langsam entwickeln sich die französischen Baugenossenschaften. Sie find nicht Bautre dit genossenschaften, wie die Building societies, sondern

bauen in der Regel felbst. Die Entwicklung der Genoffenschaften ift nicht allein eine Frage ber Rapitalsbeschaffung, fie ift ebensofehr eine focial= psychologische Frage. Findet sich unter den Arbeitern der nötige Unternehmunasgeist und bas nötige Solibaritätsgefühl, so werben sich meift Mittel und Wege finden lassen, das nötige Kapital zu beschaffen. ichiebene frangofische Arbeitgeber streckten ben Baugenoffenschaften ihrer Arbeiter Kapitalien vor, Prof. Albrecht citiert uns mehrere Fälle; aber auch bas übrige Lublikum hat Obligationen von Baugenoffenschaften zur Kapital= anlage benutt. Als Beispiel sei die Baugenoffenschaft von Roubair, "La ruche roubaisienne", angeführt. Sie murde im Jahre 1895 mit 510 Unteilscheinen à 100 Frs., auf die jedoch nur ein Viertel eingezahlt wurde, gegründet und emittierte 2500 Obligationen à 100 Frs., verzinsbar zu 3 %. Sie konnte diese Obligationen sowie eine zweite Emission in der= felben Sohe unschwer im Bublitum placieren. Die Besitzer ber Obligationen mählten ein Kontrollfomitee, dem feitens der Genoffenschaft unter anderem bas Recht, Sprothekardarleben der Genoffenschaft zu genehmigen, eingeräumt Der rein genoffenschaftliche Charafter ift vielleicht alteriert. Berfonen, die an dem Zwecke der Genoffenschaft, der Wohnungsreform, nicht verfönlich intereffiert find, nehmen lediglich vermöge ihres Kapital= id est Obligationenbesites Einfluß auf die Entwicklung der Genoffenschaft: aber ben Arbeitern ift geholfen. Will die Genoffenschaft nur mit den Ersparniffen ihrer Mitglieder arbeiten, fo kommt es leicht vor, daß ein Mitglied 20, 25 Jahre beiträgt, feinen Genoffen Säufer zu bauen, ohne felbst an die Reihe zu kommen.

Als interessantes Beispiel genossenschaftlicher Wohnungsfürsorge hat man auch das bekannte Familistère in Guise citiert. Das Familistère ist keine Wohnungsgenossenschaft, sondern in erster Linie eine Produktivsgenossenschaft, die durch steigende Beteiligung der Arbeiter an Leitung und Sigentum des Unternehmens allmählich an die Stelle des früheren individuellen Sigentümers, des Herrn Godin, getreten ist. Die Mitglieder des Familistère sind in fünf großen, modern eingerichteten Gebäuden untergebracht, und zwar Hilfsarbeiter, Werkmeister, Beamte und Direktor in gleicher Weise, im ganzen gegen 1900 Personen. Allein die Arbeiterwohnsgebäude und teilweise auch deren jetzige Sinrichtung stammen noch aus der Zeit, da Godin Sigentümer der Fabrik war; sie sind daher richtiger ein Beispiel von Arbeitgeberfürsorge.

Interessant ist aber, zu konstatieren, daß die Zahl jener individuellen Bauunternehmer wächst, welche gesunde und komfortable Arbeiterhäuser ohne philanthropische Tendenzen ausschließlich wegen der Berzinsung, die sie gewähren, bauen.

Die letzte Preisausschreibung des Comité des habitations à bon marché für das Seine-Departement brachte eine Reihe von Geld= und Ehrenpreisen an private Erbauer von mustergültigen Arbeiterhäusern — Hausbesitzer und Architekten — zur Verteilung. Die Eigentümer der außegezeichneten Realitäten können ermächtigt werden, auf denselben eine Plaque, welche den errungenen Preis beurkundet, äußerlich sichtbar anzubringen.

Die anläßlich der erwähnten Preisausschreibung eingereichten Projekte, Pläne, Zeichnungen, Bilder 2c. waren durch eine Woche im Pariser Ratshause zur öffentlichen Besichtigung ausgestellt und erregten das allgemeine Interesse der Presse und der Bevölkerung. Der Bericht der Ausschußskommission zur Bestimmung der Preise sprach die Ansicht aus, daß die Wertsmaxima, welche das 1894 er Wohnungsgesetz ausschließt (nach der Aussührungsverordnung nunmehr 550 Frs. für Paris und 323 Frs. in den Pariser Bororten), bedeutend zu niedrig bemessen sauch hebt der erwähnte Bericht hervor, daß im Gegensaße zu den solld gebauten Mietskasernen die kleinen Familienhäuser meist unzulänglich, mit zu dünnen Mauern und ausschlechtem Materiale gebaut seien; die heutigen Mieter würden vom Tage des Eigentumserwerdes an große Erhaltungskoften zu bestreiten haben.

Manche Arbeiterhäuser entsprachen den Anforderungen der Kommission nicht, obzwar deren Erbauer ihr Möglichstes gethan hatten; allein die bestreffenden Umgebungsgemeinden hatten nicht genügend für Herstellung von Straßen, für Wasserleitung und unterirdische Kanalisierung gesorgt: ein weiteres Beispiel, wie sehr öffentliche Berwaltungsthätigkeit und private Initiative in der Wohnungsresorm ineinander greisen müssen.

Auch die Wohnungsreform kann sich der machsenden internationalen Verkettung des socialen Lebens nicht entziehen; Beweis für diese allgemeine Erkenntnis ist die Gründung des Comité permanent international des habitations à don marché auf dem letten Kongresse für billige Wohnungen. Beim vergleichenden Studium der Wohnungsfrage in den verschiedenen Ländern giebt uns Frankreich manche wertvolle Anregung. Es ruft uns vor allem in Erinnerung, daß sich ein modernes Wohnungsgeset nicht auf Steuer- und Gebührenbesreiungen beschränken darf. Möge diese Thatsache den Gesetzgebern stets vor Augen sein, wenn sie — wie es in Österreich, der engeren Heimat des Schreibers dieser Zeilen, eben jetzt der Fall ist — an die legislatorische Behandlung der Wohnungsresorm herantreten.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Concours des habitations à bon marché de 1900, versaßt vom Architekten Charles Lucas; vergleiche von demselben Autor: Études sur les habitations à bon marché en France et à l'étranger.

#### III.

## Der deutsch-österreich-ungarische Handelsvertrag vom 6. Dezember 1891.

Don

Dr. Robert Wuttke (Dresden).

#### Inhaltsverzeichnis.

Die handelspolitische Lage des Deutschen Reichs und Österreich = Ungarns

©. 412-420.

Die älteren handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Ofterreich= Ungarn. Die allgemeine wirtschaftliche Lage ber beiden Staaten vor 1891. Die vertragsfreundlichen Strömungen in Ofterreich-Ungarn. Die autonome Sandelspolitit unter Fürst Bismarc. Der Umschwung unter Graf Caprivi.
Der öfterreich ungarische Tarif und die deutsche Aussuhr nach Ofterreichs

Ungarn S. 421-426.

Der beutsch=österreich=ungarische Warenumsat. Der handelspolitische Wert der einzelnen Warengruppen. Der autonome öfterreich=ungarische Tarif, Sohe des Roll= schutes.

Der deutsche Tarif und die Einfuhr aus Österreich-Ungarn S. 426—431.

Bohe des deutschen Zollschutes, zollpflichtige und zollfreie Ginfuhr.

Die Handelsvertragsverhandlungen und die Stimmung in Deutschland 1890/91

S. 431-436.

Die Borbereitung zu den Handelsvertragsverhandlungen. Die Berhandlungen in Wien 1890/91. Bregftimmen über die Berhandlungen, die Interessenfreise in Deutschland, die Reichstagsverhandlungen in Berlin im Dezember 1891, die Unnahme ber Berträge in ben Parlamenten von Ungarn und Ofterreich.

Der öfterreich-ungarische Tarif im Handelsvertrag S. 436-446.

Die Zollsäte bes österreich-ungarischen Tarifs, die Entwicklung des Ausfuhrhandels der beutschen Textil- und Gifeninduftrie unter bem Sandelsvertrag; Die Unlage deutscher Fabrifen in Ofterreich.

Der deutsche Tarif und die Einfuhr aus Österreich-Ungarn S. 447—458. Der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Ofterreich und Deutschland; die österreichungarische Sinfuhr an Rohstoffen, Halb- und Ganzsabrikaten; die Minderung des Agrarschutzes, die öfterreich-ungarische Zufuhr an Agrarprodukten. Die Stellung Rußlands in der deutschen Handelspolitik.

#### Borbemerkung.

Eine abschließende Untersuchung, wie sich der deutsch=österreich=ungarische Warenhandel seit Abschluß des Handelsvertrages vom 6. Dezember 1891 entwidelt hat, giebt diefe Arbeit nicht. Sie follte im Frühling erscheinen; leider ließ fich infolge einer Reihe widriger Umftande biefer Termin nicht einhalten. Seitdem find die "Beiträge zur neuesten Handelspolitik Österreichs" und die umfassende Arbeit von Lot über die Handelspolitik des Deutschen Reichs unter Graf Caprivi und Fürst Hohenlohe in den Schriften des Vereins für Socialpolitik erschienen. Meine Aufgabe wurde mir baburch erleichtert, ich fonnte, um nicht schon Gesagtes zu wiederholen, den Stoff mehrfach fürzen, aber auch fonst war ich, um den vorgeschriebenen Raum nicht zu überschreiten, ge= nötigt, viel Material beiseite zu legen. Die Untersuchung, wie sich die Boll= fäte des Handelsvertrages zu benen der autonomen Tarife, ferner wie Boll= ermäßigung ober Bollbindung auf den Warenabsat eingewirkt haben, ift fehr umfangreich gewesen; das meiste habe ich schließlich zurückgestellt, nur für einige wichtige Erwerbszweige habe ich versucht, ein allgemeines Bild ihrer Lage zu entwerfen.

Dresben, November 1901.

Robert Buttke.

# Die handelspolitische Lage des Deutschen Reichs und Österreich=Ungarns.

Die handelspolitischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich=Ungarn sind ganz eigenartiger Natur, sie lassen sich nicht aus der Verfolgung rein wirtschaftlicher Interessen erklären, sie beruhen vielmehr auf der Nachwirkung der früheren gemeinsamen staatlichen und volklichen Entwicklung. Ein öfterreichischer Monarch trug am Anfang bes 19. Sahr= hunderts die deutsche Kaiserkrone und bis in die sechziger Jahre suchte Österreich seine Vormachtsstellung unter den deutschen Staaten zu behaupten. Innerhalb ber öfterreichisch-ungarischen Monarchie aber nahm ber Deutsche gegen die flavischen und magnarischen Bolksstämme eine beherrschende Stellung ein; die bevorzugten Stellungen in ber Diplomatie und dem Beere, wie in der Berwaltung und Justig, murden zumeist von Deutschen oder von deutschredenden und deutschdenkenden Männern besett; allgemein wurde die deutsche Rultur als die höherstehende anerkannt und für die verschiebenen, sprachlich getrennten Bolksstämme war die deutsche Sprache das vermittelnde und einigende Band. Diefe Berhältniffe find es gewefen, die bis auf die Gegenwart hinab auf die Beziehungen des Deutschen Reichs zur öfterreichifch=ungarischen Monarchie nachhaltig eingewirkt haben.

In den letzten Jahrzehnten hat sich das Bild völlig verschoben. Die Monarchie zerfällt in zwei Staaten, beren Bevölkerung bestrebt ist, das sie Trennende zu betonen, das sie Vereinigende zu bekämpfen. Die deutsche Kultur, die deutsche Sprache, der deutsche staatliche Einsluß werden auf das heftigste bekämpft, und es gelingt ihren Gegnern, sie zurückzudrängen, oft völlig zu brechen. Die gegenseitige Verhetzung unter den verschiedenen Volksstämmen ist so groß, daß seit Jahren die Staatsgewalt fast gelähmt erscheint, und über dem Parteien= und Nationalitätenhader wird selbst die Hebung der wirtschaftlichen Kultur vergessen und die Verwertung der großen, fast unerschöpflichen natürlichen Hilfsquellen vernachlässigt.

Heute ift es vom reichsbeutschen Standpunkt aus sehr schwierig geworden, Österreich-Ungarn richtig und gerecht zu beurteilen. Einige glauben immer noch, Österreich sei bas alte kaiserliche Österreich unter Leitung und Führerschaft ber Deutschen geblieben. Anderen bagegen wallt das Blut auf,

wenn sie sehen, wie die Deutschen in Ofterreich und Ungarn an ihrer hiftorischen Stellung Einbufe erleiden, wie überall die verschiedenen Bölkerftamme — und das ist das Einzige, mas fie einigt — die deutsche Rultur zu brechen suchen, um ihre Sonderinteressen pflegen zu können. Es ist kaum möglich, ein klares Bild über die fich widerstrebenden Rräfte in Ofterreich-Ungarn zu gewinnen, und doch ist dies die notwendige Voraussetzung bei einer Beurteilung unferer jetigen und unferer gufunftigen beutschen Sandels= politik. Wird die deutsche Rultur ju Gunften der Magnaren und Slaven verdrängt, dann tritt an uns Reichsbeutsche die Frage heran, ob wir bei Regelung unseres handelspolitischen Berhältnisses zu Österreich-Ungarn auch ferner noch andere, als ausschließlich wirtschaftliche Interessen berücksichtigen follen. Man hat in ber öfterreichisch-ungarischen Monarchie noch lange nicht die wirtschaftliche Vormachtsstellung des Deutschen Reichs, weil sie nie scharf hervorgehoben wurde, voll anerkannt. Drängen die österreichisch= ungarischen Verhältnisse bas Deutsche Reich auf Betonung ber rein materiellen Beziehungen, so murbe ficherlich die Folge eine Sandelspolitik fein. in ber die Abhängigkeit bes öfterreichifch-ungarischen Marktes von bem reichsbeutschen die Grundlage des Vertrages bilden murde.

Während also in Österreich-Ungarn, je mehr wir uns der Gegenwart nähern, die Beurteilung der Handelspolitik schwieriger und verwickelter wird und die Zukunft wie ein ungelöstes Rätsel vor uns liegt, läßt sich der Entwicklungsgang der deutschen Handelspolitik in seinen Grundzügen klar übersehen. Preußen brach durch das Handels- und Zollgeset vom 26. Mai 1818 zuerst unter allen deutschen Staaten und, wie man wohl ohne Übertreibung hinzusügen darf, auch unter allen europäischen Staaten, mit der merkantilistischen Handels- und Wirtschaftspolitik des 18. Jahrhunderts. Damals sielen die trennenden Zollschranken zwischen Stadt und Land, zwischen Provinz und Provinz; der gesamte Staat wurde wirtschaftlich in ein Gebiet zusammengesaßt und nur ein Grenzwall bildete die trennende Linie nach dem Auslande. Die Zollsäße sicherten einen nur mäßigen Schutz der einheimischen Industrie. Auf diesen wirtschaftlichen Grundlagen baute eine weitausschauende Politik ein stolzes Gebäude auf.

Den entscheidenden Wendepunkt in der deutschen Geschichte bilbet dann die Gründung des Zollvereins am 1. Januar 1834. Die Einigung der wirtschaftlichen Produktionskräfte ging so der politischen Einigung vor aus. Nur ein großer Staat, Österreich, sehlte im Zollverein; seine Staatsmänner maßen den wirtschaftlichen Fragen im Vergleich zu den politischen eine untergeordnete Bedeutung bei, und erst als es zu spät war, erkannten sie, welche Stärkung Preußen in seiner politischen Stellung durch die

Beherrschung bes Zollvereins errungen hatte. Als Österreich versuchte, bem Rollverein beizutreten, fette ihm Breußen hartnäckigen Widerstand entgegen; bie Thätigkeit von Bismard, fowohl als Bundestagsgefandter in Frankfurt a./M., wie als preußischer Ministerpräsident, mar darauf gerichtet, Ofter= reichs Eintritt in ben Bollverein zu verhindern; die mäßige Schutzollpolitik bes Rollvereins murbe beshalb aufgegeben und Anschluß an bas englisch= frangofische Handelsvertragsinstem gesucht, in der richtigen Erkenntnis, daß Österreich auf diesem Weg nicht folgen werde. So vollzog sich in den sechziger Jahren ber Übergang vom Schutzoll zum Freihandel in Deutschland nicht aus rein wirtschaftlichen Urfachen. Der Krieg von 1866 vollendete end= gültig die Trennung zwischen Öfterreich = Ungarn und dem Deutschen Reich. Auf die deutsche Sandelspolitik blieben dann die weiteren kriegerischen Ereignisse und politischen Wandlungen ohne Ginfluß. Erst Ende der siebziger Sahre erfolgte die lette entscheidende Wendung in der Wirtschaftspolitik. Dem industriellen Schutzoll von 1879 folgte 1885 der agrarische. ben damals geschaffenen wirtschaftlichen Grundlagen stehen wir im wesent= lichen auch heute noch.

Die vom Grafen Caprivi eingeleitete Handelspolitif: Übergang vom autonomen Tarif zu langfriftigen Handelsverträgen und Minderung des Agrarschutzes, bedeutet eine wesentliche Abweichung der vom Fürsten Bis=marck eingeschlagenen Politik. Es ist die Aufgabe der vom Verein für Socialpolitik herausgegebenen handelspolitischen Abhandlungen, die Bor=teile und Nachteile dieser Politik zu untersuchen.

She wir auf die Verhandlungen, die zum Abschluß des Handelsvertrages von 1891 führten, näher eingehen, wird es angemessen sein, die allgemeine wirtschaftliche Lage der beiden vertragschließenden Staaten kurz zu berücksichtigen. Zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich besteht ein sehr reger Warenaustausch.

Anteil Österreich= Ungarns am Specialhandel des deutschen Zollgebiets.

	1886	1887	1888	1889	1890
Einfuhr	13,9º/o	$13,4^{0}/_{0}$	$13,1^{\rm 0}/_{\rm 0}$	$13,1{}^{0}/{}_{ m o}$	14,0°/o
Ausfuhr	9,6 "	9,5 "	9,6 "	10,5 "	10,3 "

Bei ber Einfuhr nahm Öfterreich=Ungarn in ben siedziger Jahren bie erste Stelle ein, bis es seit 1884 burch ben wachsenden Handelsverkehr mit England auf die zweite Stelle herabgebrückt wurde; aber auch auf

biefer Stufe konnte es sich nicht behaupten, die Einfuhr aus Rußland übertraf die österreich-ungarische in den Fahren 1888 und 1889.

Der relativ größte Teil ber beutschen Ausfuhr geht nach England; an zweiter Stelle folgte bis 1889 Österreich-Ungarn, seitbem steht es an britter, die Bereinigten Staaten aber an zweiter Stelle.

Wir sehen also, wie in den Jahren, die dem Abschluß des Handelsvertrags von 1891 vorausgingen, ein wesentlicher Wechsel in der Rangstellung der Haupthandelsstaaten in dem deutschen Außenhandel sich geltend
macht, wie Österreich-Ungarn bei der deutschen Ausenhandel sich geltend
migten Staaten, bei der deutschen Einfuhr dagegen hinter Rußland zurücktritt. Bei der Beurteilung des relativen Warenumsatzes können wir also
ein Zurückgehen des österreich-ungarischen Handels feststellen.

Wefentlich anders liegen die Verhältnisse, wenn man fie vom öfterreich= ungarischen Standpunkt aus betrachtet.

Anteil des Warenhandels (ohne Metalle und Münzen) über bie Grenzen gegen Deutschland am Specialhandel des öfterreicheungarischen Zollgebietes.

	1886	1887	1888	1889	1890
Einfuhr	$61,6^{\rm o}/_{\rm o}$	$57,1$ $^{\rm 0/o}$	56,9 º/o	$56,1^{ m o/o}$	56,2 º/o
Ausfuhr	75,8 "	67,6 "	64,9 "	62,2 "	76,9 "

Die hier mitgeteilten Bahlen burften etwas höher sein als die thatfächliche Ausfuhr und Ginfuhr Öfterreich-Ungarns nach und von bem Deutschen Reich ergiebt. Das Bilb aber, bas wir aus biefen Bahlen gewinnen, wird nicht wesentlich durch diesen Mangel beeinflußt werden. Bährend die deutsche Ausfuhr nach Österreich-Ungarn nur 9,5% bis 10,5 % ber gefamten Ausfuhr ausmacht, schwankt die österreich = ungarische Ausfuhr nach Deutschland um die Sälfte bis zu zwei Drittel ber gefamten Ausfuhr. Und beträgt die deutsche Ginfuhr aus Österreich = Ungarn 13,0 % bis 14,0 %, so sehen wir die österreich-ungarische auf 50 und mehr Prozent ansteigen. Diese Rahlen geben uns ein Bilb ber wirtschaftlichen Kraft, die beide Staaten einsetzen konnten. Wenn in Österreich-Ungarn fast brei Biertel der gesamten Ausfuhr nach Deutschland ging, in Deutschland aber nur ein Zehntel feiner Ausfuhr nach Österreich, so ist ohne weiteres klar, daß Deutschland, wenn ficher unter großen Nachteilen, auf seine Ausfuhr verzichten könnte, ohne den wirtschaftlichen Bestand des Reichs zu gefährden; nicht das Gleiche läßt sich von Österreich = Ungarn behaupten. Die ganze äußere und innere Handelspolitik ift vom Absate und dem Bezuge auf den deutschen Märkten abhängig; fiele plöglich dieser ganze Warenumsat weg, so stände Österreichsungarn vor einer schweren Krisis. Eine große Handels und Industrienation kann im äußersten Fall wohl für  $10^{\rm o/o}$ , aber nicht für gegen zwei Drittel seines Aussuhrhandels sich Ersat verschaffen. Wägt man die Stellung beider Nationen gegenseitig ab, so sieht man, daß Österreich-Ungarn größere Intersessen als Deutschland an einer festen Regelung seiner auswärtigen Handelsbeziehungen hatte.

Noch ein anderes Moment trat Ausgang der achtziger Jahre in Österreich-Ungarn hinzu, das Interesse an dem ungestörten Fortgang seines Warenumsates mit Deutschland zu erhöhen: Die Gefährdung seines Drienthandels. In den Balkanstaaten ging der Warenumsat Österreich-Ungarns immer mehr und mehr zurud, und boch wies bas natürliche wirtschaftliche Schwergewicht ber Monarchie gerade auf die Pflege dieses Handels hin. Eine einzig großartige Berkehröstraße, die Donau, durchzieht die nördliche Balkanhälfte, und nicht wie in anderen europäischen Staaten, bilbet die politische Grenze die Trennung zweier Rulturvölfer; Rumanen und Serben wohnen auch in ben Ländern der öfterreich-ungarischen Krone, und unmerkbar für das Auge des Reisenden fließt die ungarische Grenze mit der ber Balkanstaaten zusammen. Sier machten fich die Vorteile des vielsprachigen Reiches geltend, und lange hat es Öfterreich verstanden, die Gunft seiner ethnographischen Lage aus= Gegen Mitte ber achtziger Jahre erlitt bagegen sein Handel in zunuken. dieser Richtung eine merkliche Ginbuße.

Warenverkehr (ohne Edelmetalle) über bie öfterreich = ungarische Grenze nach:

	R	umänien.		@	serbien.	
	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamter	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamter
			Warenumsat		2	Warenumsa <b>t</b>
		in 1000 G1	ulben	in	1000 Gulbe	en
1884	$33\ 367$	$45\ 355$	78722	13531	17445	30976
1885	40 047	$39\ 157$	79 204	14 162	13991	$28\ 153$
1886	10 094	$34\ 370$	44 464	<b>15 69</b> 8	18373	34 071
1887	4 322	<b>2</b> 3 <b>7</b> 2 <b>7</b>	<b>2</b> 8 <b>049</b>	14 167	12727	26894
1888	2816	$25\ 650$	<b>28 466</b>	$14\ 297$	13 <b>634</b>	$27\ 931$
1889	2891	$24\ 925$	27816	15893	17 747	33640
1890	3813	30 035	33 848	$20\ 074$	16 617	$36\ 691$

Die Zahlen lassen nicht die volle Größe des Verlustes erkennen; sie spiegeln nur den Stillstand resp. Rückgang des österreich-ungarischen Handels wieder. In den genannten Jahren gelang es anderen Nationen, vor allem dem Deutschen Reiche, auf dem Balkan festen Fuß zu fassen und an dem steigenden

Warenverkehr einen immer größer werdenden Anteil zu erringen. Mit banger Sorge fah die öfterreichische Industrie, die an der Ausfuhr nach diesen Ländern am meisten interessiert mar, dieser Entwicklung zu; ein ihr seit Sahrhunderten zustehendes, früher von ihr völlig beherrschtes Absakgebiet ging ihr langfam verloren und, wie die öfterreichischen Industriellen glaubten, nicht etwa infolge einer Minderung ihrer Leiftungsfähigkeit, fonbern durch die Nachgiebigkeit des öfterreichischen Staates gegen die handels= politischen Wünsche Ungarns. Die Erhaltung und Erweiterung ihres Absatgebietes in den Balkanstaaten schien ihnen wichtiger als ihr Absatz auf bem beutschen Markte. Und wenn fie trothem für die Aufgabe ber autonomen Tarifpolitik und für Abschluß eines Sandelsvertrags mit dem Deutschen Reiche eintraten, so mar es, weil fie hofften, bag bas Deutsche Reich in einem Handelsvertrag für die Ginfuhr an landwirtschaftlichen Erzeugnissen gewisse Zugeständnisse zu Gunften Ungarns machen werde, und daß dann die Ungarn fich der öfterreichischen Industrie bei einem mit Rumänien abzuschließenden Handelsvertrag erkenntlich erweisen würden. derung lautete demnach: gleichzeitiger Abschluß eines rumänischen und deutschen Sandelsvertrags.

Früher hatten die Forderungen der öfterreichischen Industriellen anders gelautet; wesentlich auf ihr Betreiben hin hatte 1876 die österreichungarische Regierung ben handelsvertrag mit bem Deutschen Reich gefündigt und 1878 einen autonomen Zolltarif aufgestellt. An die Stelle lang= jähriger vertragmäßig geregelter Sandelsbeziehungen trat feit bem 16. September 1878 ein einfacher, zunächst auf ein Sahr gültiger, Meist= begunstigungsvertrag. In den folgenden Jahren verschärfte fich das hanbelspolitische Berhältnis zu Deutschland; ber Meistbegunstigungsvertrag wurde wohl zweimal auf je ein Sahr verlängert, aber eine Reihe fast feit Sahrhunderten bestehender Erleichterungen im gegenseitigen Berkehr fielen meg: der Grenzverkehr murde erschwert und der Veredelungsverkehr aufgehoben (23. Dezember 1882). Der am 23. Mai 1881 abgeschlossene Sandelsvertrag ließ im wesentlichen alles beim alten; es traten feine Roll= ermäßigungen ein und es murden keine Berkehrserleichterungen gemährt. In feinem inneren Kerne mar biefer Handelsvertrag nur die Umschreibung eines reinen Meiftbegunftigungsvertrages.

Ende der siedziger Jahre war das Deutsche Reich vom Freihandel zum Schutzoll übergegangen. Zuerst wurden Industriezölle erlassen, später auch hohe Agrarzölle. Diese deutsche Wirtschaftspolitik beeinflußte die österreichsungarische Handelspolitik; man ahmte die Agrarzölle zunächst in dem autosnomen Tarif von 1882, dann in der Zollnovelle von 1887 nach. So hatte Schriften XCVIII. — Verhandlungen 1901.

bie Schutzollpolitik die beiben Staaten, die früher in einem so engen handelspolitischen Verkehr miteinander standen, ernstlich entzweit. In Österreich war Ende der achtziger Jahre eine starke Strömung für den Abschluß eines Handelsvertrages mit dem Deutschen Reiche vorhanden; man glaubte zudem in dem mehrfach umgearbeiteten Zolltarise für die Zollverhandlungen eine bessere Wasse, als die Deutschen in ihrem Zolltaris besaßen, zu haben. In dieser Hossmung hat man sich nicht getäuscht.

Auch in Ungarn strebte man den Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland an. Mit Mißgunst sahen die ungarischen Landwirte, wie die steigende deutsche Kauskraft in agrarischen Produkten von anderen Staaten ausgenutzt wurde, und wie der eigene Absatz mehr und mehr zurückging.

Alles in allem verlangten in Öfterreich wie in Ungarn Industrie und Landwirtschaft die Aufgabe der autonomen Tarispolitik und ihren Ersat durch Abschluß von Handelsverträgen. Weite und mächtige Interessenkreise brängten daher seit Ausgang der achtziger Jahre darauf, die seit 1878 einsgeschlagenen Wege der Handelspolitik zu verlassen.

Wefentlich anders als in Öfterreich-Ungarn lagen die Verhältnisse im Deutschen Reiche. Aus Ursachen, die hier nicht besprochen zu werden brauchen, war in Deutschland Ende der siedziger Jahre eine handelsvertragsfeindliche Strömung sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft entstanden, und als Fürst Bismarck diese Bestrebungen seinen Interessen dienstdar machte, schwenkte in kurzer Zeit die deutsche Handelspolitik vom Freihandel ab und dem Schutzoll zu: an die Stelle des Vertragshandelssystems trat ein autonomer Tarif. Das Deutsche Reich erlangte zunächst einen wesentlichen Vorteil — volle Freiheit. Ohne Berücksichtigung etwaiger entzgegenstehender Interessen anderer Staaten, konnte Deutschland 1879 eigensmächtig seine Zollsätze festsetzen, und doch sicherte ihm die Meistbegünstigungssklausel gleichzeitig den Jugang zu dem europäischen Handelsvertragssystem; während der autonome deutsche Tarif die Einfuhr erschwerte, genoß die deutsche Ausschlaft der Berstragshandelsstaaten lagen.

War diese Politik auf die Dauer haltbar? Ende 1892 liefen die meisten Handelsverträge, die das europäische Vertragssystem ausmachten, ab, und beizeiten mußte man sich die Frage vorlegen, ob es auch nach 1892 noch für das Deutsche Reich angezeigt sei, an der autonomen Tarispolitik sestzuhalten. Die zunehmende Bevölkerung, das rasche Wachstum der Insustrie drängte auf eine gewisse Sicherung der deutschen Aussuhr. Nur in den Handelsverträgen erhalte das Deutsche Keich die Möglichkeit, wie in

industriellen Kreisen behauptet wurde, auf die Zollpolitik anderer Staaten einzuwirken und die Ermäßigung ober zum mindesten die Bindung wichtiger Zollsäße zu fordern; beharre man dagegen bei der autonomen Tarispolitik, so bestände die Gefahr, daß im Ausland oft von heute zu morgen, ohne jede Berücksichtigung der Interessen der deutschen Aussuhrindustrie, die Zollsäße erhöht werden könnten und daß dann alle wirtschaftliche Berechnung in den internationalen Handelsbeziehungen vereitelt werde.

Wir wissen, daß Fürst Bismarck diesen Gründen kein Gewicht beisgemessen hat: ihm erschien es auch nach 1892 für die deutsche Volkswirtschaft vorteilhaft, die autonome Tarifpolitik fortzusetzen.

Bei einer Beurteilung der deutschen Verhältnisse kann die agrarische Bewegung nicht übergangen werden. Der agrarische Schutzoll, der 1880 einsetze, dann sich in den Zollnovellen von 1885 und 1887 verschärfte, war völlig überraschend gekommen; er brachte eine tiefgehende Trennung der einzelnen Produktivstände, der politischen Parteien und Wirtschaftspolitiker. Die agrarischen Kreise glaubten, da ihnen der autonome Taris den Schutzzoll gebracht hatte, an der bestehenden Handelspolitik seine Aussellen; sie waren gegen jede Vertragshandelspolitik. Umgekehrt hofften die antizagrarischen Kreise von einer Vertragshandelspolitik eine Ausshedung oder doch zum mindesten eine Ermäßigung der Agrarzölle und in weiterer Folge dann eine Schwächung der agrarischen Partei. Politische Motive verbanden sich so mit wirtschaftlichen.

Die Entwicklung der internationalen handelspolitischen Lage trug ferner dazu bei, die Sorge für die Zukunft des deutschen Handels zu erhöhen. Der Warenumsat mit Rußland war beständig im Steigen begriffen; aber nur einseitig, die russische Sinsuhr wuchs erheblicher als die Ausfuhr, die Handelswarenbilanz wurde für das Deutsche Reich immer ungünstiger.

Specialhandel bes Deutschen Reichs mit Rugland:

			•	•	
	1886	1887	1888	1889	1890
		in 1000	Mark		
Einfuhr	$264\ 334$	$362\ 280$	$456\ 499$	551797	541 887
Uustuhr	$148\ 354$	$131\ 596$	199633	196899	$206\ 457$
Mehreinful	hr 115 980	230 684	256 866	354 898	335 430

Wo follte das enden! Rußland erschwerte durch eine feindliche Zoll= politif die deutsche Einfuhr und schien dem Abschluß eines Handelsvertrags mehr als je abgeneigt zu sein.

<sup>1</sup> Lot, Die Handelspolitik des Deutschen Reichs unter Graf Caprivi und Fürft Hohenlohe; in Beiträgen zur neuesten Handelspolitik. 3. Bb., S. 66.

Anhang III.

In den Vereinigten Staaten hatte ferner eine hochschutzöllnerische Strömung den Sieg errungen. Die Mac Kinley-Bill trat 1890 in Kraft; sie enthielt fast prohibitiv wirkende Zölle für die Einsuhr von Textilwaren. Ein wichtiges und zum Teil altes Absatzebiet der deutschen Industrie ward damit auf das äußerste bedroht. Und dann traten in Nordamerisa wie in England Bestrebungen auf Abschluß eines großen Wirtschaftsgebietes auf. Noch waren es Sturmvögel, sie verfündeten das Herannahen eines schweren Ungewitters. Wie sollte Mitteleuropa, wie vor allem Deutschland, wirtschaftlich gegen diese großen geschlossenen Wirtschaftskörper bestehen?

Unter dieser veränderten Wirtschaftslage trugen Industrie und Handel Bedenken, ob sich die alte Wirtschaftspolitik zum Vorteile des Deutschen Reichs werde länger behaupten können; es begann eine kräftige Bewegung zu Gunften einer Handelsvertragspolitik einzusetzen.

Am 20. März 1890 legte Fürst Bismarck sein Amt nieder. Die Ursachen, die zu seinem plötzlichen Sturz führten, entziehen sich der allgemeinen Kenntnis. Wenige Monate nach dem Abgange des Fürsten Bismarck — kaum hatte sich sein Nachfolger in die laufenden Geschäfte eingearbeitet — können wir eine völlige Abschwenkung in unserer Handelspolitik beobachten. An leitender Stelle entschied man sich, mit der autonomen Tarispolitik zu brechen und zur Handelsvertragspolitik überzugehen. War diese Wendung schon früher beabsichtigt gewesen? Hat der Widerstand, den Fürst Bismarck gegen diese Handelspolitik hegte, mit zu seinem Sturze beigetragen?

Am 17. September 1890 trafen sich auf dem Schloß Rohnstock der beutsche und österreichische Monarch mit ihren Staatsmännern. Bei den dort gepflogenen Unterredungen wurde auch die Frage des Abschlusses eines Handelsvertrages erörtert. Es pflegt nicht diplomatischer Brauch zu sein, in die Besprechung solcher wichtiger Fragen plötzlich unvermittelt einzutreten; wir dürfen daher wohl annehmen, daß die führenden Staatsmänner schon vorher ihre Absichten über die Gestaltung der zukünstigen Handelsverhältnisse ausgetauscht haben. Alles dies geschah knapp ein halbes Jahr nach dem Rücktritte des Fürsten Bismarck!

Unläßlich des Besuches Kaiser Wilhelms II. in Wien — am 1. Oktober 1890 — wurde eine principielle Einigung über den Abschluß eines Handbelsvertrags erzielt. Wenige Wochen später forderte die deutsche Reichseregierung die Bundesstaaten auf, Vertreter zu einer Besprechung der beutsch=ungarischen Handbelsverhältnisse nach Berlin zu senden.

#### Der österreich=ungarische Tarif und die deutsche Aus= fuhr nach Österreich=Ungarn.

Der Beschluß, in vertragsmäßige Handelsbeziehungen zu Österreich= Ungarn zu treten, war mit Aussendung dieser Einladungen offiziell von der deutschen Reichsregierung gefaßt. Jedem Abschluß eines Handelsvertrages sollten eingehende Untersuchungen über die allgemeine wirtschaftliche Lage und über den Berlauf der wechselseitigen Handelsbeziehungen vorausgehen.

Die Stellung, die damals Deutschland im europäischen Wirtschafts= fystem einnahm, und welche Schlüsse sich daraus in seinem künftigen Ber= halten gegen Österreich-Ungarn ableiten lassen, sollen hier nicht erörtert werden; dagegen erscheint es notwendig, wenn auch nur in einem kurzen Überblick, den österreich-deutschen Warenhandel prüfend zu betrachten.

Wenn man die weitschichtige neuere Handelslitteratur überblickt, wird man die Beobachtung machen, daß fast immer alles Gewicht ausschließlich auf die wirtschaftliche Gesamtlage gelegt wird; dagegen aber, ausgenommen bei hochpolitischen Zöllen, dem Tarif, dem Zollsustem und dem Umfang des Warenabsates nach den einzelnen Zollpositionen nicht der gebührende Wert zuerkannt wird. Man kann sogar behaupten, daß die heute weder in der Brazis noch in der Theorie, diejenigen Punkte, auf deren Feststellung und Erkenntnis es dei einem Abschluß eines Handelsvertrages wesentlich ankommt, genügend geklärt sind.

Man pflegt, wenn man die Wirkungen eines Handelsvertrages unterfuchen will, ausschließlich Gewicht auf die absolut großen Warenumsätze zu legen — die bedeutendsten Einfuhr= und Ausschhrartikel werden aufgezählt 1 —, und doch handelt es sich bei Abschluß von Tarisverträgen auch um Festsetzung von Zöllen auf Waren, in denen nur ein relativ geringer Wertsumsatz stattsindet. Die kleinen Summen addieren sich und bedeuten schließ= lich in ihrer Gesamtheit mehr als die großen Einzelposten.

Versuchen wir es daher in Umrissen anzudeuten, worauf sich eine Prüfung der Zollartikel zu erstrecken hat.

Um den handelspolitischen Wert eines Artikels zu bemessen, wird es sich darum handeln, zunächst für das Aussuhrland folgende Punkte sestzustellen: wie groß ist die Gesamtaussuhr und welchen relativen Teil nimmt daran die Aussuhr nach dem betreffenden in Frage kommenden Staate ein. Nach dem Verhältnis der Sonderaussuhr zur Gesamtaussuhr richtet sich

<sup>1</sup> Bgl. 3. B. Statistif bes Deutschen Reichs, Bb. 135 III: auswärtiger handel bes beutschen Bollgebietes: Österreichellngarn.

ein Teil bes Wiberstandes, ber gegen eine etwaige Zollerhöhung erhoben werden kann. Führt z. B. Österreich einen Artikel ausschließlich nach dem Deutschen Reiche aus, so liegt die Gefahr nahe, bei etwaigen Forderungen, die Deutschland stellt, den ganzen ausländischen Absamarkt mit einem Schlage zu verlieren. Zumeist eine schwere Gefahr für die betreffende Industrie. Man wird deshalb geneigt sein, zur Erhaltung der Aussuhrpforte, weitgehende Zugeständnisse seinem ausländischen Abnehmer zu machen. Wesentlich anders liegen die Verhältnisse, wenn sich der Absah ins Ausland gleichmäßig unter mehreren Staaten verteilt; da hier der Aussuhr verschiedene Kanäle offenstehen, kann der Verlust eines ausländischen Absahalb größer und mit ihr der zu leistende Widerstand gegen ausländische Forderungen.

Die österreich-ungarische Ausschrftatistif, wie sie bis 1890 geführt wurde, läßt nicht für jeden Artikel annähernd genau seine ausländischen Absamärkte feststellen. Aber aus den schon mitgeteilten Gesantzissen des Außenhandels ergiedt sich, daß Österreich-Ungarn eine sehr große Anzahl von Artikeln ausschließlich nach dem Deutschen Reiche ausschrt, mit and deren Worten: daß die österreich-ungarische Industrie und Landwirtschaft auf den deutschen Markt angewiesen und von ihm abhängig ist; ein wesentlicher Aussall in dem Absah nach dem Deutschen Reich muß zu einer schweren Schädigung der Ausschrindustrien führen, es stehen für den vers minderten Absah zunächst keine neuen Wege ins Ausland offen.

Für den Einfuhrstaat steht die Frage im Vordergrunde: in welcher Abhängigkeit steht sein nationaler Markt von der Zufuhr eines Artikels aus dem betreffenden Staat? Die Untersuchung kann sich hier nicht damit begnügen, die Gesamteinsuhr und die relative Einsuhr festzustellen, man muß weiterzgehen und auch die Größe der nationalen Produktion und des eignen Ausstuhrhandels berücksichtigen. Erst wenn dies geschehen ist, kann man das nationale Interesse an der betreffenden Einsuhr voll ermessen, davon hängt dann aber ab, wie weit man in den Forderungen gehen darf, wie straff man den Bogen spannen kann.

Für die Untersuchung der Handelsbeziehungen zu Öfterreich-Ungarn fehlten 1890 alle Unterlagen über die Größe des nationalen Marktes, seiner Bedürftigkeit einer ausländischen Zusuhr, man kannte nur aus der unverscheichschlich besser geführten deutschen Handelsstatistif den Umfang der österreichungarischen Ein- und Ausfuhr. Inwieweit 1890 bei den Vorbereitungen zu den Handelsverträgen eine eingehende statistische Untersuchung des handelspolitischen Wertes der einzelnen zollpslichtigen Artikel stattgefunden

hat, entzieht sich unserer Beurteilung, es ist aber anzunehmen, daß man auf diese Frage keinen großen Wert gelegt hat.

Die vom Deutschen Reich wie von Österreich-Ungarn erlassenn autonomen Zolltarise hatten fast durchgängig die Zollsätze erhöht; auf die Ermäßigung derselben in einem neuen abzuschließenden Handelsvertrag hoffen die beteiligten Kreise. Wie hoch war nun der bestehende Zollschutz und wie hatte sich unter den geltenden Tarisen der deutsche Warenhandel mit Österreich-Ungarn gestaltet?

Der österreich=ungarische autonome Zolltarif hatte die Ausfuhr deutscher Industriewaren schwer geschäbigt; der Rollschutz, den die im wesentlichen österreichische Industrie genoß, mar außerordentlich hoch bemessen. Die deutsche Industrie hoffte, daß bei einem Handelsvertrag zum mindesten die drückendsten und härtesten Zollfätze fallen murben, damit sie den durch den autonomen Tarif verloren gegangenen Absatmarkt sich wieder erobern könnte. nach ber Sohe bes österreich-ungarischen Zollschutes fragen, so läßt fich nur eine bedingte Antwort geben. Der Bollfat fteht fest, die Warenwerte find beständigen Schwankungen unterworfen, und ferner giebt es mohl im Roll= tarif feine Position, die nicht Waren fehr verschiedener Qualität umfaßte. Eine Berechnung bes Berhältniffes vom Boll zum Warenwert hat beshalb immer etwas migliches. Die im Unhang angeführten Zahlen über die Bobe bes Bollichutes erstreden fich auf ben Zeitraum furz vor 1890. Sie geben aber einen Unhalt zu Beurteilung bes bamals geltenden Bollichutes. Un die Frage nach der Bohe des Bolls knüpft fich die nach der Größe der beutschen Ausfuhr. Die öfterreich-ungarische Statistik ist für die Sahre vor 1890 zur Beantwortung biefer Frage unbrauchbar. Sie giebt nur Bahlen an für die "Grenze über Deutschland". Wir muffen beshalb die Ausfuhrziffern nach der deutschen Sandelsstatistik geben; leider entsprechen jedoch die deutschen Zollpositionen den österreich-ungarischen nicht. Erft seit der Reform der öfterreich-ungarischen Sandelsstatistif haben wir Zahlen erhalten, die fich für die Beurteilung der deutschen Einfuhr verwerten laffen.

Im folgenden geben wir in tabellarischer Übersicht eine Reihe der wichtigeren Zollsätze, wie sie bis 1892 bestanden, und fügen Angaben über die höhe des Zollschutzes hinzu (vgl. Anhang).

Bei Erörterung zollpolitischer Fragen pflegt man auch heute noch sich meist mit Angabe bes Zollsaßes zu begnügen, ohne auf das Verhältnis des Zolles zum Warenwert näher einzugehen, und doch ist es durchaus notwendig, die Untersuchung darauf auszudehnen; wenn im österreich= ungarischen Tarif für 100 kg Cement der Zoll 0,50 Goldgulden, für Spiten 300 Goldgulden beträgt, so wird der Leser beim Lesen der Zahlen

glauben, daß Cement gegen Spiten verhältnismäßig niedrig verzollt würde; erst die Belastung des Zolles auf den Warenwert zeigt uns, daß bei Spiten der Zoll nur 13%, dei Cement 25% beträgt. Die Tabelle I zeigt, daß die österreichische Industrie einen außerordentlichen Zollschutz gesnoß. Wie dieser wirkte, wollen wir noch eingehender an einigen deutschen Ausschlichen zeigen.

An erster Stelle steht hinsichtlich bes Absatzes nach Österreich-Ungarn bie beutsche Eisenindustrie, an zweiter die Textilindustrie. Nach der österreich-ungarischen Statistik ergiebt sich, daß weit mehr als die Hälfte der österreich-ungarischen Gesamteinsuhr an Waren in dieser Industrie auf die deutsche Einfuhr kommt.

Bei der Textilindustrie erscheint die deutsche Einfuhr im Verhältnis zur Gesamteinsuhr nicht so bedeutend als wie die der Eisenindustrie. Trennt man dagegen die Einfuhr in Waren und Garne, so ändert sich das Verhältnis. Die deutsche Aussuhr an Garnen aus Baumwolle, Leinen, Wolle; Seide ist nicht belangreich; ferner stammt sie wohl zum größten Teil aus dem Durchsuhrhandel her, dagegen ist die Aussuhr an Waren aus Baumwolle, Leinen und Wolle bedeutend.

Auf diesen beiden Industriegebieten besitzt Österreich für seine zum Teil mit Deutschland konkurrierenden Industrien einen hohen Zollschuß. In der Textilindustrie sinden wir für Baumwollwaren einen Zoll, der 25—30% des Warenwertes ausmacht, für Leinenwaren einen etwas mäßigeren Zollschuß; er beträgt nur 10—14%, für Posamentierwaren steigt er wieder auf 21% des Warenwertes; für Jutegewebe beträgt er durchschnittlich 20%, für Wollwaren 13—30%, für Seidenwaren 10—18%. Bei dem fortschreitenden schärferen Wettbewerd auf den internationalen Märken konnte Deutschland sein durch Jahrzehnte behauptetes Absatzebiet in Österreichsungarn nicht erhalten. Wir fassen die Ergebnisse der Tabelle II hier kurz zusammen.

#### Deutsche Ausfuhr nach Öfterreich = Ungarn.

	Im	Durchschnitt In	1000 Mark
Baumwollwaren	1880/85	5 669	
	1889/91	4 469	Abnahme: 1 200
Wollwaren	1880/85	15 401	
	1889/91	$10\:845$	" 4 556
Halbseidene und Seidenwaren	1880/85	6320	
	1889/91	$4\ 632$	"
Kleider, Leibmäsche, Putwaren	1880/85	$\mathbf{2451}$	
	1889/91	1 871	" 580

Bei sämtlichen angeführten Waren zeigen die Jahre 1889/91 im Versgleiche zu denen 1880/85 einen Rückgang der deutschen Aussuhr, der bei Wollwaren beforgniserregend groß war. Die Wirkung des öfterreichsungarischen autonomen Tarifs auf den deutschen Handel kommt in diesen Zahlen klar zum Ausdruck.

Trübe war auch die Lage für die Ausfuhr der deutschen Eisenin dustrie. Der Zollschutz war hier noch höher als der für die Textilindustrie. Eisen und Stahl betrug der Boll über 40 % bes Warenwertes, allein für Gisenbahnschienen 42 %. für dreffierte Bleche und Platten über 30 %, für einfache Bleche und Platten stieg er auf 41-50 % und für vernickelte je nach ber Stärke sogar auf 50 und 65 %; bei verzinktem, vernickeltem Draht betrug der Boll gegen 50 % des Warenwertes. Uhnlich lagen die Bollverhaltniffe für die Ginfuhr von Balb= und Gang= fabrikaten ber Gifeninduftrie; für Gifen- und Stahlmaren ftieg ber Boll, je nachdem es gemeine, grob verarbeitete oder fein verarbeitete Artikel maren, von 22 % bes Warenwertes auf 42 %; für Drahtstifte betrug er 67 %; für feine Blechwaren betrug er 52 %, für Mefferschmiedwaren stieg er auf 142 % bes Wertes an. Und da beklagten sich die österreichischen Induftriellen über ungenügenden Zollschutz und glaubten in eine Ermäßigung ber bestehenden Rollfätze nicht einwilligen zu können! Es ist nicht unsere Aufaabe, hier zu untersuchen, ob und inwieweit der der öfterreichischen Eisenindustrie gewährte Hochschut Die gesamte übrige österreichische und ungarische Industrie in ihrer Entwicklung, Raufkraft und Ausfuhrfähigkeit geschädigt und behindert hat. Damit haben sich die österreichischen Wirtschaftspolitifer zu befassen. Die beutsche Gisenindustrie fah ihren Absat nach Öfterreich-Ungarn langfam aber unaufhaltsam zurückgeben; bafür sprechen die folgenden Rahlen eine beredte Sprache.

#### Deutsche Ausfuhr nach Ofterreich-Ungarn.

Jm	Durchschnitt	In 1000 Mark
Roheisen	1880/85	2689
	1889/91	486
Schmiedbares Gisen	1880/85	1 199
	1889/91	1 208
Grobe und gang grobe Gifenwaren	1880/85	13 302
	1889/91	7 477
Feine Gisenwaren	1880/85	3272
	1889/91	2974
Maschinen und Maschinenteile	1880/85	10 006
	1889/91	9212

Wenn wir von schmiedbarem Eisen absehen, in dem sich die Aussuhr auf gleicher Höhe gehalten hat, können wir bei sämtlichen übrigen Gruppen eine Abnahme der deutschen Aussuhr bemerken, die bei Roheisen fast einer Aufgabe des Artikels als Aussuhrware gleichkommt; bei groben und ganz groben Eisenwaren sehen wir einen Rückgang der Aussuhr um fast die Hälfte.

Auch in der chemischen, Leder=, Kapier=, Kautschuk= 2c. Industrie bezegennen wir ähnlichen Verhältnissen; überall, mit wenigen Ausnahmen, finden wir einen hohen österreichischen Zollschutz und einen Rückgang ober Stillstand der Aussuhr in deutschen Fabrikaten.

Waren das haltbare Zustände? Mußte hier nicht mit energischer Hand eingegriffen und Österreich vor die Forderung gestellt werden, seinen Zollschutz wesentlich zu ermäßigen. Und war es ungerecht, wenn die deutschen Ausschlichen hofften, daß durch die Handelsvertragsverhandlungen wenigstens die alten Zollsäße wiederhergestellt werden würden?

Bei Beurteilung bes österreichischen Zollschutzes sehen wir ganz ab, in die weitgehende Gliederung der einzelnen Zollpositionen, die geeignet war, den Zollschutz noch viel wirkungsvoller zu gestalten, näher einzugehen und einen Bergleich zwischen dem deutschen und österreich=ungarischen Tarif in dieser Hinscht zu ziehen.

# Der deutsche Tarif und die Einfuhr aus Österreich= Ungarn.

Es wird angemessen sein, auch auf den deutschen Tarif, wie er bis 1891 bestand, näher einzugehen. Auch hier kann es sich nicht darum handeln, alle einzelnen Zollsätze auf den Zollschutz, den sie gewähren, näher zu prüfen und auf den ganzen Umfang des Warenhandels einzugehen.

Nur eine Reihe wichtiger, für die Einfuhr aus Österreich-Ungarn in Betracht kommender Zollfätze seien angeführt.

Während die deutsche Einfuhr nach Österreich-Ungarn vorwiegend aus Halb- und Ganzfabrikaten bestand, versah uns Österreich-Ungarn mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln; nur ein geringer Teil der Einfuhr bestand in Halb- und Ganzfabrikaten. Daraus ergeben sich, da dies Berhältnis auch in der Gegenwart sich nicht geändert hat, wichtige Unterschiede in der Zollbehandlung. Betrachten wir die einzelnen Warengruppen gesondert, zuerst die Rohstosse, die zollsrei einzugehen pslegen.

Rohstoffe aus Österreich=Ungarn eingeführt im Durch=
schnitt ber Jahre 1889/91.

		In 1000 Mark zollfreie Waren	
	1.	Abfälle 10015	
	2.	Baumwolle u. Baumwollabfälle 10 070	
	7.	Erben, Erze 33 424	
	8.	Flachs 3559	
	12.	Bäute, Felle 13 619	
	19.	Rupfer 2876	
	30.	Seide und Seidenabfälle 6 258	
	33.	Steine 4 507 zollpflichtig 1 682	
	<b>34.</b>	Rohle, Roks 31 246	
	41.	Wolle und Wollabfälle 12 216	
3u	<b>42.</b>	Blei, Zink 484	

Die Ziffern zeigen, wie bebeutend die Einfuhr von Rohstoffen ist. Nur zum kleineren Teil — wie etwa bei Braunkohle — ist der deutsche Markt ausschließlich abhängig von der österreich-ungarischen Zusuhr, zumeist kann er Ersat aus anderen Staaten, wie Rußland, Bereinigte Staaten 2c., beschäffen.

Der Zollschutz für Halb= und Ganzfabrikate ist in Deutschland im Bergleich zu bem österreich=ungarischen mäßig zu nennen; es ist ferner zu bezucksichtigen, daß viele Halbsabrikate freien Eingang genießen, während im österreich=ungarischen autonomen Tarif durchgängig alle Fabrikate zoll=pflichtig sind.

Auch hier zeigt sich, wenn wir die Einfuhrzahlen zusammenstellen, wie groß die zollfreie öfterreich=ungarische Einfuhr war; betrug sie doch fast zwei Fünftel der zollpflichtigen Einfuhr.

halb = und Ganzfabrikate aus Ofterreich = Ungarn eingeführt im Durchschnitt ber Jahre 1889/91.

In 1000 Mark zollfreie	zollpflichtige Waren
2. Baumwollgarne und swaren —	583
5. Droguerie=, Apothekerwaren 11 423	1572
6. Eisen und Eisenwaren —	$12912^{1}$
10. Glasmaren —	4 330
11. Haare, Borsten, Federn 8 223	5866
15. Musikal. u. astronom. Instrumente —	2461
17. Kautschukfäden und sewebe —	204
18. Kleider, Butwaren —	<b>2278</b>
19. Rupferwaren —	2557
20. Kurzwaren, Quincaillerien —	7 490
21. Leder und Lederwaren —	16216
22. Leinengarn und swaren —	13 110
24. Litteraturgegenstände 10 938	-
26. Öl, Ölkuchen 1447	1 716
27. Papier und Papierwaren —	2708
28. Pelzwerk	181
30. Seibe und Seidenwaren —	1 284
35. Stroh: und Bastwaren —	148
38. Thonwaren, Mauersteine, Porzellan 409	880
41. Wollwaren	4 640

Die Einfuhr erreicht nur in wenigen Warengruppen einen größeren Umfang, z. B. in Leber und Leberwaren (Leber, Handschuhleber, grobe und seine Leberwaren, leberne Handschuhe), Leinengarn und Leinenwaren, Kurzwaren (Waren aus unedlen Metallen, aus Bernstein, Celluloid, Elsenbein, Fächern, Gespinsten), Haare, sowie Waren baraus (gereinigte und rohe Bettsebern, Schmucksebern, Vorsten, Pferbe= und Menschenhaar), Wollengarn und Wollen= waren, Glaswaren (rohes ungeschliffenes Spiegelglas, Glasbehänge, Wasserglas, Glasplättchen, Glasperlen, farbiges Glas, Glaspließe, Glas= und Emailwaren), Papier und Papierwaren (Holzstoff und Cellulose, Pappen, Löschpapier, Schreib=, Druck=, Zeichenpapier, Papierwaren).

Ganz anders liegen die Verhältnisse bei den Nahrungs= und Genuß= mitteln; hier war durch die Zollgesetze vom 24. Mai 1885 und vom 21. Dez. 1887 ein erheblicher Zollschutz eingeführt worden. Der Zoll bestrug bei Gerste gegen 16% des Warenwertes, bei Weizen gegen 26%, bei Roggen gegen 37%; das Verhältnis des Zolles zum Warenwert ist

<sup>1</sup> Gemehre murben 1890/91 aus Öfterreich eingeführt, sonst pflegt die Einfuhr 2-2,6 Mill. Mark zu betragen.

jedoch bei dem Getreide erheblichen Schwankungen ausgesetzt, sodaß die mit= geteilten Zahlen nur ein Spiegelbild der Jahre 1888/89 geben. Unter dem beutschen Agrarschutz hatte die österreich=ungarische Ausfuhr stark gelitten.

Einfuhr aus Öfterreich=Ungarn1.

	Rog	gen	Weizen			
im Durchschnitt	1880/84	1885/89	1880/84	1885/89		
	$d\mathbf{z}$	dz	dz	dz		
	$552\ 136$	92298	1440226	$900\ 240$		
Bon ber Gesamteinfu	hr kamen au	ıf Österreich=	U <b>n</b> garn			
	7,12°/o	$1,25^{\rm o}/_{\rm o}$	26,93°/o	20,0°/o		

Früher hatte Öfterreich-Ungarn auf bem beutschen Markt seine ganze Überproduktion absetzen können, jetzt war es mit seiner Aussuhr bedrängt; neben ihm standen andere glücklichere Konkurrenten; nur in der Zufuhr von Braugerste behauptete es seine alte Stellung. Bon öfterreich-ungarischer Seite aus hoffte man durch einen Differentialtaris sich eine bevorzugte Stellung gegen Rußland und wohl auch gegen die Bereinigten Staaten zu sichern.

Auch die öfterreich=ungarische Viehaussuhr war infolge der deutschen Zollpolitik zurückgegangen, die Höhe des Zolles, der 5—15 % des Wertes ausmachte, war hier wohl nicht allein ausschlaggebend.

Bieheinfuhr aus Öfterreich= Ungarn in bas beutsche Zollgebiet.

Pferde 1878	3 10 062	Stück	1888	6680	Stüd
1879	9 16 310	"	1889	9 300	"
1880	0 13 281		1890	10 641	,,
<b>b</b> urchschnittlid	13 218	"		8874	"
Stiere und Ochsen 1878	57 911	,,	1888	8 013	"
1879	9 26 121	,,	1889	9891	,,
1880	14 693	"	1890	12864	"
durchschnittlid	32 908	"		$10\ 256$	"
Rühe 1878	3 25 738		1888	12165	"
1879	10 145	"	1889	$19\ 089$	,,
1880	11 878	"	1890	28491	"
durchschnittlich	15 887	"		$19\ 915$	"
Jungvieh, Kälber 1878	3 22 069	"	1888	8 226	"
1879	12 222	"	1889	11 171	# .
1880		"	1890	16097	"
burchschnittlich	14 195	"		11831	"
Schweine 1878	343 744	"	1888	<b>169</b> 483	"
1879	418 057	"	1889	123920	"
1880	313 390	"	1890	<b>161</b> 628	11
durchschnittlich	358 397	"		151 677	"

<sup>1</sup> Dabe, Die Agrarzölle, in Beitr. zur neuesten handelspolitif Deutschlands. 2. Bb. S. 66.

Spanferkel	1878	38 213	Stück	1888	$15\;602$	Stück
	1879	<b>21</b> 8 <b>4</b> 3	"	1889	7 704	"
	1880	52751	"	1890	306	"
	durchschnittlich	<b>37</b> 602	"		7 870	"
Schafvieh	1878	537 316	"	1888	32	"
	1879	$182\ 609$	"	1889	<b>2</b>	
	1880	35012	"	1890	1	"
	durchschnittlich	251645	"		13	"

Sieht man von der geringfügigen Mehrzufuhr von Kühen ab, so zeigen die verglichenen Jahre durchgängig eine zum Teil sehr erhebliche Abnahme der Vieheinsuhr. Un der Hebung der Viehaussuhr waren aber sowohl Österreich wie Ungarn beteiligt, und da nicht allein die Zollgesetzgebung, sondern fast noch mehr die von Deutschland aus sanitären Gründen erlassenen Vieheinsuhrverbote die Aussuhr unterbunden hatten, so war zu erwarten, daß man von österreich-ungarischer Seite auf Ermäßigung der Viehzölle und aus Sicherstellung des Viehhandels gegen eine, wie man in Österreich annahm, willkürlich geübte Sanitätskontrolle dringen würde.

Unter der öfterreich-ungarischen Aussuhr nehmen ferner eine ins Gewicht fallende Stellung Hopfen und Hopfenmehl, Mehl und Sier von Geflügel ein. Der Zoll für Mehl war außerordentlich hoch, er betrug gegen  $40\,^{\rm o}/_{\rm o}$  des Warenwertes, überragt also alle anderen Agrarzölle wesentlich; für Hopfen betrug er  $8\,^{\rm o}/_{\rm o}$  und für Sier  $4\,^{\rm o}/_{\rm o}$  des Warenwertes. Bei den großen Beträgen, um die es sich bei diesen Waren handelte, mußte schon eine geringe Ermäßigung des Zolles in das Gewicht fallen.

Schließlich wäre biefer Gruppe zuzuzählen: Bau= und Nutholz; Öfterreich=Ungarn führte nach Deutschland hauptsächlich Holzborke und Gerber= lohe aus; ber Zollfat betrug gegen 4 % bes Wertes.

Die folgende Tabelle giebt eine Übersicht über ben Umfang bes Handels in dieser Gruppe.

Nahrungsmittel= und Holzeinfuhr aus Öfterreich=Ungarn im Durchschnitt ber Jahre 1889/91 eingeführt.

In 1000 Mark	zollfreie	zollpflichtige Waren
9. Getreide und Erzeugnisse des Landbaues	25416	108 107
13. Holz und Holzwaren	2 261	71 483
14. Hopfen	_	5 613
25. Materialwaren	1 050	• 46 029
37. Tiere und tierische Produkte	7068	30 288
39. Vieh		48 009

In dieser Gruppe handelt es sich bei der Einfuhr um ganz andere Beträge als bei der zweiten: Halb= und Ganzsabrikate. Die zollfrei ein=

gehende Waren sind, bei Getreibe und ben Erzeugnissen des Landbaues: Blumen, Futtergewächse, Kartosseln, Kleesaat, Sparsettesaat, frische Küchengewächse, frisches Obst, Stroh und Häcksel, Sämereien, — bei Holz und Holzwaren: Brennholz und Schleisholz, Bernstein, Tierhörner, — bei den Materialwaren: frische Fische, — bei den Tieren und tierischen Produkten: lebendes Federvieh, animalische Waschschwämme, frische Milch, Flußkrebse, Sier von Gestügel (allein zollpflichtig).

Überblickt man die angeführten Tabellen, so ergiebt sich, daß die beutsche Aussuhr nach Österreich-Ungarn, weil sie zumeist aus Halb- und Ganzsabrikaten bestand, mehr als die österreich-ungarische Sinfuhr nach Deutschland, mit Zöllen belastet war; ging doch von letzterer fast ein Drittel zollsrei ein. Bei Abschluß eines Handelsvertrags mit Österreich-Ungarn hatte Deutschland die Ermäßigung des österreichischen Industrieschutzes zu fordern, der in einigen Industrien eine ganz außerordentliche Höhe, die sich mit der Höhe des deutschen Agrarschutzes nicht vergleichen läßt, erreicht hatte. Anderseits mußte es den österreich-ungarischen Unterhändlern daran liegen, besser Ausschlichengungen für die Erzeugnisse der Landwirtschaft zu erlangen.

# Die Handelsvertragsverhandlungen und die Stimmung in Deutschland 1890|91.

Unter dem Borfite des Staatsministers von Bötticher fanden vom 18.—31. Oftober 1890 in Berlin Berhandlungen der von den größeren deutschen Bundesstaaten bevollmächtigten Vertreter statt. Es handelte sich bei diesen Beratungen in erster Linie barum, Stellung zu bem österreich-ungarischen autonomen Tarife zu nehmen und die allgemeinen Grundfäte festzuseten, nach benen später die deutschen Bertreter mit den öfterreich-ungarischen verhandeln wollten. Es wurden demaemäß die öfterreich-ungarischen Tarifpositionen durchberaten und beschlossen, für welche Bölle man Bindung refp. Ermäßigung fordern folle. Ferner unterlag ber beutsche Tarif in Sinsicht ber von Österreich-Ungarn zu erwartenden Forderungen einer eingehenden Brüfung, für einzelne zollpolitisch besonders wichtige Artikel murde die Grenze, bis zu der die deutschen Bolle eventuell zu ermäßigen maren, festgestellt. Eine Reihe anderer zollpolitischer Fragen wurden daran anschließend befprochen, so die von Öfterreich-Ungarn gewünschte Wiedereinführung des Beredelungsverkehrs und Erweiterung des Grenzverkehrs. Die Verhand= lungen wurden geheim gehalten und ist über die damals gefaßten Beschlüsse nichts in die Offentlichkeit gedrungen.

432 Anhang III.

Anfang November 1890 trafen sich in Monza in Begleitung ihrer Monarchen Caprivi und Crispi. Aus späteren Veröffentlichungen ber italienischen Presse wissen wir, daß man über den Abschluß eines deutschitalienischen Handelsvertrages unterhandelte und den Gedanken, unter den Dreibundskaaten einen Zollvereinsbund zu errichten, einer Erörterung unterzog.

Innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraumes trat ein weiterer Wechsel in der deutschen Handelspolitik ein. Im Oktober hatte es sich in den Besprechungen innerhalb der deutschen Regierungen und ebenso auf den Berliner Zollberatungen nur um den Abschluß eines Handelsvertrages mit Österreich-Ungarn gehandelt. Im November wurde das Ziel weiter gesteckt; die deutsche Handelspolitik strebte von jetzt ab eine engere wirtschaftliche Gemeinschaft mit Österreich-Ungarn und Stalien, der Schweiz und den Niederlanden an. Es handelt sich in der Folge nicht mehr allein darum, die wirtschaftlichen Gegensäße zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn auszugleichen, es galt vielmehr ein mitteleuropäisches Handelsvertragdes vertragsschstem auszustellen. Der in Aussicht genommene deutsche Schweizerreich-ungarische Handelsvertrag darf, streng genommen, nicht für sich allein betrachtet und untersucht werden; er ist nur ein Glied in der Kette der allgemeinen Handelsvertragspolitik des Grafen Caprivi.

Ende November 1890, einen Monat nach den Berliner Verhandlungen, begann man in Öfterreich-Ungarn sich auf die kommenden Handelvertragsverhandlungen ernsthaft vorzubereiten. Es galt zunächst in den wichtigsten Bunkten eine Übereinstimmung zwischen den beiden Reichshälften zu erzielen; in Wien traten die österreichischen und ungarischen Staatsmänner zusammen. Über den Verlauf ihrer Beratungen ist nichts in die Öffentlichkeit gestrungen.

Auf beiden Seiten hatte man sich nun auf den Abschluß eines Handelsvertrags vorbereitet. Schon am 2. Dezember wurden die gemeinsamen Verhandlungen in Wien eröffnet'; sie erstreckten sich mit zum Teil längeren Unterbrechungen über den Winter 1890/91 und fanden ihren Abschluß erst Ende März. Über den Gang der Unterhandlungen berichteten fortlaufend die österreichischen Zeitungen, während von deutscher Seite das Geheimnis, das über den Verhandlungen lagerte und das zu lüsten die deutsche Inbustrie wie Landwirtschaft ein erhebliches Interesse hatte, streng bewahrt wurde. Die österreichische öffentliche Meinung wurde also über den Fortgang der Unterhandlungen unterrichtet, die österreichischen Industriellen wurden befragt, wenn die ihre Industrie betreffenden Zollpositionen zur Beratung standen. Die ungarischen Blätter klagten, daß die österreichische Regierung mittelbar immer die deutschen Forderungen, die im Laufe der Berhandlungen auftauchten, verrate; in der Regel berufe sie sofort die Bertreter der betreffenden Industriezweige<sup>1</sup>. Wenn man die in den Blättern vorhandenen Nachrichten zusammenfaßt, so erhält man nur ein unvollstommenes Bild, denn die ganze mühsame Arbeit, die in Wien geleistet wurde: Zollposition gegen Zollposition abzuwägen, die verschiedenen wirtschaftlichen Interessen auszugleichen, allgemeine zollpolitische Fragen, wie Beredelungsz und Grenzverkehr, Biehseuchenkonvention und Meistbegünsstigungsklausel zu erörtern, läßt sich nicht in einzelnen Zeitungsartikeln wiedergeben.

Beim Lefen ber öfterreichischen Stimmen erhält man ben Eindruck, daß man glaubte, als conditio sine qua non eines Handelsvertrages an Deutschland eine erhebliche Ermäßigung ber beutschen Agrarzölle, Schut gegen die wegen Seuchengefahr zeitweilig erlassenen Bieheinfuhrverbote fordern zu müssen. Eine Forderung, der, wie man behauptete, Deutschland ohne jede Gegenrechnung nachzukommen habe, weil fie von der deutschen Bevölkerung fturmisch gefordert werde. Man war aber geneigt, Deutschland eine Er= mäßigung des öfterreichischen Industrieschutes zu Bunften der deutschen Gin= fuhr einzuräumen. Man verstieg sich zu ber Behauptung, Deutschland und Österreich murden ihren beiberseitigen Borteil barin suchen, die wichtigsten Rollfäte zu binden, wenig Wert aber barauf legen, die einzelnen Bollfäte umzustoßen 2. Und die befragten öfterreichischen Industriellen hatten von ben öfterreichischen Unterhandlern ben Gindruck bekommen, daß es sich bei ben Handelsvertragsverhandlungen nirgends um einschneibende Zollermäßigungen handele, sondern daß man die Absicht habe, teils auf der Basis der alten, teils auf Grund mäßig gemilberter Bollfate ben Bertrag abzuschließen 3.

Nach bem Standpunkte, ben Öfterreich-Ungarn einnahm, sollte ber Zollfrieg mit bem Deutschen Reich durch ben neuen Handelsvertrag sein Ende finden, die Tarifsätze des deutschen, mit Ausnahme der Agrarzölle, und des österreich = ungarischen Tarifs gebunden', und so gegen die einseitigen Pro= duktionsverschiedungen ein Riegel vorgeschoben werden.

Es braucht keines Nachweises, daß die deutschen Vertreter diesen Standspunkt nicht teilen konnten. Der österreichische Industrieschutz war übermäßig hoch, der deutsche Absatz in Österreichsungarn schwer geschädigt. Bei jeder Ermäßigung des Agrarzolles war mit schweren politischen Kämpfen in

<sup>1</sup> Neue Freie Preffe 15. Dez. 1890.

<sup>2</sup> Neue Freie Preffe 2. Dez. 1890.

<sup>3</sup> Neue Freie Preffe 21. Dez. 1890. Schriften XCVIII. - Berhandlungen 1901.

Deutschland zu rechnen; die Spannung zwischen den einzelnen produktiven Ständen mußte sich verschärfen. Dagegen erhielt Österreich-Ungarn für seine bedeutendsten Ausfuhrartikel gegen die Mitbewerber auf dem deutschen Markt einen wesenklichen, wenn nicht entscheidenden Vorteil. Gab man Österreich-Ungarn in den Getreide-, Bieh- und Holzzöllen nach, so mußte man erwarten, auf ein weitgehendes Entgegenkommen für die deutschen Forderungen rechnen zu können. Die Verhandlungen mit den österreichischen Unterhändlern gestalteten sich recht schwierig; sie waren einmal dem Abbruch nahe. Die österreichischen Unterhändler wollten, wie sie es nannten, einen paritätisch-reciprosen Tarif, d. h. sie machten jede Bindung oder Ermäßigung eines österreichischen Industriezolles von der entsprechenden Bindung oder Ermäßigung eines deutschen Zolles abhängig. Hartnäckig verweigerten sie zunächst die von Deutschland besonders betriebenen Zollermäßigungen für die Textil- und Eisenindusstrie.

Gleich nach Beginn der Wiener Berhandlungen, Mitte Dezember 1890, brachte die Freisinnige Zeitung einen, wie sich fpäter zeigte, wohl unterrichteten Artikel, in dem sie meldete, daß die Berhandlungen mit Öfterreich-Ungarn unter Zugrundelegung eines deutschen Getreidezolles von 3,50 Mt. geführt murben. Diese Nachricht erregte in Deutschland großes Aufsehen. Im Januar 1891 stellte Eugen Richter im Reichstag ben Antrag auf Ermäßigung der Getreidezölle. Der Reichskanzler vermied es, eine offene Erflärung abzugeben. Der Antrag Richter wurde aber am 26. Januar 1891 mit zwei Drittel Mehrheit abgelehnt. Mit dem Gang diefer Reichstags= verhandlung konnte ber Reichskanzler fehr zufrieden fein. In Wien er= fannte man nun, daß der Reichstanzler nicht auf Unnahme eines Sandelsvertrags rechnen könne, in dem Deutschland wohl Österreich-Ungarn Zugeständnisse mache, aber feinerseits feine erhielte. Man begann nachgiebiger zu werben, und so gelang es am 10. April 1891, über die in Betracht kommenden Bollpositionen in beiden Tarifen eine Einigung zu erzielen. Die eigentlichen Handelsvertragsunterhandlungen kamen damit zum Abschluß. Später find bann noch einige Bindungen und Ermäßigungen von Bollfaten, die für ben gegenfeitigen Warenverkehr nicht von großem Ginfluß waren, beiderfeitig zugestanden worden. In den meisten Fällen handelte es sich nur darum, in gewissen Punkten eine Übereinstimmung mit den übrigen 1891 abgeschloffenen Sandelsverträgen zu erreichen.

Es ist notwendig, sich die einzelnen Stadien der Handelsvertrags= verhandlungen zurückzurufen, denn aus ihnen geht hervor, daß die Ber= handlungen von seiten des Deutschen Reichs ohne vorangegangene Ber= ständigung mit der Industrie, dem Handel und der Landwirtschaft geführt worden sind.

Erst aus den Blättermelbungen erfuhren Ende Oktober und Anfang November 1890 die gewerblichen Kreise, daß folche Berhandlungen bevorständen. Einzelne Erwerbsgruppen haben sofort ihre Beschwerden wie ihre Wünsche bei der Reichsregierung oder ihrer Landesregierung eingereicht, aber erst im Laufe des Jahres 1891 kam diese Bewegung in Fluß. Vom deutschen Handelstag aus wurde durch Umfrage bei den Handelskammern ein umfangreicher Bericht über den bisherigen Gang des Warenhandels mit Österreich=Ungarn ausgearbeitet. Bu spät! Die Verhandlungen waren länast beendigt. Und während die öfterreichische Regierung im Laufe ber Wiener Unterhandlungen Bertreter der wichtigsten Industrien einberief. lehnten die deutschen Regierungen, um das Geheimnis zu mahren, jede Berftändigung mit der Industrie und dem Handelsstand ab. Später, als ber Sandelsvertrag zur Beschluffassung dem Reichstag zuging, bestand bie Reicheregierung barauf, bag ber Bertrag als ein Ganges behandelt werde, und widersette sich erfolgreich jeder Bergtung ber einzelnen Rollsäte. Die Ber= antwortung für den Inhalt bes handelsvertrages fällt beshalb allein ber beutschen Beamtenschaft zu. Mit scharfen Worten hat Fürst Bismarck bies Borgehen verurteilt: "Wer hat denn alle diese Anderungen und Bestimmungen entworfen? Geheimräte, ausschließlich Konsumenten, auf die das Bibelwort paßt: Sie faen nicht, fie ernten nicht und fammeln nicht in die Scheunen: Berren, die der Schuh nicht brudt, den fie für den Fuß der Industrie zurechtschneiben. Die Büreaufratie ift es, an der wir überall franken."

Im Neichstag bagegen, als ber öfterreich-ungarische Handelsvertrag Dezember 1891 zur Beratung stand, war die Mehrheit auf seiten ber Regierung; sie fühlte sich nicht beschwert über die Art, wie die Handels-vertragsverhandlungen geheimnisvoll geführt worden waren, sie tadelte nicht den Ausschluß von Industrie und Handel. Auch die Gegnerschaft gegen den Handelsvertrag ging auf die Frage nicht ein; sie kämpste für den auto-nomen Tarif, sie war gegen jeden Handelsvertrag, sie trat für die Erhaltung des Agrarschußes ein; der Gegensaß zwischen den Parteien war grundsählicher Natur. Die Mehrheit im Reichstag strebte unter der Führung des Grasen Caprivi die Entwicklung Deutschlands zur wirtschaftlichen Großmacht an; ihr schwebte allein das Ziel vor. Auf dem Wege dazu wollte er sich nicht mit lästigen Sinzelheiten, mit trocknen Tarisfragen aufhalten; die Minderheit aber kämpste sür Abschluß des nationalen Marktes, für Sicherung der nationalen Broduktion.

Der Berlauf ber Reichstagsverhandlungen und die Stellungen ber politischen Parteien zu den Handelsverträgen hat ausführlich W. Lotz geschildert; auf die von ihm gegebene vorzügliche Darstellung kann hier nur verwiesen werden.

Bei weitem nicht so leibenschaftlich wie im Deutschen Reichstag waren die parlamentarischen Kämpfe in Österreich-Ungarn. In beiden Ländern wurde der Handelsvertrag mit Freuden, ja mit Begeisterung begrüßt. Die Ungarn hatten das erhalten, wonach sie seit langem gestrebt hatten: mäßigere deutsche Zölle auf Getreide und Holz. Und in Österreich hatte die Regiesrung den industriellen Hochschutzoll in vollem Umfang gegen die Anforderungen der deutschen Unterhändler verteidigt. Mit verhältnismäßig wenigen Zugeständnissen im eignen Tarif waren für die Ausfuhr österreichischer Specialitäten günstige Bedingungen im deutschen Tarif erlangt worden. Die österreichische Industrie war mit diesem Bertrage zufrieden.

Es erübrigt noch auf einen wichtigen Bunkt hinzuweisen. In Österzeich war man bei Abschluß bes Vertrages nicht stets von rein wirtschaftzlichen Erwägungen ausgegangen; man wußte, daß die Annahme des Handelsvertrages im Parlament nur dann glatt durchgehen werde, wenn den maßgebenden Parteien im Handelsvertrag gewisse wirtschaftspolitische Zugeständnisse eingeräumt würden. Der Handelsvertrag enthält folglich eine Reihe von Bestimmungen, die nur unter diesem politischen Gesichtspunkt verständlich sind. So hat Österreich nur nach langem Widerstreben — es drohte mehrmals der Abbruch der Verhandlungen — durchgesetzt, daß es bei dem Differentialzoll für seewärts eingehende Güter blieb.

In Deutschland lagen die Berhältnisse anders, mochte der eine oder andere Staat noch so schwerwiegende Bedenken gehabt haben, — Bayern willigte in die Ermäßigung der Holzzölle, Preußen in die der Getreidezölle, Sachsen in die der Textilzölle — sie wurden alle zurückgestellt. Geschlossen einheitlich trat Deutschland in die Unterhandlungen ein und hat sie in diesem Geiste durchgeführt.

### Der österreich=ungarische Tarif im Handelsvertrag.

Bei dem für diese Arbeit beschränkt bemessenen Raume muß ich verzichten, die einzelnen Artikel des Handels- und Zollvertrags, wie der Viehseuchenkonvention zu besprechen; wichtiger ist es, die im Handelsvertrag festgesetzten Zollsätze in ihrer Bedeutung für einige wichtige Industriezweige zu prüsen. Wer zolltarislichen Fragen fremd gegenübersteht, wird glauben,

bie Sohe bes Zolles fei von maßgebendem Einfluß auf die Bewegungen bes Warenhandels; zu dieser Ansicht muß er kommen gegenüber dem in der Breffe, im Parlament und in einzelnen Tagungen geführten Streit ber Interessenkreise. Ihnen liegt daran, die öffentliche Meinung für die Unficht zu gewinnen, daß jede Bollerhöhung ein für ihr Gewerbe vernichtender Schlag sei, jede Zollermäßigung bagegen ber einzige Weg, ihren besonderen Artifel ausfuhrfähig zu geftalten. Zu ganz anderem Ergebnis jedoch fommt man, wenn man an der Sand der Warenstatistif die Ginfuhr mit den Bollsätzen vergleicht. Da ergiebt sich, daß der Bollsatz nicht stets auf die Warenbewegung von Ginfluß fein muß; in einigen Fällen kann eine mäßige Erhöhung besselben die Ginfuhr unterbinden, in anderen bewirft selbst eine erhebliche Ermäßigung feine Steigerung ber Ginfuhr. Es ist ein fehr trodnes Gebiet, das wir hier betreten, und das mag es mit sich bringen, daß diesen Fragen keine genügende Aufmerksamkeit geschenkt wird. ftehen vor einem miffenschaftlich noch völlig undurchforschten Gebiete.

In folgendem wollen wir eingehender, wenn auch nicht abschließend, prüfen, wie die im Handelsvertrag festgesetzten Zollsätze auf den Waren= umfat eingemirkt haben.

Im beutschen wie im österreich=ungarischen Tarife treffen wir zahlreiche Zollsäte, die im Handelsvertrage gebunden wurden. Für den Handel beseutet das einen Stillstand des handelspolitischen Kampses; er kann für eine gegebene Anzahl von Jahren mit einer gewissen Stetigkeit der Bershältnisse rechnen. Weitaus wichtiger sind für ihn jedoch die Fälle, in denen der wareneinführende Staat den Zollsat ermäßigt; der damit ausgesprochene Zweck ist ja der, die Einfuhr in dem betreffenden Artikel zu erleichtern. Wir werden deshalb zu fragen haben: wie hat sich unter den gebundenen und wie unter den ermäßigten Zollsäten nach Abschluß des Handelsvertrags der Warenhandel gestaltet? Sine derartige Untersuchung aber, die sich auf alle hier in Betracht kommenden Fälle erstreckte, würde viel zu umfangreich werden. Suchen wir deshalb für einige wichtige Ausfuhrindustrien die durch den Handelsvertrag veränderte Lage zu besprechen.

Die deutsche Textilindustrie besitzt in Österreich-Ungarn ein wichtiges Absatzebiet. Sie hatte auf den Abschluß des Handelsvertrags mit Österreich-Ungarn große Hoffnung gesetzt und erwartet, daß es den deutschen Unterhändlern gelingen würde, die in einzelnen Fällen fast prohibitiv wirkenden Zollsätze des autonomen Tarifs zu ermäßigen, damit wenigstens die deutsche Ausschr ihren früheren Absatz wieder erringen könne. Der Handelsvertrag aber hat diesen Kreisen eine arge Enttäuschung gebracht. Die Zollermäßigungen waren selten und betrafen zum Teil Waren, deren

Absatz in Österreich = Ungarn ohnehin weber erheblich noch steigerungs= fähig war.

Aus dem Deutschen Reich in das öfterreich=ungarische Zoll= gebiet eingeführt in Millionen Kronen:

Durchschnitt der Jahre	1892/94	1897/99
Wolle, Wollgarne und Wollwaren	<b>72,4</b>	76,5
Flachs, Sanf, Jutegarne und -waren	13,9	10,1
Seide und Seidemaren	13,1	16,6
Kleidung, Bafche, Butwaren	8,9	8,9
Baumwollegarne und =waren	20,2	25,5

Das Bilb, das diese Zahlen zeichnen', ist zunächst nicht unerfreulich; nur in einer Warengruppe: Flachs, Hanf 2c., ein Rückgang der Einfuhr, in einer anderen: Kleidung, Wäsche u. s. w., ein Stillstand, in sämtlichen anderen eine Zunahme. Trennt man dagegen die Warengruppen in Rohstoffe, Halbsabrikate und Ganzsabrikate, so ist das Ergebnis ein für die deutsche Ausfuhr sehr ungünstiges. Die Zunahme ist allein auf die größere Ausfuhr an Rohstoffen zurückzuführen.

Rohstoffe aus bem Deutschen Reich in das österreich = ungarische Bollgebiet eingeführt in Millionen Kronen:

Durchschnitt der Jahre	1892/94	1897/99
Wolle	36,5	48,7
Seibe	6,3	7,6
Flachs, Hanf, Jute	10,3	7,6
Baumwolle	11,6	17,4
_	64,7	81,3 = +16,6

Die vermehrte Zufuhr von Textilrohstoffen nach Österreich-Ungarn bebeutet ein Erstarken der dortigen Industrie. Sie kann jest den Bedarf bes einheimischen Marktes an Fabrikaten besser als früher decken; das hat zur weiteren Folge einen Rückgang der Fabrikatseinsuhr.

Halbfabrikate aus dem Deutschen Reich in Österreich = Ungarn eingeführt in Tausenden von Kronen:

Durchschnitt der Jahre	1892/94	1897/99
Garne aus Wolle	$21\ 634$	17 066
Garne aus Jute	1662	698
Garne aus Leinen	981	1 036
Garne aus Baumwolle	2630	2 390
•	26 907	21190 = -5717

Fabrikate aus dem Deutschen Reich in Österreich=Ungarn eingeführt in Tausenden von Kronen:

Durch∫chni	tt	б	er	3	ah	re	1892/94	1897/99
Wollenwaren .							$14\ 225$	10 733
Seibenwaren .							<b>6</b> 82 <b>4</b>	8 934
Leinenwaren							434	376
Jutegewebe							70	35
Baumwollware	n						5844	5 613
Damenkleider .							$5\ 546$	4 430
herrenkleider							<b>56</b> 3	301
Wäsche						•	320	361
						-	33 826	30 783

Bon ben halbfabrifaten zeigen nur die Leinengarne, von ben Fabrifaten nur zwei, Seibenwaren eine bedeutende, Wäsche eine unbedeutende Zunahme.

Was zunächst die Einfuhr in Garnen betrifft, so zeigt fich in ben verglichenen Sahren eine Abnahme der deutschen Ausfuhr von gegen acht Millionen Kronen. Sehr erheblich ift ber Rückgang in ber Ausfuhr von Wollen= und Jutegarnen. Die beutsche Industrie ist heute noch auf den Bezug von Garnen aus dem Austande angewiefen. Die Ausfuhr fteht zur Einfuhr in einem argen Migverhältnis. Tropbem ift bie Bedeutung bes öfterreich=ungarischen Marktes nicht zu unterschätzen. Die beutsche Woll= fpinnerei sieht in Öfterreich für ihr Garn ihr hauptfächlichstes Abfatgebiet; bie Ausfuhr von Jutegarn nach Ofterreich macht allein fast brei Biertel ber gefamten Ausfuhr aus. Leinengarn bezieht Deutschland in großen Mengen aus Böhmen und Mähren. Die deutsche Ausfuhr ift bagegen unbedeutend. In Baumwollengarn hat Ofterreich feine Ausfuhr nach Deutschland; nur 1897 machte ein öfterreichisches Verkaufsinndikat den Versuch, unter Erstattung bes beutschen Eingangszolles auf gemeinsame Rosten ben beutschen Markt zu gewinnen. Die beutsche Ausfuhr nach Österreich hat sich während ber letten Jahrzehnte in bescheidenen Grenzen gehalten.

Eine besondere Stellung nimmt unter den Garnen Bigognegarn ein. Es wird aus Baumwolle, mit oder ohne Gehalt von Wolle, wie Streichsgarn gesponnen und unterscheidet sich von dem gewöhnlichen Baumwollgarn durch sein wolliges Ansehen. Der deutsche Zolltarif rechnet Bigognegarn zu den Baumwollgarnen, der öfterreichsungarische Tarif dagegen zu den Wollgarnen.

Die öfterreich-ungarischen Zolltarife, wie sie in den Jahren 1870, 1882 und 1887 erlassen wurden, zeigen einen steigenden Zollschutz für Garne; nur in Jutegarn sind die Zollsätze seit 1878 nicht verändert worden; selbst in Leinengarnen, in benen Österreich eine die Einfuhr weit übersteigende Aussuhr hat, sind die Zollsäße von Tarif zu Tarif erhöht worden. In der richtigen Erwägung, daß Österreich seinen Bedarf an den feineren Garnsorten in absehbarer Zeit stets im Ausland zu becken haben werde, ist der Zollschutz für die feinen und groben Garne geringer, für die mittleren, am meisten begehrten Sorten aber höher.

Den beutschen Unterhändlern ist es nicht gelungen, eine wesentliche Abschwächung des österreichischen Zollschußes für Garne durchzusetzen. Für Leinen-, Baumwolle- und Jutegarne bleiben die alten Zollsätze bestehen, nur ihre Bindung wurde im Handelsvertrag ausgesprochen; dagegen gelang es den schweizer Unterhändlern, von Österreich eine Ermäßigung der Zölle auf Baumwollgarne über Nr. 50 englisch — von 14 auf 12 Ggld. — zu erhalten; eine Ermäßigung, die infolge der Meistbegünstigung auch der deutschen Ausschlaft, augte kam, aber der beutschen Industrie, da sie solche seine Garnnummern nicht ausschhrt, nichts nützte.

Die dem Deutschen Reiche auf Wollgarne zugestandenen Zollermäßigungen sind folgende:

	In Goldgulden				
C	utonomer	vertragsmäßige	Zolltarif von		
	<b>Tarif</b>	Zölle	1878 u. 1882		
Über Nr. 45 metrische Garne roh u. einfach	12	10	8		
Nr. 45 metrische Garne gebleicht, gefärbt 2c.	16	14	12		
Nr. 45 metrische Garne doubliert od. mehr=					
drähtig, gebleicht, gefärbt 2c	20	16	12		

Bei einer beutschen Gesamtaussuhr von gegen 30 Millionen Kronen gelang es den deutschen Unterhändlern nur für drei Zollpositionen, eine verhältnismäßig bescheidene Zollermäßigung durchzusetzen. Der Zoll wurde nicht einmal bis auf die in den Tarifen von 1878—1882 festgesetzten Sätze herabgedrückt. Auch bei der Bestimmung des österreichischen Tarifs: Vigognegarn zu den Wollengarnen und nicht zu den niedriger zu verzollenden Baumwollengarnen zu rechnen, blieb es im Handelsvertrag.

Der steigenden Rohstoffeinsuhr nach Österreich-Ungarn entspricht die Abnahme resp. der Stillstand in der Fabrikateinsuhr. Das deutsche Absatzgebiet für Textiswaren in Österreich-Ungarn hat unter dem Handelsvertrage weiter an seiner Bedeutung verloren und der deutsche Handelsvertrag gesetzten ländische Märkte aufsuchen müssen. Die auf den Handelsvertrag gesetzten Hoffnungen haben sich als trügerisch erwiesen. Die österreichische Industrie ist seit den neunziger Jahren weiter erstarkt, so daß wohl auch für die Zukunft der deutsche Handel mit einem sich verringernden Absat wird rechnen müssen. Sigentliche Stapelartikel werden in immer kleineren Mengen absgeset; nur für sogenannte Neuheiten und Phantasiegewebe erweist sich der öfterreichische Markt als aufnahmefähig. Die deutsche Textilindustrie wird sich auf die Ausbildung sog. Specialitäten weiter legen müssen, wenn sie ihren Absat nach Österreich erhalten will.

Die in Deutschland geführte Statistik über die Aussuhr an Textils waren stimmt mit ihren Ergebnissen mit der in Österreichsungarn geführten Statistik nicht überein. Da der Zolltarif in beiden Ländern anders gestaltet ist, so können sich die von Deutschland ermittelten Zahlen nicht genau mit den in Österreichsungarn ermittelten decken; aber die Differenz zwischen den beiden Statistiken ist zu bedeutend, als daß sie ihre Erklärung allein in den Unterschieden beider Tarife sinden könnte. Als Beispiel diene die Seideneinsuhr; bei den hier in Betracht kommenden Waren zeigen beide Tarife die weitgehendste Übereinstimmung.

Bei ben von Österreich-Ungarn zur Einfuhr aus Deutschland angeschriebenen Seibenwaren dursen wir wohl annehmen, daß es sich außer ber beutschen Ausfuhr noch um Durchsuhr französischer Seibenwaren handelt.

Frankreich führte nach seiner Statistik nach Österreich ungarn aus 1893: 15,0, 1894: 14,4, 1895: 17,2 Mill. Franken; Österreich Ungarn das gegen von Frankreich ein, 1893: 16,6, 1894: 51,2, 1895: 54,4 Mill. Kronen. Ferner weist die französische Statistik eine größere Aussuhr nach dem Deutschen Reiche auf, als dieses eine Einsuhr von Frankreich. Danach scheint ein großer Teil französischer Ware über Deutschland nach Österreich zu gehen. Aber selbst wenn man annimmt, daß unter der deutschen Aussuhr in Österreich sich eine Durchsuhr versteckt, so läßt sich der Unterschied in den Ergednissen beider Statistiken nicht völlig aufklären. Er sindet sich auch bei anderen Warengruppen, dei denen es sich nicht um Durchsuhrwaren handeln kann. Jedenfalls ist die Statistik in der Form, in der sie uns vorliegt, ein wenig zuverlässiger Wegweiser.

In jedem der Zolltarife von 1878, 1882 und 1887 waren die Zollsfäße auf Seidenwaren erhöht worden. Der Handelsvertrag brachte nur für die Zollgruppe: ganzseidene Waren, Zollermäßigung. Der Zoll wurde zum Teil auf die Säße des 1878er Tarifs herabgesett. Aus den gestickten oder mit Metallfäden verarbeiteten Seidenwaren wurde nur für eine Specialität:

konfektionierte Besatzartikel, der Zoll von 500 auf 400 Goldgulden herabsgesett. Auch für eine andere Specialität: halbseidne Samte und Samtsbänder, wurde ein Zollabschlag von 100 Goldgulden von Österreich: Ungarn bewilligt. Die übrigen Zollsätze wurden gebunden.

Die beutsche Seibenindustrie ist in den letzten 10 Jahren zu einem Stillstande gekommen. Während Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre jährlich ein Ausschhrüberschuß von gegen 20—30 Mill. Mark sich ergab, standen sich Mitte der neunziger Jahre Einfuhr und Ausschr gleich. Ende der neunziger Jahre trat dann ein Sinsuhrüberschuß von 10-20 Mill. ein. In diesem Stillstand ist nicht ein Nachlassen des Unternehmungsgeistes zu sehen. Die deutschen Unternehmer haben die in den Handelsverträgen sestigelegten, die deutsche Ausschlaften einrichteten. Zahlreiche man spricht von 10-12— Fabriken sind in Österreich-Ungarn angelegt worden. Die hohen, im Handelsvertrag nicht wesentlich geminderten Zölle auf Seiden-waren haben also dazu geführt, daß die deutsche Seidenindustrie im Ausschad Zweiganstalten errichtete.

Seit ben achtziger Jahren hat sich in Deutschland die Konfektionsindustrie fräftig entwickelt. Der österreich-ungarische Zoll war so hoch, daß er
jede größere Aussuhr dorthin verhinderte. Es bestand kein einheitlicher Zoll für
sie, sie unterlagen einer doppelten Verzollung: einmal wurden sie nach ihrem Hauptbestandteil — als solcher galt stets der höchstelegte Bestandteil —
verzollt und sodann wurde noch ein Aufschlag von 40 % erhoben. Diese
Bestimmungen blieben auch nach dem Handelsvertrage bestehen; nur zu Gunsten von Damenmänteln und Damenumhängen wurde ein Zollsat von
250 Goldgulden sestgesetzt; aber auch dieser Zollsat ist, wie die österreichische Einsuhrstatistift nachweist, immer noch zu hoch. In den ersten
Jahren nach Abschluß des Handelsvertrags hat die Berliner Damenkonsestion große Anstrengungen gemacht, ihre Waren auf dem österreich-ungarischen
Markt einzusühren; aber sie hat bald das Bergebliche ihrer Bemühungen
eingesehen und die Aussuhr ist wieder zurückgegangen.

In Leinenwaren, als Leinwand, leinener Zwillich und Drillich, leinener Damast, Stickereien, Zwirnspißen 2c. besitzt Österreich eine Aussuhrindustrie; auch das Deutsche Reich ist ein starker Abnehmer. Die deutsche Aussuhr nach Österreich=Ungarn ist daher belanglos. Im Handelsvertrage wurden die Zollsätze gebunden.

In Wollwaren, in benen Deutschland nach ber österreich-ungarischen Warenstatistik eine bedeutende Ausfuhr besaß, blieb es auch im Handelsvertrag bei den alten Zollfäßen. Nur in einer Zollgruppe: samtene und famtartige Gewebe, Band=, Posamentier=, Knopf= und Wirkmaren, murde ber Zoll von 100 Goldgulden auf 85 Goldgulden herabgesetzt. Er mar bamit immer noch höher, als er nach dem Tarif von 1878 und 1882 ge= golten hatte. Die unter biese Bollposition fallende Ginfuhr an Wollmaren beträgt fast ein Drittel ber Gefamteinfuhr an Wollwaren. Die Bollermäßigung fällt beshalb in bas Gewicht. Die beutsche Ausfuhr nach Österreich-Ungarn ist im Rückgang begriffen.

Auch an dem der öfterreichischen Baumwollinduftrie gemährten Bochschutzolle hat ber handelsvertrag nichts geandert. Die meisten Bölle wurden gebunden und nur eine Zollermäßigung auf gestickte Webwaren — Zoll von 300 auf 200 Galb. ermäßigt — wurde von Öfterreich zugestanden. Bon einer Gesamteinfuhr von 5,8 Millionen Kronen 1892/94 machte bie Ein= fuhr von gestickten Webwaren nur 40 000 Kronen aus.

Etwas erfreulicher als in der Textilindustrie haben sich die Berhältnisse in der Gifenindustrie seit dem Abschluß des Sandelsvertrages geftaltet.

Aus dem Deutschen Reiche in bas öfterreich ungarische Boll= gebiet eingeführt:

Im Durchschnitt der Jahre 1	892/94	1897/99 in 1000 Kronen
Unedle Metalle und Waren baraus	26,1	32,2
Maschinen, Apparate u. Bestandteile berselben	22,2	25,7
Eisen und Gisenwaren	18,4	22,9
Fahrzeuge	0,7	0,8
	67,4	81,6 = Zunahme 14,2

Die Zufuhr an Rohstoffen, Erzen, Gifen, Metallen 2c. ift feit 1892 geftiegen. Die Ginfuhr an Gifen, Blei, Bink, Binn ift im Bolltarife nicht burchgängig freigegeben. Es bestand z. B. ein Boll für altes, robes Blei: 3 Galb., und für robes altes Bink: 1 Gglb., für Robeisen: 0,80 Gglb. Nur bie Ginfuhr von Rupfer und Binn mar frei. Im Sandelsvertrag murde ber Boll auf Bink freigegeben, ber auf Robeisen auf 0,65 Gald. ermäßigt. Die Einfuhr gestaltete fich folgendermaßen:

Im Durchschnitt ber Jahre	1892/94	1897/99 in 1000 Kronen
rohes Kupfer	$6\;668$	7 736
rohes Zink	6.585	8 031
rohes Zinn	3 <b>7</b> 88	3 163
Roheisen	1 914	2 997
rohes Messing	1 348	1 752
rohes Blei	1 360	1 517
	21 663	25196 = mehr 3533

Un Halbfabrikaten weist die Sandelsstatistik in dem verglichenen Zeitraume nur eine unbebeutende Steigerung ber Ginfuhr auf. Sie fommt allein auf Rechnung ber gestiegenen Einfuhr an Stangen, Tafeln, Drähten aus uneblen Metallen hergestellt; mährend die Einfuhr an Blech und Luppseisen einen, freilich geringfügigen, Rückgang ausweist.

Wefentliche Zollerleichterungen wurden von Öfterreich für die Einfuhr von Halbfabrikaten der Eisenindustrie nicht zugestanden; die ermäßigten Zollsfäpe des Handelsvertrags sind immer noch höher als die des autonomen Zolltarifs von 1882. Die Zollermäßigung wurde aber nur für solche Halbsfabrikate bewilligt, bei denen es sich um eine belanglose Einfuhr handelte.

	ıtonom. Tarif	im H.= V. festgesett	durchschn. jährl. Einf. 1892/99
	Gglb.	Ggld.	Kronen
27,4c. Zink in Drähten und Röhren	5	3	5000
276 e. verfilb. Bleche und Tafeln, Platten aus			
Kupfer und Meffing	30	20	6 000
276 d. Bleche u. Drähte 0,5mm u. barunter ftark	10	9	$120\ 000$

Bei ben Ganzfabrikaten ist es ber beutschen Gisenindustrie gelungen, unter bem Handelsvertrage bie Ausfuhr nach Österreich-Ungarn zu steigern.

Aus dem Deutschen Reiche in das österreich = ungarische Zoll = gebiet eingeführt:

Im Durchschnitt ber Jahre	1892/94	1897/99 in 1000 Kronen
Eisenwaren	13698	17749 + 4051
Metallwaren	4 737	6755 + 2018
Maschinen und Apparate,		
darunter Maschinen für die Textilindustrie	4 210	3378 — $832$
Maschinen der Papierfabrikation	778	1037 + 259
sonstige Maschinen und Apparate	11 118	13738 + 2620
Maschinenbestandteile (977/84)	2636	2795 + 159
Fahrzeuge	786	802 + 16

Bon welchem Einfluß es ift, bei Handelsvertragsverhandlungen als Unterlage einen Tarif mit hohen Negotionszöllen zu haben, zeigt sich in dem Erfolge, den die österreichischen Unterhändler bei Abschluß des Handelsevertrags erzielten. Österreich hat wohl dem deutschen Andringen nachgegeben und zahlreiche Zollnachlässe sür Fadrisate dewilligt; aber es hat entschieden widersprochen, die Zölle auch nur auf die Sätze des 1882er Tarifs, der meist noch niedrigeren des 1878er Tarifs gar nicht zu gedenken, heradzusetzen. Deutschland hat nur einen geringfügigen Zollabschlag erhalten; für zahlreiche sonst ausfuhrfähige Waren wirkten die vertragsmäßigen Zollsätze immer noch sir die deutsche Ausfuhr prohibitiv, wie z. B. für Schienen, Schwellen, Laschen. Nur in verhältnismäßig wenigen Fällen hat die Zollermäßigung

zu einer Steigerung der deutschen Einfuhr geführt, wie z. B. bei den geslochten und vertieften Schwarzblechen und den Waren aus Schwarzblech; bei den geschmiedeten Kesseln; bei den verzinnten und verkupferten 2c. Blechswaren; bei Kunsts und leichtem Ornamentguß und bei Nähnadeln.

Fast bei allen ben genannten Waren, mit Ausnahme von Nähnabeln (Zoll von 100 auf 50 Ggld. geseth), ist keine erhebliche Minderung des Zollschutzes eingetreten.

Wie wenig Berlaß auf die beiderseitige Warenstatistif ist, mag folgen= bes Beispiel zeigen.

Für Schreibsebern aus Eisen wurde im Handelsvertrage ber Zoll von 50 auf 30 Gglb. ermäßigt. Die beutsche Gesamtausfuhr an Schreibsebern aus unedlen Metallen betrug:

**************************************	1897	1898	18 <b>9</b> 9	in 1000 Mark
	240	250	270	
Davon nach Öfterreich-Ungarn ausgeführt	92	93	90	
Die öfterr. Warenftatiftit bezeichnet dagegen				
als Einfuhr aus bem Deutschen Reich	172	172	160	in 1000 Kronen

Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich bei der Einfuhr nur um Schreibsedern aus Eisen handelt.

Die Beobachtung, die wir bei der Textilwarenausstuhr machten, daß die Aussuhr hoch qualifizierter Waren nach Österreich im Steigen begriffen sei, kann hier wiederholt werden; die Einfuhr aus Deutschland an feinen Metall-waren, an Luxusgegenständen und seinsten Metallwaren, an fertigen Masschinen, besonders Werkzeugmaschinen, ist seit Anfang der neunziger Jahre von Jahr zu Jahr gestiegen.

Die deutsche Eisenindustrie hat sich im letzten Jahrzehnt besonders für bessere wie ganz seine Waren zu einer mächtigen Aussuhrindustrie entwickelt. Der große und belebende Ausschwung, der sich durch die ganze industrielle Entwicklung zieht, ist auch der Ausschn nach Österreich-Ungarn zugute gestommen. Auf ihn, nicht auf den Handelsvertrag, werden wir die vermehrte Ausschhr der Waren zu rechnen haben. Doch wie gering ist diese Mehrausschhr nach Österreich im Verhältnis zur Steigerung der deutschen Gesamtausschler!

Und konnte es anders kommen, nachdem im Handelsvertrag der Zollschutz im wesentlichen für die österreichische Eisenindustrie ungemindert bestehen geblieben war! Dagegen hat, gesichert unter den vertragsmäßigen Zollsäten, die österreichische Eisenindustrie nicht nur den Bedarf des heimischen Marktes voll gedeckt, sondern auch ihre Aussuhr nach Deutschland in sog. österreichischen Specialitäten erweitert. Die Klagen über den hohen östersreichischen Vertragszoll und ebenso über die Zollbehandlung seitens der östers

reichischen Behörden sind unter den deutschen Eisenindustriellen ganz allgemein verbreitet. Die Lage wird seit den neunziger Jahren vielfach als hoff-nungslos beurteilt. Man gab es auf, unter diesen Zöllen zu exportieren und suchte vielfach durch Errichtung von Zweigfabriken in Österreich sich von den Zollsessen zu befreien.

Und was hier über die Eisenindustric gesagt ist, gilt ebenso für eine Reihe anderer deutscher Industrien; auch sie haben das vergebliche Bemühen, unter dem Handelsvertrag Waren nach Österreich auszusühren, eingesehen und längs der böhmischen Grenze, von Bodenbach dis Teplitz, ist seit dem Handelsvertrag Fabrit auf Fabrit errichtet worden, so daß diese ganze Gegend einen industriellen Charakter angenommen hat. Dieser große industrielle Aufschwung aber ist zum größten Teil auf deutsches ausgewandertes Kapital und beutsche Unternehmungskraft zurückzusühren. Allein aus dem Handelsekammerbezirk Dresden sind für folgende Waren: Kork, Metallknöpse, Blechemballagen, Kartonnagen, Holzwaren, Armaturen, Bleiwaren, Fahrräder, photographische Apparate, Kakao und Zuckerwaren, Gummiwaren, Tinte, Nähmaschinenzwirn, Parfümerien, Hohlglas, Ösen und Porzellan, ätherische Öle, Liköre, Maschinen, Kabriken errichtet worden.

Unsere handelspolitischen Beziehungen haben dadurch einen wesentlich veränderten Charakter bekommen. In Österreich und unter dem von Österreich gewährten Hochschutz blüht jest eine von Deutschland genährte und geleitete Industrie auf; ihr Bestand erscheint bei einer Minderung des österreichischen Hochschutzes gefährdet. Galt es 1890 der deutschen Industrie neue Aussuhrstraßen zu gewähren, so ist jest auch der Bestand der deutschsösterreichischen Industrie bei Abschluß neuer Handelsverträge in Erwägung zu ziehen.

Benn man bei der Beurteilung dieser durch den Handelsvertrag von 1892 geschaffenen Lage nur von dem gegenseitigen Warenhandel ausgeht, so wird man vom deutschen Standpunkt aus zu einer Verurteilung des Handelse vertrags kommen. Doch anders wird das Urteil lauten, wenn man die gegenseitigen volklichen Beziehungen ins Auge faßt. Die in Böhmen, zus meist an den Hängen des Erzgebirges, angesiedelte deutsche Industrie ist wohl dem Deutschen Reich, aber nicht dem deutschen Volk verloren gegangen. Sie kräftigt das Deutschtum in Österreich und knüpft das sich lockernde Band sester. Unser Volksstamm erleidet keine Einduße, sondern eine Stärkung.

Schließlich sei noch barauf hingewiesen, baß seit 1892 die deutsche Ausfuhr nach Öfterreich-Ungarn in Kautschuft und Papierwaren, in musikalischen Instrumenten, in feinen und feinsten Kurzwaren, ferner in hemischen Hilfsstoffen und Produkten eine Steigerung ausweist.

# Der deutsche Tarif und die Einfuhr aus Österreich= Ungarn.

Der wirtschaftliche Gegensat, in den das Deutsche Reich zu Österreichsungarn steht, prägt sich scharf in den gegenseitigen Handelsbeziehungen aus. Österreichsungarn besitzt eine wirtschaftliche Doppelnatur. Das Königreich Ungarn ist, trot aller Anstrengungen, seine natürliche Entwicklung zu des schleunigen, auch im letzten Jahrzehnt ein Agrarstaat geblieben, der über den einheimischen Markt hinaus landwirtschaftliche Produkte erzeugt und auf auswärtigen Absat angewiesen ist. Das Kaisertum Österreich hat im letzten Menschenalter sich mehr und mehr in der Richtung vom Agrars zum Inschlenalter sich mehr und mehr in der Richtung vom Agrars zum Inschleriestaat entwickelt. Es sucht an seinem Hochschutzschlichen serbrückt zu werden. Es denkt nicht — abgesehen von der Aussuhr einzelner Spezcialitäten — an einen Wettkampf auf dem deutschen Markte mit der deutschen Industrie. Die österreichische Industrie will sich zunächst sicherstellen, sie will nicht, wie die deutsche, den europäischen oder gar den Weltmarkt erobern.

Anders liegen die Verhältnisse in Deutschland; wir sind ein hochstehender Industriestaat, wir bedürfen der Einfuhr von Rohstoffen für unsere Industrie und von Nahrungsmitteln für unsere Arbeiterbevölkerung. Dieser Sachlage entsprechend besteht unsere Einfuhr aus Österreichsungarn überswiegend aus Rohstoffen und Nahrungsmitteln; nur ein verhältnismäßig geringer Anteil — knapp ein Siebentel — nehmen die Halbs und Ganzsfabrikate ein.

Der beutsche autonome Tarif hatte die Einfuhr von Rohstoffen zollfrei belassen; außerdem gingen eine Reihe wichtiger Halbsabrikate noch zollfrei ein. Der Handelsvertrag hat in dieser Hinsicht nichts geändert. Fast ein Drittel aus der Gesamteinsuhr Österreich-Ungarn besteht in zollfrei eingehenden Waren. Es kommen jetzt für die Einfuhr folgende Rohstoffe und Halbsabrikate in Betracht: Braun- und Steinkohlen, Eisen und rohe mineralische Stoffe, wie Cement, Kalk, Kaolin und Feldspat, — Erze (Kupfer-, Blei-, Eisenerze 2c.), — edle Metalle, — Häute und Felde, wie Kalbselle, Schas- und Ziegenselle, Rindshäute, Häute von Pelztieren, Hasen- und Kaninchenselle, — Haare, Borsten und Bettsedern, — Abfälle von der Lebersfabrikation, — ferner Kleie, Malz, kleine Reisabfälle, Futtergewächse, Kleesaat, Esparsettesaat, Küchen- gewächse, frisches Obst 2c., — frische Fische, — Olivenvöl und Ölkuchen, — lebendes Federvieh, Waschschwämme, Milch, Blasen, Därme, Magen, — Krebse, — roher Dzokonit, Terpentin, Harz, Bech, — Brenn- und Schleisholz, Gerber-

lohe und Holzborfe, — Tierhörner, Hufen, — Alabaster, Marmor, Mühlsteine, Mauersteine, — rohes Kupfer, Bruckfupser, Quecksilber, Legierungen aus Kupfer, — rohes Blei und Zink, — eine Reihe von rohen Erzeugsnissen aus chemischen Fabrikaten für den Gewerbes und Medizinalgebrauch hergestellt, — Baumwolle und Baumwollabfälle, — Schafs und Kunstwolle, Wollabfälle, Kämmling, Tierhaare, — Flachs, Hanf, Hede (Werg), — ungefärbte Rohseide, Floretseide, Seidenabfälle, — litterarische und Kunstsgegenstände.

Seit Abschluß bes Handelsvertrags ist die Zusuhr aus Österreichsungarn an zollfreien Waren erheblich gestiegen, so z. B. in der Warensgruppe Häute und Felle von 11 auf 19 Mill. Mark; bei tierischen Brosdukten von 8 auf 13 Mill. Mark, bei Haaren und Borsten von 9 auf 15 Mill. Mark, bei Holz von 2 auf 13 Mill. Mark, bei Droguen, Aposthekers und Farbwaren von 9 auf sast 17 Mill. Mark, bei Flachs von 3 auf 6 Mill. Mark, bei Kupfer von 3 auf 6 Mill. Mark; nur bei Erden und Steinen ist ein starker Rückgang — von 110 auf 46 Mill. Mark— und bei Materialwaren ein schwacher Rückgang der Ausfuhr zu beobachten.

Der beutsche Zollschutz für Halbs und Ganzfabrikate ber Industrie ist im Handelsvertrage fast ungemindert aufrecht erhalten worden. In keiner einzigen Warengruppe hat eine durchgehende Zollermäßigung, wie wir es bei den landwirtschaftlichen Produkten sehen, stattgefunden; zumeist wurde nur für einzelne, besonders bezeichnete Waren ein herabgesetzter Zollsatz an Österreich zugestanden.

Dem Werte nach steht an erster Stelle die zollpstlichtige Einsuhr von "Leber und Leberwaren". Sie ist bedeutend gestiegen; im letzten Jahrzehnt von 12-13 Mill. Mark auf 14-15 Mill. Mark. Fast die Hälfte der Einsuhr besteht in seinen Lederwaren — in der Hauptsache seine Schuhe. Im Handelsvertrag wurde der Zoll von 70 auf 65 Mark gesetzt, im Bershältnis zu dem hohen Warenwerte ein geringer Zollabschlag. Außer den seinen Lederwaren kommt die Einsuhr von Handschlag. Außer den seinen Lederwaren kommt die Einsuhr von Handschlag. Außer den seinen Noh- wie halbbearbeitetem Leder in Betracht. Für alle diese wichtigen Aussuhrartikel seiner Industrie erlangte Österreich seine Zugeständnisse im Handelsvertrage. Nur eine Ausnahme wurde zu Gunsten der Einsuhr von Ziegensellen gemacht. Der Zoll wurde nun von drei auf eine Mark gesetzt. Die deutsche Warenstatistik unterscheidet bei der Einsuhr nicht zwischen Schas- und Ziegensellen; aber die Einsuhr dieser Felle aus Österreich-Ungarn ist im Vergleich zur Gesamteinsuhr unbedeutend, Deutsch- land deckt seinen Bedarf zum großen Teil in Großbritannien.

An zweiter Stelle steht die Einfuhr von Leinengarn, Leinwand und

andern Leinenwaren; sie hat im letzten Jahrzehnt zwischen 7 und 14. Mill. Mark geschwankt. Die deutschen Unterhändler haben jede Zollermäßigung abgelehnt; nur für Zwirnspißen wurde der Zoll von 800 auf 600 Mark herabgeset; aber die Einsuhr an Zwirnspißen aus Österreich-Ungarn erreicht nicht einmal die Summe von 200 000 Mark.

Die Einfuhr von Kurz- und Quincailleriewaren ist von 8 Mill. Mark (1892) auf 5,3 Mill. Mark (1896) gefunken. In ben barauf folgenden Sahren hat fich die Ginfuhr wieder etwas gehoben; aber fie erreicht nicht die Höhe, bie sie in den ersten Jahren nach Abschluß des Handelsvertrages behauptet hat. Kür eine größere Warenposition: feine Galanterie= und Quincaillerie= waren, wurde der Zoll von 200 auf 175 Mark gesett; die Einfuhr ist gestiegen; bennoch ist kaum anzunehmen, daß ber Bollabschlag die vermehrte Einfuhr verursacht habe. Sonft murbe noch für einzelne Specialitäten ber Boll ermäßigt; 3. B. für Korallen und Perlen (zum Zwed ber Berpackung auf Schnüren gereiht) wurde ber Zoll von 600 auf 60 Mark gefett. Die öfterreichische Einfuhr an Korallen ift aber fo unbedeutend, daß Die beutsche Warenstatistik fie nicht einmal nachweift. Für Waren aus Bernftein, Gagat, Jet, Meerschaum und Perlmutter - 200 auf 150 Mark -, ferner für herren- und Damenschmuck aus unedlen Metallen 2c. wurde - pon 200 auf 100 Mart - ber Boll ermäßigt. Die Einfuhr an biefen Waren ift gang geringfügig.

Die öfterreichische Ausfuhr nach Deutschland in Textilrohstoffen und waren ist zum weitaus größten Teil zollfrei. In Wolle und Wollenwaren beträgt die zollfreie Einsuhr 6—10 Mill. Mark, dagegen die zollpslichtige nur 2,4—4 Mill. Mark. In Seibe und Seidenwaren war für 3,8—5 Mill. Mark zollfrei und nur für 0,8—1,9 der Einsuhr zollpslichtig. In Baumswolle und Baumwollenwaren stellt sich das Verhältnis der zollfreien Sinsuhr zur zollpslichtigen noch günstiger: zollfrei gehen durchschnittlich sür 2—3 Mill. Mark, zollpslichtige für 0,5—1,1 Mill. Mark ein. Der Wertsumsah in der Sinsuhr zollpslichtiger Textilwaren ist demnach nicht groß. Der Handelsvertrag brachte, wenn wir von der Vindung einiger Zölle abssehen, keine Ünderung der geltenden deutschen Zollsähe.

Die Einfuhr an fertigen Kleidern und Leibwäsche, auch Belzwaren, ift von gegen 2 Mill. Mark Anfang der neunziger Jahr auf über 3,5 Mill. Mark in den Jahren 1899—1900 gestiegen. Die vermehrte österreichische Aussuhr nach Deutschland ist aber nicht auf Rechnung des Handelsvertrages zu setzen; denn mit Ausnahme einer Zollermäßigung auf garnierte Damenshüte aus Filz — auf 0,80 Pf. für das Stück — sind alle Zollsätze uns verändert geblieben.

Schriften XCVIII. — Berhandlungen 1901.

In seiner Glas- und Papiersabrikation besitzt Österreich zwei große, in hoher Blüte stehende Industrien und seit alters her beherrscht es mit seinen Gläsern, Glasperlen 2c. den Weltmarkt. Die Ginfuhr von Glas- und Glaswaren aus Österreich ist seit Abschluß des Handelsvertrages dis 1895 stetig gestiegen und beträgt jetzt über 6 Mill. Mark. Nicht einen gleichen Aufschwung nahm die Sinsuhr von Papier und Papierwaren; aber während sie in den Jahren 1892—1896 zwischen einem Einsuhrwert von 3—4 Will. Mark schwankte, beträgt sie seitdem 5 Mill. Mark und mehr.

Die Zollsäte ersuhren nur für einige von Österreichs Vertretern besonders begünstigte Waren eine Ermäßigung. Für Bußenscheiben wurde der Zoll um die Hälfte — von 24 auf 12 Mark — herabgeset; aber ohne eine Einstuhr nach sich zu ziehen. Eine gleiche Ermäßigung ersuhr der Zoll für geschliffene und gepreßte Uhrgläser, für Gläser aus weißem Glas, für gepreßtes und geschliffenes Glas. In bedeutenden Mengen kamen aus Österreich farbiges Glas und Emaillewaren; auch hier wurden Österreich Zugeständnisse gemacht. Der Zoll von 30 Mark wurde auf 24, 20 und 15 Mark ermäßigt, und für Glasplättigen und Glasperlen von 4 auf 2 Mark.

Nicht so erfolgreich waren die österreichischen Unterhändler bei den Papierzöllen. Für ungeglättetes und geglättetes Packpapier wurde im Handelsvertrag ein Zollabschlag von 6 auf 4 und 3 Mark vorgesehen. Die Ausschlar an Packpapier bewegt sich durchschnittlich jährlich unter 100000 Mark. Eine weitere Zollermäßigung fand für Drucks, Löschs, Schreids und Seidenpapier, ferner für zu Rechnungen, etikettierte Frachtbriefe 2c. vorgerichtetes Papier — von 10 auf 6 Mark — statt. Bon diesen Papieren wird nicht viel eingeführt. Nur von Löschs und Seidenpapier ist seit Abschluß des Handelsvertrages die Einsuhr erheblich gestiegen. 1892 betrug sie gegen 250 000 Mark, dagegen 1900: 1 240 000 Mark.

Das Schwergewicht ber öfterreichischen Ausfuhr nach dem Deutschen Reiche liegt in den Halbsabrikaten, in der Ausfuhr von Cellulose, Strohund anderen Faserstoffen, nicht besonders benannten Papieren. In Rücksicht auf die Holzzölle mußte an dem Zolle von 1 Mark im Handelsvertrage festgehalten werden.

Un Eisen= und Kupferwaren beträgt unsere Einfuhr aus Österreich= Ungarn gegen 5 Mill. Mark. Die Zollsäße blieben unverändert. Für Instrumente, Maschinen, Fahrzeuge beziehen wir für 2—3 Mill. Mark. Hier fand für einen wichtigen österreichischen Aussuhrartikel: musikalische Instrumente, eine Zollermäßigung von 30 auf 20 Mark statt.

Bergleicht man die übrigen Warengruppen, ergiebt sich ein ähnliches Bilb. In jeder einzelnen finden wir wohl zwei bis drei Zollermäßigungen

zu Gunften befonderer öfterreichischer Specialitäten; durchwegs wird aber am bestehenden Zollschutz festgehalten.

Die Borteile, die Öfterreich-Ungarn für die Ausfuhr seiner Halb- und Ganzsabrikate im Handelsvertrag erlangte, können wir nicht hoch veranschlagen. Sine erhebliche Steigerung der öfterreichischen Ausfuhr nach dem Deutschen Reich haben sie keinenfalls nach sich gezogen. Und wenn wir allenthalben eine Steigerung unserer öfterreichischen Sinfuhr beobachten, so liegt dies an dem vermehrten Bedarfe von Rohstoffen und Halbsabrikaten, den die mächtige industrielle Entwicklung des letzten Jahrzehnts mit sich brachte, nicht aber in einer Erleichterung der öfterreich-ungarischen Zufuhr infolge des Handelsvertrages.

Ganz anders liegen die Verhältnisse, wie sie der Handelsvertrag geschaffen hat, in der Landwirtschaft und den ihr verwandten Gewerben. Die deutschen Unterhändler in Wien waren bestrebt, den Zollschutz der deutschen Industrie ungemindert zu erhalten. Nur bei verhältnismäßig wenig Waren, bei denen es sich um größere Einsuhrmengen handelte, haben sie Zugeständnisse gemacht. Dagegen wurde der Zoll für Weizen, Roggen, Hafer und für Mühlenfabrikate (Mehl) um 30 %, für Hülsenfrüchte um 25 %, für Mais um 20 %, für Gerste und für gemalzte Gerste um 10 % ermäßigt. Ferner wurden die Zölle für Buchweizen, für nicht besonders genannte Getreidearten, für Raps, Rübsaat, Mohn, Sesam, Erdnüsse und Rümmel gebunden.

Die Borteile, die der öfterreich-ungarischen Landwirtschaft in der Warengruppe: Getreide und andere Erzeugnisse des Landbaues, eingeräumt wurden, waren groß. Sie betrasen sogar eine Reihe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, in denen seit Jahren Österreich-Ungarn nur ganz geringfügige oder gar keine Mengen nach Deutschland ausstührte. Der Handelsvertrag erfüllte die Hossmungen, die man in Österreich und Ungarn auf die Thätigekeit seiner Unterhändler gesetzt hatte!

¹ In der Warengruppe für Kautschut und Guttapercha brachte der Handelse vertrag keine Zollermäßigung. Bei Haaren von Menschen und Pferden, Federn und Borsten eine solche für gereinigte wie zugerichtete Bettsedern; die Sinfuhr ist seit 1892 nicht gestiegen. Bei Orogerien, Apothekers und Farbewaren sand eine, bei Strohs und Bastwaren zwei Zollermäßigungen statt; für die davon betroffenen Waren verzeichnet die amtliche Statistik keine Ausschhr über 1000 Mark. Trohdem bei Ölen und Fetten, wie bei Steinen und Steinwaren sich fünf Zollermäßigungen sinden, ist die Ginsuhr an Ölen seit 1892 zurückgegangen und die von Steinen hat sich nicht gehoben. Allein bei Thonwaren ist die Sinsuhr von einer Million auf zwei Millionen Mark gestiegen; der Handelsvertrag brachte drei Zollermäßigungen, die zum Teil von Einssluß auf die Steigerung der österreichsungarischen Aussuhr waren.

Balb zeigte sich aber, daß trot der Zollermäßigung die öfterreichungarische Aussuhr an Getreide nicht steigen wollte. Und als das Deutsche Reich mit Rußland einen Handelsvertrag schloß, der die Österreich-Ungarn zugestandenen Zollsäße enthielt, ging die österreich-ungarische Aussuhr von Jahr zu Jahr zurück. An Roggen, Weizen, Hafer und Mais führt jett Österreich-Ungarn nur noch unbedeutende Mengen nach Deutschland auß; nur in Gerste und Malz hat es, doch nicht im Verhältnis zu der gestiegenen deutschen Gesamteinsuhr, seine Aussuhr erhalten, in Malz seine beherrschende Stellung behauptet.

Deutsche Ginfuhr an landwirtschaftlichen Produkten.

Im Durchschnitt der Jahre	1889/91	In 1000 1897/99	Tonnen	
Gesamteinfuhr an Weizen	698.2	1 342,6	Zunahme	644,4
bavon Einfuhr aus Öfterreich=Ungarn .	107,0	7,2	Abnahme	99,8
Gesamteinfuhr an Roggen	929,4	770,6	Abnahme	158,8
davon Einfuhr aus Österreich-Ungarn .	47,2	0,6	Abnahme	46,6
Gesamteinfuhr an Safer	188,5	421,0	Zunahme	232,2
davon Einfuhr aus Österreich=Ungarn .	7,1	3,1	Abnahme	4,0
Gesamteinfuhr an Mehl aus Getreibe 2c.	14,0	<b>40,</b> 8	Zunahme	26,8
davon Einfuhr aus Österreich-Ungarn .	12,4	19,4	Zunahme	7,0
Gesamteinfuhr an Gerste	<b>704,</b> 0	1 106,9	Zunahme	502,9
davon aus Öfterreich-Ungarn	289,5	334,1	Zunahme	44,6
Gesamteinfuhr an Mais	428,2	1 491,1	Zunahme	1062,9
bavon Einfuhr aus Österreich-Ungarn .	40,1	13,2	Abnahme	26,9
Gesamteinfuhr an Malz	72,9	98,4	Zunahme	25,5
davon Einfuhr aus Österreich-Ungarn .	72,0	97,3	Zunahme	25,3
Gesamteinfuhr an Hopfen	1,8	2,7	Zunahme	0,9
bavon Einfuhr aus Österreich-Ungarn .	1,6	2,3	Zunahme	0,7
		In 1000	Mark	
Gesamteinfuhr an Giern von Geflügel.	52,7	82,9		
davon Einfuhr aus Öfterreich-Ungarn .	30,2	36,9		
Gefamteinfuhr von Bau= u. Rutholz in der				
Richtung ber Längsachse beschlagen	37,7	58,7		
bavon Ginfuhr aus Ofterreich-Ungarn .	8,6	36,5		•
Gesamteinfuhr von Bau- u. Rutholz in der		ŕ		
Richtung ber Längsachse gefägt	37,7	105,6		
bavon Ginfuhr aus Öfterreich-Ungarn .	9,2	27,4		
		In 1000	Tonnen	
Gesamteinf. an Holzborke u. Gerberlohe	100,1	110,7		
davon aus Österreich-Ungarn	55,1	61,2		

Der Handelsvertrag brachte zahlreiche Zollabstriche für Kolonialwaren. Es handelt sich bei diesen Zöllen nicht um Schutz-, sondern um Finanzzölle; die gewährten Zollermäßigungen waren besonders weitgehende. Für Paprika von 50 auf 4 Mark, für Znaimer Gurken von 60 auf 4 Mark. Für Feigen, Korinthen, Rossinen von 28 auf 8 Mark. Für getrocknete Datteln, Mandeln, Pomeranzen von 30 auf 10 Mark. Für frische Rüsse und reise Kastanien von 4 auf 3 Mark. Sine völlige Umgestaltung erfuhren die Zollsäße für Oliven und Olivenöl. Es traten Zollermäßigungen von 60 auf 30, 10 und 3 Mark ein.

Dieses Entgegenkommen Deutschlands ist um so auffälliger, als ber öfterreich-ungarische Differentialtarif zu Gunsten ber Einfuhr über die See-häfen, den ganzen süddeutschen Handel in Kolonialwaren lahmgelegt hatte. Öfterreich bestand bei den Vertragsverhandlungen auf diesem Differentialzolle und setzte seine Beibehaltung durch. Es selbst forderte und erhielt dagegen diese weitgehende Erleichterung in der Aussuhr seiner Kolonialwaren von Deutschland bewilligt. Vorteile hat dieser handelspolitische Ersolg Österreich-Ungarn aber nicht gebracht.

Während Öfterreich unter bem autonomen beutschen Tarif einen bebeutenden Handel in Kolonialwaren nach Deutschland besaß, ift er bald nach Abschluß bes Handelsvertrages zurückgegangen. Underen Staaten aber sind die ermäßigten Rollsäße zu aute gekommen.

Zwei wegen der großen Einfuhrwerte schwer ins Gewicht fallende Zugeständnisse erhielt Österreich-Ungarn für die Aussuhr von Hopfen, auch Hopfenmehl und Eiern von Geslügel. In ersterem Falle wurde der Zoll von 20 auf 14 Mark, in letzterem von 3 auf 2 Mark herabgesetzt. Die Differenz von 7 Mark beim Hopfenzoll kam Österreich-Ungarn allein zu gute. Es besitzt auf dem deutschen Markt keinen ausländischen Wettbewerd. Etwas anders liegen die Verhältnisse bei der Eieraussuhr; hier teilt es sich in den Einfuhrmengen mit Rußland. Durchschnittlich bringen beide Staaten die gleichen Mengen auf den deutschen Markt. Auch die Zollermäßigungen für Butter (20 auf 16 Mark), für nicht lebendes Federvieh (30 auf 12 Mark), für Wild aller Art, nicht lebend (30 auf 20 Mark), dann ausgeschlachtetes frisches Fleisch (20 auf 17 und 18 Mark) waren von größtem Wert. Obsgleich Österreich nur in unbedeutenden Mengen Margarine ausschrt, wurde der Zoll gleichmäßig für natürliche und künstliche Butter sestgesetzt Die österreichische Ausschlafter an Butter ist seit Abschluß des Handelsvertrages ge-

stiegen; sie beläuft sich auf 4—6 Mist. jährlich und beträgt 1/4 bis 1/2 ber beutschen Gesamteinsuhr; auch die Ausfuhr an nicht lebendem Federvieh und Wilb aus Österreich ist bedeutend. Nach der deutschen Statistik läßt sich die Einfuhr nicht genau erfassen, aber man kann annehmen, daß die Hälfte der deutschen Gesamteinsuhr aus Österreich-Ungarn stammt; nicht bedeutend ist im Berhältnis zur Gesamteinsuhr die österreich-ungarische Aussuhr an geschlachtetem Fleisch.

Bei den Biehzöllen wurden die öfterreich-ungarischen Bünsche nicht voll erfüllt; der Zoll auf Schweine und für Jungvieh wurde nur um 1 Mark (6 auf 5), der auf Ochsen um 4,50 Mark (30 auf 25,50) ermäßigt, für Pferde unter zwei Jahren wurde ein besonderer Zollsat, statt 20 nur 10 Mark, sestgesetzt, sonst blieb es bei den Zöllen für Pferde, Stiere und Kühe, Kälber unter sechs Wochen, Schafvieh, Lämmer und Spanserkel.

#### Deutsche Einfuhr aus Österreich=Ungarn.

Im Durchschnitt	1889/91	1897/99
Ochsen	18 007 Stück	47 269 Stück
Jungvieh	14 696 "	28 825 "
Schweine	<b>141 99</b> 8 "	151 "

Die öfterreichisch ungarische Biehaussuhr ift seit 1892, abgesehen von ber Schweineaussuhr, burchgängig gestiegen, und Ochsen und Jungvieh, für beren Einfuhr die ermäßigten Zollsätze gelten, weisen eine stärkere Aussuhr als Pferde, Kühe und Stiere auf.

Schließlich sei noch auf die Zollermäßigung und Zollbefreiungen, die ber Handelsvertrag für Holz- und Holzwaren enthielt, hingewiesen. Unter dem autonomen deutschen Tarif deckte Deutschland bei einem Eingangszolle von 0,50 Mark seinen Einfuhrbedarf an Holzborke und Gerberlohe zur Hälfte in Österreich-Ungarn. Im Handelsvertrag wurde die Einsuhr freisgegeben, aber nicht, wie man erwarten sollte, ist die österreichisch-ungarische Zusfuhr gestiegen; das alte Verhältnis ist geblieben und nur entsprechend der Steigerung der deutschen Gesamteinfuhr ist die österreichische Ausfuhr gestiegen.

Ein größerer Vorteil erwuchs der öfterreichisch-ungarischen Landwirtschaft aus den auf Nutz- und Bauholz zugestandenen Zollermäßigungen. Die österreichische Aussuhr nach Deutschland ist von 17,8 Millionen Mark (1889/91) auf 63,9 Mill. Mark (1897/99) gestiegen; inwieweit auf diese

<sup>1</sup> Auch für Holzwaren wurde die öfterreichische Einfuhr im Handelsvertrage begünftigt; nicht weniger als sieben Zollermäßigungen, mehr als in irgend einer anderen Warengruppe, wurden Österreicheltugarn zugebilligt.

Zunahme ber Ausfuhr ber gefteigerte Bebarf bes beutschen Marktes ober bie Zollermäßigungen eingewirkt haben, läßt sich schwer entscheiben.

Bergleicht man die im Handelsvertrag Öfterreich-Ungarn zugestandenen Agrarzölle mit den Industriezöllen, so ergiebt sich, daß die Reichsregierung 1890/91 entschlossen war, so weit es ging, an dem Industrieschutzolle sest= zuhalten, dagegen den Agrarschutzoll um ein Biertel die ein Drittel zu er= mäßigen. Über die Zweckmäßigkeit dieser Politik gehen die Ansüchten weit außeinander; nach unserer Aufkassung hat sie der deutschen Landwirtschaft schwere Opfer auserlegt, ohne der Industrie entsprechende Borteile zu bringen.

Auf ein weiteres Moment sei noch aufmerksam gemacht. Die beutschen Unterhändler haben ben Österreichern eine ganze Reihe von Zollermäßigungen für Waren, in benen Österreich keinen Absatz in Deutschland hat, zugestanden. Bei folgenden Waren hat nach der deutschen Statistif in den Jahren 1892 bis 1900 keine Aussuhr aus Österreich-Ungarn über 1000 Mark statzgefunden:

	autonomer	im Handelsvertrag
	Zollfat	festgesetzter Zoll
Graphit	. 50 Mark	4 Mark
Bugenscheiben	. 24 "	12 "
Paprifa	. 50 "	4 "
Oliven	. 60 "	30 "
Znaimer Gurken	. 60 "	4 ,
Olivenöl in Flaschen	. 20 "	10 "
Ricinusol in Fäffern1	. 9 "	2 "
Gereinigtes Erdwachs	. 15 "	10 "
Marmor und Alabaster	. 3 "	2,50 "
Strohbänder <sup>2</sup>	. 18 "	10 "
Boden= und Wandbekleidungsplatten aus	3	
Thonmassen	. 16 "	3 "
Grobes unbedrucktes Wachstuch	. 12 "	10 "

Es ließen sich sicherlich noch mehr Waren aufzählen, aber die Statistik versagt; sie faßt bei der Einfuhr mehrmals Warengruppen zusammen, unter denen sich im Handelsvertrag bevorzugte Waren finden. Wenn auch der österreichisch-ungarische Handel keine Vorteile aus diesen Zugeständnissen gezogen hat, so doch andere Staaten infolge der Meistbegünstigung.

Die öfterreichische Politik verfolgte bas ausgesprochene Ziel, nur einen Sandelsvertrag mit Deutschland abzuschließen, bei bem biefes einwilligte,

<sup>1 1897</sup> Einfuhr 4000 Mark.

 $<sup>^2</sup>$  Keine Einfuhr bis 1897 und bann 1899, dagegen 1897 — 71 000 und 1900 — 35 000 Mark.

<sup>3</sup> Reine Einfuhr bis 1897; pon ba ab jährlich 1000 Mark.

seine Getreide= und Vieh=, wie seine Holzzölle erheblich heradzuseten. Lange ehe es zu den Vertragsverhandlungen kam, ist das klar und bündig in der Presse wie im Parlament ausgesprochen worden. Bei der Erhöhung der Zolsätze von 1882 und 1887 hat man einmal den Schutz der österreichischen Industrie angestrebt; andererseits aber war der Gedanke maßgebend, daß Deutschland in Ermäßigung seines Agrarschutzes nur gegen eine Minderung des österreichischen Industrieschutzes einwilligen werde. Die Zölle wurden solglich nicht nur im Interesse der österreichischen Industrie so hoch geschraubt, sondern auch, um als Negotionszölle zu dienen. Als es dann zu den Verstragsverhandlungen kam, wies die österreichische Presse auf die össentliche Meinung in Deutschland hin, die gegen die Beibehaltung des Ugrarschutzes wäre, und daß es im eigenen wirtschaftlichen Interesse Deutschlands liege, sie fallen zu lassen, Österreich brauche deshalb zum Ausgleich keine Zusgeständnisse zu machen.

Die österreichischen Unterhändler haben an diesem schroffen Standpunkte nicht festhalten können. Doch die Vorteile, die für die Ausfuhr der deutschen Industrie schließlich eingeräumt wurden, waren nur mäßig, während Österreich= Ungarn sür seine wichtigsten landwirtschaftlichen Aussuhrartikel Zoll= ermäßigungen von 15—30 % bewilligt erhielt.

Der Erfolg hat gezeigt, daß man sich in Österreich geirrt hat. Die Einfuhr von Roggen, Weizen und Mais ist stetig zurückgegangen, ja sast bedeutungsloß geworden. Rußland und die Vereinigten Staaten haben Österreich von dem deutschen Markt verdrängt. In Malz, Hopfen, Holzborke und Gerberlohe, zum Teil auch in Gerste, in Siern und Geflügel behauptet Österreich noch heute seinen relativen Anteil an der Einfuhr in Deutschland; nur in Nutholz, Ochsen und Jungvieh hat es seine Ausfuhr gesteigert.

Worauf ist dieser, trot der Zollermäßigung eingetretene Rückgang der österreichischen landwirtschaftlichen Einsuhr zurückzuführen?

Man pflegt als Erklärung auf das Wachstum der öfterreichisch= ungarischen Bevölkerung hinzuweisen, deren Bedarf während der letten Jahre so erheblich gestiegen sei, daß die einheimische Produktion nicht ein= mal der eignen Nachfrage zu genügen vermöge.

Wäre dieser Einwand richtig, so enthielte er die schärfste Verurteilung der österreichisch-ungarischen Handelspolitik. Da sich 1891 eine Zunahme der Bevölkerung voraussehen ließ, wäre es eine klägliche, kurzsichtige Politik gewesen, auf die Minderung des deutschen Agrarschutzes so großen Wert zu legen, als man gethan hat. Wir werden vielmehr nach anderen Ursachen, die diesen Rückgang herbeigeführt haben, suchen müssen.

Seit Jahrzehnten hat die österreichisch-ungarische Landwirtschaft ihre

Erzeugnisse auf dem deutschen Markte abgesetzt. Erst unter dem Handelsvertrage hat sie ihre Stelle nicht mehr behaupten können und da, weil ihre beiden Hauptkonkurrenten: Rußland und die Bereinigten Staaten, ungleich billiger produzieren konnten. Die Produktionskosken pro Metercentner Weizen werden in Österreich auf 9 fl. angenommen, während nach amerikanischer Berechnung die Produktionskosken des Weizens z. B. 1893 nur auf 3.50 fl. sich stellten. Verhältnismäßig noch niedriger sind die Produktionskosken für Weizen in Rußland.

Die öfterreichisch-ungarische Landwirtschaft ist mit durch die niederen deutschen Getreidezölle des Handelsvertrages, die seinen Mitbewerbern einen Borsprung gaben, in eine schwerbedrängte Lage gekommen. Sie hat sich als Ausschrindustrie entwickelt und mit dem auswärtigen Absatz gerechnet. Jetzt kann sie bei den heutigen gedrückten Preisen auf dem deutschen Markte nicht mehr konkurrieren.

Suchen wir uns schließlich noch einmal zu vergegenwärtigen, welche Ziele Deutschland beim Abschluß bes Handelsvertrages mit Öfterreich-Ungarn verfolgte.

Unter Befürwortung des Fürsten Bismarck wurden in Deutschland die Ugrarzölle eingeführt. Eine der ersten Handlungen des Grafen Caprivi dagegen war es, in eine erhebliche Minderung des Ugrarschutzes einzuwilligen. Was hat nun diese Schwenkung der deutschen Handels= und Wirtschafts= politik veranlaßt?

Die Antwort wird je nach dem politischen Standpunkt des Einzelnen verschieden lauten. Zu einer objektiven wissenschaftlichen Beurteilung stehen wir den Ereignissen noch zu nahe. Auch ruhen die Akten und Denkschriften noch für längere Zeit verschlossen in den Archiven. Wir können deshalb nur nach unserer subjektiven Auffassung versuchen, die Gründe, die diesen Wechsel bewirkten, darzulegen.

Die Reichsregierung war zu diesem Schritt nicht durch eine Rücksichtenahme auf die politischen Parteien im Reichstage gezwungen; die Parteien für und wider hielten sich fast das Gleichgewicht. In der Reichstagseabstimmung vom Februar 1891 siegten sogar die Vertreter der agrarischen Interessen. Entscheidend war es, welcher Seite sich die Regierungspolitik zuwendete. Sie allein gab in dieser wichtigen Frage den Ausschlag.

Innere politische Erwägungen — auch wenn sie nicht ohne Einfluß geblieben sind — werden nicht allein die Regierung zu diesem Schritt ver-

¹ Grunzel in "Beitrag zur neuesten Handelspolitik Österreichs". Leipzig 1901. S. 76.

anlaßt haben. Man muß bas Gefamtbild bes beutschen Außenhandels ins Auge fassen, um zu erkennen, mas die beutsche Politik damals bezweckte.

Die Spannung zwischen Ein= und Aussuhr betrug in dem Handel mit Rußland zu Ungunsten des Deutschen Reiches in den Jahren 1888: 250,8 Mill. Mark; 1889: 354,8 Mill. Mark; 1890: 355,4 Mill. Mark; 1890: 355,4 Mill. Mark. Die russische Einfuhr stieg; aber alle Bemühungen Deutschlands, das eigene Absagediet in Rußland zu erweitern, stießen auf unüberwindlichen Widerstand. Der Abschluß des deutschlands, sich in der Jusuhr an Rohstoffen und Getreide unabhängig von Rußland zu stellen.

Damit wurde Rußland vor die Wahl gestellt, entweder seine im Steigen begriffene Aussuhr nach Deutschland an Österreich-Ungarn zu verlieren oder, um unter den gleichen Bedingungen zu konkurrieren, mit Deutschland in verstragsmäßige Beziehung zu treten.

Wie richtig biese Politik gewesen ist, hat die Zeit gelehrt. Rußland beantwortete den öfterreichisch-ungarischen Handelsvertrag mit dem Zollkriege; gab aber dann schließlich im Handelsvertrage von 1894 nach. Es war das ein großer diplomatischer Sieg des Grafen Caprivi. Der Eintritt Rußlands in die vertragsschließenden Staaten verschiedt sofort das Bild der landswirtschaftlichen Zusuhr. Öfterreich wird zurückgedrängt, Rußland erhält und vergrößert seinen Absat in Deutschland.

Die Politik des Grafen Caprivi, durch einen Handelsvertrag mit Öfterreich-Ungarn einen Druck auf Rußland auszuüben, tritt deshalb nicht so klar hervor, weil im Laufe der Handelsvertragsverhandlungen mit Öfterreich von ihr abgewichen wurde. Ausgang des Jahres 1890 erweitert sich der Plan des Grafen Caprivi; an die Stelle eines Handelsvertrags tritt der Gedanke einer mitteleuropäischen Zollunion, und als er sich als nicht durchführbar erweist, der eines mitteleuropäischen Handelsvertragsspstems.

Sieht man von der allgemeinen Stellung des öfterreichisch-ungarischen Handelsvertrags in der deutschen Politik dagegen ab und prüft ihn nur auf seinen wirtschaftspolitischen Inhalt, so kann unser Urteil nicht günstig ausfallen. Er brachte der deutschen Industrie keine wesentliche Erleichterung ihrer Ausfuhr nach Österreich-Ungarn, er schädigte aber auf das schwerste die Interessessen der deutschen Landwirtschaft.

**Tabelle I.** Österreich = ungarischer autonomer Tarif: Zollsätze, die für die deutsche Einfuhr galten.

Rummer	ZoUsat betrug Gold= gulden 1	Prozent des Waren= wertes	Im Handels= vertrag 1892 festgesetet Goldgulden
auf 100 kg: 32 b. getrocknete und zubereitete Gemüse 38. Hopsen Schlacht= und Zugvieh pro Stück: 39. Ochsen 40. Stiere 41. Küsse 42. Jungvieh 43. Kälber 44. Schafe, Widder, Hammel 45. Lämmer  für 100 kg: Ehwaren. 85. Käse	5 10 Netto 15 4 3 1,50 0,50 0,25	52 9 12—17 4 2—5 6 12 10—15 15	2 7 Brutto 12,75 gebunben 2,50 gebunben "
Mineralien. 103 b1. Farberden	1	35	0,50
Arznei und Parfümeriestoffe. 107 b. ätherische Öle	25 10	<b>4</b> 2	15 gebunden
109 b. Farbhölzer verkleinert	1	12	0,75
115. gemeines Harz	0,50	12	frei
124a. Garn roh, bis Nr. 12 englisch b. Garn roh, dis Nr. 12—29 englisch	6 8 8 10 12 14 24 35	8 10 10 12 12—15 13—16 13 18	gebunden " " " " " " " "
128a. gemeine glatte Gewebe, roh	34 45 55 70 45 55 65 80	30 27 22 24 29 26 25 28	32 40 50 60 gebunben " "70

<sup>1</sup> Ein Goldgulben = 2 Kronen 38 heller = 2 Mark 2 Bf.

	_		
Nummer	ZoUsat betrug Gold= gulden	Prozent des Waren= wertes	Im Handels= vertrag 1892 festgeset;t Goldgulden
für 100 kg:  181a. feine Gewebe, roh b. " gebleicht, gefärbt 2c. 182. feinste Gewebe 133. gestickte Mebwaren, Spiten 184. Samte und samtartige Mebwaren 185. Dochte, Gurten, Treibriemen 2c. 187c. Leinengarn, gezwirntes 188a. Jutegarn, einsach, roh	80 120 160 300 90 24 5 1,50	28 25 25 22 18 13 11	70 100 140 225 85 gebunben "
b. gezwirnt, gebleicht 2c	5	12	"
139. graue Packleinwand 140. ungemusterte, rohe 141a. bis zu 10 Kettenfäden b. 11—20 Kettensäden 142a. bis zu 20 Kettensäden b. gebleicht, gefärdt 2c. c. Damast aller Art 143. über 20 Kettensäden 144. Battiste, Gaze 146. Spizen, Kanten, gestickte Webwaren 147. Posamentiers, Knopfs, Band u. Wirkwaren Jutegewebe. 148. Sacks und Packstosse 149. Möbels und Bekleidungsstoffe 2c.  Wollengarn. 154 c2. Garne roh, einsach, über Nr. 45 metrisch	6 12 20 40 40 80 80 80 120 300 80 40 12	15—16 13 14 9 12 14 14 7 11 13 21 18—20 20 27	" " " " " " " " " " " " " " " " " " "
d2. Garne doubliert, " " " " " " " " " " " " " " " " " " "	14	4	"
Rr. 45 metrisch f2. Garne gebleicht, gefärbt, doubliert, über	16 20	5 6	14 16
Wollwaren.			
158. wollene Webwaren nach dem Gewicht	80 u. 110 50	20 u. 14 30	gebunden
mit Baumwollfetten gewebt n. d. Gewicht 159. Samte und samtartige Gewebe 160. bedruckte wollene Webewaren Seidenwaren.	100 80	13 9	85 gebunden
168. gesticke, Besabartikel	500 400 500 400 250	15 15 10 18 11—18	400 200 u. 400 300 225
Rünftliche Blumen. 171. künftliche Blumen, Schmuckfedern 2c 172. Bestandteile künftlicher Blumen Papier und Papierwaren.	450 200	3 10	
186. Graues Löschpapier u. rauhes Packpapier ungefärbt	3	22-41	1,50

Nummer	Zollsat betrug Gold= gulden	Prozent bes Waren= wertes	Im Handels= vertrag 1892 festgesett Goldgulden
für 100 kg: 187. geglättetes, gefärbtes 20. Packpapier 188. Glanz- und Lederpappe	3	10 10	1,50 gebunden
189. ungeleimtes ordinäres Papier	5 7 15 25	17 8 8 22	3 5 10 18
194. Papierwaren	15 30	$\frac{26}{5}$	$\begin{array}{c} 12 \\ 18 \end{array}$
200. Shläuche und Treibriemen	20 30	8 8	gebunden 25
210. Fußbobenbelege, Linoleum, Canystulikon 211. nicht besonders benanntes Wachstuch Leder und Lederwaren.	20 30	16 25	
213. gemeines Leder	9 18 35	3—6 4 11	9 32,50
220 a. zugerichtetes Pelzwerk, aus gemeinen Fellen	10 50	<b>6</b> 8	6 gebunden
Fellen	80 200	83 50	60 <b>1</b> 50
222 a. gemeinste Holzwaren, nicht gefärbt und gebeizt 20	1,50	7—10	gebunden
Metallbeschlägen	3 5 <b>15</b> 30	8-15 $12$ $5-12$ $7-12$	" " " "
225 bis feine Korbflechterarbeiten	50 1,50 3 5	31 5 2 15	25 gebunden "
b. anderes hölzernes Spielzeug • Glas und Glaswaren. 232 a. gemeines Hohlglas in natürlichen Farben	$\frac{20}{2}$	14 25	″15 1,50
b. " burchsichtig, weiß	8	41 13—50	6
235. rohes ungeschliffenes Spiegelglas	1,50 4 12	$\begin{array}{c} 9 \\ 25 \\ 21 \\ \end{array}$	gebunden  3. T. gebunden
240. Glasplättchen, Glasstängelchen 20 242. farbiges Glas	1,50 12	$\frac{5}{15}$	gebunden 6

Nummer	ZoUfat	Brozent	Sm Handels=
	betrug	des	vertrag 1892
	Gold=	Waren-	festgesett
	gulden	wertes	Goldgulden
für 100 kg:  Stein= und Thonwaren.  245 a. Schiefer in Platten b. Dachschiefer, Tafelschiefer 246. Brodier-, Schleif= und Wetsteine 246. Brodier-, Schleif= und Wetsteine 246 bis fünstlich gefärbte Erden und Steine, Farberden 247. feine Steinwaren (Luxusgegenstände) 250 a. Chamottewaren, Jiegel von gewöhn= licher Form b. Chamottewaren, andere Ziegel 251. Pssafterungsmaterial, Röhren 251 dis Ketorten, Schmelztiegel 252 b. Töpfergeschirr aus gemeinster oder gessinterter Thonerde 253. Bauornamente 254 a. einfardige oder weiße Thonwaren b. zweis oder mehrfardige Thonwaren 255 de sinfardige oder weiße Thonwaren 256 de, fardiges, bemaltes, bedrucktes z. Borzellan Sisen und Sisenwaren 257. Roheisen, alter Stahl und Sisen 259 a. nicht façonniertes Eisen und Stahl b. saçonniertes Eisen und Stahl b. saçonniertes Eisen und Stahl ch. baconniertes Eisen und Stahl d. de, und Platten, in der Stärke von 1 mm und mehr b. Blech und Platten, in der Stärke von 261 a. Blech und Platten, in der Stärke von 262 und Platten, in der Stärke von 263 und Platten, in der Stärke von 264 und Platten, in der Stärke von 265 und Platten, in der Stärke von 266 und Platten, in der Stärke von 276 und Platten, in der Stärke von 286 und Platten, in der Stärke von 286 und Platten, in der Stärke von 287 unterliebte, posierte zc. Bleche und 288 blatten, in der Stärke von unter 0,4 mm el. vernickelte, posierte zc. Bleche und 288 latten, in der Stärke von unter 0,4 mm d. d. verzinkt, vernickelten zc. Draht 262 a. gemeines Sisengew. roh, unverarbeitet 263 a. gemeines Sisengew. roh, unverarbeitet	0,75 1 0,50 0,50 0,50 5 15 0,50 1 1 0,50 3 5 8 15 0,80 2,75 4 5 6 7 8 10 12 6 8 24 4 5	$\begin{array}{c} 22\\ 18\\ 25\\ 4-6\\ 32-56\\ 7\\ 35\\ 41\\ 25-45\\ 10\\ 4\\ 9-16\\ 28\\ 15\\ 12\\ 32\\ 43\\ 44\\ 42\\ 50\\ 48\\ 41\\ 32\\ 55-59\\ 50-65\\ 50\\ 17\\ 50\\ 31-35\\ 48\\ 22-27\\ 28-39\\ \end{array}$	0,25 gebunben frei  2 gebunben 0,25 0,75 0,50 gebunben 10 0,65 2,50 3 2.50 gebunben 4,75 5,25 5 5,75 gebunben 9 8 5 6 gebunben " 4"
c. " fein " fein " 264. daraus Draftstifte	8,50	42	8
	6,50	67	gebunden

Nummer	Zollsaţ betrug Gold= gulden	Prozent bes Waren= wertes	Im Handels= vertrag 1892 feftgef <b>et</b> t Goldgulden
für 100 kg:  265. Waren aus Schwarzblech 2c.  265 bis geschmiedete Dampstessel.  265 ter fein angestrichene 2c. Blechwaren.  267. Charniere, Federn, Hauen, Schauseln 2c.  268. Drahtseile, grobe Drahtwaren  269. Werkzeuge, Schlösser 2c.  269 dis Werkzeuge 2c.  270. seine Eisen= und Stahlwaren, Kunstyuß  271. " " Waffen,  Schlittschuh 2c.  272. Messershwaren  272 dis Nähnadeln unter 5 cm Länge  Unedle Metalle und Waren daraus.  273 a. rohes, altes 2c. Blei  d. gegossenes, gewalztes 2c. Blei  d. zohes, altes 2c. Blei  d. zink in Stangen, Platten, Blechen  c. zink in Drähten und Nöhren, Zinkzuß  276. Kupfer, Nickel, Messing  276. Kupfer, Nickel, Messing  277. hin groben Gußtücken  d. Bleche und Drähte  e. plattierte, versilberte Bleche, Platten  279. seine Metallwaren  280. seinse Metallwaren  281. seine Metallwaren  282. Losomobile  283 a. Näh= u. Strickmaschinen, in Gestelle zerlegt  b. " " Bestanbteile am Kopfe  284. Spinn=, Zwirnmaschinen u. bergl.  a. für Alhsall der Streichgarnspinnerei  b. für alle andere Spinnerei  284 dis Wesschühle, Stickmaschinen  286. Maschinen, Apparate aus unedlen Metallen  287. nicht besond, depend	6 8,50 15 7 8 10 20 15 20 15 25 50 100 2 5 1 3 5 6 8 10 30 20 50 50 8,50 30 20 4,25 3,4,25 10 7 15 8,50	$\begin{array}{c} 41-50\\ 35\\ 52\\ 26\\ 25-45\\ 10-39\\ 12-45\\ 9-69\\ 6-32\\ 11-142\\ 27\\ 14-17\\ 5-29\\ 6\\ 12\\ 12-18\\ 8-10\\ 4-11\\ 5-13\\ 19-22\\ 17-19\\ 20\\ 17\\ 16-26\\ 62\\ 20\\ 22\\ 8\\ 7\\ 7-10\\ 14\\ 22\\ 21\\ 1-35\\ \end{array}$	5,50 7,50 12 6.50 gebunden 15 12 gebunden 45 50 gebunden frei 1,50 3 gebunden 9,3.X. gebund. 20 18 40 u. 30 gebunden 8 6 25 12 gebunden 3. X. gebunden u. 3. X. 3 gebunden
Fahrzeuge. 290. Personenwagen mit Leberarbeit pro Stück für 100 kg:	75	9	gebunden
291. Güterwagen	7	30	6,50
299 a. Opernaucter 2c	200	18	125
b. nicht besonders benannte Instrumente für den allgemeinen Gebrauch	50	5—7	gebunden

Rummer				
Rummer		Rollfak	Rrnzent	In Handels=
Sold				•
Gulben   wertes   Goldgulden	Nummer	_		
Same		@old=	Waren=	lelidelekt
300. Klaviere, Pianinos 2c		gulden	wertes	Goldgulden
300. Klaviere, Pianinos 2c		<u> </u>	l	
300. Klaviere, Pianinos 2c	50 n 100 km			,
b. anddere musifialijde Inferumente  307. Golds und Silberfiligranwaren, Korallenswaren	200 a Claniara Mianinas ac	40	20_38	20
307. Gold= und Silberfiligranwaren, Korallen= maren	h anhara musikasisisha Construmenta			
300	307 Golde und Silberfiligranmaren Parallene	10		geounioen
309. feine Aurzwaren   100   100   100   310	maren	300	1 6	aehunhen
310. Essenbein-, Persmutter- 2c. Waren	309. feine Kurzmaren			
311 a. Kinderspielwaren mit fünstlichen Blumen und dergl	310. Elfenhein=. Rerlmutter= 2c. Waren		7	
und bergl	311 a. Kinderspielmaren mit fünstlichen Blumen	-00	· ·	3
und Wirfmaren	und beral	100	10	<b>7</b> 5
und Wirfmaren	b. Kinderspielwaren mit anderen Webe-		1	
314. unechtes Blattgold und Blattfilber	und Wirkwaren	50		gebunden
316 a. Regen= und Sonnenschirme auß Seibe und Halbseibe	314. unechtes Blattgold und Blattfilber	50	10	40
und Halbseide				
b. Regens und Sonnenschirme aus ans beren Stossen		0 -0		
für 100 kg:	und Halbseide	0,70	11	0,50
für 100 kg:	b. Regen- und Sonnenschirme aus an-	0.00	10	0.05
Chemische Histories		0,30	19	0,25
320. Salzsäure, Eisenvitriol 0,50 bis geg. 21 Salzsäure0.30 Eisenvitriol gebunden 0,50  320 bis Schwefelsäure	fur 100 kg:			
320 bis Schwefelsäure	Soo Salafana Gilannitnial	0.50	6:2 222 91	≈a(a(ä,,,,,a) 90
320 bis Schwefelfäure	320. Suizfaute, Sifenbittioi	0,50	DIS GEG. 21	
320 bis Schwefelsäure				gehunden
321 a. rohe oder frystallisierte Soda, Pottasche, Kali 2c	320 his Schmefelfäure	0.75	31	
Rasi 2c	321 a. rohe oder kruftallisierte Soda. Rottasche.	0,10	01	,00
b. falcinierte Soda	Rali 2c.	0.80	3—33	aebunden
c. Pottasche	b. kalcinierte Soda			,
323. Barytweiß, fohlenjaures Ammoniaf 2c.   3   6—41   2	c. Pottasche		8	0,80
323. Barytweiß, fohlenjaures Ammoniaf 2c.   3   6—41   2	322 bis Bleiglätte, Salpeter	2	10-13	gebunden
Chemische Brodukte.         5         24—31         4           328. Stärke, auch Stärkemehl.         6         31         gebunden           330. Teersarbstoffe, Alizarin         10         8         1,50           331. nichtbesond. ben. chem. Produkteu. Fabrikate         10         bis geg. 14         gebunden           332. Siegeslack, Tinten, Fabrikate aus Gallerten         10         24         7           333. Bleiz, Notz, Farbstifte, Fssigiäure u. bergl.         24         15         18           335. Lackstimisse.         24         20         gebunden           337. Barfümeriemaren         75         31         —	323. Barytweiß, kohlensaures Ammoniak 2c.	3	6-41	
330. Leergarbstosse, Alizarin	Chemische Produkte.			
330. Leergarbstosse, Alizarin	325 bis Schuhwichse			
330. Leergarbstosse, Alizarin	328. Stärke, auch Stärkemehl			
332. Siegellack, Tinten, Fabrikate aus Gallerten 10 24 " 333. Bleiz, Rotz, Farbstifte, Gssigäure u. dergl. 24 15 18 335. Lackstrussse. 24 20 gebunden 337. Barfümeriemaren	330. Teerfarbitoffe, Alixarin			
333. Bleiz, Rotz, Farbstifte, Essigiaure u. dergl. 24 15 18 355. Lackstirnisse	331. nicht besond. ben. chem. Produfteu. Fabrifate			gebunden
335. Ladfirnisse	332. Stegellack, Linten, Fabrifate aus Gallerten			10
337. Bartümeriemaren	335. Biets, Nots, Farolitie, Elliglaure u. bergi.			
551. Put functionaten	397 Manfürraniamanan			geounven
Saifan und Diindmaran	Seifen und Zündwaren.	19	91	_
341. Kerzen und Fettfabrikate	341. Kerzen und Kettfahrikate	11	92	9
343. Zündhölzchen, Zündwaren	343. Ründhölschen, Ründmaren			
344. Feuerwertskörper 24 49 gebunden	344. Keuerwerkskörper			

Anschließend an die öfterreich-ungarischen Zoll-Tarifsüse geben wir nach ber beutschen Reichsstatistik für eine Reihe ber wichtigeren Artikel die deutschen Aussuhrzisfern an.

Leonische Drähte 30, Faffungen aus Stahl für Augengläser 50 Gglb., fonst gebunden.

**Tabelle II.** Die beutsche Aussuhr nach Österreich = Ungarn betrug (in 1000 Rm.):

Nummer	1880 -85 1	1885	1886	1887	1888	1889	1890	1891
(19/37.) Baumwollgarn (38/52.) Baumwollwaren	3 338 5 669 55	7 443	7 318	1 909 6 592 105	6 112	1 995 4 494 36		
Rleider, Leibwäsche, Putwaren 492/94. seibne 20.	I _	1 476	1 233	1 089	945	846	790	841
494. aus Baumwolle, Wolle 2c. 496. Korsetts	-	1 101	1 013	1 065	1 178	1 085	1 008	842
schuf überzogen 2c.	_	25	62	53	71	74	93	34
492/497	2 451	2 602	2 308	2 207	2 194	2 005	1 891	1 717
556/60. Jute, Manillahanfgarn 558 a. 561/63. Leinengarn 887/96. Wollengarn 37. Wigognegarn 897/915. Wollenwaren 776 a. Kohseibe gefärbt 775. Florettseibe gefärbt 778/85. seibene Waren 862. Pferbe 862. Pferbe 864. Kühe 715. Ralm= u. Koksnußöl 228. Roheisen 232. schmiedb. Sisen 239/48. Sisenwaren, ganz grobe 249/55.  y grobe 256/65. y feine 669/75. Maschinen in Teile	2 041 4 279 2 364 1 173 2 781 2 689 1 199 3 563 9 789 3 272 10 006	383 374 8 793 277 16 988 3 495 809 1 890 2 957 1 420 1 077 2 929 797 837 2 272 6 554 3 574 8 121	627 264 9 766 198 14 401 1 380 1 738 2 634 1 103 2 421 989 583 1 500 5 601 3 151 3 151 6 452	740 310 10 941 160 13 634 3 215 1 257 1 620 2 540 816 7 998 998 5 197 2 967 7 097	286	1 615 373 13 286 226 10 737 2 410 1 487 2 005 2 862 1 020 317 2 180 580 884 1 814 5 910 3 092 8 396	1 108 383 12 377 168 10 765 2 260 1 576 1 730 2 783 1 102 149 2 104 457 1 075 2 058 5 110 2 585 5 110 2 587	1 164 331 13 884 200 11 033 3 496 941 1 589 2 926 920 221 1 957 421 1 665 2 023 5 516 3 245 9 982
465. musital. Instrumente	583 2 181 — — — —	1 259 1 948 1 369 1 380	1 087 1 726 1 578 1 366 98	1 123 1 738 1 596 1 114 263	940 1 912 1 329 937 195	732 1 822 1 057 844 150	9 237 893 1 816 1 148 998 126	771 2 036 984 962 124
421. Holzorten-Gerberiche 422. Hopfen 522 a u. b. feine Waren a. Rupfer 526/27. feine vernickelte W. a. K. 528 a u. b. Waren a. edl. Wetalle 546. Leber 547. Kaufchukleber 552. feine Leberwaren 555. Handschuhleber 401. Schaf= und Ziegenfelle 158. Indigo	106 4 332 785 1 199 3 171 4 088 3 934 — 1 250 284 3 581	1 216 1 023 1 002 3 524 2 828 3 465 2 120 2 720 418 3 790	1 544 1 031 986 3 248 2 986 3 927 1 928 3 136 358 2 716	263 2 291 1 109 1 249 2 953 3 455 4 394 2 600 4 312 505 2 218	193 2 118 1 078 1 671 3 514 2 974 3 630 2 174 4 128 403 2 144	999 609 727 3 038 2 665 4 574 1 864 4 770 753 2 592	2 587 659 666 3 475 2 469 4 969 2 513 4 104 1 100 2 792	124 1 260 696 639 3 306 2 716 4 837 2 956 3 579 1 080 2 315

<sup>1</sup> Jm Durchschnitt. Schriften XCVIII. — Verhandlungen 1901.

Eabelle III. Einfuhr in das österreich=ungarische Zollgebiet im S

	Gemüs <b>e,</b> Obst, Pflanze <b>nteil</b> e		ische Pro= dukte.	Fet	te,	Gett	änte
Einfuhr aus dem Deutschen Reich Einfuhr aus allen anderen E.=Staaten	7 054 7 663		7 491 7 522	2 08 5 37			174 348
	Farb= und Ger	bftoffe		en und	80	Baumwo 1rne u. B wollwar	aum=
Einfuhr aus dem Deutschen Reich Einfuhr aus allen anderen E.=Staaten	1 769 9 113		92 70			9 81 58 94	
	Bürst <b>e</b> nbinde und Sieb= macherware		Stroh= un ware		Papie	r und P waren	apier:
Einfuhr aus dem Deutschen Reich Einfuhr aus allen anderen E. = Staaten	197 51		17 3 41			5119 764	
	Holz= und Beinwaren		as und Swaren	Steinw	aren	Thor	ıware
Einfuhr aus dem Deutschen Reich Ginfuhr aus allen anderen E. = Staaten	3 114 2 167	1	854 247	11 99 3 55			145 583
	Кофfalz	Chemifd Hilfsfto		ische Pro= dukte	Rerze Se	en und ifen	Züı
Einfuhr aus bem Deutschen Reich Einfuhr aus allen anderen E.=Staaten	268	2 636 4 776		5 736 1 353		14 44	
	Tabat		Getre	eide und H	ülfenfri	i <i>c</i> hte	
Einfuhr aus dem Deutschen Reich Ginfuhr aus allen anderen E. = Staaten	237 21 384			20 18 26			

beut III. biet im Specialhandel 1891 (in 1000 Goldgulben):

b i	et im	: S:	pecia	lhand	el 1	891 (in	1000	) Goldgu	lden):			
	Getr	änte	©B	waren	Holz	, Rohlen, Torf		hsler= und mihstoffe	Mineralie	en	Parfü	ten und imerie= offe
	$\begin{smallmatrix}1&4\\&3&3\end{smallmatrix}$			134 741		24 573 3 287 Bolle, G		1 932 4 572	4 690 2 119		31 50	
هو.	Baumwol 1rne u. Ba wollware	ıum=	र्के	lachs, Han ind Waren baraus	f			Bolle, Go und Bollw		Seide und Seidenwaren		Rleibung, Bäsche, Puşwaren.
	9 81′ 58 <b>94</b> 5			6 500 14 340		34 038 33 09			601 397		4 437 3 223	
pie	r und Po waren	ipie <b>r</b> =	perc	Huf, Gutte ha und en baraus	l=	Wachstuch Wachstaf			ib Leder= aren	Rü	rfcner	waren
	5119 764			2 077 3 301		148 305		86	353 301		2 44 54	
1	Thon	waren		ifen und f <b>e</b> nwaren		nedle Metall und Waren baraus	e g	laschinen un Apparate	b Fahrz	euge	1	trumente, Uhren, irzwaren
		1 <b>45</b> 583		7 769 3 <b>44</b> 6		12 801 4 494		9 854 7 788	201 163			7 626 7 407
erze Se	en und ifen	Zün	bwaren	Litteratu Kunftg ftän	egen=			Rolonial= waren	Fourniere	Sübfr	riichte	Zucker
	14 44	1	101 63	15 3 1 8		3 2890		108 41 463	589 1 782	88	9 26	7 58
nfri	ii d) te		<u> </u>	blacht≈ un	d Zugr	oteh		Anbere Ti	ere		Öle, Z	fette
		ļ		9 17 7	48 85			630 1 510			48 6 94	33 <b>47</b>

Online abrufbar unter: https://www.duncker-humblot.de/9783428173457\_Tabelle

**Tabelle IV.** Deutscher autonomer Tarif: Zollfätze, die für die Einfuhr galten, auf 100 kg berechnet.

Nummer	ZoUfaţ betrug Mark	Prozent bes Waren= wertes	Im Hanbels= vertrag 1892 feftgefett Mark
A. Agrarschut.  9. Getreide und andere Erzeugnisse des Landsbuug.  a. Weizen	5 5 4	26 37	3,50 3,50
8) Hafer	4 2 2,25 2 4	34 14 16 21 16	2,80 gebunden 2 1,60 3,60
13. Holz und andere vegetabilische und ani= malische Schnitztoffe.			
b. Holzborke und Gerberlohe c. 1. Bau= und Nutholz roh eichene Faßbauben c. 2. vorgearbeitetes und zerkleinertes Bau= und Nutholz c. 3. gefägte, nicht gehobelte Bretter	0,50 0,20 0,20 0,40 1	4 6 6 5 18	frei gebunben " 0,30 0,80
d. grobe, rohe Böttcher=, Drechsler= und Tischler= arbeiten	3 6 10 30	7 6 9 6	gebunden 5 gebunden "
14. Hopfen. Hopfen, auch Hopfenmehl (Brutto)	20	8	14
25. Material= und Spezerei=, auch Konditor= waren und andere Konsumtibilien.			
e. 1. Wein und Most in Fässern eingehend . f. Butter, auch fünstliche	24 20 20 30 4 10,50	38 13 21 10 7—14 40	20 16 15 12 gebunben 7,30
37. Tiere und tierische Produkte.			
b. Eier von Geflügel	3	4	2
39. Bieh (pro Stück). a. 1. Pferde	20 9	2 3—15	gebunden "

Nummer	ZoUsat betrug Mark	Prozent des Waren= wertes	Im Handels: vertrag 1892 festgeset Mart
c. Ochsen	30 6 3 6 1 0,50	9—15 3—13 5—15 5 1	25 5 gebunden 5 gebunden "
B. Industries dut.			
3. Droguerie= und Apothekerwaren. a. ätherische Öle	20 10 8 2,50 1,50	bis geg. 5 17 3—6 29 5	# !! !!
6. Eisen= und Eisenwaren. b. schmiedbares Eisen	2,50 6	12 9	1,50 gebunden
10. Glas und Glaswaren. a. Email: und Glasurmasse	3 8 3 24 24 10	7 26 9 28 9	" " " 12 gebunden
20. Kurze Waren, Quincaillerien. b. 1. Waren aus Bernftein, Meerschaum b. 2. feine Galanterie= u. Quincailleriearbeiten 3. Fächer aller Art	200 200 200	10 16 12	150 175 gebunden
22. Leinengarn, Leinwand und andere Leinen- waren.			
a. 1. Garn bis Nr. 8 englisch	5 6 9 12	4—9 4—9 4—9 4—9	a 11 11
b. 1. Garne gefärbt, bedrudt 2c. bis zu Nr. 20 englisch	12	7—8	gebunden
2. Garne gefärbt, bedruckt 2c. über Nr. 20 bis Nr. 33	15 20 36 70	7—8 7—8 12 13	" " " "
1. Setriband, Johntold A. ungelundt 1. bis mit 40 Fäden in der Kette 2. mit 41—80 Fäden	12 24 36 60	9—20 9—20 9—20 9—20	" " 30 *

Rummer	ZoUsat betrug Mark	Prozent des Waren- wertes	Im Handels= vertrag 1892 festgeset; Mar <del>t</del>
g. Leinwand, Zwillich 2c. gefärbt 1. Leiwand bis mit 120 Fäden in der Kette 2. Leinwand mit mehr als 120 Fäden in der Kette ber Kette 3. Damaste aller Art.	60 120 150	14—16 11—26 16	gebunden "
27. Papier und Pappwaren. b. ungebleichter Halbstoff	1 4 6 10	5 14 14 10	*3 3 6
38. Thonwaren. b. feuerfeste Steine	0,50 1 2 14 30	19 13 26 15 21	gebunben " 10 20
41. Wolle fowie Waren baraus. c. 3 a. Garn	5 8 10	$\frac{-}{2}$	 gebunden "

Tabelle V. Deutsche Ginfuhr aus Öfterreiche Ungarn, in 1000 Mark.

Nummer	1885	1886	1887	1888	1889	1890	1891
1. Abfälle, zollfreie E	2 730	3 831	3 431	7 857	9 102	7 065	13 879
2. Baumwollgarne, waren .	6 702	4 613	8 807	11 603	15 955	11 168	4 829
1) zoupflichtige E	702	593	563	685	648	579	524
2) zollfreie E	6 000	4 030	8 244	10 918	15 317	10 589	4 305
3. Blei, zollfreie E	372	236	351	264	255	189	157
5. Droguerie, Apothefen .	11 691	9 700	11 577	12 171	13 694	13 584	11 708
1) zollpflichtige E	1 754	1 310	2 361	2 133	2 176	1 367	1 175
2) zollfreie E	9 937	8 390	9 216	10 038	11 518	12 217	10 583
6. Gifen und Gifenwaren.	ł				·		
zollpflichtige E	1 490	2 374	2 327	2 762	2 611	29 574	6 551
7. Erden, Erze, zollfreie E.	16 466	17 246	18 562	24 565	26 585	34 348	49 341
8. Flachs, zollfreie E	2 982				4 198		3 236
9. Getreide	83 518	80 179	99 398	79 181	121 638		137 771
1) zollpflichtige E	63 812	55 237					108 575
2) zollfreie E		24 942			22 932	24 120	29 196
10. Glas, Glasmaren, zoll=							
pflichtige E	4 484	5 305	5 462	4 345	4 001	4215	4 774

1) zollpflichtige E	9 083	5 314 8 169 10 237 60 918 5 9458 1 460 3 531 2 314 188 1 026 2 230 927 1 303 3 718 8 850	12 450		14 194 6 176 8 018 12 927 106 075 103 693 2 382 5 050 3 074 192 2 151 3 881 1 326 2 555 6 252 13 343 14 074	13 423 5 081 8 342 13 935 58 867 56 412 2 455 6 040 2 329 192 2 342 7 684 4 435 3 249 7 340 17 058 13 755	8 308 13 995 56 291 54 344 1 947 5 751 1 981 2 342 4 836 2 011 2 825 8 879 18 248
2) zollfreie E	7 900 0 210 89 083 7 495 1 588 3 816 1 715 118 2 387 4 98 1 478 3 360 7 856 7 282 7 648	8 169 10 237 60 918 59 458 1 460 3 531 2 314 188 1 026 2 230 927 1 303 3 718 8 850 14 134	7 212 9 792 70 164 68 147 2 017 4 415 2 468 162 1 325 2 938 929 2 009 4 240 11 849 12 450	8 248 9 415 82 419 80 211 2 208 5 730 2 562 164 1 696 3 709 1 216 2 493 5 157 11 548	8 018 12 927 106 075 103 693 2 382 5 050 3 074 192 2 151 3 881 1 326 2 555 6 252 13 343	8 342 13 935 58 867 56 412 2 455 6 040 2 329 192 2 342 7 684 4 435 3 249 7 340 17 058	2 825 8 879 18 248
12. Säute, Felle, zollfreie S. 13. Holz	0 210 89 083 7 495 1 588 3 816 1 715 118 874 2 387 509 1 478 3 360 7 856 7 282	10 237 60 918 59 458 1 460 3 531 2 314 188 1 026 2 230 927 1 303 3 718 8 850 14 134	9 792 70 164 68 147 2 017 4 415 2 468 162 1 325 2 938 929 2 009 4 240 11 849 12 450	9 415 82 419 80 211 2 208 5 730 2 562 164 1 696 3 709 1 216 2 493 5 157 11 548	12 927 106 075 103 693 2 382 5 050 3 074 192 2 151 3 881 1 326 2 555 6 252 13 343	13 935 58 867 56 412 2 455 6 040 2 329 192 2 342 7 684 4 435 3 249 7 340 17 058	13 995 56 291 54 344 1 947 5 751 1 981 230 2 342 4 836 2 011 2 825 8 879 18 248
13. Holly flicktige G	89 083 87 495 1 588 3 816 1 715 118 874 2 387 509 1 478 3 360 7 856 7 282 7 648	60 918 59 458 1 460 3 531 2 314 188 1 026 2 230 927 1 303 3 718 8 850 14 134	70 164 68 147 2 017 4 415 2 468 162 1 325 2 938 929 2 009 4 240 11 849 12 450	82 419 80 211 2 208 5 730 2 562 164 1 696 3 709 1 216 2 493 5 157 11 548	106 075 103 693 2 382 5 050 3 074 192 2 151 3 881 1 326 2 555 6 252 13 343	58 867 56 412 2 455 6 040 2 329 192 2 342 7 684 4 435 3 249 7 340 17 058	56 291 54 344 1 947 5 751 1 981 230 2 342 4 836 2 011 2 825 8 879 18 248
1) zollpflichtige E	37 495 1 588 3 816 1 715 118 874 2 387 509 1 478 3 360 7 856 7 282 7 648	59 458 1 460 3 531 2 314 188 1 026 2 230 927 1 303 3 718 8 850 14 134	68 147 2 017 4 415 2 468 162 1 325 2 938 929 2 009 4 240 11 849 12 450	80 211 2 208 5 730 2 562 164 1 696 3 709 1 216 2 493 5 157 11 548	103 693 2 382 5 050 3 074 192 2 151 3 881 1 326 2 555 6 252 13 343	56 412 2 455 6 040 2 329 192 2 342 7 684 4 435 3 249 7 340 17 058	54 344 1 947 5 751 1 981 230 2 342 4 836 2 011 2 825 8 879 18 248
2) zollfreie E.  14. Hopfen, zollpflichtige E.  15. Hitrumente, zollpfl. E.  17. Kautschuk, zollpfl. E.  18. Kleider, zollpflicht. E.  19. Kupfer  1) zollpflichtige E.  2) zollfreie E.  21. Leder, zollpflichtige E.  22. Leinengarn, zollpfl. E.  24. Litteraturgegenstände, zollfreie E.  25. Materialwaren  26. Materialwaren  27. zollpflichtige E.  28. zollpflichtige E.  29. zollpflichtige E.  20. zollpflichtige E.  21. zollpflichtige E.  22. zollfreie E.  23. zollpflichtige E.  24. zollpflichtige E.	1 588 3 816 1 715 118 874 2 387 509 1 478 3 360 7 856 7 282 7 648	1 460 3 531 2 314 188 1 026 2 230 927 1 303 3 718 8 850 14 134	2 017 4 415 2 468 162 1 325 2 938 929 2 009 4 240 11 849 12 450	2 208 5 730 2 562 164 1 696 3 709 1 216 2 493 5 157 11 548	2 382 5 050 3 074 192 2 151 3 881 1 326 2 555 6 252 13 343	2 455 6 040 2 329 192 2 342 7 684 4 435 3 249 7 340 17 058	1 947 5 751 1 981 230 2 342 4 836 2 011 2 825 8 879 18 248
14. Sovfen, zoUpflichtige E. 15. Inftrumente, zoUpfl. E. 17. Kautschift, zoUpfl. E. 18. Kleider, zoUpflicht. E. 19. Kupfer 1) zoUpflichtige E. 2) zoUfreie E. 20. Kurzwaren, zoUpfl. E. 221. Leinengarn, zoUpfl. E. 222. Leinengarn, zoUpfl. E. 24. Litteraturgegenstände, zoUfreie E. 25. Materialwaren 26. Materialwaren 27. zoUpflichtige E. 28. zoUpflichtige E. 29. zoUpflichtige E. 20. zoUpflichtige E. 21. zoUpflichtige E. 22. zoUfreie E. 23. zoUpflichtige E. 24. zoUpflichtige E. 25. zoUpflichtige E. 26. Die	3 816 1 715 118 874 2 387 509 1 478 3 360 7 856 7 282 7 648	3 531 2 314 188 1 026 2 230 927 1 303 3 718 8 850 14 134	4 415 2 468 162 1 325 2 938 929 2 009 4 240 11 849 12 450	5 730 2 562 164 1 696 3 709 1 216 2 493 5 157 11 548	5 050 3 074 192 2 151 3 881 1 326 2 555 6 252 13 343	6 040 2 329 192 2 342 7 684 4 435 3 249 7 340 17 058	5 751 1 981 230 2 342 4 836 2 011 2 825 8 879 18 248
15. İnstrumente, zolipsi. E. 17. Kautschuf, zolipsi. E. 18. Kleider, zolipsi. E. 19. Kupser 1) zolipsichtige E. 2) zollsreie E. 20. Kurzwaren, zolipsi. E. 21. Leder, zollpsichtige E. 22. Leinengarn, zolipsi. E. 24. Litteraturgegenstände, zollsseie E. 25. Materialwaren 1) zollpsichtige E. 20. zollsseie E. 21. Zollsseie E. 22. Jollsseie E. 23. Jollsseie E. 24. Litteraturgegenstände, zollsseie E. 25. Materialwaren 26. Die 27. Jollsseie E. 28. Die 29. Jollsseie E. 29. Jollsseie E.	1715 118 874 2387 509 1478 3360 7856 7282 7648	2 314 188 1 026 2 230 927 1 303 3 718 8 850 14 134	2 468 162 1 325 2 938 929 2 009 4 240 11 849 12 450	2 562 164 1 696 3 709 1 216 2 493 5 157 11 548	3 074 192 2 151 3 881 1 326 2 555 6 252 13 343	2 329 192 2 342 7 684 4 435 3 249 7 340 17 058	1 981 230 2 342 4 836 2 011 2 825 8 879 18 248
17. Kautschut, zollpfl. E 18. Kleider, zollpflicht. E 19. Kupfer 1) zollpflichtige E 20. Kurzwaren, zollpfl. E 21. Leder, zollpflichtige E 22. Leinengarn, zollpfl. E 24. Litteraturgegenstände, zollfreie E 25. Materialwaren 26. Jollpflichtige E 27. zollpflichtige E 28. Die 29. zollpflichtige E 20. Die 21. zollpflichtige E	118 874 2 387 509 1 478 3 360 7 856 7 282 7 648	188 1 026 2 230 927 1 303 3 718 8 850 14 134	162 1 325 2 938 929 2 009 4 240 11 849 12 450	164 1 696 3 709 1 216 2 493 5 157 11 548	192 2 151 3 881 1 326 2 555 6 252 13 343	192 2 342 7 684 4 435 3 249 7 340 17 058	230 2 342 4 836 2 011 2 825 8 879 18 248
18. Kleider, zollpflicht. E  19. Kupfer  1) zollpflichtige E  2) zollfreie E  20. Kurzwaren, zollpfl. E  21. Leder, zollpflichtige E  22. Leinengarn, zollpfl. E  24. Litteraturgegenftände, zollfreie E  25. Materialwaren  1) zollpflichtige E  26. Die  1) zollpflichtige E  1) zollpflichtige E  1) zollpflichtige E	2 387 509 1 478 3 360 7 856 7 282 7 648	2 230 927 1 303 3 718 8 850 14 134	2 938 929 2 009 4 240 11 849 12 450	3 709 1 216 2 493 5 157 11 548	3 881 1 326 2 555 6 252 13 343	7 684 4 435 3 249 7 340 17 058	4 836 2 011 2 825 8 879 18 248
19. Kupfer  1) zollpflichtige E.  2) zollfreie E.  20. Kurzwaren, zollpfl. E.  21. Leber, zollpflichtige E.  22. Leinengarn, zollpfl. E.  24. Litteraturgegenftände, zollfreie E.  25. Materialwaren  1) zollpflichtige E.  20. zollfreie E.  1) zollpflichtige E.	509 1 478 3 360 7 856 7 282 7 648	927 1 303 3 718 8 850 14 134	929 2 009 4 240 11 849 12 450	1 216 2 493 5 157 11 548	1 326 2 555 6 252 13 343	4 435 3 249 7 340 17 058	2 011 2 825 8 879 18 248
2) zollfreie E	1 478 3 360 7 856 7 282 7 648	1 303 3 718 8 850 14 134	2 009 4 240 11 849 12 450	2 493 5 157 11 548	2 555 6 252 13 343	3 249 7 340 17 058	2 825 8 879 18 248
20. Kurzwaren, zollpfl. E 21. Leder, zollpflichtige E 22. Leinengaarn, zollpfl. E 24. Litteraturgegenftände, zollfreie E 25. Materialwaren 2	3 360 7 856 7 282 7 648	3 718 8 850 14 134	4 240 11 849 12 450	5 157 11 548	6 252 13 343	7 340 17 058	8 879 18 248
21. Leber, zollpflichtige E	7 856 7 282 7 648	8 850 14 134	11 849 12 450	11 548	13 343	17 058	18 248
22. Leinengarn, zollpfl. E. 24. Litteraturgegenstände, zollsteie E. 25. Materialwaren 1) zollpflichtige E. 2) zollsteie E. 26. Ole 1) zollpflichtige E. 1) zollpflichtige E.	7282 $7648$	14 134	12 450				
24. Litteraturgégenstände, 30Ufreie E	7 648			19 011			11 502
30Ufreie E		7 520	!	1	17017	10 100	11 002
25. Materialwaren		. 020	7908	8 710	9 855	11 134	11 827
1) zollpflichtige E 2 2) zollfreie E 26. Ole 1) zollpflichtige E		29 181	$32\overline{262}$	39 339	51 129	46 886	43 230
2) žolífreie E		28 514		38 774		44 916	42 669
1) zollpflichtige E	503	667	565	565	626	1964	561
	2 553	2685	2 498	3 838	3 630	2 709	3 150
	1 078	1 240	1 070	1 470	1 809	1 488	1 851
2) zollfreie E	1 475	1 445	1 428	$\begin{array}{ c c c c c c c c c c c c c c c c c c c$	$1821 \\ 2686$	$\begin{array}{c c} 1 & 221 \\ 2 & 586 \end{array}$	$1299 \\ 2854$
27. Papier, zollpflicht. E 28. Belzwerk, zollpflicht. E	2 069 105	1 869 166	$\begin{vmatrix} 2079 \\ 138 \end{vmatrix}$	135	189	178	177
29. Betroleum, zollpfl. E.	90	318	645	2 250	1 929	969	855
30. Seidewaren	5 321	7 866	7 842	6 202	8 696	7 987	5 946
1) zollpflichtige E	1 051	748	809	876	1 879	1 048	927
2) zollfreie E	4270	7 118	7 033	5 326	6 817	6 939	5 019
33. Steine	4 506	3 896	3 976	4 241	5 324	6 673	6 572
1) zollpflichtige E	2 185	1 639	1 593	1 477	1 800	1 613	1 635
2) zollfreie E	2 321	2 257	2 383	2 764	3 524 26 162	$\begin{bmatrix} 5060 \\ 33066 \end{bmatrix}$	4937 $34511$
34. Kohle 2c., zollfreie E [1 35. Stroh= und Bastwaren,	7 762	19834	21977	26 362	20 102	55 000	5 <del>4</del> 511
zollpflichtige E	78	101	100	111	117	164	165
36. Teer, Pech, zollfreie E.	536	505	496	670	770	1 298	2 130
37. Tierische Produkte 1		21 130		26 149	32 602	42 563	38 522
1) zollpflichtige E 1	4 421	16 051	20 107	20 407	25 918	34 007	30 938
2) zollfreie E	5049	5 079	6 260		6 684	8 556	7 584
38. Thonwaren	454	583	835	1 141	1 303	1 416	1 150
1) zollpflichtige E	319	404	424	574	852	907	882
2) zollfreie E	135	$\begin{vmatrix} 179 \\ 61258 \end{vmatrix}$	$\begin{vmatrix} 411 \\ 37704 \end{vmatrix}$	567	451 37 760	$509 \\ 54 024$	$268 \\ 52243$
	6 341 5 270	21 702		16 052	22 448	15 884	12 230
1) zollpflichtige E	6 185	7 435	5 283	5 307	5 771	4 351	3 790
		14 267		10 745	16 677	11 533	8 440
42. Bint, zollfreie G	212	361	391	194	148	241	230

Tabelle VI.

Einfuhr aus Sferreich-Ungarn ins Deutsche Reich in 1000 Mark1.

Nummer	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900
3 4	000	1	1		0	1	,		
1. Abfalle, zoulrete &	13 906	15 396	6.015	3 922	10 989	11 414	11 149	13 783	17035
Baumwollen	3 801	4 176	2 775	2 859	3 538	6375	2 873	3341	4464
1) zollpflichtige E	229	673	597	757	917	4 370	998	1150	1 253
kollfreie E.	3 994	3503	9178	2 135	2 621	2 003	1873	2 191	3100
Blei, zollfreic	226	236	245	125	116	123	181	85	167
	10 966	11 186	11354	11396	12 406	14 844	15 732	18 245	19461
30Upflichtige	1251	1 355	1 282	1 197	1 302	1991	2 235	2 204	2 057
2) 30 Uf	975	983 188	10 073	10 199	11 104	13 383	13 497	16 941	17 404
Ei sen	3 546	2880	2420	2783	4 068	3 874	3 760	6139	609 6
7. Erden und Erze, zollfreie E.	112610	109259	94065	81459	105836	42 733	54 186	37 768	44598
Flack	3 462	4 021	4 972	4 824	4 986	3 980	4 643	5 063	6551
Getre	126 616	129552	122255	95884	109925	107273	102745	124 853	102472
1) zollpflichtige E	98 436	SE SE SE	SE 238	SS S57	84 761	87 569	78 091	84 871	74 131
2) zollfreie E.	33 136	32 724	39 657	27 027	25 164	13 GS	24 754	42 091	28 3 <del>4</del> 1
las u	4 740	4 095	5 058	5527	6 275	6 506	6 171	6 244	6324
Saare, Borf	12 840	12483	11 018	13575	14 832	15910	14 887	17055	16802
zollpflichtige E.	9 646	1 470	162	1 439	194	2 494	2 24 44 44	1 707	- - - - - - - - - - - - - - - - - - -
Ø,	10 194	11 013	708 G	12 136	12 888 12 888	13 416	12 543	15 34S	15 104
12. Häute, Felle, zollfreie E	11663	11 826	11 427	18535	13 375	13 571	13 863	19965	19008
ىخە	60916	56001	$53\ 104$	59674	78 178	98819	127654	126955	117475
1) zollpflichtige E	58 715	53 510	50 553	57 144	74 961	38. 335	114 285	115 370	104 435
2) zollfreie	2 201	2 491	166 1	9 9 9 9	3 317	10584	13 369	11 580	13 040
14. Hopfen, zollpflichtige E	5 367	13 897	6909	6111	7556	7 718	8 553	8 413	6 735
15. Instrumente, zollpflichtige E.	1 709	1 876	1959	2 422	2029	3 252	3 870	5 488	0906
17. Kautschuk, zollpflichtige E.	556	267	334	400	432	971	1 607	1 766	1961
18. Kleider, Belgmaren, Bafche, zollufl. E.	2 244	2 774	2 208	2306	2 407	2 605	2 928	3517	3732
19. Rupfer und Waren daraus	4 479	4 046	3 717	3 915	3 902	4 265	5 075	7 551	8025
1) zollpflichtige E	1 432	1 023	1129	1171	1 151	1 131	1 305	1689	5.04S
-	3 147	3 023	528	2 744	19 791	3 134	022 %	5 916	6 077
20. Kurzwaren, zollpflichtige E	8 097	2 003	7 270	6 854	2 366	6 003	6349	6 872	6 404

Fehlt ber zollfreie Grenzverkehr (Butter, Rieß, Mühlenfabrikate, Badmaren).

Tabelle VII.

ا ت	Einfuhr aus dem Deutschen Reich	in bas		eich=u1	österreich=ungarische Bollgebiet.	фе 30	lgebie		In 1000 R	Kronen.
l!		1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899
Í										
_	Rolonialwaren	216	140	180	178	144	164	240	236	393
C4 .		1 178	1 374	1038	1 188	1124	972	1672	1 680	1670
್ರ ₹	3. Sübfrüchte	25	24	12	25	82	10	16	128	<b>∞</b> , ₹
4" Y.	Suner	476	1 530	5 104	19 749	5 640	4 140	9896	644	4.9.K
9		412	414	426	538	864	966	14 064	16 024	5 973
	Darunter:	001	9	110	901	7 6 6	76.	1000	000	
	Wetretoe	2 2 2 2 2	20 5	110	2 3	466	42.5	12.834	14 855 50 4	0 [[]
	Outlenfrugic	2 6	17	2 2	) C	# S	3 8	2 3 6 6	£ 4	T 66
	Meig.	246	235	98	\$ <del>2</del>	474	1\$	67.5	714	3 8
7.	_	$14\overline{110}$	$19\overline{122}$	21  900	20 098	19 804	15586	17852	17 304	18 084
	darunter:	į		Č			:			
		170	23	200	212	472	9 81 81	ම ම ම	61 S	9 8 1
	Samereien.	200	6 5 5 5	265 265 265 265 265 265 265 265 265 265		# 6 21 21 21 21 21 21 21 21 21 21 21 21 21	60.7 60.7	\$ 5 2 5	6 536	9292
	Getrodnete Cichorienwurzel	29	1436	200	<b>S S S S S S S S S S</b>	Z ;	1001	25.5	200	1073
00		1 896	1 756	2 118	202	1 8/4 4 664	3 232	2 4 80 1 80 1 80 1 80	2 505 2 509	9.356
,	Darunter:	1			1	1			1	) 
	Schlachtviel	989 989	712	058	929	1 950	1 166	868 868	312	212
	Pferde	1 216	45	20 S	208	5 71 <sub>2</sub>	5007 7007	63 63 63	61 82 82	67 68 68 68 68 68
ာ	9. Tiere anderer Art	1 260	1 608	2 182	2 788	2 688	2 874	2 686	2 690	3 332
	darunter:	?	100	1 500	070	G LG	000	000	1 066	07.70
-		17 087	16 910	16 772	17 110	15 27	220	270	12 894	12 0.45 12 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7 7
2	hornufer:	14 204	10 410	01-01	11 110	16 114	14 910	01001	10001	10 000
	Relle, Saute, roh	7 940	12 364	11 992	15 88 S	092 2	9 034	10 398	088 x	2 826
	Saare.	1680	1.08 2.08	1518	1694	1 148	1466	08 61	3840	5 698
1	Gebern	# P	9/9	926	41S	1446	225	019 019	1 158	1 387
Ξ.	Fette	4 110	4 032	ે 204	6 154	5 686	4 5 (4	0.478	ે 120 -	5158

12.	Dle (Rette)	996	466	968	568	494	439	708	. 728	798
	Darunter:		1	3	)	1	1	) H	H .	9
	Leinöl	5.50		e	<u>36</u>	45	919	565	114	191
13		2948	3 640	3 544	3 746	4 004	3 634	3 886	4 000	4 080
	barunter:						)	)	•	)
	Bier	2888 2888	1 746	202	668 7	1856	1.566	1704	1.80	1 760
	Gebrannte geiftige Alussingteiten	Ø.	921	15	3	3	75	33	, c	4
		95.5	754	755	3	626	1 094	1116	184	25.
	Mineralmäsffer		0.00	9	38	1066	1 0 0	060	020	113
14.	Ekwaren .	2 2 70	9.040	1 958	1 894	9 9 5 9	0000	0 506	0 708	9 737
15.		49 146	47.750	56 690	80 90g	6K 910	21 590	2000	200-00	071 170
;	Darunter:	01101	20 F	200	067 00	210 00	000.11	007 11	71001	04.1
	Suf.	1 504	1 669	1780	1 044	1 010	010	0100	7100	002
	Steinfahlen	1 000	2000	00707	# 3	0101	200	340	±10.2	007
	Grants of the second se	1000	900	0000	43 452	92.346	400 GG	40% % 60% %	53 354	66 457
9	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	8780	<b>4</b> 850	2779	2696	79. 20. 20.	9 914	11 136	13 054	19 674
10.		3886	3 786	4 330	4916	5 578	4 250	4 786	4 906	5523
17.		9 382	9 188	8 840	9 154	10366	10694	10828	12 074	12327
∞.		634	068	922	676	069	722	8	962	781
	Darunter:				)	)	!	2		l )
	atherische Die 20.	464	514	694	516	514	486	468	476	461
19.	Rarbs und	3 538	4 138	4 938	4 154	4 384	4 999	4 348	7 536	7. 7. 7. 7. 7. 7. 7. 7.
	**	)	3	) }	101		3		66 H	
		1 936	9508	9286	980 6	2384	\$08 G	1 970	5.184	9.957
20.		1 870	2 970	3 200	3 152	3324	8698	3 784	187	3 757
21.	Mineralöle .	122	84	200	64	45.	64	2 1.0	64	86
55		19 636	19 460	19 718	21564	$254\overline{16}$	25 354	24 616	25 552	26 379
	darunter:									<u> </u>
	Baumwolle	11 964	10220	11 266	13 478	17 196	16 664	16 374	18 062	17 765
	Baumwollgarne	5966	9 950	2 728	0556	2 244	2.964	8	660 6	696
	Baumwollmaren	5 612	6.170	5 636	867.3	35	8	886	5.874	7.02
83		1	)	,	)			3	5	
30		13 002	19.974	15.584	13 150	14 470	10 030	0608	10.890	10.417
**	Darunter:	I ) ) )	 : :				200		200 21	11 01
•	Blachs, Banf, Jute	9 452	9514	11 894	9 594	11.878	7 879	888	888	38
		1 066	966	426	1 069	000	080	1000	300	100
	Antegarn	1 560	1.568	1896	1 699	1 364		968	202	746
	Leinenwaren	4	456	967	490	6	386	768	98	274
	Suteremete	174	2	2	100	3 4	3 6	1 6	35	H G
	Geilermeren	766	2	5	200	3 3	8	# 6	3	20 6
	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	00#	111	42C	900	T 25	Si	- 28. 13. 13. 13. 13. 13. 13. 13. 13. 13. 13	927	2000

Sabelle VII. Fortfegung.

		1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899
74.	0,00	920 89	71 836	70 916	74 734	77 106	72814	68 974	70 596	89 951
	Barunter: Boolie	36 300	35 590	37 180 10 978	37 014 99 95 6	39 960	40 844	40 838	45 974	59 250 19 631
	Bollenva	14 272	14 410	19 575 14 434	25.55 25.55	12 676	10 574	10 950	10 206	11 048
25.	-	13 202	14 140	13 852	11 428	13 300	13 702	13 892	15 754	20  182
	Geibe	7 146	7 208	6 320		6 498	060 9	8809	6 946	306 G
26.		6 056 8 874	8 280 8 780	7 <b>532</b> 9 124	6 010 8 926	<b>6 802</b> 10 226	968 6 9 396	9 498	8 710	8 776
	darunter: Künfilicke Blumen	868	296	330	\$	454	383		345	
	Bute	38	915	920	1 050	1173	1954	1110	1015	1 075
	Damenkleiber	5440 670	2 620 6 2 6	988	0486	248 448 448 448 448 448 448 448 448 448	5 10S		4 508 508	4
	Militar	9	2 S	80	3 88	79 <del>7</del>	101		333	
27		396	588	280	278	300	394		432	
∞ 80 80 80 80 80 80 80 80 80 80 80 80 80	. Stiche und Bastwaren	1 554 10 240	1 770 9 992	10 032	10 650	1 994	2 2 14 12 474	2 296 14 496	2 422 18 684	$25.5 \pm 2$ $21099$
l	barunter:						500		907	
	Rapiermaren	4 5 4 4 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5 5	2 2 2 2 2 3 3 4 3 5 3 5 3 5	3 S 4 S 4 S	3 045 7 146	24.87 73.45 73.45	01000	+ C 2015 2016 2016 2016 2016 2016 2016 2016 2016	13 674	15. 45 13. S
30.		4 156	4 038	3 886	4 064	3 900	5 404	6 410	2 700	8 047
	darunter: Kautschi	98 6	2 616	5 810	2 918	5 960	3 524	4 010	5 026	4 593
31. 32.	झुञ्च	296 17 308	348 17 206	$\frac{370}{19214}$	300 20 810	$\frac{326}{22082}$	316 23 356	252 28 716	25 976 25 976	$\frac{369}{26541}$
	darunter : Leder	14 920	14 892	16 880	18 534	19 520	20 332	25 428	925 56	23 236
66		608 888 808 808 808	61 0 4 8 8	25.54 4.65 7.05	61 4 61 4 60 7 60 7	61 6 60 6 60 6 60 6	80°7.	30 co	3 700 5 146	<b>8 303</b> 6 079
34.	-	6 228	4 686 180	404	4 770 9 970	5 588	2 390 2 638 638	4 934 9 454	4 914	5 141 168
Š		071	7001	100	2	1		1	H -	3

3032	3 854 22 246	3 114 824 824 668 17 246 37 307 26 903	418 368 397	6 675 7 881 732 28 385 28 779	2 668 99 10 886 14 079 1 828 8 307 16 423 8 307 16 423 177 41 428 12 279 598 027 626 412	114 010
3512	4 338 24 648	3 876 1 680 886 510 18 196 32 314 25 608	865 898 898	\$ 198 \$ 198 \$ 878 \$ 30 708 25 678	2 010 9 510 8 956 1 688 1 688 1 000 1 000 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	201
3 678	4 356 21 834	2 002 1 270 850 406 17 806 27 210 24 676	474 518 549	5 452 7 814 798 65 470 25 942	2 416 110 406 3 760 1 618 1 134 9 920 6 732 1 6 732 1 6 732 1 700 4 0 648 7 892 7 892 5 39 6 22 6 6 5 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6	1
3 842	4 478 22 686	2 544 2 138 2 526 450 17 028 25 492 25 722	98 198 198	5 910 7 179 668 86 996 24 108	3 142 3 142 3 143 8 546 1 518 1 1074 1 1074 1 1074 1 1 156 1 1 156 3 1 2 3 3 4 2 4 2 4 2 4 2 4 2 4 2 4 2 4 2 4	)
3 450	3 856 23 552	4 136 2 178 866 316 16 056 24 738 26 552	930 738 1 064	5 698 2 230 96 932 21 424	\$ 552 \$ 554 \$ 554 \$ 554 \$ 15 058 \$ 15 058 \$ 17 058	 
8 874	5 064 3 546 20 444	2 652 1 946 618 870 14 858 25 926 24 976	1244 488 1192	7 044 7 044 892 55 818 23 940	1 818 1 130 1 130 1 2 131 1 2 131 1 2 131 1 3 1 3	
11 974	8 400 3 322 18 840	1 400 2 066 578 494 14 802 27 428 20 890	1 336 314 1 286	4 718 5 656 894 132 602 19 892	1586 488 8 528 8 622 1 250 1 250 1 250 1 406 1 406 1 406 6 786 6 786 6 786 6 786 8 238 8 238 8 240 6 786 8 281 8 281 8 281	
20 730	17 150 2 718 15 930	1 690 1 894 666 . 344 11 836 25 092 20 764	530 1 340	<b>5 884 4 306 574</b> 108 032 16 210	1 856 6 988 6 988 1 284 1 138 1 138 1 389 8 258 8 258 8 278 8 732 8 752 8 752	
23 994	21 422 2 290 15 538	1 564 1 542 700 290 11 442 25 602 19 608	1 082 670 1 494	6 680 404 23 162 15 254	518 6 706 8 120 1 068 1 068 1 106 1 176 8 010 1 1 776 8 202 202 202 3 786 3 786 440 222 440 222	
36. Steinwaren	Diamanten, Smaragde 2c	Roheifen Luppeifen Blech 2c. aus Eifen Draht aus Eifen Effenwaren 39. Unedle Metalle und Waren daraus 40. Volgdinen und Apparate	Malginen Spinn- und Zwirnmaschinen Webschlüßte Andere Maschinen und Apparate.	a) komplette b) Bestanbteile 41. Halby Bestanbteile 42. Eble Metalle, Wüngen. 43. Antrumente, Uhren, Kurzwaren	Valifatische Intumente Taschenuhren. Feinste Kurzwaren Hegen- und Sonnenschirme 44. Kochlalz. 45. Chemische Hisklesse 46. Chemische Produtte 48. Intumeren 48. Zindenzen 49. Litterarische und Kunstgegenstände 50. Abfälle. A. S. Einstuby ohne Edelmetalle.	

Tabelle VIII. Deutsche Ausfuhr.

	We	rt 1	Eigenhandel 2	Me	nge
	nach der öfterr umger		n. d. deutsch. Statistik	n. d. öfterr.= ung. Statistik	n. d. deutsch. Statistik
	in 1000 Kronen	in 1000 Am.	in 10 000 M.	in 1000	Tonnen
1899	598 027	508 322	449,9	6 837	6 870
1898	563 528	479 898	426,4	7 086	7 343
1897	539 622	458 678	405,5	6 613	6684
1896	513 342	436 340	399,7	6 626	$6\ 754$
1895	515 260	437 971	373,9	5991	6083
1894	515 276	437 984	352,8	5 396	5342
1893	490 522	416943	339,0	4 984	4 921
1892	459 216	390 333	320,3	4 399	4 353
				:	

			İ	
896 951	<b>762408</b>	715,5	14 236	14 211
776 558	$660\ 074$	627,1	13 343	13 549
742 408	631 046	582 <b>,7</b>	12564	12594
735 350	$625\ 047$	<b>546,</b> 8	11 714	11 872
700 220	595 187	513,0	10 613	10 788
774 136	$658\ 015$	572,4	10 576	10 729
754 240	641 104	571,0	10 545	10 500
711 644	604897	563,0	10465	10 537
		l	1	
		1		1
		1	1	
	776 558 742 408 735 350 700 220 774 136 754 240	776 558     660 074       742 408     631 046       735 350     625 047       700 220     595 187       774 136     658 015       754 240     641 104	776 558         660 074         627,1           742 408         631 046         582,7           735 350         625 047         546,8           700 220         595 187         513,0           774 136         658 015         572,4           754 240         641 104         571,0	776 558         660 074         627,1         13 343           742 408         631 046         582,7         12 564           735 350         625 047         546,8         11 714           700 220         595 187         513,0         10 613           774 136         658 015         572,4         10 576           754 240         641 104         571,0         10 545

<sup>1</sup> Ohne edle Metalle und Münzen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Krone zu 85 Pf. gerechnet.

<sup>3</sup> Auswärtiger handel bes deutschen Zollgebiets im Jahre 1899. I. Bo. Beft 3: Öfterreich=Ungarn. Berlin 1900.